

Abschlussbericht

Projekt KomBio2021: Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Wie geht's weiter mit den Zielen zum Schutz der biologischen Vielfalt in Deutschland und international?

Verfasser: Hochschule Geisenheim University (HGU), AP: Marianne Darbi/Professur für Landschaftsplanung und Eingriffsfolgenbewältigung

Aktenzeichen der Umweltstiftung: 35901/01 + 35901/02

Firma/Institution: HGU + Kooperationspartner:

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), AP: Elisabeth Marquard, Yves Zinngrebe/Department für Naturschutzforschung

Museum für Naturkunde (MfN): AP: Nike Sommerwerk

Projektbeginn: März 2021

Laufzeit: 22.02.2021 - 30.04.2023

Ort: Geisenheim

Jahr: 2023

Inhalt

Inhalt	1
Abbildungsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis	3
1 Kurzfassung des Berichts	4
2 Anlass und Zielsetzung des Projekts.....	7
3 Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden.....	11
3.1 Online-Informationskomponente: Newsletter, Webseite und Social Media.....	11
3.2 Interaktive Veranstaltungskomponente: Online-Fachgespräche und parlamentarischer Abend	20
4 Ergebnisse	24
4.1 Aktualisierung der Website	24
4.2 Konkrete Ergebnisse – Newsletter	34
4.3 Konkrete Ergebnisse – Social-Media-Verbreitung (Twitter)	42
4.4 Konkrete Ergebnisse – Veranstaltungen: Online-Fachgespräche und parlamentarischer Abend	44
5 Diskussion.....	53
5.1 Zielerreichung und Zusammenarbeit im Projekt.....	53
5.2 Verschiebung der COP 15: Nachbilligung und Laufzeitverlängerung des Projekts	55
6 Öffentlichkeitsarbeit.....	57
7 Fazit und Ausblick.....	58
8 Anlagen/Anhang.....	59

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Zielstellung und Inhalte der Themennewsletter.....	9
Abb. 2: Services der Kommunikationsoffensive: Online-Informationskomponente	12
Abb. 3: Umsetzung des Themenbeitrags für Januar/Februar 2022 auf der Webseite	14
Abb. 4: beispielhaftes Newslettereditorial.....	14
Abb. 5: Vorstellung von Themenschwerpunkt, Gastbeitrag und CBD-Kolumne im Newsletter.....	15
Abb. 6: Informationen zu thematisch passenden Projekten sowie Veranstaltungshinweise.....	16
Abb. 7: Ankündigungstweet zum Newsletter über den NeFo-Twitter-Account	16
Abb. 8: Tweets zu den einzelnen Beiträgen eines Newsletters über den NeFo-Twitter-Account.....	17
Abb. 9: Twitter-Thread zum Themenschwerpunkt zu Meeresschutzgebieten im Januar/Februar 2022 Newsletter	17
Abb. 10: Twitter-Thread zum Gastbeitrag zu Meeresschutzgebieten im Januar/Februar 2022 Newsletter	18
Abb. 11: Twitter-Thread zur CBD-Kolumne im Januar/Februar 2022 Newsletter	18
Abb. 12: Twitter-Interaktion mit den NeFo-Beiträgen.....	19
Abb. 13: Services der Kommunikationsoffensive: Veranstaltungskomponente.....	20
Abb. 14: Veranstaltungsseite zum Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“	21
Abb. 15: Newslettereinladung zum Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“	22
Abb. 16: Begleitung über den NeFo-Twitter-Account zum Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“	23
Abb. 17: Twitter- Nachlese zum Fachgespräch am 07.12.2021).....	23
Abb. 18: angestrebte Ergebnisse gemäß Projektantrag und Projektverlängerung	24
Abb. 19: Startseite der NeFo-Webseite mit Informationen über das Projekt	26
Abb. 20: Reiter „Post-2020 CBD“ auf der Webseite.....	27
Abb. 21: Post-2020 Global Biodiversity Framework.....	27
Abb. 22: Prozess zur Entwicklung eines Global Biodiversity Framework.....	28
Abb. 23: Kurzbeschreibung und Veranschaulichung ausgewählter Ziele des GBF	29
Abb. 24: Reiter „Was wir wollen“ auf der Webseite.....	30
Abb. 25: Reiter „Was wir machen“ auf der Webseite.....	31
Abb. 26: Reiter „Wer wir sind“ auf der Webseite	32
Abb. 27: Reiter „Biodiv News“ auf der Webseite.....	33
Abb. 28: Reiter „Veranstaltungen“ auf der Webseite.....	33
Abb. 29: Reiter „NeFo-Archiv“ auf der Webseite.....	34
Abb. 30: Startnewsletter	35
Abb. 31: Screenshot 1. Thematischer Beitrag Juni 2021.....	36
Abb. 32: Screenshot 2. thematischer Beitrag Juli 21.....	36
Abb. 33: Screenshot 3. thematischer Beitrag September 21	37
Abb. 34: Screenshot 4. thematischer Beitrag Oktober 21	37
Abb. 35: Screenshot 5. thematischer Beitrag November 21.....	38
Abb. 36: Screenshot 6. thematischer Beitrag Januar 22	38
Abb. 37: Screenshot 7. Thematischer Beitrag März 22.....	39
Abb. 38: Screenshot 8. Sondernewsletter April 22	39
Abb. 39: Screenshot 9. Thematischer Beitrag Juni 22.....	40

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Abb. 40: Screenshot 10. Thematischer Beitrag August 22	40
Abb. 41: Screenshot 11. Thematischer Beitrag Oktober 22	41
Abb. 42: Screenshot 12. Thematischer Beitrag Dezember 22	41
Abb. 43: Screenshot 13. Sondernewsletter Februar 23	42
Abb. 44: Auszug des NeFo-Twitter-Accounts	43
Abb. 45: Programm der Woche der Umwelt, NeFo im Forum 2 am 10.06.2021	45
Abb. 46: NeFo-Fachforum am 10.06.2021	46
Abb. 47: Online-Salon „Biodiversität – eine sichere Bank?“ am 07.12.2021	47
Abb. 48: Nachlese: Kurzbericht zum Fachgespräch am 07.12.2021 (Auszug)	48
Abb. 49: Parlamentarischer Abend am 15.03.2022	49
Abb. 50: Screenshot des Pageflow zum Parlamentarischen Abend in Berlin am 15.03.2022	50
Abb. 51: DBU-Online Salon: Bedrohte Artenvielfalt – Quo vadis Weltnaturgipfel?	51
Abb. 52: NeFo-Online-Pressegespräch „Meet&Connect für die Biodiversität“ zur CBD COP15.....	52

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Übersicht Newsletter und Twitter Beiträge Januar 2022	19
Tab. 2: Ursprünglicher Zeitplan der Ergebnisse und deren Verschiebung	53
Tab. 3: Gegenüberstellung von im Projektantrag geplanten möglichen Newsletter-Themen und tatsächlich umgesetzten Newsletter-Themen (Fettdruck: Themenüberlappungen)	54

1 Kurzfassung des Berichts

Anlass und Zielsetzung des Projekts

2020 war das Zieljahr von Biodiversitätszielen und -strategien auf unterschiedlichen Ebenen, allen voran der internationalen Aichi-Biodiversitätsziele des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD), aber auch der europäischen Biodiversitätsstrategie und der meisten Ziele der deutschen Biodiversitätsstrategie. Auf globaler Ebene sollte nun, nach einer ernüchternden Bilanz zur Zielerreichung während des vergangenen Jahrzehnts, für die Zeit nach 2020 ein ambitioniertes Global Biodiversity Framework auf den Weg gebracht werden, das die Aichi-Ziele ersetzt und die Umsetzung verbessert.

Vor dem beschriebenen Hintergrund hat das hier vorgestellte Projekt „Kommunikationsoffensive Biodiversität“ (KomBio) das Potential des Netzwerk-Forums zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) genutzt, um Wissen zu aktuellen Biodiversitätsthemen für Entscheidungsträger:innen sowie die interessierte (Fach)Öffentlichkeit in Deutschland aufzubereiten und es diesen zu ermöglichen, die drei miteinander in Verbindung stehenden Prozesse auf globaler, europäischer und nationaler Ebene zu verfolgen. Im Fokus standen dabei die Verhandlungen der CBD zur Verabschiedung eines neuen und ambitionierten globalen Rahmens für die Biodiversität (Global Biodiversity Framework). Diese wurden im Zeitraum von März 2021 bis April 2023 begleitet, kommunikativ aufbereitet und in deutscher Sprache zugänglich gemacht.

Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden

Das Projekt umfasste zwei Komponenten: zum einen eine auf Information ausgerichtete Online-Komponente (Newsletter, Website und Social Media) und zum anderen eine auf Interaktion ausgerichtete Veranstaltungskomponente.

Die Umsetzung der Online-Informationskomponente erfolgte mit Hilfe von drei Bausteinen, die eng miteinander verwoben sind und aufeinander aufbauen bzw. aufeinander verweisen:

1. Webseite (Information)
2. Newsletter (Information und Kommunikation)
3. Social Media (Kommunikation und Information).

Das Herzstück der Kommunikationsoffensive war ein Newsletter, der zunächst monatlich, dann zweimonatlich erschien. Dieser Newsletter richtete sich an alle Zielgruppen und musste dementsprechend allgemeinverständlich, gut strukturiert und leicht rezipierbar sein. Dies betrifft insbesondere die Aufbereitung eines Themenschwerpunkts in anschaulicher und interessant zu lesender Weise. Darüber hinaus wurden weiterführende Informationen, z.B. zum CBD-Prozess, zu Veranstaltungen und Biodiv-News über den Newsletter und die Webseite bereitgestellt.

Ergänzend fand eine Reihe von Veranstaltungen, z.T. online, z.T. hybrid (Präsenzveranstaltung mit Online-Übertragung), statt, die spezifischer auf ausgewählte Zielgruppen zugeschnitten waren.

Ergebnisse

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass als wesentliches Ergebnis der Kommunikationsoffensive, eine Reihe von Newslettern (einschließlich der jeweiligen Themenschwerpunkte) und ausgewählte Veranstaltungen, umgesetzt wurden. Dies umfasst konkret die folgenden Ergebnisse:

1. Aktualisierung der Webseite: Im Rahmen des Projekts wurde die bisherige NeFo-Webseite komplett neu aufgesetzt und an die Anforderungen des Projekts angepasst. Die Webseite ist über ein Menü am oberen Bildschirmrand gegliedert, das die folgenden Reiter enthält, die auf eine Unterseite mit den jeweiligen Inhalten verlinken: Startseite, Post-2020 CBD, Was wir wollen, Was wir machen, Wer wir sind, Biodiv-News, Veranstaltungen und NeFo-Archiv.
2. Newsletter und Themenschwerpunkte: Es wurden insgesamt 14 Newsletter erstellt. Diese enthalten 11 Themenschwerpunkte, 15 Gastbeiträge und 13 CBD-Kolumnen. Auf der Webseite unter dem Reiter „Was wir machen“ werden alle Newsletter und die dazugehörigen Themenschwerpunkte und Gastbeiträge aufgelistet sowie zum Download bereitgestellt. Die CBD-Kolumne findet man auf der Webseite unter dem Reiter „Post-2020 CBD“, wo über die aktuellen Entwicklungen rund zu dem Thema Post-2020 Prozess informiert wird.
3. Social-Media-Verbreitung (Twitter): Die erstellten Produkte und Ergebnisse wurden durch Social-Media-Verbreitung flankiert. Hierzu wurde der NeFo-Twitter-Account genutzt. Im Laufe des Projektes wurde hierfür eine systematische Vorgehensweise entwickelt. Hierbei wurden u.a. unzählige Sharepics zur visuellen Untermalung der Tweets sowie zum Hervorheben von Textpassagen erstellt.
4. Veranstaltungen - (Online-)Fachgespräche und parlamentarischer Abend: Um neben der Informationskomponente auch eine Möglichkeit zum Austausch und für Feedback zu schaffen, wurden drei Online-Fachgespräche in kleinerem Rahmen organisiert. Zielgruppen waren Stakeholder und Wissenschaftler:innen, die sich aktiv mit der Weiterentwicklung der Biodiversitätsziele auf globaler, europäischer und deutscher Ebene beschäftigen (1), Akteur:innen des Finanzsektors (2) und Journalist:innen (3). Zusätzlich wurde als Höhepunkt der Kommunikationsoffensive ein parlamentarischer Abend ausgerichtet. Dieser richtete sich vordergründig an politische und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträger:innen. Er fand im März 2022 unter Beteiligung zahlreicher hochrangiger Vertreter:innen, u.a. der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, statt.

Diskussion

Das Projekt KomBio2021 startete im März 2021, im bereits laufenden Post2020-Prozess der CBD-Vertragsstaaten zur Verabschiedung eines Global Biodiversity Framework. Dieser in 2020 begonnene globale Post2020-Prozess hat sich bedingt durch den Ausbruch der Corona-Pandemie weltweit verzögert. Die ursprünglich für Oktober 2020 in Kunming/China geplante Vertragsstaatenkonferenz zur CBD (COP15) wurde daher auf Herbst 2021 verschoben. Auf diese Zielmarke war auch das Projekt KomBio2021 ausgerichtet. Auf die mehrfache Verzögerung des CBD-Prozesses wurde durch die Anpassung des Projekt-Zeitplans reagiert. Für das Projekt bestand so einerseits die Herausforderung, die Aufmerksamkeit für diesen wichtigen, aber sperrigen und langwierigen Verhandlungsprozess aufrecht zu erhalten. Andererseits konnte so über einen längeren Zeitraum eine größere Bandbreite an thematischen Facetten im Hinblick auf die globalen Biodiversitätsziele aufbereitet und präsentiert

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

werden. So konnte in Summe der CBD-Prozess sehr umfassend begleitet und eine Vielzahl von Materialien erstellt werden. Dabei wurde Wert gelegt auf einen kollaborativen Ansatz unter Einbindung verschiedener Institutionen bzw. Expert:innen, v.a. im Rahmen der Newsletter-Gastbeiträge und der Fachgespräche.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Projekt setzte unter dem Titel „Kommunikationsoffensive Biodiversität“ explizit den Fokus auf Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Alle erarbeiteten Ergebnisse wurden unmittelbar den adressierten Zielgruppen sowie der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. Alle Ergebnisse und Materialien (einschl. PDFs der Beiträge, erstellte Grafiken) sind über die Webseite (www.biodiversity.de) frei verfügbar.

Fazit

Das Projekt hat die angestrebten Ziele trotz der erforderlichen Anpassungen des Zeitplans vollumfänglich erreicht. Das Projekt war zudem als eine Art Pilotprojekt konzipiert, das eine Vorgehensweise erarbeitet und erprobt hat. Die im Projekt entwickelten Abläufe haben sich in der praktischen Umsetzung der Kommunikationsoffensive bewährt und stehen als Blaupause für zukünftige Aktivitäten zur Verfügung. Anknüpfend daran ist ein Folgeprojekt geplant, das die Umsetzung der globalen Biodiversitätsziele auf nationaler Ebene sowie die Fortschreibung der Nationalen Biodiversitätsstrategie in den Blick nimmt.

2 Anlass und Zielsetzung des Projekts

Anlass und Hintergrund

Die Veröffentlichung des Globalen Assessments des Weltbiodiversitätsrats IPBES¹ im Jahr 2019 hat die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf den gravierenden weltweiten Biodiversitätsverlust gelenkt und Politik und Gesellschaft eindringlich zum Handeln aufgefordert. Gleichzeitig fehlt es in diesem öffentlichen Diskurs bislang häufig an konkreten Ansätzen zur Umsetzung.

In Deutschland haben der IPBES-Bericht gemeinsam mit anderen neueren wissenschaftlichen Veröffentlichungen z.B. zum Insektenrückgang (insbesondere die Krefelder Studie²) auch bereits relativ zeitnah politisches Handeln motiviert. Zu nennen wären hier zum Beispiel das im Jahr 2019 erfolgreiche Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern“³ und das im September 2019 vom Bundeskabinett verabschiedete „Aktionsprogramm Insektenschutz“⁴.

Durch die weltweite Corona-Krise ist zudem der Zusammenhang zwischen dem Biodiversitätsverlust und Pandemien besonders stark in den Fokus gerückt. So betonen die Autoren des Globalen Assessments in einem IPBES-Experten-Gastbeitrag⁵, dass die jüngste Pandemie wie auch die Klima- und Biodiversitätskrise eine direkte Folge menschlicher Aktivitäten sind (verursacht u.a. durch ungebremste Abholzung, unkontrollierte Ausdehnung der Landwirtschaft, intensive Landnutzung, Bergbau und Infrastrukturentwicklung sowie die Ausbeutung wildlebender Arten). Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie könnte daher auch längerfristig ein verstärktes Bewusstsein für die Wechselbeziehungen zwischen Gesundheit, Ernährung, Versorgungsketten, Konsummustern und planetaren Grenzen schaffen. Der Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und gut funktionierender Ökosysteme verdient hierbei besondere Beachtung, da ihnen eine Schlüsselrolle bei der Verhinderung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten zukommt, was auch Argumente für ein ambitioniertes Handeln liefert. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass durch den Fokus auf den Wiederaufbau der durch den Lockdown geschwächten Wirtschaft das Thema Biodiversität unterm Strich an Aufmerksamkeit verliert.

Die Ungewissheit dieser Situation war zum Start des Projektes im März 2023 auf der Höhe der Corona-Pandemie besonders ausgeprägt. Dabei war das Jahr 2020/2021 zuvor als „Super-Jahr für die Biodiversität“ gehandelt worden, welches einen wichtigen Meilenstein und Wendepunkt darstellen sollte, um politische Strategien und praktische Maßnahmenpakete gegen den Biodiversitätsverlust in Deutschland, Europa und der Welt voranzubringen.

¹ <https://www.de-ipbes.de/de/Globales-IPBES-Assessment-zu-Biodiversitat-und-Okosystemleistungen-1934.html>

² Hallmann CA, Sorg M, Jongejans E, Siepel H, Hofland N, Schwan H, et al. (2017) More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas. PLoS ONE 12(10): e0185809. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0185809>

³ <https://volksbegehren-artenvielfalt.de/>

⁴ <https://www.bmu.de/publikation/aktionsprogramm-insektenschutz/>

⁵ IPBES-Experten-Gastbeitrag der Professor*innen Josef Settele, Sandra Díaz, Eduardo Brondizio und Dr. Peter Daszak am 27. April 2020: COVID-19-Konjunkturpakete müssen Leben retten, Lebensgrundlagen schützen und die Natur bewahren, um das Risiko künftiger Pandemien zu verringern. Verfügbar online: https://ipbes.net/sites/default/files/2020-04/COVID19%20Stimulus%20IPBES%20Guest%20Article_German_0.pdf

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Zunächst einmal war 2020 das Zieljahr von Biodiversitätszielen und -strategien auf unterschiedlichen Ebenen, allen voran der internationalen Aichi-Biodiversitätsziele des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD), aber auch der europäischen Biodiversitätsstrategie und der meisten Ziele der deutschen Biodiversitätsstrategie. Auf globaler Ebene sollte nun, nach einer ernüchternden Bilanz zur Zielerreichung während des vergangenen Jahrzehnts, für die Zeit nach 2020 ein ambitioniertes Global Biodiversity Framework auf den Weg gebracht werden, das die Aichi-Ziele ersetzt und die Umsetzung verbessert. Die Verhandlung dieser Ziele erfolgte im Rahmen der 15. CBD-Vertragsstaatenkonferenz (COP 15). Diese war ursprünglich für Oktober 2020 in Kunming/China geplant, wurde aber pandemiebedingt mehrfach verschoben und fand schlussendlich in zwei Teilen (Teil 1 im Oktober 2021 in Kunming und Teil 2 im Dezember 2022 in Montreal/Kanada) statt.

Bereits im Vorfeld hatte die Europäische Kommission unter (der damals neuen) Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit dem „European Green Deal“ ein ambitioniertes Vorgehen beschlossen und damit eine Vorreiterrolle der EU in den Verhandlungen zur 15. Vertragsstaatenkonferenz der CBD reklamiert. Die Kommission hat bereits im Mai 2020 eine neue europäischen Biodiversitätsstrategie mit Zielen bis 2030 vorgelegt.

Auf nationaler Ebene steht ebenfalls eine Überarbeitung des gültigen Fahrplans für den Biodiversitätsschutz an: Die Ziele der im Jahr 2007 von der Bundesregierung verabschiedeten Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten größtenteils 2015 oder 2020 erreicht werden. Auch bedarf es einer Anpassung der NBS an neue Herausforderungen und veränderte globale Rahmenbedingungen.

Zielsetzung und Zielgruppen

Vor dem beschriebenen Hintergrund hat das hier vorgestellte Projekt „Kommunikationsoffensive Biodiversität“ (KomBio) das Potential des Netzwerk-Forums zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) genutzt, um Wissen zu aktuellen Biodiversitätsthemen für Entscheidungsträger:innen sowie die interessierte (Fach)Öffentlichkeit in Deutschland aufzubereiten und es diesen zu ermöglichen, die drei miteinander in Verbindung stehenden Prozesse auf globaler, europäischer und nationaler Ebene zu verfolgen.

Im Fokus standen dabei die Verhandlungen der CBD zur Fortschreibung der Aichi-Biodiversitätsziele und der Verabschiedung eines neuen und ambitionierten globalen Rahmens für die Biodiversität (Global Biodiversity Framework). Diese wurde im Zeitraum von März 2021 bis April 2023 begleitet, kommunikativ aufbereitet und für verschiedene Zielgruppen in Deutschland zugänglich gemacht.

Mit Hilfe gezielter Öffentlichkeitsarbeit wurden Informationen für wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Akteur:innen in Deutschland so aufbereitet, um ihnen die Teilhabe an den Verhandlungsprozessen zu ermöglichen – sowohl passiv rezipierend als auch aktiv gestaltend (durch regelmäßige Information zu Beteiligungsmöglichkeiten, z.B. Hinweis auf Veranstaltungen, Konsultationen, usw.).

Die Kommunikationsoffensive hatte somit vor allem drei Zielgruppen: 1. „aktiv Gestaltende“, insbesondere politische und gesellschaftliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, 2. mögliche Multiplikatoren sowie Journalistinnen und Journalisten und 3. die interessierte (Fach-) Öffentlichkeit, einschließlich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Das Herzstück der Kommunikationsoffensive war ein Newsletter, der zunächst monatlich, dann im Rahmen der Laufzeitverlängerung zweimonatlich erschien. Dieser Newsletter richtete sich an alle drei Zielgruppen und musste dementsprechend allgemeinverständlich, gut strukturiert und leicht rezipierbar sein. Dies betrifft insbesondere die Aufbereitung eines Themenschwerpunkts in anschaulicher und interessant zu lesender Weise. Darüber hinaus wurden weiterführende Informationen, z.B. zu Veranstaltungen über den Newsletter bereitgestellt. Die Inhalte bzw. Struktur der Themennewsletter ist in Abb. 1 dargestellt.

1. **Themenschwerpunkt:** Jeden Monat soll ein Themenschwerpunkt aufgegriffen und dessen Relevanz für die globalen Ziele reflektiert werden. Ausgehend von der bisherigen Verhandlungsbasis des „Zero-Drafts“⁶ werden wir dort definierte Zielstellungen mit aktuellen Themen in der öffentlichen Aufmerksamkeit verbinden. Bei jedem Thema wird nach einer kurzen Themenübersicht ein Experte (bzw. mehrere) zu diesem Thema befragt. Dabei geht es darum, die Relevanz des Themas zu belegen, mögliche Handlungsoptionen (in der deutschen und europäischen Politik) und deren Konsequenzen zu beleuchten, sowie Verbindungen mit den globalen Zielen herzustellen.
2. **Gastbeitrag von einer zu Biodiversität forschenden/arbeitenden Institution:** NeFo lebt von der Kooperation mit einer Vielzahl von Partnern aus Wissenschaft, Politik, Vereinen und Verbänden usw. Um das monatliche Update abzurunden, wollen wir Partner dazu einladen, Gastbeiträge zu verfassen. Potenziell anzufragende Institutionen beinhalten: iDiv (Leipzig), die Unis Gießen/Marburg, Senckenberg, Forum Umwelt und Entwicklung, BUND, DUH, NABU, WWF, Biodiversity in Good Company, Kommunen für biologische Vielfalt, Stadt Leipzig, Umwelt- und Naturschutzamt Berlin und andere.
3. **Projektbeispiele zum Themenschwerpunkt:** In jedem Newsletter sollen insbesondere auch konkrete, anwendungsorientierte Lösungen im Biodiversitätsschutz vorgestellt werden. Hierfür werden ausgewählte Projekte mit Bezug zum Themenschwerpunkt vorgestellt. Dafür sollen auch geeignete Beispiele aus der Förderarbeit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (<https://www.dbu.de/2406.html>) genutzt werden.
4. **Update zum Post-2020-Prozess/CBD-Kolumne:** Ein monatliches Update soll zu den Verhandlungsprozessen und aktuellen Terminen informieren sowie eine Einschätzung zum aktuellen Stand geben. Zusätzlich werden hier Links zu relevanten Dokumenten und politischen Stellungnahmen bereitgestellt.
5. **News und Veranstaltungsinformationen:** Abschließend ist vorgesehen, zu relevanten Veranstaltungen und Beiträgen von Politik und Interessengruppen zum Thema Biodiversitätsziele zu informieren.

Abb. 1: Zielstellung und Inhalte der Themennewsletter

Ergänzend fand eine Reihe von Veranstaltungen, z.T. online, z.T. hybrid (Präsenzveranstaltung mit Online-Übertragung), statt, die spezifischer auf ausgewählte Zielgruppen zugeschnitten waren.

So wurden drei Online-Fachgespräche in kleinerem Rahmen organisiert, um einen möglichst aktiven und fokussierten Austausch der Teilnehmenden zu ermöglichen (siehe unter *3 Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden* und *4 Ergebnisse*). Zielgruppe waren Stakeholder und

⁶ CBD 2020, <https://www.cbd.int/article/2020-01-10-19-02-38>

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Wissenschaftler:innen, die sich aktiv mit der Weiterentwicklung der Biodiversitätsziele auf globaler, europäischer und deutscher Ebene beschäftigen (1), Akteur:innen des Finanzsektors (2) und Journalist:innen (3).

Zusätzlich wurde als Höhepunkt der Kommunikationsoffensive ein parlamentarischer Abend ausgerichtet. Dieser parlamentarische Abend richtete sich vordergründig an politische und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträger:innen. Er fand im März 2022 unter Beteiligung zahlreicher hochrangiger Vertreter:innen, u.a. der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, statt. Er hatte zum Ziel, die Inhalte und Handlungserfordernisse der Verhandlungen im Zuge der 15. Vertragsstaatenkonferenz der CBD zusammenfassend zur Diskussion zu stellen – auch im Hinblick auf die Frage, was dies für die Situation in Deutschland bedeutet.

Gerade aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen durch die Corona-Pandemie, die In-Persona-Vorbereitungstreffen, Workshops, Informationsveranstaltungen usw. nicht oder nur eingeschränkt zuließen, hat das Projekt – mit Hilfe von vorrangig online-basierten Informationen (v.a. Newsletter, Webseite und Social Media) eine Lücke gefüllt, indem es die langwierigen, mehrfach verzögerten und für viele Beteiligten zähen und bisweilen frustrierenden Verhandlungen hin zu neuen globalen Biodiversitätszielen begleitet, aufbereitet und in der Aufmerksamkeit der interessierten Fachöffentlichkeit gehalten hat.

3 Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden

Das Projekt „Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021“ umfasste laut Projektantrag zwei Komponenten: zum einen eine auf Information ausgerichtete Online-Komponente (Newsletter, Website und Social Media) und zum anderen eine auf Interaktion ausgerichtete Veranstaltungskomponente. Die Veranstaltungskomponente wurde aufgrund der Verschiebung des CBD-Prozesses sowie aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und der damit verbundenen Social-Distancing-Maßnahmen angepasst – zum Einen in Bezug auf die zeitliche Terminierung der Veranstaltungen und zum Anderen im Hinblick auf die Durchführung als Online-Formate.

Die beiden Komponenten des Projektes werden nachfolgend entsprechend Ihren Arbeitsabläufen beschrieben. Die konkreten Inhalte und Ergebnisse sind unter 4 Ergebnisse beschrieben.

3.1 Online-Informationskomponente: Newsletter, Webseite und Social Media

Im Zeitraum von März 2021 – April 2023 (geplant zunächst bis März 2022, dann verlängert) wurde durch regelmäßige Beiträge auf der NeFo-Website und dem angegliederten Newsletter (mit knapp 2000 Abonnenten) zu politischen Fortschritten und verhandelten Kernthemen im Biodiversitätskontext informiert. Dabei lag der Schwerpunkt auf den Post2020-Verhandlungen der CBD und entsprechende Inhalte wurden journalistisch so aufbereitet, dass sie für Entscheidungsträger und Stakeholder sowie die interessierte (Fach-)Öffentlichkeit rezipierbar sind.

Die Umsetzung der Online-Informationskomponente erfolgte mit Hilfe von drei Bausteinen, die eng miteinander verwoben sind und aufeinander aufbauen bzw. aufeinander verweisen. Diese drei Bausteine erfüllen zum einen eine Informationsfunktion und zum anderen eine Kommunikationsfunktion:

1. Webseite (Information)
2. Newsletter (Information und Kommunikation)
3. Social Media (Kommunikation und Information).

Services der Kommunikationsoffensive: Online-Informationskomponente



Webseite: www.biodiversity.de



Newsletter



Social Media: Twitter @Ne_Fo

- Regelmäßige Beiträge auf der Website und im Newsletter
- Politische Fortschritte + verhandelte Kernthemen im Biodiv-Kontext
- Biodiv-News und Veranstaltungen
- Regelmäßige Posts mit aktuellen Biodiv-News



31

Abb. 2: Services der Kommunikationsoffensive: Online-Informationskomponente

Mit Blick auf die Arbeitsabläufe kann zwischen kontinuierlichen und periodisch auftretenden Aufgaben zum Beispieln dieser drei Bausteine unterschieden werden.

Zu den kontinuierlichen Aufgaben gehören die fortlaufende Aktualisierung der Webseite (www.biodiversity.de) und des Twitter-Accounts (@Ne_Fo). Dies umfasste sowohl den allgemeinen Informationsrahmen, insbesondere zum Projekt (siehe Reiter „[was wir machen](#)“ auf der Webseite) und zum CBD-Prozess (siehe Reiter „[Post-2020 CBD](#)“ auf der Webseite), sowie den Informationsservice zu Veranstaltungen und „Biodiv-News“. Veranstaltungen mit Biodiversitätsbezug wurden kontinuierlich über verschiedene Webseiten und E-Mail-Verteiler sowie durch aktive Hinweise, die per E-Mail an das NeFo-Team gingen, recherchiert, gesammelt und gesichtet. Eine Auswahl wurde als Veranstaltungsliste auf die Webseite gestellt (siehe Reiter „[Veranstaltungen](#)“). In ähnlicher Vorgehensweise wurden standardmäßig eine verschlagwortete Suche in den Meldungen des Informationsdienstes Wissenschaft durchgeführt und ergänzend eine Reihe von einschlägigen Webseiten durchsucht. Die Ergebnisse wurden in knapper und anschaulicher Form (mit Titel, Kurzbeschreibung, Abbildung und Link zur Quelle bzw. zu weiterführenden Informationen aufbereitet und auf der Webseite (siehe Reiter „[Biodiv News](#)“) und über den NeFo-Twitter-Account veröffentlicht.

Zu den periodisch auftretenden Aufgaben zählten die Konzeption, Umsetzung und Verbreitung der Themennewsletter, wobei Webseitengestaltung, Newsletterversand (via Mailchimp) und Social Media-Diffusion (via Twitter) ineinandergreifen, wie nachfolgend beispielhaft beschrieben wird.

Arbeitsschritte anhand eines Beispiels erklärt

Das Erstellen der Themennewsletter umfasste die folgenden fünf Schritte. Diese werden nachfolgend beschrieben und mit beispielhaften Abbildungen des Newsletters im Januar/Februar 2022 zum Thema Meeresschutzgebiete illustriert.

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

1. Themenauswahl
2. Konzeption und Erstellen der Inhalte für den Newsletter
3. Umsetzen der Newsletterinhalte auf der Webseite
4. Zusammenstellen und Versand des Newsletters
5. Social-Media-Werbung für den Newsletter und die darin enthaltenen Beiträge

Die Themen des jeweiligen Newsletters wurden sorgfältig nach aktuellen Entwicklungen und Ergebnissen in der internationalen und nationalen Biodiversitäts-Politik ausgewählt. Zur Themenauswahl hat sich das Koordinationsteam (bestehend aus Vertreter:innen der Partnerinstitutionen von Auftragnehmer- und Auftraggeberseite) regelmäßig strategisch im Rahmen von Online-Meetings abgestimmt.

Zu dem gewählten Thema wurde ein Konzept erstellt. Wissenschaftsjournalist Sebastian Tilch arbeitete den jeweiligen Themenschwerpunkt aus. Dabei wurden i.d.R. nach einer Hinführung zum Thema ein Experte (bzw. mehrere) zu diesem Thema befragt. Dabei ging es darum, die Relevanz des Themas zu belegen, mögliche Handlungsoptionen (in der deutschen und europäischen Politik) und deren Konsequenzen zu beleuchten, sowie Verbindungen mit den globalen Zielen herzustellen (siehe Abb. 1: Zielstellung und Inhalte der Themennewsletter).

Für die Gastbeiträge wurden externe Experten unter der jeweiligen Themenstellung angefragt. In der Ausarbeitung waren die Gastautoren frei. Lediglich ein paar formale Angaben für das Format, die Zeichenanzahl und die Gestaltung waren vorgegeben.

Als dritter standardmäßiger Beitrag wurde eine CBD-Kolumne von Dr. Yves Zinngrebe und/oder Dr. Axel Paulsch verfasst. Diese Kolumne beinhaltete ein Update und eine Einordnung zum aktuellen Stand der Verhandlungen sowie neuesten Entwicklungen und Terminen.

Nach Fertigstellung bzw. Abgabe der Beiträge wurden diese vom Projektteam redigiert, in ein einheitliches Format gebracht und auf der Webseite umgesetzt sowie zusätzlich als PDF auf der Webseite zum Download bereitgestellt. Abb. 2 zeigt exemplarisch die Umsetzung des Themenbeitrags für Januar/Februar auf der Webseite. Ebenso wurden der Gastbeitrag bzw. die Gastbeiträge sowie die CBD-Kolumne auf der Webseite umgesetzt.

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,



Abb. 3: Umsetzung des Themenbeitrags für Januar/Februar 2022 auf der Webseite 30 by 30. Was bringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren?

Das Erstellen und Versenden des Newsletters erfolgte mit Mailchimp über den NeFo-Newsletter-Mail-Verteiler. Für jeden Newsletter wurde ein Editorial formuliert, das das Thema vorstellt und dabei aktuelle Bezüge aufgreift. Das Editorial gibt zudem einen Überblick über die Newsletterinhalte und fungiert als eine Art Inhaltsverzeichnis. Abb. 3 zeigt beispielhaft das Newslettereditorial für den Newsletter im Januar/Februar 2022.



Abb. 4: beispielhaftes Newslettereditorial

Im Anschluss an das Editorial folgen die einzelnen Beiträge. Diese werden durch eine Überschrift, ein Foto bzw. eine Grafik und einen kurzen Anreißertext eingeleitet (siehe Abb. 4: Vorstellung von Themenschwerpunkt, Gastbeitrag und CBD-Kolumne im Newsletter). Ein Link führt auf den vollständigen Beitrag auf der Webseite.

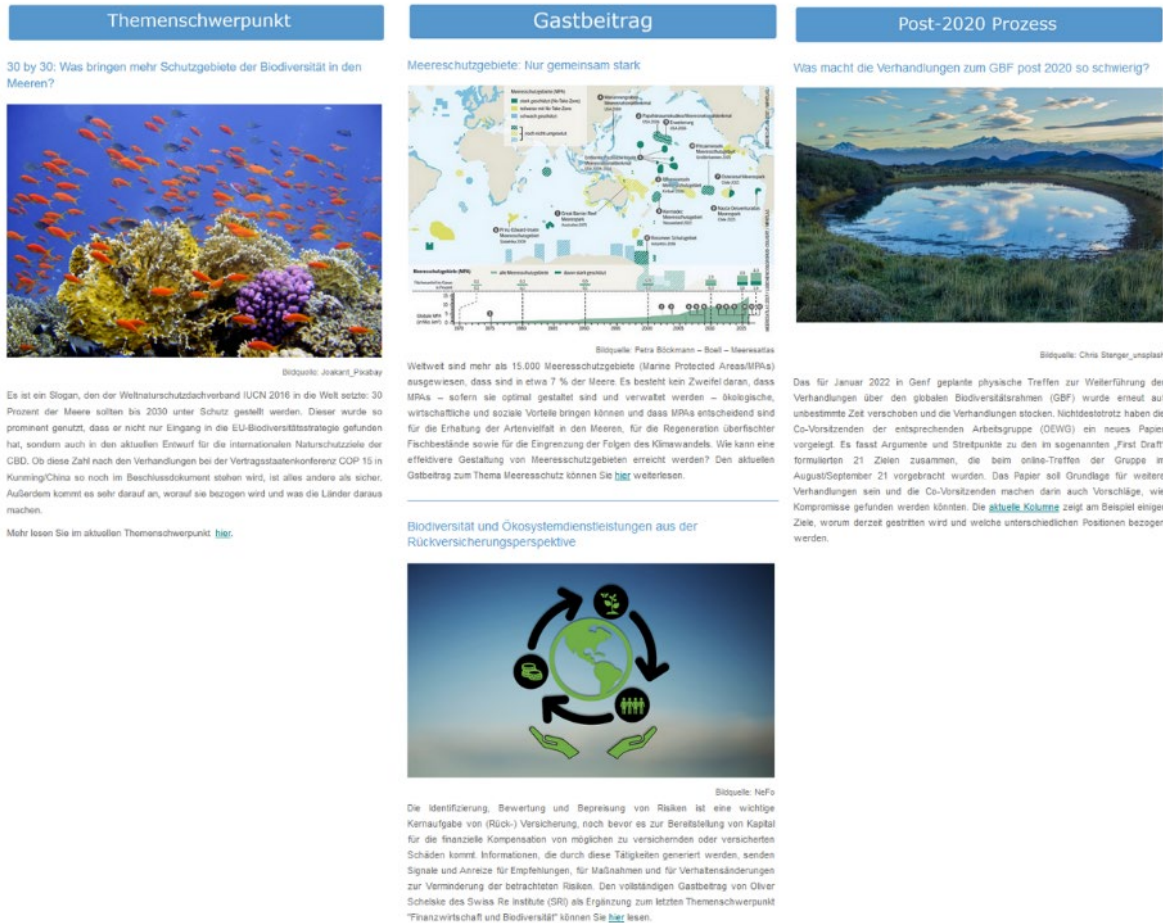


Abb. 5: Vorstellung von Themenschwerpunkt, Gastbeitrag und CBD-Kolumne im Newsletter

Außerdem werden im Newsletter zum Thema passende Projekte, Studien, Forschungsergebnisse oder Nachrichten aus der Biodiversitätsforschung vorgestellt. Diese wurden ebenfalls mit Titel, Foto bzw. Grafik, einem kurzen Anreißertext und einem Link zu weiterführenden Informationen aufbereitet (siehe Abb. 5: Informationen zu thematisch passenden Projekten sowie Veranstaltungshinweise).

Wie bereits ausgeführt werden für die NeFo-Webseite regelmäßig Veranstaltungen und Nachrichten rund um das Thema Biodiversität recherchiert und auf der Webseite unter dem Reiter „Biodiv News“ und „Veranstaltungen“ hochgeladen. Aus den Veranstaltungshinweisen wurden für jeden neuen Newsletter für einen Zeitraum von ca. 1-3 Monaten die nächsten Veranstaltungen rausgesucht und in den Newsletter übertragen (siehe Abb. 5: Informationen zu thematisch passenden Projekten sowie Veranstaltungshinweise).

Nach gründlicher Kontrolle wurde der Newsletter per E-Mail versendet.

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

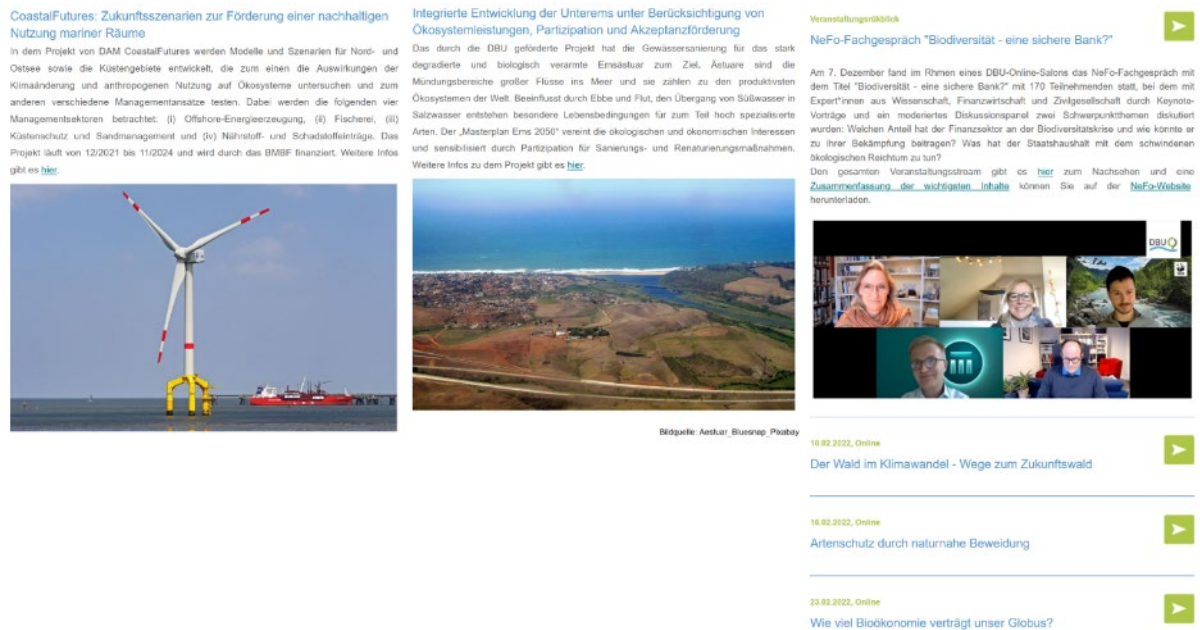


Abb. 6: Informationen zu thematisch passenden Projekten sowie Veranstaltungshinweise

Parallel zur Versendung des Newsletters wurde ein Beitrag auf Twitter zum neuen Newsletter erstellt. Der Tweet umfasste das Titelbild des Newsletters, das Thema, den entsprechenden Link und den Hashtag #NeFoNewsletter (siehe Abb. 6: Ankündigungstweet zum Newsletter über den NeFo-Twitter-Account). Zusätzlich wurde der aktuelle NeFo-Newsletter-Tweet an das Profil geheftet, sodass die Profilbesucher direkt auf den aktuellen Newsletter aufmerksam gemacht werden.



Abb. 7: Ankündigungstweet zum Newsletter über den NeFo-Twitter-Account

Zusätzlich wurde zu jedem Themenbeitrag ein eigener Tweet formuliert, der den Autor, den Inhalt des Beitrags, das dazugehörige Titelbild, den Link und den entsprechenden Hashtag (#NeFoThemenschwerpunkt, #NeFoGastbeitrag, #NeFoKolumne) beinhaltet (siehe Abb. 7).

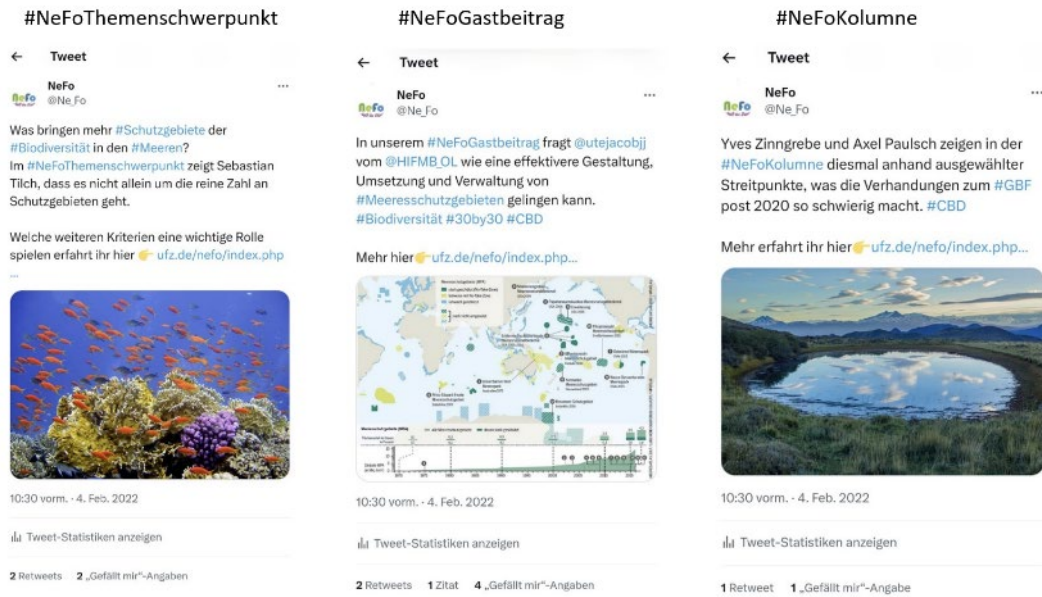


Abb. 8: Tweets zu den einzelnen Beiträgen eines Newsletters über den NeFo-Twitter-Account

Außerdem werden zu jedem Beitrag mehrere Tweets (zusammengefasst in einem sog. Thread) erstellt. Diese beinhalten grafisch aufgearbeitete Zitate, interessante Fakten oder inhaltliche Aussagen (siehe Abb. 8, Abb. 9 und Abb. 10). Diese inhaltlichen Auszüge sollen das Interesse an den Beiträgen wecken und verweisen jeweils über den Link auf den vollständigen Beitrag auf der Webseite.

#NeFoThemenschwerpunkt (11.02.2022)

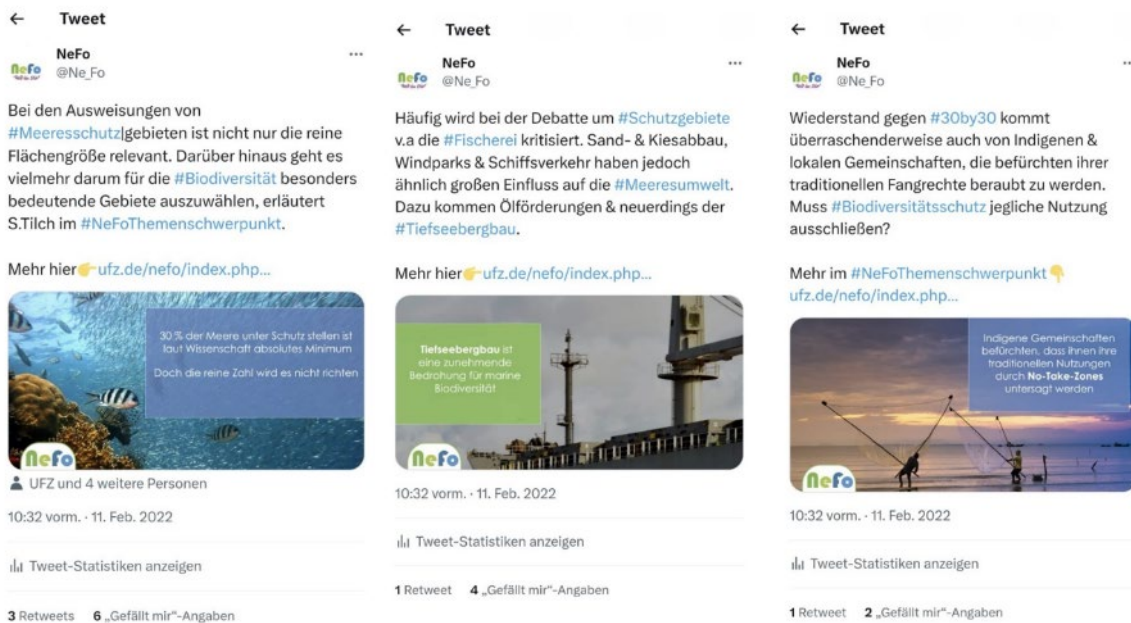


Abb. 9: Twitter-Thread zum Themenschwerpunkt zu Meeresschutzgebieten im Januar/Februar 2022 Newsletter

#NeFoGastbeitrag (18.02.2022)

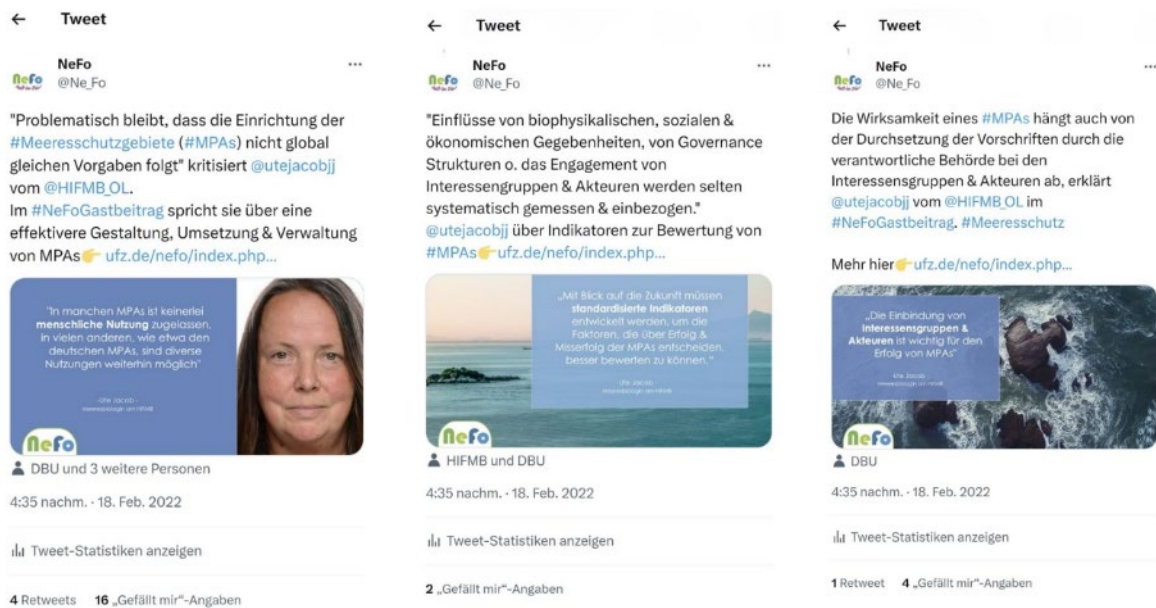


Abb. 10: Twitter-Thread zum Gastbeitrag zu Meeresschutzgebieten im Januar/Februar 2022 Newsletter

#NeFoKolumne (26.02.2022)



Abb. 11: Twitter-Thread zur CBD-Kolumne im Januar/Februar 2022 Newsletter

Pro Woche wurde circa ein Thread gepostet. Darüber hinaus wurden Kommentare und Retweets zu den Beiträgen geteilt (siehe Abb. 10: Twitter-Interaktion mit den NeFo-Beiträgen).

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

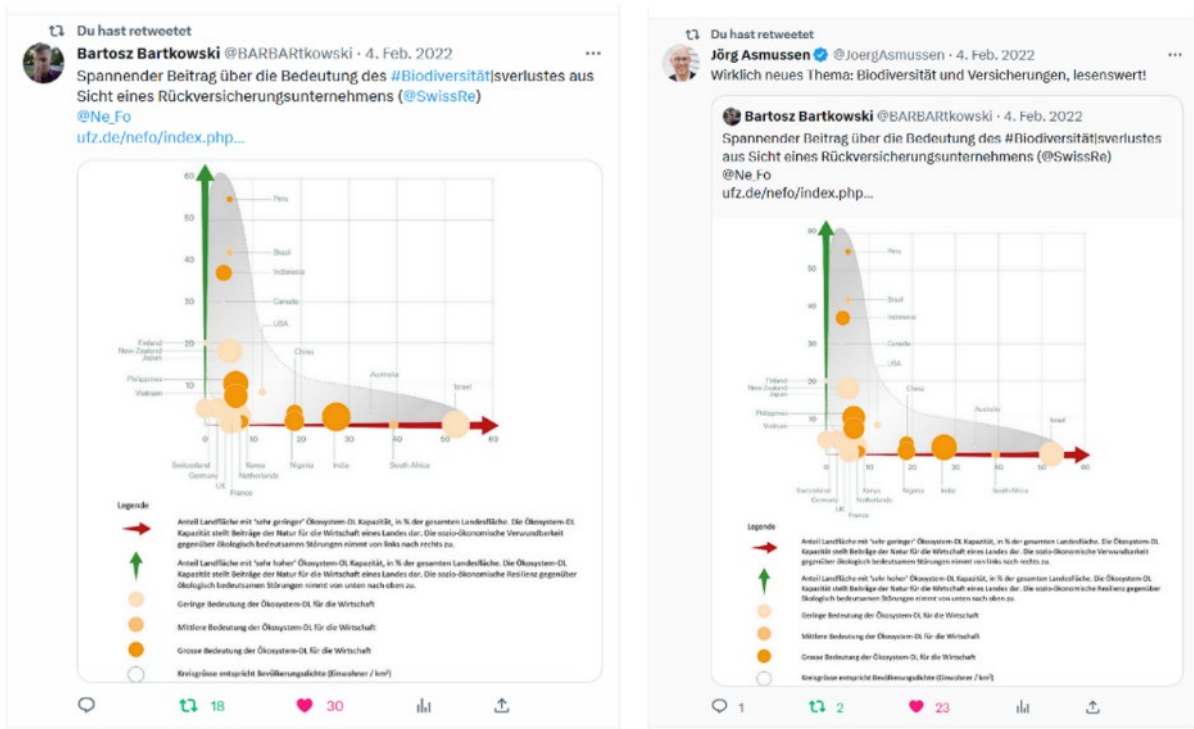


Abb. 12: Twitter-Interaktion mit den NeFo-Beiträgen

Nachfolgend sind für das Beispiel des Newsletters Januar/Februar alle Beiträge sowie dazugehörigen Tweets aufgelistet (siehe Tab. 1).

Übersicht Beispiel Januar 2022 – Newsletter & Twitter-Beiträge:

	Newsletter	Twitter
Thema:	Meeresschutzgebiete (https://mailchi.mp/24865eb8a505/nefo-newsletter-30-by-30-was-bringen-mehr-schutzgebiete-der-biodiversitt-in-den-meeren)	Ankündigung (https://twitter.com/Ne_Fo/status/1489531846815854594?s=20)
CBD-Kolumne:	Was macht die Verhandlungen zum GBF post 2020 so schwierig? (https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48987)	Übersicht + Thread inkl. Sharepics (https://twitter.com/Ne_Fo/status/1497581748586262535?s=20)
Themenschwerpunkt:	30 by 30: Was bringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren? (https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48989)	Übersicht + Thread inkl. Sharepics (https://twitter.com/Ne_Fo/status/1492069023395332098?s=20)
Gastbeitrag:	Meeresschutzgebiete: Nur gemeinsam stark (https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48988)	Übersicht + Thread inkl. Sharepics (https://twitter.com/Ne_Fo/status/1494697122641453061?s=20)
Extra-Beitrag:	Gastbeitrag zum Fachgespräch im Dezember 2022: Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen aus der Rückversicherungsperspektive (https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49030)	Keinen Thread speziell zu dem Beitrag, sondern zu dem Fachgespräch aus dem vorigen Monat (https://twitter.com/Ne_Fo/status/1477971776500084740?s=20)

Tab. 1: Übersicht Newsletter und Twitter Beiträge Januar 2022

3.2 Interaktive Veranstaltungskomponente: Online-Fachgespräche und parlamentarischer Abend

Um neben der Informationskomponente auch eine Möglichkeit zum Austausch und für Feedback zu schaffen, wurden Online-Fachgespräche in kleinerem Rahmen organisiert (siehe Abb. 13). Zielgruppen waren Stakeholder und Wissenschaftler:innen, die sich aktiv mit der Weiterentwicklung der Biodiversitätsziele auf globaler, europäischer und deutscher Ebene beschäftigen (1), Akteur:innen des Finanzsektors (2) und Journalist:innen (3). Zusätzlich wurde als Höhepunkt der Kommunikationsoffensive ein parlamentarischer Abend ausgerichtet. Dieser richtete sich vordergründig an politische und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträger:innen. Er fand im März 2022 unter Beteiligung zahlreicher hochrangiger Vertreter:innen, u.a. der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, statt.

Services der Kommunikationsoffensive: Veranstaltungen

Online-Fachgespräche

- Diskussion ausgewählter Themenschwerpunkte des Post-2020-Prozesses und Ausblick auf die Umsetzung der Biodiversitätsagenda ab 2021
- Fokussierung der Operationalisierung politischer Ziele + Maßnahmen zur verbesserten Umsetzung

Parlamentarischer Abend

- Abschluss der Kommunikationsoffensive: „Rückblick auf Kunming / das Biodiversitätsjahr 2021 – was bedeutet es für die europäische und deutsche Politik?“
- Rückblick auf die Entwicklungen in 2021 + Perspektive für Politik, Lösungsansätze und notwendige Maßnahmen



Abb. 13: Services der Kommunikationsoffensive: Veranstaltungskomponente

Arbeitsschritte anhand eines Beispiels erklärt

Die Organisation von Veranstaltungen umfasste die folgenden fünf Schritte. Diese werden nachfolgend beschrieben und mit beispielhaften Abbildungen des Newsletters im Januar/Februar 2022 zum Thema Meeresschutzgebiete illustriert.


1. Themenauswahl und Konzeption der Veranstaltung
2. Einrichten einer Veranstaltungsseite auf der Webseite
3. Zusammenstellen der Einladung und Versand über den Newsletter
4. Veranstaltungsdurchführung
5. Veranstaltungsnachbereitung

Innerhalb des Koordinationsteams bestehend aus Vertreter:innen der Auftragnehmer und der Auftraggeber wurden die Themen für die Fachgespräche festgelegt. Bei der Konzeption der

Veranstaltungen wurde auch berücksichtigt, wie sich diese in den Gesamtkontext der Kommunikationsoffensive einfügen, insbesondere in Bezug auf die Themennewsletter. Die Organisation der Veranstaltungen erfolgte durch das KomBio-Projektteam in Abstimmung mit der DBU. Dies umfasste die Auswahl und Einladung geeigneter Referent:innen sowie die Festlegung des Programmablaufs. Sämtliche Veranstaltungsinformationen wurden zu einer Veranstaltungswebseite zusammengefügt (siehe Abb. 14). Im Anschluss wurden diese Informationen in eine Veranstaltungseinladung integriert, die über den NeFo-Newsletter per Mailchimp versendet wurde (siehe Abb. 15 Newslettereinladung zum Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“).



Abb. 14: Veranstaltungssseite zum Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“



nefo Vielfalt im Dialog
netzwerk-forum zur biodiversitätsforschung deutschland

November 2021

Online-Salon:
»Biodiversität – eine sichere Bank?«
#DBU Digital
7. Dezember 2021, 14–16:00 Uhr

Bildquelle: Orlando_Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>>>,

anknüpfend an den letzten NeFo-Newsletter zum Thema Biodiversität und Finanzsysteme im Oktober, sowie an den (Spoiler!) im November erscheinenden Newsletter zum Thema Biodiversität und umweltschädliche Subventionen laden wir Sie zu einem Online-Fachgespräch ein, das NeFo gemeinsam mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) unter dem Titel **"Biodiversität – eine sichere Bank?"** ausrichtet.

Das NeFo-Fachgespräch findet am **Dienstag, den 7. Dezember 2021 von 14 bis 16 Uhr** im Format eines DBU-Online-Salons statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Anmeldung zur Veranstaltung ist ab sofort [hier](#) möglich.

Zum Anlass:

"Der Finanzsektor muss nachhaltiger werden", forderte Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum Auftakt der 15. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention COP15 am 11. Oktober 2021. Das Thema "Finanzierung und Finanzströme" spielt eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen für neue globale Biodiversitätsziele, deren Finalisierung im Frühjahr 2022 erwartet wird.

Im NeFo-Fachgespräch stellen wir darum die Frage, welchen Anteil der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise einerseits bzw. an ihrer Bekämpfung andererseits hat. Was sind nachhaltige Investitionen im Finanzsektor? Welche Rolle spielen umweltschädliche Subventionen und wie können diese abgebaut werden? Darüber diskutieren wir mit Expert*innen aus Wissenschaft, Finanzwirtschaft und Zivilgesellschaft.

Zum Programm:

Für die Keynote-Vorträge haben wir zwei erstklassige Referent*innen gewinnen können: Kristina Jeromin, Co-Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V., wird zu "Biodiversität als Bewertungsmaßstab für nachhaltige Kapitalallokationen" sprechen. Anschließend wird Kai Schlegelmilch vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erläutern, wie es sich mit dem "Abbau naturschädigender Subventionen" in Deutschland verhält.

In einem anschließenden moderierten Panel werden wir mit Akteur*innen aus der Finanzwirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam diskutieren, wo wir aktuell stehen und was zu tun ist. Ist Biodiversität eine "sichere Bank"?

Alle Informationen zum Programm finden Sie fortlaufend aktualisiert [hier](#).


Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Veranstaltungshinweis gern an Interessierte weiter. Biodiversität geht uns alle an!

Wir freuen uns auf einen spannenden Austausch mit unseren Referent*innen und Ihnen am 07.12.!

Ihr NeFo-Team

P.S. Die Beiträge des Oktober-Newsletters gibt es nun auch zum Nachlesen als PDF-Dateien auf unserer Homepage. Zum Themenschwerpunkt gelangen Sie [hier](#), den Gastbeitrag von Wolfgang Oberland, der übrigens auch mit einem Impulsstatement am Diskussionspanel des Fachgesprächs teilnehmen wird, finden Sie [hier](#).

07.12.2021, 14:16 Uhr - Online

Anmeldung zum NeFo-Fachgespräch / #DBUdigital Online Salon: "Biodiversität - eine sichere Bank?" 



Keynote 1: "Biodiversität als Bewertungsmaßstab für nachhaltige Kapitalallokationen" - Kristina Jeromin, Co-Geschäftsführerin, Green and Sustainable Finance Cluster Germany

Kristina Jeromin ist 1982 in Wiesbaden geboren und studierte Politikwissenschaften und Philosophie an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Von 2009 bis 2020 war sie bei der Gruppe Deutsche Börse beschäftigt und dort zunächst zuständig für die in- und externe Kommunikation von Nachhaltigkeitsthemen. Ab 2015 bis Ende 2020 verantwortete sie als Head of Group Sustainability das konzernweite Nachhaltigkeitsmanagement der Börse, in deren Rollen als internationaler Kapitalmarktkoordinator, selbst börsennotiertes Unternehmen und DAX-Mitglied. Seit 2018 und bis heute ist Kristina Jeromin Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Cluster Germany. Von 2019 bis März 2021 war sie stellvertretende Vorsitzende des Sustainable Finance Beirats der deutschen Bundesregierung. Außerdem ist Kristina Jeromin Mitglied der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome.

Bild: Kristina Jeromin, Christof Mattes

Keynote 2: "Abbau naturschädigender Subventionen" - Kai Schlegelmilch, BMU



Kai Schlegelmilch, geb. 1965, lernte Bankkaufmann und studierte Volkswirtschaftslehre in Frankfurt/Main. Danach war er beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, bei der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen/Dänemark und beim Deutschen Bundestag tätig. Seit 1999 ist er im deutschen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) angestellt und hat dort zur Energie- und Klimapolitik, insbesondere zur Ökologischen Steuer- und Finanzreform, gearbeitet. Zudem hat er in weiteren Bereichen mitgewirkt. Seit 2019 ist er in der Arbeitsgruppe N II 5 (Natur- und Umweltschutz in der Landwirtschaft) tätig. Außerdem war er für viele internationale Organisationen tätig und hat u.a. Regierungen in China, Vietnam, Thailand, Indonesien zur Einführung von Ökosteuerefformen beraten. Zudem ist er Mitgründer und ehrenamtlicher Aufsichtsratsvorsitzender des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FOS) und Mitgründer von Green Budget Europe (GBE), für die er zahlreiche Projekte geleitet hat.

Bild: Kai Schlegelmilch

 Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Nach oben

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Abb. 15: Newslettereinladung zum Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Die Durchführung der Veranstaltung (Inhalt und Programm) sind unter 4.4 Konkrete Ergebnisse – Veranstaltungen: Online-Fachgespräche und parlamentarischer Abend beschrieben. Die Durchführung der Fachgespräche wurde als DBU-Online-Salon gestaltet. Hierbei konnte auf technische Unterstützung durch die DBU zurückgegriffen werden. Die Veranstaltungen wurden parallel auf Twitter begleitet (siehe Abb. 16).



Abb. 16: Begleitung über den NeFo-Twitter-Account zum Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“

Die Veranstaltungen werden z.T. auf Twitter nachbereitet (siehe Abb. 17). Das Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“ wurde zudem in einem Kurzbericht zusammengefasst (siehe Abb. 44: Nachlese: Kurzbericht zum Fachgespräch am 07.12.2021 (Auszug)).



Abb. 17: Twitter- Nachlese zum Fachgespräch am 07.12.2021)

4 Ergebnisse

In Abb. 12 sind die gemäß Projektantrag und Projektverlängerung intendierten Ziele des Projektes aufgeführt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine Reihe von Newslettern (einschließlich der jeweiligen Themenschwerpunkte) und ausgewählte Veranstaltungen umgesetzt werden sollten.

In den nachfolgenden Unterkapiteln werden die erzielten Ergebnisse detaillierter ausgeführt. Dies umfasst die folgenden (über die in Abb. 12 hinausgehenden) Ergebnisse:

1. Aktualisierung der Webseite
2. Newsletter und Themenschwerpunkte
3. Social-Media-Verbreitung (Twitter)
4. Veranstaltungen: (Online-)Fachgespräche und parlamentarischer Abend

Angestrebte Ergebnisse gemäß Projektantrag:

- 10 Newsletter/monatliche Beiträge (mit den oben beschriebenen Inhalten), veröffentlicht und frei zugänglich auf der NeFo-Webseite, per NeFo-Newsletter verschickt, über Social Media verbreitet, zusätzlich nach Absprache gern über weitere Kanäle verteilt (im Ablaufplan: NL)
- 8 Themenschwerpunkte (als Teil der monatlichen Beiträge), als PDF aufbereitet, bei Veranstaltungen (z.B. im Rahmen der Woche der Umwelt usw.) als Informationsmaterialien nutzbar (auch nach 2021) (im Ablaufplan: TS)
- Parlamentarischer Abend (ca. 2-3 h) (Termin muss noch abgestimmt werden, im Nachgang zur COP15) (im Ablaufplan: PA)
- Drei Online-Fachgespräche (je ca. 1,5-2h) (1. FG: 2. Quartal 2021, 2. FG: 3. Quartal 2021, 3. FG: 4. Quartal 2021) (im Ablaufplan: FG)

Angestrebte Ergebnisse Projektverlängerung:

- 3 zusätzliche Newsletter/monatliche Beiträge (nach dem entwickelten Format), veröffentlicht und frei zugänglich auf der NeFo-Webseite, per NeFo-Newsletter verschickt, über Social Media verbreitet (im Ablaufplan: NL)
- 3 Themenschwerpunkte (als Teil der monatlichen Beiträge), als PDF aufbereitet, bei Veranstaltungen als Informationsmaterialien nutzbar (auch nach 2022) (im Ablaufplan: TS)
- Online-Veranstaltung zur COP15 im Herbst 2022 (idealerweise im Nachgang zur COP): Diskussion und Einordnung der Ergebnisse
- Kontinuierliche Bereitstellung von Informationen: BiodivNews und Veranstaltungen auf der Webseite und Twitter

Abb. 18: angestrebte Ergebnisse gemäß Projektantrag und Projektverlängerung

4.1 Aktualisierung der Website

Im Rahmen des Projekts wurde die bisherige NeFo-Webseite komplett neu aufgesetzt und an die Anforderungen des Projekts angepasst. Die Webseite nutzt die Vorgaben und Funktionalitäten des Content Management Systems, das am UFZ Verwendung findet, wird vom UFZ gehostet und gewartet.

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Die Projektwebseite ist ferner an das Corporate Design von NeFo eng angelehnt, um für die Wiedererkennung für die am Netzwerk Beteiligten (Partner, Newsletterabonnent:innen usw.) sicherzustellen. Die Webseite ist über ein Menü am oberen Bildschirmrand gegliedert, das die folgenden Reiter enthält, die auf eine Unterseite mit den jeweiligen Inhalten verlinken:

- Startseite
- Post-2020 CBD
- Was wir wollen
- Was wir machen
- Wer wir sind
- Biodiv News
- Veranstaltungen
- NeFo-Archiv

Diese einzelnen Inhalte bzw. Unterseiten werden nachfolgend überblicksartig beschrieben.

Startseite

Die Startseite ist über die geübte Adresse von NeFo www.biodiversity.de erreichbar (Weiterleitung auf die neue Projektwebseite). Neben dem Menü, über das alle weiteren Webseiteninhalte erreicht werden können, umfasst sie zentral einen „Slider“, in dem die zehn aktuellsten Beiträge über eine Abbildung inklusive Abbildungsunterschrift und Link prominent dargestellt sind (siehe Abb. 13). Die Beiträge wechseln bei Verweilen auf der Webseite dynamisch. Darunter gibt es eine Rubrik „Aktuelles“, gefolgt von einer Kurzinfor zu NeFo. Den Abschluss der Startseite bilden drei Elemente: 1. eingebettete Tweets, den offiziellen Stand zum Post-2020-Prozess der CBD sowie eine Liste mit eigenen Veranstaltungen.

Impressum Datenschutz DE Suche ...

nefo Vielfalt im Dialog
netzwerk-forum zur biodiversitätsforschung deutschland

Wie weiter mit den Zielen zum Schutz der biologischen Vielfalt?

Start

Wie kann die kommende Dekade zum Erfolg für die biologische Vielfalt werden?

**Neue globale Biodiversitätsziele:
Das Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework**

Am 19.12.2022 ging die CBD COP-15 mit einem Beschluss zum Global Biodiversity Framework (GBF) in Montreal zu Ende. Bild: R. Lessnow
→ Aktualisierte Informationen auf unserer "CBD-Post-2020"-NeFo-Webseite

2020 war die Zielmarke von Biodiversitätszielen und -strategien auf unterschiedlichen Ebenen, allen voran der internationalen Aichi-Biodiversitätsziele des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Mehr erfahren → Post-2020 CBD). Das Jahr 2021 ist nun ein wichtiger Meilenstein und Wendepunkt, um diese politischen Strategien und praktische Maßnahmenpakete gegen den Biodiversitätsverlust in Deutschland, Europa und der Welt voranzubringen.

Aktuelles

Sondernewsletter Februar: Die Ergebnisse der Biodiversitäts COP-15 in Montreal im Überblick

- Montreals „Paris-Moment light“ - Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft *Gastbeitrag von Julian Taffner, BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt (FEaA)*
- Globales Biodiversitätsziel 15: Stärkung der Rolle von Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten *Gastbeitrag von Johannes Förster (UFZ) und Tobias Wildes (UFZ, Veto Delorsius Allianz)*

Hochschule Geisenheim University

UFZ HELMHOLTZ Zentrum für Umweltforschung

fan Natur MUSEUM FÜR NATURKUNDE BERLIN

gefördert durch DBU Deutsche Bundesstiftung Umwelt www.dbu.de

Abb. 19: Startseite der NeFo-Webseite mit Informationen über das Projekt

Post-2020 CBD – Informationen zu den CBD-Verhandlungen

Da die Verhandlungen zu den neuen globalen Biodiversitätszielen den Ankerpunkt des Projekts darstellten, wurde dem Post-2020-CBD-Prozess der CBD eine eigene Unterseite gewidmet, um übersichtlich und prägnant den aktuellen Stand darzustellen (siehe Abb. 14).



Abb. 20: Reiter „Post-2020 CBD“ auf der Webseite

Diese Seite wurde kontinuierlich aktualisiert. Und enthält zahlreiche Illustrationen, die vom Projektteam eigens für das Projekt erstellt wurden. Abb. 21 zeigt das Global Biodiversity Framework, das im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz der CBD verabschiedet wurde, einschließlich der 23 handlungsorientierten Ziele für 2030 in Kurzform in deutscher Sprache.

POST-2020 Globaler Biodiversitätsrahmen - Handlungsorientierte Ziele für 2030

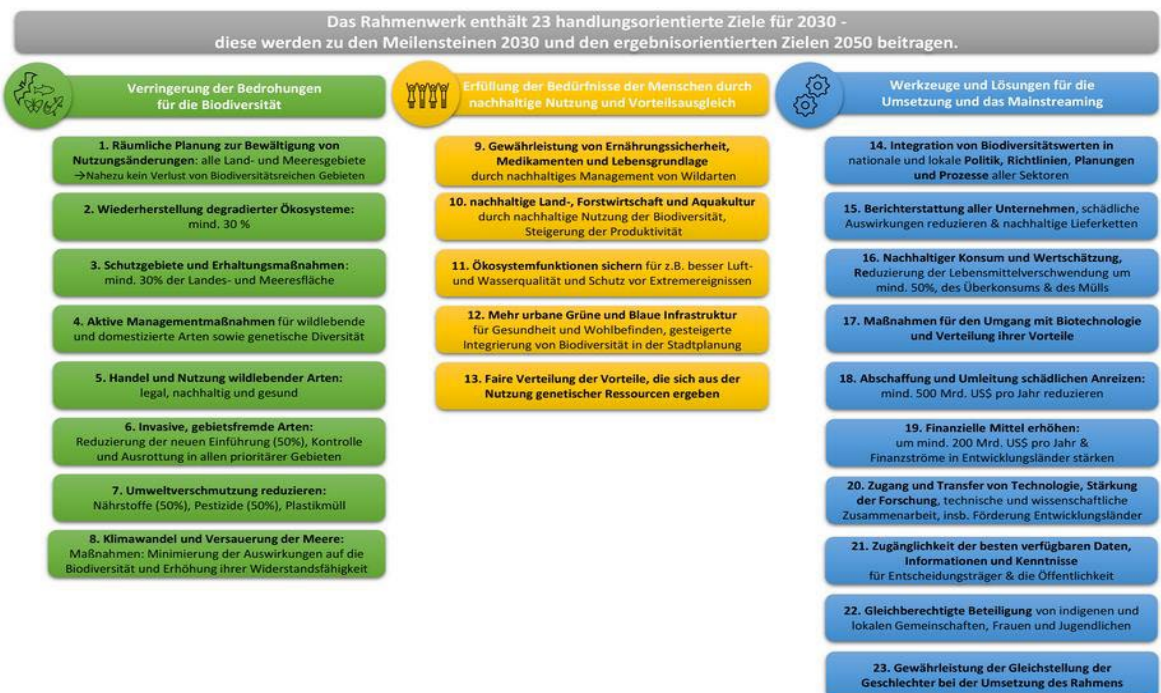


Abb. 21: Post-2020 Global Biodiversity Framework

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Abb. 22 illustriert den Prozess zur Entwicklung des Global Biodiversity Framework, einschließlich der wesentlichen Schritte und Verschiebungen.

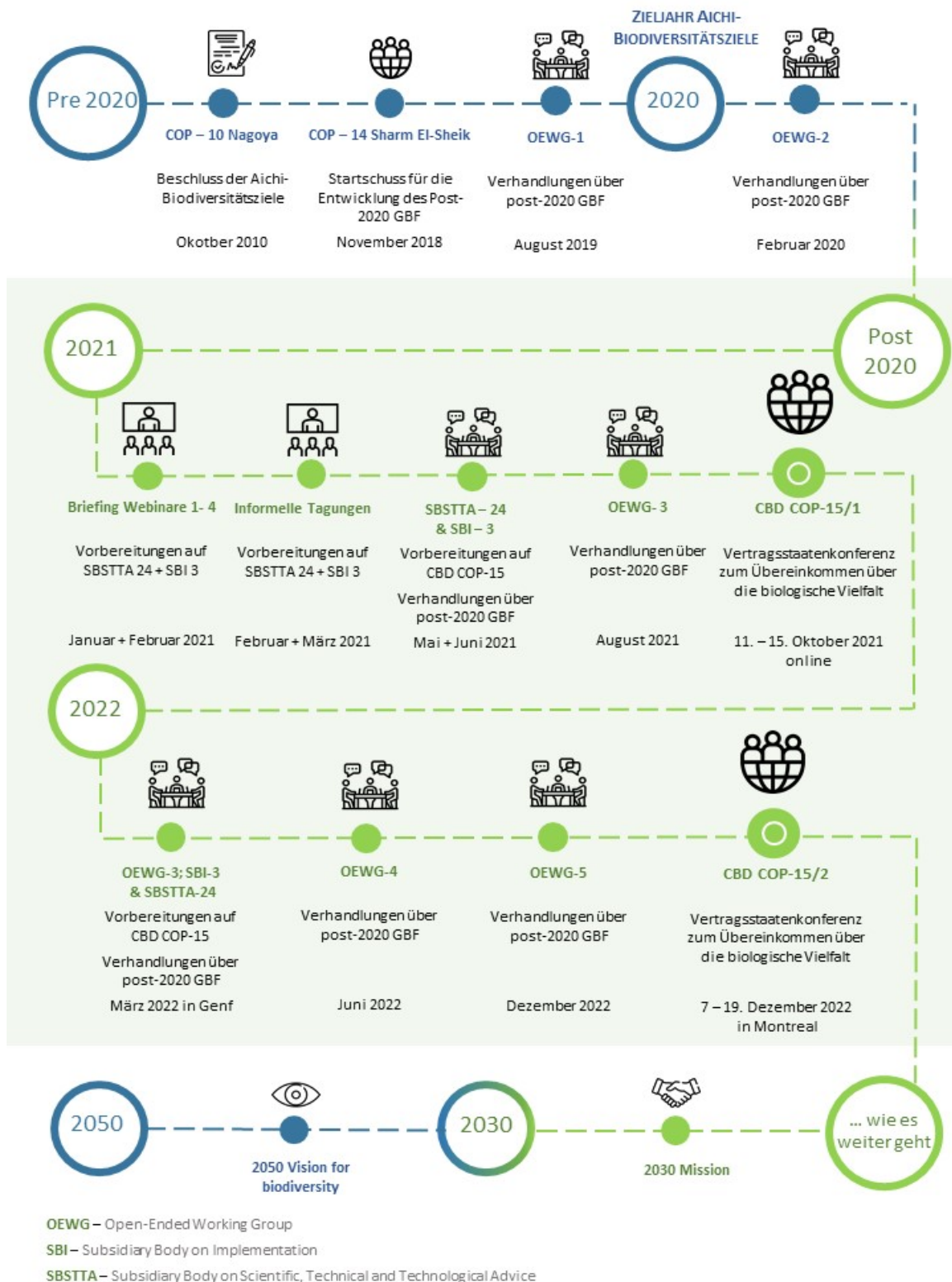


Abb. 22: Prozess zur Entwicklung eines Global Biodiversity Framework

Zusätzlich wurden nach Verabschiedung des Global Biodiversity Framework ausgewählte Ziele erläutert und mit Illustrationen veranschaulicht (siehe beispielhaft Abb. 17: Kurzbeschreibung und Veranschaulichung). Alle Abbildungen sind unter der Creative-Commons-Lizenz „CC0 BY NeFo“ frei zugänglich und verwendbar.



Abb. 23: Kurzbeschreibung und Veranschaulichung ausgewählter Ziele des GBF

Was wir wollen, was wir machen, wer wir sind -Informationen zu den Projektzielen, Projekthinhalten und zum Projektteam

Unter dem Reiter „Was wir wollen“ (siehe Abb. 18) werden zunächst der Hintergrund und Anlass des Projektes kurz beschrieben. Anschließend wird die Zielstellung des Projektes formuliert.

Was wir wollen

Unter anderem zeigen die Corona-Pandemie und häufiger auftretende Extremwetterereignisse überdeutlich, dass unsere natürliche Lebensgrundlage, die biologische Vielfalt, fragil und ihr Schutz essentiell ist – insbesondere auch zur Wahrung der menschlichen Gesundheit. Gleichzeitig besteht aktuell die Gefahr, dass durch den Fokus auf Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, auf die Energieversorgung und die durch Lockdowns und gestörte Lieferketten geschwächte Wirtschaft die Biodiversitätskrise an Aufmerksamkeit verliert. Vor diesem Hintergrund gehen wir der Frage nach:

Wie kann die kommende Dekade zum Erfolg für die biologische Vielfalt werden?

Im Rahmen dieser „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ bereiten wir Wissen zu aktuellen Biodiversitätsthemen auf, um es Interessierten zu erleichtern, mit der CBD in Verbindung stehende Prozesse auf globaler, europäischer und nationaler Ebene zu verfolgen und an ihnen teilzuhaben. Mit Hilfe gezielter Öffentlichkeitsarbeit wollen wir wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Akteure in Deutschland ansprechen und informieren.

The screenshot shows the NeFo website page titled "Was wir wollen" (What we want) under the main heading "Schutz der biologischen Vielfalt" (Protection of biological diversity). The page content includes:

- Hintergrund und aktuelle Entwicklungen** (Background and current developments): A paragraph discussing the importance of 2020 and 2021 as milestones and turning points for political strategies and practical measures against biodiversity loss in Germany, Europe, and the world. It mentions the Aichi Biodiversity Targets, the EU Biodiversity Strategy for 2030, and the National Biodiversity Strategy.
- Was wir wollen** (What we want): A section discussing the impact of the Corona pandemic and extreme weather events on biodiversity, and the need for a new National Biodiversity Strategy for Germany.
- Wie kann die kommende Dekade zum Erfolg für die biologische Vielfalt werden?** (How can the coming decade be successful for biodiversity?): A section discussing the need for a communication offensive and the role of NeFo in supporting the process.

On the right side of the page, there is a sidebar with the following sections:

- Aktuelles** (Current):
 - Unsere Umfrage (Our survey): A survey on information and networking needs.
 - Unser Februar-Newsletter (Our February newsletter): A link to the newsletter, with a guest contribution by Julian Taffner.
 - GBF-Ziel 15: Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten (GBF Target 15: Biodiversity in the reporting of companies and financial institutions): A link to the target, with a guest contribution by Johannes Förster and Tobias Wildner.
 - Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden? (Can the new global agenda for biological diversity avoid further failure in implementation?): A link to the target, with a guest contribution by scientists from the Earth System Governance Networks.
- Unsere neuen Infos zum GBF:** (Our new information on the GBF): A link to the updated NeFo website "Post-2020 CBD".
- Unsere letzten Events** (Our last events):
 - NeFo beteiligte sich am #DBUdigital Online-Salon "Bedrohte Artenvielfalt - Quo vadis Weltnaturgipfel?" (NeFo participated in the #DBUdigital online salon "Threatened biodiversity - Quo vadis World Nature Summit?").
 - NeFo war Mit-Gastgeber von "Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz", NeFo/DBU Abendveranstaltung (NeFo was co-host of "On the way to the World Nature Conference", NeFo/DBU evening event).
 - NeFo lud ein zum NeFo-Fachgespräch „Biodiversität - eine sichere Bank?“ (NeFo invited to the NeFo expert discussion "Biodiversity - a safe bank?").

Abb. 24: Reiter „Was wir wollen“ auf der Webseite

Von der Seite „Was wir wollen“ wird verwiesen auf die Seite „Was wir machen“ (siehe Abb. 19). Hier sind alle Aktivitäten und Ergebnisse des Projektes aufgelistet. Dies umfasst:

- die erstellten Newsletter einschließlich Themenschwerpunkten und Gastbeiträgen (siehe [4.2 Konkrete Ergebnisse – Newsletter](#))
- durchgeführte Veranstaltungen (siehe [4.4 Konkrete Ergebnisse – Veranstaltungen: \(Online-\)Fachgespräche und parlamentarischer Abend](#))
- den Link zum NeFo-Twitteraccount (siehe [4.3 Konkrete Ergebnisse – Social-Media-Verbreitung \(Twitter\)](#))

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Impressum Datenschutz DE Suche ...

nefo Vielfalt im Dialog
netzwerk-forum zur biodiversitätsforschung deutschland

Wie weiter mit den Zielen zum Schutz der biologischen Vielfalt?

Post-2020 CBD Was wir wollen Was wir machen Wer wir sind Biodiv News Veranstaltungen NeFo-Archiv

Was wir machen

Unsere Aktivitäten

Wir informieren und vernetzen zu verschiedenen Themen rund um die Biodiversität. Wir nehmen dabei insbesondere den Prozess zu einem neuen, starken Global Biodiversity Framework in den Blick (→ CBD-Prozess). Ansprechen möchten wir mit unseren Angeboten insbesondere Akteure in Forschung, Verwaltung und Politik sowie Journalist*innen als mögliche Multiplikatoren.

Kernelement der „**Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021**“ ist eine Serie von Newslettern, die vorerst im Zeitraum Juni 2021 bis Dezember 2022 erscheinen werden. Diese enthalten **Themenspezials, Interviews und Gastbeiträge**:

Februar 2023: Sondernewsletter: Die Ergebnisse der Biodiversitäts COP-15 in Montreal im Überblick

Newsletter Februar 2023

Neue NeFo-Infos zum Global Biodiversity Framework

17% 30% 8% 30%

Informationen zum Global Biodiversity Framework: Aktualisierte NeFo-Webseite "Post-2020 CBD"
Bild: R. Lessnow/NeFo

Gastbeitrag: Einschätzungen zum GBF aus dem "Earth System Governance-Netzwerk"
Bild: Y. Zimmgrebe

Aktuelles

Unsere Umfrage

Umfrage zu Ihren Informations- und Vernetzungsbedarfen

Unser Februar-Newsletter

Montreals „Paris-Moment light“ - Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft
Gastbeitrag von Julian Taffner

GBF-Ziel 15. Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten
Gastbeitrag von Johannes Förster und Tobias Wildner

Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden?
Gastbeitrag von Wissenschaftler*innen des Earth System Governance Networks

Unsere neuen Infos zum GBF:

Aktualisierte NeFo-Webseite "Post-2020 CBD"

Hier für den NeFo-Newsletter anmelden.

Unsere Veranstaltungen

- Abendveranstaltung**
15.03.2022: → „Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz“ NeFo/DBU-Abendveranstaltung, 18:00-19:30 Uhr am Museum für Naturkunde in Berlin. LIFE STREAM
- Fachgespräch: „Biodiversität - eine sichere Bank?“**
07.12.2021: → „Biodiversität - eine sichere Bank?“ NeFo-Fachgespräch im Format eines DBUdigital Online-Salons.
Kurzbericht von der Veranstaltung
- Fachforum bei der Woche der Umwelt**
NeFo war mit einem Fachforum bei der Woche der Umwelt am 10. Juni 2021 dabei (online): Neue Biodiversitätsziele für Deutschland und die Welt. Herausforderungen, Hot Topics und Lösungsansätze
Zum Nachhören

Hier finden Sie Informationen zu weiteren Veranstaltungen im Biodiversitätskontext.

Unser Twitteraccount

NeFo ist auf Twitter aktiv: @Ne_Fo

Zugriffe: 3585 geändert: 03.03.2023 | Inhalt: Dr. sc. nat. Elisabeth Marquard | webmaster

Abb. 25: Reiter „Was wir machen“ auf der Webseite

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Unter dem Reiter „Wer wir sind“ werden das Projektteam vorgestellt und Ansprechpartner genannt (siehe Abb. 20). Darüber hinaus findet sich hier aus Transparenzgründen eine kurze Vorstellung von NeFo, zum Zusammenhang von NeFo und Projekt sowie der NeFo-Historie.

Impressum Datenschutz DE Suche ...

nefo Vielfalt im Dialog
netzwerk-forum zur biodiversitätsforschung deutschland

Wie weiter mit den Zielen zum Schutz der biologischen Vielfalt?

Post-2020 CBD Was wir wollen Was wir machen **Wer wir sind** Biodiv News Veranstaltungen NeFo-Archiv

Wer wir sind

Team

Wir sind ein Team aus Wissenschaftler*innen dreier renommierter deutscher Forschungseinrichtungen und einem Wissenschaftsjournalisten mit langjährigen Erfahrungen zu nationaler und internationaler Biodiversitätspolitik. Für unsere Newsletter und Veranstaltungen (→ [Was wir machen](#)) arbeiten wir mit Akteur*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Angesichts der fortschreitenden akuten Biodiversitätskrise, die unsere natürliche Lebensgrundlage bedroht, möchten wir die politische Debatte mit fundiertem Wissen aus Wissenschaft und Fachöffentlichkeit anreichern (→ [Was wir wollen](#)). Finanzierung und Unterstützung erhalten wir von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und unseren eigenen Institutionen.

Prof. Dr. Marianne Darbi (Gesamtprojektleitung, Koordinationsteam)
✉ Email

Dipl.-Landschaftsarchitektin
Hochschule Geisenheim University
Institut für Landschaftsplanung und Naturschutz
🔗 [Professur für Landschaftsplanung und Eingriffsfolgenbewältigung](#)

Forschungsinteressen und -schwerpunkte:
Biodiversitätsschutz und Biodiversitätspolitik, raum- und landschaftsplanerische Instrumente, Kompensation von Biodiversitätsschäden, Biodiversity Offsets, Wissenschafts-Politik-Schnittstellen, SDGs und Nachhaltigkeit

Sebastian Tlisch (Ansprechpartner Presse)
✉ E-Mail

Diplom-Biologe und Wissenschaftsjournalist
Langjähriger Umweltjournalist im NeFo-Projekt und Pressereferent am Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv)

Aktuelles

Unsere Umfrage
🔗 [Umfrage zu Ihren Informations- und Vernetzungsbedarfen](#)

Unser Februar-Newsletter
→ [Montreal's „Paris-Moment light“ - Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft](#)
Gastbeitrag von Julian Taffner

→ [GBF-Ziel 15: Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten](#)
Gastbeitrag von Johannes Förster und Tobias Wildner

→ [Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden?](#)
*Gastbeitrag von Wissenschaftler*innen des Earth System Governance Networks*

Unsere neuen Infos zum GBF:
→ [Aktualisierte NeFo-Webseite "Post-2020 CBD"](#)

Unsere letzten Events
NeFo beteiligte sich am
→ [#DBUdigital Online-Salon: "Bedrohte Artenvielfalt - Quo vadis Weltnaturjügel?"](#)

...

Hintergrund

Die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

NeFo wurde 2009 aus der Taufe gehoben - als Netzwerk und Forum, welches den Austausch über die Grenzen wissenschaftlicher Disziplinen und Institutionen, und auch über die Forschung hinaus, beförderte.

NeFo erhielt ca. 10 Jahre lang eine Projektförderung durch das BMBF (siehe auch → [NeFo-Archiv](#)). 2019 endete diese Förderung und NeFo musste seine Aktivitäten größtenteils einstellen. Allerdings waren das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig, das Museum für Naturkunde Berlin und der Leibniz-Forschungsverbund Biodiversität entschlossen, ausgewählte Aktivitäten weiterzuführen. Mit Unterstützung der DBU wird dies nun möglich. NeFo wird 2021/22 ein Jahr lang über den post-2020 CBD-Prozess und damit zusammenhängende Themen informieren.

[Zur Historie](#) +

Zugriffe: 2500 | geändert: 11.05.2023 | Inhalt: Candice Pouget | [webmaster](#)

Abb. 26: Reiter „Wer wir sind“ auf der Webseite

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Biodiv News und Veranstaltungen – Serviceseiten zu einschlägigen Nachrichten und Veranstaltungen

Unter den Reitern „Biodiv News“ (siehe Abb. 21) und „Veranstaltungen“ (siehe Abb. 22) wurden als Informationsservice stets aktuelle einschlägige Nachrichten und Veranstaltungstipps bereitgestellt (siehe hierzu auch die Ausführungen zur Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden unter [3.1 Online-Informationskomponente: Newsletter, Webseite und Social Media](#)).

netzwerk-forum zur biodiversitätsforschung deutschland biologisch

20 CBD Was wir wollen Was wir machen Wer wir sind Biodiv News Veranstaltungen NeFo-Archiv

Biodiv-News

Biodiversität entschlüsselt

...eine große Bedrohung für die biologische Vielfalt. Um sie zu verstehen ist es wichtig, ihre Ursprünge zu verstehen. Eine entscheidende Aufgabe ist es, bei Arten, die evolutionär einzigartig sind, das heißt wenige Verwandte haben, und nur in einem begrenzten Gebiet so endemisch sind. Ein internationales Forschungsteam unter der Leitung der Universität Göttingen hat nun globale Muster der Verbreitung von Pflanzenarten aufgedeckt und Umweltfaktoren ermittelt, die diese beeinflussen. Damit liefern die Forschenden wertvolle Erkenntnisse für den weltweiten Schutz von Biodiversität. Die Ergebnisse sind

Aktuelles

Unsere Umfrage

Umfrage zu Ihren Informations- und Vernetzungsbedarfen

Unser Februar-Newsletter

Montreals „Paris-Moment light“ - Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft
Gastbeitrag von Julian Taffner

GBF-Ziel 15: Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten
Gastbeitrag von Johannes Förster und Tobias Wildner

Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden?
Gastbeitrag von Wissenschaftler*innen des Earth System Governance Networks

Unsere neuen Infos zum GBF:

Aktualisierte NeFo-Webseite "Post-2020 CBD"

Abb. 27: Reiter „Biodiv News“ auf der Webseite

nefo Vielfalt im Dialog netzwerk-forum zur biodiversitätsforschung deutschland

Wie weiter mit den Zielen zum Schutz der biologischen Vielfalt?

Post-2020 CBD Was wir wollen Was wir machen Wer wir sind Biodiv News Veranstaltungen NeFo-Archiv

Veranstaltungen

Juli 2023

Treffpunkt Turm - Vogelkunde für Jedermann

LBV
28.07.2023, 16:00-18:00, Fichtenstraße, LBV-Infohaus am Ende der Straße, 91735 Muhr am See

Beim Treffpunkt Turm geben wir Einblicke in die Welt der Vögel. Ausgestattet mit Ferngläsern und Fernrohren (Spektiven) wollen wir zusammen Vögel beobachten und bestimmen. Beim Treffpunkt Turm darf nach Herzenslaune gefragt und es dürfen Ideen eingebracht werden.

Mehr Informationen: <https://www.lbv.de/mitmachen/termine/?mode=DT&os=180&send=foo&RCEID=g8lgp5ussqhh1vtpvmtvd8t345&hid=9125e051d6c463f69448f5c05d33ecf8#termine>

August 2023

Artenschutz am Gebäude: Einführung in die Gutachterliche Praxis

Stiftung Naturschutz Berlin

04.08.2023, 10:00-17:00, Stiftung Naturschutz Berlin

Aufgrund der regen Bau- und Sanierungstätigkeiten in Berlin besteht ein großer Bedarf an Ornitholog*innen und Fledermauskundigen, die die Bauvorhaben, im Besonderen energetische Sanierungen, ökologisch begleiten. Die etablierten Sachkundigen klagen über eine hohe Arbeitsbelastung und lehnen aus Kapazitätsgründen häufig Aufträge ab. So bleiben viele Bauvorhaben ohne gutachterliche Betreuung. Um die Situation zu entspannen, wollen wir den Tätigkeitsbereich von sachkundigen Personen (Gutachter*innen) im Bereich der gebäudebewohnenden Arten vorstellen, entsprechende Hintergrundkenntnisse vermitteln und erste Einblicke in den Arbeitsalltag einer/s Artenschutzgutachter/s ermöglichen.

Aktuelles

Unsere Umfrage

Umfrage zu Ihren Informations- und Vernetzungsbedarfen

Unser Februar-Newsletter

Montreals „Paris-Moment light“ - Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft
Gastbeitrag von Julian Taffner

GBF-Ziel 15: Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten
Gastbeitrag von Johannes Förster und Tobias Wildner

Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden?
Gastbeitrag von Wissenschaftler*innen des Earth System Governance Networks

Unsere neuen Infos zum GBF:

Aktualisierte NeFo-Webseite "Post-2020 CBD"

Abb. 28: Reiter „Veranstaltungen“ auf der Webseite

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

NeFo-Archiv

Unter dem Reiter „NeFo-Archiv“ sind die wichtigsten NeFo-Publikationen aus den Jahren 2009-2019 aufgelistet (siehe Abb. 23). Hier steht eine Vielzahl an Ressourcen zum Download bereit:

- Presseartikel
- Expert:inneninterviews
- Zeitschriftenartikel, Buchkapitel und sonstige Publikationen.



Abb. 29: Reiter „NeFo-Archiv“ auf der Webseite

4.2 Konkrete Ergebnisse – Newsletter

Das Herzstück der Kommunikationsoffensive war eine Newsletterserie. Der Newsletter erschien zunächst monatlich, dann im Rahmen der Laufzeitverlängerung zweimonatlich.

Es wurden insgesamt 14 Newsletter erstellt. Diese enthalten 11 Themenschwerpunkte, 15 Gastbeiträge und 13 CBD-Kolumnen. Die Inhalte der Newsletter sind in Abb. 1 dargestellt. Auf der Webseite unter dem Reiter „Was wir machen“ werden alle Newsletter und die dazugehörigen Themenschwerpunkte und Gastbeiträge aufgelistet sowie zum Download bereit-gestellt. Die CBD-Kolumne findet man auf der Webseite unter dem Reiter „Post-2020 CBD“, wo über die aktuellen Entwicklungen rund zu dem Thema Post-2020 Prozess informiert wird.

Die Vorgehensweise der Erstellung der Newsletter ist unter 3.1 Online-Informationskomponente: Newsletter, Webseite und Social Media beschrieben.

Es wurde die nachfolgenden Newsletter erstellt:

- Startnewsletter zur Ankündigung des Projektes, seiner Ziele und Inhalte, Juni 2021 (siehe Abb. 22: Startnewsletter)
- Themennewsletter zu folgenden Themen:
 - .1. Juni 2021: Telecoupling
 - .2. Juli 2021: Die EU: Vorreiter im Biodiversitätsschutz und im CBD-Prozess?
 - .3. September 2021: Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur
 - .4. Oktober 2021: Finanzwirtschaft und Biodiversität
 - .5. November 2021: Umweltschädliche Subventionen und andere Finanzströme
 - .6. Januar 2022: Meeresschutzgebiete
 - .7. März 2022: Digitale Sequenzinformationen (DSI) bei der CBD
 - .8. Juni 2022: Globale Biodiversitätsziele - (wie) werden die neuen besser als die alten?
 - .9. August 2022: Natürlicher Klimaschutz und naturbasierte Lösungen
 - .10. Oktober 2022: Vorbild Klima? Für und Wider eines 1,5°-Ziels für die Biodiversität
 - .11. Dezember 2022: Was kommt nach Montreal? Umsetzung der globalen Biodiversitätsziele
- Sondernewsletter zu folgenden Themen:
 - .1. April 2022: Sondernewsletter zu den Ergebnissen der Vorverhandlungen zur CBD COP15 in Genf
 - .2. Februar 2023: Sondernewsletter: Die Ergebnisse der Biodiversitäts COP-15 in Montreal im Überblick

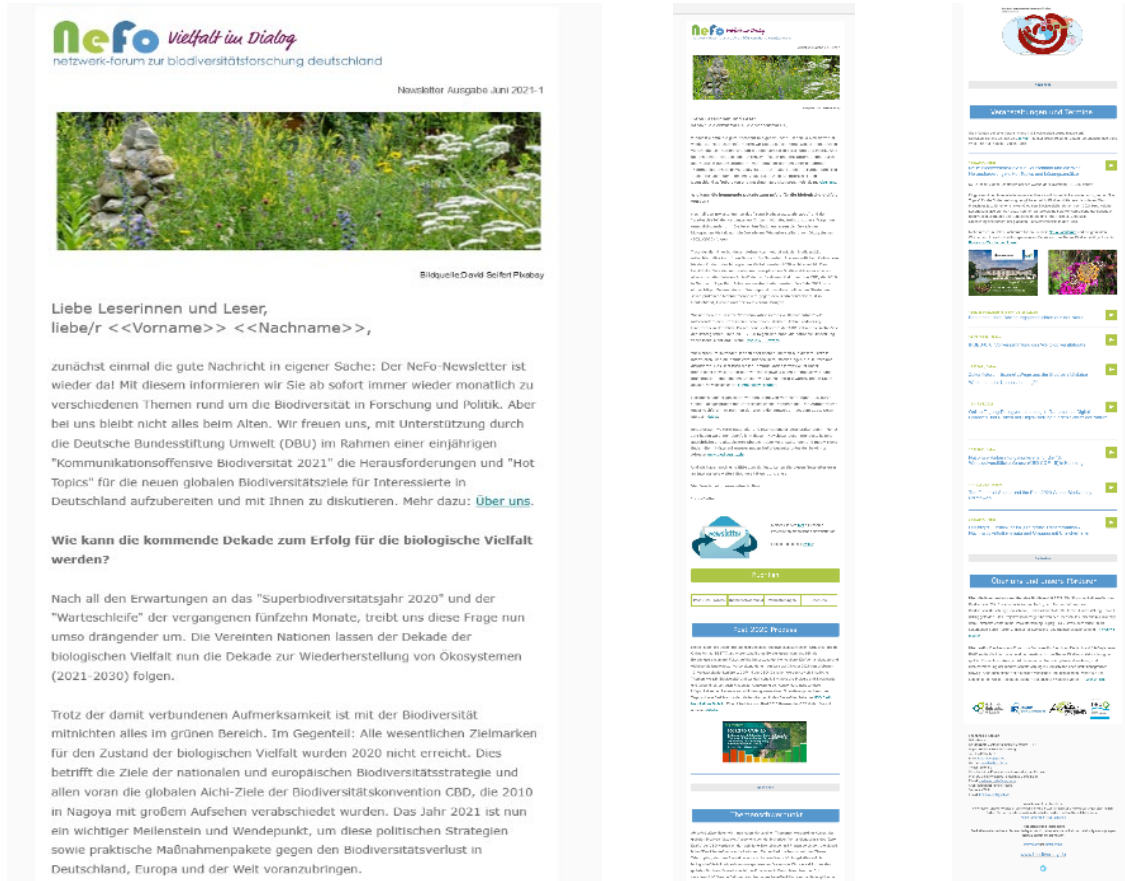


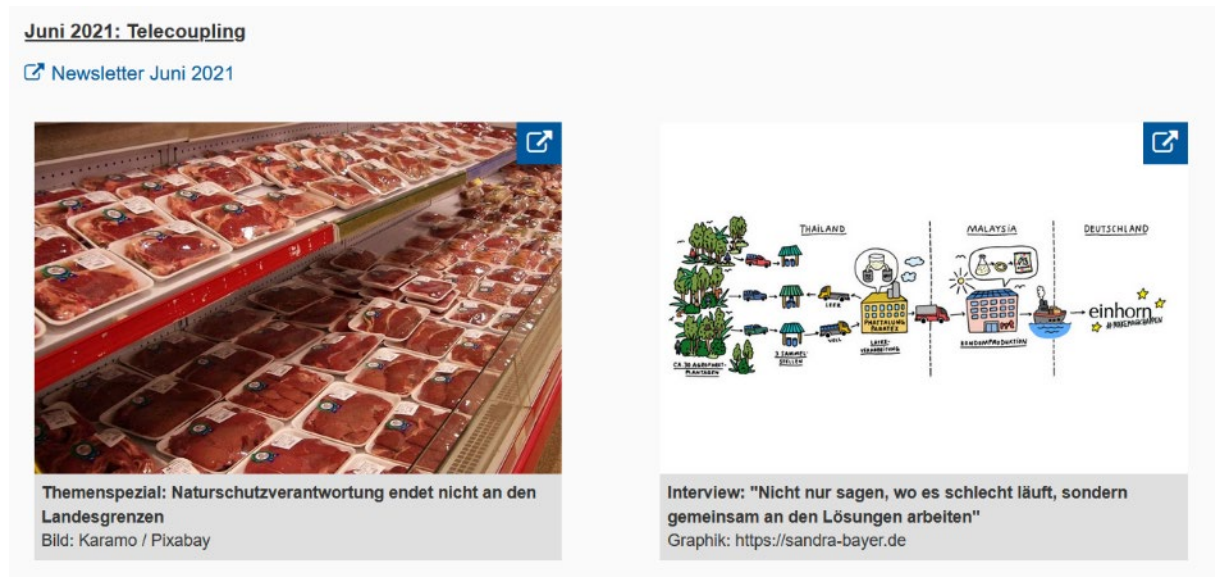
Abb. 30: Startnewsletter

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Eine Übersicht über alle erschienenen Newsletter einschließlich der in ihnen enthaltenen Beiträge befindet sich im Anhang I. In den nachfolgenden Abb. 25 bis Abb. 37 sind die Newsletter als Screenshots dargestellt.

Juni 2021: Telecoupling
Newsletter Juni 2021



Themenspezial: Naturschutzverantwortung endet nicht an den Landesgrenzen
Bild: Karamo / Pixabay

Interview: "Nicht nur sagen, wo es schlecht läuft, sondern gemeinsam an den Lösungen arbeiten"
Graphik: <https://sandra-bayer.de>

Abb. 31: Screenshot 1. Thematischer Beitrag Juni 2021

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/f786860c3656/nefo-newsletter-zum-thema-telecoupling-und-nachhaltige-lieferketten>

Juli 2021: Die EU: Vorreiter im Biodiversitätsschutz und im CBD-Prozess?
Newsletter Juli 2021



Die EU-Biodiversitätsstrategie

Zielsetzungen

- 1 Schutz der Natur
- 2 Wiederherstellung von Lebensräumen
- 3 Transformativer Wandel
- 4 EU-Maßnahmen zur weltweiten Förderung der biologischen Vielfalt

Maßnahmen und Verpflichtungen bis 2030

Interview: Die EU mit ihrer neuen EU-Biodiversitätsstrategie als Zugpferd für die globalen Biodiversitätsziele?
Graphik: NeFo / Bildquellen: Pixabay

Gastbeitrag: EU = Vorreiterin in den globalen Verhandlungen zur Biodiversitätspolitik? "Europa ist nicht die Welt"
Bild: Monica Volpin / Pixabay

Abb. 32: Screenshot 2. thematischer Beitrag Juli 21

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/66136c5bdf6a/nefo-newsletter-die-eu-mit-ihrer-neuen-eu-biodiversittsstrategie-als-zugpferd-fr-die-globalen-biodiversittsziele>

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

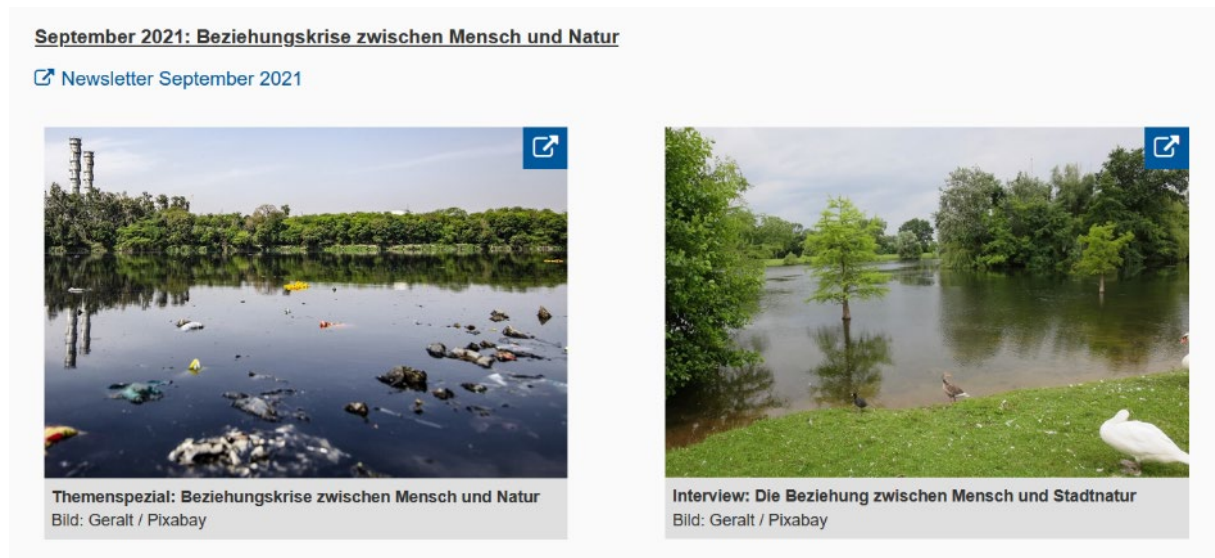


Abb. 33: Screenshot 3. thematischer Beitrag September 21

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/e67e06129aa8/nefo-newsletter-beziehungskrise-zwischen-mensch-und-natur>

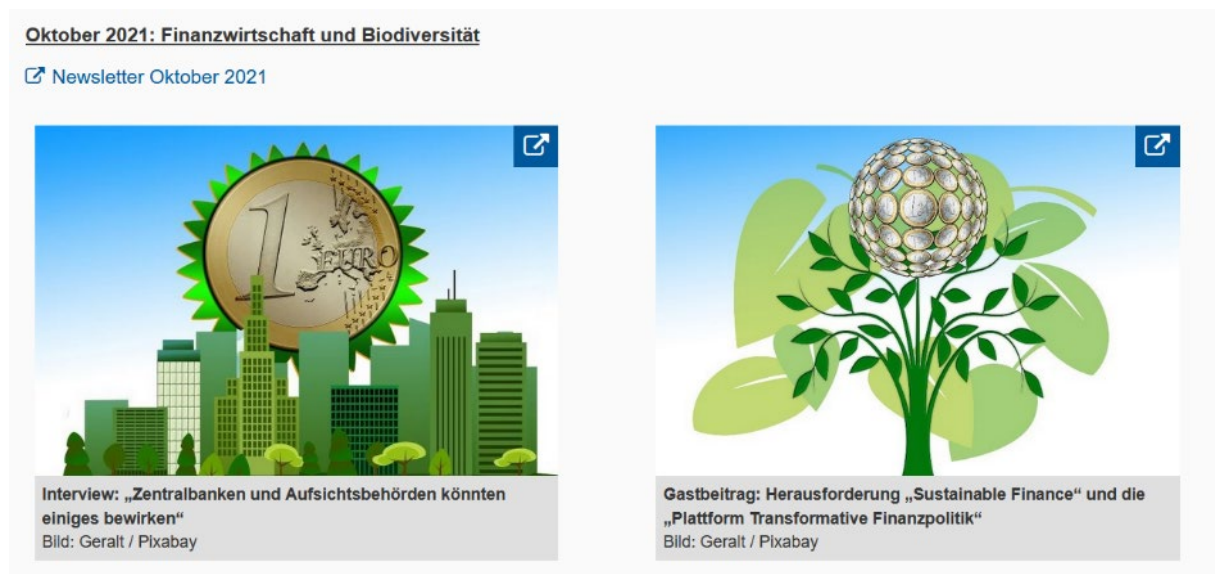



Abb. 34: Screenshot 4. thematischer Beitrag Oktober 21


Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/bec977592177/nefo-newsletter-biodiversitt-eine-sichere-bank-zum-verhlnis-von-finanzwirtschaft-und-biodiversitt>

November 2021: Umweltschädliche Subventionen und andere Finanzströme

Newsletter November/Dezember 2021



Themenspezial zu umweltschädlichen Subventionen: Ist der Schutz der Biodiversität zu teuer?
Bild: Rosa-Maria Rinkl / wikimedia




Gastbeitrag: Biodiversitätsschädigende Finanzströme bei der Weltnaturkonferenz 2022
Bild: IISD / ENB

Abb. 35: Screenshot 5. thematischer Beitrag November 21

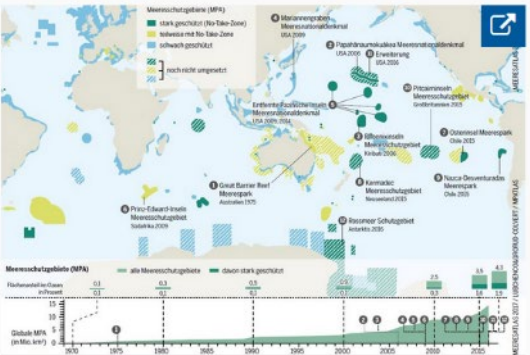
Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/cfc4d051f271/nefo-newsletter-finanzierung-von-biodiversitsschutz-und-abbau-umweltschadlicher-subventionen-zwei-seiten-einer-medaille>

Januar 2022: Meeresschutzgebiete

Newsletter Januar/Februar 2022



Themenspezial: "30 by 30" - Was bringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren?
Bild: Joakant / Pixabay



Gastbeitrag zur Effektivität von Meeresschutzgebieten: Nur gemeinsam stark
Bild: Böckmann/Boell-Stiftung (Meeresatlas)

Abb. 36: Screenshot 6. thematischer Beitrag Januar 22

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/24865eb8a505/nefo-newsletter-30-by-30-was-bringen-mehr-schutzgebiete-der-biodiversitt-in-den-meeren>

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

März 2022: Digitale Sequenzinformationen (DSI) bei der CBD

[Newsletter März 2022](#)



Themenspezial zu Digitalen Sequenzinformationen: „DSI rein oder wir sind raus“
Bild: Qimono / Pixabay



Gastbeitrag: Die zentrale Rolle von Digitaler Sequenzinformation zur Bewältigung der Biodiversitätskrise
Bild: IPK Leibniz-Institut

Abb. 37: Screenshot 7. Thematischer Beitrag März 22

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/5419ca607d4c/nefo-newsletter-dsi-die-digitalisierung-der-biodiversitt>

April 2022: Sondernewsletter zu den Ergebnissen der Vorverhandlungen zur CBD COP15 in Genf

[Newsletter April 2022](#)



Gastbeitrag: Wie kann Deutschland ein Scheitern des neuen globalen Biodiversitätsabkommens verhindern?
Bild: Magdalene Trapp



Gastbeitrag der deutschen CBD-Jugenddelegation: Unsere Zukunft gehört nicht in Klammern!
Bild: GBYN / Voice for Biodiv

Abb. 38: Screenshot 8. Sondernewsletter April 22

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/9d6f026e0a5d/nefo-sondernewsletter-zum-verhandlungsstand-der-globalen-biodiversittsziele-aus-genf>

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

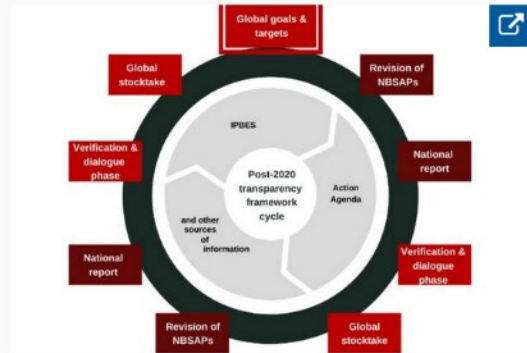
Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Juni 2022: Globale Biodiversitätsziele - (wie) werden die neuen besser als die alten?

[Newsletter Juni 2022](#)



Themenspezial: Neue Biodiversitätsziele - Aus alten Fehlern wenig gelernt
Bild: IISD ENB



Gastbeitrag: Fünf Vorschläge für effektivere globale Post-2020 Naturschutzziele
Grafik: Landry, Rochette, Wemaëre

Abb. 39: Screenshot 9. Thematischer Beitrag Juni 22

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/ab496041b24b/nefo-newsletter-globale-biodiversittsziele-wie-werden-die-neuen-besser-als-die-alten>

August 2022: Natürlicher Klimaschutz und naturbasierte Lösungen

[Newsletter August 2022](#)



Themenspezial zum Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz: Schleusen auf für den Naturschutz
Bild: Marisa/pixabay



Gastbeitrag: Bunte Biomasse als Vielfalt-fördernder Energieträger
Bild: Christian Kemnade

Abb. 40: Screenshot 10. Thematischer Beitrag August 22

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/b1274d0eb397/nefo-newsletter-mehr-geld-fr-natrlchen-klimaschutz-und-naturbasierte-lsungen>

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Oktober 2022: Vorbild Klima? Für und Wider eines 1,5°-Ziels für die Biodiversität

[Newsletter Oktober 2022](#)



Themenspezial: Braucht die Welt ein 1,5°C-Ziel in der Biodiversitätspolitik?

Bild: IISD ENB



Gastbeitrag: Vom Klimaschutz lernen? Die Biodiversitätskrise im Kontext von Kipppunkten, Komplexität & Kommunikation

Bild: C. Hof

Abb. 41: Screenshot 11. Thematischer Beitrag Oktober 22

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/12378397b854/nefo-newsletter-vorbild-klima-fr-und-wider-eines-15-grad-ziels-fr-die-biodiversitt>

Dezember 2022: Was kommt nach Montreal? Umsetzung der globalen Biodiversitätsziele

[Newsletter Dezember 2022](#)



Themenspezial: "Wir müssen endlich in die Umsetzung kommen"

Bild: Y. Zinngrebe



Gastbeitrag: Tabu Suffizienz: Warum Technik, Schutzgebiete und Planung allein die biologische Vielfalt nicht retten werden

Bild: S. Heiland

Abb. 42: Screenshot 12. Thematischer Beitrag Dezember 22

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/78401932fb02/nefo-newsletter-was-kommt-nach-montreal-umsetzung-der-globalen-biodiversittsziele-20338733>

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Februar 2023: Sondernewsletter: Die Ergebnisse der Biodiversitäts COP-15 in Montreal im Überblick

[Newsletter Februar 2023](#)

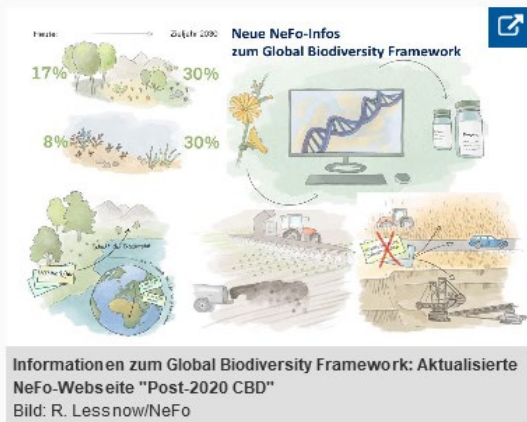


Abb. 43: Screenshot 13. Sondernewsletter Februar 23

Link zum Newsletter: <https://mailchi.mp/b5da2d545ba3/was-kommt-nach-montreal-umsetzung-der-globalen-biodiversittsziele-20347685>

Ausführliche Informationen zu den Newslettern finden sich im Anhang:

- Anhang I. Übersicht Newsletter Beiträge
- Anhang II. Newsletter (angefangen bei Juni 22)
- Anhang III. Themenbeiträge (angefangen bei Juni 22, sortiert nach: Themenschwerpunkt, Gastbeitrag, CBD-Kolumne)

4.3 Konkrete Ergebnisse – Social-Media-Verbreitung (Twitter)

Die erstellten Produkte und Ergebnisse (Newsletter einschließlich der verschiedenen Beiträge sowie die Veranstaltungen) wurde durch Social-Media-Verbreitung flankiert. Hierzu wurde der NeFo-Twitter-Account genutzt. Im Laufe des Projektes wurde hierfür eine systematische Vorgehensweise entwickelt, die unter 3 Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden ausführlich an einem Beispiel beschrieben ist. Hierbei wurden u.a. unzählige Sharepics zur visuellen Untermalung der Tweets sowie zum Hervorheben von Textpassagen erstellt (siehe beispielhaft Abb. 9: Twitter-Thread

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

zum Themenschwerpunkt zu Meeresschutzgebieten im Januar/Februar 2022 Newsletter und Abb. 10: Twitter-Thread zum Gastbeitrag zu Meeresschutzgebieten im Januar/Februar 2022 Newsletter). Aufgrund des Umfangs bzw. der Vielzahl der Tweets sowie der Verknüpfungen zwischen den Tweets, den Retweets und sonstigen Tweet-Interaktionen werden die Social-Media-Aktivitäten in diesem Bericht nicht gesondert umfassend dargestellt. Diese können über den Twitter-Account von NeFo nachvollzogen werden (siehe Abb. 26): https://twitter.com/Ne_Fo.



The image shows a screenshot of the NeFo Twitter profile and a tweet thread. The profile header includes the NeFo logo with the tagline "Vielfalt im Dialog" and the text "Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland. News aus deutscher Forschung und Politik zu Biodiversität. Foto: A. Künzelmann". It also lists the location "UFZ Leipzig, MfN Berlin", the website "biodiversity.de", and the date "Seit Februar 2012 bei Twitter". The profile has 237 followers and 1,478 followers.

The tweet thread shows a tweet from NeFo (@Ne_Fo) dated 17. Feb. The tweet text is: "Der #NeFoNewsletter ist da! Als Rückblick zu dem lang erwarteten #GBF der #CBD #COP15 liefern wir einen Überblick über wichtige Ergebnisse, Hintergründe & Kritikpunkte. Um unterschiedliche Perspektiven zu beleuchten gibt es diesmal gleich 3 Gastbeiträge". The tweet includes a link to "mailchi.mp/b5da2d545ba3/w...".

The tweet content features a large image of a banner for the "2022 UN BIODIVERSITY CONFERENCE COP 15 - CP/MOP10-NP/MOP4 Ecological Civilization-Building a Shared Future for All Life on Earth KUNMING – MONTRÉAL". The banner shows several people on a stage holding hands. Below the banner, it says "DBU und 3 weitere Personen". The tweet has 1 reply, 1 retweet, 3 likes, and 969 views.

Below the tweet, there is a link "Diesen Thread anzeigen".

The thread continues with a tweet from SWR Umwelt (@Umweltnews) dated 21 Std. The tweet text is: "Mit Fördergeld vom Land - der #Kiebitz soll in #Rheinhausen vor dem Aussterben bewahrt werden". Below this tweet is a small image of a Kiebitz (a type of bird).

Abb. 44: Auszug des NeFo-Twitter-Accounts

Stand: 06.06.2023, Link zu @NeFo: https://twitter.com/Ne_Fo

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Darüber hinaus wurden die Informationen zu neuen Newslettern und Veranstaltungen mit der Social-Media-Abteilung im Zentrum für Umweltkommunikation der DBU geteilt, die diese auch über ihre eigenen Kanäle geteilt hat.

4.4 Konkrete Ergebnisse – Veranstaltungen: Online-Fachgespräche und parlamentarischer Abend

Um neben der Informationskomponente auch eine Möglichkeit zum Austausch und für Feedback zu schaffen, wurden Online-Fachgespräche in kleinerem Rahmen organisiert. Zielgruppen waren Stakeholder und Wissenschaftler:innen, die sich aktiv mit der Weiterentwicklung der Biodiversitätsziele auf globaler, europäischer und deutscher Ebene beschäftigen (1), Akteur:innen des Finanzsektors (2) und Journalist:innen (3). Zusätzlich wurde als Höhepunkt der Kommunikationsoffensive ein parlamentarischer Abend ausgerichtet. Dieser richtete sich vordergründig an politische und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträger:innen. Er fand im März 2022 unter Beteiligung zahlreicher hochrangiger Vertreter:innen, u.a. der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, statt.

- 4 Online-Fachgespräche:
 - 1. Fachgespräch: Fachforum bei der Woche der Umwelt „Neue Biodiversitätsziele für Deutschland und die Welt: Herausforderungen, Hot Topics und Lösungsansätze“ am 10.06.2021
 - 2. Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“ am 07.12.2021
 - 3. Fachgespräch: Online-Salon „Bedrohte Artenvielfalt – Quo vadis Weltnaturgipfel?“ am 22.11.22
 - 4. Fachgespräch: Pressegespräch am 22.11.22
- Parlamentarischer Abend / Abendveranstaltung „Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz – welche Weichen für die deutsche und europäische Politik gilt es jetzt zu stellen?“ am 15.03.2022

Online-Fachgespräche:

Im Rahmen der Kommunikationsoffensive wurden verschiedene Themen inhaltlich aufbereitet und in den Kontext des Post2020-Prozesses gesetzt. Anknüpfend daran wurden Themenschwerpunkte ausgewählt, die mit Ausblick auf die Umsetzung der globalen, europäischen und deutschen Biodiversitätsagenda ab 2021 besonders relevant waren. Diese sollten im Rahmen von drei kurzen (je ca. anderthalb- bis zweistündigen) Online-Fachgesprächen mit Stakeholdern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diskutiert werden. Dabei sollte wiederum die Operationalisierung der politischen Ziele in der Praxis im Mittelpunkt stehen. Ziel muss vor allem eine verbesserte Umsetzung sein. Dazu sollten mit Blick auf die identifizierten Themenschwerpunkte die folgenden Fragen erörtert werden:

- Welche Maßnahmen sind zur Untersetzung/Umsetzung der politischen Ziele geeignet?
- Welche Maßnahmen gibt es bereits und wie wirken diese?
- Wo bestehen Defizite (und warum) und wie können diese beseitigt werden?

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

- Wo gibt es Potenziale und wie können diese genutzt werden?

Fachforum bei der Woche der Umwelt „Neue Biodiversitätsziele für Deutschland und die Welt: Herausforderungen, Hot Topics und Lösungsansätze“ am 10.06.2021

NeFo war mit einem Online-Fachforum bei der Woche der Umwelt (<https://www.woche-der-umwelt.de/>) am 10. Juni 2021 dabei (siehe Abb. 45): „Neue Biodiversitätsziele für Deutschland und die Welt: Herausforderungen, Hot Topics und Lösungsansätze“.

Woche der Umwelt 2021: Fachforen

Die genaue zeitliche Anordnung kann sich noch geringfügig ändern

10.06.2021			
Uhrzeit	Forum 1	Forum 2	Forum 3
11.00 - 11.45	Eröffnung		
11:45 - 13.00	Podium I: gestalten		
13.00 - 14.00	Talkrunde Bundespräsident und junge Menschen		
14.00 - 15.00	Deutsche Bundesstiftung Umwelt: Mehr Nachhaltigkeit an den Finanzmärkten. Was können Kapitalanleger und neue EU Regulierungen zum Green Deal bewegen - wo sind die Grenzen?	ÖkoTec: Transparente und belastbare Klimaziele auf Basis von Kennzahlen und Digitalisierung (Arbeitstitel)	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.: Corona und Abwasser
15.00 - 16.15	Podium II: Biodiversität erhalten		
16.15 - 17.15	VDI Zentrum für Ressourcen-Effizienz: Ressourceneffizienz durch Schließen von Kunststoff Kreisläufen	Kommunen für Biologische Vielfalt e.V.: Stadtgrün unter Nutzungsdruck	BMU & LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.: Nachhaltig und klischeefrei?! - Ansätze für Berufsorientierung in Zeiten ökologischer und sozialgerechter Transformationen
17.15 - 18.15	DENEFF: Nachhaltige Finanzprodukte als privater Klimaschutz-Motor?	Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo): NN.	BUND e.V.: Mit zukunftsfähiger Ressourcenpolitik für Menschenrechte und Klimaschutz

Abb. 45: Programm der Woche der Umwelt, NeFo im Forum 2 am 10.06.2021

Inhalt: Das Jahr 2020 war die Zielmarke bestehender Biodiversitätsziele und –strategien. Die Bilanz fällt ernüchternd aus. Nun soll 2021 ein neues, starkes Global Biodiversity Framework beschlossen werden, das die Aichi-Ziele der Biodiversitätskonvention fortschreibt und die Umsetzung verbessert. Und auch Deutschland und die EU arbeiten derzeit daran, neue Zielstellungen im Rahmen ihrer Biodiversitätsstrategien in konkrete Maßnahmen und Regulierungen zum Biodiversitätsschutz umzusetzen. Eingestimmt durch Impulsstatements aus Forschung und Politik, wollen wir mit Ihnen ausgehend von der aktuellen politischen Situation die Herausforderungen und „Hot Topics“ für die neuen Biodiversitätsziele diskutieren. Im Anschluss fragen wir danach, was es jetzt braucht bzw. welche Lösungsansätze es gibt. Dazu nehmen wir beispielhaft die Fortschreibung der nationalen Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung und ihre Rolle als ein zentrales Umsetzungsinstrument der globalen Biodiversitätsziele in den Blick.

Programm: Im Rahmen des Fachforums wurden zunächst die folgenden kurzen Inputs zum Post-2020-Prozess der CBD sowie zur Nationalen Biodiversitätsstrategie gegeben und das Projekt KomBio vorgestellt. Im Anschluss wurde zu den nachfolgenden Fragen diskutiert. Das Fachgespräch wurde von Dr. Nike Sommerwerk moderiert.

1. Einführung – Dr. Nike Sommerwerk
2. „Ein kurzer Abriss zum Post2020 - Prozess für ein Global Biodiversity Framework“ – Dr. Axel Paulsch
3. „Was sind zentrale Empfehlungen für eine verbesserte Umsetzung der globalen Biodiversitätsziele und der Nationalen Biodiversitätsstrategie?“ – Dr. Yves Zinngrebe

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

4. „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: NeFo begleitet und informiert ein Jahr lang über den Post-2020-Prozess zu den globalen Biodiversitätszielen“ – Prof. Dr. Marianne Darbi
5. Diskussion: Neue Biodiversitätsziele für Deutschland und die Welt:
 - Was sind hierbei besondere Herausforderungen und „Hot Topics“ für die Umsetzung in Deutschland?
 - Was braucht es dazu, bzw. welche Lösungsansätze gibt es bereits?
 - Welche Voraussetzungen sind durch wen wann zu schaffen, um die Umsetzung der globalen Ziele in Deutschland zu stärken?
 - Was kann jede(r) einzelne dazu beitragen?



Neue Biodiversitätsziele für Deutschland und die Welt

Herausforderungen, Hot Topics und Lösungsansätze



Woche der Umwelt 2021
10.06.2021 | 17:15 - 18:15 Uhr
Fachforum 2



Abb. 46: NeFo-Fachforum am 10.06.2021

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und steht auf YouTube (<https://www.youtube.com/watch?v=2RVOYGxSD-o>) zum Nachsehen bereit.

Das Formblatt zur Anmeldung mit dem Thema, Inhalt und Mitwirkenden, sowie die dazugehörige Präsentation finden sich im Anhang IV zu diesem Bericht.

Fachgespräch: Online-Salon „Biodiversität – eine sichere Bank?“ am 07.12.2021

Inhalt: Das Thema „Finanzierung und Finanzströme“ spielt eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen für neue globale Biodiversitätsziele, deren Finalisierung im Frühjahr 2022 erwartet wird. Im NeFo-Fachgespräch stellen wir darum die Frage, welchen Anteil der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise einerseits bzw. an ihrer Bekämpfung andererseits hat. Welche Rolle spielen umweltschädliche Subventionen und wie können diese abgebaut werden? Darüber diskutieren wir mit Expert*innen aus Wissenschaft, Finanzwirtschaft und Zivilgesellschaft.

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Programm: Das Fachgespräch wurde vom Projektteam organisiert und vorbereitet. Für die Moderation wurde die Journalistin Susanne Bergius engagiert, die durch die Veranstaltung führte.

14:00 Uhr - Begrüßung und Einführung, Michael Dittrich, stellv. Generalsekretär der DBU, Marianne Darbi, NeFo/KomBio, Susanne Bergius

14:15 Uhr - Keynote 1: Kristina Jeromin, Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V., „Biodiversität als Bewertungsmaßstab für nachhaltige Kapitalallokationen“ - Fachvortrag

14:30 Uhr - Keynote 2: Kai Schlegelmilch, BMU, „Abbau naturschädigender Subventionen“ - Fachvortrag

14:45 Uhr - Moderiertes Diskussionspanel

Expert*innen aus der Finanzwirtschaft:

- Laura Mervelskemper, GLS Gemeinschaftsbank eG, Stabsstelle Wirkungstransparenz & Nachhaltigkeit
- Oliver Schelske, SwissRe, Group Underwriting, Leiter Natural Assets & ESG Research

NGOs:

- Wolfgang Obenland, Forum Umwelt und Entwicklung, Leiter Arbeitsbereich Internationale Finanzpolitik Florian Titze, WWF, Policy Advisor für internationale Biodiversitätspolitik

15:50 Uhr - Wrap-up, Susanne Bergius



Abb. 47: Online-Salon „Biodiversität – eine sichere Bank?“ am 07.12.2021

Das Fachgespräch wurde aufgezeichnet und ist auf YouTube (https://www.youtube.com/watch?v=IQ9lxQ6_QN8) verfügbar. Ein Rückblick zu der Veranstaltung befindet sich auf <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48648>.

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Der Kurzbericht zum Nachlesen ist ebenfalls auf der Webseite (https://www.ufz.de/export/data/485/259921_Biodiversit%C3%A4t_eine%20sichere%20Bank_Bericht%20vom%20NeFo-Fachgespr%C3%A4ch_07Dez2021_final.pdf) verfügbar (siehe Anhang IV und Abb. 44).

NeFo-Fachgespräch „Biodiversität – eine sichere Bank?“



NeFo Fachgespräch am 7. Dezember 2021 im Format eines DBU Online-Salons:

Biodiversität - eine sichere Bank?

Artensterben und Ökosystemkollaps sind ein Megarisiko für die Menschheit. Dies betrifft nicht nur die Lebensgrundlagen, sondern hat auch Auswirkungen auf die Wirtschaft, inklusive Staatshaushalt und Kapitalmarkt. Dennoch wird die Biodiversität im Gegensatz zum Klima bislang finanzwirtschaftlich wenig berücksichtigt. Finanzierungen und Finanzströme – öffentliche und private - sind nun aber ein wichtiges Thema bei den Verhandlungen für die neuen globalen Biodiversitätsziele und ein globales Rahmenwerk, das im Frühjahr 2022 beschlossen werden soll.

Im Rahmen des vom Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung (NeFo) und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) co-organisierten Fachgesprächs diskutierten unter der versierten Moderation der Finanz- und Nachhaltigkeitsjournalistin **Susanne Bergius** Expert:innen verschiedener Bereiche und mehr als 170 online zugeschaltete Zuschauer:innen folgende Fragen:

- Welchen Anteil hat der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise?
- Wie könnte er zu ihrer Bekämpfung beitragen?
- Was hat der Staatshaushalt mit dem schwindenden ökologischen Reichtum zu tun?

Abb. 48: Nachlese: Kurzbericht zum Fachgespräch am 07.12.2021 (Auszug)

Parlamentarischer Abend / Abendveranstaltung: „Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz – welche Weichen für die deutsche und europäische Politik gilt es jetzt zu stellen?“ am 15.03.2022

Inhalt: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) und die Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) laden herzlich zu einer Abendveranstaltung ein. Im Vorfeld des zweiten Teils der Weltnaturkonferenz COP15 diskutieren wir mit der Bundesumweltministerin Steffi Lemke und einem hochrangigen Panel über die neuen globalen Ziele zum Schutz der Natur und die Deutsche Biodiversitätsstrategie. Die Veranstaltung findet mit geladenen Gästen im Museum für Naturkunde in Berlin statt und wird per Livestream online übertragen. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund:

- Wo stehen die internationalen Verhandlungen über die neuen globalen Ziele zum Schutz der Natur und wie ist unsere nationale Position?
- Warum ist das Thema Digitale Sequenzinformationen (DSI) so relevant?
- Wie können wir die Politik im Bereich Biodiversität und Naturschutz in Deutschland und in Europa stärken?

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

- Wie sollten Verantwortliche zusammenarbeiten, um die Herausforderungen von Biodiversität und Klimaschutz zu meistern?

Programm: Der Parlamentarische Abend wurde vom Projektteam organisiert und vorbereitet. Für die Moderation wurde die Journalistin Angela Grosse engagiert, die durch die Veranstaltung führte.

18:00 - 18:15 Uhr: Begrüßung durch Herrn Alexander Bonde (Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, DBU) und Herrn Prof. Johannes Vogel, Ph.D. (Generaldirektor des Museums für Naturkunde, Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung, MfN)

18:15 - 18:35 Uhr: Impulsvortrag von Frau Bundesministerin Steffi Lemke mit kurzer Fragerunde

18:35 - 18:50 Uhr: Impulse von Frau Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese (Direktorin des Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrums und DBU Umweltpreisträgerin 2021) und Herrn Prof. Dr. Jörg Overmann (Direktor des Leibniz-Instituts DSMZ-Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen) sowie

Blitzlichter auf zwei neue Studien: „Analyse der Deutschen Biodiversitätsstrategie“ (Dr. Yves Zinggrebe, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH, UFZ) und „10 Must-Knows aus der Biodiversitätsforschung“ (PD Dr. Kirsten Thonicke, Leibniz-Forschungsnetzwerk Biodiversität, LFN Biodiv)

18:50 - 19:30 Uhr: Podiumsdiskussion und Fragerunde mit: Alexander Bonde, Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese, Prof. Dr. Jörg Overmann, Prof. Johannes Vogel, Ph.D., und der Parlamentarischen Staatssekretärin (BMUV) Dr. Bettina Hoffmann

The poster features a central graphic of a hand holding a green globe, with a green ribbon forming a question mark shape. The text is overlaid on this graphic. At the top, there are logos for 'nefo Vielfalt im Dialog' and 'DBU'. Below the logos are seven portrait photos of speakers with their names and titles. The main text reads: 'Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz – welche Weichen gilt es jetzt zu stellen?' and '15. März 2022, 18–19:30 Uhr'. A blue circular badge in the bottom left corner contains the text '#DBU Digital'. A small vertical text on the far left edge reads 'Foto: © The Big Day / www.bigday.com'.

Name	Titel
Steffi Lemke	Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Dr. Bettina Hoffmann	Parlamentarische Staatssekretärin
Alexander Bonde	Generalsekretär, Deutsche Bundesstiftung Umwelt
Prof. Katrin Böhning-Gaese	Direktorin Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum
Prof. Johannes Vogel	Generaldirektor Museum für Naturkunde
Prof. Jörg Overmann	Direktor Leibniz-Institut DSMZ
Angela Grosse	Moderation

Abb. 49: Parlamentarischer Abend am 15.03.2022

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Die Abendveranstaltung wurde auch aufgezeichnet und ist auf YouTube (<https://www.youtube.com/watch?v=QB18st6iZ4s>) verfügbar.

Die Nachbereitung zum Parlamentarischer Abend mit Fotos und Informationen wurde auf <https://nefo.pageflow.io/auf-dem-weg-zur-weltnaturkonferenz-nefo-abendveranstaltung-am-15-maerz-2022#333237> zur Verfügung gestellt (siehe Abb. 46).

Auf der Webseite (<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49125>) befindet sich zudem ein Kurzbericht, dieser ist auch im Anhang IV dieses Projektberichts zu finden. Eine Kopie des Pageflow inkl. der Texte und Links befindet sich ebenfalls im Anhang IV.

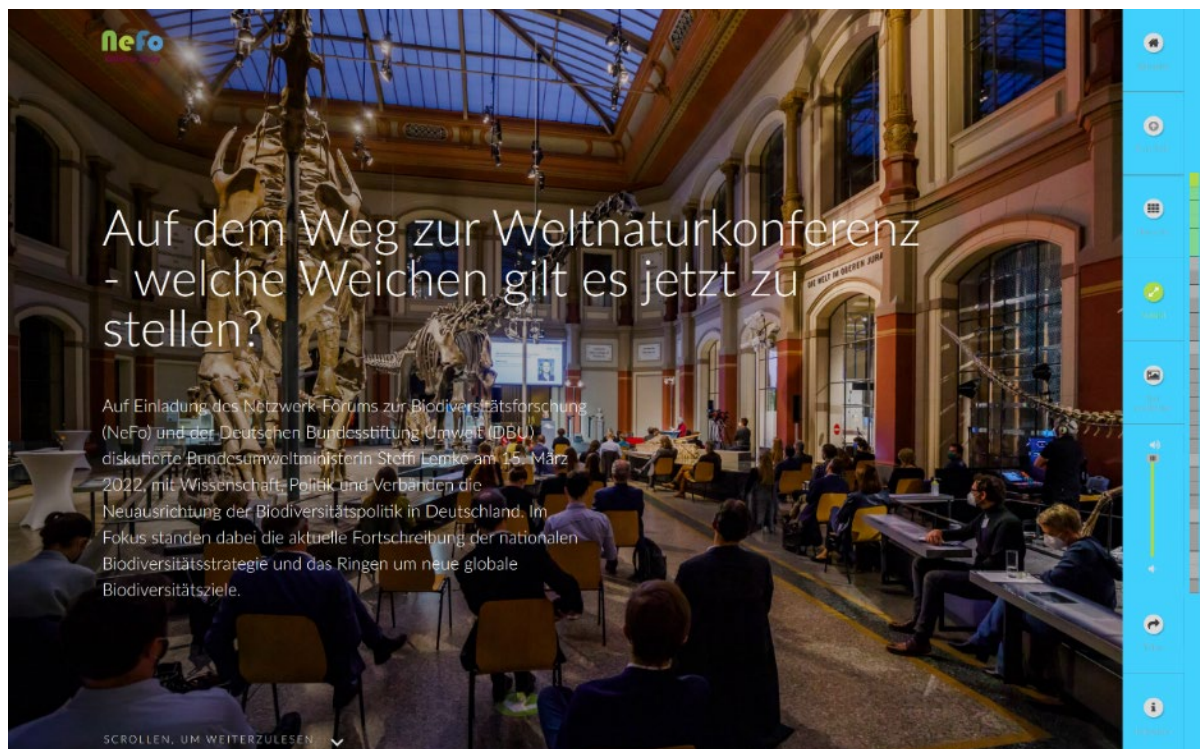


Abb. 50: Screenshot des Pageflow zum Parlamentarischen Abend in Berlin am 15.03.2022

Fachgespräch: Online-Salon „Bedrohte Artenvielfalt – Quo vadis Weltnaturgipfel?“ am 22.11.22

NeFo war Teil des Online-Salons, der von der DBU veranstaltet wurde.

Inhalt: Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit hat die Erde so viele Arten verloren wie jetzt. Eine Million von ca. acht Millionen Arten sind vom Aussterben bedroht. Mit dem zunehmenden Verlust von Ökosystemen schwindet auch die Möglichkeit der Menschheit, sich zu ernähren oder die Folgen der Klimakrise auszugleichen. Wie können wir das weltweite Artensterben aufhalten – und wie können Ökosysteme renaturiert und besser geschützt werden? Im Vorfeld der Weltnaturkonferenz sprechen wir darüber mit Bundesumweltministerin Steffi Lemke, dem Träger des Deutschen Umweltpreises, Dr. Christof Schenck (Geschäftsführer der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt) und Biodiversitätsexperten vom Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung (NeFo). Effektive Maßnahmen, um den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, sind dringend notwendig. Die 15. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP15), die vom 7. – 19. Dezember 2022 in

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Montreal unter chinesischer Präsidentschaft stattfindet, bietet die historische Gelegenheit, die entscheidende Wende zum Schutz der Biodiversität und der Lebensräume einzuleiten.

Programm: Der Parlamentarische Abend wurde von der DBU organisiert und vorbereitet, in Abstimmung mit dem KomBio-Projektteam. Für die Moderation wurde die Journalistin Tanja Busse engagiert, die durch die Veranstaltung führte.

14:00 - 14:05 Uhr: Begrüßung und Einführung, Alexander Bonde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt

14:05 - 14:30 Uhr: Die Weltnaturkonferenz: Ziele und Erwartungen, Bundesumweltministerin Steffi Lemke mit anschließender Fragerunde

14:30 - 14:45 Uhr: Biologische Vielfalt für die Menschheit bewahren, Dr. Christof Schenck, Geschäftsführer der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) und Träger des Deutschen Umweltpreises 2022

14:45 - 15:30 Uhr: Wie kann eine ambitionierte globale Vereinbarung zum weltweiten Schutz der Natur gelingen? Wo stehen die internationalen Verhandlungen für ein neues globales Biodiversitätsrahmenwerk und was ist die deutsche Position?

Talk mit Dr. Christof Schenck, Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF), Inka Gnittke, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim University / Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung (NeFo) und Dr. Yves Zinngrebe, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH (UFZ)

https://www.dbu.de/online-salon

DBU

Online-Salon:
Bedrohte Artenvielfalt –
Quo vadis Weltnaturgipfel?

22. November 2022, 14–15:30 Uhr

#DBU Digital

Speakers:

- Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Dr. Christof Schenck, Geschäftsführer der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt am Main, Umweltpreis 2022
- Alexander Bonde, Generalsekretär Deutsche Bundesstiftung Umwelt
- Prof. Dr. Marianne Darbi, Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, Hochschule Geisenheim University
- Inka Gnittke, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Dr. Yves Zinngrebe, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH

Abb. 51: DBU-Online Salon: Bedrohte Artenvielfalt – Quo vadis Weltnaturgipfel?

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Die Veranstaltung wurde aufgenommen und auf YouTube hochgeladen (https://www.youtube.com/watch?v=yviHSSLGV_w).

Fachgespräch: NeFo-Online-Pressegespräch „Meet&Connect für die Biodiversität“ zur CBD COP15 am 22.11.22

Im Nachgang zum Online-Salon „Bedrohte Artenvielfalt – Quo vadis Weltnaturgipfel?“ fand ein nichtöffentliches Pressegespräch mit ausgewähltem Teilnehmendenkreis (auf persönliche Einladung) statt. Dieses diente der Vernetzung von Expert:innen im CBD-Kontext und Pressevertreter:innen im Vorfeld zur anstehenden CBD-Vertragsstaatenkonferenz.



Abb. 52: NeFo-Online-Pressegespräch „Meet&Connect für die Biodiversität“ zur CBD COP15

Programm: Das Pressegespräch wurde vom Projektteam organisiert und vorbereitet. Das Fachgespräch wurde von Prof. Dr. Marianne Darbi moderiert.

- 16:00 Uhr Begrüßung
- 16:05 Uhr Kurzvorstellungen der COP-Expert:innen, (je 1 Minute)
- 16:25 Uhr Begrüßung der Medienvertreter:innen
- 16:30 Uhr Moderierte Fragerunde
- 17:15 Uhr Lessons learned: Schlussstatements und Ausblick
- 17:30 Uhr Ende

Das Follow-Up zum Pressegespräch, sowie der Rückblick befinden sich im Anhang IV dieses Projektberichts.

5 Diskussion

Das Projekt KomBio2021 startete im März 2021, im bereits laufenden Post2020-Prozess der CBD-Vertragsstaaten zur Verabschiedung eines Global Biodiversity Framework.

Dieser in 2020 begonnene globale Post2020-Prozess hat sich bedingt durch den Ausbruch der Corona-Pandemie weltweit verzögert. Die ursprünglich für Oktober 2020 in Kunming/China geplante Vertragsstaatenkonferenz zur CBD (COP15) wurde daher auf Herbst 2021 verschoben. Auf diese Zielmarke war auch das Projekt Kom-Bio2021 ausgerichtet. Auf die mehrfache Verzögerung des CBD-Prozesses wurde durch die Anpassung des Projekt-Zeitplans reagiert (siehe unter 5.2 Verschiebung der COP 15: Nachbewilligung und Laufzeitverlängerung des Projekts und Tab. 2: Ursprünglicher Zeitplan der Ergebnisse und deren Verschiebung).

Für das Projekt bestand so einerseits die Herausforderung, die Aufmerksamkeit für diesen wichtigen, aber sperrigen und langwierigen Verhandlungsprozess aufrecht zu erhalten. Andererseits konnte so über einen längeren Zeitraum eine größere Bandbreite an thematischen Facetten im Hinblick auf die globalen Biodiversitätsziele aufbereitet und präsentiert werden (siehe Tab. 2).

So konnte in Summe der CBD-Prozess sehr umfassend begleitet und eine Vielzahl von Materialien erstellt werden.

Dabei wurde Wert gelegt auf einen kollaborativen Ansatz unter Einbindung weiterer Institutionen, v.a. im Rahmen der Newsletter-Gastbeiträge und der Fachgespräche (siehe 5.1 Zielerreichung und Zusammenarbeit im Projekt).

Ursprünglicher Zeitplan der Ergebnisse und deren Verschiebung

		03/21	04/21	05/21	06/21	07/21	08/21	09/21	10/21	11/21	12/21	01/22	02/22	03/22	04/22	05/22	06/22	07/22	08/22	09/22	10/22	11/22	12/22	01/23	02/23	03/23	04/23	
		Gesamte Projektlaufzeit (13 Monate)													Nachbewilligung													
Output/ Produkte	Arbeits- schritt	Vorbereitung				Durchführung Kommunikationsoffensive										Nachbereit- ung												
	Planung																											
Newsletter		Start- NL +TS	1.NL +TS	2.NL +TS	3.NL +TS	4.NL +TS	5.NL +TS	6.NL +TS	7.NL +TS	8.NL +TS	End- NL							9.NL +TS		10.NL +TS		11.NL +TS						
Veranstaltungen				1.FG		2.FG				3.FG		PA																
Tatsächliche Umsetzung																												
Newsletter				Start- NL +TS	2.NL +TS		3.NL +TS	4.NL +TS	5.NL +TS		6.NL +TS		7.NL +TS	8.NL		9.NL +TS		10.NL +TS		11.NL +TS		12.NL +TS					13.NL	
Veranstaltungen				1.FG						2.FG			PA									3.& 4.FG						

Tab. 2: Ursprünglicher Zeitplan der Ergebnisse und deren Verschiebung

5.1 Zielerreichung und Zusammenarbeit im Projekt

Zielerreichung

Wie mit Blick auf den in Tab. 2 dargestellten Zeitplan und die Ergebnisse deutlich wird, hat das Projekt die intendierten Ziele erreicht und in der Summe sogar mehr Newsletter produziert als geplant.

Tab. 3 stellt die im Projektantrag geplanten möglichen Newsletter-Themen den tatsächlich umgesetzten Newsletter-Themen gegenüber (Fettdruck: Themenüberlappungen). Im Vergleich wird deutlich, dass einige Themen bereits frühzeitig identifiziert wurden, dass jedoch die Mehrzahl der Themenschwerpunkte im Laufe des Prozesses entwickelt wurden.

Geplante mögliche Newsletter-Themen:	Umgesetzte Newsletter-Themen:
<ul style="list-style-type: none"> • Digitale Sequenzinformation (DSI) • Recovery Funds • Aktuelle Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union • Restoration, auch im Kontext Biodiversität und Klimawandel • invasive Arten • Landwirtschaft • Versiegelung und Zerschneidung • Gesundheit (Zugang zu Grünflächen usw.) • internationaler Footprint (Telecoupling) und nachhaltige Lieferketten • Insektenverlust und Insektenschutz • Waldverlust, sowohl tropische Entwaldung als auch Waldsterben in Europa • Biodiversitätsmainstreaming • Biodiversitätsmonitoring 	<ul style="list-style-type: none"> • Telecoupling • Die EU: Vorreiter im Biodiversitätsschutz und im CBD-Prozess? • Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur • Finanzwirtschaft und Biodiversität • Umweltschädliche Subventionen und andere Finanzströme • Meeresschutzgebiete • Digitale Sequenzinformationen (DSI) bei der CBD • Globale Biodiversitätsziele - (wie) werden die neuen besser als die alten? • Natürlicher Klimaschutz und naturbasierte Lösungen • Vorbild Klima? Für und Wider eines 1,5°-Ziels für die Biodiversität • Was kommt nach Montreal? Umsetzung der globalen Biodiversitätsziele

Tab. 3: Gegenüberstellung von im Projektantrag geplanten möglichen Newsletter-Themen und tatsächlich umgesetzten Newsletter-Themen (Fettdruck: Themenüberlappungen)

Zusammenarbeit: Projektmanagement und Abstimmung im Projektteam sowie mit der DBU

Das Projekt wurde als Kooperationsprojekt der o.g. Projektpartner (Hochschule Geisenheim University, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Museum für Naturkunde) durchgeführt.

Projektleitung (Marianne Darbi, HGU): Die Gesamtprojektleitung und Verantwortlichkeit ggü. der DBU obliegt der Antragstellerin, Marianne Darbi.

Koordinationsteam: Während der Rahmen bzw. Ablaufplan des Projektes bereits vorlag, bedurfte die konkrete inhaltliche Ausgestaltung bzw. die Auswahl von spezifischen Themenschwerpunkten regelmäßiger Abstimmung im Projektteam sowie mit der DBU. Um dies sicherzustellen wurde ein Koordinationsteam eingesetzt, das sich regelmäßig strategisch abstimmte. Das Koordinationsteam zeichnete verantwortlich für die Koordination und Abstimmung sowie die Konzeption der Newsletter-Beiträge (Editorial, Post2020-Update, Abstimmung Gastbeiträge) und Veranstaltungen (insbesondere Parlamentarischer Abend).

Dem Koordinationsteam gehörte (mindestens) je ein Vertreter der beteiligten Institutionen an:

- HGU: Marianne Darbi
- UFZ: Elisabeth Marquard, Yves Zinngrebe
- MfN: Nike Sommerwerk

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

- Wissenschaftsjournalist: Sebastian Tilch

Rolle der DBU: Eine Besonderheit des Projektes stellt die Abstimmung mit der DBU dar. Insbesondere mit der Projektgruppe „Gewässer/Naturschutz“ wurde ein regelmäßiger Austausch in Bezug auf die Identifizierung von Themen und Verknüpfungen zu laufenden Projekten im Bereich Biodiversität und Naturschutz angestrebt. Zudem wurde eng mit dem Zentrum für Umweltkommunikation der DBU zusammengearbeitet.

Die Zusammenarbeit der Projektpartner sowie mit der DBU verlief zielorientiert, effizient und konsensorientiert.

5.2 Verschiebung der COP 15: Nachbewilligung und Laufzeitverlängerung des Projekts

Verschiebung der COP 15 und Anpassung des Projektablaufs

Das Projekt KomBio2021 startete im Mai 2021, im bereits laufenden Post2020-Prozess der CBD-Vertragsstaaten zur Verabschiedung eines Global Biodiversity Framework. Dieser in 2020 begonnene globale Post2020-Prozess hat sich bedingt durch den Ausbruch der Corona-Pandemie weltweit verzögert. Die ursprünglich für Oktober 2020 in Kunming/China geplante Vertragsstaatenkonferenz zur CBD (COP15) wurde daher auf Herbst 2021 verschoben. Auf diese Zielmarke war auch das Projekt KomBio2021 ausgerichtet, einschließlich einer Veranstaltung, die die Ergebnisse der Verhandlungen der COP15 für ein Publikum in Deutschland aufbereiten und mögliche Implikationen und Perspektiven für die Politik sowie für notwendige Maßnahmen und Lösungsansätze in Deutschland diskutieren sollte. Die COP15 wurde aufgrund der andauernden Corona-Rahmenbedingungen und -Beschränkungen in der Folge mehrfach verschoben (bzw. hat im Oktober 2021 Teil 1, die offizielle Eröffnung, stattgefunden, jedoch ohne substantielle Verhandlungen der Mitgliedsstaaten der CBD).

Im März 2022 hatte sich die Situation nunmehr wieder geändert: Nachdem sich bis dahin sämtliche Verhandlungen verzögert haben und ausschließlich online stattgefunden haben, haben im März 2022 erstmals wieder Verhandlungen in einem Präsenzmeeting in Genf stattgefunden. Dies war ein wichtiges Signal zur Fortführung des Prozesses, da die Online-Verhandlungen keine wesentlichen Fortschritte erbracht haben (u.a. aufgrund der weltweit unterschiedlichen Bedingungen für Internetzugang, so dass sich insbesondere einige afrikanische Staaten benachteiligt gefühlt haben).

Das Treffen in Genf hat so zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen geführt. Jedoch konnten viele offene Fragen noch nicht geklärt werden. Daher fand ein weiteres Präsenzmeeting im Juni in Nairobi statt. Die Verabschiedung des Global Biodiversity Framework erfolgte schlussendlich im zweiten Teil der COP15 im Dezember 2022 im kanadischen Montreal.

Aufgrund der wieder angelaufenen Verhandlungen und des neuen Momentums im globalen Prozess, hat auch das laufende Projekt KomBio2021 die aktuellen Entwicklungen im Jahr 2022 weiter begleitet (Siehe Ablaufschema der COP15 – Diskussion).

Daneben lief die Überarbeitung der Ziele der im Jahr 2007 von der Bundesregierung verabschiedeten Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS). Hier waren ebenfalls wichtige Weichenstellungen zu erwarten, die das Projekt KomBio2021 aufgegriffen und dazu informiert hat.

Verschiebung und Neukonzeption des geplanten Parlamentarischen Abends

Den Abschluss der Kommunikationsoffensive sollte eine Veranstaltung bilden, die als Format eines Parlamentarischen Abends Ende 2021/Anfang 2022 (nach der COP15 der CBD) mit eingeladenem Teilnehmerkreis in Berlin stattfinden sollte, unter der Überschrift (Arbeitstitel) „Rückblick auf Kunming / das Biodiversitäts-Jahr 2021– was bedeutet es für die europäische und deutsche Politik?“. Ziel der Veranstaltung, die sich vordergründig an politische und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger richtete, war es, einerseits einen Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen im Jahr 2021 zu geben, mit Fokus auf die Ergebnisse der Verhandlungen der CBD-Vertragsstaatenkonferenz und andererseits aber auch voraus zu blicken und mögliche Implikationen und Perspektiven für die Politik sowie für notwendige Maßnahmen und Lösungsansätze in Deutschland zu diskutieren. Somit sollte hier die Brücke geschlagen werden zwischen den für die politische Anbindung notwendigen strategischen Zielen einerseits und Möglichkeiten zur konkreten praktischen Umsetzung andererseits.

Aufgrund der mehrmaligen Verzögerung des CBD-Prozesses wurden die zeitliche Terminierung und das Ziel des Parlamentarischen Abends angepasst, so dass die ursprünglich im direkten Zusammenhang mit der COP15 geplante Veranstaltung schlussendlich im März 2022 in abgewandelter Form stattgefunden hat.

Unter dem Titel „Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz – welche Weichen für die deutsche und europäische Politik gilt es jetzt zu stellen?“ fand der Parlamentarische Abend (statt nach der COP 15) im Vorfeld zum 2. Teil der Vertragsstaatenkonferenz statt. Dabei stand die folgende Frage im Fokus: „Wo stehen die internationalen Verhandlungen über die neuen globalen Ziele zum Schutz der Natur und wie ist unsere nationale Position?“ Diese Frage wurde mit Bundesumweltministerin Steffi Lemke und einem hochrangigen Panel diskutiert. Zu der Veranstaltung waren – eingeschränkt durch die andauernden Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie - ca. 70 geladene Gäste im Museum für Naturkunde in Berlin anwesend. Zusätzlich wurde die Veranstaltung per Livestream übertragen.

Laufzeitverlängerung und Nachbewilligung: geplante Inhaltliche Ergänzungen

Im Zeitraum der Laufzeitverlängerung und Nachbewilligung bis Ende 2022 (nochmals final bis April 2023 verlängert) wurden die folgenden Ergebnisse angestrebt:

- 3 zusätzliche Newsletter/monatliche Beiträge (nach dem entwickelten Format), veröffentlicht und frei zugänglich auf der NeFo-Webseite, per NeFo-Newsletter verschickt, über Social Media verbreitet (im Ablaufplan: NL)
- 3 Themenschwerpunkte (als Teil der monatlichen Beiträge), als PDF aufbereitet, bei Veranstaltungen als Informationsmaterialien nutzbar (auch nach 2022) (im Ablaufplan: TS)
- Online-Veranstaltung zur COP15 im Herbst 2022 (idealerweise im Nachgang zur COP): Diskussion und Einordnung der Ergebnisse
- Kontinuierliche Bereitstellung von Informationen: BiodivNews und Veranstaltungen auf der Webseite und Twitter

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

6 Öffentlichkeitsarbeit

Das Projekt setzt unter dem Titel „Kommunikationsoffensive Biodiversität“ explizit den Fokus auf Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Nähere Details sind unter 3 Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden und 4 Ergebnisse beschrieben.

Alle erarbeiteten Ergebnisse wurden unmittelbar den adressierten Zielgruppen sowie der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. Alle Ergebnisse und Materialien (einschl. PDFs der Beiträge, erstellte Grafiken) sind über die Webseite (www.biodiversity.de) frei verfügbar.

7 Fazit und Ausblick

Fazit

Das Projekt hat die angestrebten Ziele trotz der erforderlichen Anpassungen des Zeitplans vollumfänglich erreicht.

Das Projekt war zudem als eine Art Pilotprojekt konzipiert, das eine Vorgehensweise erarbeitet und erprobt hat. Die im Projekt entwickelten Abläufe haben sich in der praktischen Umsetzung der Kommunikationsoffensive bewährt und stehen als Blaupause für zukünftige Aktivitäten zur Verfügung.

Anknüpfend daran ist ein Folgeprojekt geplant, das die Umsetzung der globalen Biodiversitätsziele auf nationaler Ebene sowie die Fortschreibung der Nationalen Biodiversitätsstrategie in den Blick nimmt.

Insbesondere die Zusammenarbeit der Projektpartner und zwischen Auftragnehmern und der DBU (insbesondere dem Zentrum für Umweltkommunikation) hat sich bewährt und die entwickelten Abläufe (siehe 3 Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden) sind eingespielt.

Weiterentwicklungspotenzial, das im Rahmen eines Folgeprojektes herausgearbeitet werden soll, besteht hinsichtlich einer stärker zielgruppenspezifisch ausgerichteten Kommunikation und Informationsaufbereitung. Darüber hinaus soll auch die Social-Media-Nutzung diversifiziert werden. Während in diesem Projekt ausschließlich der NeFo-Twitter-Account genutzt wurde, sollen zukünftig auch andere Kanäle bespielt werden (insbesondere LinkedIn und Instagram).

Ausblick

Erst sollte das Jahr 2020, dann das Jahr 2021 zum wichtigen Meilenstein und Wendepunkt werden, um politische Strategien und praktische Maßnahmenpakete gegen den Biodiversitätsverlust in Deutschland, Europa und der Welt voranzubringen. Denn 2020 war das „Schaltjahr“ von Biodiversitätszielen und -strategien auf unterschiedlichen Ebenen: Bis 2020 sollten die internationalen Aichi-Biodiversitätsziele des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) erreicht werden, ebenso die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020 und die meisten Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie. Die Bilanz der Jahre 2011-2020, die von den Vereinten Nationen auch zur „Biodiversitätsdekade“ ernannt wurde, fällt allerdings ernüchternd aus: Der stetige Verlust der biologischen Vielfalt hält an (s. Analyse des IPBES Global Assessments).

Neue Biodiversitätsziele wurden dann aber im Jahr 2020 nur für die Europäische Union beschlossen: Die EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030 wurde im Mai 2020 angenommen. Auf globaler Ebene war es ein langer und komplizierter Weg, bis im Dezember 2022 schließlich mit dem Montreal-Kunming Global Biodiversity Framework ein ambitioniertes politisches Rahmenwerk auf den Weg gebracht wurde, das die Aichi-Ziele ersetzt (mehr zum Post-2020 CBD-Prozess). Deutschland und die Europäische Union hatten sich für ein ehrgeizigen Zielkatalog eingesetzt und sind jetzt in der Verantwortung, die internationalen Vereinbarungen auf nationaler und regionaler Ebene konsequent umzusetzen.

Für Deutschland soll die neue Nationale Biodiversitätsstrategie noch im Jahr 2023 verabschiedet werden. Zum Entwurf dieser Strategie läuft ein öffentliches Beteiligungsverfahren.

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

8 Anlagen/Anhang

- I. Übersicht Newsletter Beiträge
- II. Newsletter (angefangen bei Juni 22)
- III. Themenbeiträge (angefangen bei Juni 22, sortiert nach: Themenschwerpunkt, Gastbeitrag, CBD-Kolumne)
- IV. Veranstaltungsberichte

Abschlussbericht zum Projekt KomBio2021 (Kommunikationsoffensive zum Biodiversitätsjahr 2021 – Nutzung der NeFo-Plattform als etabliertem Kommunikationsakteur)

Kontakt: Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, nefo-biodiv@ufz.de, Marianne.Darbi@hs-gm.de,

Anlagen/Anhang

- I. Newsletter (angefangen bei Juni 22)
- II. Themenbeiträge (angefangen bei Juni 22, sortiert nach: Themenschwerpunkt, Gastbeitrag, CBD-Kolumne)
- III. Veranstaltungsberichte



Bildquelle: Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
 liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

“Europa lagert seine Umweltschäden in andere Länder aus und streicht die Lorbeeren für grüne Politik zuhause ein“. Mit diesem provokanten Satz beschreiben die Wissenschaftler Richard Fuchs, Calum Brown und Mark Rounsevell in einem Kommentar in der renommierten Zeitschrift Nature ein Phänomen, das in Fachkreisen Telecoupling genannt wird.

In den bisherigen Biodiversitätszielen der CBD von 2010 tauchte dieses bedeutende Problemfeld gar nicht auf und bislang wird den Auswirkungen der globalen Wirtschaft und globaler Wertschöpfungsketten wenig Beachtung geschenkt. Dabei beuten besonders artenreiche Länder ihre Naturschätze aus, um die Nachfrage anderer Länder zu bedienen. Diese drängende Problematik beleuchtet Sebastian Tilch in unserem aktuellen [Themenschwerpunkt](#).

Passend dazu gewährt uns das deutsche Unternehmen einhorn im [Gastbeitrag](#) einen spannenden Einblick, wie Lieferketten nachhaltig gemanagt werden können, und zwar am Beispiel Kautschuk.

Daneben haben wir Ihnen von Kakao aus Ghana bis zu “deutscher Eiche” aus China ausgewählte [Projektbeispiele](#) zum Thema zusammengestellt.

In unserer Rubrik zum [Post-2020-Prozess](#) der CBD berichten Yves Zinngrebe und Axel Paulsch vom holprigen Weg zum neuen Global Biodiversity Framework.

Und natürlich gibt es auch wieder Tipps für ausgewählte [Veranstaltungen](#) im Monat Juli.

Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



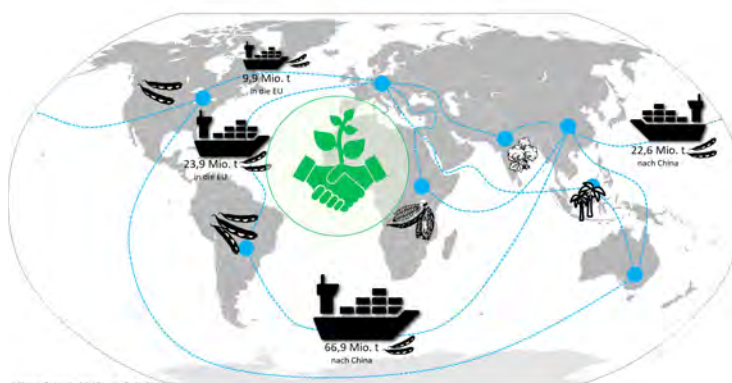
Melden Sie sich [hier](#) für unseren
 kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#)[RSS](#)[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Projektbeispiele](#)[Post-2020 Prozess](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt



Bildquelle: Nora Schmidt, NeFo

Deutschland ist bekannt als führende Exportnation. Nach China und den USA liegt es an dritter Stelle weltweit. Weniger bekannt ist, dass es weltweit auch an dritter Stelle der größten Importationen liegt – ebenfalls nach den USA und China. Laut Weltbank wurden 2018 Waren im Wert von über 1,6 Billionen Euro eingeführt. Damit hat Deutschland großen Einfluss auf weite Teile der Welt – und Umwelt. Gerade in den besonders biodiversitätsreichen Ländern werden wertvollste Ökosysteme in Agrarflächen verwandelt, um die Nachfrage nach Konsumgütern von Menschen in fernen Ländern zu bedienen. Der globale Handel ist einer der stärksten Treiber des Biodiversitätsverlustes. Eine Studie von 2012 beziffert den Anteil des internationalen Handels an der globalen Bedrohung von Arten auf 30 Prozent. [Weiterlesen](#)

[Nach oben](#)

Gastbeitrag



Bildquelle: einhorn

einhorn ist ein junges Berliner Unternehmen mit rund 25 Mitarbeiter*innen, das vor allem nachhaltige Kondome und Menstruationsartikel vertreibt. Dabei möchte das Unternehmen ganz bewusst neue Wege im Anbau und der Verarbeitung von Kautschuk gehen. Mit 14 Mio. Hektar weltweit nehmen Kautschukplantagen heute annähernd so viel Fläche ein wie Ölpalmen - in den allermeisten Fällen in den Tropen, wo sie wertvolle Ökosysteme verdrängen. Der Anbau, der vor allem den Reifenmarkt bedient, ist in der Regel mit einem hohen Pestizideinsatz verbunden. einhorn zeigt, dass es auch gehen kann. NeFo sprach

Verantwortung von Unternehmen, globalen Lieferketten und deren Auswirkungen auf die Umwelt gehen und darüber, welche Rolle die Politik spielt. [Weiterlesen](#)

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt "Telecoupling - Auswirkungen von globalen Wertschöpfungsketten auf die biologische Vielfalt" stellen wir nachfolgend einige ausgewählte DBU geförderte Projekte vor, die nachhaltige Lieferketten zum Ziel haben.

[Wertketten und Konsumententscheidungen - Fernwirkung von Governance und Produktbiographien am Beispiel von Kakao - laufend seit 2020](#)

In diesem Projekt entwickelt die Universität Osnabrück zusammen mit dem Schokoladenhersteller Ludwig Weinrich (Herford) am Beispiel von Kakao aus Ghana Wege, um Kaufentscheidungen zugunsten von fair und umweltfreundlich produzierter Ware zu unterstützen. Das soll die Bedingungen der Kakaobauern verbessern sowie die Umwelt in den Anbauregionen schützen. Mehr Informationen zum Projekt gibt es [hier](#).



Bildquelle: Marco Vasquez_pixabay

["Baumwolle: Nur grün gesponnen oder wirklich bio" - 2017 bis 2019](#)

„Das Projekt zielte darauf ab, einen Beitrag für die Entwicklung von nachhaltigen Lieferketten in der Textilindustrie zu etablieren und damit Programme und Initiativen zu unterstützen, die beim Anbau und beim Vermarkten von Baumwolle auf ökologische und soziale Standards Wert legen“, sagt DBU-Generalsekretär Alexander Bonde. [Hier](#) gibt es mehr Informationen zum Projekt.



Bildquelle: JIAYT_pixabay

[Deutsche Eiche "made in China"? Illegalen Holzeinschlag bekämpfen](#)

eingeführte Holz- und Papierprodukte zu identifizieren und dem unkontrollierten Holzeinschlag einen Riegel vorzuschieben.“ - Dieses Fazit zog Cajus Caesar, MdB, und Kuratoriumsmitglied der DBU. Eine Methode, um die Legalität der Ware sicher zu stellen, ist die DNA-basierte Arten- und Herkunftsbestimmung für Holz und Holzprodukte der Weißleichen (Sektion Quercus). [Link zum Projekt](#).



Bildquelle: Vasilijus Bortnikas auf Pixabay

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Der holprige Weg zum GBF

Die Entwicklung des Global Biodiversity Frameworks (GBF), also des strategischen Plans der CBD für die Dekade bis 2030, war bislang ein zäher Prozess. Und er scheint sich auch weiter als ein solcher zu gestalten. Dass ein neuer Plan nötig werden würde, war ja durch die zeitliche Begrenzung des letzten strategischen Plans und seiner in Japan 2010 festgelegten Aichi-Ziele bis 2020 vorherbestimmt. Und spätestens seit der Veröffentlichung des Global Biodiversity Outlooks 4 (GBO4) im Jahr 2014 war abzusehen, dass diese Ziele verfehlt werden, was auch der GBO5 (2020) bestätigte. Seit 2018 laufen nun bereits die Vor-Verhandlungen zu einem neuen globalen Biodiversitäts-Zielkatalog. Aber das Ergebnis dieses Prozesses ist auch wenige Monate vor der verschobenen CBD-Vertragsstaatenkonferenz (COP-15) noch mehr als offen. [Weiterlesen](#)



Bildquelle: Screenshot von den virtuellen SBSTTA-Verhandlungen

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?



10.06.2021, Online

Neue Biodiversitätsziele für Deutschland und die Welt: Herausforderungen, Hot Topics und Lösungsansätze

NeFo war mit einem Fachforum bei der Woche der Umwelt am 10. Juni 2021 dabei (online). Zum Nachhören gibt es das [hier](#).

30.06.2021, Online

4. Preparatory Webinar: Finance and governance for local action - what kind of finance and governance for a green and just recovery

30.06.2021, Online

Unterhausdebatte: Ernährung und Biodiversität. Genuss, Gesundheit und Nachhaltigkeit - sind das Widersprüche?

02.07.2021, Online

Wie retten wir die Artenvielfalt? Interaktive Diskussion über den Wert der Biodiversität

07.07.2021, Online

Landnutzung und Ernährung neu gedacht

07.07.2021, Online

Genetische Vielfalt als Ressource - Welche Rolle der Wirtschaftsfaktor "Biodiversität" in der Zukunft spielen wird

23.07.2021, Online

Die genomischen Grundlagen des Wandels: Möglichkeiten und Potenziale molekularer Biodiversitätsforschung

[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

-politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team
 c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ
 Department Naturschutzforschung
 Tel. 0341/235-1270
 Email: nefo-biodiv@ufz.de
 Website: www.biodiversity.de
 Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)
 Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:
 Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim
 E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de
 Ansprechpartner für die Presse:
 Sebastian Tilch
 E-Mail: tilch-himeligh@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten. Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:
[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: Wikimedia Commons

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

im aktuellen Newsletter nehmen wir die Rolle der Europäischen Union in den Blick. Kann sie als Zugpferd in den Verhandlungen um neue globale Biodiversitätsziele auftreten, wie sie es angekündigt hat?

Die Grundlage wäre da: Bereits vor über einem Jahr legte die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen ihre neue Biodiversitätsstrategie für 2030 vor. Darin verpflichtet sich die EU nicht nur zu eigenen Zielen und „Schlüsselmaßnahmen“, sondern auch, für ehrgeizigere Ziele und größeres Engagement weltweit einzutreten. Des Weiteren kündigt sie darin an, den Schutz der Biodiversität durch eigenes internationales Wirken voranzubringen, etwa in der Meeres- oder Handelspolitik.

Hat die EU-Biodiversitätsstrategie die Qualitäten eines Vorbilds für den neuen globalen Strategischen Plan des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD)? Und wie ist es um die Umsetzung in Europa bestellt?

Stephan Piskol, Projektmanager beim unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitut für Klima, Umwelt und Entwicklung adelphi, analysiert in unserem aktuellen Themenschwerpunkt die Stärken und Schwächen der neuen EU-Biodiversitätsstrategie und ihr Potenzial als role model.

„Europa ist nicht die Welt“, titelt Christine von Weizsäcker in ihrem Gastbeitrag und fragt, ob und wie die EU ihrem selbstgewählten Anspruch, Vorreiterin in den globalen Verhandlungen zur Biodiversitätspolitik bei der Vertragsstaatenkonferenz COP-15 in Kunming zu werden, gerecht werden kann. Dabei gälte es auch die Menschenrechte stärker mit in den Blick zu nehmen.

In unserer Rubrik zum Post-2020-Prozess der CBD erläutern Yves Zinngrebe und Axel Paulsch, was der frisch vorgelegte „First Draft“ als Verhandlungsgrundlage für die anstehende Vertragsstaatenkonferenz COP-15 hergibt und wie der Krimi um das (Nicht-)Stattfinden eben jener COP im Herbst in Kunming weitergeht.

Und natürlich gibt es auch wieder ausgewählte Projektbeispiele zum Themenschwerpunkt der „EU-Biodiversitätspolitik“ sowie Tipps für

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▼[RSS](#)

September, dann der Newsletter macht Sommerpause und kehrt im September wieder.

Zum Abschluss noch ein kleines Bonbon: Die Beiträge aus unserem letzten Newsletter zu Telecoupling und nachhaltigen Lieferketten gibt es jetzt auch als PDFs zum Download: [Themenschwerpunkt "Naturschutzverantwortung endet nicht an Landesgrenzen"](#) und [Gastbeitrag von einhorn](#)

Auch dieses Mal möchten wir Sie darum bitten: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter. Biodiversität und ihr Schutz gehen uns alle an!

Viel Freude beim Lesen und einen schönen Sommer wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)
[Gastbeitrag](#)
[Projektbeispiele](#)
[Post-2020 Prozess](#)
[Veranstaltungen](#)
[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

Die EU mit ihrer neuen EU-Biodiversitätsstrategie als Zugpferd für die globalen Biodiversitätsziele?

Die EU-Biodiversitätsstrategie

Zielsetzungen



Maßnahmen und Verpflichtungen bis 2030

Bildquellen: Pixabay

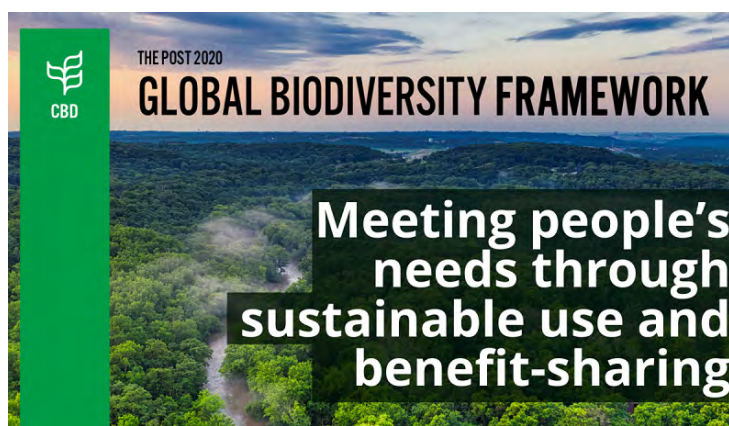
Im Dezember 2019, nur 11 Tage nach ihrem Antritt, stellte die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen den Europäischen Green Deal vor. Als Teil des Green

neue Biodiversitätsstrategie – im Gegensatz zur letzten vor 11 Jahren – zeitlich vor dem neuen globalen Biodiversitäts-Fahrplan der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) herausgebracht. Dies tat sie ganz bewusst, um bei den Verhandlungen der globalen Ziele als Vorreiter aufzutreten und einen „umfassenden, ambitionierten und langfristigen Plan“ auch auf globaler Ebene voranzutreiben. Im Interview sprachen wir mit Stephan Piskol von *adelphi* über die Stärken und Schwächen der neuen Strategie und ihre Bedeutung im Spannungsfeld der globalen Naturschutzpolitik. [Weiterlesen](#)

[Nach oben](#)

Gastbeitrag

Kommentar von Christine von Weizsäcker



Bildquelle: CBD-Trelloboard

Die Europäische Gemeinschaft hat viel Vorbildliches auf den Weg gebracht. Doch wie sieht es bei internationalen Verhandlungen mit den 196 Vertragsstaaten der CBD aus? Die sehr unterschiedlichen Realitäten in diesen Ländern werden einiges, das in Europa als selbstverständlich gilt, einer harten Realitätsprüfung unterwerfen. Und wie es der Sprecher der Afrikanischen Region sagte: "Ein Vorreiter ist nicht der, der sich selbst dazu erklärt, sondern der, dem die Leute zu folgen beschließen." [Weiterlesen](#)

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

LIFE Peat Restore

Als ausgewählte Initiative der UN-Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen hat sich das LIFE Peat Restore Projekt, das unter anderem den NABU als Partner hat, zum Ziel gesetzt, zwischen 2016 und 2021 auf einer Fläche von insgesamt 5.300 Hektar in Deutschland, Estland, Lettland, Litauen und Polen Moore wiederherzustellen, bzw. die Wiedervernässung degradiert Moore zu unterstützen und sie in ihrer Funktionsfähigkeit zu stärken. Die Umsetzung erfolgt beispielsweise auf drei Moorflächen auf 1.350 Hektar im Slowinski Nationalpark in Polen. Allgemeine Informationen zum LIFE Peat Restore Projekt gibt es [hier](#) und [hier](#). Informationen zum Projekt im Slowinski National Park in Polen gibt es [hier](#).



Bildquelle: Marisa04_pixabay

AgoraNatura

Das Projekt AgoraNatura ist ein Online-Marktplatz für Naturschutzprojekte. Diese einzelnen Projekte können von Investor*innen durch den Erwerb von Naturschutzzertifikaten finanziell gefördert werden. Neben der Vernetzung von Naturschutzinvestor*innen (zum Beispiel Privatpersonen oder Unternehmen) mit Landnutzer*innen, die solche Projekte umsetzen möchten (beispielsweise Landwirt*innen, Kommunen oder Umweltverbände) geht es konkret darum, die biologische Vielfalt und Naturleistungen sichtbar zu machen und zu fördern. AgoraNatura ist damit an der Umsetzung der Farm to Fork Strategie beteiligt. Mehr Informationen zum Projekt gibt es [hier](#).



Bildquelle: Couleur_pixabay

Leitfaden zu den Zielen der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 für Flussrenaturierungen

Mit der Biodiversitätsstrategie für 2030 wird die Bedeutung von frei fließenden Flüssen zunehmend anerkannt und die Bedeutung der Wiederherstellung der Flusskontinuität durch das Ziel "bis 2030 mindestens 25.000 km Flusskilometer wieder in frei fließende Flüsse umzuwandeln [...]" unterstrichen. Mit der Verabschiedung der Strategie wurde auch eine Verpflichtung der Europäischen Kommission festgelegt, dass den Mitgliedstaaten bis 2021 ein technischer Leitfaden zur Wiederherstellung von Flüssen bereitgestellt werden muss. Das Ecologic Institut wurde damit beauftragt, entsprechend dieser Forderung bei der Ausarbeitung eines Entwurfs dieses Leitfadens zu den Zielen der EU-Biodiversitätsstrategie zu unterstützen. Mehr Informationen zum Projekt und Ergebnis gibt es [hier](#).



Bildquelle: VGTFP_pixabay

Unterstützung der EU-Biodiversitätspolitik und der deutschen EU Ratspräsidentschaft

Das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit *adelphi research* als Projektträger hatte die Bereitsstellung einer bestmöglichen inhaltlichen Unterstützung zur Mitwirkung Deutschlands an der Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie zum Ziel. Maßnahmen hierfür waren beispielsweise naturschutzfachliche Bewertungen der Ziele für 2030 oder das Aufstellen von Empfehlungen zur konkreten Umsetzung. Des Weiteren wurden relevante Positionen und Forderungen von EU-Mitgliedsstaaten, Naturschutz-, Landnutzungs- oder Wirtschaftsverbänden ausgewertet oder Veranstaltungen auf EU-Ebene vor- und nachbereitet. Das FuE-Vorhaben hat zusätzlich bereits eine Bewertung der Biodiv-Strategie für 2030 vorgenommen - mehr Informationen dazu und zum Projekt gibt es [hier](#).



Bildquelle: ykaiavu_pixabay

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Der erste Vorschlag ist auf dem Tisch: Knackpunkte für ein ehrgeiziges GBF

Die neuen Ziele der UN-Biodiversitätskonvention CBD sollen als "Global Biodiversity Framework" (GB) auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz COP-15 in Kunming (China) beschlossen werden. Wie bereits in unserer Kolumne letzten Monat betont, ist es ein langwieriger Prozess. In der neuesten Mitteilung des COP-Bureaus wurde nun angekündigt, die COP-15 als 2-teiliges Treffen abzuhalten: Im Oktober 2021 ist die Eröffnung durch Botschafter vorgesehen, die eigentlichen Verhandlungen sollen aber erst im April 2022 folgen.

Dieser zweite Teil von COP-15 muss ein Präsenzmeeting werden, da die Afrikanischen Staaten bereits sehr klar gemacht haben, dass sie sich durch Online-Verhandlungen benachteiligt fühlen. Am Montag den 12. Juli haben die Co-Chairs der Open Ended Workshop Group (OEWG), basierend auf den Ergebnissen von SBSTTA 24 und SBI 3,

Einen Überblick zum Post-2020-Prozess der CBD finden Sie auf unserer [Website](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?

Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

Frist: bis 20.08.2021

Nominierungsaufrufe: IPBES Nexus und Transformative Change Assessments

Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis werden im [Einladungsschreiben](#) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) aufgerufen, sich an diesen IPBES-Assessments zu beteiligen:

- Beurteilung der Verknüpfungen zwischen Biodiversität, Wasser, Nahrung und Gesundheit (Nexus)
- Beurteilung der zugrundeliegenden Ursachen für den Biodiversitätsverlust und den Bedingungen für einen transformativen Wandel (Transformative Change)

Interessierte Expert:innen haben bis zum 20. August 2021 die Möglichkeit, sich für eine Regierungsnominierung im Rahmen des national festgelegten Nominierungsverfahrens zur Unterstützung des internationalen Auswahlprozesses zu bewerben.

31.07.2021, Berlin

Renaturierung @PankeCity

02.08.-06.08.2021, Online

Aktuelle Biodiversitätsforschung - eine interdisziplinäre Tagung für Nachwuchswissenschaftler*innen zur Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD)

05.08.2021, Online

Unsere Gärten als Oasen für einheimische Tiere und Pflanzen

12.08.2021, Online

Die Bedeutung von Gewässerrandstreifen für die aquatische und terrestrische Welt

14.08.2021, Berlin

Gewässerökologische Exkursion im Spandauer Forst

16.08. - 19.08.2021, Online 

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▾[RSS](#)

Urbanen Bereich zwischen Nutzungskonkurrenz und Synergien

19.08.2021, [Online](#)

Seltene Pflanzen unserer Region fördern: Von Arnika bis Wollgras



23.08. - 03.09.2021, [Online](#)

Third meeting of the Open Ended Working Group



26.08.2021, [Online](#)

Alles im grünen Bereich? - Fördermöglichkeiten für Artenvielfalt in der Landwirtschaft



26.08.2021, [Online](#)

Biodiversität in der Krise - Agenda Setting für mehr Natur



01.09.2021, [Online](#)

Sächsischer Dialog zur Biodiversität: Neue wirtschaftliche Risiken managen: Warum bedroht der Verlust der Biodiversität Volkswirtschaften und Unternehmen?



02.09.2021, [Online](#)

Unser Einfluss auf die biologische Vielfalt lokal und international - Was kann jeder von uns gegen den Biodiversitätsverlust tun?



03. - 11.09.2021, [Online](#)

IUCN World Conservation Congress in Marseille



07. - 08.09.2021, [Online](#)

3rd Symposium on Functional Marine Biodiversity



05. - 08.09.2021, [Online](#)

Biodiversität und Klima-Vernetzung der Akteure in Deutschland XVIII



30.09.2021, [Online](#)

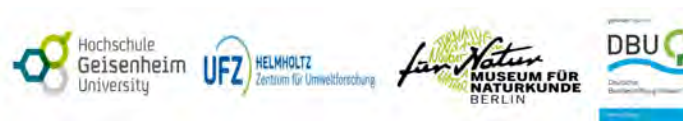
Natura 2000 im Klimawandel - Schutzziele und -maßnahmen in einem sich verändernden Klima



[Nach oben](#)

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-himelight@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

Biodiversitätsschutz braucht vor allem eines: den Menschen, also jemanden, der oder die die Biodiversität bewusst schützt. Der aktuelle Newsletter setzt daher den Fokus auf das Bewusstsein des Menschen für Natur und Biodiversität und was wir daraus für einen effektiveren Biodiversitätsschutz lernen können.

Sebastian Tilch konstatiert eine Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur. Um die Wende hin zu einer nachhaltigen Lebensweise zu schaffen, müssen wir darum an unserer Beziehung zur Natur arbeiten. Wie das gehen kann, dafür liefern Marion Mehring und ihre Kolleg*innen vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt sechs Gestaltungsprinzipien, die als Orientierungshilfe für Entscheidungsträger*innen herangezogen werden können. Diese stellen wir im Themenschwerpunkt vor.

In Deutschland leben mehr als drei Viertel der Bevölkerung in Städten und Ballungsräumen. Hier treffen Natur und Mensch auf engem Raum aufeinander. Wir haben im Interview mit Florian Schneider (ebenfalls vom ISOE) über die Bedeutung von Stadtnatur gesprochen. Vor dem Hintergrund des Corona-Lockdowns wurde deutlich, dass oft ein persönliches, symbolisches und kulturelles Verhältnis zwischen Mensch und Natur aufgebaut wird, das auf individuellen Erlebnissen und Erfahrungen beruht. Mehr dazu lesen Sie im Gastbeitrag.

Daneben haben wir Ihnen wieder ein paar ausgewählte weiterführende Projektbeispiele zum Thema Mensch-Natur-Verhältnis zusammengestellt.

Die aktuellen Verhandlungen zum Post-2020-Prozess der CBD wurden jüngst überschrieben mit "Die Welt verhandelt, um unser gestörtes Verhältnis zur Natur wiederherzustellen". Angesichts dieser klaren Botschaft waren die Fortschritte der Open-Ended Working Group (OEWG), die kürzlich online tagte, zur Formulierung neuer Biodiversitätsziele unzureichend. Es wurden zahlreiche Alternativvorschläge nebeneinander gestellt und so bestehende Positionen zementiert, anstatt wirklich Kompromisse auszuhandeln, konstatieren Yves Zinggrebe vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und Axel Paulsch vom Institut für Biodiversität e.V. (ibn) ernüchtert in unserer CBD-Kolumne.

Natürlich gibt es auch in diesem Newsletter wieder Tipps für ausgewählte Veranstaltungen und Termine. Schauen Sie doch zum Beispiel einmal bei der Aktionswoche "Achtung Artenvielfalt" vorbei!

Ans Herz legen möchten wir Ihnen auch, sich als Expert*innen in die Begutachtung des sogenannten „Nature Futures Framework“ (NFF) des Weltbiodiversitätsrats IPBES einzubringen und so zur Entwicklung neuer Szenarien für Mensch-Natur Beziehungen und daraus resultierender Politikoptionen beizutragen.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▾[RSS](#)

gern an Interessierte weiter. Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Post-2020 Prozess](#)[Projektbeispiele](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur



Bildquelle: Pixabay

Das Anthropozän ist Realität. Natur ohne den Menschen gibt es also nicht mehr. Selbst in den entlegensten Ecken der Tiefsee oder Arktis finden sich Spuren der Zivilisation, wie etwa Plastikmüll. Der Naturschutz muss sich also fragen, was eigentlich geschützt werden soll. Der klassische Politikansatz, vermeintlich unberührte Wildnis als Objekt vor unserem Einfluss zu schützen, greift zu kurz. Wir leben mit und von der Natur, und sie mit uns. Diese enge Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft sollte uns viel bewusster sein - um sie dann bewusst gestalten zu können, sagen Forscher*innen am ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt. Dieses neue Verständnis sollten die Vertreter*innen unserer Regierungen bei der (Neu-)Formulierung politischer Ziele zur Erhaltung der biologischen Vielfalt berücksichtigen. [Weiter](#) zum Themenspezial von Sebastian Tilch.

[Nach oben](#)

Die Beziehung zwischen Mensch und Stadtnatur



Bildquelle: ISOE 2021

Viele Menschen verlieren durch den fehlenden Kontakt immer mehr den Bezug zur Natur. Insbesondere in der Stadt ist der Zugang zu natürlichen Flächen begrenzt. Welchen Wert und welchen Nutzen die Natur für die Menschen in der Stadt hat und was das für den Biodiversitätsschutz bedeutet, wird gerade in einem Projekt vom ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung untersucht. Der Corona-Lockdown wurde als Anlass genommen, mehr über die Sichtweisen, die Nutzung und Bewertung von Stadtnatur durch die Frankfurter Bürger*innen zu erfahren. NeFo sprach mit Florian Schneider über das Projekt und die Beziehung zwischen Mensch und Natur. [Weiterlesen](#)

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Frustrierender Verlauf der Post-2020 Biodiversitätsverhandlungen



Bildquelle: CBD 2021

Die Open-Ended Working Group (OEWG) zur Erarbeitung des post-2020 Global Biodiversity Framework (GBF) hat den ersten Teil ihres dritten Treffens als virtuelle Veranstaltung hinter sich gebracht, dabei aber kaum Fortschritte erzielt. Kein Wunder, war nach den Erfahrungen der vorhergehenden, ebenfalls virtuellen Treffen doch beschlossen worden, lediglich Ideen auszutauschen und nicht zu verhandeln – da sich hierbei einige Länder durch das online-Format benachteiligt sahen. Dabei lag mit dem „First Draft“ vom Juli 2021 nun ein Dokument mit konkreten Zielformulierungen inklusive quantitativer Angaben vor. Es wäre also der nächste logische Schritt gewesen, genau diesen zu verhandeln und Kompromisse zu finden. So war der Sinn des Meetings eher fragwürdig. Ein Kommentar von Yves Zinngrebe und Axel Paulsch. [Weiterlesen](#)

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

Eckernförder Bucht 2030



Bildquelle: omaratzi964_pixabay

Im Rahmen der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (EU-MSRL) wird vorgesehen, bis 2020 einen "guten Zustand der Meeresumwelt" zu erreichen bzw. zu erhalten. Allerdings ist dieses Ziel für die Ostsee bislang noch nicht erreicht worden. Menschliche Aktivitäten (Tourismus, Wassersport) oder Eutrophierung durch zu hohe Nährstoffeinträge beeinträchtigen marine Habitate und Arten, gleichzeitig sind unterschiedliche Nutzergruppen mit z.T. gegenläufigen Interessen konfrontiert (z.B. Fischerei, Tourismus, Landwirtschaft, Küsten-/Naturschutz). Mit dem Projekt soll durch eine umfassende Zusammenarbeit verschiedener Stakeholder aus Kommunen, Tourismus, Naturschutz, Fischerei etc. eine Perspektive für die Eckernförder Bucht bis 2030 entwickelt werden, um u.a. Nährstoffeinträge zu reduzieren und marine Habitate zu schützen und zu verbessern. Weitere Informationen zum Projekt gibt es [hier](#).

Weschnitz-Dialog



Bildquelle: HelgaKa_pixabay

Das von der Wasserrahmenrichtlinie vorgeschriebene Ziel eines guten ökologischen Zustands wird von den meisten Oberflächengewässern in Deutschland durch zu starke Schadstoffbelastungen und Modifizierungen nicht erreicht, u.a. beim 60 km langen Rhein-

wodurch sich eine Renaturierung der Weschnitz auf einem etwa 4,5 km langen Abschnitt ergibt. Begleitet wird das Vorhaben von "Weschnitz-Dialog" durch die Anwendung von Informations- und Beteiligungsstrategien in Dialogformaten und projektbezogenen Veranstaltungen. Mehr Informationen zum Projekt gibt es [hier](#).

Blühende Industriegebiete



Bildquelle: Ildigo_pixabay

Gewerbe- und Industriegebiete sind meist geprägt von Parkplätzen, monotonem Abstandsgrün und zweckmäßigen Bauten, dementsprechend gering ist die Artenvielfalt. Gleichzeitig bieten solche Gebiete aber auch große Potenziale für die Biodiversität, da sie häufig ungenutzte Vorhalteflächen aufweisen. Das Bildungs- und Beteiligungsprojekt "BIG" (Blühende Industriegebiete) zielt darauf ab, Azubis und Hochschüler*innen für Natur- und Artenschutz, Ernährung, Mobilität, erneuerbare Energien, GaLaBau und (künstlerische) Freiraumgestaltung zu begeistern und in Kooperation mit verschiedenen Unternehmen des Freiburger Industriegebiets Nord einen Masterplan für biologische Vielfalt und eine höhere Aufenthaltsqualität im Außenraum zu entwickeln. Weitere Informationen zum Projekt gibt es [hier](#).

Entwicklung und Erprobung einer digitalen partizipativ-adaptiven Methodik für ein ökosystembasiertes Risikomanagement von Grundwasser und Oberflächengewässern



Bildquelle: shogun_pixabay

Viele Gewässer und Grundwasserkörper sind in einem schlechten Zustand, die Grundwasserneubildung immer häufiger eingeschränkt, wodurch eine Integration von Ökosystemmanagement und Gewässer-/Wassermanagement im Hinblick auf aktuelle und zukünftige Risiken und Probleme dringend geboten ist. Das Ziel dieses Projektes ist die Weiterentwicklung der ökosystembasierten Analyse- und Planungsmethodik MARISCO, sowie die Erstellung einer dazugehörigen Software, um praxisnahe, risikorobuste und integrative Konzepte zur Erhaltung von hydrologischen Ressourcen zu ermöglichen. Hierfür

... (Klimawandel), Veränderung von Ökosystemen, Wassermanagement
von Oberflächengewässern und Grundwasser begleitet. Mehr Informationen zum Projekt
gibt es [hier](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?

Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

Unsere fortlaufend aktualisierte [Veranstaltungsübersicht](#) finden Sie auf unserer NeFo-Website.

Frist: bis 08.10.2021

[Aufruf zur Begutachtung des Entwurfs des Nature Futures Framework](#)



Der Weltbiodiversitätsrat IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) ist auf das Wissen zahlreicher Expertinnen angewiesen. Die deutsche IPBES-Koordinierungsstelle sendet im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) einen Aufruf zur Begutachtung des Entwurfs des Nature Futures Framework im Rahmen von IPBES. Bitte bringen Sie hier gerne Ihre Kenntnisse und Erfahrungen mit ein!

30.09.2021, Online

[Natura2000 im Klimawandel - Schutzziele und -maßnahmen in einem sich verändernden Klima](#)



01.10.2021, Online

[Webinar "Biodiversity - harmonization through voluntary standards"](#)



04.10.2021, Online

[#DBUdigital Umweltpreis-Symposium: "Klimaretter Holz?" Chancen für den Klima- und Ressourcenschutz durch eine nachhaltige Holzwirtschaft"](#)



04.10. - 11.10.2021, online

[Aktionswoche "Achtung Artenvielfalt!"](#)



Mit der offenen Aktionswoche "Achtung Artenvielfalt" möchten die BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt (FEa) und die Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung kurz vor dem Start der 15. UN-Biodiversitätskonferenz (COP15) auf die Bedeutung der Biodiversität und die negativen Auswirkungen des Artensterbens hinweisen. Die Aktionswoche wird von mehreren Institutionen, Vereinen und Projekten deutschlandweit ausgerichtet. Mit digitalen und analogen Veranstaltungsformaten erhalten die Bürgerinnen und Bürger einen direkten Einblick in aktuelle Arbeiten und Erkenntnisse zum Schutz der Artenvielfalt.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

[Fachtagung "Förderung der biologischen Vielfalt im Lebensmittelhandel"](#)

11. - 15.10.2021, [Online](#)

[COP-15 Part One: Virtual Meetings](#)



11. - 14.10.2021, [Online](#)

[COP-15 Part One: European Week of Regions and Cities \(#EURegionsWeek\)](#)



13.10.2021, [Online](#)

[Lebensmittelpunkt Stadt - Biodiversität im urbanen Raum](#)



02. - 05.11.2021, [Online](#)

[Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog](#)



[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)**Vom Newsletter abmelden**

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de

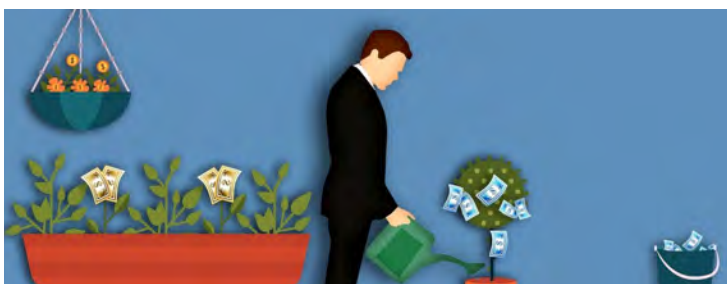


This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: Darkmoon_Art_Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

“Der Finanzsektor muss nachhaltiger werden“, forderte Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum Auftakt der CBD COP15 am 11. Oktober 2021. Das Thema “Finanzierung und Finanzströme” spielt eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen für neue globale Biodiversitätsziele, deren Finalisierung im Frühjahr 2022 erwartet wird.

Im aktuellen NeFo-Newsletter fragen wir daher: Welchen Anteil hat der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise? Wie könnte er zu ihrer Bekämpfung beitragen? Und wie sieht nachhaltige Finanzierung aus?

Sebastian Tilch sprach im NeFo-Interview mit Matthias Täger von der London School of Economics über umweltschädliche Subventionen, Investitionsrisiken und konkrete Handlungsoptionen für den Finanzsektor. “Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ist viel zu lukrativ” sagt Täger. Darum müssten die Risiken des Biodiversitätsverlusts im Finanzwesen viel stärker in die Wahrnehmung gebracht werden. Mehr dazu lesen Sie in unserem aktuellen Themenschwerpunkt.

Dass das Thema Biodiversität und nachhaltige Finanzierung nicht nur Banken angeht, bekräftigt Wolfgang Obenland vom Forum Umwelt und Entwicklung. Er erläutert, warum sich auch NGOs zunehmend mit dem Finanzsystem beschäftigen und stellt die derzeit in Gründung befindliche „Plattform Transformative Finanzpolitik“ vor. Mehr dazu lesen Sie im Gastbeitrag.

Und schließlich fassen Yves Zinngrebe und Axel Paulsch in unserer CBD-Kolumne zum Post-2020-Prozess die wichtigsten Take-Home-Messages aus Kunming/China zusammen. Dort hatte die seit Herbst 2020 mehrfach verschobene 15. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention stattgefunden. Oder zumindest der Auftakt bzw. erste Teil (CBD COP15/1) dieses wichtigen Treffens zur Verabschiedung neuer globaler Biodiversitätsziele. Die Veranstaltung fand allerdings weitgehend online statt, da aufgrund der Corona-Pandemie vor Ort nur Personen teilnehmen konnten, die ohnehin in China leben. Dementsprechend stehen die wichtigen inhaltlichen Verhandlungen, inklusive über das Global Biodiversity Framework (GBF), erst für den für Frühjahr 2022 geplanten zweiten Teil (COP15/2) an.

Passend zu unserem Themenschwerpunkt haben wir Ihnen außerdem einige ausgewählte Projektbeispiele zu nachhaltigen Investments und Biodiversitätsschutz zusammengestellt.

Natürlich gibt es auch in diesem Newsletter wieder Tipps für ausgewählte Veranstaltungen und Termine.

Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter. Biodiversität geht uns alle an!

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

Themenschwerpunkt

Gastbeitrag

Projektbeispiele

Post-2020 Prozess

Veranstaltungen

Über uns

Themenschwerpunkt

"Zentralbanken und Aufsichtsbehörden könnten einiges bewirken"



Bildquelle: geralt_Pixabay

Der Verlust der biologischen Vielfalt hängt maßgeblich mit dem Wachstumsziel der Weltwirtschaft und dem Streben nach Profitmaximierung zusammen. Die Natur war Jahrhunderte lang eine reine Goldgrube für die Ausbeutung von Ressourcen. Doch das System stößt schon lange an seine Grenzen.

Dennoch scheinen die Märkte sich nicht darum zu scheren. Hinter den Wirtschaftsunternehmen, die den Konsum weltweit bedienen, stehen Finanzunternehmen, die das nötige Geld für die Ausbeutung der Natur zur Verfügung stellen, und gehörig davon profitieren. Dabei bleibt dieser enorm mächtige Sektor meist undurchsichtig und im Hintergrund. Welche Rolle hat der Finanzsektor aber in der Biodiversitätskrise und wie könnte er bei ihrer Bewältigung einbezogen werden? Das Interview zum Themenschwerpunkt im Oktober können Sie [hier](#) weiterlesen.

[Nach oben](#)

Herausforderung "Sustainable Finance" und die "Plattform Transformative Finanzpolitik"



Bildquelle: geralt_Pixabay

Das Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Seit Anfang September wird im Forum eine Netzwerkstelle aufgebaut, die sich mit der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung beschäftigt. Anlass dafür war u.a., dass sich viele Organisationen immer öfter gezwungen sehen, sich auch jenseits der engeren Sektorpolitik mit Fragen zu befassen, wie sie ihre Ziele verwirklicht bekommen. Wie können wir die nötigen strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, die Transformation unserer Welt hin zur Nachhaltigkeit zu bewerkstelligen? Es wird immer deutlicher, dass wir zur Umsetzung internationaler Beschlüsse wie den SDGs, dem noch zu verabschiedenden Post-2020 Biodiversity Framework oder zur Verwirklichung der Menschenrechte mehr brauchen, als ein paar mehr Mittel für dieses oder jenes Programm. Wolfgang Oberland erläutert im Gastbeitrag die Hintergründe zur neuen „Plattform Transformative Finanzpolitik“. [Weiterlesen](#)

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

Investments für den Wald- und Biodiversitätsschutz - Entwicklungen und Trends

Global Nature Fund und OroVerde verfolgen mit dem Projekt das Ziel, Finanzmarktakteure, d.h. Banken, Unternehmen, Versicherungen oder Kleinanleger*innen, über Investments in den Wald- bzw. in den Biodiversitätsschutz zu informieren und bei Entscheidungen zu unterstützen. Langfristig sollen eine Marktanalyse und die anschließende Bewertung der vorhandenen Angebote dazu führen, dass solche Investments ökologisch und sozial nachhaltiger und in ihrer Transparenz gestärkt werden. Des Weiteren sollen Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die sowohl für politische Entscheidungsträger*innen im Bereich Sustainable Finance als auch für sämtliche Finanzmarktakteure zur Verfügung gestellt werden sollen. Gefördert wird das Projekt, das seit April 2021 bis März 2023 läuft, durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Weitere Informationen zum Projekt gibt es [hier](#).



Bildquelle: Picography_Pixabay

ENCORE

ENCORE (Exploring Natural Capital Opportunities, Risks and Exposure) ist ein Datentool, das von Global Canopy in Zusammenarbeit mit der UNEP Finance Initiative und dem World Conservation Monitoring Center über die Natural Capital Finance Alliance entwickelt wurde. Es bildet die Abhängigkeiten unterschiedlicher Wirtschaftssektoren von der Natur ab und wie sich Umweltveränderungen auf diese auswirken. Der globale Ansatz der Datenbank wird von Zentralbanken, Kreditgebern, Investoren oder Aufsichtsbehörden genutzt und dient ebenfalls als Grundlage für Studien im Finanzwesen, beispielsweise durch die SwissRE, die Weltbank, dem World Economic Forum oder der Banque de France. Weitere Informationen zum Projekt und Tool gibt es [hier](#).



Bildquelle: Sumanley_pixabay

The Little Book of Investing in Nature

Das Little Book of Investing in Nature, veröffentlicht durch Global Canopy – gibt einen Überblick über den Bereich der Biodiversitätsfinanzierungen. Es enthält verschiedene Fallstudien und Anregungen dazu, wie Regierungen, NGOs und Banken einen nachhaltigen Wandel vorantreiben und Bemühungen auf die Wertschätzung der Natur gelenkt werden können. Projektpartner sind neben dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit auch WWF, Credit Suisse, The Biodiversity Finance Initiative BIOFIN oder das Cornell Arkinson Center for Sustainability. Mehr Informationen zum Projekt und das Buch zum Download gibt es [hier](#).



Lloyd Fonds - Green Dividend World

In einer strategischen Partnerschaft zwischen der Lloyd Fonds AG und dem WWF Deutschland soll Umwelt- und Ressourcenschutz mittels nachhaltiger Investments gefördert werden. Matthias Kopp, der die Abteilung Sustainable Finance beim WWF Deutschland leitet und auch Mitglied im Sustainable Finance Beirat des Bundestages ist, fasst das Anliegen der Arbeit zusammen: „Die Partnerschaft zwischen dem WWF Deutschland und der Lloyd Fonds AG demonstriert unser gemeinsames Verständnis, mit Investitionen in Transitionsunternehmen den dringend notwendigen Strukturwandel voranzutreiben.“ Einen WWF-Blogartikel von Axel Brosey, dem Senior Fund Manager, zum Thema gibt es [hier](#) und direkt zum Green Dividend World Fonds geht es [hier](#).



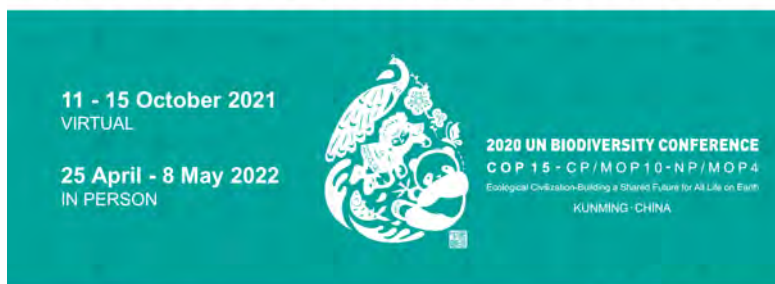
Bildquelle: PabitraKaity_pixabay

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

COP15/1: Politische Willenserklärung, aber auch Propagandaveranstaltung Chinas

UNITED NATIONS BIODIVERSITY CONFERENCE



www.cbd.int/cop15

#COP15

Bildquelle: CBD

In der Woche vom 11.-15. Oktober 2021 hat der erste Teil der 15. Vertragsstaatenkonferenz der CBD (COP 15/1) in Kunming/China als Hybrid-Veranstaltung stattgefunden. Aufgrund der rigiden Corona-Politik Chinas konnten vor Ort nur Personen teilnehmen, die ohnehin in China leben (z.B. Botschaftspersonal oder Vertreter*innen von chinesischen Zweigstellen internationaler Organisationen).

Vieles deutet aber auch darauf hin, dass der CBD-Prozess politischer als jemals zuvor wird, was auch durchaus zusammen mit der allgemeinen Stimmung der internationalen Politik zu sehen ist.

Ein Erfolg von COP15/1 ist die als „Kunming-Deklaration“ bezeichnete politische Willenserklärung von 154 Staaten, sich für ein ambitioniertes GBF einzusetzen und die Erhaltung der biologischen Vielfalt als wichtiges politisches Ziel anzunehmen. Einige Punkte

Einen Überblick zum Post-2020-Prozess der CBD finden Sie auf unserer [Website](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?

Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

02.11.2021, Online + Präsenz

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen:
Straßenränder - von Unterhaltslasten zu Lebensräumen"



02. - 08.11.2021, Online

Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog



09.11.2021, Online + Präsenz

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen:
Biodiversitätsfördernde Landwirtschaft - Chancen und Hemmnisse"



09. - 12.11.2021, Online

Naturschutz Digital 2



10.11.2021, Online

Zoom-Vortrag Obstanlagen und Arznei- und Gewürzpflanzen - ein
Eldorado für Insekten?



16.11.2021, Online + Präsenz

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen:
Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Reduktion von chemisch-
synthetischen Pflanzenschutzmitteln"



18.11.2021, Online

Sächsischer Dialog zur Biodiversität: Neue wirtschaftliche Risiken
managen: Warum bedroht der Verlust der Biodiversität Volkswirtschaften
und Unternehmen?



18. - 21.11.2021, Online

Bonner Thementage der Biodiversität



[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

wissenschaft im Saurersee. Heiße Quellen in der Heiße. Oasen
des Lebens

23.11.2021, [Online + Präsenz](#)

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen:
Integratives Erhaltungsmanagement im Wald"



29. & 30.11.2021, [Donau-Universität Krems](#)

Forum Biodiversität & ÖSL



30.11.2021, [Online + Präsenz](#)

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen:
Biodiversität und Klimawandel - was ist zu tun?"



30.11. & 01.12.2021, [Online](#)

European Business & Nature Summit 2021: Scaling up business
action for nature



[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

E-Mail: tilch-limelight@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten. Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: Bru-nO_Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

nachdem es bereits in unserem letzten Newsletter um nachhaltige Finanzierung ging - und speziell um die Rolle des Finanzsektors in der Biodiversitätskrise - geht es auch diesmal wieder ums Geld. Und vom Geld ist meistens zu wenig da - zumindest, wenn es um den Erhalt der Biodiversität und die Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen und Schutzgebieten geht.

Mehr Geld für den Naturschutz in die Hand zu nehmen (ob von staatlicher oder privater Seite), ist aber nur die eine Seite der Medaille. Mindestens genauso wichtig ist es, das Geld, das bereits derzeit z.B. für Energie, Landwirtschaft, Bauen und Verkehr in Form von Subventionen oder Steuervergünstigungen fließt, so einzusetzen, dass dabei nicht - quasi als Kollateralschaden - die Biodiversität geschädigt wird. Das Ausmaß umweltschädlicher Subventionen und die Notwendigkeit diese abzubauen schildert Sebastian Tilch im aktuellen Themenschwerpunkt.

Der Abbau schädlicher Subventionen steht auch auf der Agenda der Weltnaturkonferenz in Kunming im nächsten Frühjahr - und das nicht zum ersten Mal: bereits 2010 wurde genau dies als eines der Aichi-Biodiversitätsziele beschlossen, mit bislang ernüchternder Bilanz. Für dieses internationale Versprechen braucht es eine konsequente nationale Umsetzung, kommentiert Florian Titze im Gastbeitrag. Und er ergänzt, dass zusätzlich auch der Einfluss des Finanzmarkts auf die weltweite Biodiversität stärker adressiert werden sollte, denn die Wirkung der Kapitalströme auf die Artenvielfalt ist riesig. Dies wurde bisher international wie national weitgehend ignoriert.

Um die nationale Prioritätensetzung geht es in der Kolumne von Yves Zinngrebe und Axel Paulsch: Sie haben sich den frisch veröffentlichten Koalitionsvertrag der zukünftigen Bundesregierung vorgenommen und mit Blick auf den Schutz der biologischen Vielfalt analysiert.

Zum Schluss empfehlen wir Ihnen unser NeFo-Fachgespräch "Biodiversität - eine sichere Bank?", das am kommenden Dienstag, den 07.12.2021, von 14 bis 16 Uhr als DBU-digital Online-Salon stattfinden wird. Wir diskutieren mit Expert*innen aus Wissenschaft, Finanzwirtschaft und Zivilgesellschaft über die Frage, welchen Anteil der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise einerseits bzw. an ihrer Bekämpfung andererseits hat. Welche Rolle spielen umweltschädliche Subventionen und wie können diese abgebaut werden? Melden Sie sich [an](#) und seien Sie dabei!

Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▾[RSS](#)

Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Projektbeispiele](#)[Post-2020 Prozess](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

Ist der Schutz der Biodiversität zu teuer?



Bildquelle: Rosa-Maria_rinkl, @wikimedia

Erst kürzlich machte ein Zusammenschluss privater amerikanischer Stiftungen mit der Ankündigung einer Rekordspende von fünf Milliarden Dollar auf sich aufmerksam. Mit dem Geld will diese Koalition mithelfen, das 30x30-Ziel umzusetzen, also 30 Prozent der Erdoberfläche unter Naturschutz zu stellen. Dieses Ziel ist im aktuellen Entwurf des nächsten globalen Zielkatalogs zum Schutz der biologischen Vielfalt formuliert, der im kommenden Mai im chinesischen Kunming von den Vertragsstaaten der Biodiversitätskonvention (CBD) verabschiedet werden soll. Schon jetzt ist über diese Konferenz zu lesen, dass die Debatten sich vornehmlich ums Geld drehen werden. Auch von Regierungsseite wird ordentlich mit Geldbündeln gewinkt. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt scheint also nur davon abzuhängen, ob auf der Weltnaturkonferenz genug Geld zusammenkommt.

Dieser Eindruck trügt allerdings, wie Sebastian Tilch im aktuellen Themenschwerpunkt zeigt. Tatsache ist: Das Geld ist da - und wird auch munter ausgegeben. Nur oft auch für Aktivitäten, die den erklärten Naturschutzzielen diametral entgegenstehen.

Mehr lesen Sie im aktuellen Themenschwerpunkt [hier](#).

[Nach oben](#)

Gastbeitrag



Bildquelle: IISD /ENB

Die UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) soll im Mai 2022 auf der Weltnaturkonferenz ein neues politisches Rahmenwerk bekommen. Die knapp 200 Vertragsstaaten werden sich dafür im chinesischen Kunming einfinden, um Maßnahmen und Ziele festzulegen, mit denen sie den schnell fortschreitenden Artenverlust bis 2030 aufhalten wollen. Eine der großen Herausforderungen für ein erfolgreiches Abkommen: In Zukunft dürfen keine Gelder mehr in die Zerstörung unserer Ökosysteme fließen. Das klingt trivial. Doch bereits die 2020 ausgelaufenen "Aichi-Targets", die das neue Rahmenwerk nun ersetzen soll, hatten den Abbau biodiversitätsschädigender Subventionen (Aichi-Ziel 3) zum Ziel. Passiert ist jedoch wenig.

Den vollständigen Kommentar von Florian Titze (WWF Deutschland) finden Sie [hier](#).

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

Studie: "Vom Status quo zum führenden Standort für Sustainable Finance"

„Wie gelingt es, die Transformation zu einer klimaverträglichen Wirtschaft in Deutschland zu finanzieren? Wie lässt sich das von der Bundesregierung gesetzte Ziel erreichen, Deutschland zum führenden Standort für Sustainable Finance zu machen?“ Das sind die zentralen Fragestellungen, mit denen sich die Expert*innen der Bürgerbewegung Finanzwende, des Sustainable Finance Cluster Germany, des WWF Deutschlands sowie der Frankfurt School of Finance & Management beschäftigt haben. Damit sich Sustainable Finance strukturell verfestigen kann, wurden in einem ersten Schritt Bedarfe ermittelt und schließlich Handlungsoptionen zur Stärkung nachhaltiger Finanzierung in Deutschland formuliert. Der [Abschlussbericht](#) „Ergebnisse der Bedarfserhebung zur Verfestigung eines nachhaltigen Finanzsystems in Deutschland“ bringt deutlich auf den Punkt, dass es einer engen Zusammenarbeit mit allen Akteur*innen und der Bundesregierung und einer Vordenkerplattform zur Lösungserarbeitung bedarf. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Bildquelle: LNLNLN_Pixabay

Neue Modelle zur Umsetzung von regionalen Agrarnaturschutzmaßnahmen in Deutschland mit Kooperativen

Das von der DBU geförderte Projekt, das seit 2020 und noch bis 2022 läuft, hat sich zum Ziel gesetzt, Kooperationen zwischen Akteuren im Agrarsektor zu schaffen. Die überbetrieblichen Kollektive bestehen aus landwirtschaftlichen Betrieben sowie Expert*innen aus Landschaftspflegeverbänden und Verwaltungen von Bund und Ländern und sollen Fragestellungen zur Beantragung von Agrarnaturschutzmaßnahmen und der Umsetzung beantworten. Damit einhergehend findet eine Analyse bereits gemachter Erfahrungen in Deutschland und in den Niederlanden statt sowie die Bewertung neuer Fördermodelle – z.B. das sog. Regionalbudget. Weitere Informationen finden Sie auf der [Projekthomepage](#).



Bildquelle: Felix Mittermeier_Pixabay

Einrichtung von Naturschutzhöfen zur Umsetzung von Biodiversitätszielen und Umweltleistungen

Um der Herausforderung vieler Betriebe zu begegnen, Anforderungen des Naturschutzes und die Landwirtschaft besser in Einklang zu bringen, wurde ein von der DBU gefördertes Kooperationsprojekt zwischen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, dem Naturschutzbund Niedersachsen und der Ökologischen NABU-Station Ostfriesland entwickelt. Ziel ist es, mit fünf Modellbetrieben in Ostfriesland Rahmenbedingungen und Konzepte zu schaffen, Naturschutz und Wirtschaftlichkeit besser in Einklang zu bringen. Wie das genau funktionieren soll, erfahren Sie [hier](#).



Umlenken! Umweltschädliche Subventionen abbauen – Strukturwandel gestalten

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) e.V. hat 2018-2020 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in einem Projekt den Abbau umweltschädlicher staatlicher Subventionen im Energiebereich untersucht. In zwei Workshops mit Vertreter*innen aus Politik und Verbänden wurde diskutiert, welche Ansatzpunkte für einen Abbau von Subventionen bestehen, wie die freiwerdenden Mittel für eine sozial gerechte Energiewende und die ökologische Transformation der Wirtschaft eingesetzt werden können, welche Anknüpfungspunkte es zur Diskussion um eine CO₂-Bepreisung fossiler Energien gibt und wie die verbleibenden Subventionen umgestaltet werden können, um gezielt Effizienz- und Klimaschutzanreize zu setzen. Die Ergebnisse können auf der [Webseite](#) abgerufen werden.



Bildquelle: Pexels_Pixabay

Bildquelle: jplenio_Pixabay

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Der Koalitionsvertrag und das GBF: Klimaschutz mit oder ohne Biodiversität?



Bildquelle: Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist der erste Gradmesser für die Prioritätensetzung der neuen Regierung. Anhand dieses Dokuments lässt sich also einschätzen, wie die Position Deutschlands bei den internationalen Verhandlungen zum neuen „Global

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

NeFo-Fachgespräch zur Umsetzung globaler Biodiversitätsziele: Axel Paulsch haben die Ziele des derzeitigen „First draft“, der im Januar in Genf bei OEWG/SBI/SBSTTA weiterverhandelt werden soll, mit dem Koalitionsvertrag kontrastiert. Was dabei rausgekommen ist, können Sie in der CBD-Kolumne [hier](#) weiterlesen.

Einen Überblick zum Post-2020-Prozess der CBD finden Sie auf unserer [Website](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?

Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.



07.12.2021, Online

NeFo-Fachgespräch im Format eines DBU online-Salons:
"Biodiversität - eine sichere Bank?"



Das Thema "Finanzierung und Finanzströme" spielt eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen für neue globale Biodiversitätsziele, deren Finalisierung im Frühjahr 2022 erwartet wird.

Im NeFo-Fachgespräch stellen wir darum die Frage, welchen Anteil der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise einerseits bzw. an ihrer Bekämpfung andererseits hat. Welche Rolle spielen umweltschädliche Subventionen und wie können diese abgebaut werden? Darüber diskutieren wir mit Expert*innen aus Wissenschaft, Finanzwirtschaft und Zivilgesellschaft. Das detaillierte Programm mit Informationen zu den Teilnehmer*innen finden Sie [hier](#), direkt zur Anmeldung für das Zoom-Meeting gelangen Sie [hier](#).

06.12.2021, Online

Mechanisms and function of consistent individual behavioural variation



07.12.2021, Online + Präsenz

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen" -
"Hände weg? Instrumente der Biodiversitätsförderung im Wald"



[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▾[RSS](#)

wie lassen sich Zielkonflikte zwischen Landwirtschaft und Biodiversitätsschutz auflösen?

08.12.2021, [Online](#)

IÖR-Forum "Wissenschaft-Praxis-Dialog": Biodiversität und Gesundheit Ökosystemleistungen



14.12.2021, [Online + Präsenz](#)

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen" - Biodiversitätsmonitoring: Grundlage für die ökologische Forschung und den Schutz der Artenvielfalt



14.12.2021, [Online](#)

"PRISMA Award "Biodiversity - stewardship for vital resources"



20.12.2021, [Online](#)

Tracing morphological evolution over the course of the adaptive radiation of cichlid fishes from Lake Tanganyika



11.01.2022, [Online + Präsenz](#)

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen" - Digitalisierung: Nutzen in der Landwirtschaft für die Biodiversität



17.01.2022, [Online](#)

Bird Migration - Evolutionary Genetics of Migratory Behaviour



18.01.2022, [Online + Präsenz](#)

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen" - Biodiversität macht glücklich!



19.01.2022, [Online](#)

Unsere Gärten als Oasen für einheimische Pflanzen und Tiere?



25.01.2022, [Online + Präsenz](#)

"Erhaltung biologischer Vielfalt - Notwendigkeit und Nutzen" - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)



25.-27.01.2022, [Online](#)

1st European FEaA Conference: Biodiversity and Human Well-Being - Europe's Role in Shaping Our Future



[Nach oben](#)

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-himelight@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

Die neue Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat sich die Eindämmung des Biodiversitätsverlusts ganz groß auf die Fahnen geschrieben. Diese ökologische Krise müsse jetzt stärker ins Zentrum der Politik rücken, forderte sie in ihrer Antrittsrede im Deutschen Bundestag. Konkret werde die neue Regierung u.a. eine Offensive für den Meeresschutz starten, die durch neue Schutzzonen und ein besseres Management von Schutzgebieten umgesetzt werden soll.

Diese Forderungen sind nicht neu, sie finden sich auch im aktuellen Entwurf der globalen Biodiversitätsziele, über die seit Monaten im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt verhandelt wird: 30 Prozent der Meere sollen bis 2030 unter Schutz gestellt werden.

In unserem aktuellen Themenschwerpunkt beleuchtet Sebastian Tilch, wie es um die Ausweisung von Meeresschutzgebieten aktuell steht. Daraus wird deutlich: die reine Zahl an Schutzgebieten wird es nicht richten, vielmehr geht es auch darum, für die Biodiversität besonders bedeutende Gebiete auszuwählen, sie wirksam zu schützen und unterschiedliche Nutzungen auszubalancieren.

Passend dazu fragt Ute Jacob (Helmholtz-Institut für Funktionelle Marine Biodiversität) im aktuellen Gastbeitrag, wie eine effektivere Gestaltung, Umsetzung und Verwaltung von Meeresschutzgebieten gelingen kann.

In der CBD-Kolumne zeigen Yves Zinngrebe und Axel Paulsch diesmal anhand ausgewählter Streitpunkte, was die Verhandlungen zum GBF post 2020 so schwierig macht. Hierfür beziehen sie sich auf das kürzlich von den Co-Vorsitzenden der entsprechenden Arbeitsgruppe (OEWG) vorgelegte Diskussionspapier.

Diesmal gibt es aber noch ein paar Extras im aktuellen Newsletter:

Zunächst bedanken wir uns bei allen Teilnehmenden unseres gemeinsam mit der DBU ausgerichteten NeFo-Fachgesprächs „Biodiversität – eine sichere Bank?“, welches am 7. Dezember 2021 online stattgefunden hat. Unter diesem [Link](#) lässt sich die Veranstaltung nachsehen und nachhören, auch steht dort eine kurze Zusammenfassung zum Nachlesen bereit.

Besonders freuen wir uns, dass einer unserer Panelisten aus dem Fachgespräch noch einen weiteren Gastbeitrag zum Thema Biodiversität und Finanzen nachliefert. Oliver Schelske (Swiss Re Institute) erläutert, welche bedeutende Rolle der Biodiversitätsverlust für die Versicherungsbranche spielt, wie er in der Risikoermittlung einfließen kann und welche Möglichkeiten Versicherungen haben, selbst positiv auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt einzuwirken.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#)[RSS](#)

Sie zu guter Letzt noch ein Veranstaltungshinweis in eigener Sache: Bitte merken Sie sich den 15.03.2022 vor und seien Sie online dabei! In einer von NeFo und der DBU organisierten Abendveranstaltung am Museum für Naturkunde in Berlin unter dem Titel „Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz“ fragen wir u.a. Steffi Lemke, welche Weichen es für die deutsche und europäische Politik jetzt zu stellen gilt. Mehr dazu und zu weiteren Events in unserer Rubrik Veranstaltungen.

Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!
Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Projektbeispiele](#)[Post-2020 Prozess](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

30 by 30: Was bringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren?



Bildquelle: Joakant_Pixabay

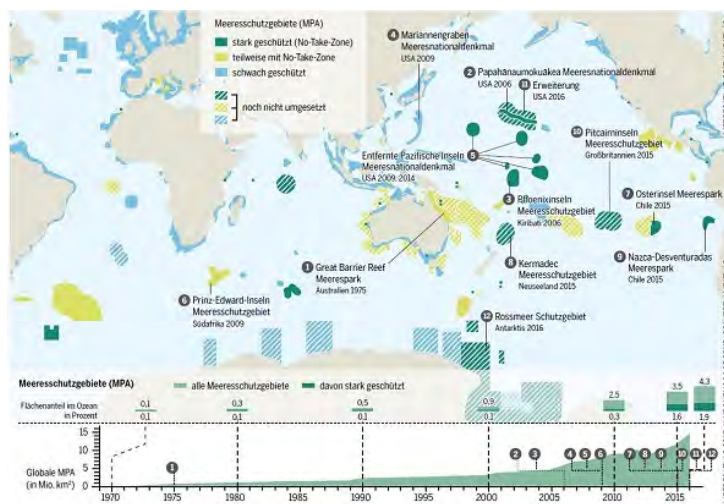
Es ist ein Slogan, den der Weltnaturschutzdachverband IUCN 2016 in die Welt setzte: 30 Prozent der Meere sollten bis 2030 unter Schutz gestellt werden. Dieser wurde so prominent genutzt, dass er nicht nur Eingang in die EU-Biodiversitätsstrategie gefunden hat, sondern auch in den aktuellen Entwurf für die internationalen Naturschutzziele der CBD. Ob diese Zahl nach den Verhandlungen bei der Vertragsstaatenkonferenz COP 15 in Kunming/China so noch im Beschlussdokument stehen wird, ist alles andere als sicher.

Mehr lesen Sie im aktuellen Themenschwerpunkt [hier](#).

Nach oben

Gastbeitrag

Meeresschutzgebiete: Nur gemeinsam stark



Bildquelle: Petra Böckmann – Boell – Meeresatlas

Weltweit sind mehr als 15.000 Meeresschutzgebiete (Marine Protected Areas/MPAs) ausgewiesen, dass sind in etwa 7 % der Meere. Es besteht kein Zweifel daran, dass MPAs – sofern sie optimal gestaltet sind und verwaltet werden – ökologische, wirtschaftliche und soziale Vorteile bringen können und dass MPAs entscheidend sind für die Erhaltung der Artenvielfalt in den Meeren, für die Regeneration überfischter Fischbestände sowie für die Eingrenzung der Folgen des Klimawandels. Wie kann eine effektivere Gestaltung von Meeresschutzgebieten erreicht werden? Den aktuellen Gstbeitrag zum Thema Meeresschutz können Sie [hier](#) weiterlesen.

Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen aus der Rückversicherungperspektive



Bildquelle: NeFo

Die Identifizierung, Bewertung und Bepreisung von Risiken ist eine wichtige Kernaufgabe von (Rück-) Versicherung, noch bevor es zur Bereitstellung von Kapital für die finanzielle Kompensation von möglichen zu versichernden oder versicherten Schäden kommt. Informationen, die durch diese Tätigkeiten generiert werden, senden Signale und Anreize für Empfehlungen, für Maßnahmen und für Verhaltensänderungen zur Verminderung der

... (17) die Ergänzung zum letzten Themenschwerpunkt "Klimawandel und Biodiversität" können Sie [hier](#) lesen.

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

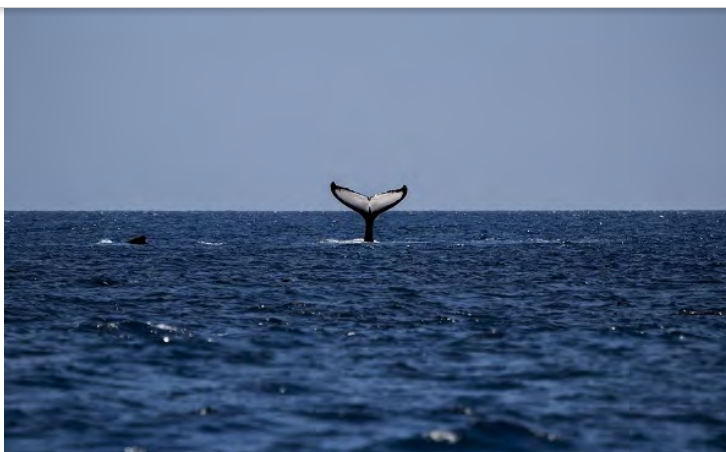
CoastalFutures: Zukunftsszenarien zur Förderung einer nachhaltigen Nutzung mariner Räume

In dem Projekt von DAM CoastalFutures werden Modelle und Szenarien für Nord- und Ostsee sowie die Küstengebiete entwickelt, die zum einen die Auswirkungen der Klimaänderung und anthropogenen Nutzung auf Ökosysteme untersuchen und zum anderen verschiedene Managementansätze testen. Dabei werden die folgenden vier Managementsektoren betrachtet: (i) Offshore-Energieerzeugung, (ii) Fischerei, (iii) Küstenschutz und Sandmanagement und (iv) Nährstoff- und Schadstoffeinträge. Das Projekt läuft von 12/2021 bis 11/2024 und wird durch das BMBF finanziert. Weitere Infos gibt es [hier](#).



STRONG High Seas - Nachhaltige Nutzung der hohen See

STRONG High Seas, durchgeführt vom IASS (Institute for Advanced Sustainability Studies e.V.), hat den Erhalt der biologischen Vielfalt auf hoher See im Südost-Atlantik und Südost-Pazifik und ihre nachhaltige Nutzung zum Ziel. Es werden interdisziplinäre Ansätze verfolgt, um Lösungen und Positivbeispiele für die nationale und globale Nutzung zu identifizieren. Zudem werden vorhandene Instrumente des Meeresschutzes in ihrer Umsetzung unterstützt und weiter entwickelt. Das Projekt wird vom BMUV gefördert und hat eine Laufzeit von 06/2017 bis 05/2022. Projektdaten und Meldungen gibt es [hier](#).



Bildquelle: 1790462_Pixabay

Ausschluss mobiler, grundberührender Fischerei in Schutzgebieten der Deutschen AWZ von Nord- und Ostsee

In den Forschungsprojekten zur MGF-Nordsee und MFG-Ostsee werden die Entwicklungen aller Bestandteile von benthischen Ökosystemen nach dem Ausschluss von mobiler, grundberührender Fischerei (MGF) untersucht. Dazu zählen Faktoren wie die Lebensgemeinschaften, Meeresbodenmorphologie, Biogeochemie der Meeressedimente und Austauschprozesse zwischen Sediment und Wassersäule. Die Ergebnisse stellen eine wichtige Grundlage für zukünftige Managementstrategien der Schutzgebiete in Nord- und Ostsee dar. Details zu dem durch das BMBF geförderte Projekt gibt es [hier](#).



Bildquelle: Moritz320_Pixabay

Integrierte Entwicklung der Unterems unter Berücksichtigung von Ökosystemleistungen, Partizipation und Akzeptanzförderung

Das durch die DBU geförderte Projekt hat die Gewässersanierung für das stark degradierte und biologisch verarmte Emsästuar zum Ziel. Ästuare sind die Mündungsbereiche großer Flüsse ins Meer und sie zählen zu den produktivsten Ökosystemen der Welt. Beeinflusst durch Ebbe und Flut, den Übergang von Süßwasser in Salzwasser entstehen besondere Lebensbedingungen für zum Teil hoch spezialisierte Arten. Der „Masterplan Ems 2050“ vereint die ökologischen und ökonomischen Interessen und sensibilisiert durch Partizipation für Sanierungs- und Renaturierungsmaßnahmen. Weitere Infos zu dem Projekt gibt es [hier](#).



Bildquelle: Aestuar_Bluesnap_Pixabay

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Was macht die Verhandlungen zum GBF post 2020 so schwierig?



Bildquelle: Chris Stenger_unsplash

Das für Januar 2022 in Genf geplante physische Treffen zur Weiterführung der Verhandlungen über den globalen Biodiversitätsrahmen (GBF) wurde erneut auf unbestimmte Zeit verschoben und die Verhandlungen stocken. Nichtsdestotrotz haben die Co-Vorsitzenden der entsprechenden Arbeitsgruppe (OEWG) ein neues Papier vorgelegt. Es fasst Argumente und Streitpunkte zu den im sogenannten „First Draft“ formulierten 21 Zielen zusammen, die beim online-Treffen der Gruppe im August/September 21 vorgebracht wurden. Das Papier soll Grundlage für weitere Verhandlungen sein und die Co-Vorsitzenden machen darin auch Vorschläge, wie Kompromisse gefunden werden könnten. Die [aktuelle Kolumne](#) zeigt am Beispiel einiger Ziele, worum derzeit gestritten wird und welche unterschiedlichen Positionen bezogen werden.

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

15.03.2022, Online + Berlin



Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz – welche Weichen für die deutsche und europäische Politik gilt es jetzt zu stellen?

SAVE-THE-DATE: NeFo und DBU laden am 15.03.2022 um 18 Uhr herzlich zur Abendveranstaltung ins Museum für Naturkunde ein. Im Vorfeld zur für Frühjahr 2022 anstehenden Weltnaturkonferenz COP15 diskutieren wir mit einem hochrangigen Panel und geladenen TeilnehmerInnen über die neuen globalen Ziele zum Schutz der Natur und welche Weichen hierfür in Deutschland gestellt werden müssen. Die Veranstaltung wird per Livestream online übertragen. Nähere Informationen zur Veranstaltung folgen in Kürze auf der NeFo-Webseite.

Unsere Panelisten:

- Steffi Lemke (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz)
- Alexander Bonde (Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt)
- Prof. Johannes Vogel, PhD (Generaldirektor des Museums für Naturkunde, Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung)
- Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese (Direktorin des Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrums)
- Prof. Dr. Jörg Overmann (Direktor des Leibniz-Instituts DSMZ-Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen)

Veranstaltungsrückblick



NeFo-Fachgespräch "Biodiversität - eine sichere Bank?"

Am 7. Dezember fand im Rahmen eines DBU-Online-Salons das NeFo-Fachgespräch mit dem Titel "Biodiversität - eine sichere Bank?" mit 170 Teilnehmenden statt, bei dem mit Expert*innen aus Wissenschaft, Finanzwirtschaft und Zivilgesellschaft durch Keynote-Vorträge und ein moderiertes Diskussionspanel zwei Schwerpunktthemen diskutiert wurden: Welchen Anteil hat der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise und wie könnte er zu ihrer Bekämpfung beitragen? Was hat der Staatshaushalt mit dem schwindenden ökologischen Reichtum zu tun?

Den gesamten Veranstaltungsstream gibt es [hier](#) zum Nachsehen und eine [Zusammenfassung der wichtigsten Inhalte](#) können Sie auf der [NeFo-Website](#) herunterladen.



10.02.2022, Online



Der Wald im Klimawandel - Wege zum Zukunftswald

16.02.2022, Online



Artenschutz durch naturnahe Beweidung

Wie viel Bioökonomie verträgt unser Globus?

23.02.2022, Online

2nd UNEA Cities and Regions Summit - "Flip the Script: Cities and Nature"



16.03.2022, Online

17. Wintertagung "Artenschutz und Ökolandbau"



24.03.2022, Online

Webinar: Das große Erwachen - Wenn Weltuntergänge (neues) Leben erschaffen



25.04.-08.05.2022, Online

COP-15 Part Two: Face-toFace Meetings



26.04.2022, Online

Beunruhigende Abnahme der Vogelarten



22.-24.06.2022, Online

Save the Date: 1st European FedA Conference: Biodiversity and Human Well-Being Europe's Role in Shaping Our Future



Mit dem "Post-2020 Global Biodiversity Framerk" sowie dem europäischen "Green Deal" sind hohe Erwartungen verbunden. Die BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt (FEa) lädt Sie ein, sich den Termin für die transdisziplinäre Digitalkonferenz "Biodiversity and Human Well-Being - Europe's Role in Shaping Our Future" vom 22. bis 24. Juni 2022 vorzumerken. Die Konferenz lädt europäische Wissenschaftler*innen aus allen Disziplinen mit Bezug zur Biodiversität ein sowie Interessenvertreter*innen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Medien, um Fragen zu diskutieren und zu erläutern wie:

- Sind diese hohen Erwartungen gerechtfertigt oder müssen wir ehrgeiziger sein, um die Biodiversität und die Ökosysteme der Welt zu retten?

- Welche Rolle kann oder sollte die transdisziplinäre Wissenschaft spielen, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und umzukehren, und wie können wir auf europäischer und internationaler Ebene Synergien schaffen, um den Rückgang der Ökosysteme aufzuhalten und umzukehren und das menschliche Wohlergehen zu verbessern?

[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](#)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-limelght@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: Pixabay_LaCasadeGoethe

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

im aktuellen Newsletter wird besonders deutlich, wie komplex es ist, der globalen Biodiversitätskrise entgegenzuwirken - und dies ist sehr notwendig, auch wenn die Politik und der Alltag im Moment von anderen dramatischen Krisen überschattet werden.

Diesmal geht es um ein Thema, das zunächst als absoluter Fachjargon daherkommt: DSI, kurz für Digitale Sequenzinformation, ist ein Platzhalterbegriff der CBD für das, was Wissenschaftler:Innen als genetische Information bezeichnen. In dem Begriff steckt aber einige Brisanz und ein erhebliches finanzielles Interesse: Genetische Ressourcen sind in vielen Branchen die Ausgangsbasis für erfolgreiche Produkte und zum Teil riesige Gewinne. Daher wollen vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer die aktuellen Verhandlungen um die globalen Biodiversitätsziele nutzen, um etwas von diesen Gewinnen abzubekommen. Sebastian Tilch zeigt im NeFo-Themenschwerpunkt, wie schwierig es ist, dieses berechtigte Interesse mit der befürchteten massiven Beschneidung der Forschung durch eine stärkere Reglementierung des Zugangs zu diesen Daten in Einklang zu bringen.

Ergänzend erläutern Jörg Overmann und Nike Sommerwerk im Gastbeitrag aus Sicht der Biodiversitätsforschenden, weshalb Digitale Sequenzinformation bei der Bewältigung der Biodiversitätskrise eine zentrale Rolle einnimmt. Sie fordern neue Lösungsansätze für die zukünftige internationale Zusammenarbeit.

Zum Auftakt der CBD-Vorverhandlungen in Genf thematisieren Axel Paulsch und Yves Zinngrebe in unserer CBD-Kolumne, welche Herausforderungen es mit sich bringt, wenn drei Nebenorgane der CBD in einem Zeitraum von zwei Wochen tagen und dabei viele schwierige Themen auf dem Tisch liegen.

Zuletzt möchten wir noch einmal an unsere heutige NeFo-Abendveranstaltung erinnern, bei der DSI als eines der Kernthemen auf der Agenda steht. Schalten Sie sich gern per [LIVESTREAM](#) ab 18 Uhr dazu!

Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Projektbeispiele](#)[Post-2020 Prozess](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

"DSI rein oder wir sind raus"



Bildquelle: Pixabay_qimono

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) soll neben dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der Biodiversität auch die Vorteile aus der Nutzung biologischer Ressourcen fair unter den Staaten aufteilen. Dafür wurde 2010 das Nagoya-Protokoll beschlossen, das den Zugang zu biologischen Ressourcen und die Beteiligung der Herkunftsstaaten regelt. Die fortschreitende Digitalisierung hat den Zugang zum ursprünglichen biologischen Material jedoch weitgehend unnötig gemacht. Gentechnische Entwicklungen basieren heute fast ausschließlich auf Digitalen Sequenzinformationen (DSI) aus weltweit verfügbaren Datenbanken. Die sind von den bisherigen Regelwerken der CBD jedoch bislang nicht erfasst. Die Schwellen- und Entwicklungsländer, die vor allem vom finanziellen Vorteilsausgleich profitieren sollten, befürchten, mit DSI nun leer auszugehen. Sie fordern: DSI ist selbstverständlich eine natürliche Ressource und muss ins Vertragswerk der CBD aufgenommen werden. Die Industriestaaten sehen das anders und fürchten massive Beschneidung der Forschung. Jetzt drohen einige südamerikanische und afrikanische Länder damit, die Verhandlung des neuen Globalen Biodiversitätsabkommens platzen zu lassen, wenn nicht ihren Vorstellungen des gerechten Vorteilsausgleichs entsprochen wird. Doch vom freien Zugang zu DSI hängt auch die Umsetzung der Ziele der CBD ab. Mehr lesen Sie im aktuellen Themenschwerpunkt [hier](#).

[Nach oben](#)

Gastbeitrag

Die zentrale Rolle von Digitaler Sequenzinformation in der Bewältigung



Bildquelle: IPK Leibniz-Institut

Die 196 Vertragsparteien des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt werden in Kürze auch über den Umgang mit Digitaler Sequenzinformation (DSI) beraten. Das Ergebnis dürfte tiefgreifende und unmittelbare Auswirkungen auf die Erforschung, das Monitoring, die Nutzung und damit den Erhalt der globalen Biodiversität haben. Den aktuellen Gastbeitrag zum Thema DSI können Sie [hier](#) weiterlesen.

[Nach oben](#)

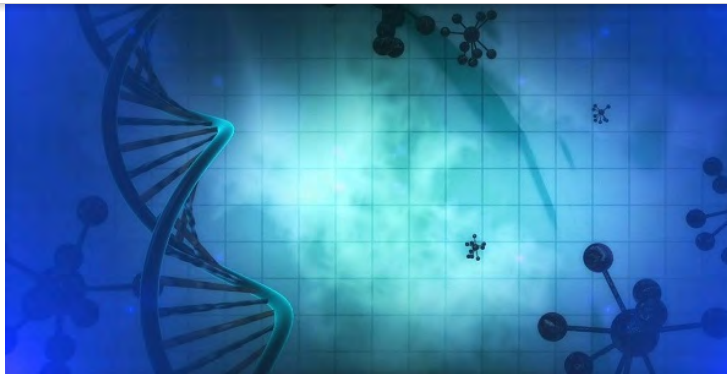
Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

[WiLDSI: Wissensbasierte Lösungsansätze für Digitale Sequenzinformation](#)

Das interdisziplinäre Projekt, unter der Leitung der Leibniz-Institut DSMZ-Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH und IPK Gatersleben Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung, erforscht im Vorfeld des fünfzehnten Treffens der Vertragsstaatenkonferenz (COP 15) der CBD die politischen Optionen und Implikationen der DSI.

Die erste Projektphase (Aug 2019 - Juni 2021) diente zur Identifizierung politischer Ansätze, die die Tradition der Sequenzierungsgemeinschaft des offenen Austauschs schützen, globale Forschungsinnovationen unterstützen und einen fairen, nachhaltigen Vorteilsausgleich für die Herkunftsländer ermöglichen. Es folgt eine zweite Projektphase (Juli 2021 – Dez 2022). Hierbei steht eine wirtschaftliche Analyse im Fokus, sowie die weitere Erforschung multilateraler Lösungen, des offenen Zugangs zu DSI und die Verbesserung des WiLDSI-Datenportals. Details zum Projekt und Projektberichte gibt es [hier](#).



Bildquelle: PublicDomainPictures_Pixabay

German Barcode of Life (GBOL) - Eine genetische Bibliothek der Fauna und Flora Deutschlands

Das Projekt GBOL setzt sich zum Ziel, eine umfassende DNA-Barcode-Referenzdatenbank zu erstellen, die alle Tier-, Pflanzen- und Pilzart in Deutschland enthält. Anhand einer spezifischen DNA-Barcode-Sequenz werden alle Arten erfasst und mit genetischem Fingerabdruck, Gewebeprobe und Belegexemplar öffentlich zur Verfügung gestellt. Gefördert werden die Projektphasen seit 2011 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Die aktuelle und dritte Projektphase (GBOL III: Dark Taxa) läuft noch bis einschließlich 2023 und dient dazu, noch verbliebene Lücken der ersten beiden Phasen zu schließen. Das GBOL-Projekt wird in Zusammenarbeit verschiedener Naturkundemuseen und Forschungsinstitute, spezialisiert auf Zoologie, Botanik, Mykologie, Bodenorganismen und Subterrane Fauna sowie Gewässerqualität, durchgeführt. Die Koordination liegt bei dem Zoologischen Forschungsmuseum Alexander Koenig (ZFMK) – Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels in Bonn. Weitere Infos gibt es [hier](#).



Bildquelle: Senckenberg

The Vertebrate Genomes Project (VGP)

Das Ziel des VGP-Projektes ist es, nahezu fehlerfreie Referenzgenome von allen 71.000 existierenden Wirbeltierarten zu erstellen. Dies entstand aus der Idee der "Genome 10K Community of Scientists (G10K)", die Genome von 10.000 Wirbeltierarten zu sequenzieren, und anderen vergleichenden Genomforschungsprojekten. Das VGP startete im Februar 2017. Der G10K-Vorstand, Treuhänder und Arbeitsausschüsse arbeiten mit wissenschaftlichen Gemeinschaften zusammen und vertreten über 150 Mitglieder in über 50 Institutionen. Einer der Standorte für die Sequenzierung ist das Max-Planck-Institut für

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▾[RSS](#)

gründliche Fragen zur Energie, zur Ernährung, und mehrerlei Funktionen beantwortet werden. [Zum Projekt](#).



Bildquelle: Commons.Wikimedia

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Vorverhandlungen in Genf: Endlich geht's weiter!



Bildquelle: ChiemSeherin_Pixabay

Nach zwei Jahren Pandemie hat der CBD-Prozess viele Wendungen genommen und die Post-2020-Ziele werden nun frühestens im Herbst 2022 beschlossen. Die COP15 hat nicht im Oktober 2020 in Kunming, China, stattgefunden, und obwohl sie offiziell in einem ersten Teil im Oktober 2021 eröffnet wurde, ist weiterhin offen, wann der zweite Teil stattfinden wird. Mittlerweile wurden die Daten von der Konferenzhomepage entfernt, aber ein neues Datum wurden noch nicht definiert. Manche Stimmen halten sogar eine Durchführung in China aufgrund von anhaltenden, starken Corona-Restriktionen und vielleicht auch aufgrund politischer Spannungen für zweifelhaft. Was wir aber nun sicher ist: die Vorverhandlungen finden ab dieser Woche in Genf statt. Die aktuelle Kolumne zum CBD-Prozess können Sie [hier](#) nachlesen.

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?
Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und

15.03.2022, Online + Berlin



Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz – welche Weichen für die deutsche und europäische Politik gilt es jetzt zu stellen?

NeFo und DBU laden am 15.03.2022 um 18 Uhr herzlich zur Abendveranstaltung ins Museum für Naturkunde ein. Im Vorfeld zur für 2022 anstehenden Weltnaturkonferenz COP15 diskutieren wir mit einem hochrangigen Panel und geladenen Teilnehmer:Innen über die neuen globalen Ziele zum Schutz der Natur und welche Weichen hierfür in Deutschland gestellt werden müssen. Die Veranstaltung wird per Livestream online übertragen. Alle Informationen zur Veranstaltung gibt es auf der [NeFo-Webseite](#).

Unsere Vortragenden und Panelist:Innen:

- Steffi Lemke (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz)
- Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese (Direktorin des Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrums)
- Prof. Dr. Jörg Overmann (Direktor der Leibniz-Institut DSMZ-Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH)
- Dr. Bettina Hoffmann (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz)
- Alexander Bonde (Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt)
- Prof. Johannes Vogel, PhD (Generaldirektor des Museums für Naturkunde, Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung)

17.03.2022, Bürgerhaus Güstrow



17. Wintertagung "Artenschutz durch Ökolandbau"

16.03.2022, Online



Vortrag des Projektes BioDivKultur

14.-29.03.2022, Genf



Resumed Sessions of SBSTTA-24, SBI-3 and WG2020-3

24.03.2022, Senckenberg Naturmuseum Frankfurt



Das große Erwachen - Wenn Weltuntergänge (neues) Leben schaffen

viertel kennenlernen: Schmetterlinge

25.04.-08.05.2022, Online

COP-15 Part Two: Face-toFace Meetings



[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-limelight@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



[Subscribe](#)

[Past Issues](#)

[Translate](#) ▼

[RSS](#)

This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: ChiemSeherin_Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

dieser Sondernewsletter widmet sich dem aktuellen Verhandlungsstand zu den globalen Biodiversitätszielen. Der Weg dorthin gestaltet sich allerdings sehr zäh. Aber immerhin kamen die Verhandlungsparteien nun endlich wieder auf einem Präsenzmeeting in Genf zusammen

“Annäherung und persönliche Gespräche waren wichtig“, um den Prozess nicht völlig zum scheitern zu bringen, resümieren Yves Zinngrebe und Axel Paulsch in ihrer zusammenfassenden Analyse der Verhandlungsergebnisse. Als Erfolg ist immerhin zu werten, dass nun alle Positionen in den Verhandlungsdokumenten festgehalten sind und sich der weitere Fahrplan herauskristallisiert, so das Fazit der aktuellen CBD-Kolumne.

Ergänzend dazu gibt es zwei weitere einschätzende Gastbeiträge. Felician Heim, der als Teil der deutschen Jugenddelegation in Genf dabei war, fordert mit Blick auf die vielen in Klammern gesetzten und somit nicht konsensfähigen Passagen in den aktuellen Verhandlungsdokumenten: “Unsere Zukunft gehört nicht in Klammern!”. Und Magdalene Trapp (NABU Bundesverband) und Friedrich Wulf (Pro Natura) bewerten den aktuellen Verhandlungsstand und erläutern was Deutschland und die EU jetzt ihrer Meinung nach tun müssen.

Genau um diese Frage ging es auch bei einer gemeinsamen Abendveranstaltung von NeFo und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) am 15. März 2022. Wir diskutierten mit Bundesumweltministerin Steffi Lemke und weiteren geladenen Gästen aus Wissenschaft, Politik und Verbänden die Neuausrichtung der Biodiversitätspolitik in Deutschland. Die Ergebnisse und Bilder des Abends gibt es jetzt als Pageflow zum Nachsehen und Nachlesen.

Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren
kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Themenschwerpunkt

Gastbeitrag

Post-2020 Prozess

Veranstaltungen

Über uns

Themenschwerpunkt

Trotz Austausch und Annäherung in Genf: Wenig konkreter Fortschritt in Beschlussvorlagen für CBD COP-15



Bildquelle: Devam Jhabak on Unsplash

Genf ist vorbei und es war sehr anstrengend. Es gab diesmal wenig von dem, was wir von früheren CBD-Treffen kennen: Side-Events, abendliche Empfänge, informeller Austausch und Netzwerken. Wir konnten uns zwar mit anderen Beobachter-Organisationen beraten, wie z.B. während unseres [Side Events](#) zu nationaler Umsetzung und Planung. Die Verhandler/innen der Mitgliedsstaaten aber saßen oft bis nach Mitternacht zusammen, wälzten Textbrocken und waren deshalb schwer zu erreichen. Und obwohl das absolute Scheitern eines neuen globalen Zielrahmens – was einem zweiten „Kopenhagen der Biodiversität“ gleichkommen würde – vorerst abgewendet scheint, sind die Verhandlungsergebnisse doch wenig konkret. Einige Themen, wie beispielsweise internationale Hochseeschutzgebiete, konnten kaum behandelt werden. Im Folgenden fokussieren wir auf Entwicklungen bei vier zentralen Verhandlungsinhalten. Dies sind: 1. die strategischen Ziele des zukünftigen „Global Biodiversity Framework“ (GBF), 2. der Umgang mit Digital Sequence Information (DSI), 3. das ewig leidige, aber doch zentrale Thema der Finanzierung sowie 4. Vorgaben zur Planung und Evaluierung. Den Hauptbeitrag des Sondernewsletters können Sie [hier](#) lesen.

[Nach oben](#)

Gastbeitrag

Unsere Zukunft gehört nicht in Klammern!



Die Jugend ist eine der zivilgesellschaftlichen Gruppen, die mit eigenen Vertreter*innen an den Verhandlungen zum neuen Biodiversitätsabkommen teilnimmt. Mit „[Voice for Biodiv](#)“ gibt es auch eine deutsche Jugenddelegation, die sich vor Ort gemeinsam mit Jugendlichen der ganzen Welt für ein ambitioniertes Abkommen einsetzt. Doch in Genf haben wir ein starkes Signal an unsere und kommende Generationen vermisst. Es wurden zu viele zentrale Textpassagen in Klammern gesetzt. Das bedeutet, dass sie umstritten sind und später verhandelt werden. Bisher ist im Verhandlungstext jedoch vor lauter Klammern kein ambitionierter Biodiversitätsschutz zu sehen, der eine Trendwende im globalen Artensterben erreichen könnte. Es gab kaum Fortschritte in zentralen Themen wie der Finanzierung oder der Verknüpfung von Natur- und Menschenrechten. Viele Zahlen, also quantifizierte Zielstellungen, wurden herausverhandelt. Und so müssen die Staaten im Juni in Nairobi „nachsitzen“. Doch es ist unklar, ob dort genügend Jugendliche teilnehmen können, um lautstark die Stimmen der Jugend einzubringen. Den aktuellen Gastbeitrag von Felician Heim können Sie [hier](#) nachlesen.

Wie kann Deutschland ein Scheitern des neuen globalen Biodiversitätsabkommens verhindern?



Bildquelle: Magdalene Trapp

Am 29. März ist eine weitere Verhandlungsrunde zu dem neuen globalen Biodiversitätsabkommen in Genf zu Ende gegangen – leider nur mit einem Zwischenergebnis. Für Ende Juni ist ein Anschlusstreffen in Nairobi angesetzt, auf dem man sich hoffentlich auf Ziele einigt, die den Verlust von Arten und Lebensräumen global zu stoppen und umzukehren vermögen. Deutschland und die EU sollten als Vorbild auftreten indem sie ambitionierte Zielen einfordern, finanzielle Ressourcen bereitstellen und dem Schutz der Biodiversität zu Hause die gleiche Priorität einräumen, die sie global fordern. Ansonsten droht ein Scheitern des gesamten Abkommens. Den Gastbeitrag von Magdalene Trapp (NABU Bundesverband) und Friedrich Wulf (Schweizerischen Bund für Naturschutz Pro Natura) gibt es [hier](#).

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Das Ringen um globale Ziele geht in die nächste Runde - und der weitere Fahrplan kristallisiert sich heraus



Bildquelle: Yves Zinngrebe

Das Treffen in Genf ist vorbei und wir sind hin und her gerissen: Auf der einen Seite ist das Global Biodiversity Framework (GBF) immer noch ein bunter Salat voller vager Begriffe und geklammerten Textes. Auf der anderen Seite haben wir jetzt mehr Klarheit dazu, dass es ein allgemeines Bemühen um einen solchen Text gibt und ein Scheitern vorerst abgewendet scheint (siehe auch unsere Einschätzung im [Beitrag der Riffreporter](#)). In der langen Zeit der COVID-Restriktionen und Online-Meetings war wenig Fortschritt zu verzeichnen und das digitale Format konnte nur sehr beschränkt das Vertrauen in partnerschaftliches Miteinander stärken. Gleichzeitig muss man aber auch sehen, dass spätestens seit der COP14 in Sharm el-Sheikh an dem GBF gearbeitet wird und dass angesichts der anvisierten Laufzeit bis 2030 nun wirklich Druck herrscht, etwas vorzulegen. Die aktuelle Kolumne von Yves Zinngrebe und Axel Paulsch zum CBD-Prozess finden Sie [hier](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?
Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

Veranstaltungsrückblick



[Auf dem Weg zur Weltnaturkonferenz – welche Weichen für die deutsche und europäische Politik gilt es jetzt zu stellen?](#)

Auf Einladung des Netzwerk-Forums zur Biodiversitätsforschung (NeFo) und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) diskutierte Bundesumweltministerin Steffi Lemke am 15. März 2022, mit Wissenschaft, Politik und Verbänden die Neuausrichtung der Biodiversitätspolitik in Deutschland. Im Fokus standen dabei die aktuelle Fortschreibung der nationalen Biodiversitätsstrategie und das Ringen um neue globale Biodiversitätsziele. Den gesamten Veranstaltungsstream gibt es [hier](#) zum Nachhören und eine multimediale Zusammenstellung mit Ergebnissen und Impressionen der Veranstaltung im Pageflow-Format zum bequemen Durchscrollen finden Sie [hier](#).



Bildquelle: Thomas Rosenthal

01.04.-31.07.2022, deutschlandweit

Bundesweiter Pflanzenwettbewerb 2022



26.94.2022, Senckenberg Museum Frankfurt

Beunruhigende Abnahme der Vogelarten



15.-22.05.2022, Weinbauregion Mosel

"Woche der Artenvielfalt": Veranstaltungen zum Thema
"Biologische Vielfalt" in der gesamten Moselregion

24.-25.05.2022, Tervuren, AfricaMuseum

Empowering Biodiversity Research II



30.05.-03.06.2022, Universität Tübingen & Universität Kiel

Wälder im Stress: Naturschutz im Wald unter sich radikal
ändernden Bedingungen

Nach oben

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▼[RSS](#)Geisenheim
UniversityHELMHOLTZ
Zentrum für Umweltforschung**Feedback & Kontakt**

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.deWebsite: www.biodiversity.deTwitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-himelight@web.de**Vom Newsletter abmelden**

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)**Rechtliches und Impressum**

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)www.biodiversity.de

This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: geralt

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

die Aichi-Biodiversitätsziele sind vor zwei Jahren – wenig erfolgreich – ausgelaufen. Seitdem wird um neue globale Ziele gerungen. Diese sollen besser, also vor allem erfolgreicher sein. Wobei es eigentlich offensichtlich ist, dass das Scheitern nicht an den Zielen, sondern an deren mangelhafter Umsetzung gelegen hat.

Welche Hebel braucht es für eine bessere Umsetzung: Eine verschärfte und transparentere Überprüfung der Zielerreichung? Sanktionen? Mehr Finanzierung? Sebastian Tilch sprach im Interview mit Dr. Yves Zinggrebe (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung) über diese verschiedenen Möglichkeiten und die Frage, ob und was wir aus den alten Fehlern gelernt haben.

Im Gastbeitrag weisen Juliette Landry, Julien Rochette und Matthieu Wemaëre (Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen - IDDRI) ebenfalls darauf hin, wie groß die Diskrepanz zwischen den Ambitionen der bisherigen Ziele und den Ergebnissen ihrer Umsetzung ist. Sie präsentieren fünf Vorschläge für effektivere Post-2020 Biodiversitätsziele. Unter anderem fordern sie, dass sich die Berichterstattung zur Zielerreichung nicht allein auf Informationsquellen stützen sollte, die von den nationalen Regierungen bereitgestellt werden. Insbesondere sollten auch die Arbeit des Weltbiodiversitätsrats IPBES berücksichtigt werden.

Diesen Punkt bekräftigen Yves Zinggrebe und Axel Paulsch in der aktuellen CBD-Kolumne: IPBES ist der umfassendste Prozess der Wissensdarstellung zu biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen, den es je gab. Aktuell wird unter anderem die Frage nach dem „wie“ der notwendigen Transformation untersucht.

Allen, die noch mehr erfahren wollen, sei das jüngst erschienene Buch [„Transforming Biodiversity Governance“](#) empfohlen.

Ergänzend haben wir auch diesmal einige ausgewählte Projektbeispiele und Veranstaltungen zusammengestellt.

Wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Projektbeispiele](#)[Post-2020 Prozess](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

Neue Biodiversitätsziele: Aus alten Fehlern wenig gelernt



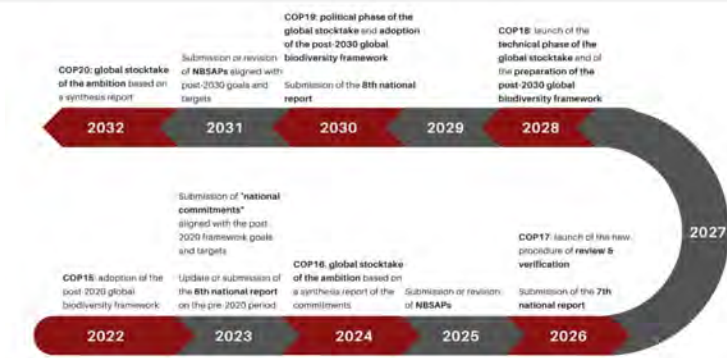
Bildquelle: IISD ENB

Wird es dieses Mal klappen? Erreichen wir bis 2030 unsere Biodiversitätsziele, statt, wie bisher, wieder krachend zu scheitern? Im Herbst soll das neue Globale Rahmenwerk zum Schutz der biologischen Vielfalt (Global Biodiversity Framework GBF) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD bei der Vertragsstaatenkonferenz im chinesischen Kunming verabschiedet werden. Es wurde ein ganz neuer Plan aufgestellt, der natürlich besser, oder zumindest erfolgreicher, sein soll, als die alten Aichi-Ziele von 2010. Die Frage ist allerdings, ob das der richtige Weg ist. Denn um alte Fehler vermeiden zu können, hätte man, statt den alten Plan einfach nur als gescheitert zu betrachten, eine Fehleranalyse betreiben müssen. Das ist aber nicht systematisch geschehen. Und auch der bisherige Entwurf des neuen Plans kommt kaum über das Niveau des letzten Abkommens hinaus. Das sagt unter anderem Dr. Yves Zinngrebe, Experte für internationale Naturschutzpolitik am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ in Leipzig. Im NeFo-Interview zeigt er auf, welche Auswertungsmaßnahmen des CBD-Prozesses möglich und nötig sind, um Verantwortlichkeiten bei der Umsetzung des neuen Zielwerks zu stärken.

Mehr lesen Sie im aktuellen Themenschwerpunkt [hier](#).

[Nach oben](#)

Gastbeitrag



Bildquelle: Landry, Rochette, Wemaëre

Während der Verlust der biologischen Vielfalt überall auf der Welt weiter fortschreitet, verhandeln die Staaten derzeit über neue globale Naturschutzziele. Diese sollen die Grundlage für eine bessere internationale Steuerung der Biodiversität schaffen. Hierbei ist auch die Entwicklung eines neuen Monitorings- und Überprüfungsmechanismus von entscheidender Bedeutung. Dieser soll der Biodiversitätspolitik mehr Glaubwürdigkeit und Verbindlichkeit verleihen und sie stärken. Wie ein solcher Mechanismus konkret aussehen könnte, skizzieren Juliette Landry, Julien Rochette und Matthieu Wemaëre (IDDRI) im [aktuellen Gastbeitrag](#).

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

GEO BON (Group on Earth Observations Biodiversity Observation Network)

GEO BON ist ein Projekt des Quebec Centre for Biodiversity Science, das an der McGill University in Quebec, Kanada, angesiedelt ist. Der Projektauftrag besteht darin, die Erfassung, Koordinierung und Bereitstellung von Biodiversitätsbeobachtungen zu verbessern. Zudem sollen die damit zusammenhängenden Dienste für die Nutzer, einschließlich der Entscheidungsträger und der wissenschaftlichen Gemeinschaft besser zugänglich werden. Ihre Vision ist es, ein globales Netzwerk zur Beobachtung der biologischen Vielfalt zu schaffen, das zu einem effektiven Management der biologischen Vielfalt und der Ökosystemleistungen in der Welt beiträgt. Weitere Infos zum Projekt GEO BON gibt es [hier](#).



Bildquelle: LubosHouska_Pixabay

UNEP-GEF-Projekt: "Support to Eligible Parties to Produce the Sixth

Das Projekt war die technische Unterstützung für die zehnjährige Fortschreibung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) bei der Entwicklung eines hochwertigen, datengestützten sechsten nationalen Berichts (6NR). Dieser soll die nationalen Entscheidungsprozesse für die Umsetzung der NBSAPs verbessern, über die Fortschritte bei der Erreichung der Aichi-Biodiversitätsziele berichten und sowohl den fünften globalen Biodiversitätsausblick (GBO5) als auch die globale Biodiversitätsstrategie für den Zeitraum 2021-2030 formen. Die Laufzeit des Projektes war von Juni 2017 bis Mai 2019, Hintergrundinfos zu dem Projekt gibt es [hier](#) und die Abschlussbewertung finden Sie [hier](#).



Bildquelle: UNDP Lao PDR/Pongpat Sensouphone

Rethinking Biodiversity Governance: A Paris Moment for the Convention on Biological Diversity

In diesem Projekt von adelphi mit einer Laufzeit von April 2019 bis März 2020 wurden die Ergebnisse von sechs Fallstudien zu innovativen Ansätzen der Biodiversitäts-Governance zusammengestellt. Dabei ging es darum, das Verständnis der Schlüsselemente erfolgreicher internationaler Kooperationsinitiativen zu erweitern. Auf diese Weise sollten Erkenntnisse darüber gewonnen werden, was dies für die Aufstellung des globalen Rahmens für die biologische Vielfalt nach 2020 (GBF post-2020) bedeuten könnte und wie produktive Verbindungen zwischen nichtstaatlichem und staatlichem Handeln auf internationaler Ebene hergestellt werden können. Zur Projektbeschreibung geht es [hier](#).

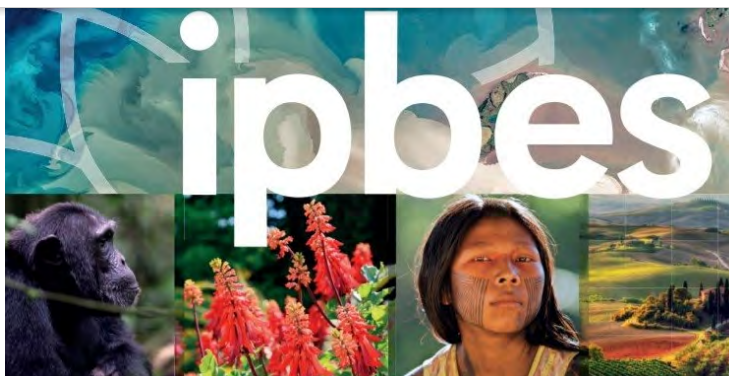


Bildquelle: Jarmoluk_Pixabay

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Der Weltbiodiversitätsrat und die Frage nach dem „wie“ der Transformation



Bildquelle: ipbes

Der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) ist ein globales, zwischenstaatliches Wissenschaftsgremium, was – ähnlich wie der IPCC im Klimabereich – über den Wissensstand im Themenbereich biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen informieren soll. Anfragen zu Themen kommen auch von Umweltabkommen wie der CBD, der UNCCD oder CITES. Die Entscheidung, welche Assessments tatsächlich durchgeführt werden, obliegt aber dem Plenum der IPBES-Mitgliedsstaaten. Im Mai 2022 fanden die ersten Autorentreffen für zwei aktuelle Assessmentprozesse in Montpellier und Frankfurt (Main) statt, und zwar für das [„Transformations-“ und das „NEXUS“-Assessment](#). Nachdem die bisherigen Assessments nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation hingewiesen haben, soll nun das „wie“ dieser Transformation im Zentrum der Wissensprozesse stehen. Den vollständigen Bericht zu einem IPBES-Autorentreffen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch lesen Sie in der [aktuellen CBD-Kolumne](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?

Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

01.04. - 31.07.2022, deutschlandweit

Bundesweiter Pflanzenwettbewerb 2022



08.06.2022, Online

Das nationale Artenhilfsprogramm - Anforderungen an ein wirksames Naturschutzinstrument aus Sicht des NABU



08.06.2022, Online

Vom Insektenmonitoring zur Pflege von Insektenwiesen und zurück – Wirkungskraft von Citizen Science in der Gesellschaft



21.06.2022, Online

fourth meeting of the Open-Ended Working Group on the Post-2020 Global Biodiversity Framework



[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

26.06. - 01.07.2022, Online & Davos Congress Centre, Schweiz

World Biodiversity Forum



27.06. - 01.07.2022, Online

UN Ocean Conference



28.06. - 02.07.2022, Hannover Congress Centrum (HCC)

36. Deutscher Naturschutztag: NATURSCHUTZ JETZT! Natur.
Landnutzung. Klima.



30.06.2022, Online & AXICA Kongress- und Tagungszentrum Berlin

ecolution 2022



03. - 09.07.2022, IPBES-Sekretariat Bonn

9. IPBES-Vollversammlung



03. - 08.07.2022, International Academy for Nature Conservation Insel Vilm

"Biodiversity conservation for human wellbeing" - Seminars on
nature conservation in German development cooperation



10. - 15.07.2022, International Academy for Nature Conservation Insel Vilm

"Biodiversity-friendly business: How does it work?" - Seminars on
nature conservation in German development cooperation



15.07.2022, Bonn

NABU-Fachtagung des F+E-Vorhabens "Streuobst mit Zukunft" -
aktuelle Erkenntnisse und zukunftsweisende Projekte



[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▾[RSS](#)

Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-limelght@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: Felix Mittermeier_Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

Biodiversitätsverlust und Klimawandel bedingen einander, sie sind Zwillingsskrisen. Dass man Naturschutz und Klimaschutz folglich zusammendenken muss, erscheint da eine Binsenweisheit. Mit dem kürzlich beschlossenen vier Milliarden Euro schweren "Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz" will die aktuelle Bundesregierung nun im großen Stil Taten folgen lassen und das Potenzial intakter Ökosysteme fördern.

Wohin mit dem vielen Geld, fragt Sebastian Tilch in unserem Themenspezial im August. Die Naturschutzbehörden alleine können so viel Geld gar nicht verteilen. Natürlicher Klimaschutz ist also eine Querschnittsaufgabe, und damit etwas, was in den Verwaltungsstrukturen mit ihren bislang stark abgegrenzten Zuständigkeiten erst einmal gelernt werden muss. Flurbereinigungsbehörden, Wasserwirtschaft und Landwirt:innen müssen mit ins Boot geholt werden. Das ist die erste Botschaft.

Und die zweite Botschaft ist: Böden haben ein erhebliches Potenzial zur Minderung der CO₂-Emissionen. Die Landnutzung ist daher ein wesentlicher, wenn auch unbequemer, Hebel. Die wichtigsten Maßnahmen umfassen die Wiedervernässung von Moorböden, die Ausweisung neuer Naturwälder und Investitionen in Stadtnatur. Solche sogenannten naturbasierten Lösungen schließen eine menschliche Nutzung nicht aus, sie erfordern vielmehr angepasste Strukturen und großflächig eine andere Bewirtschaftung. Die Art und Weise der Landnutzung muss auf diesen Flächen völlig neu gedacht und umgestellt werden.

Landnutzung neu denken, das ist auch die Maxime im Kooperationsprojekt „Bunte Biomasse“, das Simon Hein und Andreas Kinser (Deutsche Wildtier Stiftung) in unserem Gastbeitrag vorstellen. Das Projekt zeigt Alternativen zur Mais-Monokultur für die Energiegewinnung aus Biomasse auf: Wildpflanzenmischungen für die Biomasseproduktion blühen inzwischen auf insgesamt über 500 Hektar. Sie schaffen Nahrung und Habitate für z.B. Vögel und Insekten, binden Stickstoff im Boden, verringern die Bodenerosion und erhalten die Bodenfeuchte. Und ganz nebenbei wird die Landschaft bunt.

Projekte wie dieses müssten von Pilotprojekten hin zu einem Gesamtflächenansatz gebracht werden, um die biologische Vielfalt zu erhalten und die Treibhausemissionen des Agrarsektors zu senken. Wenn dies gelingt, könnte Deutschland zum Paradebeispiel der internationalen Natur- und Klimaschutzpolitik werden. Denn auch in der internationalen Naturschutzpolitik sollen die Synergien von Natur- und Klimaschutz vorangebracht werden. Der Fortschritt der Verhandlungen um die globalen Biodiversitätsziele ist aber nach

[Nach oben](#)

Gastbeitrag

Bunte Biomasse als Vielfalt-fördernder Energieträger



Bildquelle: Christian Kemnade

Der Verlust der Biologischen Vielfalt hat in unserer Feldflur dramatische Ausmaße angenommen. Seit dem Frühjahr 2019 setzen die Veolia Stiftung, der Deutsche Jagdverband und die Deutsche Wildtier Stiftung deswegen das Kooperationsprojekt „Bunte Biomasse“ zum Schutz der Biodiversität in der Agrarlandschaft um: Durch das Projekt soll deutschlandweit Mais, der zur Vergärung in Biogasanlagen angebaut wird, durch mehrjährige, blühende Wildpflanzenmischungen ersetzt werden. Landwirte erhalten mit Hilfe regionaler Unterstützer einen Ausgleich für monetäre Verluste und werden kostenlos beim Anbau, Pflege und Ernte der Kulturen beraten. Ein deutliches Plus an biologischer Vielfalt, ein Gewinn für den Boden und einen bedeutenden Imagegewinn für die Landwirtschaft und ihre lokalen Akteure bietet das Projekt „Bunte Biomasse“ zum Nulltarif.

Lesen Sie den Gastbeitrag von Simon Hein & Dr. Andreas Kinser (Deutsche Wildtier Stiftung) [hier](#).

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

Naturbasierte Lösungen im städtischen Raum (NATURVATION)

NATurbasierte URbane innovaTION war ein vierjähriges Projekt, an dem 14 Institutionen aus ganz Europa aus den Bereichen Stadtentwicklung, Geografie, Innovationsstudien und Wirtschaft beteiligt waren. Koordiniert von der Universität Durham (UK), ging es darum, die Art und Weise wie naturbasierte Lösungen für eine nachhaltige Urbanisierung verstanden und genutzt werden, grundlegend zu verändern. Das Projekt lief im Rahmen des Forschungsprogramms Horizon von Nov. 2016 bis Okt. 2020. Zur → [Projekt-Homepage](#). Hintergrundinfos und den Projektbericht finden Sie [hier](#).



Bildquelle: dedj_Pixabay

LIFE Trockenrasen

Die Umwandlung von Acker- in Dauergrünland sorgt für eine erhöhte Kohlenstoffspeicherung im Boden. Das Projekt "LIFE Trockenrasen", realisiert durch die Stiftung NaturSchutzFonds Brandenburg, den Botanischen Garten der Universität Potsdam sowie die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe, schützt, erhält und renaturiert dieses extensive Dauergrünland in Form von artenreichen Trockenrasen. Neben einem Beitrag zum Klimaschutz fördert es somit prioritäre Lebensraumtypen und bedrohte Arten. Zum → [Projekt](#).



Bildquelle: Michael Linnenbach_commons.wikimedia

MixForChange: Gemischte Baumplantagen für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Immer mehr wissenschaftliche Studien zeigen, dass gemischte Waldplantagen im Vergleich zu Reinbeständen für die Klimawandelanpassung effizienter sind. Hier setzt das durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt MixForChange an. Ziel ist die Förderung von artenreichen Baumplantagen als naturbasierte Lösung zur Bekämpfung der Ursachen und Folgen des Klimawandels. Waldbesitzer, Manager und politische Entscheidungsträger werden mit einbezogen. Das Projekt stützt sich auf das globale Netzwerk der Waldbiodiversitätsexperimente [TreeDivNet](#) und hat eine Laufzeit von Febr. 2021 bis Jan. 2024: [Mehr erfahren](#) und der Link zur [Projekt-Homepage](#).



Bildquelle: Pxhere

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Der nächste kleine Schritt in Richtung GBF – OEWG 4 in Nairobi



Bildquelle: A. Paulsch

Zunächst mal die gute Nachricht: Beim vierten Treffen der Open-Ended Working Group (OEWG 4) zum globalen post-2020 Biodiversitätsrahmen (GBF) wurde endlich ein Termin und Ort für die 15. CBD-Vertragsstaaten-Konferenz (COP 15) verkündet, nämlich 5.-17.12.2022 in Montreal, am Sitz des CBD-Sekretariats. COP 15 wird weiterhin unter chinesischer Präsidentschaft durchgeführt, aber eben wegen der Null-Covid Politik Chinas nun doch nicht in Kunming. Diese zeitliche Festlegung gleich zu Beginn von OEWG 4 sollte natürlich den Druck zur Einigung auf konkrete Zielformulierungen erhöhen, um eine konkrete Beschlussvorlage für COP 15 vorlegen zu können. Zumindest war das die Hoffnung zu Beginn der Tagung in Nairobi am 21.06. Leider hat sich der geforderte „spirit of compromise“ nicht sonderlich bemerkbar gemacht.

[Hier](#) lesen Sie mehr über das Treffen der OEWG 4 in Nairobi in der aktuellen CBD-Kolumne von Axel Paulsch und Yves Zinngrebe.

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

23.08. - 26.08.2022, 08:00 - 17:00 Uhr, Eventfabrik, Bern

Naturkongress Schweiz 2022
Biodiversität braucht Fläche – ein Balanceakt



05.09.2022, 11:30 - 18:00 Uhr, Räumlichkeiten des Bundesumweltministeriums

WAS WAR, WAS IST, WAS WIRD. Fachtagung Ökologie
1992 - 2022 - 2052



06.09.2022, 13:00 - 17:00 Uhr & 07.09. 2022 09:00 - 13:00 Uhr, Universität Duisburg-Essen, Standort
Essen

Tagung „Urbane Biodiversität – eine Zukunftsperspektive für
lebendige und lebenswerte Städte“



08.09.2022, 14:00 - 21:00 Uhr, DBU Zentrum für Umweltkommunikation, Osnabrück

Fachtagung Water-Energy-Food-Nexus und Planetary
Health als Treiber für transformative Prozesse



13.09. - 17.09.2022, Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm

Nationale Konferenz zur subterranean Biodiversität in
Deutschland



22.09.2022, 09:00 – 15:00 Uhr, Online

Natur – Digitalisierung – Gesellschaft: Veränderte Perspektiven
für den Naturschutz



23.09.2022, VKU Forum, Berlin, Anmeldung per Mail: DRL-Bonn@t-online.de

60 Jahre Deutscher Rat für Landespflege –
Abschlussveranstaltung



30.09. - 02.10.2022, TU Berlin

Bits & Bäume 2022: Die Konferenz für Digitalisierung und
Nachhaltigkeit



[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-himelght@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany





Bildquelle: IISD ENB

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

der entscheidende zweite Teil der Weltbiodiversitätskonferenz rückt näher: Nachdem im Oktober 2021 im chinesischen Kunming die offizielle Eröffnung der CBD-COP 15 stattfand, sollen im Dezember 2022 in Montreal, Kanada, die neuen Biodiversitätsziele bis 2030 verabschiedet werden. Der Weg dahin war und ist steinig. So werden Stimmen laut, es brauche einen „Paris-Moment“ für die Natur wie 2015 beim Klimaschutz. Damals vereinbarten 195 Staaten das bahnbrechende Paris Agreement, mit dem wesentlichen Ziel, den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Bahnbrechend auch deswegen, weil es in Deutschland dazu geführt hat, dass nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts die Bundesregierung ihr 2019 verabschiedetes Klimaschutzgesetz im Jahr 2021 nachbessern musste und nun mit konkreten Meilensteinen zum Erreichen der Klimaneutralität unterlegt hat.

Könnte ein solch plakativer Wert wie das 1,5-Grad-Ziel beim Klima auch für die Biodiversität die dringend benötigte Wende bringen? Braucht die Welt ein 1,5°C-Ziel in der Biodiversitätspolitik? fragt Sebastian Tilch in unserem aktuellen Themenschwerpunkt. Er hat mit verschiedenen Expert:innen über planetare Grenzen, Kippunkte und die Komplexität von Ökosystemen gesprochen, aber auch darüber, welche Rolle ein leicht zu verstehendes Ziel für die Kommunikation spielt.

Christian Hof (TU München) hebt im Gastbeitrag eben diese kommunikative Wirkung hervor: Ein plakatives Ziel könne Biodiversität mehr Präsenz und Priorisierung in Politik, Medien und Gesellschaft verleihen und als Orientierungsmaßstab für Maßnahmen dienen. Aber „heiligt dieser Zweck die von der Wissenschaftscommunity so verabscheuten Mittel der Vereinfachung und Verkürzung?“

Neben der Zielsetzung seien vor allem auch die regulativen Rahmenbedingungen entscheidend. Dies gelte – als Teil des sogenannten „Mainstreamings“ – für sehr viele Politikfelder, sagen Yves Zinngrebe und Axel Paulsch in der CBD-Kolumne. So brauche es beispielsweise auch konkrete Biodiversitätskriterien, z.B. für den Zugang zu Land, für die Bewilligung von Projekten oder die Regulierung von Wertschöpfungsketten.

Ergänzend haben wir auch diesmal einige ausgewählte Projektbeispiele und Veranstaltungen zusammengestellt. Besonders hinweisen möchten wir auf den #DBUdigital Online-Salon "Bedrohte Artenvielfalt - Quo vadis Weltnaturgipfel?" mit anschließendem NeFo-Pressegespräch am 22. November.

gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Projektbeispiele](#)[Post-2020 Prozess](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

Braucht die Welt ein 1,5°C-Ziel in der Biodiversitätspolitik?



Bildquelle: IISD/ENB

Seit 1970 sind die weltweiten Bestände an Säugetieren, Vögeln, Reptilien und Amphibien um 69 Prozent geschrumpft, in Lateinamerika und der Karibik sogar um 94 Prozent. Das sind die neuesten Zahlen, die der WWF und die Zoologische Gesellschaft London vorige Woche in ihrem aktuellen Living Planet Report veröffentlichten. 2008 meldete der gleiche Report noch 30 Prozent, 2016 schon 58 Prozent. Die Situation ist dramatisch, doch es könnte Hoffnung geben: Im Dezember beschließen die Mitgliedstaaten der UN-Biodiversitätskonvention CBD, wie man künftig den Niedergang der Artenvielfalt und Lebensräume stoppen will. Die Positionen vor allem zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind verhärtet, doch die Lage verlangt nach einem politischen Durchbruch. Bedarf es eines „Paris-Moments“ wie 2015 in der Klimapolitik? Kann es eine Einigung auf ein so klares Ziel wie das 1,5°C-Ziel auch in der Naturschutzpolitik geben?

Lesen Sie mehr im [→ aktuellen Themenschwerpunkt](#) von Sebastian Tilch.

Gastbeitrag

Vom Klimaschutz lernen? Die Biodiversitätskrise im Kontext von Kippunkten, Komplexität und Kommunikation



Bildquelle: Christian Hof

Ein 1,5°-Ziel für die Biodiversität – das klingt nach einer charmanten Idee. Der Temperaturwert ist inzwischen in aller Munde in Politik, Medien und Gesellschaft und dient als Orientierungsmaßstab für allerhand Maßnahmen zum Klimaschutz. Doch taugt eine solche – wie auch immer zu definierende – Marke als Maß für den Zustand der biologischen Vielfalt, als Ziel zu ergreifender Handlungen, oder als Schwellenwert, bei dessen Überschreitung die Biosphäre in irreversible dramatische Situationen gerät? Welchen Zweck erfüllen bestimmte numerische Größen, und heiligt dieser Zweck die von der Wissenschaftscommunity so verabscheuten Mittel der Vereinfachung und Verkürzung?

Antworten auf diese Fragen finden Sie im [→ Gastbeitrag von Christian Hof](#), Leiter der Juniorforschungsgruppe des Bayerischen Klimaforschungsnetzwerks bayklif an der TU München.

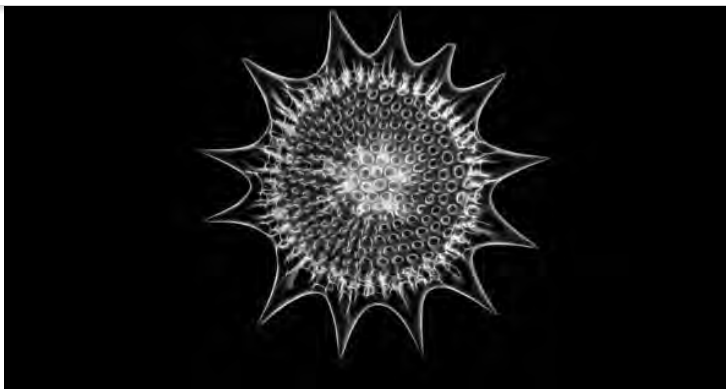
[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

Ökosysteme im Umbruch

Das im Oktober 2020 beendete Projekt eines internationalen Forschungsteams unter Beteiligung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) untersuchte Veränderungen von Ökosystemen sowie insbesondere die Fragen, ab wann diese Veränderungen über das Normalmaß hinausgehen und sich ein Ökosystem neu bildet. Ab einer bestimmten Geschwindigkeit, mit der die Veränderungen ablaufen, kommt es zu signifikanten Umwälzungen im Ökosystem. Dieser Grenzwert, der die Neubildung eines Ökosystems kennzeichnet, wurde durch das Forscherteam definiert. Mehr zum Projekt und zu der veröffentlichten Studie finden Sie [hier](#).



Bildquelle: PxHere

Ökosystemmodell

Am Bundesamt für Schifffahrt und Hydrographie (BSH) wird der ökologische Zustand von Nord- und Ostsee mit Hilfe einer Ökosystemmodellkomponente untersucht. So werden z.B. tagesaktuell Informationen zu giftigen Algenblüten übermittelt. Basierend auf den Zusammenhängen von Nährstoffen, Sauerstoff, Sichttiefe, kleinsten freischwebenden Algen und kleinen freischwebenden Organismen werden komplexe Nahrungsketten berechnet. Über die regelmäßigen Messungen hinaus sind neue Erkenntnisse durch die Modellierungen möglich. Beispielsweise kann bestimmt werden, wann Nährstoff-Grenzwerte überschritten werden und welche Auswirkungen der Zufluss von Flüssen auf die Meeresumwelt hat. Weitere Infos zum Dienst des BSH finden Sie [hier](#).



Bildquelle: Heribert Bechen/Flickr

Fördermaßnahme: BioTip - Kippunkte, Dynamik und Wechselwirkungen von sozialen und ökologischen Systemen

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert unter dem Dach der Maßnahme BioTip sieben verschiedene Projekte zu den Wirkungsketten, die Ökosysteme zum Kippen bringen können. Etwa 130 Wissenschaftler:innen erforschen seit 2019 in den internationalen Projekten die komplexen Wechselwirkungen und leiten daraus Handlungsstrategien für mehr Nachhaltigkeit ab, um diese *Tipping Points* zu vermeiden. Mehr Infos zur Fördermaßnahme gibt es [hier](#).

Beispielprojekte der Fördermaßnahme BioTip:

[marEEshift](#) (Deutschland): Studie historischer ‚Regime-Shifts‘ (Zustandswechsel) in der südlichen Ostsee, um einen Ökosystemwandel für nachhaltiges Fischereimanagement zu erarbeiten.

[NamTip](#) (Namibia): Desertifikations-Kippunkte in sozial-ökologischen Trockengebieten verstehen und managen.

[PRODIGY](#) (Peru, Brasilien, Bolivien): Interdisziplinäre Erforschung einer möglichen



Bildquelle: Kathas_Fotos/Pixabay

Studie: Schwellenwerte für ökologische Reaktionen auf den globalen Wandel lassen sich nicht aus empirischen Daten ableiten

Die Studie unter der Leitung des Oldenburger Biodiversitätsexperten Helmut Hillebrand beschäftigt sich damit, ob die Definition von Schwellenwerten für Belastungen von Ökosystemen durch den anthropogenen, globalen Wandel für die Politik geeignet ist. Es wurden 36 Meta-Analysen zusammengefasst, in denen mehr als 4.600 Auswirkungen des globalen Wandels auf natürliche Gemeinschaften gemessen wurden. Sie kommen zum Ergebnis, dass die Beeinträchtigung von Ökosystemen nicht anhand von Schwellenwertüberschreitungen definiert werden sollte. Denn kleine, sehr variable Reaktionen werden bei allgemeinen Schwellenwerten außer acht gelassen, können aber starke Belastungen im Ökosystem auslösen. Hier geht's zu [weiterführenden Infos](#) und dem [Originalartikel](#).



Bildquelle: Grit Werner/Flickr

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Deutschland gibt in Zukunft 1,5 Milliarden € pro Jahr für Umweltschutz – wird das reichen, um die neuen post-2020 Biodiversitätsziele zu erreichen?



Bildquelle: Geralt/Pixabay

Dass die Finanzierung der Umsetzung der neuen post-2020 Biodiversitätsziele (Global Biodiversity Framework, GBF) ein zentraler Verhandlungspunkt bei der CBD-COP 15 in Montreal werden wird, ist klar. Was kann eine Ankündigung, wie die von Bundeskanzler Scholz, die Mittel in Zukunft zu erhöhen, da bewirken? Die aktuelle CBD-Kolumne von Yves Zinngrebe und Axel Paulsch → [weiterlesen](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?
Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

22.11.2022, 14:00-15:30 Uhr, Online

Save-the-Date: [#DBUdigital Online-Salon "Bedrohte Artenvielfalt - Quo vadis Weltnaturgipfel?"](#)



Im Vorfeld der Weltnaturkonferenz richtet die Deutsche Bundesstiftung einen Online-Salon mit Bundesumweltministerin Steffi Lemke und dem Träger des Deutschen Umweltpreises, Dr. Christof Schenck (Zoologische Gesellschaft Frankfurt) aus. Für NeFo diskutieren Prof. Dr. Marianne Darbi und Dr. Yves Zinngrebe auf dem Podium mit. Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Im Anschluss findet zudem ein von NeFo organisiertes Pressegespräch statt. Expert:innen aus der Biodiversitätsforschung, die die COP15 vor Ort verfolgen werden, stellen sich vor und den Fragen der Medien.



09.11. - 11.11.2022, Online

Biodiversity and Human Well-Being – Europe's Role in Shaping Our Future



14.11.-17.11.2022, Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm

Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog 2022: Konstruktiv miteinander reden



21.11.-24.11.2022, Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm & Online

Biodiversität und Klima - Vernetzung der Akteure in Deutschland XIX



28.11-30.11.2022, Helmholtz Centre for Environmental Research - UFZ in Leipzig & Online

Conference of URBIO-International Network Urban Biodiversity and Design: "Integrating Biodiversity in Urban Planning and Design Processes"



[Nach oben](#)

[Über uns und unsere Förderer](#)

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team
 c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ
 Department Naturschutzforschung
 Tel. 0341/235-1270
 Email: nefo-biodiv@ufz.de
 Website: www.biodiversity.de
 Twitter: [@Ne_Fo](https://twitter.com/Ne_Fo)
 Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:
 Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim
 E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de
 Ansprechpartner für die Presse:
 Sebastian Tilch
 E-Mail: tilch-limelght@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten. Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:
[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

leider ist uns bei all der Aufregung um das lang erwartete und hart verhandelte globale Abkommen zum Schutz der Biodiversität in unserem Newsletter ein Fehler unterlaufen: Der korrekte Link zum Gastbeitrag von Stefan Heiland und Marianne Hachtmann zum Thema Suffizienz findet sich [hier](#) (und unten korrigiert). Wir bitten um Entschuldigung.

Ihr NeFo-Team

PS: Das "Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework" wurde gerade beschlossen - eine Nachlese mit wesentlichen Infos und Einordnung dazu folgt hier über unseren NeFo-Newsletter im Januar.



Newsletter Ausgabe Dezember 2022



Bildquelle: David Mark /Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

es gibt Grund zu feiern - gerade erschien der [Jubiläumsband](#) zum "Treffpunkt Biologische Vielfalt. 20 Jahre Interdisziplinärer Forschungsaustausch im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt". Viel wurde also erforscht und diskutiert zur Erhaltung der Biodiversität. Trotzdem schreitet der Biodiversitätsverlust weiter dramatisch fort, weltweit und vor unserer Haustür.

Daher blicken wir in diesen Tagen besorgt nach Montreal, wo die dort stattfindende Weltnaturkonferenz (CBD COP15) in zentralen Verhandlungsfragen bisher kaum Fortschritte erzielt hat. Wo es überall hakt, erklären Axel Paulsch und Yves Zinggrebe in unserer CBD-Kolumne, und übrigens auch unter [#NeFoVorOrt](#).

Aber selbst wenn in Montreal eine Einigung auf ein zumindest akzeptables Ergebnis gelingt, liegen die eigentlichen Aufgaben noch vor uns: "Wir müssen endlich in die Umsetzung kommen" hat Sebastian Tilch den aktuellen Themenschwerpunkt daher treffend überschrieben. Wie dies gelingen kann, hat er mit verschiedenen Akteuren diskutiert, die sich mit Biodiversitätsschutz auf der lokalen Ebene beschäftigen. Kann z.B. der Bürgermeister einer Gemeinde konkret etwas mit dem Global Biodiversity Framework (GBF) anfangen?

Lokal wie national sind technische Innovationen, mehr Schutzgebiete und gute Planung unentbehrlich, um die biologische Vielfalt zu schützen. Aber werden solche Maßnahmen letztlich ausreichen? Nein, meinen Stefan Heiland und Marianne Hachtmann im aktuellen Gastbeitrag. Stattdessen sei es nötig, sich

Es geht also um weniger und gleichzeitig auch um mehr - und damit schlagen wir den Bogen zurück zur Biodiversitäts-COP. Diese fällt unter anderem durch ein Mehr an gut zugänglicher Berichterstattung und Informationen auf. Eine kleine Nachlese dazu werden wir im Neuen Jahr für Sie zusammenstellen.

Dieser Newsletter schließt unsere "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021+" ab, mit der wir den Prozess hin zur Weltnaturkonferenz gut anderthalb Jahre thematisch begleitet haben (alle Newsletter und Beiträge zum Nachlesen finden Sie [hier](#)). Aber wir sind bereits jetzt an Folgeaktivitäten dran. Hierfür möchten wir Themen und Bedarfe der Biodiversitätscommunity ermitteln. Daher werden wir Sie demnächst zu einer Online-Umfrage einladen; auf Ihr Feedback freuen wir uns sehr!

Ergänzend haben wir auch in diesem Newsletter einige ausgewählte Projektbeispiele und Veranstaltungen zusammengestellt.

Und wie immer haben wir noch eine Bitte zum Schluss: Leiten Sie diesen Newsletter gern an Interessierte weiter! Biodiversität geht uns alle an!

Viel Freude beim Lesen und geruhsame Feiertage wünscht Ihnen

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Themenschwerpunkt](#)[Gastbeitrag](#)[Projektbeispiele](#)[Post-2020 Prozess](#)[Veranstaltungen](#)[Über uns](#)

Themenschwerpunkt

"Wir müssen endlich in die Umsetzung kommen"



Bildquelle: Yves Zinngrebe

Am Sonntag endet offiziell die 15. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP15). Bisher laufen die Verhandlungen so zäh, dass

...geringer, die aber keine Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen, die Biodiversität sei gerettet, hat sich schwer getäuscht, denn jetzt gehen die zähen Verhandlungen erst richtig los. Nun gilt es, die neuen Beschlüsse im eigenen Land umzusetzen. Daran waren die vorherigen Ziele – auch in Deutschland – bislang immer gescheitert. Und darauf hat die Bundesregierung nur begrenzt Einfluss.

Lesen Sie mehr im [→ aktuellen Themenschwerpunkt](#) von Sebastian Tilch.

[Nach oben](#)

Gastbeitrag

Tabu Suffizienz: Warum Technik, Schutzgebiete und Planung allein die biologische Vielfalt nicht retten werden



Bildquelle: Stefan Heiland

Verzicht, Verbote, Ökodiktatur – mit Vorwürfen und Begriffen wie diesen muss sich auseinandersetzen, wer die Position vertritt, dass technischer Fortschritt, Effizienzsteigerung und ökonomische Instrumente allein nicht ausreichen, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu schützen, sondern dass darüber hinaus auch ein „Weniger“ an Konsum von Flächen, Materialien und Energie – sprich Suffizienz – erforderlich ist. Warum dies auch für den Schutz der biologischen Vielfalt gilt, legen wollen Stefan Heiland und Marianne Hachtmann (TU Berlin) im Gastbeitrag dar [→ weiterlesen](#).

[Nach oben](#)

Projektbeispiele

Passend zu unserem Themenschwerpunkt stellen wir nachfolgend einige ausgewählte Projekte vor.

Suffizienzpolitik in ländlichen Systemen

An der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL wird in einem Projekt untersucht, wie ländliche Gemeinden in der Schweiz mit Hilfe von Suffizienz einen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung leisten können. Gefördert durch die Stiftung Mercator Schweiz von 2021 bis 2025 sind Potentiale, Hemmnisse und Möglichkeiten der Unterstützung von Suffizienzpolitik Bestandteil der Untersuchungen. Hintergrund ist es, nicht nachhaltige Produktions- und Konsummuster, die zur Überlastung der Erde und ihrer Ressourcen führen, zu verändern. Ziel der Suffizienzstrategien ist es, gesellschaftliche Bedürfnisse ressourcenschonend, lokal und sozialverträglich zu erfüllen. Mehr Infos zum Projekt lesen Sie [hier](#).



Bildquelle: Alois G._Pixabay

Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation

„Was hat die Digitalisierung mit der sozial-ökologischen Transformation zu tun?“ Diese und weitere Fragen untersucht eine junge Forschungsgruppe in einem Projekt der Technischen Universität Berlin und des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) von 2016 bis 2022. Es werden Chancen und Risiken der Digitalisierung hinsichtlich einer Verringerung der Energie- und Ressourcenverbräuche analysiert. Welche Ansätze braucht es in der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung der Digitalisierung für einen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit? Finden Sie Antworten auf diese Fragen und mehr Infos über das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt [hier](#).



Bildquelle: Gerd Altmann_Pixabay

DBU-Projekt: Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Ausgestaltung einer Nachhaltigkeitsakademie zur Qualifizierung junger Erwachsener für die sozial-ökologische Transformation (WWF One Planet Hub)

Das von der DBU geförderte Projekt (Projektzeitraum: 01.01.2022 - 30.04.2022) adressiert insbesondere die Förderung Jugendlicher und junger Erwachsene aller gesellschaftlichen Bereiche. Der WWF unterstützt Weiterbildungsmöglichkeiten, um eine eigene, informierte Meinung zu dem anstehenden gesellschaftlichen Wandel zu entwickeln. Ziel des Vorhabens „One Planet Hub“ ist es, eine Nachhaltigkeitsakademie aufzubauen. Mehr Hintergrundinfos zum Projekt, zu den gegebenen Anlässen sowie den Abschlussbericht gibt es [hier](#).



Bildquelle: Phan Minh Cuong An_Pixabay

Zehn "Must-Dos" aus der Biodiversitätsforschung

Bis 2030 sollten 30 Prozent des Landes und der Meere unseres Planeten unter Schutz gestellt werden. Alle zur Schädigung von Natur führenden Subventionen sollten umgelenkt werden. Das sind zwei der Empfehlungen aus den „10 Must-Dos“ des Leibniz-Forschungsnetzwerks Biodiversität. Die Forschenden veröffentlichen ihre Vorschläge aus Anlass der Weltnaturkonferenz COP15 der Vereinten Nationen. Hier [→ weiterlesen](#).



Bildquelle: SusanneEdele_Pixabay

[Nach oben](#)

Post-2020 Prozess

Noch keine großen Fortschritte in Montreal



Bildquelle: Yves Zinngrebe

Die Weltnaturkonferenz (CBD-COP15) wurde am 6.12. von dem kanadischen

Während einige – zum großen Teil technische - Entscheidungen bereits verabschiedet werden konnten, sind zentrale Fragen zur Entwicklung und Umsetzung der globalen Ziele weiter offen.

Erfahren Sie mehr über die derzeit laufenden Verhandlungen der Weltnaturkonferenz in der aktuellen CBD-Kolumne von Yves Zinggerebe und Axel Paulsch. Hier [→ weiterlesen](#).

[Nach oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen?

Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

05.01.2023 – 08.01.2023, Tagungszentrum Milchwerk Radolfzell

Naturschutztage am Bodensee! Traditionsveranstaltung Anfang Januar 2023 in Präsenz



17.01.2023, 10:30 - 17:30 Uhr, Hybrid-Veranstaltung

BMUV Agrarkongress 2023



07.02.2023, 16:00 - 17:30 Uhr, Online

Online-Dialog: Moore und Feuchtgebiete



14.02.2023, 19:30 - 21:20 Uhr, beim Schützenclub gegenüber der NABU-Hütte Rödermark, 63110 Rodgau, Hessen

Vortrag Insektensterben und Wildpflanzen



15.02.2023, ab 19:30 Uhr, Wolkenstein-Saal, Kulturzentrum am Münster, Wessenbergstr. 43, 78462 Konstanz

Vortrag „Blühende Heuwiesen – Lebensraum von Schmetterling und Co. ohne Zukunft?“



21.02.2023, 18:00 - 20:00 Uhr, NABU-Biodiversitäts-Tower Berlin

Vortrag NABU-Biodiversitäts-Tower



28.02.2023, 09:30 - 12:30 Uhr, Online

BUND Tagung "Siedlungsplanung der Zukunft - ökologisch, effizient und erneuerbar"



[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021+: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine Plattform für die Information und den Austausch zum Thema Biodiversitätsforschung und -politik. Ein weiteres Anliegen ist die inter- und transdisziplinäre Vernetzung und Sichtbarmachung der Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@NeFo](https://twitter.com/NeFo)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-himeligh@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten.

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany



nefo *Vielfalt im Dialog*
 netzwerk-forum zur biodiversitätsforschung deutschland

Sondernewsletter Februar 2023



Bildquelle: IISB/ENB | Mike Muzurakis

Liebe Leserinnen und Leser,
 liebe/r <<Vorname>> <<Nachname>> ,

zum Ende des letzten Jahres haben wir hoffnungsvolle Nachrichten hinsichtlich der Biodiversitätskrise bekommen. Das lang erwartete globale Rahmenwerk zur Biodiversität (GBF) und seine 23 globalen Ziele wurden von den 196 Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt beschlossen.

In dieser NeFo-Newsletter-Sonderausgabe zur CBD COP15 liefern wir Ihnen einen Überblick über wichtige Ergebnisse sowie aufschlussreiche Artikel zu Hintergründen, Meinungen und Kritikpunkten zum GBF.

Um möglichst unterschiedliche Perspektiven zu beleuchten, gibt es diesmal gleich drei Gastbeiträge - darin ...

...fragt Julian Taffner (Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt), welche "Hausaufgaben" nicht nur die Politik, sondern auch die Wissenschaft jetzt zu bearbeiten hat.

...berichten Johannes Förster (UFZ) und Tobias Wildner (UFZ, Value Balancing Alliance) von zentralen politischen und regulatorischen Bestrebungen, die Finanzinstitute und Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen. Diese sollen Bericht erstatten, einerseits wie sich ihr Handeln auf die Biodiversität auswirkt und wie sehr sie andererseits aber auch von ihr abhängig sind.

...liefert eine Gruppe europäischer Wissenschaftler*innen, die im Earth System Governance Netzwerk zusammenarbeiten, Einschätzungen zu weiteren ausgewählten Zielen des GBF. Sie berichten in ihrem Beitrag über Erfolge und verbleibende Hindernisse für die Umsetzung und schlussfolgern, dass mit der Verabschiedung des Kunming-Montreal GBF ein neues (kurzes) Jahrzehnt der Bemühungen beginne, den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen.

Zusätzlich haben wir die Informationen auf unserer "CBD-Post-2020"-NeFo-Webseite aktualisiert. Dort finden Sie nun eine Kurzzusammenfassung der Verhandlungen in Montreal und ausgewählter GBF-Ziele sowie weiterführende Links.

Veranstaltungshinweise gibt es wie immer am Ende. Und noch ein Hinweis in eigener Sache: falls nicht schon geschehen, würden wir uns freuen, wenn Sie uns zehn Minuten Ihrer Zeit schenken und an unserer [Umfrage](#) teilnehmen, damit wir Ihre Meinungen und Wünsche noch besser in unserer Informations- und

Viel Spaß beim Lesen und gerne weitersagen. Biodiversität geht uns alle an!

Ihr NeFo-Team



Melden Sie sich [hier](#) für unseren kostenfreien monatlichen Newsletter an!

Folgen Sie uns auf [Twitter!](#)

Rubriken

[Ergebnisse der COP15](#)

[Ausgewählte Ziele des GBF](#)

[Gastbeiträge](#)

[Verschiedene Meinungen zum GBF](#)

[Verbindlichkeit der Sprache](#)

[So geht es weiter](#)

Ergebnisse der COP15

Am 19. Dezember 2022 ging die 15. Weltbiodiversitätskonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt ([CBD COP-15](#)) in Montreal zu Ende. Nach langjährigen Vorbereitungen und Verhandlungen wurde ein globales Abkommen beschlossen, das die Natur mit ihren Arten und Ökosystemen schützen soll. Die 196 Staaten der UN-Biodiversitätskonvention haben sich auf das sogenannte [Global Biodiversity Framework \(GBF\)](#) geeinigt. Dieses beinhaltet 23 praktisch weltweit gültige Ziele für den Biodiversitätsschutz, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen.

Die 23 Ziele, die sogenannten Targets sind in der [folgenden Abbildung](#) dargestellt:



Bildquelle: CC0 BY NeFo

Die neuen Ziele lösen die bisherigen Aichi-Biodiversitätsziele ab. Diese wurden auf der 10. Weltbiodiversitätskonferenz in Nagoya im Jahr 2010 festgelegt und sollten bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden. Die meisten von ihnen wurden allerdings weit verfehlt, kein einziges vollständig erreicht. Weiterhin verschlechtert sich der Zustand der Natur und die Biodiversität nimmt global betrachtet dramatisch ab. Bis zum Ende des Jahrhunderts könnten 1 Millionen Arten verschwunden sein (IPBES GA 2019). Daher ist es entscheidend, ob die Ziele des neuen GBF umgesetzt werden.

„Heute ist ein guter Tag für den weltweiten Natur- und Umweltschutz. Indem wir Natur schützen, schützen wir uns selbst und sichern auch für unsere Kinder eine lebenswerte Umwelt“

– Steffi Lemke, Bundesumweltministerin

Hier weiter lesen:

Finale Version des GBF in verschiedenen Sprachen



"#COP15: Ergebnisse der Weltnaturkonferenz in Detail" - Magdalene Trapp, NABU



Umfassender Bericht und Analyse über die COP15 und deren Ergebnisse auf Englisch von IISD

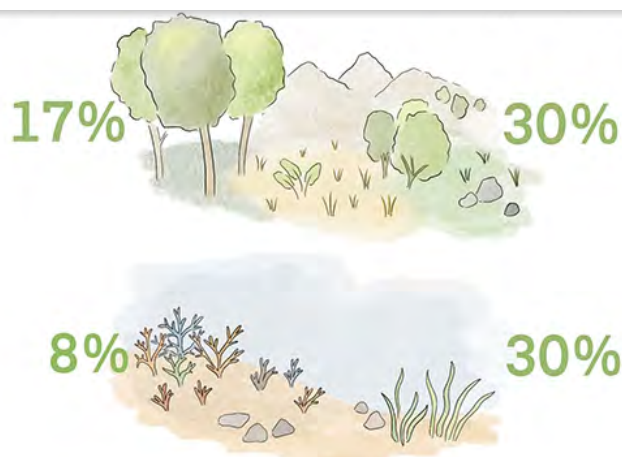


[Nach Oben](#)

Ausgewählte Ziele des GBF

ZIEL 3 - 30% Schutzgebiete an Land und Meer bis 2030 ("30x30" - Ziel)

Besondere Aufmerksamkeit in den Verhandlungen galt dem „30x30“- Ziel. Dieses besagt, dass 30% aller Meeres- und Landesflächen bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden sollen. Zum Vergleich: Aktuell stehen global 8% der Meeresflächen und 17% der Landesflächen unter Schutz.



Bildquelle: CC0 BY Robyn Lessnow | NeFo

Bei der Umsetzung dieses Zieles sind Fragen nach der Intensität der anthropogenen Nutzung in den Schutzgebieten und den Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung von höchster Relevanz. Wo sollen die Schutzgebiete ausgewiesen werden und in welchem Ausmaß wird dort eine menschliche Nutzung zugelassen bzw. ausgeschlossen? Wer entscheidet darüber und wie wird garantiert, dass die Menschenrechte der lokalen Bevölkerung nicht verletzt und ihre Nutzungsrechte in angemessenem Umfang gewahrt bleiben? Zudem sind eine adäquate und langfristige Finanzierung sowie ein effektives Management der Flächen von wesentlicher Bedeutung, damit keine "Paperparks" (Schutzgebiete, die nur auf dem Papier existieren) entstehen.



Bildquelle: IISB/ENB

Laut Schätzungen befinden sich 80% der verbliebenen Biodiversität auf Territorien von indigenen oder lokalen Gemeinschaften. Vertreter*innen von indigenen Gemeinschaften hatten daher vor und während der COP-15 angemahnt, dass Schutzgebietsausweisungen nicht dazu führen dürften, dass sie von ihren Territorien ausgeschlossen werden. Andererseits erhoffen sich einige indigene Gemeinschaften durch die Etablierung neuer Schutzgebiete einen stärkeren Schutz ihrer Heimat vor Raubbau.

Hier weiter lesen:

Auf unserer Webseite erfahren Sie mehr über die einzelnen Schutzziele



"Was bringt das "30x30"-Ziel wirklich?" - Simon Plentinger, BR



"Grüne Diplomatie: Bleibt Platz für Indigene, wenn wir 30 Prozent der Erde schützen?" - Carolin Wahnbaeck, Zeit Online



Als weiteres Ziel wurde sich auf die Reduzierung der schädlichen Wirkung sowohl von Düngemitteln als auch Pestiziden (Insektizide, Fungizide und Herbizide) geeinigt. Bis zum Jahr 2030 sollen die Nährstoffeinträge in die Umwelt sowie die Risiken durch Pestizide und hochgefährliche Chemikalien um 50% gesenkt werden. Unklar ist allerdings noch, wie die Einträge und Risiken korrekt und einheitlich gemessen werden können.



Bildquelle: CC0 BY Robyn Lessnow | NeFo

„Ich denke schon, dass das Potenzial dafür da ist, ohne dass wir große Einbußen beim Ertrag haben. Was Getreide zum Beispiel betrifft, da können wir belegen, dass sich bis zu 70 Prozent einsparen lassen ohne große Verluste beim Ertrag.“

- Josef Settele, UFZ

Hier weiter lesen:

Auf unserer Webseite erfahren Sie mehr über die einzelnen Schutzziele



Interview mit Josef Settele über die Weltnaturkonferenz - Anja Martini, tagesschau



"Pestizide in der Landwirtschaft: Deutschland spritzt noch immer viel" - Doris Fenske, Bayerischer Rundfunk



ZIEL 13 - Zugang und faire Verteilung genetischer Ressourcen

Ein großer Streitpunkt vor der COP15 war die Nutzung genetischer Ressourcen. Im Wesentlichen geht es bei dieser Auseinandersetzung um die Frage, ob genetische Informationen von Lebewesen weiterhin frei verfügbar sein sollen, z.B. als sogenannte digitale Sequenzinformationen (DSI) über frei nutzbare Datenbanken. Länder des globalen Südens fordern eine Beschränkung, da Firmen aus dem globalen Norden mit Wissen über DNA-Sequenzen teilweise große Profite erzielen, ohne sie mit den Herkunftsländern der Informationen zu teilen. Besonders Forschende befürchten allerdings, dass eine Einschränkung des Zugangs zu genetischer Information den wissenschaftlichen Fortschritt schwerwiegend behindern würde, unter anderem in der Biodiversitätsforschung, Pharmazie und Medizin.



Bildquelle: CC0 BY Robyn Lessnow | NeFo

Auf der COP15 wurde nun entschieden, einen multilateralen Mechanismus für die Nutzung von DSI zu etablieren. So sollen die Vorteile, die sich aus der Nutzung von genetischen Ressourcen ergeben, ausgewogen und gerecht aufgeteilt werden. Dieser Vorteilsausgleichsmechanismus soll nun weiter diskutiert und bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz (CBD COP-16) konkret entworfen werden.

Hier weiter lesen:

Kurzes Erklärvideo zu Digitalen Sequenzinformationen auf Englisch:
"DSI - simply explained" - ABS Biotrade



Auf unserer Webseite erfahren Sie mehr über die einzelnen Schutzziele



Statements über den Zugang zu genetischen Ressourcen - science media center germany

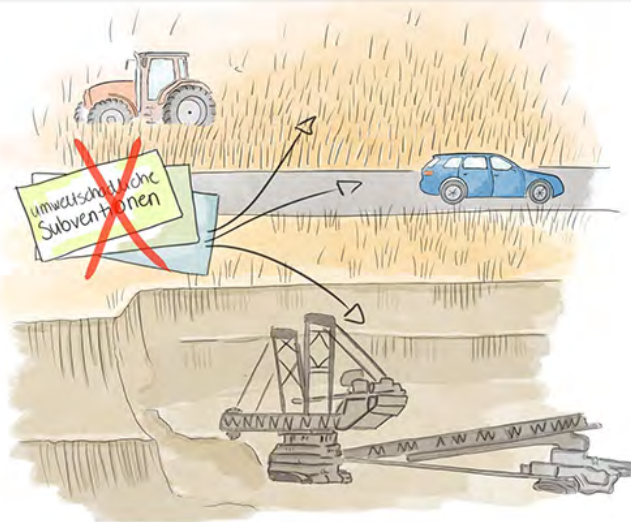


Detaillierter Artikel über die Verbindung zwischen dem neuen globalen Biodiversitäts-Fond und der Nutzung von digitalen Sequenzinformationen - Bart Van Vooren, Covington



ZIEL18 - Abbau umweltschädlicher Subventionen in Höhe von 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr

Bis 2025 sollen laut dem vereinbarten GBF Anreize und Subventionen mit negativen Auswirkungen auf die Biodiversität identifiziert und bis 2030 beendet werden. Die Reduktion der umweltschädlichen Subventionen soll bis 2030 mindestens 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr betragen. Zudem sollen positive Anreize für die Biodiversität erhöht werden.



Bildquelle: CC0 BY Robyn Lessnow | NeFo

„Die OECD taxiert damit die biodiversitätsschädlichen Subventionen auf 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr – fünf bis sechsmal so viel, wie die OECD-Staaten für ihren Schutz ausgeben“
 - Florian Zerzawy, FÖS

Hier weiter lesen:

Auf unserer Webseite erfahren Sie mehr über die einzelnen Schutzziele



Statements zur Umlenkung von umweltschädlichen Subventionen in Naturschutz - science media center germany

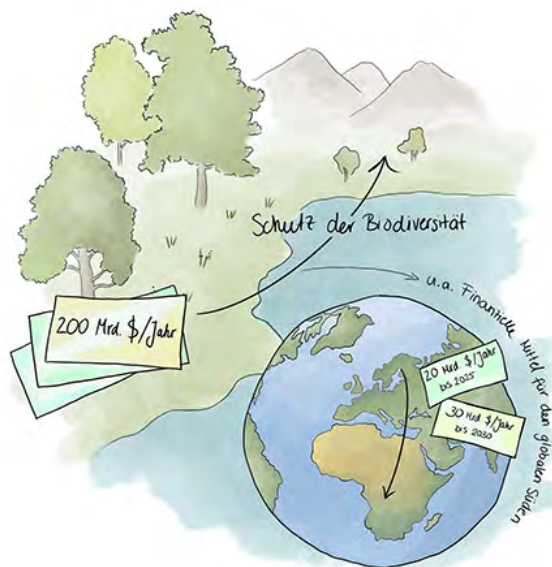


Studie über umweltschädliche Subventionen in Deutschland und deren Auswirkungen auf die Biodiversität - Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)



ZIEL 19 - Finanzielle Mittel für den Biodiversitätsschutz erhöhen

Um die Vereinbarungen der COP15 umzusetzen, sind zusätzliche Finanzmittel erforderlich. Bis zum Jahr 2030 sollen weltweit jährlich 200 Milliarden US-Dollar für den Biodiversitätsschutz bereitgestellt werden.



Im Vorfeld zur COP15 haben die Länder des globalen Südens gefordert, dass der globale Norden deutlich mehr Geld mobilisiert, und zwar 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Geeinigt wurde sich nun auf eine sehr viel niedrigere Summe: 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2025 und 30 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2030. Dennoch bedeutet dies eine wesentliche Erhöhung im Vergleich zum Status quo: aktuell werden etwa 8 Milliarden US-Dollar pro Jahr bereitgestellt. Dieses Geld fließt vom globalen Norden in den globalen Süden, denn letzterer beherbergt die meiste Biodiversität. Die Verantwortung zum Erhalt dieser Artenvielfalt trägt aber nicht nur der globale Süden, sondern auch die Länder des finanziell besser gestellten globalen Nordens.

Um eine schnellere Verfügbarkeit des Geldes zu ermöglichen, wurde der „Global Biodiversity Framework Fund“ gegründet.

Hier weiter lesen:

Auf unserer Webseite erfahren Sie mehr über die einzelnen Schutzziele



"Biodiversität rückt auf die Agenda des Finanzsektors" - pwc



Artikel über den finanziellen Grund wieso reiche Länder lieber Ziele statt Maßnahmen fordern (auf Englisch) - China Dialogue



[Nach Oben](#)

Gastbeiträge

Montreals „Paris-Moment light“ - Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft



Bildquelle: Julian Taffner

Am 19. Dezember 2022 einigten sich Vertreter*innen von 196 Mitgliedsstaaten der UN-Biodiversitätskonvention bei der Weltnaturkonferenz auf ein globales Rahmenwerk zum Schutz der Biodiversität – trotz inhaltlicher Abschwächungen und Streichungen sind die 23 festgelegten Ziele ambitioniert. Jetzt liegt es an den Mitgliedsstaaten, diese Ziele bis 2030 erfolgreich umzusetzen. Auch die Forschung ist in der Verantwortung. Sie muss bestehende Wissenslücken schließen und eng mit allen Akteuren zusammenarbeiten – vor allem, wenn es darum geht, naturbasierte Lösungen zu finden, vertretbare Offset-Lösungen zu definieren und verlässliche Kriterien zum Schutz vor Greenwashing zu etablieren.

Zum [Gastbeitrag](#) von Julian Taffner.

Globales Biodiversitätsziel 15: Stärkung der Rolle von Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten



Bildquelle: Johannes Förster

Auf der CBD COP15 haben sich die Mitgliedsstaaten im Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework unter anderem darauf geeinigt Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass insbesondere große Unternehmen und Finanzinstitute, Auswirkungen auf und Abhängigkeiten von Biodiversität bis 2030 erfassen und offenlegen sollen (Target 15). Das Forschungsprojekt Bio-Mo-D brachte auf der CBD COP-15 die führenden globalen Standardsetzer für eine solche Biodiversitäts-Berichterstattung in einem Side Event zusammen.

Zum [Gastbeitrag](#) von Johannes Förster und Tobias M. Wildner.

Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden?



Bildquelle: Yves Zinggrebe

Nach vierjährigen Verhandlungen wurde das Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (GBF) von der COP-15 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) in Montreal Ende Dezember 2022 angenommen. Während die Vertragsstaaten und viele Beobachter*innen diese Errungenschaft eines globalen Übereinkommens feierten, weist das verabschiedete Abkommen erhebliche Limitationen auf. Auch wenn die Vertragsstaaten nun die Flexibilität des GBFs tatsächlich nutzten, um sinnvolle Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu ergreifen, sind auf der COP15 viele Fragen offen geblieben.

Zum [Gastbeitrag](#) von Yves Zinggrebe, Ioannis Agapakis, Elsa Tsioumani, Sylvia Karlsson-Vinkhuyzen, Joanna Smallwood, Johannes Förster, Ulrike Tröger, Ina Lehmann.

[Nach Oben](#)

Verschiedene Meinungen zum GBF

Zum Global Biodiversity Framework gibt es verschiedene, teilweise sehr weit auseinander

"Umweltorganisationen sprechen von einem großen Schritt nach vorne, einem überraschend guten Rahmenwerk oder historischen Meilenstein."

- Susanne Bergius

"COP15: Weltabkommen zur Biodiversität beschlossen"
- Susanne Bergius, Tagesspiegel Background



"Ich bin zufrieden und ich glaube, wir haben da ganz gute Fortschritte gemacht. Dennoch ist das bei weitem nicht hinreichend. Aber der Weg stimmt, die Richtung stimmt, und ich bin froh, dass wir so weit gekommen sind."

- Josef Settele, UFZ



Bildquelle: Sebastian Wiedling | UFZ

Interview mit Josef Settele: Weltnaturkonferenz: "Ein sehr guter Tag" - Anja Martini, tagesschau



Justin Trudeau, kanadischer Premierminister, betonte, dass die Zahl 30 nicht zufällig ausgewählt wurde, sondern nach Empfehlung bester WissenschaftlerInnen festgesetzt wurde. Eric Dinerstein, Vordenker des 30x30-Ziels erklärte jedoch, dass 30% vollkommen "willkürlich" seien.

"Halbzeit bei der COP15: Die 5 schlimmsten Aussagen"
- Fiore Longo, Survival International



Bildquelle: Yves Zinngrebe | NeFo

„Es war definitiv kein Paris-Moment – ich hatte den Eindruck, dass alle Delegierten der COP15 müde von vier Jahren sehr zäher Verhandlungen sind.“

- Yves Zinngrebe, UFZ

"Wissenschaft und Indigene begrüßen Montreal-Beschlüsse, mahnen schnelle Umsetzung an" - Christian Schwägerl, Thomas Krumenacker, RiffReporter



[Nach Oben](#)

Verbindlichkeit der Sprache des GBF

Sprache definiert – sie kann konkret oder offen zur eigenen Interpretation sein. Im Rahmen internationaler Abkommen ist die Wortwahl besonders entscheidend - je nach Kontext kann das Ergebnis sehr fruchtbar oder ein "zahnloser Tiger" sein. So wurde bei den Verhandlungen zum GBF auch um jedes Wort gerungen.

"Der Text ermutigt politische Entscheidungsträger, Unternehmen "zu ermutigen und zu befähigen", ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu überwachen, zu bewerten und offenzulegen, aber das Fehlen des Wortes "verpflichtend" wird als Abschwächung dieses Ziels angesehen."

- Phoebe Weston, the Guardian (aus dem Englischen übersetzt)

“Müssen” haben unterschiedliche Konsequenzen.

Lesen Sie in diesen zwei Artikeln nach, wie sich die Formulierung des GBF auf dessen Verbindlichkeit auswirkt.

Hier weiter lesen:

"UN-Gipfel COP15: Beim Masterplan der Menschheit zur Rettung der Natur zählt jetzt jedes Wort" - Thomas Krumenacker, RiffReporter



Artikel über die Verbindlichkeit des GBF (auf Englisch) - Phoebe Weston, The Guardian



[Nach Oben](#)

So geht es weiter

2024 findet die nächste Vertragsstaatenkonferenz (CBD COP16) in der Türkei statt. Bis dahin sollen einige Maßnahmen bereits angelaufen sein, andere Maßnahmen müssen vorher noch konkretisiert werden. Beispielsweise bedarf der Mechanismus zum Ausgleich der Vorteile aus der Nutzung digitaler Sequenzinformationen (DSI) vor der COP16 noch weiterer internationaler Abstimmung.

Die Bundesregierung hat bekannt gegeben, dass Deutschland zusammen mit Kolumbien eine gemeinsame Umsetzungsstrategie zum GBF startet. Was genau sich dadurch ändern wird, ist allerdings noch unklar. Auf nationaler Ebene ist die Fortschreibung und Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie entscheidend. Zum Entwurf dieser Strategie wird es im Jahr 2023 ein [öffentliches Beteiligungsverfahren](#) geben.



Bildquelle: Lisa Schmidt | NeFo

Zudem empfehlen Wissenschaftler*innen aus Deutschland in einem [Brief an die Bundesregierung](#) die Einrichtung eines hochrangigen nationalen Biodiversitätsrats, um die Umsetzung der Ziele des GBFs auf nationaler Ebene zu erleichtern.

“Ein solcher Biodiversitätsrat soll – gemeinsam mit jungen Menschen – dabei helfen, die Erhaltung unserer biologischen Lebensgrundlage über alle Politikressorts hinweg zum Kernthema der Politik machen.”

- Sebastian Tilch, iDiv

Hier weiter lesen:

"Deutschland und Kolumbien starten Umsetzungs-Initiative" - Internationale Klimaschutz Initiative (IKI)



Mit Hilfe eines Biodiversitätsrats könnten die globalen Biodiversitätsziele in Deutschland noch schneller umgesetzt werden - Sebastian Tilch, iDiv



[Nach Oben](#)

Veranstaltungen und Termine

Sie möchten auf eine Veranstaltung mit Biodiversitätsbezug hinweisen? Schicken Sie uns einfach eine [E-Mail](#) mit Titel, Beschreibung, Datum, Veranstaltungsort und Web-Link auf Deutsch. Vielen Dank.

27.02.2023, 16:00 - 18:00 Uhr, Online

[Online-Diskussion "Kommt die Zeitenwende für den Naturschutz?"](#)



28.02.2023, 09:30 - 12:30 Uhr, Online

[BUND Tagung "Siedlungsplanung der Zukunft - ökologisch, effizient und erneuerbar"](#)



01.03.2023 - 07.05.2023, Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet im "Haus der Tausend Teiche"

[Ausstellung "Insekten in Gefahr - Ein Rückgang mit Folgen"](#)



08.03.2023, 19:30 Uhr, Arthur von Weinberg-Haus, Robert Mayer-Straße 2, Frankfurt a.M. und Online

[Vortrag: Kaum Raum für Natur - der Landnutzungswandel als globales Problem für Arten, Ökosysteme und Klima](#)



18.03.2023, 09:30-15:00, Bad Dürkheim oder Online

[POLLICHIA-Frühjahrstagung und -Mitgliederversammlung 2023: Naturschutzkonforme Offenlandpflege und Biodiversität](#)



23.03.2023, 17:00 - 19:00 Uhr, Online

[Green Cities 2035: Verkehrswende](#)



30.03.2023, 09:00 - 16:30 Uhr, TH Bingen

[Fachtagung: Zeitenwende im Naturschutz - Status und Zukunft des Naturschutzes in Rheinland-Pfalz](#)



[Nach oben](#)

Über uns und unsere Förderer

Über die Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021+: Die "Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021" ist eine Initiative von NeFo, dem Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland, und wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Das Projekt wird durchgeführt von der Hochschule Geisenheim University, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig - UFZ sowie dem Museum für Naturkunde Berlin - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung. → [Was wir machen](#)

Über NeFo: Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist eine

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate](#) ▼[RSS](#)

Biodiversitätsforschung in Deutschland über Institutionsgrenzen hinweg. Aber auch hinter NeFo stecken Menschen und Institutionen - wenn Sie uns kennenlernen wollen, schauen Sie gern auf unserer Webseite vorbei! → [Wer wir sind](#)



Feedback & Kontakt

NeFo-Team

c/o Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Department Naturschutzforschung

Tel. 0341/235-1270

Email: nefo-biodiv@ufz.de

Website: www.biodiversity.de

Twitter: [@Ne_Fo](#)

Verantwortliche Projektleiterin Kommunikationsoffensive:

Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim

E-Mail: marianne.darbi@hs-gm.de

Ansprechpartner für die Presse:

Sebastian Tilch

E-Mail: tilch-limeight@web.de

Vom Newsletter abmelden

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich vor einiger Zeit für den NeFo-Newsletter angemeldet hatten. Sollten

Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:

[Keine Nachrichten mehr erhalten](#)

Rechtliches und Impressum

Die im Newsletter verlinkten Texte unterliegen dem Urheberrecht der AutorInnen. Abdruckgenehmigungen müssen einzeln erfragt werden.

[Impressum](#) und [Datenschutz](#)

www.biodiversity.de



This email was sent to <<Email-Adresse>>

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland · am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH · UFZ · Permoserstr. 15 · Leipzig 04318 · Germany



Naturschutz endet nicht an den Landesgrenzen

Internationale Naturschutzziele müssen globalisierten Handel berücksichtigen

Von Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 30. Juni 2021

Vom 11. bis 24. Oktober treffen sich, so Corona es zulässt, mit einem Jahr Verspätung die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt der Vereinten Nationen (CBD). Anlass ist die 15. Vertragsstaatenkonferenz COP-15 im Chinesischen Kunming. Der Erwartungsdruck ist enorm, denn es geht darum, den obersten politischen Rahmen darüber zu setzen, wie lebenswert die Erde am Ende des Jahrhunderts und danach noch sein wird. Doch während die Staaten sich darauf konzentrieren, den Biodiversitätsverlust innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu reduzieren, wird den Auswirkungen der globalen Wirtschaft kaum Beachtung geschenkt. Dabei beuten gerade besonders artenreiche Länder ihre Naturschätze aus, um die Nachfrage anderer Länder zu bedienen. Höchste Zeit also, internationale Verantwortung politisch festzuschreiben und wirksame Regelungen zu treffen.

Deutschland ist bekannt als führende Exportnation. Nach China und den USA liegt es an dritter Stelle weltweit. Weniger bekannt ist, dass es weltweit auch an dritter Stelle der größten Importnationen liegt – ebenfalls nach den USA und China. Laut Weltbank wurden 2018 Waren im Wert von über 1,6 Billionen Euro eingeführt. Damit hat Deutschland großen Einfluss auf weite Teile der Welt – und Umwelt.

Gerade in den besonders biodiversitätsreichen Ländern werden wertvollste Ökosysteme in Agrarflächen verwandelt, um die Nachfrage an Konsumgütern von Menschen in fernen Ländern zu bedienen. So wurde in Südamerika einer aktuellen Studie in Nature Sustainability zufolge der Sojaanbau seit dem Jahr 2000 von 26.400 auf 55.100 Quadratkilometer verdoppelt.

Über 80 Prozent davon werden in Brasilien angebaut, das seine Sojaflächen in dieser Zeit verzehnfachte – und dafür weite Teile seiner Wälder abgeholzt hat. 11.000 Quadratkilometer waren es allein 2020. Und das vor allem für den Export. 27 Millionen Tonnen Soja exportierte Brasilien 2017 laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in die EU. China orderte gar 63 Millionen Tonnen. 90 Prozent des Sojas werden für die Tierhaltung genutzt.



In den letzten 20 Jahren hat sich der globale Fleischkonsum mehr als verdoppelt.

2018 wurden laut FAO 320 Mio. Tonnen Fleisch konsumiert. 26 % der globalen Landfläche werden als Viehweiden genutzt, 6% zur Futtermittelproduktion. Nur auf 5% werden Nahrungsmittel angebaut, die wir direkt verzehren. Bild: Pixabay

Der globale Handel ist einer der stärksten Treiber des Biodiversitätsverlustes. Eine [Studie von 2012](#) beziffert den Anteil des internationalen Handels an der globalen Bedrohung von Arten auf 30 Prozent. Eine weitere [Studie von 2019](#) zeigt, dass von den knapp 1000 untersuchten Arten, die durch Landnutzungswandel lokal ausgestorben sind, ein Viertel letztlich dem Handel mit Exportprodukten zum Opfer fiel.

Der Konsum von Agrarprodukten in der Europäischen Union sei für ein Drittel der globalen Entwaldung verantwortlich. Andere Studien kommen sogar zu einem höheren Ergebnis. Eine drastische Verschlechterung in jedem Fall: Vor nur 17 Jahren waren es noch zehn Prozent der lokalen Aussterbe-Ereignisse, die auf den globalen Handel zurückzuführen waren. Die Agrarprodukte mit dem höchsten Druck auf die Biodiversität weltweit sind Soja, Palmöl, Kaffee, Tee, Kakao, Baumwolle, Tabak und Kautschuk.

„Telecoupling“ nennen Forschende wie Jens Newig, Professor für Governance und Nachhaltigkeit an der Leuphana Universität Lüneburg das Phänomen. „Biodiversität ist ja im Grunde erst einmal etwas Lokales. Im Gegensatz zu Einflüssen mit ganz globalen Auswirkungen, etwa von CO₂-Emissionen, beschreibt Telecoupling spezifische Auswirkungen einer Handlung an Ort A auf das Ökosystem an Ort B, ohne dass gleich der ganze Planet davon betroffen sein muss“. Newig beschäftigt sich mit der Frage, welche Institutionen diese globalen Prozesse wie steuern sollten, damit sie in nachhaltige Bahnen gelenkt werden.

Europas Konsum belastet immer mehr die Natur in anderen Regionen

„Europa lagert seine Umweltschäden in andere Länder aus und streicht die Lorbeeren für grüne Politik zuhause ein“, schreiben die Wissenschaftler Richard Fuchs, Calum Brown und Mark Rounsevell in einem [Kommentar in der Zeitschrift Nature vom Dezember 2020](#). So durften sich Europas Wälder zwischen 1990 und 2014 um 13 Millionen Hektar ausdehnen, einer Fläche so groß wie Griechenland. Im selben Zeitraum wurden für den Konsum in Europa anderswo 11 Millionen Hektar Wald abgeholzt, drei Viertel davon für Ölpflanzen in Brasilien und Indonesien. Laut des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP lagerten die entwickelten Länder in den Jahren von 2000 und 2011 90 Prozent der durch Konsum von Agrarprodukten erzeugten Naturzerstörungen und 40 Prozent ihrer CO₂-Emissionen in andere Erdteile aus. Allerdings nahm im untersuchten Zeitraum der Konsum auch in anderen Weltregionen rasant zu. Tatsächlich überholen die Schwellenländer die Industriestaaten gerade bei der Größe ihres umweltschädlichen Fußabdrucks durch den Konsum.



Seit 2010 hat Brasilien seine Anbauflächen für Soja verzehnfacht und ist global der Hauptproduzent. In den allermeisten Fällen wurden dafür wertvolle Naturflächen geopfert. Bild: Jestermaroc_Pixabay

Die Schutzziele der CBD beziehen sich nur auf die Natur in den eigenen Grenzen

In den bisherigen Biodiversitätszielen der CBD von 2010 tauchte dieses bedeutende Problemfeld des „Telecoupling“ gar nicht auf. Deutschland war da theoretisch schon weiter. Bereits 2007 beschloss das Bundeskabinett in der Nationalen Biodiversitätsstrategie, dass bis 2020 ein Viertel der importierten natürlichen Ressourcen aus nachhaltiger Produktion kommen sollten. Außerdem sollte die deutsche Industrie in Ökobilanzen alle ihre Umweltauswirkungen vom Rohstoffeinsatz bis hin zur Abfallwirtschaft darstellen – einschließlich der Auswirkungen ihrer Produkte auf die Biodiversität im Ausland.

Die Unternehmen wurden dazu jedoch nicht verpflichtet. Außer Zertifikaten wurden auch kaum Anreize für nachhaltige Produktion gesetzt. Und selbst diese geben keine verbindlichen ökologischen und sozialen Standards für Sojaimporte vor.

Zwar gibt es Leitlinien der europäischen Futtermittelbranche, die den Bezug von Soja aus illegaler Entwaldung untersagen, sie bewirken jedoch nur wenig. Von den 3,9 Millionen Tonnen nach Deutschland importiertem Soja im Jahr 2018 können nur rund 22 Prozent als entwaldungsfrei angesehen werden. Auch Umweltbilanzen von Unternehmen sind bis heute eher selten.

Dabei hatte sich die Bundesregierung 2016 in einem Aktionsplan mit den großen Unternehmen darauf geeinigt, dass diese fortan freiwillig ihre Lieferketten offenlegen und selbstständig darauf drängen sollen, dass Zulieferer im Ausland bestimmte Standards einhalten. Sollte dies nicht passieren, würde der Staat gesetzliche Schritte einleiten. Im Zentrum dieser Selbstverpflichtung standen allerdings weniger Umwelt-, sondern vielmehr soziale Aspekte. So sollte für faire Arbeitsbedingungen und Löhne gesorgt sowie Kinderarbeit vermieden werden.

Lieferkettengesetz soll neben Menschenrechten auch die Natur schützen

Vier Jahre später war jedoch klar, dass freiwillig zu wenig passiert. Lediglich 19 Prozent der involvierten Unternehmen hielten sich an die Abmachung. Also musste der Gesetzgeber aktiv werden: Anfang Juni dieses Jahres hat der Bundestag nun ein Lieferkettengesetz verabschiedet. Im Kern schreibt es den Unternehmen eine Sorgfaltspflicht vor. Sie müssen, abgestuft nach Einflussmöglichkeiten, für die Einhaltung der Menschenrechte, abgestuft nach Einflussmöglichkeiten, auf der gesamten Lieferkette sorgen.

Das umfasst ihren eigenen Geschäftsbereich und unmittelbare Zulieferer. Außerdem müssen sie eine menschenrechtliche Risikoanalyse vornehmen, Möglichkeiten zur Beschwerde einrichten und Aktivitätsberichte abliefern.

2023 tritt das Gesetz in Kraft und gilt zuerst nur für Unternehmen mit über 3000 Beschäftigten und Sitz in Deutschland (was 600 Unternehmen ausmacht). 2024 soll es dann für alle 2891 deutschen Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten gelten.

Umweltverbände hatten darauf gedrängt, über die Menschenrechte hinaus auch den Umweltschutz einzubeziehen. Das ist zwar geschehen, allerdings spielt Umweltschutz nur eine untergeordnete Rolle. „Im parlamentarischen Prozess wurde in letzter Minute § 2 Abs. 3 (Umweltbezogene Pflichten) gestrichen, so dass nur noch das Umweltbezogene Risiko (Abs. 4) erfasst ist. Damit hat das Gesetz an Klarheit im Wortlaut eingebüßt, da der Begriff der umweltbezogene Pflicht nur noch vereinzelt auftaucht, ohne definiert worden zu sein“, sagt die Rechtswissenschaftlerin Elisabeth V. Henn, vom Department

für Umwelt- und Planungsrecht am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ. „Trotzdem sind umweltbezogene Risiken unabhängig von menschenrechtbezogenen Pflichten in Bezug auf Quecksilber, gefährliche Chemikalien und Abfälle (im Sinne des Basler-, POP- und Minamata-Abkommens) in die Sorgfaltsprüfung einzubeziehen.“

Henn hatte 2020 mit ihrer Kollegin Jannika Jahn in der Entwicklungsphase des Gesetzes ein Rechtsgutachten im Auftrag des BUND mit dem Titel „Zulässigkeit und Gegenstand umweltbezogener Sorgfaltspflichten in einem deutschen Lieferkettengesetz“ erstellt. Dort hatten die Autorinnen aufgezeigt, dass es ohne weiteres möglich ist, zumindest die sehr präzisen Pflichten bei der Handhabung von Quecksilber, gefährliche Chemikalien und Abfällen aus dem Basler-, POP- und Minamata-Abkommen zum Gegenstand der Sorgfaltsprüfung zu machen.

Die Umweltverbände bemängeln das Gesetz. Es bliebe im Hinblick auf die Umweltsorgfaltspflichten, die Durchsetzungsmechanismen und den Geltungsbereich unzureichend, kommentiert die Deutsche Umwelthilfe. Die Zerstörung von Klima, Wäldern und Artenvielfalt in den Lieferketten deutscher Unternehmen blieben in den allermeisten Fällen folgenlos. Durch die Beschränkung auf direkte Zulieferer fiel zudem ein Großteil der Lieferketten durchs Raster. Und das betreffe meist genau jene Bereiche, in denen die meisten menschenrechtlichen bzw. Umweltverstöße zu erwarten seien: In den Entwicklungsländern mit niedrigen Umweltstandards und Kontrollmöglichkeiten.

„Die Gründe für die Eingrenzung der umweltbezogenen Pflichten liegen vordergründig im allgemeinen Völker-, Umweltvölker- und Welthandelsrecht“, sagt Henn. „Menschenrechtsstandards wurden in multilateralen Verträgen von Staaten sehr genau festgeschrieben und durch die zuständigen Gerichte präzisiert. Für umweltvölkerrechtliche Verträge ist dies nicht der Fall.“ So sei etwa die CBD nicht hinreichend präzise und ihre Umsetzungsstrategien vornehmlich „soft-law“. Diese grundlegenden Unterschiede zwischen Menschenrechts- und Umweltabkommen seien genauso wenig wie WTO-rechtliche Vorgaben ein absolutes Hindernis für eine völkerrechtskonforme Regulierung umweltbezogener Sorg-

faltspflichten in der Lieferkette. "Sie erfordern allerdings einen erheblichen Präzisierungsaufwand für den Gesetzgeber. Für diesen Aufwand haben die Zeit und der politische Wille nicht gereicht", sagt die Juristin.

Nimmt die Europäische Union die Unternehmen stärker in die Verantwortung?

Perspektivisch könnten die für Unternehmen geltenden Regelungen in der Lieferkette indes strenger werden. Die Europäische Union diskutiert derzeit sowohl eine Richtlinie zu Sorgfaltspflichten in der Lieferkette als auch eine Verordnung zu sogenannten Entwaldungsrisikoprodukten wie Soja. Nach Vorstellung einer Mehrheit des EU-Parlaments soll die Verordnung deutlich strengere Maßstäbe setzen als das gerade von der Bundesregierung beschlossene Gesetz. So sollen die Sorgfaltspflichten für europäische Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte auch kleine und mittlere Unternehmen umfassen. Die Verordnung könnte für alle Marktteilnehmer, auch deutsche Unternehmen, Sorgfaltspflichten in der Lieferkette von Produkten etablieren, die mit Entwaldung in Verbindung stehen. Die EU-Abgeordneten fordern zudem strenge Haftungsregeln.

Das sind allerdings nur die Positionen des EU-Parlaments. Die EU-Kommission erarbeitet derzeit einen Verordnungsentwurf, der dann mit dem EU-Parlament und EU-Rat diskutiert werden muss. Das wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Henn geht von mindestens zwei Jahren aus.

„Die Nachhaltigkeitsstandards der EU sollten für alle Produkte gleichermaßen gelten, egal ob aus Importen oder einheimischer Produktion“, empfehlen dazu Fuchs et al. (2020) in ihrem Artikel. Auch wenn die EU die Standards nicht anderswo durchsetzen kann: sie könne doch verlangen, dass Importwaren ihren Vorschriften entsprechen. Dazu müssten ein klares Zertifizierungs- und Kennzeichnungssystem entwickelt und entsprechende Zollkontrollen personell und finanziell ausgestattet werden. Dies könne dann externe Produzenten dazu ermutigen, ihre Standards auf EU-Niveau anzuheben; einige Landwirte in Brasilien täten dies bereits.



Die Firma Tailorlux aus Münster entwickelt, gefördert durch die DBU, ein Markierungsverfahren für Bio-Baumwolle, bei dem die Fasern bereits in der Mühle so markiert werden sollen, dass sie später mit einem Spektrometer wiedererkannt werden können. So soll die Echtheit der Biobaumwolle garantiert werden. Ein weiteres DBU-Projekt testet eine Rückverfolgungsmethode ohne Markierung. Bild: Tailorlux

Ansätze, wie die Rückverfolgung der Herkunft von Produkten praktisch aussehen könnte, werden derzeit schon entwickelt. So testet die Firma Agroisolab, unterstützt durch die Deutschen Stiftung Umwelt (DBU), gerade technische Analyseverfahren um nachzuvollziehen, ob wirklich Biobaumwolle drin ist, wo Biobaumwolle draufsteht. Weltweit wird auf 32 Millionen Hektar Baumwolle angebaut.

Obwohl dies nur rund 3,2 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ausmacht, werden dabei 25 Prozent der weltweit eingesetzten Bekämpfungsmittel gegen Insekten versprüht. Im Zentrum der neuen Methode stehen spezifische chemische Signaturen der Baumwolle, die Aufschluss über ihre Anbauregion geben sollen. Dafür testen die Entwickler die Stabil-Isotopen-Methode, die bereits vielfach erprobt ist.

Grundsätzlich wird eine Transformation zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern aber nur funktionieren, wenn alle - Firmen wie Konsumenten - mitgenommen werden. Auf der Ebene der internationalen Handelspolitik, etwa im Rahmen von Freihandelsabkommen, sieht Governance-Forscher Newig durchaus Möglichkeiten, Nachhaltigkeitsklauseln unterzubringen, wenn man wollte. Allerdings sieht er auch die Gefahr, dass die Industriestaaten hier als neokolonialistisch bewertet würden, wenn sie Entwicklungsländern Produktionsmethoden aufzwingen. Von daher sei aus seiner Sicht die Welthandelsorganisation WTO der geeignetste Rahmen.

Neue CBD-Biodiversitätsziele sehen Regelungen zum globalen nachhaltigen Handel vor

Um nachhaltige Produktion weltweit auf die Tagesordnung der WTO zu bekommen, ist es sicherlich hilfreich, wenn sich alle UN-Mitgliedstaaten schon einmal im Rahmen der CBD auf solch ein gemeinsames Ziel geeinigt haben. Das wird auch kommen. Im aktuellen Entwurf für die neuen Biodiversitätsziele, dem sogenannten Zero-Draft, der bei der COP-15 in Kunming diskutiert und verabschiedet werden soll, setzen sich die Mitgliedstaaten das Ziel 14:

„Wirtschaftssektoren in Richtung nachhaltiger Praktiken zu reformieren, auch entlang ihrer nationalen und transnationalen Lieferketten, und bis 2030 eine Reduzierung der negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt um mindestens [50 %] zu erreichen.“

Die Weltnaturschutzunion IUCN kritisiert an dieser Formulierung zum einen, dass nicht alle Auswirkungen vermieden werden sollen und das Startdatum im Unklaren bliebe. Außerdem müsse dort, wo Schäden unausweichlich seien, eine Kompensierung verlangt werden. Sie schlägt entsprechend folgende Umformulierung vor:

„Ab 2020 Reform der Wirtschaftssektoren in Richtung nachhaltiger Praktiken, auch entlang ihrer nationalen und transnationalen Lieferketten, mit dem Ziel, bis 2030 alle negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu stoppen.“

‘Business for Nature’, eine globale Vereinigung von Wirtschafts- und Naturschutzorganisationen sowie zukunftsorientierten Unternehmen, empfiehlt eine stärkere Ansprache des produktiven Sektors, um diesen stärker in den Umsetzungsprozess einzubinden. Die Initiative schlägt entsprechend folgende Formulierung für Ziel 14 vor:

„Bis 2030 sollte eine Reduzierung der negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt um mindestens [50 %] erreicht werden, indem sichergestellt wird, dass die Produktionspraktiken und Lieferketten nachhaltig sind, u. a. durch die Entwicklung und Umsetzung nationaler, regionaler und globaler Aktionspläne für alle

produktiven Sektoren und ihre nationalen und transnationalen Lieferketten, um den Übergang zu einer nachhaltigen, gerechten und naturfreundlichen Wirtschaft zu schaffen, die den Wert der biologischen Vielfalt internalisiert.“

„Die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen der Strategie kann jedoch nicht durch Zwang erreicht werden. Sie hängt in hohem Maße davon ab, die verschiedenen Akteure von der Dringlichkeit der Zielerreichung und der Umsetzung der Maßnahmen zu überzeugen“, schreibt die Bundesregierung in ihrem 5. Nationalen Bericht zur Umsetzung der CBD-Beschlüsse von 2014.

Allerdings scheint die Überzeugungsarbeit der Bundesregierung bisher nicht besonders vorangekommen zu sein. „Seit Jahren spricht man in der Biodiversitätspolitik von „Mainstreaming“, was bedeutet, dass der Naturschutz als gemeinsames Ziel aller beteiligten Politikressorts etabliert werden muss“, sagt Yves Zinngrebe. „Bisher ist der Biodiversitätsschutz nach wie vor Sache der Umweltressorts. Die anderen Ressorts wie etwa das Finanz- oder Wirtschaftsministerium kommen höchstens dann ins Spiel wenn es heißt: „Was kostet dieser Schutz“? Und dann wird Geld zur Verfügung gestellt, während man an anderer Stelle mit wesentlich mehr Geld das Gegenteil fördert.“

Nachhaltige Produktionsziele bei gegenteiliger Förderpraxis werden nicht funktionieren



Die Mitgliedsstaatenkonferenz der CBD (hier 2018) beschließt voraussichtlich im Oktober neue Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt bis 2030. Die Fernwirkung des Handels und Konsums auf Lebensräume in anderen Regionen der Welt (Telecoupling) muss hier dringend berücksichtigt werden. Bild: IISD/ENB_Franz Dejon

So stellte die Bundesregierung laut Umweltbundesamt 2012 allein für Subventionen im Verkehrs- und Energiesektor 57 Milliarde Euro zur Verfügung. Förderungen für Land- und Forstwirtschaft wurden hier nicht berücksichtigt, da sie schwer zu erfassen seien. Dazu kommen weitere Förderungen aus den Bundesländern.

Diese Praxis abzuschaffen, war bereits 2010 als AICHI-Ziel 3 formuliert worden, gehört aber zu den am wenigsten umgesetzten CBD-Zielen. In ihrem Bericht zur Umsetzung der Ziele (Global Biodiversity Outlook 5) von 2020 schreibt die CBD, nur wenige Länder hätten überhaupt damit angefangen, zu untersuchen, welche Subventionen dies betreffe.

Im aktuellen Entwurf der CBD wurde dieses Ziel als Ziel 17 wieder aufgegriffen:

„Bis 2030 die für die Biodiversität schädlichen Anreize umleiten, umfunktionieren, reformieren oder abschaffen, einschließlich [X%] Reduzierung der schädlichsten Subventionen, um sicherzustellen, dass Anreize aus öffentlicher und privatwirtschaftlicher Hand entweder positiv oder neutral für die Biodiversität sind.“

„Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg von Ziel 17 ist allerdings, was ein Konsumland als nicht-nachhaltig betrachtet“, sagt Yves Zinngrebe. Das beeinflusse dann entsprechend die Normen im Produktionsland. Entsprechend wichtig sei in diesem Zusammenhang auch Ziel 15 das im aktuellen Zero-Draft zu nachhaltigen Konsummustern aufruft:

Ziel 15. Bis 2030 nicht nachhaltige Konsummuster beseitigen und sicherstellen, dass die Menschen überall den Wert der biologischen Vielfalt verstehen und schätzen, verantwortungsvolle Entscheidungen treffen, die der Vision der biologischen Vielfalt 2050 entsprechen, unter Berücksichtigung der individuellen und nationalen kulturellen und sozioökonomischen Bedingungen.

In der Vorbereitungsveranstaltung des Bundesumweltministeriums zur COP-15 am 17. Juni sagte Kanzlerin Angela Merkel: Dass Deutschland sich zuletzt neuen Biodiversitätszielen verschrieben habe, liege ihr persönlich sehr am Herzen.

Deshalb stelle die Bundesregierung seit mehreren Jahren jährlich 500 Millionen Euro für den globalen Schutz der biologischen Vielfalt zur Verfügung. Die Finanzierung des Naturschutzes ist wichtig, gerade wenn es um das Management von Schutzgebieten geht. Ohne verbindliche Standards gegenüber den Hauptakteuren bei der Nutzung der biologischen Ressourcen zu setzen, wird der rasante Verlust der intakten Ökosysteme jedoch nicht zu stoppen sein. Auch nicht bis 2050.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): *Naturschutz endet nicht an den Landesgrenzen. Internationale Naturschutzziele müssen globalisierten Handel berücksichtigen. Themenschwerpunkt im Juni.*

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48341>

„Nicht nur sagen, wo es schlecht läuft, sondern gemeinsam an den Lösungen arbeiten.“

Interview mit Linda Preil von [einhorn](#)

Das Interview führten Marianne Darbi und Nora Schmidt für NeFo

Erscheinungsdatum: 30. Juni 2021

einhorn ist ein junges Berliner Unternehmen mit rund 25 Mitarbeiter*innen, das vor allem nachhaltige Kondome und Menstruationsartikel vertreibt. Dabei möchte das Unternehmen ganz bewusst neue Wege im Anbau und der Verarbeitung von Kautschuk gehen. Mit 14 Mio. Hektar weltweit nehmen Kautschukplantagen heute annähernd so viel Fläche ein wie Ölpalmen - in den allermeisten Fällen in den Tropen, wo sie wertvolle Ökosysteme verdrängen. Der Anbau, der vor allem den Reifenmarkt bedient, ist in der Regel mit einem hohen Pestizideinsatz verbunden. einhorn zeigt, dass es auch anders gehen kann. NeFo sprach mit Linda Preil, Head of Rubber Projects bei einhorn, über Fairstainability, die Verantwortung von Unternehmen, genau hinzusehen und auch unkonventionelle Wege zu gehen und darüber, welche Rolle die Politik spielt.

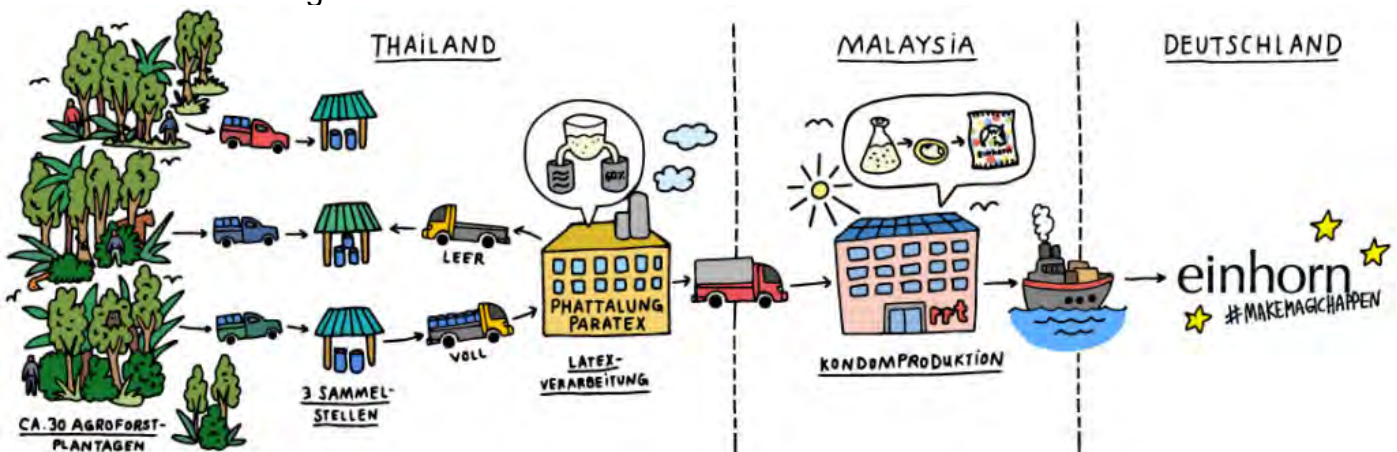
NeFo: einhorn ist ja noch ein sehr junges Unternehmen und hat mit Kondomen einen sehr kleinen Anteil am Markt, z.B. im Gegensatz zur Reifenindustrie und anderen größeren Playern. Was hat euch dazu bewogen, in nachhaltige Anbauweisen zu investieren - warum war euch das wichtig?

Linda Preil: einhorn wurde 2015 gegründet. Es war von Anfang an die Idee, ein nachhaltiges Kondom herstellen zu lassen. Wir selbst sind keine Hersteller, sondern die Marke, die es in den Vertrieb bringt. Es wurde jedoch schnell klar, dass es gar nicht so einfach ist, nachhaltigen und fairen Kautschuk auf dem Weltmarkt einzukaufen, um dann daraus Kondome herzustellen. 2015/2016 steckte der nachhaltige Kautschukanbau noch komplett in den Kinderschuhen. Zwar gab es erste Initiativen, mit denen sind wir aber nicht zusammengekommen.

NeFo: Was waren das für Initiativen und warum seid ihr mit ihnen nicht zusammengekommen?

Linda Preil: Es gab bereits „Fair Rubber“ als Verein und auch schon die ersten FSC-zertifizierten Kautschukplantagen. Wir haben aber gemerkt, dass es uns nicht ausreicht, nur ein Zertifikat einzukaufen, bei dem einmal jährlich ein Audit stattfindet.

Unser Anspruch war es von Anfang an, die komplette Lieferkette des Kondoms zu verstehen und das System, in dem wir agieren. Wir wollten selbst verstehen, was Kautschukanbau überhaupt bedeutet und warum die Menschen, die ihn anbauen, es so machen, wie sie es machen und wie wir gemeinsam auf Augenhöhe versuchen können, eine Änderung herbei zu führen.



Die Lieferkette vom Kautschukanbau bis zum Kondom bei einhorn. Bild: <https://sandra-bayer.de>

Und wir wollten verstehen, was die sozialen und ökologischen Herausforderungen dabei sind. Das heißt, wir haben am Anfang ganz viel recherchiert und gelernt. Unsere Kondome werden in Malaysia produziert. Ich selbst war viele Monate vor Ort, um zu verstehen, worum es dabei eigentlich geht und wer die Menschen sind, die für die Entstehung unseres Produkts verantwortlich sind.

NeFo: Was sind die gravierendsten Auswirkungen des Kautschukanbaus?

Linda Preil: Als wir vor sechs Jahren anfangen, bekam das Thema Kautschuk, im Gegensatz zu Palmöl und Kakao, noch viel weniger Aufmerksamkeit. Dabei haben Palmöl und Kautschuk ziemlich ähnliche Herausforderungen mit ihren sozialen und ökologischen Auswirkungen. Beide wachsen in sehr ähnlichen Gebieten mit der höchsten Biodiversitätsdichte, rund um den Äquator. Auch die Größenordnungen sind vergleichbar: Palmöl wird auf etwa 17 Mio. Hektar, Kautschuk auf 14 Mio. Hektar weltweit angebaut.

Dafür wurden in Vergangenheit und auch heute noch Wälder abgeholzt, um Kautschukbäume in Monokulturen anzubauen. Dabei werden oft viele Herbizide eingesetzt. Diese Monokulturen führen zu einem hohen Verlust an Biodiversität und Bodenerosion.

Hinzu kommen teils schlechte Arbeitsbedingungen von teilweise Migrant*innen, die oft weniger Arbeitsrechte haben, Landraub, bis hin zu Kinderarbeit. Ca. 6 Millionen Kleinbäuer*innen produzieren ca. 85% des weltweit angebauten Naturkautschuks, sodass Fairness, Transparenz und Rückverfolgbarkeit sehr schwierige Themen sind.

Darum war der erste Schritt, mit einer Partnerplantage vor Ort, damals noch in Malaysia selbst, zusammenzuarbeiten. Die Leute vor Ort haben uns geholfen, unsere Fragen zu beantworten und die Abläufe zu verstehen. Und dann haben wir dort angefangen Sachen zu verändern. Dabei sind wir zum Beispiel auf ein „Best-Practice-Management“-Buch gestoßen, wo beschrieben wird, wie „richtiger“ Kautschukanbau funktionieren soll. Und in dem empfohlen wird, wie oft das Herbizid „Round-Up“ benutzt werden soll. Auf der letzten Seite stand dann „sponsored by Monsanto“.

Da wurde uns klar, dass dort einiges systemisch schief läuft. Also haben wir ganz anders angesetzt und Dinge ausprobiert, z.B. damit, Glyphosat auf der Plantage wegzulassen und den Zwischenbewuchs mechanisch zu beseitigen.



Kautschuk wird vor allem in Monokulturen angebaut, wie auf dieser Plantage in Thailand. Bild: Pixabay

NeFo: Was verspricht ihr euch perspektivisch von eurer Initiative?

Linda Preil: Wir haben Ende letzten Jahres die [Regenerative Rubber Initiative](#) gegründet. Mittlerweile arbeiten wir mit ca. 40 Kleinbäuer*innen in Südthailand zusammen, die ihren Kautschuk in Agroforstsystemen anbauen. Damit tragen sie - im Vergleich zu Monokulturen - verhältnismäßig viel zum Biodiversitätserhalt bei.

Der Anbau stellt die Bodenfruchtbarkeit wieder her, es wird ein besseres Mikroklima geschaffen. Und das sind nur zwei von vielen Vorteilen von solchen Agroforstsystemen. Auch für uns war das eine schrittweise Annäherung und ein Aufbau von Vertrauen, bis es ins Rollen gekommen ist. Wir können jetzt sagen, dass 100% unserer Kondome aus Latex produziert werden, welcher aus regenerativen Systemen, also aus Agroforstsystemen, kommt. Und die Bäuer*innen erhalten einen Aufpreis für diesen Latex. Und genau das versuchen wir gerade auszuweiten und größer zu machen, so dass es auch für andere Marken zugänglich wird.

Es bringt nichts, wenn nur wir etwas davon haben. Wir wollen ja, dass mehr Menschen verstehen, dass diese Art der Zusammenarbeit und diese Art des Anbaus funktioniert. Wir zahlen den Bauern eine Prämie, wir schaffen komplette Transparenz, wir wissen genau, wo was abgeht.

Das kann eine Zukunftsform des Wirtschaftens sein – nicht nur sagen, wo es schlecht läuft, sondern gemeinsam an den Lösungen arbeiten und diese auch anderen zur Verfügung zu stellen.

NeFo: *Wollt ihr mit der Regenerative Rubber Initiative nur im Bereich Kondome bleiben oder kann man das auch auf andere Sparten ausweiten?*

Linda Preil: Wir sind ein kleines deutsches Start-Up, das keine großen Mengen (im Verhältnis zu den Großabnehmern von Kautschuk der Reifenindustrie) abnimmt - das also aus der Wirtschaftsperspektive keinen Druck auf Zulieferer ausüben kann. Trotzdem haben wir der Industrie gezeigt, dass es funktioniert! Wenn ihr wirklich wollt, dann könnt ihr etwas ändern, dann könnt ihr Lieferketten nachhaltig fair und transparent gestalten. Dann könnt ihr die Biodiversität zurückbringen. Jetzt kann keine andere Marke mehr behaupten, es geht nicht. Natürlich gibt es noch komplexere und feingliedrigere Lieferketten, aber dennoch ist es quasi erstmal bewiesen, dass es funktionieren kann.

Jetzt gerade beliefern wir noch andere Mitbewerber von uns mit dem Latex oder lassen andere Kondome daraus produzieren, aber wenn es passt mit den Partner*innen in Thailand, ist es offen, das Ganze größer werden zu lassen.

NeFo: *Wie funktioniert die nachhaltige Produktion in punkto Wirtschaftlichkeit? Wird der Preis für den Endverbraucher höher?*

Linda Preil: Wir sind nicht viel teurer als andere Kondome, aber Kondome haben eine ganz gute Marge. Der Unterschied ist, dass wir von Anfang an 50% der Gewinne in Fairstainability investiert haben [Anm. von NeFo: Die Wortneuschöpfung Fairstainability setzt sich zusammen aus „fair“ und „sustainability“, wie man [hier](#) kurz und knapp von einhorn erklärt nachhören kann. Also es ist Geld da, um nachhaltige Projekte anzustoßen, zu forschen und nachzufragen. Das ist von Beginn an das grundlegende Unternehmenskonzept gewesen.

NeFo: *Meinst du bei anderen Produkten wäre es schwieriger, die nicht so eine hohe Marge haben?*

Linda Preil: Ich kenne mich bei anderen Produkten nicht so gut aus, aber inzwischen gibt es einen Markt für nachhaltige Produkte und es gibt die Nachfrage von Konsument*innen nach Transparenz.

Also ist es für das Unternehmen vorteilhaft, Transparenz zu schaffen. Mit einer transparenten Lieferkette versteht man auch eher, wie sich die Kosten zusammensetzen, wer woran verdient, wo die Hebel sind, wo man einsparen kann, z.B. durch den Einsatz erneuerbarer Energien. Es gibt ganz viele Hebel unabhängig von der Marge. Du hast einen Preis und tausend andere Faktoren, die man beeinflussen kann. Das Argument „es ist zu teuer“ zählt für mich nicht.

Die Frage ist, was machst du mit deinem Gewinn? Klar, Umsatz brauchst du, um deine Kosten zu decken. Aber wofür wird der Gewinn benutzt? Willst du mit dem Gewinn irgendwelche Aktionär*innen auszahlen, die auf Profitmaximierung aus sind? Und was für einen Einfluss haben sie dann als Shareholder auf dein Unternehmen und die Investitionen, die du in Richtung mehr Nachhaltigkeit tätigen könntest? Da stellen sich ganz grundsätzliche Fragen, wie wir wirtschaften wollen!

NeFo: *Wie können die Wirtschaftlichkeit und der Schutz der Biodiversität über die gesamte Lieferkette vereint werden?*

Linda Preil: Es ist ein Zusammenspiel aus verschiedenen Faktoren. Erstens haben wir die Anbauebene: Landwirt*innen müssen motiviert werden, ihre Anbaupraktiken zu ändern, damit sie wieder mehr Biodiversität in ihre Systeme integrieren – das rechnet sich momentan nicht, weil es nicht ausreichend subventioniert/incentiviert wird und weil die Infrastruktur fehlt. Dafür sind die politischen Rahmenbedingungen noch nicht überall gegeben.

NeFo: *Was sind die gravierendsten Auswirkungen des Kautschukanbaus? Wie können die Wirtschaftlichkeit und der Schutz der Biodiversität über die gesamte Lieferkette vereint werden?*

Linda Preil: Es ist ein Zusammenspiel aus verschiedenen Faktoren. Erstens haben wir die Anbauebene:

Landwirt*innen müssen motiviert werden, ihre Anbaupraktiken zu ändern, damit sie wieder mehr Biodiversität in ihre Systeme integrieren – das rechnet sich momentan nicht, weil es nicht ausreichend

subventioniert/incentiviert wird und weil die Infrastruktur fehlt. Dafür sind die politischen Rahmenbedingungen noch nicht überall gegeben.

Zweitens haben wir die Konsumentenebene: Es muss mehr Sensibilität dafür geben, wo ein Produkt herkommt. Bei Lebensmitteln ist es einfacher als bei z. B. Gummi, weil sie stärker mit der eigenen Gesundheit verbunden werden. Auch Unternehmen und Marken haben die Aufgabe, aufzuklären und Dinge zu erklären. Genauso müssen aber auch Konsument*innen selbst Dinge einfordern und höhere Anforderungen an das eigene Konsumverhalten stellen..



*einhorn arbeitet mit Kleinbäuer*innen in Südthailand zusammen, die ihren Kautschuk in Agroforstsystemen anbauen. Bild: einhorn*

NeFo: *Globale Lieferketten sind zunehmend komplex. Ist es die zentrale Herausforderung, die Nachverfolgbarkeit der Lieferkette herzustellen?*

Linda Preil: Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir alles veröffentlichen.

Ich verstehe aber, dass es sehr komplex und herausfordernd ist und dass es viel Zeit und Arbeit kostet.

Die eigentliche Frage ist: wie viel Zeit und Arbeit willst du da reinstecken? Wenn du das wirklich willst, bekommst du es hin. Wir sind mittlerweile 25 Mitarbeiter*innen bei einhorn und vier von uns arbeiten in der Nachhaltigkeitsabteilung. Wenn andere Unternehmen anteilig auch so viele Mitarbeiter im Nachhaltigkeitsbereich einstellen würden, könnte die Wirtschaft ganz anders aussehen.

Wir können uns die Frage nicht mehr leisten, ob wir es machen wollen, sondern wir müssen es machen und wir müssen die Infrastruktur dafür schaffen, dass wir nachhaltig handeln können.

NeFo: *Was denkst du, was die Politik sowohl auf globaler Ebene als auch konkret in einzelnen nationalen Kontexten ändern müsste, damit (mehr) Unternehmen angehalten sind, nachhaltig zu wirtschaften?*

Linda Preil: So genau kann ich das nicht beantworten... Es ist schwierig zwischen den Reglementierungen, in die die Unternehmen gedrückt werden, und den Chancen, die daraus hervorgehen, abzuwägen. Die Frage ist, was muss gesetzlich bindend sein und wie viel muss das Unternehmen selbst beitragen, ohne dass es eine Pflicht ist. Auch stellt sich die Frage, wie die EU oder eine Nation über Import-Export-Bedingungen mehr Nachhaltigkeit schaffen kann. Also wenn du etwas ein- oder verkaufen willst, musst du bestimmte Bedingungen einhalten. Wir müssen verstehen, dass es in Zukunft nicht mehr funktionieren wird, wie wir bisher wirtschaften.

NeFo: *Gibt es bestimmte Umwelt- und Sozialstandards, welche verpflichtend für alle gelten sollten, um auf dem Markt nicht so große Unterschiede zu haben?*

Linda Preil: Darauf gibt es keine pauschale Antwort. Es gibt inzwischen viele Alternativen zu nicht-nachhaltigen Rohstoffen, die sich auch ohne Zwang auf dem Markt etablieren. Und es gibt große namhafte Marken, die bei uns anfragen, ob sie von unseren kleinen, nachhaltigen Zulieferern auch bestellen können - und das ohne Verpflichtung.

Es kommt also nicht nur auf die Regulierung an. Wenn Unternehmen auf dem Markt bestehen wollen und die großen Themen wie Klimawandel und planetare Grenzen nicht mehr leugnen können, dann müssen sie aktiv werden. Es reicht also vielleicht, wenn es ein globales Verantwortungsbewusstsein dafür gibt, dass sich etwas ändern muss. Das betrifft vermutlich insbesondere die Unternehmen, die direkten Kontakt mit den Konsument*innen haben. Es muss beides funktionieren, einerseits gesetzliche Regelungen und andererseits die Eigeninitiative von Unternehmen zum Risikomanagement, zum Sicherheits- und Nachhaltigkeitsmanagement.

NeFo: einhorn hat sich der Leadership Declaration von Biodiversity in Good Company zur Unterstützung der Ziele der Convention on Biological Diversity (CBD) angeschlossen. Wie könnte eine globale Konferenz wie die CBD COP15 euer Engagement unterstützen? Was würdet ihr euch wünschen?

Linda Preil: Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass es ganz konkrete Handlungsstränge braucht, wie wir die Kippunkte der planetaren Grenzen aufhalten können. Wir können uns nicht mehr leisten, nur über einen Aspekt zu reden. Dafür ist der globale Rahmen sehr wichtig.

Die Frage ist aber: Wie können wir von der globalen Ebene Sachen runterdeklिनieren in verschiedene Bereiche? Wie können wir dazu kommen, was wir jetzt machen müssen? Wir müssen einerseits zeigen, wie wichtig es ist, und andererseits zur konkreten Umsetzung kommen und zu dem Punkt, zu sagen: wir schaffen das auch. Wir müssen zeigen: jede*r kann etwas ändern.

Mehr über das Lieferkettenmanagement von einhorn erfährt man auf der [Unternehmens-Webseite](#).



Linda Preil,
Bild: Linda Preil

Linda Preil ist Head of Rubber Projects bei einhorn. 2016 startete sie als Praktikantin bei einhorn und hat sich „Fairstainability“ (Fairness und Nachhaltigkeit) zur Mission gemacht. Sie ist Ansprechpartnerin für das Stakeholdermanagement in Asien und zuständig für die Lieferketten der nachhaltigen Kautschuk-Produktion. Dafür arbeitet sie mit den Partnern der Kautschukplantagen unter anderem in Malaysia eng zusammen.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Interview mit Linda Preil von einhorn (2021). „Nicht nur sagen, wo es schlecht läuft, sondern gemeinsam an den Lösungen arbeiten.“ *NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Juni 2021. Online verfügbar:* <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48345>



Der holprige Weg zum Global Biodiversity Framework

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 30. Juni 2021

Die Entwicklung des Global Biodiversity Frameworks (GBF), also des strategischen Plans der CBD für die Dekade bis 2030, war bislang ein zäher Prozess. Und er scheint sich auch weiter als ein solcher zu gestalten. Dass ein neuer Plan nötig werden würde, war ja durch die zeitliche Begrenzung des letzten strategischen Plans und seiner in Japan 2010 festgelegten Aichi-Ziele bis 2020 vorherbestimmt. Und spätestens seit der Veröffentlichung des Global Biodiversity Outlooks 4 (GBO4) im Jahr 2014 war abzusehen, dass diese Ziele verfehlt werden, was auch der GBO5 (2020) bestätigte. Seit 2018 laufen nun bereits die Vor-Verhandlungen zu einem neuen globalen Biodiversitäts-Zielkatalog. Aber das Ergebnis dieses Prozesses ist auch wenige Monate vor der verschobenen CBD-Vertragsstaatenkonferenz (COP-15) noch mehr als offen.

Bei der 14. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Sharm el-Sheikh (COP14) wurde eine sogenannte „Open-Ended-Working-Group“ (OEWG) unter der Leitung der Co-Vorsitzenden Francis Ogwal (Uganda) und Basile van Havre (Kanada) etabliert, die entsprechende Zielsysteme erarbeiten soll.

Anfang 2020 wurde von dieser ein „Null-Entwurf“ (Zero draft) für das zukünftige GBF vorgelegt. Im Mai und Juni 2021 haben zwei beratende Untergremien der CBD (SBSTTA-24 und SBI-3*) ihrem Mandat entsprechend online verhandelt, wie der neue Zielkatalog mit Indikatoren und einem Monitoring-Framework hinterlegt und einem Finanzierungsmechanismus unterfüttert werden könnte. Einige Staaten monierten während dieser Sitzungen allerdings, dass es schwierig sei, solche Rahmenbedingungen zu diskutieren, solange die Ziele noch gar nicht feststünden. Es wurde also sehr grundlegend diskutiert und somit ein Fortschritt in Kernpunkten weiter verzögert. Brasilien weigerte sich beispielsweise, den vom Sekretariat der CBD eigens beauftragten Bericht „GBO5“ als Entscheidungsgrundlage anzuerkennen. Als Erklärung wurde angeführt, dass dort zweifelhafte Quellen verwendet worden seien. Nach außen wirkte dies allerdings so, als würde so die Grundlage für ambitionierte Biodiversitäts-Ziele unterhöhlt.



Bild: Pixabay

Letztendlich ist ein Fortschritt im Rahmen der SBSTTA- und SBI-Verhandlungen aber auch an den besonderen Bedingungen eines digitalen Formats gescheitert: Die offiziell vom 3. Mai bis 13. Juni 2021 (!!!) dauernden Sitzungen zogen sich über Wochenenden und – je nach Zeitzone – viele Abend-, Morgen- und Nachstunden hinweg. Schlussendlich äußerte Südafrika im Namen der Afrikanischen Staaten, dass sie sich durch schwache Internetverbindungen in den Verhandlungen benachteiligt fühlten und keiner Weiterentwicklung des GBF-Entwurfs zustimmten, solange dieser nicht in einem physischen

Treffen verhandelt werden kann. Entsprechend wurden als SBSTTA-Ergebnis lediglich verschiedene Verhandlungspositionen in einem sogenannten Informationsdokument schriftlich festgehalten. Der parallel zu SBSTTA tagende Subsidiary Body for Implementation (SBI) hat zwar Papiere entwickelt und für Beschlüsse auf der COP15 vorbereitet, diese bleiben allerdings ebenfalls sehr vage. Das SBI-Gremium erklärt darin, dass es „mit großer Sorge wahrnimmt“ („notes with deep concern“), wie wenig der strategische Plan der CBD und nationale Biodiversitätsstrategien umgesetzt wurden. Gleichzeitig ermutigt SBI die Vertragsstaaten zu stärkeren Maßnahmen („encourages and invites“). Alle wesentlichen Textpassagen enthalten allerdings deutlich abschwächende Formulierungen, wie „freiwillig“ („voluntary“), „als Orientierung“ („as guidance“) oder „je nach der Situation des Landes angebracht“ („as appropriate“).

Für die Ausarbeitung einer konkreten Zielkatalogs-Beschlussvorlage ist an sich ist aber die OEWG zuständig, die sich Ende August/Anfang September 2021 ebenfalls virtuell treffen wird. Die Co-Vorsitzenden der OEWG sollen nun direkt nach diesem Treffen der Gruppe und spätestens sechs Wochen vor der COP 15 – also direkt nach ihrer nächsten Sitzung – einen neuen Entwurf, den sogenannten „first draft“ als Verhandlungsgrundlage für die für Oktober 2021 geplante COP15 vorlegen. Angesichts der geringen Kompromissbereitschaft einiger Staaten, die sich bei SBSTTA und SBI schon bei Kleinigkeiten gezeigt hat, sind auch für OEWG 3 schwierige Verhandlungen zu erwarten. Einem ambitionierten Entwurf eines neuen Biodiversitäts-Zielkatalogs scheint neben inhaltlichen Differenzen nun auch das digitale Format im Wege zu stehen. Somit steht vor der COP im chinesischen Kunming nach wie vor das gesamte GBF einschließlich seiner Rahmenbedingungen auf der Kippe (oder im Konventionsslang: „in Klammern“). Außerdem sieht es aufgrund der besonders den globalen Süden betreffenden Corona-Entwicklungen nicht danach aus, dass eine entscheidungsfähige physische COP noch in diesem Jahr tagen wird. Und während sich der ohnehin schon sehr träge, globale Prozess weiter und weiter verzögert, geht die Biodiversität weiter verloren.

* SBSTTA-24: 24. Treffen des Subsidiary Body for Technical and Technological Advice; SBI-3: Drittes Treffen des Subsidiary Body for Implementation

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): Der holprige Weg zum Global Biodiversity Framework. CBD-Kolumne im Juni.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48344&nopagecache>

Die EU mit ihrer neuen EU-Biodiversitätsstrategie als Zugpferd für die globalen Biodiversitätsziele?

Ein Blick auf die Rolle der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030

*Interview mit Stephan Piskol, Projektmanager im Themenbereich Biodiversität bei [adelphi](#)
Das Interview führte Sebastian Tilch für NeFo
Erscheinungsdatum: 29. Juli 2021*

Im Dezember 2019, nur 11 Tage nach ihrem Antritt, stellte die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen den Europäischen Green Deal vor. Als Teil des Green Deals wurden im Mai 2020 die „Farm to Fork“-Strategie („vom Hof auf den Tisch“) sowie die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 veröffentlicht. Damit hat die Europäische Union ihre neue Biodiversitätsstrategie – im Gegensatz zur letzten vor 11 Jahren – zeitlich vor dem neuen globalen Biodiversitäts-Fahrplan der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) herausgebracht. Dies tat sie ganz bewusst, um bei den Verhandlungen der globalen Ziele als Vorreiter aufzutreten und einen „umfassenden, ambitionierten und langfristigen Plan“ auch auf globaler Ebene voranzutreiben.

Die [EU-Biodiversitätsstrategie](#) enthält 17 „zentrale Verpflichtungen bis 2030“ im Bereich Naturschutz und Wiederherstellung, mit denen sie wichtige Treiber und Bedrohungen aufgreift. Diese Verpflichtungen sind verknüpft mit „Schlüsselmaßnahmen“ und auch zeitlichen terminiert. Darüber hinaus liefert die Strategie ein Kapitel zu Unterstützungsfaktoren und transformativem Wandel sowie dem internationalen Engagement der EU. In den während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verhandelten [Ratsschlussfolgerungen](#) sowie dem kürzlich veröffentlichten [Initiativbericht des Europäischen Parlaments](#) haben auch die beiden Mitgesetzgeber der EU die Strategie anerkannt.

NeFo: Herr Piskol, die EU bezeichnet ihre neue Biodiversitätsstrategie als ambitioniert. Teilen Sie diese Meinung?

Stephan Piskol: Das hängt sehr davon ab, ob man die Perspektive des Naturschutzes oder der Politik einnimmt. Beispielsweise ist die Verpflichtung, dass „Lebensräume und Arten keine Verschlechterung der Erhaltungstendenzen und des Erhaltungszustands aufweisen und mindestens 30 Prozent dieser Lebensräume und Arten einen günstigen Erhaltungszustand oder zumindest einen positiven Trend verzeichnen [sollen]“, aus Naturschutzsicht nicht besonders ehrgeizig – und trotzdem wird es vermutlich schwer werden, dieses Ziel zu erreichen.

Insgesamt ist die Strategie aber doch ambitioniert und wegweisend, vor allem, da sie im Vergleich zur vorherigen Biodiversitätsstrategie deutlich klarer und messbarer formuliert ist und einen ganzheitlicheren Ansatz verfolgt.

Allerdings kommt es durch den nicht-bindenden Charakter der Strategie natürlich auch auf die Umsetzungsmechanismen hinter den Zielen, sowie auf deren weitere Ausgestaltung und die Akzeptanz durch die Mitgliedsstaaten und bei neuer Rechtssetzung des Parlaments an.

Wenn man diese Aspekte mitberücksichtigt unterscheiden sich die verschiedenen Teile der Strategie hinsichtlich der Wirkung, die sie entfalten können.

NeFo: Welche Teile davon würden Sie als besonders bzw. wirklich ambitioniert und vorbildlich bezeichnen?

Stephan Piskol: Schutz und Wiederherstellung von Natur sind natürlich auch auf grundlegende Änderungen unserer Lebensweise und transformativen Wandel angewiesen. Dabei kommt es aber darauf an, ob diese Änderungen auch zeitnah und zielgerichtet in der Landschaft (oder bei den durch direkte Nutzung bedrohten Arten) ankommen. Entsprechend sind klassische Naturschutzansätze nach wie vor unverzichtbar. Hier sind vor allem die Verpflichtung, „10 Prozent der Landes- und Meeresfläche unter strengen Schutz zu stellen“ sowie „10 Prozent der land-

wirtschaftlichen Flächen als Landschaftselemente mit großer biologischer Vielfalt“ auszuweisen, von Bedeutung. Hinter beiden Verpflichtungen steht die Erkenntnis, dass (1) Mensch und Natur zwar auf einem Großteil der Fläche koexistieren können, (2) die Natur aber ein Mindestmaß an Fläche und vernetzenden Strukturen für sich selbst benötigt.

Die größten Erwartungen für eine echte Trendumkehr liegen momentan aber auf dem anstehenden [Wiederherstellungsgesetz](#). Hier erarbeitet die Kommission gerade ein neues Rechtsinstrument, das verbindliche Wiederherstellungsziele vorschreiben soll (siehe [aldephi-Webseite](#)).

NeFo: Die neue EU-Biodiversitätsstrategie ist nun ja schon über ein Jahr alt. Wie bewerten Sie die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, insbesondere da in der Zwischenzeit weitere politische Abkommen der EU getroffen wurden, die die Biodiversität beeinflussen?

Stephan Piskol: Beim letzten Treffen der „Coordination Group for Biodiversity and Nature“ (CGBN) hat die Kommission eine [umfangreiche Übersicht der bisherigen Umsetzung der Strategie](#) vorgestellt.

In dieser sind, anders als in der Strategie selbst, über 100 Maßnahmen aufgelistet. Einige davon sind seitens der Kommission bereits abgeschlossen, jedoch wird die Strategie natürlich über den gesamten Zeitraum bis 2030 umgesetzt. Als Beispiel eignen sich auch hier die beiden oben genannten 10%-Ziele.

Zum 10 Prozent-Ziel für strenge Schutzgebiete wird gerade [eine EU-eigene Definition](#) entwickelt. Danach sollen die Mitgliedsstaaten bestehende und geplante Gebiete melden, die dann (nur) auf biogeographischer Ebene beurteilt werden (pledge and review mechanism). Der strenge Schutz aller verbleibenden Primär- und Urwälder wurde auch in die [neue EU-Waldstrategie](#) aufgenommen.

Das 10 Prozent-Ziel für Landschaftselemente und nicht produktive Flächen war innerhalb der Kommission eines der [am stärksten umstrittenen Teile der Strategie](#). Umgesetzt werden sollte es über die neue Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP). Beim Kompromiss zwischen EU-Parlament und Rat der Europäischen Union haben es die beiden Mitgesetzgeber bewusst vermieden, sich stark zu den Zielen der Biodiversitätsstrategie, des Green Deals oder der „Farm-to-Fork“-Strategie zu bekennen.

Die EU-Biodiversitätsstrategie

Zielsetzungen



Maßnahmen und Verpflichtungen bis 2030

Bildquellen: Pixabay

Statt 10 wurden nun 4 Prozent über die Standards für einen guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ 9) als verbindliches unteres Ziel festgelegt, wobei es Ausnahmen nach unten gibt. Zum Vergleich: momentan machen Brachland und Landschaftselemente EU-weit ca. 3,7 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus (siehe [EU Agricultural Outlook](#) und [Eurostat Farm and farmland statistics](#)). Die restlichen 6 Prozent sollen über die freiwilligen Elemente der GAP geschaffen werden.

NeFo: *Wie ist also Ihr Fazit? Spiegeln sich die Ziele der Biodiv-Strategie in den anderen EU-Abkommen wider? Kann die EU global als ambitionierter Vorreiter auftreten?*

Stephan Piskol: Dass die nächste GAP kein sehr verbindlicher Umsetzungsmechanismus für Biodiversitätsziele werden würde war leider zu erwarten. Dessen ungeachtet sind die Ziele der Strategie aber weiterhin ambitioniert und ihre Umsetzung hat auch gerade erst begonnen. Und auch beim Thema Landwirtschaft müssen die Mitgliedsstaaten bei der Erstellung ihrer GAP-Strategiepläne für das „spezifische Ziel Biodiversität“ den aktuellen Wissenstand berücksichtigen. Das 10 Prozent-Ziel für Landschaftselemente und nicht produktive Flächen ist dabei wissenschaftlich begründet und somit für alle Beteiligten weiterhin relevant.

NeFo: *Welchen Einfluss hat die EU-Biodiversitätsstrategie auf andere politische Handlungsfelder wie Finanzpolitik oder Energiepolitik in der EU bzw. in den Mitgliedstaaten?*

Stephan Piskol: Die beiden genannten Handlungsfelder sind aktuell eng miteinander verknüpft.

Zur Nachhaltigkeit von Bioenergie gibt es in der Strategie keine Verpflichtungen, sondern als Umsetzungsmaßnahme wurden von der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Centre) der Kommission zwei Studien erstellt ([The use of woody biomass for energy production in the EU](#) und [Biomass flows in the European Union](#)). Allerdings ist die Nachhaltigkeit von Bioenergie einer der zentralen Aspekte bei der weiteren Ausgestaltung der EU-Taxonomie-Verordnung. Diese umfasst sechs Umweltziele, für die Standards für nachhaltige Investitionen festgelegt werden.



Die EU-Biodiversitätsstrategie zeigt Wirkung. Der dort formulierte strenge Schutz aller verbleibenden Primär- und Urwälder wurde auch in die neue EU-Waldstrategie übernommen. Die EU-Agrarreform ging hier weniger weit.
Bild: Tzvetan Zlatanov

Dies geschieht unter starker Einbindung von Stakeholdern und Interessengruppen über die Plattform für nachhaltige Finanzen. Während der Verhandlungen zur Klimaverträglichkeit von Forstwirtschaft, Bioenergie und Erdgas [drohen die Vertreter der Umweltverbände damit die Plattform zu verlassen](#).

Ähnlich kontrovers dürfte die Ausarbeitung von Prüfkriterien zur Verträglichkeit von Wirtschaftstätigkeiten mit dem Umweltziel „Schutz von Ökosystemen und Biodiversität“ werden. Hier können die Ziele der Strategie einen wichtigen Referenzpunkt bilden, um Landnutzungspraktiken zu bewerten.

NeFo: *Wo sehen Sie den Schlüssel für eine erfolgreiche Implementierung der EU-Biodiversitätsstrategie und wie könnte das erreicht werden?*

Stephan Piskol: Im Endeffekt wird EU-Politik immer durch die Mitgliedsstaaten umgesetzt, und hier ist der politische Wille sowie die Durchsetzung seitens der Kommission ausschlaggebend. An den vielen Vertragsverletzungsverfahren zum Beispiel im Bereich Natura2000 oder invasiver gebietsfremder Arten etwa zeigt sich, wie schwierig dies selbst bei verbindlichen und von den Mitgliedsstaaten beschlossenen Gesetzen ist. Dabei wird die Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten nicht nur von Partikularinteressen in Teilen der Regierungen gemindert.

Auch Umweltministerien in manchen EU-Mitgliedsstaaten schrecken mitunter vor den neuen Herausforderungen und potenziellen Konflikten zurück.

Gleichzeitig sind der Politik aber auch Grenzen durch die gesellschaftliche Akzeptanz gesetzt, die man nicht ignorieren sollte. Neben einer frühen Einbindung aller Betroffenen seitens der Politik können die Bürger*innen auch selbst die Grenzen des politisch Möglichen hin zum ökologischen Nötigen verschieben.

Der Green Deal selbst ist dafür das beste Beispiel, denn er wurde von der konservativ geführten Kommission von der Leyen als Reaktion auf die Verluste der Europäischen Volkspartei und der Sozialdemokraten bei der Europawahl 2019, sowie im Lichte einer damals noch auf den Straßen demonstrierenden Fridays for Future-Bewegung entworfen. Es zählt also jede Stimme – bei der Wahl und beim gesellschaftlichen Engagement.

NeFo: Welche Rolle könnte dabei wiederum die CBD spielen?

Stephan Piskol: Der letzte Entwurf (First Draft) der CBD für einen internationalen post-2020 Rahmen ist noch nicht übermäßig ambitioniert. Zum einen sind viele Ziele nun zwar quantifiziert, aber teilweise nicht sehr intuitiv formuliert (Bsp.: 2030 Milestone A.1 „Nettogewinn des [...] Vernetzungsgrades [...] der natürlichen Systeme von mindestens 5 Prozent“).

Zum anderen fehlt ein Governance-Mechanismus, der den Ansprüchen eines „Paris-Moments für Biodiversität“ gerecht wird. Trotzdem kann auch die Vertragsstaatenkonferenz COP-15 für die EU wichtige Impulse setzen, zum Beispiel hinsichtlich des Abbaus biodiversitätsschädlicher Anreize und Subventionen.

NeFo: Welche Einflussmöglichkeiten hat bei der Implementierung aus Ihrer Sicht die Forschung?

Stephan Piskol: Ich glaube zur Beantwortung dieser Frage gehört zu allererst, dass die verschiedenen Ministerien sich auch den von ihnen selbst bzw. von ihren Fachbehörden finanzierten Forschungsergebnissen verpflichtet fühlen sollten. Der Naturschutz leidet nicht in erster Linie an einem Wissensdefizit, sondern an einer mangelnden Berücksichtigung von vorhandenem Wissen.



Funktionfähige Moore erfüllen eine Vielzahl ökologischer Leistungen: Lebensraum für die Artenvielfalt, Wasserservoir, Erholungsraum für Menschen und Klimaschutz als Kohlenstoffsenke. Die Wiederherstellung dieser Ökosysteme ist ein Beispiel für die geforderten Renaturierungsansätze im First Draft der CBD. Bild: AnnaAnouk / Pixabay

Um die Berücksichtigung ihrer Ergebnisse können Forschende sich aber natürlich auch selbst bemühen. Dazu gehört meiner Meinung nach, sich nicht nur auf die Umsetzung und spätere Bewertung politischer Maßnahmen zu konzentrieren. Gerade die oben genannten Prozesse verdeutlichen die Bedeutung von wissenschaftlichen Erkenntnissen schon während des Policy Designs, bzw. noch davor beim Agenda setting.

Das bereits erwähnte Wiederherstellungsgesetz ist hierfür ein gutes Beispiel. Ein neues Naturschutzgesetz mit einer potenziell so starken Wirkung gab es zuletzt Anfang der 90-iger Jahre mit der FFH-Richtlinie. Damals war ich in der Grundschule, und beim nächsten Mal werde ich vermutlich in Rente sein. Für viele Akteuer*innen im Naturschutzbereich ist dies also eine einmalige Gelegenheit, die Entstehung des Gesetzes von Beginn an mitzuverfolgen. Zudem kann der neue Fokus auf Wiederherstellung auch in die Gesellschaft ausstrahlen. Demgegenüber ist das Interesse an dem aktuellen Prozess aber eher verhalten. Wenn die Kommission voraussichtlich Ende dieses Jahres ihren Gesetzesvorschlag veröffentlicht haben wird, übernehmen der Rat der EU und das Parlament dessen weitere Entwicklung.

Beeinflusst werden sie dabei von vielen guten und schlechten „Ratschlägen“ von Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Ich denke, es würde der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft nicht gerecht, Verbesserungsvorschläge erst dann zu machen, wenn der wesentliche Rahmen schon gesetzt ist. Hier kann die Zusammenarbeit mit Interessenverbänden wie Naturschutzverbänden, Scientists for Future, Berufsverbänden im Naturschutz usw., oder politiknahen Forschungsinstituten helfen. Denn politischer und wissenschaftlicher Diskurs unterliegen sehr unterschiedlichen Regeln, und ‚Übersetzungsfehler‘ können mitunter auch Schaden anrichten. Eventuelle Irritationen auf beiden Seiten (Stichwort: „Das können wir so nicht sagen“) sind dabei gegebenenfalls der Preis für einen größeren Effekt und können dabei auch neue Perspektiven auf die eigene Arbeit eröffnen. Ich kann also nur dazu ermutigen, die Entstehung neuer Gesetze in Brüssel und Berlin von Beginn an mitzuverfolgen und sich mit den beteiligten Akteur*innen zu vernetzen.

Der Interviewpartner Stephan Piskol hat Biologie und Umweltmanagement studiert und arbeitet bei adelphi, einem unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitut für Klima, Umwelt und Entwicklung in Berlin.

Der Themenbereich Biodiversität befasst sich dabei mit Naturschutzpolitik, Naturschutzkommunikation, Landnutzung, und Dialogprozessen sowohl auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Als Projektmanager betreut er Politikberatungs- und Forschungsprojekte zu Landwirtschaftspolitik sowie zur Umsetzung der Europäischen Biodiversitätsstrategie und der Wiederherstellung von Ökosystemen.

Im Interview sprachen wir mit ihm über die Stärken und Schwächen der neuen Strategie und ihre Bedeutung im Spannungsfeld der globalen Naturschutzpolitik.



Stephan Piskol,
Projektmanager im
Themenbereich
Biodiversität bei
adelphi.
Bild: adelphi

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): Die EU mit ihrer neuen EU-Biodiversitätsstrategie als Zugpferd für die globalen Biodiversitätsziele? Ein Blick auf die Rolle der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48415>

Europa ist nicht die Welt

EU will Vorreiterin in den globalen Verhandlungen zur Biodiversitätspolitik bei der Vertragsstaatenkonferenz COP-15 in Kunming werden. Kann sie das? Und wenn ja, wie?

*Ein Kommentar von Christine von Weizsäcker
Erscheinungsdatum: 29. Juli 2021*

Die Europäische Gemeinschaft hat viel Vorbildliches auf den Weg gebracht. Da sind die Revisionen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zu nennen, der Green Deal, die Biodiversitäts-Strategie, die WTO-Initiative für ein Globales Übereinkommen für ein Verbot von Zuschüssen für Schaden verursachende Fischerei, die Erforschung der Auswirkungen von Tiefseebergbau, das Augenmerk für die Bedeutung von Boden-ökosystemen, die Stärkung des Rechtsrahmens und Schließung von Umsetzungs- und Regulierungslücken, die Nennung des Vorsorgeprinzips und das Verursacherprinzips, die Stärkung der Mechanismen für Folgenabschätzung, Überwachung und Überprüfung, die Verdopplung der biodiversitätsbezogenen Finanzströme in Entwicklungsländer, die gemeinsame Stärkung von Biodiversität und Menschenrechten, was den immer noch schwelenden Konflikt zwischen Naturschutz und Wahrung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften auflösen könnte. Das ist dem unermüdlichen Einsatz vieler Akteure auf vielen Ebenen zu verdanken.

Doch wie sieht es bei internationalen Verhandlungen mit den 196 Vertragsstaaten des Übereinkommens über biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) aus?

Außer den USA und dem Vatikan sind hier alle Staaten vertreten – sehr unterschiedliche: Große und winzige, reiche und arme, biodiversitätsreiche und biodiversitätsarme, industrielle und agrarisch geprägte, rechtsstaatlich gefestigte, autoritäre, diktatorische und gescheiterte Staaten, solche mit inneren und äußeren militärischen Konflikten und solche im Frieden.

Da wird einiges, das in Europa als selbstverständlich gilt, einer harten Realitätsprüfung unterworfen. Und wie es der Sprecher der Afrikanischen Region, als er für seine „Vorreiterrolle“ bei

Verhandlungen gelobt wurde, sagte: „Ein Vorreiter ist nicht der, der sich selbst dazu erklärt, sondern der, dem die Leute zu folgen beschließen.“

Bei der Gründung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) beim Erdgipfel in Rio 1992 wurden drei übergreifende Ziele festgelegt: der Schutz der biologischen Vielfalt, ihre nachhaltige Nutzung und die gerechte und faire Verteilung der Vorteile, die aus der Nutzung entstehen. Ein wirkliches Nachhaltigkeitsabkommen also. Ein Problem dabei: nur der Schutz der biologischen Vielfalt liegt im Zuständigkeitsbereich der meisten Umweltministerien. Daher liegt verständlicherweise ein Schwerpunkt auf Schutzgebieten. Bei den anderen Zielen setzt man sich ja einem Ressortgerangel aus.

Entwicklungsländer bestehen in den Verhandlungen regelmäßig darauf, dass alle drei Konventionsziele integriert und gleichwertig behandelt werden. Das dritte Konventionsziel, die gerechte Vorteilsverteilung, wurde viel zu spät im Nagoya Protokoll über Zugang und Vorteilsausgleich zu genetischen Ressourcen bearbeitet. Durch die zunehmende Rolle von digitalen Erbgutsequenzen in Forschung, Entwicklung und Kommerzialisierung gibt es eine dramatische Uneinigkeit zwischen Herkunftsländern und Nutzerländern, wie man damit umgehen sollte. Dies könnte sich zu einem echten Deal-Breaker der Vertragsstaatenverhandlungen entwickeln. Wie will die EU darauf reagieren?

Bisher unter anderem mit dem Ruf nach ambitionierten Zielen und einer Koalition der Willigen. Doch an hohen Ambitionen fehlte es nie wirklich, weder für die Strategie 2000-2010, noch für den Aichi Aktionsplan 2010-2020. Doch beide scheiterten bekanntermaßen fast durchgängig.

Es fehlte an der Umsetzung, nicht an den stolz erklärten Ambitionen. Und wie will man vermeiden, dass die gesetzten Ziele vielerorts nur zum Schein umgesetzt werden, dass Europa diese „ambitionierten“ Scheinumsetzungen auch noch finanziert?

All das ist mit zu bedenken, wenn Europa nicht nur als naiver Vorreiter modischer, ambitionierter Zielbegriffe auftreten will.



Laut dem IPBES Global Assessment sind lokale und indigene Gemeinschaften weltweit die flächenmäßig erfolgreichsten Hüter und Nutzer intakter Ökosysteme. Jedoch sind ihre Land- und Ressourcenrechte in vielen Ländern nicht geschützt. Bild: Monica Volpin_Pixabay

Ein wesentlicher Kritikpunkt an den bisherigen Verhandlungen ist aus meiner Sicht der Umgang mit indigenen Völkern und den Menschenrechten. Wenn man dem [IPBES Global Assessment](#) glaubt, sind sie, die lokalen Gemeinschaften, aber auch Kleinbauern, Hirtenvölker und lokale Fischer, weltweit die flächenmäßig erfolgreichsten Hüter und Nutzer intakter Ökosysteme. Oft sind sie effektiver als offizielle Schutzgebiete, die in Europa und anderswo immer wieder Umnutzungsentscheidungen ausgesetzt sind. Ihre Beiträge werden in den CBD-Verhandlungen unter dem nicht gerade attraktiven Begriff „andere effektive gebietsbasierte Schutzmechanismen (OECMs)“ geführt. Die Hüter dieser „Territories of Life“ haben sich im ICCA Consortium organisiert. Und da kommen wir zur zentralen Rolle der Menschenrechte.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sowohl die [Allgemeine Erklärung der Menschenrechte](#), als auch das [Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte](#) und in den letzten Jahren auch die [Erklärung über die Rechte Indigener Völker \(UNDRIP\)](#) und die

[Erklärung über die Rechte von Bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten \(UNDROP\)](#), verabschiedet. Von vorrangiger Wichtigkeit sind gesicherte Land- und Ressourcenrechte, sonst droht Landraub. Beteiligungsrechte an Gutachten und Entscheidungsfindung sind dann die direkte Folge. Stellen Sie sich vor, man beteilige Sie zwar an der Debatte zur Weiterverwendung Ihres Gartens, enthielte Ihnen aber sämtliche Besitz- und Einspruchsrechte vor? So lesen sich in etwa die Beschlussvorlagen, in denen Beteiligungsrechte viel häufiger genannt sind als Landrechte.

Das nun formulierte Ziel der CBD für 2050 „Menschen und Natur in Harmonie“ und die Nachhaltigkeitsziele verlangen beide die komplementäre Umsetzung des rechtsbasierten und des Ökosystem-Ansatzes. Und da gerade der Ernährungssystem-Gipfel der Vereinten Nationen stattfindet, sollten auch die Armen genannt werden, deren Leben und Auskommen an direkten, nicht marktbasieren Ökosystemleistungen hängt (siehe auch [TEEB Interim Report 2008](#), Nachhaltigkeitsziele 1 und 2). Sie haben einen Gegengipfel organisiert, der die Abkehr vom herrschenden Ernährungssystem hin zu Ernährungssouveränität und vielfältiger Agrarökologie fordert.

Ein kreativer Vorstoß der Europäischen Union könnte eine Anfrage an das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen sein, mit der Bitte um ein Rechtsgutachten und weiterführende Anregungen zur Umsetzung der Menschenrechte im Entwurf für das Globale Biodiversitäts-Rahmenwerk 2020-2030 der CBD. Vor diesem Hintergrund können auch die Schlagworte „Nettonull-Treibhausgasemissionen“ und „Nettonull Biodiversitätsverlust“ und ihre Einladung zu Ausgleichsmaßnahmen und Ausgleichsflächen in Bezug auf Menschenrechte geprüft werden. Da CO₂ von Winden global verteilt wird, lud es zur globalen Bilanzierung ein, die schon einige Kritik einstecken muss. Bei Ökosystemen, die historisch gewachsen und lokal verankert sind, zeigen sich die Schwächen dieser Ansätze noch offensichtlicher. Die versprochenen Ausgleichsmaßnahmen werden häufig nicht eingehalten, und wirklich funktionierende, resiliente Ökosysteme brauchen für ihre Entstehung so viel Zeit, wie wir sie wahrscheinlich nicht haben.

Und was ist mit den Menschen, die dort wohnen? Eine Ausgleichsfläche im Nachbargarten würde uns auch nicht wirklich nützen. Die Rechte der lokalen Bevölkerung sind in vielen Ländern nicht geschützt. Biodiversitätsreiche Entwicklungsländer sind tief verschuldet und werden um jeden Dollar und Euro in der Staatskasse kämpfen. Das ist die eine Realität der Verhandlung. Andererseits haben sie auch den Anspruch, nicht immer nur als inkompetente hilfsbedürftige Empfänger dazustehen. Sie sind auch Geberländer in Bezug auf genetische Ressourcen, Klimaschutz, Erhaltung gesunder Böden und damit gesunder Ökosysteme, natürlich, teilgenutzt oder genutzt. Tief verschuldete Länder sind erpressbar. Europa muss aufpassen, nicht als Erpresser, Prüfintitut oder Oberlehrer wahrgenommen zu werden. Nur mit der Achtung vor den Themen anderer Vertragsstaaten und Vertragsstaatengruppen können die Verhandlungen glücken.

Natürlich ist Europa in einer Zwickmühle, denn es konkurriert wirtschaftlich mit Staaten wie den USA, die als Nichtvertragsstaat nicht an die Regeln der Konvention gebunden sind. Und da sind dann noch mächtige Staaten wie China, Indien und Brasilien, die autoritär und/oder mit hoher Korruptionsanfälligkeit geführt werden und die innerhalb von G77, der Gruppe der Entwicklungsländer, tonangebend sind und darüber hinaus den Vorteil haben, nicht mit dem Makel ehemaliger Kolonialmächte gezeichnet zu sein. Und schließlich sind da noch die vielen unge lösten Probleme der Finanzierung. Dazu nur kurz: Die globale Finanzierung für Biodiversität hat stark zugenommen und wird auf zwischen 78 und 147 Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt. Die Finanzierung der Treiber des Biodiversitätsverlust ist dagegen leider sehr viel größer, geschätzt auf zwischen 500 Milliarden und mehreren Billionen Dollar pro Jahr. Ein Bleifuß auf dem Gaspedal der Biodiversitätszerstörung bei leicht angezogener Handbremse – das ist wohl einer der wesentlichen Gründe, warum es mit den schönen Zehnjahresplänen bisher nicht klappt. Es gibt allerdings Normungsorganisationen, deren Normen für menschliche Gesundheit (WHO), Pflanzen- (SPS) und Tiergesundheit (OIE) anerkannt werden.

Höchste Zeit, dass Normungsorganisationen für Klimamaßnahmen und Biodiversitätsmaßnahmen eingerichtet werden, denn auch die planetare Gesundheit sollte ohne Handelsstrafen von der WHO schützbar werden. Das wäre auch eine mögliche Initiative der Europäischen Gemeinschaft, die auf den Zuspruch von vielen Ländern und sozialen Gruppen rechnen könnte. Die EU hat viele Möglichkeiten, Weichen zu stellen, sie muss es nur wollen.



Christine von Weizsäcker
Bild: privat

Die Biologin Christine von Weizsäcker nimmt an den CBD-Verhandlungen seit ihrer Gründung 1992 in Rio teil. Sie ist Präsidentin von [Ecoropa](#), einem europäischen Netzwerk, das sich seit den 70er-Jahren für Ökologie, Demokratie und Nord-Süd-Gerechtigkeit einsetzt. Lange Jahre war sie im Vorstand der [CBD-Alliance](#), dem weltweiten Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, die den Verhandlungen des Übereinkommens über biologische Vielfalt folgen, sowie im Vorstand der [Vereinigung Deutscher Wissenschaftler](#). Von allen Auszeichnungen hat sie sich besonders gefreut über die Würdigungsurkunde des Netzwerks Indigener Frauen für Biodiversität.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Von Weizsäcker, Christine (2021). Europa ist nicht die Welt. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Juli 2021.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48391>



Der erste Vorschlag ist auf dem Tisch: Knackpunkte für ein ehrgeiziges GBF

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 29. Juli 2021

Die neuen Ziele der UN-Biodiversitätskonvention CBD sollen als „Global Biodiversity Framework“ (GBF) auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz COP-15 in Kunming (China) beschlossen werden. Wie bereits in unserer Kolumne letzten Monat betont, ist es ein langwieriger Prozess. In der neuesten Mitteilung des COP-Bureaus sieht die Planung vor, die COP 15 im Oktober 2021 mit einem Treffen von Botschaftern zu eröffnen, die eigentlichen Verhandlungen aber erst im April 2022 abzuhalten. Dieser zweite Teil von COP-15 muss ein Präsenzmeeting werden, da die Afrikanischen Staaten beim Subsidiary Body on Implementation (SBI 3) sehr klar gemacht haben, dass sie sich durch Online-Verhandlungen benachteiligt fühlen und sich deshalb immer Einspruch vorbehalten, solange keine physischen Treffen stattfinden. Um abschließende Beschlüsse der Vorbereitungskonferenz der COP-15 (SBSTTA 24) und SBI 3 nachzuholen, ist nun ein Präsenzmeeting im Januar in Genf geplant.

Am Montag den 12. Juli haben die Co-Chairs der Open Ended Workshop Group (OEWG), basierend auf den Ergebnissen von SBSTTA 24 und SBI 3, einen neuen First Draft für das GBF vorgelegt. Dieser soll nun auf einem digitalen Treffen der OEWG (23.8. - 03.09.2021) September weiter verhandelt werden, um so einen Vorschlag für die COP 15 (Final Draft) zu erarbeiten.

Was ist neu am First draft?

Der jetzt vorgelegte First Draft unterscheidet sich vom Updated Zero Draft von August 2020 vor allem dadurch, dass einige der Ziele mit konkreten Zahlen/Prozentangaben ausgestattet wurden:

- Die Wiederherstellung degradierter Systeme (Meere, Land, Süßwasser) war zuvor nicht klar beziffert, und soll jetzt auf 20 % festgesetzt werden. Die letzten Biodiversitätsziele 2011 2020 (AICHI-Ziele) hatten 15 % anvisiert (Ziel 15) - diese wurden jedoch nicht erreicht.
- Das Ziel, 30 % der Land- und Meeresfläche zu Schutzgebieten zu erklären, wurde vom Zero Draft in den First Draft übernommen. Die ergänzenden Ansprüche an Schutzgebiete, wie effektives Management, Einbettung in die Umgebung und Vernetzung untereinander, ist fast wörtlich von Aichi-Ziel 11 übernommen. Genau diese Aspekte wurden ja nicht erreicht, müssen also weiterhin gefordert werden.

- Neu ist, dass die schon bei den Aichi-Zielen geforderte Reduzierung biodiversitätsschädlicher Subventionen (harmful subsidies) jetzt konkret beziffert wird, und zwar auf einen Betrag von 500 Milliarden Dollar jährlich. Eine solche Bezifferung setzt ein Zeichen und macht die Erreichung einfacher messbar.
- Neu ist auch die konkrete Bezifferung der Finanzen, die an Entwicklungsländer fließen sollen, nämlich 10 Milliarden Dollar jährlich, und die Festlegung eines Mindestbetrags an Ressourcen (200 Milliarden Dollar pro Jahr).
- Im Ziel mit Klimabezug ist neu, dass der Beitrag zur CO₂-Minderung durch „ecosystem based approaches“ als konkrete Zahl ausgedrückt ist, nämlich mit 10 Gigatonnen pro Jahr. Auch im Ziel zur Reduzierung der Verschmutzung aus verschiedenen Quellen sind im First draft erstmals konkrete Prozentangaben genannt, z.B. die Überdüngung um 50 % zu drosseln und den Pestizideinsatz um zwei Drittel.
- Verschmutzung durch Plastikmüll soll komplett unterbunden werden.
- Im Ziel mit Bezug zur Landwirtschaft wurde die Zahlenangabe zur Steigerung der Produktivität wieder entfernt.



Die 21 Ziele des ersten GBF-Entwurfs („First Draft“)
Bild: Eigene Darstellung

Natürlich entspricht dieser First draft noch keinem Verhandlungsergebnis sondern nur einer Verhandlungsgrundlage. Es ist zu erwarten, dass um die Zahlen noch massiv gestritten werden wird.

Insgesamt scheint der First Draft eine Weiterentwicklung der Aichi-Ziele: Es werden indirekte Treiber wie Konsum, Wertschöpfungsketten, Ernährung, oder Verschmutzung konkret angesprochen. Die Verbindung zu Klima wird durch das Mitigationsziel (Target 8) oder durch das Target 11 zur Anpassung an extreme Klima-Events und „nature’s contributions to people“ gesucht. Grundlegende Herausforderungen, wie Mainstreaming (target 14) oder harmful subsidies (target 18) waren schon in den Aichi-Zielen angesprochen worden, werden aber jetzt - nach sehr geringen Fortschritten in den Bereichen - noch direkter adressiert.

Allerdings bleibt nach wie vor in den Grauzonen der Begrifflichkeiten ein extrem großer Verhandlungsspielraum. Die Tragweite der Ziele wird davon abhängen, wie „schädliche Subventionen“, „nicht nachhaltige Wertschöpfungsketten“, Integration in „alle Politiken, Regulationen und Pläne“, oder die zu reduzierende „Verschmutzung“ definiert und erfasst werden.

Das die Ziele begleitende Monitoring-Framework schlägt hier erste Indikatoren vor. Diese bleiben jedoch sehr generell und es ist unklar, wie hier eine Verantwortlichkeit und daraus resultierende Initiativen zur Umsetzung damit sichergestellt werden können.

Wie kann Verantwortung bei der Umsetzung sichergestellt werden und welche Rolle spielt Deutschland?

Die Verantwortlichkeit für die Umsetzung ist seit der Gründung der CBD „differenziert“. Entwicklungsländer sollen bei der Umsetzung globaler Ziele von Geberländern unterstützt werden. Die Äußerungen einiger Länder während SBSTTA 24 und SBI 3 lassen allerdings auch die Interpretation zu, dass die Länder nur bereit sind, etwas umzusetzen, wenn sie dafür finanziert werden. Eine solche Darstellung stellt wiederum in Frage, ob durch eine Finanzierung nur ein „Projektbasiertes“ Engagement unterstützt wird, oder ob dabei wirkliche Maßnahmen und Veränderungen unterstützt werden. Die Deutsche Regierung hat jedenfalls darauf reagiert. Kanzlerin Angela Merkel hatte während des Nationalen Dialogs angekündigt, die deutschen Entwicklungsgelder bis 2026 auf 6 Mio. € aufzustocken (<https://www.bmu.de/pressemitteilung/nationaler-dialog-zum-schutz-der-weltweiten-biodiversitaet-im-bundesumweltministerium/>). Auch Umweltministerin Svenja Schulze stellte klar, dass, neben dem

30-Prozent-Schutzgebieteziel, der Bedeutung von Wiederherstellung und der Berücksichtigung lokaler Initiativen, besonders die Finanzierung im Mittelpunkt stünden.

Die Frage bleibt, wie sichergestellt werden kann, dass dies auch zur Umsetzung kommt. Die EU hat ja bereits vor der Verkündung des GBF eine ehrgeizige Biodiversitätsstrategie vorgelegt. Diese wird allerdings von relevanten Umsetzungspolitiken wie der Gemeinsamen Agrarpolitik weitestgehend ignoriert. Auch wenn einige Länder aus dem Globalen Süden Hilfe bei der Umsetzung benötigen - eine erfolgreiche Zielerreichung scheint jedenfalls nur wahrscheinlich, wenn sich alle Länder auch verantwortlich fühlen, diese umzusetzen.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): Der erste Vorschlag ist auf dem Tisch: Knackpunkte für ein ehrgeiziges GBF. CBD-Kolumne im Juni.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48390&nopagecache>

Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur

Um die Wende hin zu einer nachhaltigen Lebensweise zu schaffen, müssen wir an unserer Beziehung zur Natur arbeiten, sagen Marion Mehring und ihre Kolleg*innen vom ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Von Sebastian Tilch

Im Anthropozän, dem Erdzeitalter, in dem der Mensch den dominanten Faktor für die Veränderungen der Erdsysteme darstellt, gibt es so gut wie keinen Fleck auf der Erde mehr, der von der Menschheit unberührt ist. Selbst in den entlegensten Ecken der Tiefsee oder Arktis finden sich Spuren der Zivilisation, wie etwa Plastikmüll. Der Klimawandel beeinflusst die Ökosysteme weltweit, befeuert durch Industrien und Konsum in ganz anderen Regionen. Natur ohne den Menschen gibt es also nicht mehr. Der Naturschutz muss sich also fragen, was Natur ist und was eigentlich geschützt werden soll. Der klassische Politikansatz, Zivilisation und Natur zu trennen und vermeintlich unberührte Wildnis als Objekt vor unserem Einfluss zu schützen, greift zu kurz. Wir leben mit und von der Natur, und sie mit uns. Diese enge Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft sollte uns viel bewusster sein - um sie dann bewusst gestalten zu können, sagen Forscher*innen am ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt. Biodiversitätsschutz kann mit einer Gesellschaft gelingen, die die Biodiversität - ähnlich einem Lebenspartner - in allen Handlungsräumen wertschätzt. Dieses neue Verständnis sollten die Vertreterinnen und Vertreter unserer Regierungen bei der (Neu-)Formulierung politischer Ziele zur Erhaltung der biologischen Vielfalt berücksichtigen.

Meine Mutter kennt sie, die innige Beziehung, ja Liebesbeziehung zu ihrem Garten. Es ist ein sehr gepflegter und gleichzeitig enorm artenreicher Garten, vorwiegend mit heimischen Pflanzenarten - Blumen, Obst und Gemüse - der vielen Insekten, Vögeln und anderen Tieren ein Zuhause bietet. Sie gestaltet zum einen selbst, was sie ernten und bewundern möchte, beobachtet aber auch, was von alleine kommt und geht und weiß, was die Pflanzen brauchen, um ihr dieses Wohlfühlgefühl geben zu können. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen, gleichberechtigt.

Dies ist genau jene Beziehung, die der Mensch auch im ganz großen Maßstab hat. Nur ist sie den wenigsten Bewusst. In unserem globalen Garten wurschteln wir vor uns hin und verändern den Globus nach Lust und Laune.

Allerdings ohne die innige Liebe eines Gärtners zu dieser Natur - denn im globalen Maßstab sind die Folgen dieses Wurschtelns nicht unmittelbar zu sehen. Unser Konsum in unserem Teil der Welt verändert in einer global vernetzten Wirtschaft die Natur an den entlegensten Orten (Telecoupling - siehe [NeFo-Artikel vom Juli 2021](#)).

„Im Anthropozän kann nicht mehr klar unterschieden werden zwischen ‚natürlich‘ und ‚vom Menschen geprägt‘“, sagt Marion Mehring, Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Biodiversität und Bevölkerung“ am ISOE. Das hat Konsequenzen, wenn es um den Schutz von Biodiversität geht. Es stellt sich die Frage: Was ist Biodiversität überhaupt? Welche Biodiversität soll weiterhin geschützt werden?

„Eine wesentliche Ursache der Biodiversitätskrise liegt in einer grundlegenden Denkbewegung der Moderne“, so die Geoökologin.

Demnach werde Natur aus einer Distanz heraus wahrgenommen, die ihren Wert allein aus ihrem Beitrag beziehe, den sie zur Sicherung der menschlichen Lebensbedingungen liefere. „Tatsächlich ist es aber entscheidend, dass wir erkennen, dass wir uns immer in Beziehung setzen zur Natur, und dass wir in der Forschung diese Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur - die sogenannten gesellschaftlichen Naturverhältnisse - ganz genau in ihrem Zusammenspiel zu betrachten. Denn gesellschaftliches Handeln und ökologische Effekte greifen so eng ineinander, dass eine einseitige Betrachtung auf „die Natur“ oder „die Gesellschaft“ nicht hilfreich und v.a. auch nicht ausreichend ist.“



Laut einer Studie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung UFZ von 2017 gelangt der größte Teil des Plastikmülls über große Flüsse in die Meere, vor allem in Asien. Jedes Jahr kommen etwa zehn Millionen Tonnen Plastikmüll dazu. Bild: Plastikmüll in Fluss / Teich_Pixabay

Dieser Eindruck einer einseitigen Betrachtung drängt sich auch immer dann auf, wenn man in den Medien über politische Ereignisse rund um die Biologische Vielfalt liest, sei es die Vorstellung der neuesten Rote Liste der Weltnaturschutzunion IUCN, eines neuen Berichtes des Weltbiodiversitätsrates, oder auch die Verhandlungen bei den UN-Vertragsstaatenkonferenzen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD. Irgendwelche Tier- und Pflanzenarten, die die allerwenigsten von uns je gesehen haben, sind bedroht und sollen vom Aussterben bewahrt werden. Mit unserem Leben hat das direkt nichts zu tun.

Auch in den politischen Maßnahmen spiegelt sich diese Distanz wider. Es sollen Schutzgebiete eingerichtet und stetig ausgeweitet werden.

So lautete Ziel 11 der 2010 von der CBD beschlossenen AICHI-Biodiversitätsziele:

„Bis 2020 sind mindestens 17 Prozent der Land- und Binnenwassergebiete und 10 Prozent der Küsten- und Meeresgebiete, [...] durch effektiv und gerecht gemanagte, ökologisch repräsentative und gut vernetzte Schutzgebietssysteme [...] geschützt.“

Tatsächlich gehört dieses Ziel zu den ganz wenigen, die annähernd erreicht werden konnten. Zumindest verweist man gern auf die offiziellen Ausweisungen. Geht es allerdings um das effektive Management und die Vernetzung dieser Gebiete, sieht es weniger gut aus. Denn hier kommt die Gesellschaft mit ihren vielfältigen Interessen und Bedürfnisse ins Spiel, die einer intakten Natur sehr häufig entgegenstehen: Straßen- und Siedlungsbau, billige Nahrungsmittel oder auch ein florierender Markt für Schweinefleisch in China. Und das ist auch ein wesentlicher Grund, weshalb die meisten anderen der insgesamt 20 Aichi-Ziele nicht erreicht werden konnten:

Etwa bis 2020 die vielen Milliarden Euro an biodiversitätsschädlichen Subventionen für Land- Energie- oder Mobilitätswirtschaft abzuschaffen (Ziel. 3), Forst- und Landwirtschaft sowie Aquakulturen nachhaltig zu machen (Ziel 7) Verschmutzung etwa durch überschüssige Nährstoffe wieder auf ein für die ökosystemare Funktion und die biologische Vielfalt unschädliches Niveau zu bringen (Ziel 8).

Es ist klar: Die Biodiversitätskrise ist nicht allein durch die Einrichtung von Schutzgebieten zu beenden. Wir brauchen die biologische Vielfalt überall, zur Herstellung unserer Lebensmittel, für sauberes Wasser, erträgliches Klima aber auch unser seelisches Wohlergehen. Also müssen wir nicht eine von uns ferne Natur schützen, wir müssen sie in unserer Welt schützen.

„Um die notwendig gewordenen sozial-ökologischen Transformationen zu schaffen, muss die untrennbare Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur in den Mittelpunkt gerückt werden“, sagt Marion Mehring. „Die Natur“ gibt es im Anthropozän nicht mehr ohne den Menschen. Gesellschaftliche Prozesse bewirken Biodiversitätsveränderungen und anders herum. Diese enge Beziehung müssen wir überhaupt zuerst einmal wahrnehmen und dann vor allem eins: akzeptieren.

„Eine sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn wir sie als gemeinsame Gestaltungsaufgabe verstehen und annehmen“ (ISOE)

Ein Naturschutz gegen die Menschen wird nicht möglich sein. Wenn aber allgemein anerkannt ist, dass die menschliche Gesellschaft auch ohne die Natur nicht möglich ist, man sie also in die Zukunftskonzepte einbeziehen muss, können die bisherigen Fronten zwischen menschlichen Bedürfnissen und Naturschutz aufgelöst werden. Wir werden handlungsfähig.

„Gestaltungsfähig“, würden die Wissenschaftler*innen am ISOE sagen. Denn Transformation ist notwendig. Sie ist nicht nur eine analytisch wissenschaftliche Aufgabe, sondern auch eine gesellschaftliche.. Und das wiederum bedeutet zu diskutieren, welche Bedürfnisse wie in Einklang zu bringen sind, dass die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft erhalten bleibt.

Um diesen Prozess zu unterstützen, hat Marion Mehring gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen einen Ansatz für eine sozial-ökologische Gestaltung im Anthropozän entwickelt und in sechs Prinzipien übersetzt. (<https://www.isoe.de/forschung/gestaltungsprinzipien/>), die als Orientierungshilfe für Politikschaffende und andere Entscheidungsträger herangezogen werden können:

Prinzip eins ist ein zentrales Prinzip, das besagt, **die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur** in den Mittelpunkt zu stellen, sie also in unsere Lebenswelt zurückzuholen und ihre Bedeutung zu respektieren.

Daraus ergibt sich zwangsläufig das **Prinzip zwei: Koexistenz ermöglichen**. „Die Krisen der Gegenwart äußern sich in Prozessen der Verdrängung und Unterordnung, wie sie sich aus dem Motiv der Beherrschung und ökonomischen Inwertsetzung von Natur ergeben“, schreiben die Wissenschaftler*innen.

Politische Ansätze müssten auf langfristige Koexistenz zielen, sowohl verschiedener gesellschaftlicher Gruppen als auch nichtmenschliche Subjekte.

Notwendig dafür sei „besonders die Offenlegung und die Entschärfung von Macht-, Verfügungs- und Geltungsansprüchen gegenüber anderen sowie die Anerkennung und den offenen, lernenden Umgang mit Differenz und Konflikt“.



Der Fichtenwald im Harz wandelt sich derzeit zur offenen Landschaft. Schuld sei der Borkenkäfer, sagen viele. Tatsächlich gab es den hier immer. Erst die extreme Dürre durch die Klimaerwärmung hat dem Käfer Idealbedingungen beschert. Die Ursachen sind komplex - das müssen wir akzeptieren, besagt ein Prinzip des ISOE. Bild: S. Tilch

Das bedeutet zum einen, dass für gesellschaftliche Herausforderungen Lösungen gefunden werden müssen, die Ökosysteme und ihren Funktionen nicht beeinträchtigen, zum anderen aber auch die Bedürfnisse aller gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen.

So müssen Holzproduktionsstätten, aber auch Schutzgebiete bspw. in Regenwäldern so gemanagt werden, dass sie dauerhaft bestehen bleiben und die anwohnende Bevölkerung davon profitiert und zumindest nicht beeinträchtigt wird. In unseren Breiten könnte dies bedeuten, dass eine Fabrik, die klimafreundliche Autos bauen soll, nur dann und nur dort gebaut werden kann, wenn sie nicht lebensnotwendige natürliche Ökosystemfunktionen wie die Grundwasserversorgung gefährden - und die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und ihrer Umwelt berücksichtigt wird. Dass der Ausbau der Zivilisation zwangsläufig den Verlust der Biodiversität in Kauf nehmen muss, ist ein nach wie vor verbreitetes Bild, das in Anbetracht der Zukunftsperspektiven jedoch nicht mehr gelten kann.

Prinzip drei ist mit „**Grenzen abstecken und reflektieren**“ betitelt. Dieses Prinzip greift die Endlichkeit unserer Ressourcen auf dem Planeten auf, die unserer aktuellen Lebens- und Wirtschaftsweise völlig widerspricht.

Der globale Handel hat die Grenzen des Möglichen enorm vergrößert. Das ganze Jahr über können wir Früchte und Gemüse aus aller Welt kaufen, eine Saison dafür gibt es kaum noch. Bei anderen Konsumartikeln sieht es wenig anders aus. Ressourcenverbrauch, Verunreinigung und Müllaufkommen werden einfach in andere Weltregionen verlegt. Wir stoßen schon lange an die Grenzen dieses Systems, sei es durch unhaltbare soziale Bedingungen der Menschen in jenen Regionen, oder vermehrte Naturkatastrophen durch den menschengemachten Klimawandel.

Die Wissenschaftler*innen des ISOE sehen die Grenzen, die für ein gutes Leben in Zukunft nötig sind, in Form eines sogenannten Transformationskorridors. Dieser basiert vor allem auf dem Grundsatz, dass die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse nicht jene anderer beschneiden dürfen. Dieser Korridor ist das Sinnbild unseres zukünftigen Lebensweges, der durch verschiedene Faktoren begrenzt wird: Von unten durch die menschlichen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung oder Minimalbedingungen für soziale Teilhabe, von oben durch die begrenzten natürlichen Ressourcen und die Leistungsfähigkeit der Erdsysteme. Die Wände rechts und links versinnbildlichen die Bedürfnisse anderer Menschen oder auch späterer Generationen.

Wo diese Wände verlaufen und wie eng sie sind, sollte zum einen abhängen von wissenschaftlich erhobenen Daten zu Ressourcenverfügbarkeit und Folgenabschätzungen, wie es etwa bei der Berechnung des Budgets von CO₂-Emissionen zur Einhaltung des 2°-Ziels gemacht wird. Zum anderen von einer gesellschaftlichen Debatte, welche Bedürfnisse man sich für ein „gutes Leben“ leisten will.

Prinzip vier lautet zu „**lernen, mit Komplexität umzugehen**“.

Unser Einfluss auf die Erd- und Ökosystemfunktionen ist hochkomplex, so komplex wie die Systeme selbst. So stellen Wissenschaftler*innen immer mehr fest, dass monokausale Ansätze bei der Erfassung von Umweltveränderungen zu kurz greifen.

Eine Kernbotschaft des im Juni dieses Jahres erschienenen gemeinsamen Workshop-Berichts zu "[Biodiversität und Klimawandel](#)" von Weltbiodiversitätsrat IPBES und Weltklimarat IPCC ist,

dass verschiedene Treiber von Ökosystemveränderungen sich nicht einfach addieren, sondern meist synergetisch wirken, sich also gegenseitig verstärken können. So wirken beispielsweise Pestizide unter Dürrebedingungen auf Bodenorganismen wesentlich stärker als unter normalen klimatischen Bedingungen. Allein dieses Beispiel zeigt, dass wir bei der Bekämpfung mehrerer Krisen ganzheitlich denken müssen. Der Klimawandel wird künftig auch neue gesundheitliche Herausforderungen für unsere Region mit sich bringen. Neue Mückenarten etwa überstehen unsere milden Winter und können Krankheiten verbreiten, die bislang keine Rolle spielten.

Dekarbonisierung ist hier also eine der wesentlichen Maßnahmen für die künftige Gesundheit unserer Gesellschaft. Wie man bei der Bekämpfung dieser invasiven Mückenarten die Natur mitberücksichtigt (auf Pestizide verzichtet), zeigt das AJAP-Projekt, an dem Marion Mehring beteiligt war (<https://www.isoe.de/nc/forschung/projekte/project/ajap-ii/>).

Letztendlich bedeutet „mit Komplexität umgehen“ aber auch, sich einzugestehen, dass man nie alles wissen, keine Entwicklungen mit völliger Sicherheit vorhersagen und entsprechend in sichere Bahnen lenken kann. „Notwendig ist hier ein reflektierter und transparenter Umgang mit Unsicherheit und unterschiedlichen Problembeschreibungen, aber auch, offen gegenüber alternativen Gestaltungszielen zu sein“ meint Marion Mehring. „Die vernünftigste Antwort darauf ist, hier das Vorsorgeprinzip anzuwenden.“

Als **fünftes Prinzip** nennen die die Wissenschaftler*innen, die **Widerstandsfähigkeit** sozial-ökologischer Systeme gegenüber den Folgen von heute bereits absehbaren Umwelt- aber auch gesellschaftliche Veränderungen zu stärken.

Das Prinzip zielt darauf ab, Entwicklungen wie eine zunehmende Lebensweise in Städten weltweit, einen Bedarf an klimaneutraler Mobilität und Energie, aber auch häufigere Dürren und Hochwasser in heutigen Entscheidungen und Lösungsfindungen mitzuberücksichtigen. Ein Beispiel hierfür ist etwa, natürliche Überschwemmungsflächen wiederherzustellen und keine Neu- und Wiederaufbauprojekte in Flussauen mehr zu genehmigen.

Das **sechste und letzte Prinzip** besagt, dass die **Teilhabe aller Akteure gesichert** werden sollte. Dieses setzt den Rahmen für die unter Prinzip drei genannte Aushandlung der „Korridore“. Damit die gesellschaftlich beschlossenen Gestaltungswege auch dauerhaft und nachhaltig sind, muss der Gestaltungsprozess (basis-) demokratisch sein und die praktisch wirksame Teilhabe aller Akteure ermöglichen.

So wird etwa die Produktion von emissionsfreiem Strom durch Staudämme keine dauerhaft friedliche Zukunftslösung sein, wenn Millionen von Menschen am folgenden Flusslauf unter Trinkwasserknappheit oder einem wegfallenden Fischereiwesen leiden. Auch gentechnisch veränderte Nutzpflanzen können nur dann eine nachhaltige Lösung des Ernährungsproblems sein, wenn die Landwirte in den betreffenden Regionen sich diese Sorten auch leisten können und sie die Wahl haben.

Bewusstsein für Gesellschaft-Natur-Verhältnis im CBD Post-2020-Prozess

In den vergangenen Jahren sind in einem weltweiten Prozess die Gründe für das Scheitern des bisherigen Strategischen Plans der CBD zur Erhaltung der biologischen Vielfalt analysiert und Konzepte für einen neuen Vertrag der Mitgliedstaaten für die kommenden Jahre und Jahrzehnte entworfen worden. Diese sollen bei der anstehenden COP-15 in chinesischen Kunming vom 11. bis 15. Oktober 2021 (Teil 1) und vom 25. April bis 8. Mai 2022 (Teil 2) verhandelt und beschlossen werden. Vergleicht man die neuen Ziele des aktuellen Entwurfs (1st draft) mit den Aichi-Zielen von 2010, fällt auf, dass zumindest in dieser politischen Ebene das Bewusstsein für das eingetretene Anthropozän bereits vorhanden zu sein scheint. Wesentlich stärker ist die Rolle der Gesellschaft und menschlicher Akteure bei der Zielformulierung berücksichtigt worden.

Das beginnt schon mit einer Neuformulierung des Begriffs „Ökosystemleistung“. Der jetzt gebrauchte Begriff „Nature's contributions to people“ hebt den Stellenwert der Natur auf die gleiche Höhe wie den Menschen und lässt sich als eigenständiges, zu respektierendes Wesen erscheinen.

Außerdem ist der Gedanke der Koexistenz von Natur- und Menschen bei respekt- und maßvoller Nutzung statt Ausschluss stärker verankert, etwa in

- **Ziel 1:** Sicherstellen, dass alle Land- und Meeresgebiete weltweit einer integrierten, die biologische Vielfalt berücksichtigenden Raumplanung unterliegen [...]
- **Ziel 4:** Gewährleistung aktiver Bewirtschaftungsmaßnahmen [...] und wirksames Management der Interaktionen zwischen Mensch und Wildtieren, um Konflikte zwischen Mensch und Wildtieren zu vermeiden oder zu verringern.
- **Ziel 5:** Sicherstellen, dass die Ernte, der Handel und die Nutzung wild lebender Arten nachhaltig, legal und sicher für die menschliche Gesundheit sind.

Das Prinzip der Teilhabe aller und die Respektierung verschiedener Interessen an der Natur werden besonders in den Zielen 9 und 21 deutlich:

- **Ziel 9:** Sicherstellung des Nutzens für die Menschen, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, einschließlich Ernährung, Lebensmittelsicherheit, Arzneimittel und Lebensunterhalt, durch nachhaltige Bewirtschaftung wild lebender Land-, Süßwasser- und Meerestiere und Schutz der gewohnheitsmäßigen nachhaltigen Nutzung durch indigene Völker und lokale Gemeinschaften.
- **Ziel 21:** Die gleichberechtigte und wirksame Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt sicherstellen und ihre Rechte auf Land, Territorien und Ressourcen sowie Rechte von Frauen, Mädchen und Jugendlichen achten.

„Ein Blick in den First Draft der CBD lohnt sich, denn er gibt Hoffnung, dass wir auf einem guten Weg sind die Biodiversitätskrise anzugehen“ sagt Mehring. „Am Ende kommt es aber auch auf die Umsetzung an.“

Hierfür braucht es Handlungswissen. Die Umsetzung wird demnach zeigen, ob das Bewusstsein für die enge Bindung von Mensch und Natur und die Gefahren des Ignorierens auch in den umsetzenden Politikebenen angekommen ist.“



Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur. Themenschwerpunkt im September. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48550>

„Bei der Gartenarbeit wird sie unmittelbar erfahrbar - die enge Beziehung zwischen Mensch und Natur. Im Idealfall ist sie ein Geben und Nehmen. Das sollte auch das Vorbild im globalen Maßstab sein. Bild: T.M. Müller_Pixelio

Auch im Garten meiner Mutter sind inzwischen neue Pflanzenarten angekommen, die aufgrund der neuen klimatischen Bedingungen besser passen. Sie macht den Garten also ebenfalls widerstandsfähig gegen absehbare Trockenperioden, um das Gesamtsystem am Leben zu halten. Gleichzeitig legt sie neue Wasserspeicher an, was die Pflanzen ihr in den kommenden Jahren sicherlich danken werden, und vieles mehr. Die Beziehung zwischen ihr und den vielen Arten sorgt dafür, dass beide Seiten sich dauerhaft wohl fühlen. Diese Balance gilt es nun, im globalen Maßstab zwischen Menschheit und Natur zu finden.



Die Beziehung zwischen Mensch und Stadtnatur

*Im NeFo-Interview: Dr. Florian Dirk Schneider, [ISOE-Institut für sozial ökologische Forschung](#)
Das Interview führten Marianne Darbi und Nora Schmidt für NeFo
Erscheinungsdatum: 28. September 2021*

Über das Projekt „Stadtnatur-Entdeckungen im Lockdown“: Der Corona-Lockdown wurde als Anlass genommen, mehr über die Sichtweisen, die Nutzung und Bewertung von Stadtnatur durch die Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt zu erfahren. Dabei verfolgten die Forscher*innen am ISOE den Ansatz der Spaziergangswissenschaften. Sie haben Menschen auf ihren typischen Routen während des Lockdowns begleitet und zu ihren Wahrnehmungen, Nutzungen und Bewertungen von Stadtnatur befragt. Dabei sind 20 qualitative Go-Along-Interviews entstanden. Die Teilnehmer*innen konnten in den Interviews ihre persönlichen, alltäglichen Begegnungen mit der Natur in der Stadt zeigen.

NeFo: Was war die Zielsetzung des Projektes und was wollten Sie mit dem Projekt erreichen?

Florian D. Schneider: Die Interviews dienen als Brennglas für die Wahrnehmung und Nutzung der Natur in der Stadt. Natur wird sehr unterschiedlich wahrgenommen, jeder zieht die Grenze zwischen Natur und vom Menschen Geschaffenen anders.

Der Begriff Stadtnatur ist hier bezeichnend. Was ist Natur in der Stadt? Wo ist sie zu finden? Und was ist keine Natur, sondern ganz klar menschlich gemacht? Was ist Kultur? Das zeichnet das Zeitalter des Anthropozäns aus. Die Grenze zwischen Natur und Kultur verschwimmt. In der Stadt werden Natur und Mensch auf engem Raum zusammengebracht. Das Projekt liefert einen explorativen Ansatz, wie Natur in der Stadt betrachtet und bewertet werden kann, beispielsweise für zukünftige Entscheidungen.

NeFo: Das ISOE hat [sechs Gestaltungsprinzipien](#) für den sozial-ökologischen Wandel entworfen. Bei Prinzip eins geht es um die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur. Das Projekt thematisiert die menschliche Erfahrung der Stadtnatur, wie hängt das mit dem Gestaltungsprinzip des ISOE zusammen?

Können Sie das erste Prinzip „Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur in den Mittelpunkt rücken“ am Beispiel des Projektes Stadtnatur erläutern?

Florian D. Schneider: Die Interviews sollten zunächst die Beziehungen zwischen Mensch und Natur beschreiben. Beziehungen sind eben mehr als Nutzungen. Uns geht es darum, nicht immer nur die messbaren Nutzungsintensitäten, wie zum Beispiel den Flächenverbrauch in der Stadt zu beschreiben, sondern auch den Blick auf die wechselseitigen Interaktionen zu richten. Also zum Beispiel, wo durch die menschliche Aktivität in der Stadt auch Lebensräume für Tiere und Pflanzen entstehen.

Es geht zum einen um ein physisch-materielles Verhältnis wie die Stadtnatur als Ort der Landschaft, als Lebensraum für Mensch, Tiere und Pflanzen. Und zum anderen aber auch um ein symbolisches und kulturelles Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Die Beziehungen, die in unseren Interviews zum Ausdruck kamen, sind persönliche Erlebnisse, eigene Geschichten, die aus Routinen oder Erinnerungen entstehen, zum Beispiel Joggen im Park am Morgen, Beeren pflücken mit den Großeltern, oder ein zutraulich gewordenes Rotkehlchen.

Die individuelle emotionale Wahrnehmung spielt bei vielen eine große Rolle. Dadurch sehen wir, warum und wie die Menschen die Biodiversität wahrnehmen und bewerten.

Das erste Prinzip der Gestaltungsprinzipien beschreibt, dass man genau diese Beziehung erstmal kennen muss, um sie später auch gestalten zu können. Der erste Schritt ist das beschreiben der Beziehungen und der Wahrnehmungen davon, um dann zu einem Handeln zu kommen und um die Zukunft gestalten zu können.



Routinen im Alltag, wie der Besuch eines Teichs und der Wasservögel beim täglichen Spaziergang, lassen Beziehungen zwischen Mensch und Stadtnatur entstehen. Bild: © 2021 ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

NeFo: *Wie kann dieser symbolisch-kulturelle Ansatz im Mensch-Natur-Verhältnis genutzt werden? Welche Handlungsansätze gibt es?*

Florian D. Schneider: Es gibt bereits partizipative Prozesse, die integrativ vorgehen und zum Beispiel die Grünraumnutzungen und die Lebensqualität der Teilnehmenden erfassen und in die Planung einbeziehen.

Zudem gibt es Fortschritte in der Stadtplanung, indem Lebensräume für verschiedene Tierarten bei der Bebauung mitbedacht werden (sogenanntes Animal Aided Design), oder Biotopflächen mittel- bis langfristig besser vernetzt werden können, um der Natur wieder mehr Raum zu geben.

Es geht aber meiner Meinung nach auch darum, Schnittstellen zu finden in dem Prozess, die Stadt lebenswerter zu machen, zum Beispiel bei der Überlappung zwischen Wohnraumqualität und Biodiversitätsschutz.

Wir untersuchen mit den Spaziergängen einen dieser Überlappungsbereiche, um Argumente zu liefern für die Berücksichtigung von subjektiven Werten und Nutzungs- und Beziehungsmustern von Natur in der Stadt. Wichtig ist es, zukünftig all diese unterschiedlichen Aspekte und verschiedenen Ansätze in Planungs- und Entscheidungsverfahren zu integrieren.

NeFo: *Welche Rolle können das Gestaltungsprinzip „Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur in den Mittelpunkt rücken“ und auch Ihr Projekt für die Vision der CBD „Living in harmony with nature“ spielen?*

Florian D. Schneider: „Living in harmony with nature“ in Städten ist der Anspruch auch auf dichtem Raum, wo Menschen eng zusammenleben, in Einklang mit der Natur zu leben.

Der Fokus des Projekts liegt auf den Beziehungen und Verflechtungen von Mensch und Natur in der Stadt und die Nutzung direkt vor der eigenen Haustür. Mit dem Projekt können neue Maßstäbe entwickelt werden für die Wertschätzung und Bewertung von Stadtnatur. Was sind Gründe für den Erhalt der Natur in der Stadt?

Aus der Biodiversitätsforschung gibt es bereits viele Gründe, aber um auch zu einer guten Wertschätzung durch die Bewohner*innen zu kommen, müssen wir verstanden haben, was denn der Bewertungsmaßstab ist. Wann halten sich Menschen in der Natur auf und wann nicht? Wann pflegen Menschen eine Beziehung zur Natur und wann nicht?

NeFo: *Welche Bedeutung hat der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit, wird dieser auch in dem Projekt deutlich?*

Florian D. Schneider: Bei verschiedenen Themen in unseren Interviews wurden Gerechtigkeitsaspekte deutlich, beispielsweise hinsichtlich des Zugangs zur Natur oder der Bedeutung von Bildung und Wissen für die Naturwahrnehmung. Diese ist auch abhängig davon, aus welcher gesellschaftlichen Schicht der Betrachter kommt. Wie die Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur durch soziale Gerechtigkeit beeinflusst wird, kann an dem Aspekt Zugang zur Natur anschaulich gemacht werden. Einen Garten muss man sich erstmal leisten können, wenige der Interviewten hatten Zugang zu einem eigenen Garten.

Eine Alternative sind der eigene Balkon oder Parkanlagen. Häufig gab es Engagement in Urban Gardening-Projekten. Diese haben eine starke soziale Komponente. Sie bieten einen Ort, um sich zu unterhalten und sind ein wichtiger Lernraum. Es gibt ein offenes kostenloses Angebot, das einlädt zur Teilhabe.

In Schrebergärten ist auch der Gemeinschaftsgedanke wichtig, sie werden aber eher als Privileg und Rückzugsort wahrgenommen, das man nicht unbedingt mit anderen teilt. Das hat, gerade während der Lockdowns, stark an Bedeutung gewonnen und die Nachfrage stark befeuert. Dadurch wurde es sehr schwer, den Traum von einer eigenen Gartenparzelle in der Stadt zu verwirklichen.

Der Zugang zur Stadtnatur ist sehr unterschiedlich, so ist in manchen sozialen Milieus, in manchen Stadtteilen der Zugang zu Parks und privaten Grünflächen eingeschränkt, weil sie weit entfernt sind oder nicht so hochwertig, aber auch weil die Menschen vielleicht eher nicht die Zeit und das Interesse haben, sich dort aufzuhalten. Für das Gestaltungsprinzip „Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur in den Mittelpunkt rücken“ ist es interessant, wie Städte und Grünräume geplant werden, wie die Nähe zu Grünflächen und die Qualität als Lebensraum ist. Auch hier ist wichtig, dass die Bedeutung für den Menschen bekannt ist und dass jedem ein Zugang gewährleistet wird, unabhängig von der Siedlungsstruktur.

„Aber deswegen finde ich z.B. diesen Gallus-Garten einfach so cool, dass man mitten in der Stadt die Möglichkeit hat, sich auszuprobieren. Ich meine, es gibt genügend Wohnungen, die keinen Balkon haben oder keine Terrasse oder Zugang irgendwie. Von daher ist das echt cool, dass man trotz zentral leben die Möglichkeit irgendwie bekommt, zu gärtnern.“

O-Ton eines Interviewteilnehmers, © 2021 ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

NeFo: *Gibt es Schnittstellen von Ihrem Projekt zu Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der Stadt?*

Florian D. Schneider: Das Thema Klimawandel kam oft zur Sprache. Wir haben die Teilnehmenden auch gefragt, wie sich die Stadt verändert hat.

Dabei wurden Veränderungen durch Effekte des Klimawandels auf die Stadtnatur, zum Beispiel der Trockenstress der Stadtbäume und Grünflächen, wahrgenommen. Es gab aber auch ein Verständnis für die Stadtnatur als Maßnahme zur Klimawandelanpassung. Die meisten, die teilgenommen haben, hatten ein Problembewusstsein für Nachhaltigkeit und Klimawandel.

NeFo: *Was sind die spannendsten Ergebnisse und zentralen Kernaussagen aus dem Projekt?*

Florian D. Schneider: Die Erkenntnis war überraschend, dass Personen, die auf einer intellektuellen Ebene mehr über Natur in der Stadt wissen, diese bisweilen weniger emotional wahrnehmen. Es scheint eine Korrelation zwischen Wissen und Wahrnehmung der Natur zu geben. Das heißt, je mehr Wissen vorhanden ist, desto mehr wird differenziert geschaut und umso mehr kann man benennen was man sieht, aber gleichzeitig wird die Natur weniger auf der Gefühlsebene beschrieben. Das Wissen über Natur bestimmt also stark, wie Natur erlebt wird.

Die emotionale Wahrnehmung von Natur, Tieren, Pflanzen, Gewässern, Beziehungen zu einem bestimmten Ort und die Sinneseindrücke werden insbesondere von Teilnehmer*innen benannt, die sich nicht aktiv mit dem Thema Biodiversität und Naturschutz beschäftigen, sondern es ist eher ein unmittelbarer Zugang.

Andere wollen lernen und beschäftigen sich damit aktiv, zum Beispiel über Institutionen oder Apps, aber hier findet das Erleben von Natur viel mehr vermittelt über Hilfsmittel statt. Menschen, die sehr viel über die Prozesse und den Hintergrund von Natur wissen, die mit Begriffen wie Ökosystemleistungen hantieren, erleben die Natur viel mehr über diese Begriffe. Auch gab es spannende Aussagen zum Gesundheitsaspekt. Die Stadtnatur dient vielen Menschen zur Stressreduktion und Fitness. Wir bekamen sehr persönliche Einsichten, zum Beispiel über die Bedeutung eines öffentlichen Parks für den Umgang mit Depressionen. Die Menschen haben zu Orten sehr persönliche Beziehungen, beispielsweise eine Parkbank oder ein botanischer Garten, wo jemand immer wieder hingehet. Es ist sehr beeindruckend, wie wichtig ein bestimmter Ort in der Natur in der Stadt für einen Menschen sein kann.



Infotafeln sind ebenso wichtig in der Vermittlung von Wissen über Stadtnatur wie auch in der Vermittlung von sozialem Engagement für die Stadtnatur. Bild: © 2021 ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

„Und hier vorne rechts kommt jetzt ein dicker Baumstamm. Wenn es trocken ist, setze ich mich da auch mal hin und lasse einfach mal... Man kann sagen, das ist einmal so Volltanken für die Seele und stabil durch den Alltag. Schon schön. O-Ton eines Interviewteilnehmers © 2021 ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

NeFo: *Wie geht es jetzt weiter mit den Forschungsergebnissen?*

Florian D. Schneider: Das sind jetzt nur einige Anekdoten. Die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen. Wenn wir alle Ergebnisse ausgewertet haben, möchten wir den Bürger*innen in Frankfurt diese zurückgeben. Dafür denken wir über die Verwendung neuer Medienformate nach, wie einen Podcast oder Audiowalk mit den O-Tönen.

NeFo: *Wie kann man mit diesem Unterschied der Wahrnehmung von Stadtnatur (intuitiver und emotionaler Zugang vs. „vermittelter“ und intellektueller Zugang zur Natur) umgehen? Und was bedeutet das für den Biodiversitätsschutz?*

Florian D. Schneider: Diese unterschiedliche Wahrnehmung ist nicht nur von dem sozialen Milieu und der Bildung abhängig, sondern von vielen Faktoren, wie auch Unterschiede in der Persönlichkeit. Es braucht zielgruppenspezifische Strategien und es müssen vielfältige Angebote geschaffen werden.

Die Umweltbildung und ein wissenschaftlicher Zugang zur Natur sollten weiterhin bestehen, aber das allein reicht nicht aus. Es werden unterschiedliche Ansätze benötigt, insbesondere um auch einen emotionalen Zugang zu ermöglichen. Es geht einerseits um das Wissen über Natur wie beispielsweise einzelne Vogelarten, aber vor allem auch um das Erfahren und Erleben von Natur. Wichtig ist darum, dass Erlebnisräume geschaffen werden.

NeFo: *Was ist Ihr Wunsch an die Politik für einen sozial-ökologischen Wandel?*

Florian D. Schneider: Der Blick auf die lokalen Gegebenheiten ist ganz wichtig. Politik arbeitet aber häufig auf übergeordneter konzeptioneller Ebene. Ein enormes Potential liegt auf lokalen Entscheidungen und Initiativen.

Mein Wunsch ist es, Lösungen auf der kleineren, lokalen Ebene zu suchen und zu finden. Hierfür sind Ermächtigung, Dialoge und das Mitmachen wichtig. So kann eine kleinteilige Diversität entstehen. Viele eigene, kleine Lösungen vor Ort sind gut für die Biodiversität, aber auch für die Menschen. Sie steigern die Verantwortung und Lebensqualität, auch durch ein soziales Gefüge. Es fehlt an Unterstützung und Mitteln für solche Prozesse durch die Politik. Zudem gibt es hohe Unsicherheiten für lokale Initiativen, zum Beispiel Urban Gardening-Projekte auf Brachen oder Kleingartenvereine stehen in starker Flächenkonkurrenz und müssen verschwinden, wenn gebaut werden soll. Es sollte umgekehrt sein: Versiegelte Flächen sollten auch öfters an Initiativen überführt werden, so dass dort Urban Gardening-Projekte, Gärten oder Naturflächen entstehen.



Durch das Übernehmen von Verantwortung für einen Garten werden Beziehungen aufgebaut zwischen Mensch und Natur. Urban Gardening und Kleingartenanlagen bieten unterschiedliche Möglichkeiten des Zugangs zu einem Stück Stadtnatur. Bild: © 2021 ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung



Dr. Florian Dirk Schneider Bild: © 2021 ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Der Interviewpartner Dr. Florian Dirk Schneider ist seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ISOE im Forschungsschwerpunkt Biodiversität und Bevölkerung. Er forscht zur Integration von wissenschaftlichem Wissen um Biodiversität in gesellschaftliche Diskurse und Entscheidungsprozesse.

Das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung mit Sitz in Frankfurt ist ein unabhängiges Institut für Nachhaltigkeitsforschung. Am ISOE werden wissenschaftliche Grundlagen und zukunftsfähige Konzepte für Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene entwickelt. Das Arbeitsspektrum reicht von grundlagen- bis beratungsorientierter Forschung. Dabei verbinden sie natur- und sozialwissenschaftliche Disziplinen ebenso konsequent wie Wissenschaft und Gesellschaft.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Dirk Schneider, Florian (2021). Die Beziehung zwischen Mensch und Stadtnatur. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im September 2021.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48396>



Frustrierender Verlauf der post-2020 Biodiversitäts-Verhandlungen (OEWG-3)

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 28. September 2021

Die Open-Ended Working Group (OEWG) zur Erarbeitung des post-2020 Global Biodiversity Framework (GBF) hat den ersten Teil ihres dritten Treffens als virtuelle Veranstaltung hinter sich gebracht, dabei aber kaum Fortschritte erzielt. Dies lag vor allem daran, dass nach den Erfahrungen der ebenfalls virtuellen Treffen von SBSTTA 24 und SBI 3 von Anfang angesagt wurde, dass man lediglich Ideen austauschen solle. Echt verhandelt werden sollte nicht – da sich hierbei einige Länder durch das online-Format benachteiligt sehen. Dabei lag mit dem „First Draft“ vom Juli 2021 nun ein Dokument mit konkreten Zielformulierungen inklusive quantitativer Angaben vor, und der nächste logische Schritt wäre gewesen, genau darüber zu verhandeln und Kompromisse zu finden. So aber wirkten die Verhandler*innen etwas verloren und es war unklar, worüber genau gesprochen werden sollte, wenn nicht über den konkreten Text des First Drafts.

Nach inhaltlich chaotischem Verlauf und vielen Nachfragen nach dem Prozedere wurde dann folgendes Verfahren angewandt: Die Staaten und Beobachter wurden gebeten, alternative Zielformulierungen zu den 21 Zielen des first drafts einzureichen. Die sogenannten Co-Leads jeder thematischen Untergruppe listeten diese in einem non-paper auf oder versuchten, Änderungen in den Text des First Drafts einzuarbeiten. In der jeweiligen Untergruppe wurden diese neuen Vorschläge dann von den Einreichenden kurz erläutert oder noch ergänzt, aber es wurde bewusst vermieden, die Vorschläge anderer zu kommentieren. Konsequenterweise ist das Ergebnis nun zu jedem der 21 Ziele eine ganze Liste von Alternativvorschlägen, über die aber nicht weiter gesprochen wurde und der Prozess der Kompromissfindung ist auf den für Mitte Januar 2022 in Genf geplanten physischen zweiten Teil der OEWG 3 verschoben.

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die zusätzlichen Formulierungsvorschläge eher genutzt, eigene Positionen zu zementieren, anstatt auch auf Gegenargumente einzugehen. Mit Hinblick auf die Vorbereitung der weiteren GBF-Verhandlungen ist der Wert des – nicht zuletzt aufgrund der verschiedenen Zeitzonen – aufwendigen Treffens somit mindestens fragwür-

dig, da die Vorschläge auch auf anderem Wege (z.B. per Email) und unabhängig von dem Meeting hätten eingereicht werden können, ohne so viel Aufmerksamkeit in allen Mitgliedsstaaten zu binden.

Auch in der thematischen Untergruppe zum Konfliktthema „Digitale Sequenzinformation und entsprechendem Vorteilsausgleich“ wurde inhaltlich nicht nach Kompromissen gesucht, sondern zum wiederholten Male die bekannten, recht weit auseinanderliegenden Positionen erneut vorgebracht. Das Bemühen der Co-Leads, Bereiche der Einigkeit („areas of convergence“) zu finden, blieb oberflächlich: Ja, es sind sich alle einig, dass es gerechten Vorteilsausgleich geben muss und gleichzeitig die Forschung nicht behindert werden soll. Aber sobald es um das „Wie“, „Wieviel“, „Wer-an-Wen“, „Wofür-genau“ geht, herrscht große Uneinigkeit. Im Abschlussplenum wurde beschlossen, eine kleine Arbeitsgruppe („friends-of-the-Co-Leads“) einzurichten, die bis Januar beratend arbeiten soll und außerdem die Staaten und Beobachter erneut auffordert, Optionen für den Umgang mit DSI einzureichen. Allerdings liegen diese Optionen längst auf dem Tisch, es muss mit dem konkreten Verhandlungsprozess begonnen werden, um zu Kompromissen zu gelangen.

Wenn das Treffen der OEWG, wie vor Corona geplant, physisch stattgefunden hätte, wäre Kolumbien (in Cali) Gastgeber gewesen. Um dieser Rolle auch virtuell gerecht zu werden, hatte der kolumbianische Präsident (Ivan Duque) zu einer virtuellen „Pre-COP“ eingeladen. Am Schluss / Parallel zur OEWG trafen sich daher in einem fünfstündigen Treffen hochrangige Redner, z.B. die Präsidenten von Chile und Ecuador, der UN-Generalsekretär und andere hohe Vertreter*innen von UN-Einrichtungen und Konventionen. Etwas bizarr war allerdings die Aufmachung: Präsident Duque saß an einem Podiumstisch in einer Hütte indigener Tieflandbewohner im äußersten Süd-Osten Kolumbiens, umgeben von den Bewohnern in traditionellem Federschmuck (mit Corona-Mundschutz), die reglos den vielen Reden lauschten. Viele Redner*innen betonten die Wichtigkeit indigenen Wissens, aber in der ganzen Veranstaltung wirkten die so Gelobten nur wie Staffage und kamen selbst kaum zu Wort. Auch die Reden der Präsidenten, in denen jeweils dargestellt wurde, welch hohen Stellenwert die Biodiversitätspolitik im entsprechenden Land einnimmt, stimmten nur sehr bedingt mit den gerade zuvor in den OEWG-Verhandlungen gehörten Einlassungen der Regierungsdelegationen dieser Länder überein. So geriet das Ganze eher zu einer Schauveranstaltung mit Sonntagsreden, die von der Realität der Verhandler*innen relativ weit entfernt schien.

Die ausbleibenden Fortschritte beim Verhandeln des post-2020 Biodiversitäts-Fahrplans bringen das Risiko mit sich, dass wesentliche Änderungen bei der CBD COP-15 in Last-Minute-Hinterzimmerverhandlungen getroffen werden. Dies drängt wiederum die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines so aufwendigen, partizipativen Prozesses auf. Die Hoffnungen ruhen nun darauf, sich im Januar in Genf zu einer außerordentlichen Konferenz tatsächlich physisch treffen zu können, um dann endlich in den konkreten Verhandlungsprozess einzusteigen und SBSTTA 24, SBI 3 und OEWG 3 zu Ende zu bringen.



Bild: CBD 2021

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): Frustrierender Verlauf der post-2020 Biodiversitäts-Verhandlungen (OEWG-3). CBD-Kolumne im September.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48395&nopagecache>

Finanzwirtschaft und Biodiversität: „Zentralbanken und Aufsichtsbehörden könnten einiges bewirken“

Im NeFo-Interview: Matthias Täger, London School of Economics and Political Science (LSE)

Das Interview führte Sebastian Tilch für NeFo
Erscheinungsdatum: 29. Oktober 2021

Der Verlust der biologischen Vielfalt hängt maßgeblich mit dem Wachstumsziel der Weltwirtschaft und dem Streben nach Profitmaximierung zusammen. Die Natur war Jahrhunderte lang eine reine Goldgrube für die Ausbeutung von Ressourcen. Doch das System stößt schon lange an seine Grenzen.

Dennoch scheinen die Märkte sich nicht darum zu scheren. Hinter den Wirtschaftsunternehmen, die den Konsum weltweit bedienen, stehen Finanzunternehmen, die das nötige Geld für die Ausbeutung der Natur zur Verfügung stellen, und gehörig davon profitieren. Dabei bleibt dieser enorm mächtige Sektor meist undurchsichtig und im Hintergrund. Welche Rolle hat der Finanzsektor aber in der Biodiversitätskrise und wie könnte er bei ihrer Bewältigung einbezogen werden?

NeFo: Herr Täger, welchen Anteil hat das Finanzwesen an der Biodiversitätskrise?

Matthias Täger: Man hätte natürlich gern eine klare Zahl. Direkte Auswirkungen hat das Bankwesen an sich eher weniger, Sie meinen aber ja hier die indirekten Auswirkungen durch die Finanzierung. Bei Haupttreibern wie Landnutzung, Klimawandel etc., ist der Finanzsektor überall ermöglichend beteiligt. Hier jetzt auseinander zu dividieren, wer wie viel Schuld etwa an Abholzung trägt, das Agrarunternehmen, die Bank, ist a) schwierig und b) auch nicht unbedingt sinnvoll, denn das eine wäre ohne das andere nicht möglich. Von daher kann man sagen, dass das Finanzwesen ganz erheblich zum Biodiversitätsverlust beiträgt, aber nicht allein verantwortlich ist.

NeFo: Das Umweltbundesamt erfasst in einem Bericht, der jetzt gerade neu erschienen ist, die umweltschädlichen Subventionen des Bundes zusammen. 2012 waren es wohl 57 Mrd. Euro. Gibt es Versuche, solche Zahlen auch für den Finanzsektor zu erfassen? Wie viel der Investitionsmasse in biodiversitätsschädliche Wirtschaftsaktivitäten fließt?

Matthias Täger: Es gibt Pilotprojekte von Versicherern, die das für bestimmte Indikatoren versuchen, etwa für Artenzahlen im Umfeld von Aktionsfeldern bestimmter Unternehmen. Aber das ist alles noch sehr begrenzt, auch methodisch. Denn es ist sehr komplex, am Ende auch vergleichbare Daten zu ermitteln, die besagen, wieviel die Abholzung, die Intensivierung von Landwirtschaft oder der Abbau von Rohstoffen zum Biodiversitätsverlust beitragen. Die Datenlage ist da sehr dünn, sodass man sich die Frage stellen muss, was man mit diesen Informationen gewinnen würde, wenn man die grundsätzlichen Treiber des Biodiversitätsverlustes doch schon kennt und handeln könnte.

NeFo: Wie könnte dieses Handeln denn im Finanzwesen aussehen?

Matthias Täger: Da gibt es im Prinzip zwei wesentliche Ansätze. Zum einen die direkte Regulierung durch Einführung von Nachhaltigkeitskriterien. Das ist der Ansatz etwa der EU, die in ihrer kürzlich eingeführten sogenannten EU-Taxonomie definiert, was grüne Finanzprodukte leisten müssen, um als nachhaltig zu gelten. Das ist super und wahnsinnig wichtig.

Was sie allerdings nicht tut und was meines Erachtens nach noch viel wichtiger wäre, ist klar zu definieren, nach welchen Kriterien umweltschädliche Produkte ermittelt werden können. Also zu identifizieren, welche die schädlichen Produkte sind und dann zu fragen, ob wir das wirklich wollen.



Bei Haupttreibern des Biodiversitätsverlusts wie Landnutzung, Klimawandel etc., ist der Finanzsektor überall ermöglicht beteiligt. Bild: geralt / Pixabay

NeFo: Also das Pendant zur Teerlunge auf den Zigarettenpackungen?

Matthias Täger: Genau! Ein weiterer Ansatz liegt in der Erfassung des Finanzrisikos, den verfolgen wir in unserer Arbeit gemeinsam mit dem NGFS, einem Zusammenschluss von Zentralbanken und Finanzmarktaufsichtsbehörden. Die haben ein juristisches Mandat, den Finanzmarkt zu beaufsichtigen. Hier hat man bereits erkannt, dass der Klimawandel und die Reaktionen der Gesellschaft darauf, also technologische Anpassungen, Gesetzgebungen etc., ein Finanzrisiko darstellen. Wenn etwa eine Bank viel in einen Gaskonzern investiert hat und dann die Preise einbrechen, entsteht ein enormer Wertverlust innerhalb eines Bankportfolios. Und analog dazu entwickeln wir jetzt Argumente, konzeptionelle Ansätze etc., um diesen Risikoansatz für das Biodiversitätsthema einzusetzen.

Es geht darum, zu beantworten, was ein weitergehender Verlust der Biodiversität für das Finanzsystem bedeuten würde, aber auch, was effektive politische Maßnahmen hier bewirken würden.

NeFo: Wie sähen denn für die beiden Ansätze praktische Beispiele aus?

Matthias Täger: Zur Terminologie: Man unterscheidet da zwischen den physischen Risiken und den Transitionsrisiken. Als physisches Risiko wird derzeit gerne COVID19 genannt. Denn die Treiber des Biodiversitätsverlustes sind gleichzeitig auch die Treiber einer Häufung von Zoonosen, also von Infektionskrankheiten, die von Tieren auf den Menschen übergreifen. Wir haben ja gesehen, welche Auswirkungen eine solche Pandemie auf die Wirtschaft hat. Ein anderes Beispiel ist die Pharmaindustrie, die extrem auf Artenvielfalt angewiesen ist. Die meisten Krebsmedikamente beispielsweise basieren auf Ausgangsstoffen aus der Natur. Und natürlich die Agrarwirtschaft, die ganz direkt auf Leistungen der Natur angewiesen ist, die nur intakte Ökosysteme liefern.

Transitionsrisiken wären dagegen etwa die Einschränkungen, die eine Ausweitung von Schutzgebieten für die Fischerei, Land- oder Forstwirtschaft mit sich bringen. Oder auch das Verbot bestimmter Produkte wie Pestizide, oder auch die Bauindustrie, die weniger Raum oder auch bestimmte Rohstoffe zur Verfügung hätte.



Die COVID19-Pandemie hat massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und stellt somit ein „physisches Risiko“ für die Finanzwelt dar. Bild: fernandozhiminaicela / Pixabay

NeFo: Und sind diese Kosten bzw. Risiken schon erhoben worden?

Matthias Täger: Die Niederländische Zentralbank DNB hat meines Wissens als erste solche Zahlen in einer Studie erhoben, die Banque de France hat vor zwei, drei Monaten nachgezogen. Es gibt da also erste Versuche.

NeFo: Zum Klimawandel wird ja schon seit dem Sternreport beschrieben, dass die Kosten für Nichthandeln die Kosten konsequenter Handlung weit übersteigen würden. Ist es das Ziel, solche Aussagen dann auch mit konkreten Zahlen zum Biodiversitätsverlust machen zu können?

Matthias Täger: Soweit wie beim Klimawandel sind wir tatsächlich noch nicht. Und es ist auch nicht wahrscheinlich, dass wir dort in absehbarer Zeit hinkommen. Denn das Biodiversitätsthema ist enorm komplexer als der Klimawandel. Da gibt es ein 1,5-Grad-, ein 2-Grad- und ein 3-Grad-Szenario. Was ist denn ein Biodiversitätsszenario? Wir wissen noch nicht einmal, welche Szenarien wir vergleichen sollten.

Aber natürlich wissen wir auf abstrakter Ebene längst aufgrund der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte, dass diese Risiken vehement sind. Es ist sicherlich allen klar, dass es ohne Biodiversität auf unserem Planeten keinen Profit und auch keine Jobs gibt. Dass wir das noch in Dollar berechnen müssen, ist meines Erachtens traurig, aber leider reagiert das juristisch geprägte Finanzwesen eher auf Risiko als auf Werte. Unser Ansatz ist also ein pragmatischer. Nichtsdestotrotz: Das Bewusstsein im Finanzwesen wächst, vor allem in Europa aber auch in einigen Biodiversitätshotspots in Lateinamerika wie etwa Mexiko oder Costa Rica.

NeFo: Könnten hier Szenarien genutzt werden, mit denen der Weltklimarat IPCC und der Weltbiodiversitätsrat IPBES in ihren Assessments arbeiten? (Anmerkung von NeFo: Ergänzende Informationen finden sich in der Infobox)

Matthias Täger: Ja klar, die müssten dann eben noch in makroökonomische Szenarien übersetzt werden. Und darin liegt die Schwierigkeit. Es gibt viele, die daran arbeiten, etwa die Weltbank, einige Zentralbanken und akademische Einrichtungen.

NeFo: Wer sind denn die Vorreiter oder Triebkräfte hin zu diesem Risikobewusstsein?

Matthias Täger: Versicherungsunternehmen sind hier sicherlich prädestiniert, denn die müssen längerfristig denken. Das Geld, das sie über ihre Policen einnehmen, muss ja angelegt werden, gleichzeitig müssen sie Risiken abschätzen,

um nicht zu viel Kapital zu verlieren. Deshalb verstehen Versicherungen vielleicht mehr als andere Unternehmen, dass ein Zusammenbruch des Systems sie unmittelbar betrifft. Sie sind vielleicht allgemein etwas sensibilisierter, arbeiten mit Naturschutzorganisationen zusammen, auch um zu verstehen, was läuft. Und natürlich Aufsichtsbehörden und Zentralbanken, auch jetzt durch das NGFS. Die Institutionen mit der stärksten Wirkkraft, die Finanzministerien, stehen da noch sehr hinten an. Zumindest beim Biodiversitätsthema. Es gibt zwar schon eine Finanzministerkoalition zum Thema Klimawandel. Es wäre natürlich toll, wenn die das Biodiversitätsthema integrieren, und noch besser, wenn sie auch noch entsprechend handeln würden.

Szenarien, mit denen der IPCC und IPBES in ihren Assessments arbeiten:

1. „Globale Nachhaltigkeit“: Proaktive Umweltpolitik, nachhaltige Produktion, geringe Treibhausgasemissionen
2. „Regionaler Wettbewerb“: Starke Handelsbarrieren, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, hohe Emissionen;
3. „Wirtschaftlicher Optimismus“: Schnelles Wirtschaftswachstum, geringe Umweltauflagen, sehr hohe Treibhausgasemissionen

NeFo: In der Realität werden finanzielle Risiken oder Kosten ja gern von der Privatwirtschaft auf die Gesellschaft übertragen, wodurch es keine Risiken mehr sind. Funktioniert der Risiko-Ansatz denn dann überhaupt bzw. setzen Sie das Verursacherprinzip in Ihrer Studie voraus?

Matthias Täger: Das ist natürlich wirklich so. Allerdings arbeiten wir nicht mit Gesetzgebern zusammen, die hier die entsprechenden Weichen stellen könnten. Aber das Finanzwesen arbeitet ja immer antizipativ.

Es geht immer darum, was in der Zukunft passieren könnte. Und unser vorhin erklärter Transitionsrisiko-Ansatz greift das auf. Hier versuchen wir, die Perspektive zu eröffnen, was es für die Finanzwelt bedeutete, wenn tatsächlich zukünftig für biodiversitätsschädigendes Verhalten Kosten anfielen. Und dann könnten neue Konzepte entstehen.

NeFo: Ziel 14 des GBF First Draft, der bei der CBD COP-15 in Kunming verhandelt werden soll, lautet ja, alle Finanzströme sollen auf das Nachhaltigkeitsziel ausgerichtet werden. Das klingt toll, aber auch sehr unkonkret. Welche Optionen gäbe es denn aus Ihrer Sicht, dieses zu erreichen?

Matthias Täger: Die naheliegendste Option wäre natürlich, die Realwirtschaft entsprechend zu regulieren und dann entsprechend die Finanzwirtschaft folgen zu lassen. Aber auch am Finanzsystem gäbe es eine Menge Stellschrauben. Man könnte die Regeln für Assetmanager viel strenger gestalten, also welche Regeln sie beachten müssen, wenn sie mit fremdem Geld umgehen. Das gilt auch für Pensionsfonds.

In den meisten Ländern wird versucht, so viel Profit wie möglich damit zu generieren. Hier wäre es schön, wenn darüber hinaus ein rechtlicher Rahmen geschaffen würde, der Anleger auch garantieren könnte, dass durch ihr Geld nicht die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder ruiniert wird. Das wäre Aufgabe der Finanzministerien der Nationen, also des Gesetzgebers.

NeFo: Sollten solche konkreten und zentralen Aspekte nicht in die neuen Ziele der CBD aufgenommen werden?

Matthias Täger: Ja, natürlich wäre das richtig gut. Sogenannte treuhänderische Pflichten sind bisher nicht global festgelegt. Immerhin hat man sich in der jüngeren Vergangenheit darauf geeinigt, dass auf Nachhaltigkeit zu achten zumindest nicht verboten ist, ja? (lacht)

Weitere Stellschrauben könnten sich bei der Rechnungslegung finden, also die Offenlegung der Aktivitäten durch die Unternehmen. Die Unternehmen könnte man auch verpflichten, nicht nur ihre Umsätze und Gewinne offen zu legen, sondern auch die Auswirkungen ihres Handelns auf die Biodiversität, ähnlich wie das jetzt im Rahmen der Lieferkettengesetze versucht wird. Dies müsste dann aber auch noch auf die Finanzmarktakteure ausgeweitet werden, die zu ihren Portfolien dann die entsprechenden Informationen liefern, um ihren Kunden eine informierte Entscheidung zu ermöglichen. Dazu müssten dann eben klare Definitionen geschaffen werden, was „grün“ ist, was die EU-Taxonomie ja auch schon gut macht.

Aber das müsste noch spezifischer auf Biodiversität ausgearbeitet und, wie gesagt, es müsste ein Pendant geschaffen werden, das besagt, was biodiversitätsschädlich ist.



Riesige Summen wurden während der Finanzkrise 2008 und während der anhaltenden COVID-Krise ins Finanzsystem gepumpt. Sie gehen um ein Vielfaches über das hinaus, was bisher für fiskalpolitische Maßnahmen gegen den Klimawandel eingesetzt wurde. Bild: Catazul / Pixabay

NeFo: Welches Potenzial sehen Sie in Ihrem Ansatz der Risikoregulierung?

Matthias Täger: Ein riesiges. Wenn man bedenkt: Die Summen, die während der Finanzkrise 2008 oder auch jetzt während des Wirtschaftseinbruchs aufgrund der COVID-Krise ins Finanzsystem gepumpt wurden, gehen um ein Vielfaches über das hinaus, was für fiskalpolitische Maßnahmen gegen den Klimawandel eingesetzt wurde. Beispielsweise entspricht die Summe, die allein das Zentralbank-System der Vereinigten Staaten FED in drei Jahren zur Abpufferung der Finanzkrise zur Verfügung gestellt hat, dem Zehnfachen der Summe, was die EU bis 2050 zur Abpufferung des Klimawandels versprochen hat. Würden die Aufsichtsbehörden und Zentralbanken jetzt sagen, wir müssen das Finanzsystem gegen einen durch Biodiversitätsverlust drohenden Einbruch schützen, würde das einiges in Bewegung bringen. Da wäre einiges drin! Für diesen Risikoansatz bräuchte es dann nicht einmal gesetzliche Vorgaben, denn die Aufsichtsbehörden und Zentralbanken haben das Mandat bereits, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Wenn die Finanzministerien nicht aktiv werden, bleiben eben noch diese Akteure übrig, weshalb wir in unserem Projekt auch mit diesen zusammenarbeiten.

NeFo: *Ihr Abschlussbericht des Projektes soll im Januar vorgelegt werden. Wen und was soll er erreichen?*

Matthias Täger: Hauptsächlich das NGFS und Organisationen, die dort Mitglieder sein könnten und es noch nicht sind, also vor allem Zentralbanken und Aufsichtsbehörden. Der Bericht soll eine Art Handbuch dafür sein, zu verstehen, welche Bedeutung Biodiversität hat und welche Auswirkungen ihr Verlust für Wirtschaft und Finanzwelt haben kann. Wie kann ich die Auswirkungen des Finanzsystems meines Landes – die funktionieren sehr unterschiedlich – verstehen und messen? Welche Handlungskonzepte gibt es? Das möchte der Bericht leisten. Und auch den analytischen Blick in die Zukunft, also was noch erforscht werden muss, damit Zentralbanken und Behörden auch handeln können.

NeFo: *Wie sehen solche Handlungsoptionen konkret aus?*

Matthias Täger:

1. Die Zentralbanken könnten gemeinschaftlich erfassen, welche Auswirkungen der Biodiversitätsverlust oder auch biodiversitätsschützende Regulierungen auf die Preisstabilität hätten und hier Risiken messen.

2. Die Zentralbanken könnten auch die Kapitalanforderungen für Banken an solche Risiken knüpfen. Wenn also eine Bank einem Agrarunternehmen das Geld für ein Projekt gibt, bei dem Regenwald abgeholzt werden soll, könnte das als hochriskant eingestuft werden, wofür mehr Kapital zur Absicherung zurückgelegt werden muss, was es für die Bank weniger attraktiv machen würde, hier zu investieren.

3. Zentralbanken leihen anderen Banken Geld. Dafür müssen diese Sicherheiten vorlegen und die Zentralbanken definieren dabei, was sie als Sicherheiten akzeptieren. Wenn sie beispielsweise keine Shell-Aktien mehr akzeptieren würden, würde das die Attraktivität solcher Konzerne auf dem Aktienmarkt wesentlich reduzieren. Und damit auch deren Geschäftsmodelle.

4. Das gilt aber genauso für die Zentralbanken selbst, denn diese kaufen seit der Finanzkrise massenhaft Finanzmarktprodukte.

Würden diese flächendeckend akzeptieren, dass Biodiversitätsverlust eine Gefährdung des Finanzsystems bedeutet, würden sie vermutlich aufhören, Aktien von Firmen zu kaufen, die diesen Verlust befeuern. Das wäre ein riesiger Schritt.

NeFo: *Der Bericht soll ja auch bei der CBD COP in Kunming vorgestellt werden. Welche Wirkung auf die Verhandlungen erhoffen Sie sich dadurch?*

Matthias Täger: Natürlich wäre es, wie Sie ja schon sagten, wünschenswert, wenn dieses Ziel 14 konkretisiert würde. Es wäre aber auch viel wert, wenn das Problem des Biodiversitätsverlustes im Finanzwesen und das dadurch entstehende Risiko für das Finanzsystem von den Regierungen wahrgenommen werden würde. Damit sich das Finanzsystem in den kommenden Jahren entsprechend vorbereiten kann und Planungssicherheit hat. Denn klar ist: Der Finanzsektor wird nicht vorangehen. Dafür ist die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen viel zu lukrativ.

NeFo: *Sie arbeiten ja in London. Haben Sie Großbritannien für Ihre Interessensfelder aktiv gewählt? Ist das Land hier womöglich Vordenker?*

Matthias Täger: Innerhalb des „Grünen Finanzwesens“ würden viele London definitiv als DAS Zentrum schlechthin bezeichnen. Das ist auch definitiv der Grund, weshalb ich für meine Forschung hierhergekommen bin. Es wird hier auch die entsprechende Infrastruktur aufgebaut. Es gibt das Green Finance Institute, die britische Regierung will London zum grünen Finanzzentrum machen. Neben London ist Paris ein weiteres wichtiges Zentrum, nicht zuletzt angestoßen durch das Pariser Klimaabkommen. Luxemburg wäre außerdem noch zu nennen.

NeFo: *Herr Täger, vielen Dank für dieses interessante Gespräch!*

Der Interviewpartner Matthias Täger ist Doktorand an der LSE im Department „Environmental Policy & Development“. Er unterstützt die vom „International Network for Sustainable Financial Policy Insights, Research, and Exchange (INSPIRE) und dem „Network for Greening the Financial System“ (NGFS) gemeinschaftlich eingerichtete Studiengruppe zu „Biodiversity and Financial Stability“. Das NGFS ist ein weltweites Netz von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das sich für ein nachhaltigeres Finanzsystem stark macht. Es hat zum Ziel, die Folgen des Klimawandels für das Finanzsystem zu analysieren und globale Finanzströme dahingehend umzulenken, dass ein kohlenstoffarmes Wirtschaftswachstum ermöglicht wird. Die Bundesbank gehört, ebenso wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), zu den Gründungsmitgliedern des NGFS. Matthias Täger war beteiligt an einem Interimsbericht mit dem Titel „Biodiversity and financial stability; building the case for action“, der am 8. Oktober veröffentlicht wurde und der den Biodiversitätsverlust als enormes Risiko für das Finanzsystem benennt.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): *Finanzwirtschaft und Biodiversität: „Zentralbanken und Aufsichtsbehörden könnten einiges bewirken“*. Themenschwerpunkt im Oktober. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48630>



Matthias Täger, Doktorand an der LSE. Bild: privat



Herausforderung „Sustainable Finance“ und die „Plattform Transformative Finanzpolitik“

Ein Gastbeitrag von Wolfgang Oberland, [Forum Umwelt & Entwicklung](#)
Erscheinungsdatum: 29. Oktober 2021

Egal, was die Regierungen bei der zweiten Runde der Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die Biologische Vielfalt als Post-2020 Global Biodiversity Framework (GBF) verabschieden werden: Die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen wird nur gelingen, wenn die Weltgemeinschaft, die einzelnen Länder und Regionen dazu in der Lage sind, transformativen Wandel zu organisieren.

Der Schutz der biologischen Vielfalt hängt zentral an der Frage, [ob die direkten und indirekten Treiber des Biodiversitätsverlusts gebremst werden können](#). Nur wenn die ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen für zunehmende Landdegradation, Klimawandel, Umweltverschmutzung, für den Raubbau an Ressourcen und die Zerstörung von Lebensräumen von der pazifischen Tiefsee bis zu den verbliebenen europäischen Urwäldern und Flusssystemen gebremst werden können, wird der GBF realisierbar sein.

Es geht wieder einmal um Geld...

Zugleich, und das ist für die konkreten Verhandlungen kurzfristig bedeutend, klafft global eine gewaltige Finanzierungslücke von geschätzten 700 Milliarden Euro. Auch deshalb laufen die Verhandlungen bisher eher stockend. Umweltverbände fordern entsprechend, den Beitrag der Bundesregierung zur internationalen Biodiversitätsfinanzierung [von gegenwärtig 800 Millionen auf mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen](#). Reiche Länder wie Deutschland haben mit ihrem enormen ökologischen Fußabdruck eine besondere globale Verantwortung und müssen auch andere Länder beim Schutz der Artenvielfalt unterstützen.

Das allein wird aber nicht ausreichen. Es bedarf einer ganzen Reihe von Bausteinen, um die Verwirklichung des GBF sicherzustellen.

Dasselbe gilt für andere Problemfelder der globalen Politik: Für das Abbremsen des menschengemachten Klimawandels und der fortschreitenden Vergiftung des Planeten; aber auch für die Verwirklichung der Menschenrechte ([Ende 2020 litten bis zu 811 Millionen Menschen unter chronischem Hunger, weitere 155 Millionen Menschen waren von einer akuten Ernährungs-krise betroffen](#)) und die Beendigung der Armut ([in Folge der COVID-19 Pandemie ist der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen nach 25 Jahren wieder gestiegen](#)).

Wichtig bleiben zum einen direkte Mittel, die bspw. in Form öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit und/oder als Beiträge zu vertikalen Fonds wie der Globalen Umweltfazilität ([Global Environment Facility, GEF](#)) bereitgestellt werden. Mindestens genauso wichtig ist aber ein Thema, das in Deutschland ganz aktuell im Kontext der laufenden Koalitionsverhandlungen Aufmerksamkeit erfährt: Das Einsparen schädlicher Staatsausgaben, der sog. [umweltschädlichen Subventionen](#) (in Deutschland rund 67 Mrd. Euro pro Jahr). Was für staatliche Finanzflüsse gilt, gilt ebenso für private Investitionen. Unter dem Schlagwort „[Sustainable Finance](#)“ wird über eine ganze Reihe von Maßnahmen diskutiert, mit denen Mittel aus nicht-nachhaltigen Sektoren abgezogen und dafür in ökologisch und sozial sinnvolle Bereiche gelenkt werden können.

Unterstützend wirken können Instrumente, die externe (Umwelt-)Kosten internalisieren, d.h. die Preise von Gütern und Dienstleistungen realistisch gestalten, etwa durch Steuern auf CO₂-Emissionen oder auf gesundheitsschädliche Stoffe von Zucker bis Pestizide.



Unter dem Schlagwort „Sustainable Finance“ wird über eine ganze Reihe von Maßnahmen diskutiert, mit denen Mittel aus nicht-nachhaltigen Sektoren abgezogen und dafür in ökologisch und sozial sinnvolle Bereiche gelenkt werden können. Bild: geralt / pixabay

... und noch viel mehr

Es ist klar, dass es Grenzen für die Lenkung über Preise und Märkte gibt. Aus gutem Grund wurde dem Ausdünnen der Ozonschicht nicht mit einer Steuer auf FCKWs begegnet, sondern mit deren Verbot. Niemand käme auf den Gedanken, Elefanten zu schützen, indem man eine Elfenbeinsteuer einführt.

Wer sich für globale Nachhaltigkeit einsetzt, sollte sich also mit strukturellen Fragen befassen. Nur wenn die öffentlichen Haushalte auch der Länder des globalen Südens ausreichend ausgestattet sind, können sie ihre Beiträge leisten. Dazu muss bspw. der globale Steuerwettbewerb beendet und der „Steuroptimierung“ großer transnationaler Konzerne ein Riegel vorgeschoben werden. Wer etwas gegen Plastikverschmutzung unternehmen möchte, muss sich mit Handelspolitik beschäftigen, genauso wie diejenigen, die sich um die Verwirklichung des Rechts auf Ernährung bemühen. Wer Wasserökosysteme schützen möchte, muss sich mit Termingeschäften an Finanzmärkten auseinandersetzen, die Nutzungsrechte anhand rein ökonomischer Größen verschieben.

Eine Herausforderung für zivilgesellschaftliche Organisationen

Das gilt natürlich auch und gerade für zivilgesellschaftliche Organisationen. Viele, v.a. größere und einige spezialisierte Akteure tun genau das, teilweise seit Jahren und Jahrzehnten, gerade wenn es um den Klimaschutz geht. Lücken gibt es aber noch in der sektorübergreifenden Zusammenarbeit, auch zwischen Organisationen der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Und es fehlt noch an hinreichenden Austauschformaten dafür, dass sich Spezialistinnen und Spezialisten mit Wissen und Unterstützung zu Themen und Problemen versorgen können, für die eigene Kapazitäten nicht vorhanden und kurz- und mittelfristig aufbaubar sind.

Um für dieses Problem zumindest Lösungsansätze zu entwickeln, hat das [Forum Umwelt & Entwicklung](#) im September 2021 ein neues Projekt unter dem Label „Plattform Transformative Finanzpolitik“ gestartet. Diese Plattform soll es den beteiligten Aktiven und Organisationen ermöglichen, jenseits der eigenen Schwerpunkte und Anliegen zu den oben skizzierten Themen zusammenzuarbeiten. Außerdem sollen strukturelle und systemische Fragen insgesamt politisch aufgewertet werden, und es sollen neue Zugänge zu denjenigen politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern geschaffen werden, die bisher noch nicht in ausreichendem Maße in den Genuss zivilgesellschaftlicher Ansprache gekommen sind, bspw. Finanz- und Wirtschaftspolitikerinnen.

Zuletzt soll das Projekt auch dazu beitragen, die Stimme deutscher Zivilgesellschaft in den internationalen und globalen politischen Prozessen zu verstärken, die sich mit den zentralen Fragen der kommenden Jahrzehnte befassen: Vom [Financing for Sustainable Development-Prozess](#) bei den Vereinten Nationen bis zu Internationalem Währungsfonds und Weltbank, von der Welthandelsorganisation bis zu (auf den ersten Blick abschreckenden) Zusammenhängen wie dem [OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting](#) (wo es um die Bekämpfung der globalen Steuervermeidung und -hinterziehung geht).

Das Projekt steht noch ganz am Anfang. Ob und wie es Beiträge zu aktuellen Debatten

und Weichenstellungen leisten kann, hängt auch davon ab, ob es genug Interesse in der Zivilgesellschaft finden wird. Grundsätzlich sind alle Interessierten eingeladen, sich auf die eine oder andere Art zu beteiligen. Wer mehr wissen möchte, darf sich dazu gerne an das Forum Umwelt und Entwicklung wenden ([Email](mailto:info@forumue.de)). In Kürze werden Informationen außerdem unter <https://ptf.forumue.de> verfügbar sein.

Wolfgang Obenland leitet den Arbeitsbereich Internationale Finanzpolitik im Forum Umwelt & entwicklung.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Obenland, Wolfgang (2021). Herausforderung „Sustainable Finance“ und die „Plattform Transformative Finanzpolitik“. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Oktober 2021.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48636>



Wolfgang Obenland



COP15/1: Politische Willenserklärung, aber auch Propagandaveranstaltung Chinas

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 29. Oktober 2021

In der Woche vom 11.-15. Oktober 2021 hat der erste Teil der 15. Vertragsstaatenkonferenz der CBD (COP15/1) in Kunming/China als Hybrid-Veranstaltung stattgefunden. Aufgrund der rigiden Corona-Politik Chinas konnten vor Ort nur Personen teilnehmen, die ohnehin in China leben (z.B. Botschaftspersonal oder Vertreter*innen von chinesischen Zweigstellen internationaler Organisationen). Auch Geimpfte und gleichzeitig negativ getestete Personen hätten sich einer wochenlangen Quarantäne unterziehen müssen, um in Kunming präsent sein zu dürfen. Von daher fanden nahezu alle Veranstaltungsteile online statt.

UNITED NATIONS BIODIVERSITY CONFERENCE



www.cbd.int/cop15

#COP15

Bild: CBD

Der Hauptgrund, trotzdem an diesem ersten Treffen der COP festzuhalten, war, dass ein Haushalt und ein Budget für das CBD-Sekretariat beschlossen werden musste, um handlungsfähig zu bleiben. Alle anderen inhaltlichen Verhandlungsthemen, inklusive des Global Biodiversity Framework (GBF), stehen erst für COP15/2 an. Falls China seine derzeitige Corona-Politik beibehält, scheint eine Austragung in China unrealistisch und ist bisher auch nicht in den offiziellen Verlautbarungen bestätigt worden.

Ein Erfolg von COP15/1 ist die als „Kunming-Deklaration“ bezeichnete politische Willenserklärung von 154 Staaten, sich für ein ambitioniertes GBF einzusetzen und die Erhaltung der biologischen Vielfalt als wichtiges politisches Ziel festzuschreiben. Konkrete Zahlen oder Zielwerte sind in dieser Deklaration erwartungsgemäß nicht enthalten, da solche den noch ausstehenden Verhandlungen vorgreifen würde.

Nichtsdestotrotz konnten im „High-Level Segment“ der Staats- und Regierungsoberhäupter

– an dem von deutscher Seite von der scheidenden Regierung Umweltministerin Svenja Schulze sowie Entwicklungsminister Gerd Müller teilnahmen – einige konkrete Rahmenbedingungen und Ambitionen für das GBF und seine Umsetzung konkretisiert werden. Zwar dürfte es wohl für jeden, der einmal einen Blick in das IPBES Global Assessment geworfen hat, klar sein, dass Biodiversitätsverlust von direkten und indirekten Treibern herrührt.

Neu ist aber, dass man als direkte Treiber Land- und See-Nutzungswandel, Übernutzung, Klimawandel, Verschmutzung und invasiven Arten konkret benennt und auch indirekte Treiber im Rahmen der CBD direkt politisch anspricht. Hinsichtlich einer ambitionierten Umsetzung ist positiv hervorzuheben, dass internationale und nationale Gesetzgebungen explizit gestärkt werden sollen und Biodiversität besonders von Finanz- und Wirtschaftsministerien oder Pandemie-bezogenen Finanzierungsinstrumenten („Corona-Recovery-Funds“) berücksichtigt werden sollen. Auch dass der Begriff „Ecosystem based approaches“ anstatt des im Klimajargon gebräuchlichen „nature based solutions“ verwendet wurde, weist darauf hin, dass trotz der Attraktivität des öffentlichkeitswirksamen Klimadiskurses die CBD durchaus den Schutz der Biodiversität bei Klimamaßnahmen, wie Aufforstungen oder Moorvernässungen, berücksichtigt wissen will. Chinas Präsident kündigte die Einrichtung eines Kunming-Fonds an, der mit 200 Millionen Dollar bestückt werden soll. Das ist selbstverständlich positiv zu sehen, aber auch realistisch einzuordnen: Deutschland allein gibt jährlich 800 Millionen Dollar für internationale Schutzbemühungen aus.



Bild: CGTN

Vieles deutet aber auch darauf hin, dass der CBD-Prozess politischer als jemals zuvor wird, was auch durchaus zusammen mit der allgemeinen Stimmung der internationalen Politik zu sehen ist.

Einige Punkte gaben aber auch Anlass zu Kritik:

- **Fehlende Transparenz:** Im High-Level Segment war unklar, wie es zur Auswahl der Regierungschefs kam, die zu Reden eingeladen wurden. Nachvollziehbar waren China als Gastgeber, Ägypten als Präsidentschaft von COP14 und die Türkei als kommende Präsidentschaft von COP16. Dazu kamen dann Frankreich, Costa Rica und Kirgistan, offenbar als Repräsentanten der Weltregionen, und Russland. Diese Auswahl erfolgte einseitig von China.
- **Kritiklose Selbstdarstellung Chinas:** Dass ein Gastgeberland in Konferenzpausen Filme über seine eigene biologische Vielfalt einspielt und in Statements gelegentlich auf nationale Erfolge verweist, ist üblich. China hat aber permanent auf „Erfolge“ verwiesen, ohne sie kritisch zu hinterfragen. So wurde dutzende Male darauf verwiesen, dass eine Elefantenherde durch die Provinz um Kunming wanderte und der Bestand seit den 80er Jahren von etwa 100 Tieren auf etwa 120 gewachsen sei, ohne einmal zu erwähnen, wie hoch der ursprüngliche Bestand einmal war oder warum sich diese konkrete Herde überhaupt auf die Wanderung durch Felder und Dörfer begeben musste, in denen sie natürlich massive Schäden angerichtet hat. In keiner Einlassung wurde die tatsächliche Situation der biologischen Vielfalt oder der Status der Umweltzerstörung in China auch nur angedeutet.
- **Geringe Beteiligungsmöglichkeiten für Staaten und NGOs:** Side-Events von Staaten außer China selbst oder von NGOs waren nicht zugelassen. Das an sich gut besuchte Ecological Civilization Forum drehte sich nur um die vom chinesischen Staatspräsidenten ausgerufenen

ne Idee der ökologischen Zivilisation und verlieh Preise an über 140 chinesische Demonstrationszonen, in denen mit Hilfe der kommunistischen Partei Chinas diese Idee umgesetzt wird. Der Großteil der Zuhörerschaft waren Chines*innen. Dadurch geriet diese Veranstaltung zu einer Art Propagandashow Chinas als angeblicher Vorreiter im internationalen Artenschutz und an die eigene Bevölkerung gerichtet.

- Chinas Rolle als Präsidentschaft, die vermitteln soll: Auch wenn es bislang keine substantiellen Verhandlungen gab, steht hinter Chinas Fähigkeit / Wille, als vermittelnder Gastgeber aufzutreten, ein gewisses Fragezeichen. In inhaltlichen Einlassungen betont China immer, dass ein GBF vor allem umsetzbar sein müsse (also nicht zu ambitioniert) und nimmt damit eine Positionierung ein. Durch die permanente Lobpreisung der chinesischen Idee der ökologischen Zivilisation entstand der Eindruck, dass China seine Sicht der Dinge in den Mittelpunkt stellt, ohne sie aber selbstkritisch konkret zu machen, was für eine Vermittlerrolle nicht optimal ist. Die nicht transparente Einladung zum High-Level Segment weist auch nicht auf Offenheit gegenüber allen Seiten hin. In Sachen Finanzierung bezeichnet sich China nach wie vor als Entwicklungsland und fordert verstärktes finanzielles Engagement Anderer ein, verweist in anderen Politikbereichen aber auf seinen Weltmachtstatus, was die Glaubwürdigkeit etwas in Frage stellt.

In Bezug auf COP15/2 sind also weiterhin viele Fragen offen, was Zeitpunkt, Ort und Erfolgsaussichten angeht.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): COP15/1: Politische Willenserklärung, aber auch Propagandaveranstaltung Chinas. CBD-Kolumne im Oktober.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48628>

Ist der Schutz der Biodiversität zu teuer?

Wie schon bei der Klima-COP in Glasgow werden die Staaten auch bei der Weltbiodiversitätskonferenz in Kunming um Geld schachern. Dabei wäre reichlich Geld da.

Von Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 02. Dezember 2021

Erst kürzlich machte ein Zusammenschluss privater amerikanischer Stiftungen mit der Ankündigung einer Rekordspende von fünf Milliarden Dollar auf sich aufmerksam. Mit dem Geld will diese Koalition, darunter der Bezos Earth Fund, mithelfen, das 30x30-Ziel umzusetzen, also 30 Prozent der Erdoberfläche unter Naturschutz zu stellen. Dieses Ziel ist im aktuellen Entwurf des nächsten globalen Zielkatalogs zum Schutz der biologischen Vielfalt der CBD formuliert, der im kommenden Mai im chinesischen Kunming von den Vertragsstaaten der CBD verabschiedet werden soll.

Schon jetzt ist über diese Konferenz zu lesen, dass die Debatten sich vornehmlich ums Geld drehen werden. Auch von Regierungsseite wird ordentlich mit Geldbündeln gewinkt. Allen vorneweg ist da die enorme Summe von durchschnittlich 100 Mrd. Dollar zu nennen, die ab 2023 für den Klimaschutz von den Industrieländern in die ärmeren Weltregionen fließen und unter anderem auch so genannte „Nature-based Solutions“ fördern soll. In ihren Reden zum ersten Teil der CBD-Konferenz im Oktober betonten Kanzlerin Angela Merkel und ihre Umweltministerin Svenja Schulze, dass Deutschland der Welt seit 2013 jährlich 500 Mio. Euro zur Erhaltung der „Biodiversität“, wie es ihnen etwas schwer über die Lippen kam, zur Verfügung stellt. Außerdem unterstützt das Land die Finanzierung von Schutzgebieten in Entwicklungs- und Schwellenländern im Legacy Landscapes Fund, der auf Initiative der Entwicklungsministerien Deutschlands und Frankreichs mit der KfW-Bank, der UNESCO, IUCN und weitere Umweltorganisationen eingerichtet wurde. Hier sollen eine Mrd. Euro zusammenkommen.

Für den Klimaschutz will Deutschland seine Ausgaben bis 2025 von 4 auf 6 Mrd. Euro jährlich erhöhen, womit sicherlich (oder hoffentlich) Naturschutzmaßnahmen unterstützt werden. Und auch die G7 haben sich darauf verständigt, ihre Ausgaben für den Naturschutz zu erhöhen. Das werden sie auch müssen, wenn sie es mit dem in der aktuellen Beschlussvorlage für Kunming (1st Draft) formulierten Ziel 19* ernst meinen:

**Ziel 19: „Aufstockung der Finanzmittel aus allen Quellen auf mindestens 200 Mrd. US-Dollar pro Jahr, einschließlich neuer, zusätzlicher und effektiver Finanzmittel, Erhöhung der internationalen Finanzströme in die Entwicklungsländer um mindestens 10 Mrd. US-Dollar pro Jahr, Erschließung privater Finanzmittel und verstärkte Mobilisierung inländischer Mittel unter Berücksichtigung der nationalen Finanzplanung für die biologische Vielfalt sowie Stärkung des Aufbaus von Kapazitäten, des Technologietransfers und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, um den Umsetzungsbedarf zu decken, der den ehrgeizigen Zielen des Rahmens entspricht.“*

Die Erhaltung der biologischen Vielfalt scheint also nur davon abzuhängen, ob genug Geld zusammenkommt. Dieser Eindruck trägt allerdings gewaltig. Denn der Schwund unserer Ökosysteme lässt sich nicht nur durch Schutzgebiete aufhalten. Die wesentliche Aufgabe besteht in der Transformation unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen zur Nachhaltigkeit, und das ist eine wesentlich komplexere und teurere Aufgabe. Wer soll die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlage bezahlen? Der Steuerzahler? Die Firmen, indem sie großzügig spenden?

Geld für den Naturschutz gibt es ausreichend

Tatsache ist: Das Geld ist da – und wird auch munter ausgegeben. Nur oft auch für Aktivitäten, die den erklärten Naturschutzzielen diametral

entgegenstehen. Deutschland förderte seine Privatwirtschaft 2020 mit 14,4 Mrd. Euro durch Finanzhilfen und Steuererleichterungen. Laut [Subventionsbericht](#) des Bundeswirtschaftsministeriums weisen 58 Prozent davon einen positiven Bezug zu den Umwelt- und Klimaschutzzielen auf. Weitere aktuelle Förderschwerpunkte lägen in den Bereichen Mobilität, Digitalisierung und Wohnungsbau. Demnach wirken rund 6 Mrd. Euro dieser staatlichen Beihilfen zumindest nicht umweltfreundlich.

Tatsächlich beträgt die Summe nicht-umweltfreundlicher Subventionen mehr als das Zehnfache, wie der kürzlich erschienene [aktuelle Bericht des Umweltbundesamtes \(UBA\) zu „Umweltschädlichen Subventionen in Deutschland“](#) zeigt. Denn der Subventionsbegriff, den das Bundeswirtschaftsministerium nutzt, ließe viele weitere Praktiken finanzieller Unterstützung außer Acht, etwa die Ausnahme von Kerosin von der Energiesteuer, die den Staat Einnahmeverluste von 12 Mrd. Euro bescheren, oder die staatliche Beschaffung von Materialien unter dem Marktpreis. 65,4 Mrd. Euro flossen laut UBA 2018 in Aktivitäten, die sich negativ auf Umweltgüter, Klima, Luft, Boden, Wasser, Artenvielfalt und Landschaft sowie auf menschliche Gesundheit und Rohstoffverbrauch auswirken. Dabei wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass die tatsächliche Zahl noch wesentlich höher liegt, da der Bericht nur die Bundesebene betrachtet, jedoch auch andere Verwaltungsebenen Förderungen verteilen.

Der Abbau von Steuervergünstigungen für Pkw- und Agrardiesel, die private Nutzung fossiler Dienstwagen und landwirtschaftlicher Fahrzeuge sowie bei der Entfernungspauschale brächte der öffentlichen Hand Mehreinnahmen im zweistelligen Milliardenbereich, schreibt das UBA.



Der Abbau von umweltschädlichen Subventionen brächte der öffentlichen Hand Mehreinnahmen im zweistelligen Milliardenbereich. Bild: Rosa-Maria_Rinkl, @wikimedia

Das Ziel, schädliche Subventionen abzubauen, besteht seit 2010

Seit 2008 erfasst das UBA diese sogenannten schädlichen Subventionen. Damit gehört Deutschland zu den Pionieren. Relativ wenige Staaten haben bisher überhaupt Schritte eingeleitet, ihre schädlichen Subventionen zu erfassen, ist dem letzten Bericht der CBD zum Stand der Erfüllung ihrer Biodiversitätsziele ([Global Biodiversity Outlook 5 – GBO-5](#)) von 2020 zu entnehmen. Diese sogenannten AICHI-Ziele liefen im letzten Jahr, nach zehn Jahren, aus. Ziel Nr. 3, in dem sich die CBD-Mitgliedstaaten, immerhin alle Nationen außer den USA, Nordkorea und dem Vatikan, hatten sich die Abschaffung ihrer schädlichen Subventionen und Anreize und den Aufbau neuer finanzieller Anreize zur Sicherung der biologischen Vielfalt vorgenommen.

Passiert ist jedoch kaum etwas. Lediglich 59 Prozent der Staaten übernahmen das Ziel überhaupt in ihre nationale Biodiversitätsstrategie. Zwar berichteten fast alle Nationen, Anreize für umweltfreundliche Aktivitäten eingeführt zu haben, doch nur 20 Prozent der Länder schafften schädliche Anreize ab. So überwiegen biodiversitätsschädliche Anreize die positiven bei weitem. Während laut GBO-5 geschätzte 80 bis 90 Milliarden Dollar Subventionen der Biodiversität zugutekommen, fördert man schädliche Praktiken weltweit mit 500 Milliarden Dollar. In Brasilien wurden 2015 sogar hundertmal mehr Steuergelder in die Abholzung des Regenwaldes investiert als in deren Vermeidung.

In Deutschland fließt fast die Hälfte der vom UBA identifizierten umweltschädlichen Subventionen in den Verkehrssektor (47 Prozent), gefolgt von der Energiebereitstellung und -nutzung mit 39 Prozent, neun Prozent in Land- und Forstwirtschaft und fünf Prozent in Bau- und Wohnungswesen. Viele Förderungen wirken aber auch in verschiedene Bereiche hinein. Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt und Landschaftsqualität sind laut [Bundesamt für Naturschutz](#) die intensive landwirtschaftliche Nutzung, die Zerschneidung und Zersiedelung der Landschaft, die Versiegelung von Flächen sowie großräumige Stoffeinträge (z. B. Säurebildner oder Nährstoffe).

Deutschland fördert die Zerschneidung von Lebensräumen

Beispielsweise wirkt die Entfernungspauschale, auch Pendlerpauschale genannt, verkehrserzeugend, was natürlich die klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen erhöht. Sie ist aber vor allem eine der wesentlichen Treiber für Bautätigkeiten und damit des Flächenverbrauchs. Eigentlich will der Staat mit 30 bzw. 38 ct/km diejenigen Arbeitnehmer finanziell entlasten, die nicht in der Nähe des Arbeitsplatzes wohnen können und durch lange Anfahrtswege zur Arbeit Nachteile haben. Laut UBA lässt der Staat sich dies 5,1 Mrd. Euro an fehlenden Steuereinnahmen kosten.

Tatsächlich fördert der Staat auf diese Weise aber, dass vermehrt Menschen in den ländlichen Raum ziehen, wofür jede Menge Infrastruktur gebraucht wird: Autobahnen, Straßen, neue Siedlungen usw. Deutschland hat mit mehr als 620.000 Kilometern Länge das dichteste Straßennetz Europas. Deshalb nennen Kritiker die Entfernungspauschale auch „Zersiedelungspauschale“. Insgesamt erstreckte sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Jahr 2020 auf 14,5 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands. Die Wohnfläche stieg in Deutschland zwischen 2000 und 2016 um 16 Prozent, bei praktisch gleichbleibender Bevölkerungsgröße. Das Netz aus Siedlungen und Straßen ist inzwischen so engmaschig, dass kaum noch Raum für wildlebende Tierarten bleibt.

Während der Mensch immer bequemer und schneller in die entlegensten Orte der Republik kommt, haben es gerade Arten, die große Strecken zurücklegen, wie etwa Luchse oder Wölfe, zunehmend schwer, ihre Lebensweise auszuüben. Daten von Senderhalsbändern bei Luchsen etwa zeigen, dass die Tiere teilweise wochenlang verzweifelt versuchen, Autobahnen zu überqueren, um auf Artgenossen zu stoßen. Letzteres ist aber dringend notwendig, um den genetischen Austausch unter den Populationen und damit ihr langfristiges Überleben zu sichern.

Der BfN-Bericht nennt als weitere Auswirkungen auf die Bestände wildlebender Arten u.a., dass sie durch Emissionen wie Lärm, Licht und stoffliche Einträge gestört werden, dass Tieren Pflanzensamen vermindert verbreiten können und damit

natürliche Lebensräumen weniger beeinflussen, und natürlich die erhöhte Mortalität im Straßenverkehr. Die zunehmende Zerschneidung steht auch dem Ziel entgegen, mit Natura2000 ein verbundenes Netzwerk von Schutzgebieten herzustellen. Laut Bundesumweltministerium ist der Anteil unzerschnittener verkehrsarmer Räume an der Gesamtfläche Deutschlands von 2000 bis 2010 von 26,5 Prozent auf 23,2 Prozent zurückgegangen.

Eigentlich hatte man sich in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, bis 2020 die zusätzliche Flächeninanspruchnahme auf 30 ha/Tag zu reduzieren. Langfristig würde der Netto-Null-Flächenverbrauch angestrebt. Im Jahr 2018 lag der Wert aber noch bei 58 ha/Tag, nachdem er bereits wieder angestiegen war. Inzwischen wurde das 30-Hektar-Ziel auf 2030 verschoben. Dabei hätte dieses Ziel durchaus erreicht werden können, wenn die Anreize anders gesetzt worden wären, meint Stefan Siedentop, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Professor an der TU Dortmund, Fakultät Raumplanung. „Seit Jahren reden wir von einer notwendigen Verdichtung der Städte, um die Krise auf den Wohnungsmärkten zu entschärfen und gleichzeitig die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren. Doch die Potenziale werden einfach nicht genügend ausgeschöpft.“ In den meisten Städten gebe es eine Vielzahl an Baulücken und Brachflächen. Diese würden von den Eigentümern aber häufig nicht veräußert oder bebaut, auch weil die Grundstückspreise steigen und die Flächen als Wertanlage gehalten werden.

Der Flächenverbrauch in ländlichen Räumen wird in Deutschland laut Siedentop im Wesentlichen durch drei problematische Anreize vorangetrieben: 1. Die Entfernungspauschale, 2. das Baukindergeld und 3. den §13b des Baugesetzbuches.

Auch das Baukindergeld hat eigentlich einen guten sozialen Kern, und zwar Familien die Eigentumbildung zu erleichtern. Allerdings fördert es laut Siedentop inzwischen auch den Anstieg der Grundstücks- und Immobilienpreise, denn Investoren kalkulierten die Förderung mit ein. Die Preisexplosion in den Städten in den letzten Jahren führt dazu, dass Familien immer mehr ins Umland ausweichen, um Wohneigentum zu erwerben. Auch profitieren vor allem besser verdienende Haushalte von der Förderung.



Drei Anreize treiben der Flächenverbrauch in Deutschland wesentlich voran: die Entfernungspauschale, das Baukindergeld und der §13b des Baugesetzbuches. Bild: Oliver Wolters, @wikimedia

Unterstützt wird der Trend seit 2017 noch durch den §13b des Baugesetzbuches, „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“. Dieser ermöglicht es Kommunen, Bebauungspläne auf Flächen mit einer Nutzfläche unter 10.000 Quadratmetern auch außerhalb der bebauten Ortslage ohne die sonst notwendigen öffentlichen Beteiligungen, Ausgleichsmaßnahmen und Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen.

„Entfernungspauschale, Baukindergeld und der §13b fördern also nicht nur die Zersiedelung, sondern bevorzugen auch einkommensstärkere Gruppen, was sozial ungerecht ist“, sagt Siedentop. Diese Förderungen gehörten abgeschafft. Tatsächlich läuft das Baukindergeld Ende dieses Jahres aus. 10 Mrd. Euro werden dann insgesamt seit 2014 geflossen sein. Auch der §13b endet 2022 und soll laut Koalitionsvertrag der kommenden Regierung auch nicht verlängert werden. Die Pendlerpauschale hingegen sollte aus Sicht von Stefan Siedentop durch eine einkommensabhängige Unterstützung von Pendlern aus der künftigen CO₂-Bepreisung ersetzt werden. Zudem müsste viel mehr in öffentliche Verkehrsmittel investiert werden, zumindest in bevölkerungsreicheren ländlichen Gebieten. In anderen müssten nachhaltige Alternativen zum klassischen ÖPNV gefunden werden.

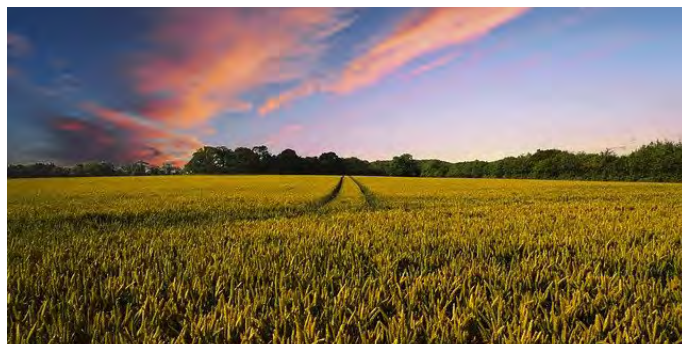
In Innenstädten rät Siedentop zu bauplanungsrechtlichen Änderungen, die dafür sorgen, Baulücken und Brachen zu mobilisieren. Dies könnte entweder über eine Bodenwertsteuer geschehen, die Eigentümer bei Nichtnutzung eines Grundstücks finanziell stärker belastet, oder der Einführung von sogenannten „Innenentwicklungsgebieten“ in Städten mit besonderer Woh-

nungsnot. Hier könnten die Kommunen dann die Eigentümer verpflichten, ihre Grundstücke zu entwickeln oder zu verkaufen. „Das deutsche Baurecht gibt Eigentümern viele Rechte, aber leider nur sehr wenige Pflichten“, sagt der Planer.

Finanzielle Anreize für nachhaltige Landwirtschaft – viel Luft nach oben

Wenige Pflichten bestehen auch für Landwirte, um die Förderung aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union zu beziehen – zumindest aus Sicht von Nachhaltigkeitsforscherinnen und -forschern wie Sebastian Lakner, Professor für Agrarökonomie an der Universität Rostock. Lakner hat die gerade abgeschlossene Neuregelung der GAP intensiv beobachtet und Akteure beraten. Das Ergebnis ist allerdings nicht zu seiner Zufriedenheit ausgefallen.

Vor allem sieht Lakner kritisch, dass die sogenannten Direktzahlungen (1. Säule) kaum verändert bestehen bleiben. In den kommenden sieben Jahren werden allein an die deutschen Landwirte Direktzahlungen von jährlich 4,9 Milliarden Euro fließen, als sogenannte Basissicherung. 23 bis 25 Prozent der Direktzahlungen werden jetzt an Umweltleistungen – so genannte Eco-Schemes – geknüpft, was potenziell einen Fortschritt darstellt. Praktisch können hierfür in vielen Ländern auch Maßnahmen angerechnet werden, die zweifelhaften ökologischen Wert haben, etwa Smart Farming, das den Dünger- und Pestizideinsatz lediglich präzisieren soll, jedoch nicht grundsätzlich einschränkt. Aber zumindest in Deutschland zeichnet sich ab, dass durch einige effektive Maßnahmen (wie Brachen, Blühstreifen oder Agro-Forstsysteme) über dieses Instrument angeboten werden.



Auch im Agrarsektor gäbe es viele Möglichkeiten, umweltschädliche finanzielle Anreize abzubauen. Bild: TheDigitalArtist / Pixabay

Anreize für konkrete Maßnahmen u.a. zum Naturschutz soll die wesentlich kleinere 2. Säule geben (bisher mit 15 Prozent der Gesamtförderung in der EU, in Zukunft mit 25 Prozent). Laut BfN-Bericht trugen allerdings von diesen zwei Mrd. Euro von 2014 bis 2020 wiederum nur rund 330 Mio. direkt zum Schutz der Biodiversität bei. Die EU sieht allerdings für die Direktzahlungen noch die sogenannte „Konditionalität“ vor, die eigentlich höhere Umwelt-, Klima- und Tierschutzaufgaben an die Direktzahlungen knüpfen soll. Wie diese jedoch aussehen, kann jeder Mitgliedsstaat selbst bestimmen. Fachleute erwarten hier nur wenige Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit.

„Diese Direktzahlungen sind nicht grundsätzlich als umweltschädliche Subventionen zu betrachten, denn sie fördern nicht direkt umweltschädigende Maßnahmen“, meint Lakner. Als Beispiel einer schädlichen Subvention nennt Lakner dagegen die sogenannten gekoppelten Zahlungen: ca. 15 Prozent der Direktzahlungen werden innerhalb der EU-Staaten als Zahlungen im Rahmen von ressourcenintensiven Verfahren im Ackerbau und der Tierhaltung gezahlt, die sich in der Mehrheit als nachteilig für den Naturschutz und als Klimawirksam herausgestellt hätten.

„Deutschland macht mit zwei Prozent der Direktzahlungen von diesem Instrument demnächst auch geringfügig Gebrauch für Schafe und Mutterkühe, die aber gleichzeitig für den Naturschutz wichtig sind. Insofern lässt sich das zur Not noch rechtfertigen“, meint Lakner. In anderen EU-Mitgliedsländern werden dagegen intensive Stallhaltungsverfahren gefördert, die Methan-Emissionen in der EU erhöhen und keinen Umwelt-Mehrwert erzeugen werden. Auch im Ackerbau werden z.B. Zuckerrüben gefördert, eine Kultur, die diese Förderung nicht unbedingt braucht. „Eine Forderung der Wissenschaft ist bereits seit längerem, diese Zahlungen abzuschaffen oder in eine Umweltzahlung umzuwandeln“, sagt Lakner.

Konkrete umweltschädliche finanzielle Anreize für die Landwirtschaft gibt es laut UBA aber durchaus. So fördert die Bundesregierung den sogenannten „Agrardiesel“ über eine Steuerentlastung von 21,48 Cent pro Liter. Das kostete den Fiskus 2018 467 Mio. EUR. Die KFZ-Steuerbefreiung für Fahrzeuge landwirtschaftlicher

Betriebe bedeuteten im selben Jahr fehlende Steuereinnahmen von 470 Mio. EUR. Dass in Deutschland die Tierhaltung so floriert, kommt auch nicht von ungefähr. So werden Lebensmittel tierischen Ursprungs nicht mit dem üblichen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent, sondern lediglich von 7 Prozent belegt. 2013 ließ sich der Bund dies 5,2 Mrd. Euro kosten. Dabei ist die Tierproduktion für über 60 Prozent der in der Landwirtschaft emittierten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Außerdem belastet sie die Gewässer und fördert den Biodiversitätsverlust etwa durch vermehrten Maisanbau, erhöhte Nährstoffeinträge in Binnengewässern und Meeren und ganz erheblich auch Ökosysteme in anderen Weltregionen, aus denen Futtermittel wie Soja importiert werden (siehe [NeFo-Artikel zu Telecoupling](#)).

Dass der Abbau schädlicher Subventionen funktioniert, zeigt laut UBA das Beispiel Neuseeland. Dessen Regierung hatte in den 1980er Jahren seine Agrarsubventionen radikal gekürzt, wodurch sich die negativen Umweltauswirkungen insbesondere auf die Flächennutzung und den Düngemiteleinsatz deutlich verringerten.

Lakner kritisiert an der Förderpolitik der GAP vor allem, dass hier Steuergelder verteilt werden, die wenig zur Verringerung von Problemen im Landwirtschaftssektor beitragen und auch nur teilweise gesellschaftliche Leistungen erzeugen. Gleichzeitig werden, ähnlich wie im Immobilienmarkt, auch hier die Direktzahlungen in den Wert der Flächen eingepreist, der stetig steigt und so die Landwirte unter enormen wirtschaftlichen Druck setzt – einer der wesentlichen Gründe, weshalb gerade kleinere Betriebe reihenweise aufgeben. Zu den Hauptprofiteuren der GAP gehören entsprechend auch die Landspekulanten. In Zeiten großer ökologischer Krisen könne man sich das nicht mehr leisten. Entsprechend schlägt Lakner gemeinsam mit vielen weiteren Experten vor, 1. Die gekoppelten Direktzahlungen zu streichen, 2. So viel Fördergeld wie möglich an Umweltziele und wirksame Maßnahmen zu binden und 3. bei den bisherigen Umweltmaßnahmen den Wirkungsgrad zu erhöhen.

Auch das UBA stellt in seinem Bericht zu schädlichen Subventionen fest, dass sich die Direktzahlungen in Bezug auf alle Dimensionen der Nachhaltigkeit als ineffektiv erwiesen hätten,

gerade auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht. Einen festen Betrag aus der ersten Säule als umweltschädliche Subvention zu qualifizieren, sei jedoch nicht sinnvoll. Vielmehr sollten die Bedingungen der Förderung so gestaltet werden, dass sie ein wirksamer Hebel in Richtung einer nachhaltigen Landwirtschaft würde.

Schädliche Subventionen neutralisieren Naturschutzausgaben

„Das BfN hat allein naturschädliche Subventionen in Deutschland in den Bereichen Siedlung und Verkehr sowie Landwirtschaft in Höhe von ca. 22 Mrd. Euro jährlich identifiziert“, sagt Kai Schlegelmilch, Mitautor des BfN-Berichtes von 2019. Zusammen mit den ebenfalls naturschädigenden, weil klimaschädlichen Subventionen im Energiebereich seien es pro Jahr sogar ca. 55 Mrd. Euro. „Die Naturschutzausgaben von Bund und Ländern für Maßnahmen in den Bereichen Gebietsschutz, Pflege und Entwicklung von Biotopen, Entschädigungen, Ausgleichszahlungen etc. dürften dagegen ungefähr nur 600 Mio. Euro jährlich ausmachen.“

„Solange wir auf der einen Seite weltweit 500 Milliarden Dollar in die Förderung schädlicher wirtschaftlicher Aktivitäten stecken, werden die Summen, die zur Erhaltung der biologischen Vielfalt aufgerufen werden, wenig Erfolg bringen“, sagt Yves Zinngrebe, Agrarbiologe am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ. Immerhin habe die CBD sich inzwischen dazu durchgerungen, in Ziels 18 des Entwurfs für den neuen globalen Zielkatalog eine konkrete Zahl zu nennen, eben jene aus dem GBO-5**.

Ziel 18. Für die biologische Vielfalt schädliche Anreize sollen auf gerechte und ausgewogene Weise umgelenkt, umfunktioniert, reformiert oder abgeschafft werden, indem sie um mindestens 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr reduziert werden, einschließlich der schädlichsten Subventionen. So soll sichergestellt werden, dass Anreize, einschließlich öffentlicher und privater wirtschaftlicher und regulatorischer Anreize, sich entweder positiv oder neutral auf die biologische Vielfalt auswirken.

„Wichtig ist nun, wenn das wirklich so beschlossen werden sollte, dieses Ziel in ebenso konkreter Weise auf die nationalen Ebenen runterzu-

brechen“, meint Zinngrebe. Einige Zusagen in dieser Richtung gibt es bereits. So schlägt das EU-Parlament vor, alle klimaschädlichen Subventionen bis 2025 und alle sonstigen umweltschädlichen Subventionen bis 2027 abzubauen. Außerdem soll eine Toolbox für die Mitgliedstaaten zum Abbau umweltschädlicher Subventionen erstellt werden, schreibt das UBA.

Auch die EU-Kommission schlägt in seiner [Energiesteuerrichtlinie \(2003/96/EC\)](#) vor, Begünstigungen von fossilen Energieträgern schrittweise abzuschaffen, etwa den Flugverkehr und die Schifffahrt schrittweise in die Energiebesteuerung einzubeziehen und die Steuervergünstigungen für Dieselkraftstoff zu beenden. Zinngrebe berät die Bundesregierung außerdem aktuell bei der Neugestaltung der Nationalen Biodiversitätsstrategie. In der alten Fassung von 2007 hatte man sich zwar auch schon den „weiteren Abbau kontraproduktiver Subventionen (zum Beispiel Entfernungspauschale)“ vorgenommen und für mehr Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung zu „umweltschonender Mobilität“ und zum Problem „Flächenverbrauch“ geworben, aber keine messbaren Ziele gesetzt. Das muss jetzt geschehen, auf allen politischen Ebenen.

Naturschädliche Aktivitäten und deren Finanzierung klar benennen

Bei der CBD hat man auch dies bereits verstanden. Im First Draft heißt es: „Die erfolgreiche Umsetzung des Rahmens erfordert Verantwortlichkeit und Transparenz, die durch wirksame Mechanismen für Planung, Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung unterstützt werden. Die Vertragsparteien sind dafür verantwortlich, Mechanismen für die Planung, Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung einzuführen.“

Einen wichtigen Hebel, um Transparenz zu schaffen, sieht der UBA-Bericht im Subventionsbericht der Bundesregierung. Es sei zu begrüßen, dass dieser seit einigen Jahren eine Nachhaltigkeitsprüfung für Subventionen enthielte, diese sollte jedoch systematisch für Umweltgüter wie Klima, Luft, Wasser, Boden, Artenvielfalt und Landschaft sowie mit Blick auf Gesundheit und Rohstoffverbrauch durchgeführt werden und auch für neue Subventionen gelten.

„Die CBD muss nach der COP eine Expertenarbeitsgruppe einsetzen, die klare Definitionen bzw. einen Kriterienkatalog erstellt, was biodiversitätsfreundlich und was -schädlich ist“, meint Zinngrebe. „Diese Indikatoren werden eine der wichtigen Headlines der kommenden COP-15 in Kunming sein.“



Laut BfN sollte das freiwerdende Geld aus abgeschafften Subventionen möglichst an den gleichen Sektor zurückfließen, aber eben nach anderen Kriterien, die nicht umweltschädliche Investitionen und Verhaltensweisen anreizen. Bild: Micha Pilot, @flickr

Bezüglich schädlicher Aktivitäten empfiehlt das BfN in seinem Bericht, das Verursacherprinzip stärker zu beachten und etwa Nährstoffüberschüsse und Pflanzenschutzmitteleinsatz stärker mit Abgaben zu belegen, was zum einen steuernde Wirkung habe, und zum anderen weiteres Geld zur Förderung nachhaltiger Maßnahmen verfügbar machen könne.

Nichtsdestotrotz muss geprüft werden, wo der Abbau auch soziale Ungerechtigkeiten erzeugen könnte. Akzeptanz und soziale Abfederung könne dadurch bewerkstelligt werden, dass der Abbau auch einen Umbau umfasse, meint Kai Schlegelmilch vom BfN. So solle das freiwerdende Geld aus den abgeschafften Subventionen möglichst an den gleichen Sektor zurückfließen, aber eben nach anderen Kriterien, die nicht umweltschädliche Investitionen und Verhaltensweisen anreizen. Wo nötig, sollten ausgleichende Maßnahmen verhindern, dass dabei Gruppen schlechter gestellt werden. „Es ist aber auch wichtig zu berücksichtigen, dass die derzeitige

Nicht-Internalisierung dieser Umweltschadenskosten ebenfalls bereits negative soziale Auswirkungen hat, so dass es darum geht, die Transformation behutsam zu gestalten, aber vor allem auch wirklich anzugehen“, meint Schlegelmilch.

Wie konsequent die Regierungen ihre Ankündigungen umsetzen wollen, wird sich zeigen. Klar ist, dass den Staaten durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen enorme Summen entstünden, mit der ein effektiver Biodiversitätsschutz ermöglicht würde – und dieser nicht mehr auf Spenden von superreichen Unternehmern angewiesen wäre, deren Vermögen in der Regel nicht durch nachhaltige Wirtschaftsweisen zustande kamen.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): *Ist der Schutz der Biodiversität zu teuer?*. Themenschwerpunkt im November.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48736&nopagecache>



Biodiversitätsschädigende Finanzströme bei der Weltnaturkonferenz 2022

Ein Gastbeitrag von Florian Titze, WWF Deutschland

Erscheinungsdatum: 02. Dezember 2021

Die UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) soll im Mai 2022 auf der Weltnaturkonferenz ein neues politisches Rahmenwerk bekommen. Die knapp 200 Vertragsstaaten werden sich dafür im chinesischen Kunming einfinden, um Maßnahmen und Ziele festzulegen, mit denen sie den schnell fortschreitenden Artenverlust bis 2030 aufhalten wollen. Eine der großen Herausforderungen für ein erfolgreiches Abkommen: In Zukunft dürfen keine Gelder mehr in die Zerstörung unserer Ökosysteme fließen.

Das klingt trivial. Doch bereits die 2020 ausgelaufenen „Aichi-Targets“, die das neue Rahmenwerk nun ersetzen soll, hatten den Abbau biodiversitätsschädigender Subventionen ([Aichi-Ziel 3](#)) zum Ziel. Passiert ist jedoch wenig. Des Weiteren gehören zu den biodiversitätsschädigenden Finanzströmen nicht nur öffentliche Gelder wie staatliche Subventionen. Auch im privaten Finanzmarkt wird massiv in die Zerstörung der Natur investiert. Daten dafür gibt es wenig, denn weder bestehen in den meisten Ländern Berichtspflichten für die Umwelteinflüsse finanzieller Investitionen, noch sind die Methodiken und Metriken bis heute ausgereift genug, um präzise Daten dafür zu erheben. Ein Ziel, um diese Herausforderung anzugehen, gab es in der CBD bisher nicht. Das muss sich im Mai 2022 ändern.

Biodiversitätsschädigende Subventionen – internationale Versprechen ohne nationale Umsetzung

Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden weltweit jährlich über 500 Milliarden US-Dollar für biodiversitätsschädliche Subventionen ausgegeben, fünf bis sechs Mal mehr als für den Erhalt der Biodiversität. Staatliche Subventionen für fossile Brennstoffe, die die Klimakrise anheizen und somit wiederum indirekt der Biodiversität schaden, sind hier noch gar nicht miteinberechnet.

Das Ziel eines umfassenden Abbaus umweltschädlicher Subventionen wurde auch in Deutschland nie erreicht.

Laut einer [FÖS-Studie](#) fließen in Deutschland Steuergelder in Höhe von 67 Mrd. Euro pro Jahr in Subventionen, die zum Verlust der biologischen Vielfalt beitragen.

Zum Vergleich: Deutschland gibt aktuell rund 800 Mio. Euro pro Jahr aus, um den Rest an Natur zu schützen, den es bei uns noch gibt.

Deutschland gibt somit über 80-mal mehr an Steuergeldern aus, um Wirtschaftsaktivitäten zu fördern, die die Natur zerstören, als in deren Bewahrung zu investieren. Der Fortschritt in Richtung Aichi-Ziel-3 ist gleich Null. (siehe [Global Biodiversity Outlook 5](#)).

Biodiversitätsschutz funktioniert nur gemeinsam mit dem Finanzmarkt

Während das Problem mit den schädlichen Subventionen unter den CBD-Verhandler:innen zumindest anerkannt ist, wurde der Einfluss des Finanzmarkts auf die weltweite Biodiversität bisher ignoriert. Doch die Wirkung der Kapitalströme auf die Artenvielfalt ist riesig. Denn Finanzinstitutionen und private Investoren rechnen ihren Einfluss auf die Umwelt in ihren Gewinnkalkulationen nicht mit ein. Die schädliche Wirkung liegt nahe:

Der Finanzmarkt stellt das Kapital für unsere Wirtschaft bereit, in der die meisten Sektoren wiederum direkte oder indirekte Treiber des Biodiversitätsverlustes sind. Betrachtet man darüber hinaus die bloße Größe dieser Geldströme,

ist von einem immensen Einfluss des Finanzsektors auszugehen.

Die daraus entstehenden Kosten sind auf den ersten Blick nicht finanzieller Art, aber sie sind sehr wohl real. In einem kurzfristig gewinnorientierten System werden sie leicht vernachlässigt. Doch langfristig entziehen sie uns die grundlegenden Bedingungen, die ein gewinnorientiertes Wirtschaften überhaupt erst ermöglichen. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge beläuft sich der ökonomische Wert der Ökosystemleistungen, also des Nutzens der Natur für unser Leben und Wirtschaften, weltweit auf 125 bis 140 Billionen US-Dollar pro Jahr. Das ist mehr als eineinhalb-mal so viel wie das weltweite Bruttoinlandsprodukt ([Costanza et al. 2014](#)).

Biodiversität ist also systemrelevant. Es bleibt einem jeden selbst überlassen, ob man der Natur einen monetären Wert zuteilen möchte oder in ihrem Schutz vor allem einen Selbstzweck sieht. Doch Ökonomen und Investoren kommen nicht um die Realität herum, dass in einer Welt ohne funktionierende Ökosysteme kein Gewinn erzielt werden kann. Entsprechend benennt das Weltwirtschaftsforum (WEF) den Biodiversitätsverlust als eines der fünf größten globalen Risiken der nächsten zehn Jahre ([The Global Risks Report 2021](#)).



Laut der OECD werden weltweit jährlich über 500 Milliarden US-Dollar für biodiversitätsschädliche Subventionen ausgegeben, fünf bis sechs Mal mehr als für den Erhalt der Biodiversität. Bild: Mohamed Hassan / Pixabay

Biodiversitätsfinanzierung muss ganzheitlich gedacht werden

Die finanzielle Balance wird ein Schlüsselkriterium sein, um in Kunming nicht nur erfolgreich neue Ziele zu formulieren, sondern auch deren Umsetzung in jedem einzelnen der 196 CBD-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. In den Verhandlungen kreisen die politischen Debatten überdimensional um die Frage der Finanzierung – wie viel Geld fließt vom globalen Norden in den globalen Süden und wie viel Geld wird für nationale Umsetzung benötigt. Doch schaffen es die Staaten darüber hinaus nicht, diejenigen Finanzströme in den Griff zu bekommen, die aktuell in viel größerem Maße die globale Zerstörung der Natur befeuern, dann werden wir in 10 Jahren erneut konstatieren müssen, dass trotz großer Worte und schöner Zielformulierungen nur sehr wenig erreicht werden konnte.

Florian Titze ist Politikwissenschaftler und Experte für internationale Politik in den Bereichen Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Sicherheit.

Aktuell arbeitet er für den WWF Deutschland als Policy Advisor für internationale Biodiversitätspolitik, hauptsächlich zu internationalen Umweltkonventionen, Biodiversitätsfinanzierung und Vereinte Nationen. Zuvor arbeitete er beim Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York City.



Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise
Titze, Florian (2021). Biodiversitätsschädigende Finanzströme bei der Weltnaturkonferenz 2022. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im November 2021. Online verfügbar: <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48734&nopagecache>

Empfohlene Zitierweise
Titze, Florian (2021). Biodiversitätsschädigende Finanzströme bei der Weltnaturkonferenz 2022. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im November 2021. Online verfügbar: <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48734&nopagecache>



Der Koalitionsvertrag und das GBF: Klimaschutz mit oder ohne Biodiversität?

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 02. Dezember 2021

Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist der erste Gradmesser für die Prioritätensetzung der neuen Regierung. Anhand dieses Dokuments lässt sich also einschätzen, wie die Position Deutschlands bei den internationalen Verhandlungen zum neuen „Global Biodiversity Framework“ (GBF) der Convention on Biological Diversity (CBD) sein wird und welche Vorkehrungen für eine Umsetzung getroffen werden sollen. Wir haben die Ziele des derzeitigen „First draft“, der im Januar in Genf bei OEWG/SBI/SBSTTA weiterverhandelt werden soll, mit dem Koalitionsvertrag kontrastiert (siehe Tabelle 1 unten).

Bei dieser einfachen Darstellung wird zunächst ersichtlich, dass viele Aspekte des GBF im Koalitionsvertrag reflektiert werden. Insgesamt bekennt sich die zukünftige Regierung dazu, sich bei den Verhandlungen „ambitioniert“ einzubringen, und verweist hier in erster Linie auf die Ausweisung und des „wirksamen Schutzes“ von (insgesamt) 30% der Fläche als Schutzgebiete. Die Zielstellung der EU-Biodiversitätsstrategie, 10% der Fläche streng zu schützen, wird nur in dem Abschnitt zum Meeresschutz aufgegriffen.

Bei der Reduktion von Treibern des Biodiversitätsverlustes werden einige neue Schritte anvisiert. So ist z.B. vorgesehen, in der Landwirtschaft die für den internationalen Fußabdruck und die nationalen Stickstoffeinträge zentralen Tierbestände „an der Fläche zu orientieren“, die negativen Folgen von Pflanzenschutzmaßnahmen für die Biodiversität zu verringern (Glyphosat soll bis Ende 2023 verboten werden) und Ökolandbau zu fördern.

Für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) soll kurzfristig eine Begleitverordnung für einen angemessenen Umwelt- und Klimaschutz veranlasst werden und für die nächste GAP-Periode der Ausstieg aus den flächenbezogenen Direktzahlungen zugunsten einer „Honorierung von Umwelt- und Klimamaßnahmen“ vorbereitet werden. Auch soll der Umgang mit Wäldern, Meeren und anderen Ökosystemen nachhaltiger gestaltet werden.

Interessanterweise werden auch die indirekten Treiber angesprochen. Grundsätzlich soll eine „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ angestrebt werden, bei der „ressourcenschonend“ und im Sinne der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) agiert wird. Die Kreislaufwirtschaft wird hier als zentrales Element erwähnt. Während das deutsche Lieferkettengesetz nicht erwähnt wird, soll der EU-Vorschlag für ein Lieferkettengesetz gestärkt werden, um u.a. ökologische Standards sicherzustellen (z.B. Vermeidung von Entwaldung, was in Bezug auf die tropischen Biodiversitätshotspots von großer Wichtigkeit ist). Eine WTO-konforme Carbon-Boarder-Tax für Importgüter wird zum Ausgleich der im Binnenmarkt anfallenden Kosten durch Klimamaßnahmen vorgeschlagen. Diese Steuer könnte so auch zur Begrenzung des ökologischen Fußabdrucks Deutschlands außerhalb von Europa beitragen, und so helfen, Biodiversitätsverlust z.B. durch tropische Entwaldung zu verringern. Bei diesen ganzen Fortschritten, die die zukünftige Regierung ankündigt, fallen jedoch zwei kritische Aspekte zum Stellenwert der Biodiversität auf:

Zum einen scheinen „ökologische“ Gesichtspunkte im Koalitionsvertrag hauptsächlich auf „klimaneutral“ abzielen und der tatsächliche Schutz von Ökosystemen als Basis unserer Gesellschaft als nachrangig eingestuft zu werden. So wird Biodiversität bei zentralen Projekten des Koalitionsvertrags nur ein geringerer Stellenwert zugeschrieben. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau der erneuerbaren Energien

und der Infrastruktur sowie die Schaffung von Wohnraum. Hier ist stets die Rede vom „Abbau von Bürokratie“, „Beschleunigung von Planungsprozessen“ und „nationaler Priorität“, und gleichzeitig sollen „Ausnahmevoraussetzungen des Naturschutzgesetzes“ definiert werden. Hier kann es zu vielen Interessenskonflikten mit dem Naturschutz kommen und es besteht die Gefahr, dass bei der Umsetzung – gerade auch angesichts schwacher Kapazitäten in den Naturschutzbehörden – Biodiversitätsaspekte zu kurz kommen. Bei zunehmendem Nutzungsdruck auf das Meer (z.B. durch Fischerei, Offshore-Windenergie, Tourismus, Verkehr etc) und das Land (Urbanisierung, Infrastruktur, Aufforstung) wird die Nutzungskonkurrenz steigen. In dieser Situation können ökosystembasierte Lösungen dabei helfen, Gemeinsamkeiten statt Konflikte zwischen Biodiversität auf der einen und Klimaschutz und „Modernisierung“ auf der anderen Seite zu erkennen.

Zum anderen wird Biodiversität im Koalitionsvertrag (und vielen anderen politischen Prozessen) in großen Teilen auf „Artenschutz“ reduziert. Beispielsweise wird zwar in dem Abschnitt zum Naturschutz von „Biologischer Vielfalt“ gesprochen, bezüglich ihrer Berücksichtigung bei Planungs- und Entwicklungsprozessen ist aber lediglich von „Artenschutz“ die Rede. Während Arten und ihre Populationen zentrale Schutzobjekte und Indikatoren für den Zustand der Ökosysteme sind, so werden hier andere Dimensionen der Biodiversität jedoch marginalisiert. Die CBD spricht stets von den drei Ebenen der biologischen Vielfalt, also außer von Spezies auch von der Vielfalt der Ökosysteme und der genetischen Vielfalt. Zudem ist eben auch die Interaktion von ökologischen Einheiten wichtig, um Ökosystemleistungen für Mensch und Natur zu erhalten. Dies gilt nicht zuletzt auch für unsere Kulturlandschaften und ihre nicht-materiellen Ökosystemleistungen (wie z.B. ihre Schönheit oder die Vermittlung von Heimatgefühl).

Eine mögliche Erklärung für den Begriff „Artenschutz“ ist, dass das Wort „Biodiversität“ oder „biologische Vielfalt“ als sperrig und nicht kommunizierbar empfunden wird. Eben darum wäre es wichtig, Kommunikationsstrategien („Narrative“) für den Bereich Biodiversität zu entwickeln. Die von der Koalition beabsichtigte Förderung des Wissenschaftsjournalismus ist daher auch unter diesem Gesichtspunkt zu begrüßen.

Eine andere Erklärung für die Verwendung des Begriffs „Artenschutz“ könnte lauten, dass sich bestehende gesetzliche Vorgaben vornehmlich an Arten und Populationen orientieren (z.B. EU Habitat- oder Vogelrichtlinie). Eine umfassendere Berücksichtigung der Biodiversität auch in Gesetzestexten wäre aber wichtig, um zu erreichen, dass alle Dimensionen der Biodiversität in Planungsprozessen und in allen Ressorts Berücksichtigung finden. Nur so kann Biodiversität angemessen anerkannt werden und bei dem anvisierten „Klimacheck“ von Gesetzen und anderen Regierungsmaßnahmen nicht unter den Tisch fallen.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): Frustrierender Verlauf der post-2020 Biodiversitäts-Verhandlungen (OEWG-3). CBD-Kolumne im September.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48395&nopagecache>

30 by 30

Was bringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren?

Von Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 03. Februar 2022

Es ist ein Slogan, den der Weltnaturschutzdachverband IUCN 2016 in die Welt setzte: 30 Prozent der Meere sollten bis 2030 unter Schutz gestellt werden. Dieser wurde so prominent genutzt, dass er nicht nur Eingang in die EU-Biodiversitätsstrategie gefunden hat, sondern auch in den aktuellen Entwurf für die internationalen Naturschutzziele der CBD. Ob diese Zahl nach den Verhandlungen bei der Vertragsstaatenkonferenz COP 15 in Kunming/China so noch im Beschlussdokument stehen wird, ist alles andere als sicher. Außerdem kommt es sehr darauf an, worauf sie bezogen wird und was die Länder daraus machen.

Frankreich hat vor kurzem angekündigt, elf Meereschutzgebiete rund um La Réunion einzurichten. Diese sollen über die Hälfte der 313.360 Quadratkilometer großen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Insel abdecken und Meereslebensräume wie Korallenriffe und Seegras sowie felsige und sandige geologische Formationen schützen. Réunion gehört seit 1946 zu Frankreich und ist somit Teil der Europäischen Union. Mit seinen vielen überseeischen Gebieten, die in allen Ozeanen der Erde verstreut sind, hat Frankreich die größte AWZ der Welt. Sie ist fast 12 Millionen Quadratkilometer groß und umfasst etwa acht Prozent der Fläche aller AWZ der Welt. Zum Vergleich: Deutschlands AWZ erstreckt sich auf knapp 33.000 Quadratkilometern.

Schutzgebiete gehören Expertinnen und Experten zufolge zu den effektivsten Mitteln, um die biologische Vielfalt zu erhalten. Bis 2020, so hatten sich die Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) 2010 vorgenommen, sollten zehn Prozent der Küsten- und Meeresgebiete, insbesondere Gebiete von besonderer Bedeutung für die biologische Vielfalt und für die Ökosystemleistungen, effektiv geschützt sein (AICHI-Ziel 11). Bisher sind nur knapp acht Prozent der Weltmeere geschützt, 2,8 Prozent davon streng.

30 Prozent der Meere unter Schutz stellen ist laut Wissenschaft ein absolutes Minimum



Korallenriffe gehören zu den artenreichsten aber auch gefährdetsten Lebensräumen der Welt. Vor allem macht ihnen die Ozeanerwärmung und -versauerung zu schaffen. Bei einer globalen Klimaerwärmung von 2 Grad erwartet der Weltbiodiversitätsrat IPBES, dass 99 Prozent der Riffe verloren gehen. Bild: Pixabay

Schon 2010 war klar, dass die vorgenommenen zehn Prozent nicht ausreichen würden, um die in der CBD vereinbarten Schutzziele zu erreichen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten zwischen 20 und 40 Prozent vorgeschlagen (Gell & Roberts 2003; Gaines et al. 2010). 2016 kamen O'Leary et al. zu dem Schluss, dass selbst 30 Prozent unter Umständen nicht reichen würden. Im selben Jahr rief dann unter anderem der Weltnaturschutzdachverband IUCN bei seinem Weltkongress die Forderung „30 by 30“ aus. Bis 2030 sollten 30 Prozent der Weltmeere unter effektivem Schutz stehen.

Dieses Ziel ist nun auch von der CBD in ihren aktuellen Entwurf ([First draft](#)) als Ziel 3 übernommen worden, sowohl für die Meere als auch das Land. Sollte dieses Ziel tatsächlich so beschlossen werden, stellt sich natürlich die Frage, nach welchen Kriterien die Gebiete ausgesucht werden sollten. Biodiversität ist im Ozean nicht gleichverteilt. Wie auch an Land gibt es mega-diverse Ökosysteme, zum Beispiel Korallenriffe, Küstenlebensräume wie Seegrasswiesen oder Kelpwälder, Unterseegebirge, aber auch sogenannte „blaue Wüsten“, der riesige Wasserkörper mitten in den Ozeanen, wo sich kaum höhere Lebewesen aufhalten.

Vorschlag für ein neues CBD-Ziel 3: „Sicherstellen, dass weltweit mindestens 30 % der Land- und Meeresgebiete, insbesondere der Gebiete mit besonderer Bedeutung für die biologische Vielfalt und ihren Beitrag für die Menschen, durch wirksam und gerecht verwaltete, ökologisch repräsentative und gut vernetzte Systeme von Schutzgebieten und andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmaßnahmen erhalten und in die weiteren Landschaften und Meereslandschaften integriert werden.“

Expertinnen und Experten haben für die CBD schutzwürdige Meeresgebiete identifiziert

Die CBD hat bereits 2008 einen Prozess gestartet, in dem Expertinnen und Experten wissenschaftliche Kriterien aufstellen (siehe unten, blau hinterlegt) und entsprechende Gebiete identifizieren sollen. Ausschlaggebend soll der intrinsische Wert der marinen Biodiversität sein; ökonomische oder politische Interessen sollen hingegen keine Rolle spielen. Seit 2010 wurden in regionalen Workshops, etwa für den Nordpazifik, das Mittelmeer, die Ostsee, die Arktis, oder den südlichen Indischen Ozean, weltweit 321 ökologisch oder biologisch bedeutsame Meeresgebiete, identifiziert. Diese so genannten EBSAs (Ecologically or Biologically Significant marine Areas) wurden in den letzten Jahren sukzessive – nach zusätzlicher Prüfung durch den wissenschaftlichen Ausschuss der CBD (SBSTTA) – größtenteils von den Vertragsstaaten angenommen und in das „CBD EBSA Repository“ übernommen.

EBSA Kriterien

- Einzigartigkeit oder Seltenheit
- Besondere Bedeutung für Lebensstadien von Arten
- Bedeutung für bedrohte, gefährdete oder im Rückgang befindliche Arten und/oder Lebensräume
- Anfälligkeit, Verletzlichkeit, Empfindlichkeit oder langsame Erholung
- Biologische Produktivität
- Biologische Vielfalt
- Natürlichkeit

Der letzte regionale Workshop befasste sich 2019 mit potenziellen Gebieten im Nordatlantik. Die von den Expertinnen und Experten dort vorgeschlagenen 17 EBSAs sollen von der COP 15 angenommen werden. Die Gebiete im Repository der CBD decken aktuell 20 Prozent der globalen Meeresfläche ab. Diese haben jedoch keinerlei bindenden Status: Es bestehen weder Verpflichtungen für zuständige Nationen zum Management, noch dafür, diese überhaupt als Schutzgebiet auszuweisen.

Der EBSA-Prozess ist damit jedoch nicht abgeschlossen. Die ersten Gebietsbeschreibungen sind bereits gut zehn Jahre alt. Vielerorts haben sich die Bedingungen oder wissenschaftlichen Erkenntnisse geändert, wodurch die Beschreibungen einzelner EBSAs aktualisiert und angepasst werden müssten. Zudem wurden in den bisherigen regionalen Workshops nicht sämtliche Meeresgebiete evaluiert und auch noch nicht alle Lebensräume oder Arten, wie etwa Wale, systematisch betrachtet. Für solche Änderungen und Beschreibungen weiterer Gebiete gibt es jedoch derzeit bei der CBD noch kein Prozedere. Die Verhandlungen dazu bei den letzten beiden CBD COPs scheiterten an den Bedenken einiger Staaten, Nutzungsrechte zu verlieren. Diese Debatten werden also auch bei der COP 15 weitergehen.

Muss Biodiversitätsschutz jegliche Nutzung ausschließen?

Dass in Ziel 3 des künftigen finalen Vertrags der CBD tatsächlich am Ende auch „30 by 30“ steht, ist allerdings alles andere als selbstverständlich, meint Tim Packeiser, Experte für internationalen Meeresschutz des WWF, der die CBD-Verhandlungen seit vielen Jahren begleitet. „Da gibt es zum einen solche Staaten, die sagen, dass ihnen Schutzgebiete auf 30 Prozent ihrer terrestrischen und marinen Hoheitsgebiete generell zu viel und gar nicht umsetzbar sind.“ Der größte Widerstand komme allerdings aus einer eher überraschenden Richtung: den lokalen und indigenen Gemeinschaften. Diese störten sich vor allem an der Vorstellung, wie auch von einigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gefordert, dass Schutzgebiete grundsätzlich von sämtlichen Nutzungen ausgeschlossen sein müssten. Diese so genannten „No-Take-Zones“ würden ihnen ihre traditionellen Nutzungen untersagen.

„Mit dieser grundsätzlichen Forderung haben sich diese NGOs keinen Gefallen getan“, sagt Packeiser. Um diese Bedenken aufzulösen, habe der WWF ein etwas differenzierteres Konzept zur Umsetzung entworfen, das Nutzungen nicht per se ausschließt sondern an die entsprechenden Schutzziele der Gebiete und die lokalen Bedingungen und Bedürfnisse anpasst.

Ähnlich kritisch zu den Forderungen einzelner Umweltverbände zu No-Take-Zones äußert sich der Leiter des Thünen-Instituts für Ostseefischerei Christopher Zimmermann, der deutscher Vertreter im Advisory Committee des Internationalen Rates für Meeresforschung und wissenschaftlicher Ratgeber für Bundes- und Landespolitik, die EU-Kommission und -parlament ist. „Umweltverbände und -behörden bestehen auf der „höchsten Schutzkategorie“, also No-Take-Zones. „Ob das sinnvoll ist, ist aber abhängig vom Schutzzweck. Sollen in einem Gebiet beispielsweise Kaltwasserkorallen erhalten werden, die in großer Wassertiefe am Meeresboden vorkommen, könnte man ohne Weiteres auch darüber pelagische Fischarten fischen.“

Tiefseebergbau zunehmende Bedrohung für marine Biodiversität



Widerstand gegen „30 by 30“ kommt überraschenderweise auch von den Indigenen und lokalen Gemeinschaften, die befürchten, ihrer traditionellen Fangrechte beraubt zu werden. Bild: Pixabay

Zimmermann möchte ausdrücklich nicht als Verteidiger der Fischereilobby verstanden werden. Schutzgebiete lehnt er nicht ab, auch nicht das vorgeschlagene 30-Prozent-Ziel der CBD. Wo wertvolle Lebensräume vorhanden sind, müssen diese auch geschützt werden. Man müsse es aber richtig machen, sprich, sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren.

Allerdings würde bei der Debatte um Schutzgebiete meist als erstes die Fischerei an den Pranger gestellt. Dabei hätten andere wirtschaftliche Aktivitäten wie Sand- und Kiesabbau sowie Windparks und Schiffsverkehr oft ebenso großen Einfluss auf die Meeresumwelt, meint Zimmermann. Wenn es jedoch um die Umsetzung der Energiewende oder den Bausektor ging, ließ zumindest das Wirtschaftsministerium der letzten Regierung nie einen Zweifel aufkommen, dass man hier der Nutzung Vorrang vor Schutzgebieten einräume. „Und da schauen dann sowohl Naturschützer als auch Fischer in die Röhre.“

Zimmermann hält eine gesellschaftliche Abwägung für nötig: „Im Vergleich zu den meisten anderen Tieren ist Fisch der umweltfreundlichste Eiweißlieferant. Meist ist dieser nun mal in biodiversitätsreichen Gebieten zu finden, denn er gehört ja dazu. Mehr Schutz bedeutet eben auch weniger Fischertrag.“

NGOs und Politik versprechen globale Win-win-Situation durch Meeresschutzgebiete für Biodiversität, Klima und Fischerei

Und damit widerspricht er vehement dem Narrativ, das in der Politik und im Naturschutz kursiert: Dass Meeresschutzgebiete nur Gewinner brächten: Höhere Biodiversität, mehr Klimaschutz und – vor allem – mehr Erträge. Dies legte 2021 ein Artikel von Sala et al. in der Zeitschrift Nature nahe, der die höchste mediale Aufmerksamkeit aller Meeresforschungsveröffentlichungen der letzten Jahre auf sich zog. Dort heißt es, dass eine Umwandlung von 5 bis 90 Prozent der Meeresflächen in „No-Take-Zones“ die marine Nahrungsproduktion um 20 Prozent erhöhen würde. Inzwischen wurde jedoch die ursprüngliche Publikation, die [Sala et al.](#) zu dieser Aussage zitieren, wegen grober Mängel zurückgezogen. Unter anderem war dort fälschlicherweise angenommen worden, dass die Fischbestände grundsätzlich global vernetzt seien und sich ausgleichen würden. Auch die Behauptung, die Grundnetzfisherei setze so viel CO₂ frei wie die gesamte zivile Luftfahrt der Welt, wird von Expertinnen und Experten wegen völlig unrealistischer Annahmen als inkorrekt abgelehnt.

„Ich finde jede politische Forderung nach mehr Meeresschutzgebieten völlig legitim. Wenn argumentiert wird, wir hätten an Land schon so viel kaputt gemacht, jetzt lassen wir wenigstens die Meere in Ruhe, habe ich damit gar kein Problem“, meint Zimmermann. „Ich störe mich nur daran, wenn Widerstände etwa der Fischer mit wissenschaftlicher Evidenz ausgeräumt werden, die nachweislich falsch ist.“

„Ich persönlich bin gegenüber Modellierungen, die für die diversen Weltmeere solche pauschalen Aussagen machen, wie ‘X Prozent mehr Schutzgebiete bringen Y Prozent mehr Fischereierträge’, sehr zurückhaltend“, sagt auch Packeiser. „Ohne Berücksichtigung von Informationen, wo genau und zu welchem Zweck Schutzgebiete eingerichtet werden und wie diese mit konkreten Maßnahmen geschützt werden, lassen sich solche Aussagen kaum verlässlich treffen.“ Grundsätzlich seien die positiven Effekte von Meeresschutzgebieten – unter anderem auch auf Fangerträge auf lokaler Ebene – jedoch vielfach nachgewiesen worden.

Das bestätigt auch Zimmermann. Die pure Zahl „30 Prozent mehr Meeresschutzgebiete“ hält er jedoch nur bedingt für sinnvoll, denn die sage nichts über die Wirksamkeit der Schutzgebiete

aus. „Beispielsweise rühmt sich Frankreich aktuell mit seiner Ankündigung, die Meeresregion rund um „La Réunion“ unter Schutz zu stellen. Da gibt es aber jenseits des schmalen Schelfgebietes kaum etwas, weder besonders wertvolle Biodiversität noch gefährdende Aktivitäten.“

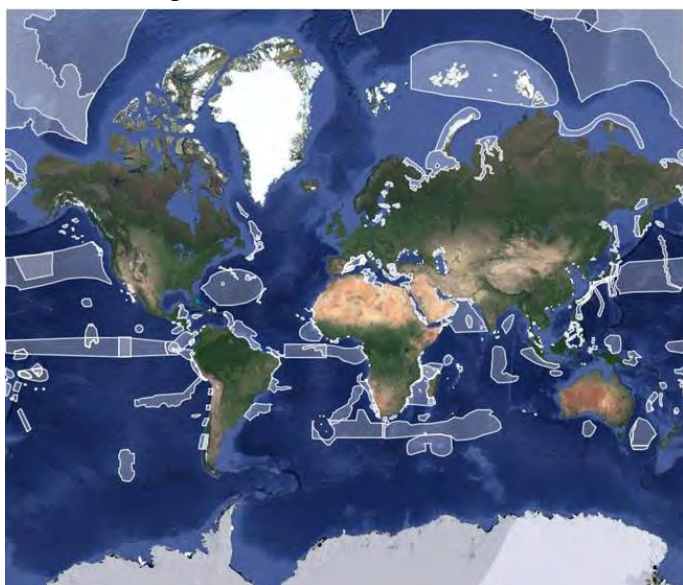
Die reine Zahl wird es nicht richten

Der derzeitige Wettlauf um Fläche macht für Zimmermann keinen Sinn. „Wir müssen vielmehr herausfinden, wo die schutzwürdigen Zonen sind und dann ein Netzwerk von Schutzgebieten aufbauen, damit sich diese gegenseitig erhalten.“ Viel sinnvoller sei es aus seiner Sicht, die Schutzgebiete nicht in der „Blauen Wüste“, sondern in die Küstenzonen zu legen, wo die wertvollsten Lebensräume zu finden sind. Da würden dann vielleicht auch 15 Prozent schon reichen.

Gerade die Hohe See bei den künftigen Schutzgebieten einzubeziehen, ist allerdings für Packeiser ein äußerst wichtiges Ziel. Meeresgebiete, die jenseits der nationalen Rechtsprechung der Küstenstaaten liegen, bedecken fast die Hälfte der Erdoberfläche, und nur ein geringer Anteil dieser Gebiete ist bis heute wissenschaftlich erkundet. Laut Schätzungen sind gerade mal fünf Prozent der rund 300 Millionen Quadratkilometer Meeresboden untersucht. Entsprechend wäre bezüglich der Regulierung von menschlichen Aktivitäten in der Hohen See in jedem Fall das Vorsorgeprinzip anzuwenden. Die wenigen untersuchten Gebiete zeigen jedoch, dass die Tiefsee sehr diverse und durchaus artenreiche Lebensräume beherbergt: geologische Formationen wie Tiefseegräben und Unterwassergebirge, Schwarze Raucher, Frontalzonengebiete, wo sich polare und tropische Wassermassen treffen, etc.

Es mangelt also nicht an Gebieten, die biodivers, produktiv oder einzigartig in der Beschaffenheit sind. Tatsächlich sind die meisten dieser Gebiete in der Hohen See nicht nur durch die Fischerei, sondern auch durch Ölförderung oder neuerdings Tiefseebergbau gefährdet. Gerade bezüglich des bis dato noch nicht genehmigten Tiefseebergbaus klopfen Nationen und Unternehmen zunehmend ungeduldig an die Tür der Vereinten Nationen. Aktuell etwa der pazifische Inselstaat Nauru, der auf eine Lizenz zur Gewinnung von Manganknollen hofft.

Nun ist die Internationale Meeresbodenbehörde gefragt, so schnell wie möglich ihr Regelwerk aufzustellen. „Da ist gerade ziemlicher Druck im Kessel“, meint Packeiser. „Und an dieser Stelle sehen sich Fischereiverbände mit Umweltschutzorganisationen plötzlich zusammen auf einer Seite. Denn während die UN die Fischerei an einigen Seebergen bereits eingeschränkt hat, wollen Konzerne hier ganze Flanken abtragen.“ Gemeinsam mit vielen anderen NGOs, zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie neuerdings auch globalen Unternehmen wie BMW Group, Volvo Group, Google, Samsung SDI fordert der WWF ein Tiefseebergbau-Moratorium, bis der Schutz der Meeresumwelt durch ein entsprechend sorgfältiges Regelwerk sichergestellt ist.



Übersicht über alle bisher im Rahmen der CBD von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern identifizierten ökologisch oder biologisch bedeutsame Meeresgebiete (EBSAs), die als Grundlage für die Ausweisung von Schutzgebieten dienen können. Bild: 2022 NASA, Terra-Metrics / Google Karte <https://www.cbd.int/ebsa/>

Für Schutzgebiete auf Hoher See fehlt noch der rechtliche Rahmen

Ein Regelwerk fehlt vor allem auch noch dafür, dass international bindende Schutzgebiete überhaupt auf der Hohen See eingerichtet und gemanagt werden können. Den übergeordneten rechtlichen Rahmen dafür bietet das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ), das 1982 in Kraft trat und unter anderem die Territorialrechte auf See, die ausschließlichen Wirtschaftszonen und den Umgang mit dem Meeresboden jenseits der Grenzen des Festlandsockels

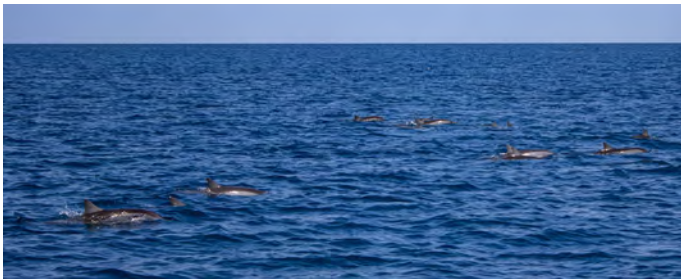
bestimmt. Außerdem werden Schutz und Erhaltung der Meeresumwelt, die wissenschaftliche Erforschung sowie Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie geregelt.

Auch hier gestaltet sich der Prozess schwierig. Seit 2019 laufen entsprechende Verhandlungen bei den Vereinten Nationen, die in einem Ergänzungsabkommen unter dem SRÜ münden sollen. Drei von vier entsprechenden Verhandlungsrunden haben bereits stattgefunden. Die nächste und offiziell vorerst letzte ist aktuell für März 2022 angesetzt. Packeiser rechnet aber damit, dass weitere Verhandlungen nötig sein werden, um die noch immer offenen Fragen zu klären, etwa die Zuständigkeit für das Management zukünftiger Schutzgebiete auf Hoher See. Ein solches SRÜ-Ergänzungsabkommen zum Schutz der Hohen See wäre aber die Voraussetzung, um Beschlüsse der CBD zur Einrichtung von Schutzgebieten auf Hoher See umsetzen zu können.

Eine Garantie, dass die Staaten bei einer erfolgreichen Annahme des „30 by 30“-Ziels dann auch die EBSAs der CBD berücksichtigen und dort ihre Schutzgebiete einrichten, gibt es allerdings nicht. „Wenn es um die internationalen Gewässer der Hohen See geht, kann die CBD leider nicht viel mehr machen als die für Fischerei, Schifffahrt oder Tiefseebergbau in der Hohen See zuständigen internationalen Organisationen auf die bereits vorhandenen EBSA-Gebietsbeschreibungen hinzuweisen, was sie auch tut“, sagt Packeiser. Einige Staaten hätten bei den Verhandlungen über das Hohe See-Abkommen auch eingefordert, die im Rahmen der CBD erzielten Ergebnisse zu nutzen. Die jüngste Ankündigung Frankreichs zur Ausweisung weiterer Schutzgebiete in den Gewässern rund um Réunion zeigt, dass Staaten sich nicht an den EBSA-Beschreibungen orientieren müssen, denn diese Gewässer wurden zuvor nicht als EBSAs beschrieben. Packeiser ist dennoch optimistisch, dass die EBSAs eine Rolle spielen werden, wenn das Ziel, wie nun im ersten Entwurf der neuen CBD-Naturschutzziele formuliert, von der COP 15 beschlossen wird.

Abgesehen von der Diskussion um die Zahlen dürfte sich Packeiser zufolge an der Formulierung des Zieles 3, wie sie im aktuellen Entwurf steht, kaum noch etwas ändern.

Entscheidend sei allerdings, wie die Zuständigkeiten verteilt würden: 30 Prozent Schutzgebiete innerhalb der jeweiligen nationalen Meeresgewässer der Küstenstaaten oder 30 Prozent Schutzgebiete bezogen auf die weltweite Meeresfläche – einschließlich der internationalen Gewässer? „Schlimm wäre es, wenn sich die Formulierung am Ende nur auf die Gewässer der Küstenstaaten bezieht. Dann bliebe die Hohe See und damit fast die Hälfte unseres Planeten außen vor, und das wäre fatal“, sagt der Meeresökologe. Ein rein globaler Bezug des 30-Prozent-Zieles wiederum würde den Staaten ermöglichen, die Verantwortung abzuschieben. „Optimal wäre also eine Formulierung mit Vorgaben zur auszuweisenden Schutzgebietsfläche sowohl in den Küstengewässern als auch auf der Hohe See“, so Packeiser.



Gerade für ziehende Tierarten wie Delfine aber auch viele Fischarten ist es notwendig, Schutzgebiete miteinander zu vernetzen. Bild: Pixabay

Deutschland bislang kein Vorzeigeland für effektiven Meeresschutz

Ob die Erhaltung der Biodiversität in den Meeren dann auch gesichert ist, hängt allerdings im Wesentlichen von der Umsetzung der Naturschutzziele durch die zuständigen Staaten ab, und darauf hat die CBD kaum Einfluss. Prominentes Beispiel dafür ist Deutschland. Das hat inzwischen sogar 45 Prozent seiner Meeresgebiete nominell unter Schutz gestellt (rund 43 Prozent der Nordsee und 51 Prozent der Ostsee) und damit das CBD-Ziel von 2010 von zehn Prozent bis 2020 weit übererfüllt. Dennoch wurde Deutschland wegen Versäumnissen von der Europäischen Kommission verklagt. Denn über Jahre ruhte man sich auf den bloßen Zahlen aus, setzte die Ausweisung aber nicht um, vor allem, um sich keine Steine für die Fischerei und die Energiewende in den Weg zu legen.

So gibt es in den Schutzgebieten in Nord- und Ostsee auch bislang nur sehr begrenzt Einschränkungen für wirtschaftliche Aktivitäten.

Zusätzlichen Druck sowohl auf Deutschland als auch die CBD übt die EU mit ihrer neuen Biodiversitätsstrategie aus. Hier ist „30 by 30“ bereits festgeschrieben, sowohl im Meer als auch an Land; ein Drittel der Flächen soll gar streng geschützt werden. Vor ein paar Tagen hat die EU-Kommission in einem [Arbeitspapier](#) auch Vorschläge zu den Kriterien gemacht, nach denen neue Gebiete ausgesucht werden sollen.

Thünen-Institutsleiter Zimmermann fordert klare Grenzen für Nutzungen: „Wo zum Beispiel in der Ostsee Schutzgüter wie Riffe zu bewahren sind, haben grundberührende Fischereipraktiken nichts zu suchen“, sagt er. Aber er ist dagegen, die Fischerei kategorisch aus allen Schutzgebieten zu verbannen. „Das macht weder wirtschaftlich noch naturschutzbezogenen Sinn“, sagt er. Einen wirksamen Schutz für Schweinswale hingegen könne man nur durch spezifische Maßnahmen überall erreichen, „weil die Schutzgebiete so klein und die Wale so mobil sind“.

Dass der Meeresschutz sich auch im Rahmen der CBD nicht auf Schutzgebiete beschränkt, ist die Hoffnung beider Experten. Denn weitere global wirkende Treiber wie Plastikmüll, Schadstoffe oder die Klimaerwärmung spielen eine mindestens ebenso große Rolle wie die Nutzung. Nur wenn auch hier in den kommenden Jahren wesentliche Fortschritte gemacht werden, wird der Verlust der wertvollen marinen Lebensräume und damit der Artenvielfalt zu stoppen sein. Die wesentlichen Entscheidungen darüber müssen allerdings in Ressorts wie der Landwirtschaft, Wirtschaft und Verkehr fallen. In der „Kunming-Erklärung“, die die CBD-Vertragsstaaten bei einem Auftakttreffen der CBD-COP 15 im letzten Oktober verabschiedeten, geloben sie „die Stärkung sektorübergreifender Koordinierungsmechanismen für die biologische Vielfalt“. Nicht zum ersten Mal.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): 30 by 30. Wasbringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren? Themenschwerpunkt im Januar.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48989&nopagecache>



Meeresschutzgebiete: Nur gemeinsam stark

Wie eine effektivere Gestaltung, Umsetzung und Verwaltung von Meeresschutzgebieten gelingen kann

Ein Gastbeitrag von Ute Jacob, H

elmholtz-Institut für Funktionelle Marine Biodiversität an der Universität Oldenburg (HIFMB)

Erscheinungsdatum: 03. Februar 2022

Weltweit sind mehr als 15.000 Meeresschutzgebiete (Marine Protected Areas - MPAs) ausgewiesen, die zusammen rund 7 Prozent der Meere abdecken. Es besteht kein Zweifel daran, dass MPAs – sofern sie optimal gestaltet und verwaltet werden – ökologische, wirtschaftliche und soziale Vorteile bringen können und entscheidend für die Erhaltung der marinen Artenvielfalt, die Regeneration überfischter Fischbestände sowie die Eingrenzung der Folgen der Klimaerwärmung sind. Wie kann eine effektivere Gestaltung von Meeresschutzgebieten erreicht werden?

Im Jahr 2019 hat der Wertbiodiversitätsrat (IP-BES) sein Globales Assessment vorgelegt, mit besorgniserregenden Zahlen: 2,2 Millionen Arten gibt es in den Meeren, 200 Millionen Menschen leben von der Fischerei und in etwa 1 Milliarde Menschen nutzen Fisch als primäre Eiweißquelle. Gleichzeitig sind rund eine Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht, 40 Prozent der Meere sind schon schwerwiegend verändert. 50 Prozent der Korallenriffe sind seit 1870 verschwunden, die Mangroven sind um 25 Prozent reduziert, Seegraswiesen nehmen um 10 Prozent pro Jahr ab und 33 Prozent der Riffkorallen, Haie und Säugetiere sind vom Aussterben bedroht. Um diesen Trends entgegen zu wirken, haben sich mehr als 50 Länder unter dem Banner der High Ambition Coalition (HAC) for Nature and People zusammengeschlossen und sich verpflichtet, bis 2030 30 Prozent der Erde sowie der Ozeane zu schützen (HAC 30x30). In der letzten Woche gab Portugal die Einrichtung des größten Meeresschutzgebiets in Europa bekannt. Das neue Schutzgebiet erstreckt sich über 2.677 Quadratkilometer im Bereich der Selvagens-Inseln im Nordatlantik. Die Einrichtung solcher Schutzgebiete bringt uns dem HAC Ziel näher.

In Deutschland sind mit dem Inkrafttreten der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen in Nord- und Ostsee sechs Naturschutzgebiete (NSG) seit dem 22.09.2017 unter Schutz gestellt.

Problematisch bleibt allerdings, dass die Einrichtung der MPAs nicht global gleichen Vorgaben folgt, und sowohl die Definition von „Schutz“ und „Nutzen“ innerhalb der MPAs und die Erwartungen an deren Erfolg sehr vielschichtig sind. In manchen MPAs ist keinerlei menschliche Nutzung zugelassen, in vielen anderen, wie etwa den deutschen MPAs, sind diverse Nutzungen weiterhin möglich. Und welche Gebiete der Meere wollen wir schützen?

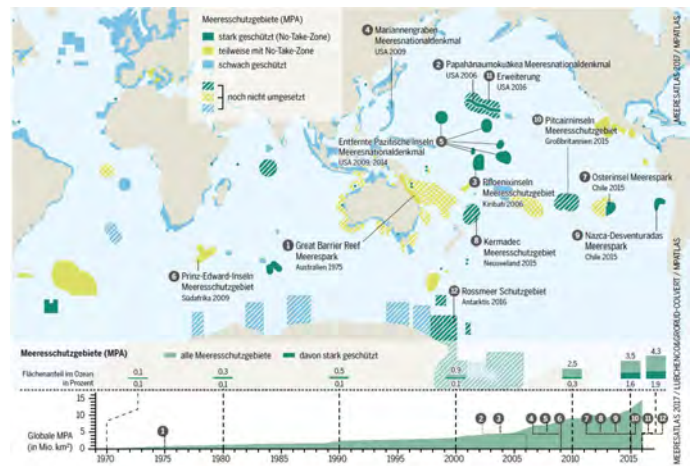
Die CBD definiert hier Gebiete als schützenswert, die als „geografisch oder ozeanografisch abgegrenzt gelten und für eine oder mehrere Arten bzw. Populationen eines Ökosystems oder für das Ökosystem als Ganzes wichtige (Biodiversitäts- und Ökosystem-)Leistungen erbringen, verglichen mit anderen umgebenden Gebieten oder Gebieten mit ähnlichen ökologischen Merkmalen“ (CBD 2008). Gleichzeitig sollte darauf geachtet werden, dass diese als EBSAs bezeichneten Gebiete (siehe auch das [aktuelle Themenspezial](#)) eine nötige Repräsentativität erfüllen. Es sollten also Gebiete einbezogen werden, die die Gesamtheit der „verschiedenen biogeografischen Unterteilungen der globalen Ozeane und regionalen Meere repräsentieren, die in angemessener Weise die gesamte Bandbreite der Ökosysteme, einschließlich der biotischen Vielfalt und der Vielfalt der Lebensräume dieser Meeresökosysteme, widerspiegeln“ (CBD 2008).

Die Einbindung von Interessensgruppen und Akteuren ist wichtig für den Erfolg von MPAs

Mit Blick auf die Zukunft müssen standardisierte Indikatoren entwickelt werden, um die Faktoren, die über Erfolg und Misserfolg der MPAs entscheiden, besser bewerten zu können. Beispielsweise werden für bislang oft lediglich biologische und ökologische Indikatoren einbezogen, wie etwa die Biomasse von Fisch. Andere entscheidende Indikatoren, wie zum Beispiel Einflüsse von biophysikalischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten und von Governance Strukturen oder das Engagement von Interessengruppen und Akteuren werden hingegen selten systematisch gemessen und einbezogen.

Natürlich hängt die Wirksamkeit eines MPA auch von der Durchsetzung der Vorschriften durch die verantwortliche Behörde bei den Interessengruppen und Akteure ab. Eine effektivere Gestaltung, Umsetzung und Verwaltung von MPAs kann erreicht werden, indem man auf Erfolge aufbaut und aus Misserfolgen lernt. Natürlich sind nicht alle Erfahrungen von einem MPA auf ein anderes übertragbar, da die Bedeutung der Faktoren, die die Wirksamkeit eines MPA bestimmen, von der räumlichen Ausdehnung des MPA sowie vom soziokulturellen, politischen und rechtlichen Kontext abhängt, in dem das MPA eingerichtet wird.

Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass wir bei der Erstellung von Indikatoren bzgl. der räumlichen Ausdehnung der MPAs vielversprechende Fortschritte erzielt haben. Grundlegende Aspekte der Wirksamkeit sowie der Repräsentativität bei der Ausgestaltung von MPAs hingegen sind bisher zu kurz gekommen. Mit Blick auf die Verhandlungen der Weltnaturkonferenz (CBD COP 15) macht die neu ins Leben gerufene „International Partnership on Marine Protected Areas, Biodiversity and Climate Change“ Hoffnung. Sie wurde mit Unterstützung von IUCN und der Marine Alliance for Science and Technology gegründet und will die Rolle von Meeresschutzgebieten als naturbasierte Lösung (NBS) im Kampf gegen den Klimawandel stärken.



Aktuelle Meeresschutzgebiete der Welt (CC-BY 4.0). Bild: Böckmann / Boell-Stiftung (Meeresatlas)



Bild: Ute Jacob

Dr. Ute Jacob ist Meerresbiologin und arbeitet am [Helmholtz-Institut für Funktionelle Marine Biodiversität an der Universität Oldenburg \(HIFMB\)](#). Sie ist dort für die Verknüpfung von Naturschutz und Forschung zuständig. Sie hat am Globalen Assessment des Weltbiodiversitätsrates IPBES sowie an dem gemeinsamen Workshop Reports des IPCC und IPBES mitgearbeitet und ist die Vorsitzende des Wissenskoordinierungsgremiums von [Eklipse](#).

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise
Jacob, Ute (2022). Meeresschutzgebiete: Nur gemeinsam stark. Wie eine effektivere Gestaltung, Umsetzung und Verwaltung von Meeresschutzgebieten gelingen kann. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Januar 2022. Online verfügbar: <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48988&nopagecache>



Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen aus der Rückversicherungsperspektive

Ein Gastbeitrag von Oliver Schelske, SwissRe
Erscheinungsdatum: 03. Februar 2022

Die Identifizierung, Bewertung und Bepreisung von Risiken ist eine wichtige Kernaufgabe von (Rück-) Versicherung, noch bevor es zur Bereitstellung von Kapital für die finanzielle Kompensation von möglichen zu versichernden oder versicherten Schäden kommt. Informationen, die durch diese Tätigkeiten generiert werden, senden Signale und Anreize für Empfehlungen, für Maßnahmen und für Verhaltensänderungen zur Verminderung der betrachteten Risiken.

Es herrscht weitgehend Übereinstimmung, dass der Zustand der Natur weltweit kritisch ist – und das bringt verschiedene Risiken mit sich, welche für das (Rück-) Versicherungsgeschäft relevant sind. Einige Beispiele ¹:

- 85% aller Feuchtgebiete in terrestrischen Ökosystem sind verloren.
- 32% der weltweiten Waldfläche ist zerstört. 1/3 der weltweiten Böden können nicht mehr als gesund bezeichnet werden. Die Versauerung der Ozeane hat seit 1850 um 26% zugenommen.
- 33% aller Fischressourcen sind überfischt. Die Populationen der Süßwasserarten sind seit 1970 84% zurückgegangen, die Populationen der Wirbeltiere um 60%.

Als wichtigste Treiber hinter diesen Entwicklungen sind Änderungen in Land- und Wassernutzung, Klimawandel, Übernutzung natürlicher Ressourcen, Verschmutzung und invasive, gebietsfremde Arten bekannt². Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen³ – die ‚blauen‘ und ‚grünen‘ Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen UN SDGs 14 und 15 – sind essentiell für alle anderen SDGs (Sustainable Development Goals)⁴. Losgelöst vom Existenzwert und -recht jeder einzelnen Art und ihrer immateriellen und auch kulturellen Bedeutung für uns Menschen, ist ökonomische Produktion ohne natürliche Ökosystemdienstleistungen schwer vorstellbar. Das World Monitoring Center for Conservation der Vereinten Nationen (UNEP-WCMC) hat die Abhängigkeit von mehr als 500 Wirtschaftssektoren von der Natur vergleichbar gemacht⁵.

Mehr als 50% der weltweiten Wirtschaftsleistung sind mittel bis stark abhängig von funktionierenden Ökosystemdienstleistungen. Je nach betrachtetem Land kann diese Abhängigkeit auch höher oder weniger hoch sein⁶.

Produzieren stark von der Natur abhängige Unternehmen in Gebieten, in denen die Ökosystemdienstleistungen bereits beeinträchtigt sind, so sind diese Unternehmen im Fall von fortschreitendem Druck auf die Natur größeren produktionsbezogenen Risiken ausgesetzt als Unternehmen aus Sektoren, die weniger abhängig von Ökosystemdienstleistungen sind beziehungsweise die in Gebieten tätig sind, in denen die Natur weniger unter Druck ist. Gemeinhin werden diese Risiken unter dem Begriff der physischen naturbezogenen Risiken zusammengefasst⁷. Die Materialisierung dieser Risiken kann entsprechende Konsequenzen für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen, deren Kostenstruktur, Attraktivität für Investitionen und Kreditgeber, Arbeitsplatzangebot und Steuerzahlungen an die öffentliche Hand haben.

Sogenannte transitorische Risiken stellen die zweite naturbezogene Risikokategorie dar. Unternehmen müssen sich ändernde gesetzliche Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Einhaltung von Emissionsvorschriften oder von Flächennutzungsaufgaben, befolgen. Die Nichtbefolgung, ungeachtet ihrer Gründe, stellt häufig ein Haftungsrisiko dar und kann je nach gesetzlichem Rahmen zu Strafzahlungen, Kompensation und anderen Maßnahmen führen. Konsument:innen können in Abhängigkeit von

Bedürfnissen, Kaufkraft und Angebot, und mit zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels und der Naturverluste auf unser aller Leben, verstärkt solche Produkte bevorzugen, die einen glaubhaften und zertifizierten Nachweis für einen geringen ökologischen Rucksack erbringen. Dies gilt für langfristige Investitionsgüter, Konsumgüter als auch für Finanzprodukte gleichermaßen. Anbieter, die nicht oder nicht schnell genug über solche Produkte verfügen, könnten dann deutliche Umsatzeinbußen erleiden oder an Attraktivität für Investoren und Kreditgeber verlieren. Systemisch werden Risiken, sobald sie ganze Regionen, Sektoren, oder komplette (Finanz-)Märkte erfassen⁸. Die finanzielle Verwaltung der Prämieinnahmen ist für (Rück-)Versicherer durch die Solvenzgesetzgebung geregelt, weshalb die Beobachtung von Kapitalmarktrisiken sehr wichtig ist.



Bild: Nora Schmidt für NeFo

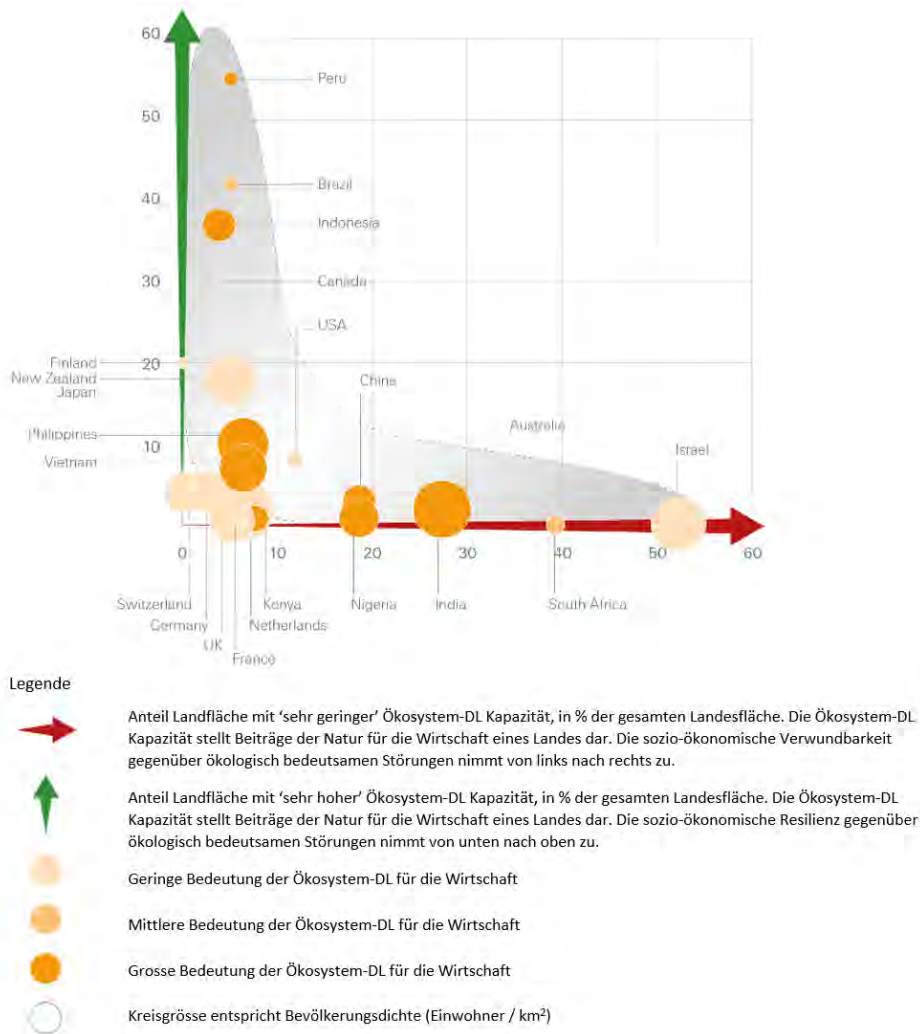
Über die oben skizzierte Haftungsthematik hinausgehend, stellt sich die Frage, zu welchen Schäden die Materialisierung der beschriebenen Risiken führen kann und wo diese Risiken für die Sach-, Kranken- und Lebensversicherung relevant werden.

Der ‚Stress auf die Natur‘, zu dem die anfangs genannten Treiber führen, ist hier ausschlaggebend⁹. Konsequenzen können Störungen von terrestrischen, marinen oder Süßwasser-Ökosystemen sein. Lebensräume für Pflanzen und Tiere werden fragmentiert oder gar zerstört. Die Wahrscheinlichkeit mit zoonotischen Erregern in Berührung zu kommen, kann steigen. Natürliche Flutbarrieren, wie funktionierende Korallenriffe oder Feuchtgebiete, können ihre Funktionen nicht mehr wahrnehmen. Infolge von gestörten Ökosystemen können materielle Schäden, Verletzungen oder sogar Todesfälle häufiger auftreten als wenn die Schutzfunktionen noch völlig

intakt wären. Elementarschäden- und Gebäudeversicherungen können diese Schäden zwar decken, müssen jedoch die Preisgestaltung und Schadensentwicklung regelmäßig überprüfen. An dieser Stelle sei angemerkt, dass weltweit nur rund ein Viertel bis ein Drittel aller Schäden durch Naturgefahren versichert sind. Neben dem enormen persönlichen Leid kann die finanzielle Existenz gefährdet sein, wenn bei nicht versicherten Schäden staatliche Einheiten nicht finanziell einspringen.

Weiter können die ‚Stressfaktoren‘ die natürliche Befruchtung von (Nahrungs-)pflanzen, das Wachstum von Holz als Baumaterial und die Verfügbarkeit von Frischwasser in Menge und Qualität einschränken. Die Folgen können eine weniger vielfältige Ernährung, höhere Preise für Inputfaktoren, beispielsweise für die Nahrungsmittelverarbeitung oder die Bauwirtschaft, oder Knappheiten sein. Als ‚Zweitundeneffekt‘ kann mittel- bis langfristig die Wahrscheinlichkeit von Produktivitätsverlusten oder Betriebsunterbrüchen (ohne Unfälle) steigen. Meere übersäuern, werden verschmutzt oder sind von zu hohen Nährstoffeinträgen betroffen. Dies bringt entsprechende negative Konsequenzen für lokale Subsistenz, Entwicklungsoptionen, Überlebensfähigkeit und globale Fischerei mit sich.

Vielfach sind jedoch die genauen Ausmaße von biodiversitäts- oder ökosystemfunktionsbezogenen Risiken nicht detailliert genug bekannt. Klassifizierungen im Quervergleich der verschiedenen Sektoren, welche ökonomischen Aktivitäten zu welchen positiven oder negativen Auswirkungen auf die Natur führen, bezogen auf die spezifische geo-ökologische Situation am Ort einer solchen Aktivität, werden vermehrt erarbeitet. Deshalb ist Forschung, die beispielsweise über Input-Output-Modelle, Wertschöpfungs- sowie Lebenszyklusanalysen die ökologischen Folgen von Gütern und Dienstleistungen genauer bestimmt, wichtig. Ebenso sind Aktivitäten, die zur Kommunikation und Standardisierung von biodiversitätsbezogenen Unternehmensdaten führen, wie es das Ziel der Task Force on Nature Related Financial Disclosures (TNFD), ist, zu begrüßen. Da der Klimawandel ein starker Treiber von Biodiversitätsverlusten ist, ist hierfür die Anlehnung an die TCFD Task Force on Climate Related Financial Disclosures wichtig.



Erläuterungen zur Graphik:

Die Biodiversitäts- und Ökosystem-Index-Familie des Swiss Re Institutes („SRI BES Index“) zeigt u.a. die Kapazität von Ökosystem-Dienstleistungen (DL) und deren wirtschaftliche Bedeutung von der km² Ebene bis zum Ländervergleich. Der Index kann auch als ein Mass für die derzeitige Verwundbarkeit und Resilienz von Volkswirtschaften gegenüber ökologischen Gefahren verstanden werden.

Die Abbildung zeigt eine Auswahl von Ländern. Sie basiert einerseits auf den Daten des UNEP WCMC, welche die materielle Bedeutung von Ökosystem-DL für einzelne Wirtschaftssektoren bestimmen, und andererseits auf der Kapazität von zehn verschiedenen Ökosystem-DL. Letztere wurde anhand verschiedenen veröffentlichten Datensätzen von wissenschaftlichen Forschungsteams bestimmt. Die zehn Ökosystem-DL sind intakte Habitate, natürliche Bestäubung, lokale Regulierung der Luftqualität, Wasserverfügbarkeit, Wasserqualität, Bodenfruchtbarkeit, Erosionskontrolle, Küstenschutz durch natürliche

Ökosysteme, Waldvegetation, Landnutzung Ackerbau. Die Kapazität dieser zehn Ökosystem-DL wurde auf einer siebenstufigen Skala auf km²-Ebene im internationalen Quervergleich ermittelt.

Der Index ist derzeit aufgrund der Datenlage noch statisch. In der unten zitierten Publikation appelliert das Swiss Re Institute an die internationale Gemeinschaft, ein periodisches, räumlich engmaschiges und weltweit vergleichbares Monitoring der Kapazität von Ökosystem-DL einzuführen, um die Veränderungen der Kapazität dynamisch darzustellen – einhergehend mit der sich je nach Ergebnis verändernden Bewertung von sozio-ökonomischer Verwundbarkeit oder Resilienz aufgrund ökologischer Änderungen.

Quelle: Retsa A., Schelske O., Wilke B., Rutherford G., de Jong R. (2020). Biodiversity and Ecosystem Services: A business case for re/insurance. Swiss Re Institute. Zürich. Datengrundlagen: NCF (UNEP WCMC) 2020, FAO / World Bank 2020, Oxford Economics 2020, und diverse weitere dem (patentierten) Swiss Re BES Index zugrunde liegende Daten (Details siehe Publikation).

Zunächst gilt es, einen international anerkannten und wissenschaftlich abgestützten Rahmen zur Erfassung und Kommunikation dieser Daten zu gestalten und zu etablieren, um die Konsistenz bei der Umsetzung von nationalen Initiativen zu unterstützen. Ferner ist es nötig, einen solchen Erhebungsrahmen anschließend über Sektoren hinweg zu erproben und gegebenenfalls anzupassen.

Letztendlich bedeutet das nicht, dass solche Forschungsergebnisse abgewartet werden müssen. (Rück-)Versicherer haben bereits jetzt Möglichkeiten, zusammen mit anderen Akteuren, positiv auf die Natur einzuwirken.

Zum einen ermöglicht das Risikomanagement, die Vermögensverwaltung, wie auch das Underwriting den Ausschluss von Unterstützung von wirtschaftlichen Aktivitäten in jeglichen Gebieten mit hoher Bedeutung für den Naturschutz – weltweit. Außerhalb dieser Gebiete können (Rück-)Versicherer Projekte lediglich dann unterstützen, wenn strikte, überprüfbare und unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfungen vorliegen, die auch Auswirkungen auf Klima und Biodiversität berücksichtigen. Zum anderen können für die Sektoren, die besonders von der Natur abhängig sind oder die besonders negativ auf die Natur einwirken, spezifische zwingend einzuhaltende Richtlinien entwickelt werden, um naturbezogene Risiken zu minimieren¹⁰.

Staatliche Akteure bzw. deren private Auftragnehmer oder private Landbesitzer können bei Investitionen in die Regeneration der Natur, z.B. Wiederherstellung von Feuchtgebieten, versichert werden, was die Risiken während der Baumaßnahmen für die Wiederherstellung betrifft. Dies setzt wiederum voraus, dass die positive Wirkung auf die Biodiversität zuvor geprüft und bestätigt wurde.

Auszahlungen infolge von Schäden können auch an die Verbesserung des Ökosystems gekoppelt werden, sofern es einen klaren Zusammenhang zwischen Schaden und Ökosystemfunktion gibt. Beispielsweise können tropische Stürme sowohl Gebäude schädigen als auch Riffe oder Mangroven verschmutzen, wodurch Arten beeinträchtigt werden und die Küste schlechter geschützt ist. Die Beeinträchtigungen könnten verringert werden, indem Teile von Schadenszahlungen zur

Bezahlung von lokalen Gruppen verwendet werden, welche das Küstenökosystem reinigen und somit einen Beitrag zu Regenerierung leisten¹¹. Letztlich ist die Problematik des Biodiversitätsverlustes und die Beeinträchtigung der Ökosystemdienstleistungen komplex, global wie lokal relevant und räumlich unterschiedlich ausgeprägt. Deshalb kann die Problematik nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Akteure gelöst werden. Aufgrund ihrer Multifunktionalität muss eine Biodiversitäts-Politik als Querschnitts-, nicht als Fachpolitik verstanden werden.

1 UNDP Sustainable Insurance Forum (SIF) (2021). SIF scoping study: Nature-related risks in the global insurance sector. United Nations Development Programme, New York. Page 4, figure 4, and quoted literature.

2 IPBES (2019). Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Brondizio ES, Settele S, Diaz S, Ngo HT (editors). Bonn.

3 Allgemein werden vier Kategorien von Ökosystemdienstleistungen unterschieden: 1) „bereitstellend / produzierend“ (u.a. Zellstoff, Nahrung, Frischwasser), 2) „regulierend“ (u.a. Luftreinigung, Wasserreinigung), 3) „unterstützend / Prozesse“ (u.a. Bodenbildung, Befruchtung), 4) kulturell / spirituell / religiös / ästhetisch / edukativ / erholend. MEA Millennium Ecosystem Assessment (2003). Ecosystems and Human Wellbeing. A Framework for Assessment. Washington.

4 Obrecht A, Pham-Truffert M, Spehn E et al (2021). Achieving the SDGs with Biodiversity. Swiss Academies Factsheet 16 (1). Bern.

5 NCFA (2020). Exploring Natural Capital Opportunities, Risks and Exposure (ENCORE). Tool developed by the Natural Capital Finance Alliance in partnership with UNEP-WCMC.

6 Retsa A., Schelske O., Wilke B., Rutherford G., de Jong R. (2020). Biodiversity and Ecosystem Services. 7 A business case for re/insurance. Swiss Re Institute. Zurich. WEF/PWC (2020). Nature Risk Rising. Geneva/Cologne.

7 OECD (2019). Biodiversity: Finance and the economic and business case for action. Report prepared for the G7 Environment Ministers' meeting 5-6 May 2019. Paris.

8 Ibid.

9 Commonwealth Climate and Law Initiative CCLI (2020). The emergence of foreseeable biodiversity-related risks for financial institutions. A gathering storm? Pp. 13.

10 Swiss Re (2020). Sustainable Business Risk Framework. Zurich.

11 Schelske O, Bohn J, Fitzgerald C (2021). Insuring Natural Ecosystems as an Innovative Conservation Funding Mechanism: A Case Study on Coral Reefs. Chpt. 19, Handbook of Disaster Risk Reduction for Resilience. Springer International Publishing.



Foto: Oliver Schelske

Oliver Schelske ist Direktor am Swiss Re Institute und als Leiter Natural Assets & ESG Research für die Integration des Themas Biodiversität/Ökosystemfunktionen zuständig. Zuvor war er für die Bereiche Forschungsbeziehungen und Issue Management mitverantwortlich und hat dabei für die Swiss Re die

Kommunikation zu den Themen Nahrungsmittelsicherheit und Erneuerbare Energien aufgebaut. Vor seiner Zeit bei der Swiss Re war er Senior Sustainability Berater, Leiter Umweltmanagement und co-Leiter Zukunftsforschung bei Ernst Basler und Partner. Oliver studierte Umwelt- und Regionalökonomie in Deutschland und den USA und hat im Jahr 2000 an der Universität Zürich zum Thema Biodiversität und Ökonomie promoviert, wo er auch an Feldarbeiten in Flachmooren teilnahm.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen aus der Rückversicherungsperspektive. Gastbeitrag zum NeFo-Fachgespräch im Dezember 2021.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49030&nopagecache>



Was macht die Verhandlungen zum GBF post 2020 so schwierig?

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 03. Februar 2022

Worum wird derzeit gestritten? Die Co-Vorsitzenden legen eine Zusammenfassung der bisherigen Diskussionen vor.

Das für Januar 2022 in Genf geplante physische Treffen zur Weiterführung der Verhandlungen über den globalen Biodiversitätsrahmen (GBF) wurde auf März verschoben und die Verhandlungen stocken. Nichtsdestotrotz haben die Co-Vorsitzenden der entsprechenden Arbeitsgruppe (OEWG) ein neues Papier erarbeitet und in einem Webinar am 01.02.2022 vorgestellt. Es fasst Argumente und Streitpunkte zu den im sogenannten „First Draft“ formulierten 21 Zielen zusammen, die beim online-Treffen der Gruppe im August/September 21 vorgebracht wurden. Das Papier soll die weiteren Verhandlungen erleichtern und die Co-Vorsitzenden machen darin auch Vorschläge, wie Kompromisse gefunden werden könnten.

Im Folgenden soll am Beispiel einiger Ziele schlaglichtartig gezeigt werden, worum derzeit gestritten wird und welche unterschiedlichen Positionen bezogen werden.

Ziel 1 schlägt unter anderem vor, noch intakte Gebiete und Wildnisgebiete zu erhalten („retaining existing intact and wilderness areas“). Dies wird vor allem von Entwicklungsländern, die noch über nahezu unberührte Gebiete verfügen, als Einschränkung wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten gesehen, da es z.B. bedeuten würde, landwirtschaftliche Nutzflächen nicht weiter (auf Kosten von Wäldern, Grasland oder Feuchtgebieten) auszudehnen. Viele Industrieländer argumentieren, dass die Erhaltung des noch Vorhandenen der wichtigste und am einfachsten zu erreichende Schritt zum Schutz der biologischen Vielfalt ist, verglichen mit Wiederherstellungsmaßnahmen. Eine von den Co-Vorsitzenden eingebrachte Kompromissformulierung wäre „retaining as many as possible....“,

die aber die Ambition des Ziels schwächen und Ausflüchte im Sinne von „in unserem Land war es eben nicht möglich“ erlauben würde.

Ziel 5 schlägt vor, dass Ernte, Handel und Nutzung wildlebender Arten nachhaltig, legal und für die menschliche Gesundheit unschädlich sein soll („Ensure that the harvesting, trade and use of wild species is sustainable, legal, and safe for human health.“). Hier hat die Diskussion gezeigt, dass die Ambitioniertheit des Ziels sehr von der Definition der Begriffe „nachhaltig und sicher“ abhängt. Ein Vorschlag der CO-Vorsitzenden ist, die Formulierung umzukehren und die Eliminierung von nicht nachhaltigem, illegalem und unsicherem Handeln zu fordern („eliminate unsustainable, illegal and unsafe harvesting, trade and use of wild species“). Zwar löst diese Formulierung das Definitionsproblem auch nicht, sie klingt aber nach einer konkreteren Handlungsaufforderung und vielleicht wird auch die Dringlichkeit klarer, wenn man statt Sicherstellung der Nachhaltigkeit eine Eliminierung nicht nachhaltigen Vorgehens fordert (z.B. in der Fischerei oder bei der Nutzung von Wäldern).



Torres del Paine National Park, Chile
(Bild: Chris Stenger_unsplash)

Ziel 7 adressiert Verschmutzung aus verschiedenen Quellen (Plastik, Pestizide, Überdüngung) und hatte in der Vorläuferversion konkrete quantitative Reduktionsziele, die in der jetzigen Formulierung nicht mehr auftauchen und durch Begriffe wie „nicht schädliche Level“ ersetzt wurden. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es durchaus konkrete Schwellenwerte, die numerische Ziele untermauern würden, und es wird weiter diskutiert, ob diese nicht doch wieder aufgenommen werden sollten.

In **Ziel 8** wird der Bezug zum Klimawandel hergestellt, und die Diskussion entzündet sich an der Verwendung bzw. Definition der Begriffe „nature-based solutions“ und „ecosystem-based approaches“. Diese Diskussion wird auch im Kontext der Klimarahmenkonvention geführt. Gegner des Begriffs „nature-based solutions“ befürchten, dass darunter auch Maßnahmen fallen könnten, die zwar klimawirksam, aber nicht biodiversitätsfördernd sind, wie z.B. Aufforstungen in Monokulturen.

Ziel 16 möchte sicherstellen, dass u.a. Verbraucherentscheidungen verantwortlich getroffen werden können, um z.B. übermäßigen Konsum zu vermeiden. Während dieses Ziel aus Sicht eines Industrielandes mit hohem ökologischem Fußabdruck als höchst dringlich erscheint, argumentieren einige Entwicklungsländer, dass es angesichts der Ernährungslage weiter Teile ihrer Bevölkerung fast zynisch ist, übermäßigen Konsum abschaffen zu wollen und verantwortungsvolle Entscheidungen von Personen zu fordern, die ohnehin keine Wahlmöglichkeiten haben. Hier müssen Formulierungen wie „den nationalen Umständen entsprechend“ oder „soweit zutreffend“ eingebaut werden, um der höchst unterschiedlichen Ausgangssituation verschiedener Vertragsstaaten Rechnung zu tragen.



Plastikverschmutzung in Südasien
(Bild: sergeitokmakov_pixabay)

Bei den Zielen, die sich mit den Rahmenbedingungen zur Umsetzung befassen, insbesondere mit den finanziellen Notwendigkeiten, ist es kaum verwunderlich, dass Entwicklungsländer klare Unterstützungszusagen mit konkreten Beiträgen fordern, während die Industrieländer, die diese Zusagen geben müssten, versuchen, eher vage zu bleiben und auch die Verwendung eigener Mittel in allen Ländern anmahnen

In **Ziel 19** geht es dabei um die Erhöhung der finanziellen Ressourcen aus verschiedenen Quellen, in **Ziel 18** um die Abschaffung biodiversitätsschädigender Subventionen und die Umleitung dieser Mittel in biodiversitätsfördernde Maßnahmen, z.B. in der Landwirtschaft. Für den Umgang mit den Treibern wird es zentral wichtig werden sicherzustellen, dass neben Naturschutzmaßnahmen nicht weiter biodiversitätsgefährdende Praktiken unterstützt werden. In beiden Zielen sind konkrete Werte vorgeschlagen, die aber heftig kritisiert wurden und in ihrer Bedeutung noch von konkreten Definitionen abhängen – was zum Beispiel genau unter „biodiversitätsschädigender Subvention“ verstanden wird. Ob und in welcher Höhe diese konkreten Summen in der Endfassung auftauchen werden, bleibt abzuwarten. Sicher werden die Entwicklungsländer aber einem GBF nicht zustimmen, wenn nicht auch eine Strategie zur Mobilisierung der nötigen Ressourcen verabschiedet wird.

Die härteste Nuss steckt vielleicht in Ziel 13, dass in Bezug auf den Zugang zu genetischen Ressourcen und einen fairen Vorteilsausgleich eigentlich nur wiederholt, was schon im entsprechenden Nagoya-Protokoll steht. Hier steckt der Teufel im Detail: Ziel 13 redet von „all countries“, also allen Staaten, obwohl eine ganze Anzahl von CBD-Mitgliedsstaaten das Nagoya-Protokoll eben nicht gezeichnet hat. Der Biodiversitätsrahmen der CBD soll aber für alle Staaten gelten. Die Frage ist also, ob man hier in der Formulierung differenzieren muss.



Wie umgehen mit digitaler Sequenzinformation (DSI)?
(Bild: geralt_Pixabay)

Zweiter Streitpunkt: Wie umgehen mit digitaler Sequenzinformation (DSI)? Einige Staaten fordern, DSI wie genetische Ressourcen zu behandeln und in Ziel 13 explizit zu erwähnen, andere sehen die Freiheit der Forschung gefährdet und beharren auf dem Standpunkt, dass DSI und genetische Ressourcen grundsätzlich verschieden sind und DSI nicht unter das Nagoya-Protokoll fällt. In dieser Diskussion hat auch die separate Arbeitsgruppe während des online-Treffens keine Fortschritte gebracht und das Papier der Co-Vorsitzenden bringt auch keinen alternativen Textvorschlag in Bezug auf DSI, sondern verweist auf die fortlaufende Diskussion.

Fazit: Es gibt noch jede Menge Baustellen und weit auseinanderliegende Positionen, aber wenn bei DSI und den Finanzausgaben ein Kompromiss erreicht wird, werden sich für die anderen Streitpunkte ebenfalls Lösungen finden. Für die Umsetzung des GBF müssen dann ebenfalls noch Bestimmungen getroffen werden, z.B. hinsichtlich der Berichtspflichten und dem Nachschärfen von Zusagen, wenn Staaten hinter Zwischenzielen zurückbleiben. Die konkrete Umsetzung ist dann davon abhängig, in wie weit die nationalen Regierungen und andere private und gesellschaftliche Akteure die Verantwortung annehmen, Ökosysteme als Grundlage unseres Lebens und Wirtschaftens zu schützen.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Was macht die Verhandlungen zum GBF post 2020 so schwierig? Kolumne zum CBD-Prozess im Januar 2022.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48987&nopagecache>



„DSI rein oder wir sind raus“

Warum digitale Kopien von Organismen das Übereinkommen zur biologischen Vielfalt zum Scheitern bringen könnten

Ein Artikel Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 14. März 2022

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) soll neben dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der Biodiversität auch die Vorteile aus der Nutzung biologischer Ressourcen fair unter den Staaten aufteilen. Dafür wurde 2010 das Nagoya-Protokoll beschlossen, das den Zugang zu biologischen Ressourcen und die Beteiligung der Herkunftsstaaten regelt. Die fortschreitende Digitalisierung hat den Zugang zum ursprünglichen biologischen Material jedoch weitgehend unnötig gemacht. Gentechnische Entwicklungen basieren heute fast ausschließlich auf Digitalen Sequenzinformationen (DSI) aus weltweit verfügbaren Datenbanken. Die sind von den bisherigen Regelwerken der CBD jedoch bislang nicht erfasst. Die Schwellen- und Entwicklungsländer, die vor allem vom finanziellen Vorteilsausgleich profitieren sollten, befürchten, mit DSI nun leer auszugehen. Sie fordern: DSI ist selbstverständlich eine natürliche Ressource und muss ins Vertragswerk der CBD aufgenommen werden. Die Industriestaaten sehen das anders und fürchten massive Beschneidung der Forschung. Jetzt drohen einige südamerikanische und afrikanische Länder damit, die Verhandlung des neuen Globalen Biodiversitätsabkommens platzen zu lassen, wenn nicht ihren Vorstellungen des gerechten Vorteilsausgleichs entsprochen wird. Doch vom freien Zugang zu DSI hängt auch die Umsetzung der Ziele der CBD ab.



Digitale Sequenzinformation, kurz DSI, ist ein Platzhalterbegriff der CBD für das, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als genetische Information bezeichnen, etwa die genetischen Codes von DNA und RNA, Aminosäuren oder auch ganzen Stoffwechselprodukten. Bild: Pixabay / qimono

Wieder einmal wird der finale Teil der Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention, die CBD COP 15, wegen Corona verschoben. „Drittes Quartal“ steht als neues Datum für ein Präsenzmeeting im chinesischen Kunming auf der Webseite der CBD, und dies müsse noch bestätigt werden. Vor allem die EU mit Deutschland machen Druck. Das globale Abkommen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (Global Bio-

diversity Framework GBF), das die 2020 ausgelaufenen UN-Dekade der Biodiversität und die darin enthaltenen AICHI-Ziele ablösen soll, müsse nach ihrer Vorstellung nun unbedingt kommen.

Ob ihnen dieser Wunsch erfüllt wird, hängt jedoch nicht nur vom Stattfinden der Konferenz ab. Ausgerechnet ein Verhandlungsgegenstand, von dem umstritten ist, ob er überhaupt als Biodiversität bezeichnet werden kann, könnte über Erfolg oder Scheitern der COP 15 entscheiden: Digitale Sequenzinformationen. Vor allem die Schwellen- und Entwicklungsländer haben im sehnlichen Wunsch der EU nach einem Globalen post-2020 Biodiversitätsabkommen einen mächtigen Hebel dafür entdeckt, ihre berechtigten Forderungen für einen besseren Vorteilsausgleich und Chancengleichheit bei der Nutzung von DSI durchzusetzen. Doch um was geht es eigentlich?

Digitale Sequenzinformation, kurz DSI, ist ein Platzhalterbegriff der CBD für das, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als genetische Information bezeichnen, etwa die genetischen

schen Codes von DNA und RNA, Aminosäuren oder auch ganzen Stoffwechselprodukten. DSI ist eng Verknüpft mit Genomsequenzierung, die sich in den vergangenen Jahren technisch enorm entwickelt hat. Es ist im Prinzip eine digitale Abschrift von Biomolekülen eines Organismus‘.

Genetische Ressourcen sind in vielen Branchen die Ausgangsbasis für erfolgreiche Produkte und zum Teil riesige Gewinne. So finden sich beispielsweise in exotischen Pflanzen oder Schwämmen aus tropischen Meeren immer wieder Substanzen, die sich als wirksame Mittel gegen Krankheiten entpuppen. Und die Umsätze für Medikamente sind gigantisch. Laut „Statista“ stieg der weltweite Absatz von Medikamenten im Zeitraum von 2001 bis 2020 von 390 Milliarden auf 1,27 Billionen US-Dollar. Weit mehr als die Hälfte davon entfielen auf die größten fünf nationalen Märkte: die USA, China, Japan, Deutschland und Frankreich.

Ähnlich sieht es in der Saatgutentwicklung aus. Auch hier sind digitale Gensequenzen die Ressource schlechthin. Der geschätzte Wert des globalen Saatgutmarktes betrug 2018 zwischen 60 und 67 Milliarden Dollar.

Von diesem Kuchen wollen die Entwicklungs- und Schwellenländer auch etwas abbekommen. Das ist verständlich. Die Erhaltung der genetischen und biologischen Biodiversität, die potenziell förderlich für die Menschheit auf der ganzen Welt sein könnte, kostet Geld. Oft bedeutet Naturschutz, auf Ausbeutung anderer Ressourcen wie Bodenschätze zu verzichten. Warum sollten Länder das tun, wenn Gewinne aus der Nutzung der Biodiversität in andere Länder abfließen?

Also handelten die Entwicklungsländer bei der CBD COP 2010 in Japan das Nagoya-Protokoll aus, das den Zugang und gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen regelt. Demzufolge dürfen Staaten den Zugang zu ihren genetischen Ressourcen beschränken bzw. an bestimmte Bedingungen knüpfen. Oder anders gesagt: Wer genetische Ressourcen nutzen will, muss den Bereitsteller dieser Ressourcen um Erlaubnis fragen und die aus der Nutzung gewonnenen Vorteile mit dem Geber teilen, sofern dieser es verlangt. Aber bei diesen „genetischen Ressourcen“ geht es laut den CBD-Statuten um physisches Material, also um Organismen

oder Teile von Organismen, einschließlich genetischen Materials und anderen Molekülen. Digitale Kopien sind hier nicht erwähnt.



DNA-Barcoding ist ein standardisiertes Verfahren zur Bestimmung von Organismen anhand eines bestimmten Abschnittes aus dem Erbgut (DNA), der eine eindeutige Artzuordnung erlaubt. Der entsprechende Abschnitt wird mit Sequenzen einer Datenbank mit eindeutig zugeordneten Arten verglichen. Das Projekt German Barcoding of Life (GBOL) hat von 2012-2015 eine Referenzdatenbank zu allen in Deutschland vorkommenden Tier-, Pilz- und Pflanzenarten geschaffen. Bild: www.bolgermany.de

Der rasante Fortschritt der Sequenzierungstechnologie hat jedoch die Arbeit mit physischen Pflanzen-, Tier- oder Pilzproben immer weniger relevant gemacht. Immer mehr Organismen werden durchsequenziert und ihr Genom digital gespeichert. Während die Entschlüsselung des ersten menschlichen Genoms mit immerhin 3,2 Milliarden Basenpaaren in den 1990er Jahren 13 Jahre dauerte und drei Milliarden Euro kostete, ist dies heute schon innerhalb von 24 Stunden möglich. Das ermöglicht ungeahnte Möglichkeiten. 2020 startete das Earth BioGenome-Projekt mit dem ehrgeizigen Ziel, Referenzgenome aller bekannten Eukaryoten zu erfassen – in nur zehn Jahren. Dazu gehören 1,8 Millionen Pflanzen-, Tier- und Pilzarten sowie einzellige mikrobielle Eukaryoten.

Und mit solchen digitalen Ressourcen hantieren Forschende in den Biowissenschaften millionenfach. Dazu muss man wissen: Eine einzelne genetische Sequenz ist allein wertlos. Sie erhält erst dann einen Wert, wenn sie mit anderen verglichen werden kann. Pflanzenzüchter, die etwa eine neue pilzresistente Weizensorte züchten wollen, vergleichen das Genom einer Sorte mit dieser Resistenz mit vielen anderen und grenzen so nach und nach ein, welche Genregionen

für diese Eigenschaft verantwortlich sein könnte. Dabei reichen meist schon bestimmte Teile des Genoms, denn große Teile können von vorneherein ausgeklammert werden, da sie sich mit anderen Arten weitgehend decken. So sind rund 70 Prozent der proteinkodierenden Gene des Menschen mit jenen von Mäusen identisch.

Sind DSI genetische Ressourcen?

Bei der COP15 wird sich die Debatte nun um die Frage drehen, ob DSI, genauso wie ihre ursprünglichen Organismen, als Ressource betrachtet werden und damit unter die CBD oder das Reglement des Nagoya-Protokolls fallen sollen – kurz: ob bei Zugang und Nutzung von DSI-Daten ein Vorteilsausgleich erfolgen muss oder nicht.

Aktuell ist der Umgang mit DSI sehr verschieden. Einige Länder, allen voran Brasilien, haben DSI sehr früh ganz selbstverständlich als Teil ihrer Ressourcen definiert und regeln die kommerzielle Nutzung von DSI-Daten restriktiv. Andere Player wie die Europäische Union drängen stark darauf, den Zugang zu DSI nicht zu beschränken und alle Daten grundsätzlich in zentralen Datenbanken öffentlich zugänglich zu machen – Stichwort: Open Science. Die Erfahrungen aus dem Nagoya-Protokoll mit biologischem Material zeigen nämlich, dass der Verwaltungsaufwand für die Ausfuhr und Nutzung etwa einer Pflanze für Forschung und Entwicklung so enorm ist und rechtliche Risiken beinhaltet, dass es die Arbeit enorm erschwert. So müssen Pflanzenforscher für jedes Projekt einen bilateralen Vertrag mit dem Herkunftsland schließen und jede einzelne Probe aufführen. Es könnte ja daraus theoretisch ein Produkt entstehen, das Milliarden bringt.

Ohne freien Zugang zu DSI hätte die Entwicklung von Corona-Impfstoffen Jahre gebraucht

„Würde man diese Regeln jetzt auf DSI übersetzen, wäre das fatal“, sagt der Biologe Dirk Neumann von den Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns, der sich zur CBD und dem Nagoya-Protokoll engagiert. „Das würde die gesamte Forschung lehmlegen. Die extrem schnelle Entwicklung der Impfstoffe gegen das Coronavirus etwa wäre unter diesen Umständen nie möglich gewesen.“

Die Umsetzung sei auch einfach unrealistisch, denn im Gegensatz zu physischen Proben sind wichtige Informationen wie Herkunftsart, Ursprungsorganismus, zeitlicher Zugang und ähnliches bei DSI oft nur schwer oder gar nicht eingrenzbar, da die gleichen Gene, Aminosäuren oder Proteinbiosynthesewege in vielen unterschiedlichen Organismen zu finden sind. Die daraus abgeleiteten DSI-Daten liegen auf Datenbanken irgendwo in der Welt. Solche Informationen sind jedoch unter anderem Voraussetzung für die DSI-Regelungen nach dem Nagoya-Protokoll.

DSI-Datenbanken sind also essentiell für die biologische und medizinische Forschung. Und aus Sicht der westlichen Industriestaaten sollte es im Interesse aller Staaten sein, diesen Schatz gemeinsam aufzubauen und zum Nutzen aller zu pflegen. Deshalb haben sie 1992 die International Nucleotide Sequence Database Collaboration (INSDC) gestartet. Darin tauschen drei große internationale Datenbanken, die [European Nucleotide Archive \(ENA\)](#) in Großbritannien, die [GenBank](#) in den USA und die [DNA Data Bank of Japan \(DDBJ\)](#), täglich ihren Datenschatz aus und stellen Nukleotidsequenzdaten einschließlich Metadaten frei zur Verfügung. Dieser ist für alle Nutzer frei zugänglich, für Vertreterinnen und Vertreter der Grundforschung ebenso wie für jene der Industrie, aus Entwicklungsländern ebenso wie aus Industrieländern. Die Voraussetzung dafür ist, dass alle mitmachen und ihr Wissen wieder – für alle frei zugänglich – in die Datenbanken einspeisen.



Dirk Neumann, Biologe im Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns.

Bild: Dirk Neumann

Daten bedeuten Macht

Und das ist nicht unbedingt immer der Fall. Viele DSI-Daten liegen in nichtöffentlich zugänglichen Datenbanken von Firmen. Zudem bauen Länder wie China, Indien und Brasilien parallel zur freien Infrastruktur eigene Gendatenbanken auf, deren Inhalte für Nutzer aus anderen Weltregionen ebenfalls nicht unbedingt frei zugänglich sind. Dabei hilft unter anderem Chinas Marktmacht in der Genomsequenzierung. Der Weltmarktführer Beijing Genomics Institute BGI, der neben China auch Standorte überall in der Welt, etwa in Kopenhagen, unterhält, bietet die niedrigsten Preise. Zum Teil sind aber allein die Daten offenbar schon wertvoll genug. So ließ das Niederländische Zentrum für Genetische Ressourcen in Wageningen seine weltweit größte Saatgutsammlung von Salat von BGI sequenzieren. Die 2546 Proben analysierte das Unternehmen gratis mit dem Versprechen, die Daten öffentlich zugänglich zu machen: zuerst auf Chinas Nationaler Genomdatenbank, danach gegebenenfalls auch auf den internationalen Datenbanken.

Gerade Forschende aus Entwicklungsländern ohne eigene technische Möglichkeiten und niedrigen Budgets müssen ihre Proben zur Sequenzierung häufig an BGI oder andere ausländische Anbieter liefern und tragen so zum Datenschatz der dortigen Nationalen Genbanken bei zu deren Bedingungen, die einen freien Zugang nicht unbedingt garantieren. Expertinnen und Experten kritisieren, dass diese Staaten schon seit Jahren zwar alles an DSI aufsammeln, aber selbst keine biologischen Proben herausgeben. Um diesem Wettlauf um die Datenhoheit entgegenzusteuern, setzen inzwischen viele wissenschaftliche Zeitschriften in diesem Forschungsfeld voraus, dass ihre Autorinnen und Autoren die verwendeten Daten auf den Open-Source-Datenbanken der INSDC veröffentlichen.

Dieses Tauziehen wird vermutlich weite Teile der kommenden CBD COP-Verhandlungen überschatten. Dabei sind noch ganz grundsätzliche Fragen völlig ungeklärt, nämlich, wie DSI eigentlich definiert sind: als einfache Gensequenzen, digitale Kopien von RNA oder gar als ganze Metabolite, also die Zellprodukte eines Gens, etwa ein Protein? Und was gilt als Herkunftsort? Der Fundort der Probe (wenn überhaupt bekannt), der Ort der Sequenzierung oder der Datenbank?

Wer sind die Geber und Nehmer? Inzwischen rufen Einrichtungen etwa in Brasilien genauso viele Sequenzinformationen aus den Datenbanken ab wie einige Industrieländer.

accession	submission_date	sample	sex	genetic_status	organism	geographic_location
SR1011516	2015-07-22 10:54:24	SR1011516	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011517	2015-07-22 10:54:24	SR1011517	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011518	2015-07-22 10:54:24	SR1011518	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011519	2015-07-22 10:54:24	SR1011519	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011520	2015-07-22 10:54:24	SR1011520	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011521	2015-07-22 10:54:24	SR1011521	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011522	2015-07-22 10:54:24	SR1011522	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011523	2015-07-22 10:54:24	SR1011523	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011524	2015-07-22 10:54:24	SR1011524	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1011525	2015-07-22 10:54:24	SR1011525	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014567	2015-07-22 10:54:25	SR1014567	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014568	2015-07-22 10:54:25	SR1014568	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014569	2015-07-22 10:54:25	SR1014569	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014570	2015-07-22 10:54:25	SR1014570	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014571	2015-07-22 10:54:25	SR1014571	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014572	2015-07-22 10:54:25	SR1014572	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014573	2015-07-22 10:54:25	SR1014573	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014574	2015-07-22 10:54:25	SR1014574	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014575	2015-07-22 10:54:25	SR1014575	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014576	2015-07-22 10:54:25	SR1014576	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014577	2015-07-22 10:54:25	SR1014577	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014578	2015-07-22 10:54:25	SR1014578	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014579	2015-07-22 10:54:25	SR1014579	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014580	2015-07-22 10:54:25	SR1014580	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014581	2015-07-22 10:54:25	SR1014581	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014582	2015-07-22 10:54:25	SR1014582	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014583	2015-07-22 10:54:25	SR1014583	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014584	2015-07-22 10:54:25	SR1014584	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014585	2015-07-22 10:54:25	SR1014585	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014586	2015-07-22 10:54:25	SR1014586	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014587	2015-07-22 10:54:25	SR1014587	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014588	2015-07-22 10:54:25	SR1014588	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014589	2015-07-22 10:54:25	SR1014589	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014590	2015-07-22 10:54:25	SR1014590	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014591	2015-07-22 10:54:25	SR1014591	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014592	2015-07-22 10:54:25	SR1014592	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014593	2015-07-22 10:54:25	SR1014593	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014594	2015-07-22 10:54:25	SR1014594	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014595	2015-07-22 10:54:25	SR1014595	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014596	2015-07-22 10:54:25	SR1014596	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014597	2015-07-22 10:54:25	SR1014597	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014598	2015-07-22 10:54:25	SR1014598	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014599	2015-07-22 10:54:25	SR1014599	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen
SR1014600	2015-07-22 10:54:25	SR1014600	no	Leibniz Institute DSMZ	Paracoccus denitrificans	Germany, Bremen

Einträge zu DSI in der BioSamples zu *Paracoccus denitrificans*, einem Bakterium, das im Boden, Abwasser oder Klärschlamm vorkommt. Bild: P. Oldman 2020: „Digital Sequence Information - Technical Aspects“

Am Ende muss es um einen Kompromiss gehen, wie solche Genomdaten weiterhin zugänglich und nutzbar bleiben und biodiversitätsreiche Länder höhere finanzielle Anreize bekommen, ihre Biodiversität zu erhalten. Klar ist, dass ein Wert aus DSI nur dann entsteht, wenn sie geteilt werden.

„Die großen Summen, die sich die Entwicklungsländer vor dem Beschluss der CBD, und danach durch Verabschiedung des Nagoya-Protokolls, durch den gerechten Vorteilsausgleich erhofft hatten, haben sich nie erfüllt“, sagt Dirk Neumann. „Wir sollten auch jetzt, wo es um DSI geht, nicht wieder solche Erwartungen wecken. Das führt nur zu noch größerer Frustration.“

Vorteilsausgleich von Zugang entkoppeln

„Der Ansatz der bilateralen Verträge, wie sie im Nagoyaprotokoll für physische Proben vorgesehen sind, ist bei DSI weder leistbar noch sinnvoll“, sagt Jens Freitag vom IPK Leibniz-Institut. „Deshalb braucht es aus unserer Sicht einen multilateralen Ansatz.“

Freitag ist einer von 41 Autorinnen und Autoren aus 17 Ländern einer [aktuellen Publikation](#) in der Fachzeitschrift Nature Communications

(siehe auch unseren [Gastbeitrag mit Jörg Overmann und Nike Sommerwerk](#)). In dieser schlagen sie einen Kompromiss vor, der den Vorteilsausgleich von der Nutzung trennt und weiterhin den freien Zugang zu den Daten sichert.

„Der Drang nach monetärem Vorteilsausgleich ist nachvollziehbar, aber Geldflüsse müssten getrennt vom Zugang zur DSI gemacht werden“, meint Freitag. Dabei würde nicht die Nutzung von DSI, sondern bereits deren Erzeugung mit einem pauschalen kleinen Betrag im Cent-Bereich besteuert werden. Dieses Geld könnte irgendwo in der Wertschöpfungskette gesammelt werden. Zum Beispiel über Mikrosteuern auf die für die Sequenzierung benötigten Chemikalien oder Geräte oder auch auf jedes elektronische Gerät, also digitalen Endgeräte. „Bei der Menge dieser Geräte weltweit, kommt da einiges zusammen und auf ein Gerät betrachtet, fällt der Betrag überhaupt nicht ins Gewicht“, sagt der Agrarbiologe. Mit solchen Systemen gebe es bereits umfangreiche Erfahrungen. „Wer von uns merkt, dass beim Kauf eines Druckers, Kopierers oder Mediennutzung auch Mikrosteuern anfallen, die Redakteuren und Verlagen über die Verwertungsgesellschaft WORT zu Gute kommen?“.

Dieses Geld könnte in einen gemeinsam (von der CBD) verwalteten Topf fließen, aus dem dann zum einen bedürftige Länder Mittel für die Umsetzung der Biodiversitätsziele bekämen und zum anderen die Open-Source-Datenbanken finanziert werden könnten; denn auch deren Unterhalt ist nicht frei von Kosten. Für eine ähnliche Lösung mit einem gemeinsamen Fonds unabhängig von einer Rückverfolgung der Herkunft der DSI hat sich zuletzt auch die Afrikanische Union ausgesprochen. Zumindest ein Teil der Entwicklungsländer signalisiert also Kompromissbereitschaft.

„Gerade solche Länder profitieren enorm von Forschungsoperationen, über die Länder wie Deutschland Aufbauhilfe und damit bereits heute nicht-monetären Ausgleich leisten“, meint Dirk Neumann. Das würde bei einer strikten Begrenzung des Zugangs zu DSI auf die Dauer wegfallen, zum Schaden beider Seiten.



Jens Freitag, Agrarwissenschaftler und Pflanzenphysiologe vom Studium, leitet die Geschäftsstelle am IPK Leibniz-Insitut. Bild: IPK Leibniz-Insitut

Digitale Sequenzinformationen zur Umsetzung der CBD-Ziele nötig

DSI spielt allerdings nicht nur als zentrales Streitthema für das neue Globale post-2020 Biodiversitätsabkommen der CBD eine Rolle, sie sind auch für dessen Umsetzung unabdingbar. Sie sieht der aktuelle Entwurf (1st draft) unter anderem ein globales Biodiversitätsmonitoring vor. Die moderne Taxonomie identifiziert und differenziert gefundene Arten anhand von Genomanalysen. DSI sind hier also nicht mehr wegzudenken. Weitere Ziele wie die Eindämmung von illegalem Handel mit streng geschützten Wildtierarten nutzt Genomanalysen, bei denen zum Teil sogar die Herkunftsorte bestimmt werden können.

Die Co-Vorsitzenden der Open-Ended Working Group (OEWG), in der Vertreterinnen und Vertreter der CBD-Mitgliedsstaaten die Themen der COP vorverhandeln, haben Anfang Februar ein ernüchterndes Papier zum aktuellen des neuen Biodiversitätsabkommens vorgestellt. Offenbar haben die bisherigen vorbereitenden Treffen und auch die Einrichtung einer separaten Arbeitsgruppe in der DSI-Frage bislang noch keine Fortschritte gebracht.

„Die CBD ist einer der wenigen multilateralen Vertragswerke unserer Zeit und bildet die politische Grundlage für den globalen Schutz unserer Lebensgrundlagen“, sagt Jens Freitag. Das kann nur gemeinsam gelingen.

Freitag ist allerdings optimistisch. „Wenn die Kacke am Dampfen ist, dann kann die Menschheit auch schon mal Zugeständnisse machen“. Hoffen wir also, dass die Verhandlungsparteien im dritten Quartal nicht verschnupft anreisen.

Weitere Informationen:

[Video: DSI – simply explained](#)

[Pressemitteilung des DSMZ: Forschende machen sich für eine vernünftige internationale politische Lösung der freien Nutzung „digitaler Sequenzinformationen“ stark](#)

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): „DSI rein oder wir sind raus“. Themenschwerpunkt im März 2022.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49155&nopagecache>



Die zentrale Rolle von Digitaler Sequenzinformation zur Bewältigung der Biodiversitätskrise

Ein Gastbeitrag von Jörg Overmann (Leibniz-Institut DSMZ) und Nike Sommerwerk (MfN)
Erscheinungsdatum: 14. März 2022

Die 196 Vertragsparteien des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt werden in Kürze auch über den Umgang mit Digitaler Sequenzinformation (DSI) beraten. Das Ergebnis dürfte tiefgreifende und unmittelbare Auswirkungen auf die Erforschung, das Monitoring, die Nutzung und damit den Erhalt der globalen Biodiversität haben.

Die Beratungen sind Teil der Verhandlungen über eine [Folge-Rahmenvereinbarung](#) zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt ([Convention on Biological Diversity, CBD](#)). Dieser globale Rahmen wird die Verfahren zum Schutz unseres Planeten nicht nur bis 2030 bestimmen, sondern die Weichen weit darüber hinaus stellen.

Neben dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der globalen Biodiversität wurde in der CBD bereits 1993 ein gerechter Vorteilsausgleich für die Herkunftsländer bei der Nutzung ihrer genetischen Ressourcen vereinbart. Wie dieser (monetäre und nicht-monetäre) Vorteilsausgleich bei Zugang zu genetischen Ressourcen und deren Nutzung erfolgt, regelt das [Nagoya Protokoll](#). Dieses trat am 12. Oktober 2014 in Kraft, es gilt sowohl für kommerzielle als auch nicht-kommerzielle Nutzung und bezieht sich auf biologisches Material, die daraus isolierte DNA, Proteine und auch Stoffwechselprodukte. Parallel hat sich im vergangenen Jahrzehnt die Technologie der Nukleinsäure-Sequenzierung explosionsartig entwickelt, wodurch sich die frei zugänglichen DNA-Sequenzen in den öffentlichen Datenbanken alle 18 Monate verdoppeln.

Einige biodiversitätsreiche Länder des Südens und auch NGOs kritisieren, dass digitale Sequenzinformation auch für kommerzielle Interessen ohne jeden Vorteilsausgleich genutzt werden und fordern daher, DSI [1] unter die Regelungen des CBD oder des Nagoya-Protokolls zu stellen, damit jedes Land den Zugang zu Sequenzdaten seiner genetischen Ressourcen eigenstän-

dig kontrollieren kann. Gleichzeitig klafft eine erhebliche Finanzierungslücke beim globalen Biodiversitätsschutz insbesondere in den biodiversitätsreichen Ländern des globalen Südens und die Enttäuschung über mangelnde ökonomischen Teilhabe ist dort groß. Daher wurde vereinzelt vorgeschlagen, die Nutzung von DSI mit Gebühren zu belegen. Der freie Zugang zu DSI ist jedoch ausschlaggebend für die Biodiversitätsforschung, den darauf basierenden Biodiversitätsschutz [2], und ebenso die Gesundheit.



Moderne Sequenziermaschinen, sogenannte „Next Generation Sequencer“, entschlüsseln die Erbinformationen in parallel laufenden Analysen. Sogenannte „Flow Cells“ sind das Herzstück dieser multiparallelen Analysen im Hochdurchsatz. Innerhalb weniger Stunden lassen sich so die kompletten Genome komplexer Organismen wie Tieren, Pflanzen oder Menschen entschlüsseln und digital speichern. Diese digitalen Daten sind Voraussetzung für Analysen und Vergleiche. Dadurch entstehen riesige Datenmengen, die mit Hilfe der Bioinformatik verwertbar und Forschenden weltweit verfügbar gemacht werden.
Bild: IPK Leibniz-Institut

DSI ist global und erlangt nur durch die Verknüpfung der Einzeldaten einen Wert

Wie die aktuelle Pandemie von COVID-19 eindrücklich belegt, ist eine globale Erfassung und Bekämpfung von Infektionserregern nur auf der Basis frei verfügbarer DSI möglich. Die Genomsequenz eines einzelnen Erregers ist kaum interpretierbar ohne einen umfassenden Vergleich mit einer großen Zahl weiterer Sequenzen möglichst unterschiedlicher Herkunft – oft lässt sich ein Erreger ohne diese Vergleichsmöglichkeit sogar nicht einmal identifizieren. Dies betrifft auch Infektionskrankheiten von gefährdeten Tieren und Pflanzen: Der Ursprung und die Ausbreitung des weltweiten Amphibiensterbens, verursacht durch einen Befall mit dem Pilz *Batrachochytrium dendrobatidis*, konnte erst durch den Vergleich der Genome von insgesamt 234 Isolaten aus verschiedensten Ländern ermittelt werden (O'Hanlon et al., 2018). Auch das weltweite Biodiversitätsmonitoring basiert auf dem Vergleich der Sequenzsignaturen. Insbesondere Kleinstlebewesen lassen sich anders kaum erfassen (siehe [International Barcode of Life](#) und [bioscan-germany](#)). Die Verarbeitung von DSI erfolgt dabei multidirektional. So ermöglicht neue Sequenzinformation oft erst die Interpretation vorher bekannter Sequenzen, die dadurch selbst wieder einen ganz neuen Wert gewinnt. Diese multidirektionale Nutzung kann über ein Bezahlsystem mit Einzelabrechnung pro Nutzer oder Nutzungsvorgang (vergleichbar mit kommerziellen Musik- oder Filmmnutzungsangeboten im Internet) nicht erfasst werden. Tatsächlich würde eine Zugangskontrolle zu DSI zum umgehenden Zusammenbruch des erfolgreichen und weltumspannenden Datenaustauschs führen, und Biodiversitätsschutz und -monitoring genauso wie die internationale Zusammenarbeit unmöglich machen.

Nicht nur viele Tier- und Pflanzenarten, sondern insbesondere die meisten Mikroorganismen - Grundlage von 60 Prozent aller Organismenbezogenen Patente - sind geografisch sehr weit, oft sogar global verbreitet. Der Versuch eines einzelnen Landes, solche Organismen und ihre DSI zu monopolisieren, kann schon allein aufgrund dieser biologischen Tatsache nur ins Leere laufen. Denn dieselben Sequenzen lassen sich problemlos auch in anderen Ländern finden. Die Eigentumsrechte an diesen Daten

sind damit kaum regelbar - mit der Folge, dass in einem Land mit Zugangskontrollen zwar die entsprechenden Verwaltungskosten entstehen, aber nicht notwendigerweise auch Einnahmen aus der Nutzung von DSI generiert werden. Das kann im Interesse eines monetären und nicht-monetären Vorteilsausgleiches nicht gewollt sein.

Der freie Zugang zu DSI ist die Grundlage für den Biodiversitätsschutz und eine nachhaltige Entwicklung

Fast die Hälfte aller Sequenzdaten, die mit Herkunftsnachweis (das sind wiederum rund 14% aller hinterlegten Sequenzdaten) in der International Nucleotide Sequence Database Coalition ([INSDC](#)) hinterlegt sind, stammen von genetischen Ressourcen aus nur drei Ländern (China, USA, Kanada). Eine kürzlich veröffentlichte Analyse der Herkunft und wissenschaftlichen Nutzung von DSI in Publikationen ([Scholz et al., 2021](#)) zeigt, dass viele der Entwicklungsländer deutlich mehr Daten aus den offenen internationalen Datenbanken nutzen, als sie dort selber ablegen. Offenbar trägt das alte Nord-Süd-Narrativ im Fall von DSI nicht. Ein System von Zugangskontrollen für DSI dürfte, so steht zu befürchten, die bestehenden Ungleichgewichte eher noch verstärken, da gerade für Entwicklungsländer vermehrt Gebühren entstünden. Weil DSI eine wichtige Rolle in der nachhaltigen Entwicklung zukommt, müsste es gerade im Interesse der ärmeren Länder sein, den freien Zugang zu biologischen Daten zu erhalten und eine bessere Teilhabe an der weltweiten Dateninfrastruktur zu erreichen.

Neue Lösungsansätze für die zukünftige internationale Zusammenarbeit

Basierend auf diesen Fakten sollte der Zugang zu DSI zwingend multilateral geregelt und von den Maßnahmen zur Gewährung des Vorteilsausgleichs entkoppelt werden. Festzuhalten bleibt hier auch, dass ein gebührenfreier Zugang nicht gleichzusetzen ist mit einer gebührenfreien kommerziellen Nutzung. In einer kürzlich erschienenen Publikation (Scholz et al., 2022) haben internationale Wissenschaftler einen konkreten Vorschlag zur Einrichtung eines multilateralen Fonds für die Erforschung und den Schutz der Biodiversität gemacht.

Der Fonds ließe sich beispielsweise bei kommerzieller Nutzung von DSI über Gebühren für die erzeugten Produkte und Patente speisen. Länder könnten entsprechend des Umfangs der von ihnen veröffentlichten DSI aus dem Fonds einen wirksamen und planbaren finanziellen Vorteilsausgleich erhalten. Daneben müssen auch nicht-monetäre - aber nicht unweigerlich kostenfreie - Vorteilsausgleiche (Kapazitätsaufbau, Technologietransfer) erfasst und in das System integriert werden. Mit diesem Strauß an Maßnahmen kann der Dreiklang gelingen: Schutz von Biodiversität, internationale Zusammenarbeit und Entwicklung verknüpft mit einem fairen und gerechten Vorteilsausgleich.



Internationale Zusammenarbeit am Labor Genomzentrum des Leibniz Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK)

Bild: IPK Leibniz-Institut

Starkes DSI Expertenbündnis

Für eine multilaterale, entkoppelte Lösung setzt sich ein neu gegründetes Bündnis der deutschen universitären und außeruniversitären Biodiversitätsforschung ein. Diesem Bündnis gehören das Leibniz-Forschungsnetzwerk Biodiversität (18 Mitgliedsinstitutionen), der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland (VBIO mit 25 Fachgesellschaften und 20.000 Verbandsmitgliedern), das Konsortium Deutscher naturkundlicher Sammlungen (DNFS mit 50 Museen) und drei Konsortien der Nationalen Forschungsdatenstruktur (NFDI, mit rund 90 Partnereinrichtungen) an. Auf internationaler Ebene hat sich das DSI Scientific Network mit 53 Mitgliedern aus 17 Ländern, gemeinsam mit 14 zusätzlichen internationalen Organisation, in einem offenen Brief an die politischen Entscheidungsträger für diese Option ausgesprochen. Es

ist an der Zeit, dass weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Wissenschaftsorganisation mitdiskutieren und sich für eine faktenbasierte, praktikable und dauerhafte Lösung der DSI-Problematik einsetzen.

Quellen

- [1] <https://www.cbd.int/conferences/post2020>
- [2] <https://www.cbd.int/>
- [3] <https://www.cbd.int/abs/>
- [4] Es gilt zu bedenken, dass bislang nicht klar definiert ist, was „DSI“ genau beinhaltet; siehe <https://www.cbd.int/meetings/DSI-AH-TEG-2020-01>.
- [5] Gerade in der Biodiversitätsforschung konnten in den letzten zehn Jahren enorme Beiträge für den für den Biodiversitätsschutz geleistet werden; siehe <https://www.cbd.int/gbo/gbo5/publication/gbo-5-spm-en.pdf>.
- [6] <https://www.science.org/doi/10.1126/science.aar1965>
- [7] <https://ibol.org>
- [8] <https://bioscan-germany.de>
- [9] <https://www.insdc.org>
- [10] <https://academic.oup.com/gigascience/article/10/12/giab085/6489125>
- [11] <https://www.nature.com/articles/s41467-022-28594-0>
- [12] <https://www.dsiscientificnetwork.org>
- [13] <https://www.dsiscientificnetwork.org/open-letter/>



Prof. Dr. Jörg Overmann

Direktor der Leibniz-Instituts DSMZ-Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH

Jörg Overmann, geboren 1961, studierte Biologie mit dem Schwerpunkt Mikrobiologie in Bochum und Freiburg. Er promovierte 1991 an der Universität Konstanz in Mikrobiologie und erhielt dafür den Promotionspreis der Vereinigung für Allgemeine und Angewandte Mikrobiologie. Als Postdoktorand verbrachte er einen Forschungsaufenthalt in Kanada, anschließend habilitierte Overmann sich 1999 an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg. Kurz darauf erhielt Overmann einen Ruf auf eine Professur für Mikrobiologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Dort leitete er seit 2003 das Department Biologie I mit den Sektionen Mikrobiologie, Genetik, Botanik, Biodiversität und Didaktik der Biologie. Im Jahr 2013 wurde Jörg Overmann ausgezeichnet als Inaugural Douglas Leigh Lecturer durch die Waksman Foundation for Microbiology. Seit 2010 bis heute ist er Professor an der Technischen Universität Braunschweig und Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts DSMZ – Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen, Braunschweig.



Dr. Nike Sommerwerk

Dr. Nike Sommerwerk ist seit 2017 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Museum für Naturkunde Berlin. Dort leitet sie das Forschungscluster „Biodiversitätswandel in Berlin – Management von Biodiversität in Großstädten“ und ist Leiterin des Biodiversity Policy Labs (BPL). Auch hat sie die wissenschaftliche Koordination des in diesem Gastbeitrag vorgestellten neu gegründeten Bündnisses der deutschen universitären und außeruniversitären Biodiversitätsforschung inne. Auch hat sie die wissenschaftliche Koordination des in diesem Gastbeitrag vorgestellten neu gegründeten Bündnisses der deutschen universitären und außeruniversitären Biodiversitätsforschung inne. 2013-2016 war sie im Projekt „Development of International Water Quality Guidelines for Ecosystems“ an der United Nations University (UNU), Bonn, tätig. Promoviert hat Frau Sommerwerk am Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) und an der FU Berlin.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Overmann, Jörg; Sommerwerk, Nike (2022). Die zentrale Rolle von Digitaler Sequenzinformation zur Bewältigung der Biodiversitätskrise. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im März 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49154>



Vorverhandlungen in Genf: Endlich geht's weiter!

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Dr. Yves Zinngrebe und Dr. Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 15. März 2022

Worum wird derzeit gestritten? Die Co-Vorsitzenden legen eine Zusammenfassung der bisherigen Diskussionen vor.

Nach zwei Jahren Pandemie hat der CBD-Prozess viele Wendungen genommen und die Post-2020-Ziele werden nun frühestens im Herbst 2022 beschlossen. Die COP15 hat nicht im Oktober 2020 in Kunming, China, stattgefunden, und obwohl sie offiziell in einem ersten Teil im Oktober 2021 eröffnet wurde, ist weiterhin offen, wann der zweite Teil stattfinden wird. Wir wurden von vielen Seiten gefragt, ob sie denn nun nicht doch im April/Mai diesen Jahres wie angekündigt stattfinden würde. Das ist aber mit den erst Ende März stattfindenden Vorverhandlungen rein prozedural schon unmöglich. Mittlerweile wurden die Daten von der Konferenzhomepage entfernt, aber ein neues Datum wurden noch nicht definiert. Manche Stimmen halten sogar eine Durchführung in China aufgrund von anhaltenden, starken Corona-Restriktionen und vielleicht auch aufgrund politischer Spannungen für zweifelhaft.

Was wir aber nun jeden Tag mit größerer Wahrscheinlichkeit wissen ist, dass die Vorverhandlungen ab dieser Woche in Genf stattfinden werden. Die Corona-Auflagen der Schweiz wurden gelockert und es sind nun lediglich tägliche Schnell tests verlangt. Entsprechend rückte die Teilnahme aller Mitgliedsstaaten in greifbare Nähe. Das wird ermöglichen, dass nun sichtbare Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt werden können. Die für die globalen Ziele zuständige OEWG wird ebenso tagen wie der Subsidiary Body on Implementation (SBI) und der Scientific Body (SBSTTA). Die bisherigen Konferenzen OEWG3, SBI3 und SBSTTA24 hatten zwar online verhandelt, aber einige Mitgliedsstaaten hielten es nicht für möglich bzw. sinnvoll, bei schwachen Internetverbindungen und anderen prozeduralen Limitierungen von Online-Ver-

handlungen (z.B. verschiedene Zeitzonen, kein persönlicher, informeller Austausch zwischen den Arbeitsgruppen) Texte zu verhandeln ([siehe unsere Kolumne vom September 2021](#)).



Die CBD-Nebenorgane OEWG, SBI und SBSTTA tagen in der zweiten Märzhälfte 2022 in Genf / Schweiz.
Bild:ChiemSeherin_Pixabay

Nun geht es aber bei den Vorverhandlungen in allen drei Nebenorganen der CBD parallel weiter. Und das macht auch Sinn – schließlich hängt das Monitoring-Framework (SBSTTA24 Item 3) sowie auch der Review Mechanismus (SBI3, Item9) fundamental von dem in der OEWG verhandelten Zielstellungen des Global Biodiversity Frameworks ab. Umgekehrt macht es auch Sinn, mögliche Indikatoren oder Evaluierungsprozesse bei der Entwicklung von SMARTen Zielen zu berücksichtigen und aufeinander abzustimmen, wie wir in unserer [Studie zum Deutschen Prozess](#) konstatieren. Dies führt allerdings zu einer sehr ambitionierten Agenda, die sich über knapp drei Wochen vom 14. bis 29. März erstreckt. In drei Arbeitssessions von 10 Uhr morgens bis 22:30 Uhr abends (!!!) werden hier die Sitzungen in drei parallel ablaufenden Streams organisiert, wie in dem „[DRAFT PROPOSED ORGANIZATION OF WORK](#)“ zu sehen ist (s. Annex auf S. 5).

Und dieser ambitionierte Arbeitsplan ist bei Weitem nicht alles, was auf die Delegationen zukommt: Zusätzlich finden Abstimmungen mit der eigenen Delegation, sowie „like-minded“ oder regionalen Gruppen bereits in den frühen Morgenstunden statt, um sich entsprechend zu koordinieren. Deutschland spricht sich beispielsweise jeden Morgen mit den anderen EU-Staaten ab, um mit einer gemeinsamen Position in den Verhandlungstag zu starten. Zusätzlich werden sicherlich einige „Contact-Groups“ oder „Friends of the chair“ meetings nötig sein, um Kompromisse unter Konfliktparteien zu finden und die Anliegen von Staaten mit anderen Meinungen besser zu verstehen. Und bei all den Verhandlungen müssen die Abgeordneten natürlich auch die immer wieder aktualisierten Verhandlungsdokumente lesen, eine eigene Position dazu entwickeln und entsprechende Stellungnahmen vorbereiten. Es wird bei diesen Verhandlungen daher eine sehr starke Belastung auf die Delegationen zukommen. Die ärmsten Staaten entsenden vielfach nur zwei Delegierte, da nur zwei Abgeordnete von der CBD finanziert werden. Entsprechend wichtig ist für sie die Absprache und Zusammenarbeit mit anderen geographischen Nachbarstaaten, oder Staaten mit ähnlichen Ansichten („like-minded“ groups).

Die Verhandlungen in Genf werden auch bezüglich des Prozesses besonders sein, da es nach wie vor Pandemie-bedingte Einschränkungen gibt: So sind pro Delegation der „Parties“ (Mitgliedsstaaten) nur gleichzeitig sechs Delegierte (für Observer 2) erlaubt, in den einzelnen Sitzungen sogar nur gleichzeitig drei (für Observer 1). Entsprechend unklar ist es, inwieweit Delegierte Zeit haben, zwischendurch noch mit den Kollegen zu netzwerken, oder sich auf inhaltlich bei „Side-Events“ zu informieren. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für integrative

Biodiversitätsforschung (iDiv) und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) veranstalten wir am 22.3. von 13:15-14:45 im „Sal14“ einen solchen Side-Event zum Thema: “From ambitious, science-based targets to successful implementation of the post-2020 global biodiversity framework”

Wir sind gespannt, mit wie vielen Teilnehmer*innen wir hier ins Gespräch kommen werden. Viel wird aufgrund der Limitierungen im Kongressgelände wohl auch außerhalb stattfinden und wir freuen uns auf interessante Gespräche am Genfer See.

Auf jeden Fall werden wir in Genf am Ball bleiben und über die Verhandlungen in einem Sonderbeitrag auf der NeFo-Webseite berichten!

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Vorverhandlungen in Genf: Endlich geht's weiter. CBD-Kolumne im März.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49153>



Trotz Austausch und Annäherung in Genf: Wenig konkreter Fortschritt in Beschlussvorlagen für CBD COP-15

Ein Sonderbeitrag von Yves Zinngrebe und Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 07. April 2022

Genf ist vorbei und es war sehr anstrengend. Es gab diesmal wenig von dem, was wir von früheren CBD-Treffen kennen: Side-Events, abendliche Empfänge, informeller Austausch und Netzwerken. Wir konnten uns zwar mit anderen Beobachter-Organisationen beraten, wie z.B. während unseres [Side Events](#) zu nationaler Umsetzung und Planung. Die Verhandler/innen der Mitgliedsstaaten aber saßen oft bis nach Mitternacht zusammen, wälzten Textbrocken und waren deshalb schwer zu erreichen. Und obwohl das absolute Scheitern eines neuen globalen Zielrahmens – was einem zweiten „Kopenhagen der Biodiversität“ gleichkommen würde – vorerst abgewendet scheint, sind die Verhandlungsergebnisse doch wenig konkret. Einige Themen, wie beispielsweise internationale Hochseeschutzgebiete, konnten kaum behandelt werden. Im Folgenden fokussieren wir auf Entwicklungen bei vier zentralen Verhandlungsinhalten. Dies sind: 1. die strategischen Ziele des zukünftigen „Global Biodiversity Framework“ (GBF), 2. der Umgang mit Digital Sequence Information (DSI), 3. das ewig leidige, aber doch zentrale Thema der Finanzierung sowie 4. Vorgaben zur Planung und Evaluierung.



Genfer See. Bild: Devam Jhabak on Unsplash

1. Das Global Biodiversity Framework (GBF): Wer will noch mal? Wer hat noch nicht?

Man kam sich ein bisschen wie beim Rummel vor, als der First Draft des GBFs offiziell für die Verhandlungen geöffnet wurde: Gefühlt fand sich immer noch ein weiteres Land, welches zusätzlichen Text oder auch Zweifel gegenüber Formulierungen einbringen wollte. Das Resultat ist eine Ansammlung von langen Textfragmenten,

die mit wenigen Ausnahmen in Klammern stehen – also von mindestens einem Land in Frage gestellt werden. Für die Verfechter eines ehrgeizigen Zielsystems heißt das als gute Nachricht: alle nötigen Textstellen für ambitionierte Ziele sind noch drin. Gleichzeitig ist aber immer noch sehr ungewiss, welche Textelemente es dann in die finale Version schaffen werden. Einige Bedenken von Verhandlungspartnern lassen sich sicherlich durch weitere Gesprächszeit ausräu-

men, in der Vertrauen geschaffen und Text entsprechend der Bedenken angepasst werden kann. Einige zentrale Baustellen lassen sich jedoch auf schlicht unterschiedliche Sichtweisen und allgemeine Konflikte zurückführen. Für uns gibt es unter anderem folgende zentrale Verhandlungspunkte:

Allgemeine Ambition in „Mission“ und „Goals“

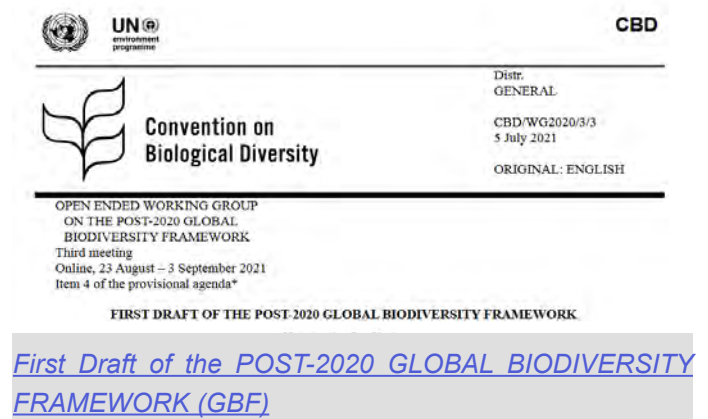
Die übergeordneten Goals entsprechen den drei grundlegenden Zielen der Konvention: Schutz (Goal A), nachhaltige Nutzung (Goal B), gerechter Zugang und Verteilung der Werte von genetischer Vielfalt (Goal C), sowie die Bereitstellung der Finanzmittel, um das zu erreichen (Goal D). Nichtsdestotrotz wird weiter diskutiert, ob die Biodiversität „jetzt“, bis 2030 oder bis 2050 positive Trends aufweisen soll, ob 20% der Spezies nicht mehr bedroht sein sollen, und ob diese Trends überall gleich oder insgesamt auftreten sollen. Sind dafür „dringende“, „ambitionierte“ oder gar „transformative“ Maßnahmen notwendig? Sollen Ökosysteme in ihrer Resilienz, ihrer Integrität, ihrer Konnektivität oder in ihrer Fähigkeit gestärkt werden, Ökosystemleistungen bzw. „Nature’s contributions to peoples“ zu erbringen? Man kann auf der einen Seite anzweifeln, in wie weit die genaue Formulierung sich hinterher auf die Gestaltung der Maßnahmen auswirken wird. Gleichzeitig darf nicht unterschätzt werden, dass diese Zielstellungen mindestens für die nächste Dekade eine global-legitimierte Referenz für Definitionen und Zielstellungen im Umgang mit der Biodiversität darstellen werden.

Mainstreaming

Nachdem Mainstreaming – also die Forderung, dass Biodiversität in allen Bereichen berücksichtigt werden soll – bereits als übergeordnete Zielstellung der COP13 in Cancun, Mexiko, ausgegeben wurde, können sich die Verhandlungspartner nicht wirklich zu klaren Zielstellungen dazu durchringen. Bei Querschnittszielen wie zur integrierten Planung (Ziel 1 im aktuellen Entwurf), zur Integration von Biodiversität in alle Politikbereiche (Ziel 14) oder zu schädlichen Anreizen („harmful subsidies“, Ziel 18) wird insgesamt in Frage gestellt, ob wirklich alle Politikbereiche betroffen sein sollen oder eben nur manche.

Bei den schädlichen Anreizen wird zum Beispiel diskutiert, ob alle Subventionen oder nur ein

„substanzieller Anteil progressiv“ reduziert werden soll, ob vielleicht nur „most subsidies“ reduziert werden sollen, ob nur direkte oder auch indirekte oder ob sich nur generell zu einer Reformbereitschaft bekannt werden soll. Bei all der Komplexität, die Mainstreaming ohnehin schon mit sich bringt, wird eine vage Formulierung sowohl politische Durchsetzbarkeit im nationalen Kontext als auch eine systematische Überprüfbarkeit fast unmöglich machen.



Umgang mit direkten Treibern und Ressourcennutzung

Eine Reihe von Zielen beschäftigt sich mit dem direkten Umgang mit Ökosystemen, wie Ziel 4 zum Management von bedrohten Spezies, Ziel 5 zu wilden Arten, Ziel 9 zum Management von Landschaften und Seegebieten, Ziel 10 zu Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, Ziel 11 zum Erhalt regulierender Ökosystemleistungen und Ziel 12 zum der Schutz der Biodiversität in urbanen und eng bevölkerten Gebieten. Bei den vielen neu hinzugekommenen Klammern und Formulierungen ist es schwierig zu erkennen, was hier tatsächlich geschehen soll. Stattdessen droht bei diesen Themen, dass im GBF lediglich ein „nachhaltiger Umgang“ verankert wird. Tatsächliche Ziele würden dann womöglich nur in den zu erreichenden Meilensteinen oder den Indikatoren abzulesen sein, wobei einige Länder das Konzept von Meilensteinen grundsätzlich ablehnen. Die EU versucht, den worst case zu verhindern, nämlich unkonkrete Ziele und KEINE Meilensteine. Ein solches Ergebnis würde weder Lerneffekte aus den Aichi-Zielen der letzten Dekade, noch ein deutliches Ambitionsniveau reflektieren.

Konkrete Zielstellungen für indirekte Treiber

Ebenso sind sich die Staaten uneins, was bei indirekten Treibern, wie Business und Finanzen (Ziel 14), Konsum (Ziel 15), oder dem Umgang mit Biotechnologie (Ziel 16) tatsächlich erreicht werden soll. Da hier nicht einmal klar ist, wie diese indirekten Treiber zu ihrer Biodiversitätswirkung und entsprechenden Risiken ins Verhältnis gesetzt werden sollen, wird es noch viel schwerer sein, klare Verantwortlichkeiten abzuleiten. In entsprechenden Ziel-Formulierungen finden sich daher im aktuellen Entwurf häufig stark interpretierbare Begriffe wie „nachhaltig“, „verantwortungsvoll“ oder „unter Berücksichtigung von Risiken“. Nach wie vor stehen hier – verglichen mit den Aichi-Zielen – neue Ansätze zur Diskussion, wie Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, Ernährung anzusprechen, legale Verantwortung für Biodiversitätsfolgen von Unternehmen zu etablieren oder WTO-Richtlinien entsprechend der Biodiversitätswirkung anzupassen. Es bleibt aber abzuwarten, ob es für diese ausreichend Unterstützung gibt oder ob auch hier letztlich kurze, glatte und eben damit auch nichtssagende Formulierungen gewählt werden.

Zusätzlich zu diesen inhaltlich strittigen Punkten bleibt weiter unklar, wie das Zielsystem durch ein zusätzliches Monitoringsystem komplementiert werden soll. Bislang werden Indikatoren und Meilensteine noch unabhängig von dem Zielsystem diskutiert. Aufgrund der großen Unsicherheiten in beiden Systemen (GBF und Monitoring) ist es schwer, diese auf einander abzustimmen. Genau das wäre aber eine Voraussetzung, um die Evaluierbarkeit sicherzustellen (siehe auch 4.).

Die Schweizer Kollegin Dr. Cornelia Krug der Universität Zürich befindet:

„In den Verhandlungen in Genf wurden vor allem die „roten Linien“ der einzelnen Parteien sichtbar, bis zu einem soliden Biodiversitätsrahmenwerk ist es noch ein weiter Weg. Die von vielen Seiten propagierte Vereinfachung der Biodiversitätsziele ist nicht zielführend, wichtig ist vielmehr ein Rahmenwerk, in dem die Ziele (Goals) und Vorgaben (Action Targets) klar messbar sind, und zusammen mit den Indikatoren (Headline Indicators) aufeinander abgestimmt sind. Auf dem Weg nach Nairobi und bis zur COP15

gibt es noch viel zu tun, um tatsächlich das ambitionierte Rahmenwerk zu erhalten, dass nötig ist, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen, und Biodiversität wiederherzustellen.“

2. Digital Sequence Information (DSI) und die Regulierung genetischen Eigentums

Wie zu erwarten, war DSI ein sehr schwieriges Thema. Mehrere Staaten, vor allem afrikanische, haben erneut betont, ihre Zustimmung zu einem Global Biodiversity Framework (GBF) von einer akzeptablen Lösung für den Vorteilsausgleich aus der Nutzung digitaler Sequenzinformationen abhängig zu machen. Nachdem in zwei Sitzungen der Kontaktgruppe keine wesentlichen Fortschritte erreicht wurden, bildete man eine kleinere Gruppe, eine sog. „Friends of the Co-Leads“. Diese konnte nach langem Ringen tief in der Nacht vor dem letzten Verhandlungstag mit einem klammerlosen Text aufwarten konnte, der immerhin Kriterien auflistet, die eine Lösung erfüllen muss und der den Arbeitsauftrag für die weitere Arbeit der Beratergruppe bis zum nächsten Treffen der Open-Ended Working Group (OEWG) bildet. Formal musste dieser Text erst wieder der Kontaktgruppe und dann dem Plenum vorgestellt werden. Der Vorsitzende bat um direkte Annahme dieses Kompromisstextes ohne erneute Debatte. Dies gelang allerdings nicht, da einige wenige Staaten, die nicht an der Friends-Diskussion teilgenommen hatten, entscheidende Passagen wieder klammern wollten. Erst nach einstündiger Sitzungsunterbrechung und informellen Diskussionen konnte durch den Zusatz, dass diese Liste der Kriterien nicht abschließend und verbindlich sei, die Blockade vermieden werden. Zu diesen Kriterien gehört nun, dass die Lösung für DSI u.a. effizient und praktisch umsetzbar sein muss, mehr Vorteile als Kosten generieren soll, Forschung und Innovation nicht ausbremsen soll, offenen Zugang zu Daten nicht behindern, Rechtssicherheit für Bereitsteller und Nutzer von DSI liefern soll und die Rechte indigener Völker achtet. Ein ebenfalls umstrittener Absatz besagt jetzt, dass die monetären und nicht-monetären Vorteile vor allem für Schutz und nachhaltige Nutzung der Biodiversität eingesetzt werden sollen. Umstritten ist das deshalb, weil einige Bereitsteller argumentieren, dass sie mit den ihnen zustehenden Einnahmen tun können, was sie wollen und sich nicht vorschreiben lassen wollen, wozu sie diese Geldern

verwenden dürfen.

Die Aufgabe ist jetzt, zu all diesen Kriterien eine Lösung zu erarbeiten, die die verschiedenen Interessenlagen berücksichtigt und von allen Seiten als fair angenommen werden kann. Es wird eine der großen Herausforderungen an die eilig eingeschobene OEWG 4 im Juni in Nairobi sein, hier Fortschritte zu erzielen.

Der DSI-Experte Prof. Dr. Jörg Overmann des Leibniz-Instituts der Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen hält fest:

„Digitale Sequenzinformation kennt keine nationalen Grenzen und wird nur durch den ungehinderten, weltweiten Vergleich überhaupt erst lesbar und nutzbar. Dann aber eröffnen sich gerade für Entwicklungsländer ganz neue Optionen für den Biodiversitätsschutz, die Pandemiebekämpfung, eine nachhaltige Landwirtschaft und die Bioökonomie. Dennoch blockierten in Genf einige Länder vehement alle Vorschläge für ein offenes DSI-System mit multilateralem Vorteilsausgleich. Bis zu einer funktionierenden und praktikablen Lösung ist es wohl noch ein weiter Weg.“

3. Finanzierungsmechanismus / Mobilisierung von Ressourcen

Wie schon vorher dargelegt, bleiben die Finanzierung der Umsetzung und der dafür notwendige Transfer von Finanzmitteln aus Geber- in Empfängerstaaten Voraussetzungen für das Gelingen der Verhandlungen. Trotz einer zusätzlich anberaumten vierten Sitzung der Kontaktgruppe zu Finanzierungsmechanismen konnte in Bezug auf die Hauptstreitpunkte keine Einigung erzielt werden. Im Abschlussplenum hat eine bisher nie so benannte Gruppe „Gleichgesinnter Staaten für Biodiversität und Entwicklung“ gefordert, einen neuen globalen Biodiversitätsfond einzurichten, der zunächst mit 100 Milliarden Dollar jährlich zu bestücken und dann bis 2030 schrittweise auf 700 Milliarden jährlich aufzustocken sei. Bereits zugesagte Summen (wie z.B. aus der deutschen IKI-Finanzierung) seien da aber nicht mitzurechnen, es müssten zusätzliche Zusagen gemacht werden. Diese Forderung wurde explizit an die entwickelten Länder gerichtet. Deren Ansinnen wiederum, dass eine Finanzierung aus allen Ländern kommen muss, also auch

Entwicklungsländer in ihrem jeweiligen Haushalt Mittel zur Umsetzung des GBF vorsehen und sich nicht alleine auf Finanzierung von außen verlassen, wurde ebenfalls nicht angenommen. Es herrscht auch in der Frage weiter Uneinigkeit, ob es wirklich einen neuen Fond braucht oder die Globale Environment Facility (GEF) der einzige Finanzierungsmechanismus für die Umsetzung der CBD bleiben soll. Politisch geht es dabei auch darum, welche Länder eigentlich noch als Entwicklungsländer anzusehen sind und GEF-Förderung erhalten können. Die Liste wurde 2006 zum letzten Mal überarbeitet und darin sind Länder wie z.B. China und Brasilien noch als Entwicklungsländer geführt. Kein Wunder, dass diese sich gegen eine Überarbeitung der Liste aussprechen. Allerdings müsste auch ein neuer Fond seine Auszahlungskriterien und Maßnahmen zur Erfolgskontrolle haben, ganz egal, wie hoch er bestückt würde.

In Genf wurde das Thema unter dem Subsidiary Body on Implementation (SBI) verhandelt, obwohl es natürlich einen ganz wesentlichen Baustein des GBFs darstellt. Da sich SBI vor COP15 formal nicht noch einmal treffen kann, die OEWG sich aber erneut treffen wird, werden die Finanzverhandlungen nun unter der OEWG weitergeführt werden.

Dr. Marcel Kok von der „Netherlands Environmental Assessment Agency (PBL)“ merkt dazu an:

„Die Finanzierung der Biodiversitätslücke ist natürlich eine der größten Herausforderungen. Viele Länder werden ihre Unterstützung für die GBF von einer angemessenen Finanzierung abhängig machen. Ein aus dem UNFCCC-Kontext resultierender Mangel an Vertrauen in dieser Frage könnte sich auf die CBD-Verhandlungen auswirken.“

4. Vorgaben zur Planung und Evaluierung

Und zuletzt gibt es noch die Frage, wie stark die Weichen dafür gestellt werden, dass das GBF auch umgesetzt wird. Wie schon während der Verhandlungen abzusehen war, gibt es hier nach wie vor großen Klärungsbedarf. In vorliegenden Verhandlungspapieren (CBD/SBI/3/L.15) verpflichten sich die Mitgliedsstaaten (ohne Klammern) dazu, dass ein Review, wie im Artikel 26

der Convention vorgesehen, durchgeführt wird, und zwar „technisch robust, objektiv, transparent, kollaborativ und konstruktiv.“

Dieser soll Ländern dabei helfen, die Ziele umzusetzen. Es ist aber wohl klar, dass das einmalige Formulieren von Zielen und dann die Bewertung von deren Umsetzung im Jahr 2030 nicht ausreichen werden, sondern dass es auch Zwischenevaluierungen braucht. Dabei ist mittlerweile absehbar, dass es keine zusätzlichen „national contributions“ geben wird, sondern wie bisher auch die Nationalen Biodiversitätsstrategien und -aktionspläne (NBSAP), wie in Artikel 6 der Konvention vorgesehen, sowohl für die nationale Planung als auch als Maßstab für international signalisierte Ambitionen gelten werden. Unklar ist jedoch noch, wie die NBSAPs angefertigt werden – die von dem Sekretariat erarbeiteten Guidelines stehen nach wie vor komplett in Klammern. Auch erklärt diese Leitlinie mehr das „wie“ als das „was“: sie enthalten also mehr Hinweise darauf, wie die Strategien erarbeitet werden sollen als zu den inhaltlichen Elementen. Hintergrund ist wohl, dass den Ländern durch zu viele Vorschriften keine weiteren Beschränkungen auferlegt werden sollen und Flexibilität erhalten bleibt. Trotzdem sollte zumindest klar werden, welche Ziele einen klaren Horizont geben und welche stattdessen (entsprechend der Idee des Ratcheting up) in einem Lernprozess angepasst werden können. Beide Funktionen haben sich in unserer [Studie zu den deutschen Erfahrungen mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie](#) als zentral ergeben. Auch bleibt unklar, was man mit den nicht wenigen Vertragsparteien (wie der EU) macht, die bereits eine neue Biodiversitätsstrategie veröffentlicht haben.

Ebenso ungewiss bleibt, welche Informationen zu einem „Global Stocktake“ zu Rate gezogen werden sollen. Der Text dazu steht nach wie vor in Klammern (siehe Sektion zu „Review“). NBSAPs und Nationale Reports sollen dabei eine Rolle spielen, aber auch wissenschaftliche Erhebungen des IPBES, der Global Biodiversity Outlook der CBD, Local Biodiversity Outlooks, subnationale Reviews, freiwillige Peer Reviews zwischen Staaten sowie Evaluierungen mit lokalem und indigenem Wissen. Es bleibt zentral, wie solche Quellen dann für politische Empfehlungen und entsprechende Entscheidungen herangezogen werden und ob sie auf Nachsteue-

rungen der nächsten COP Einfluss haben. Eine grundsätzliche Befürchtung einiger Länder ist wohl, dass sie zu sehr an den Pranger gestellt werden könnten. Auch hier wird es wohl zu einem Verhandlungsendspurt kommen, bei dem Transparenz und Verantwortung mit finanzieller Unterstützung ausgehandelt werden.

Yves Zinngrebe, Fabian Pröbstl, Nina Büttner, Elisabeth Marquard, Nicole Nöske, Malte Timpfe, Luciana Zedda und Axel Paulsch

Strukturelle und inhaltliche Analyse der Nationalen Biodiversitätsstrategie Empfehlungen für ihre Weiterentwicklung



BfN-Skripten 619

2021



Ergebnisse der Studie „Strukturelle und inhaltliche Analyse der Nationalen Biodiversitätsstrategie. Empfehlungen für ihre Weiterentwicklung.“ Bild: BfN

Prof. Dr. Sylvia Karlsson-Vinkhuyzen schlussfolgert zu diesem Aspekt:

„Die Verhandlungen über eine Stärkung der Rechenschaftspflicht bei der Umsetzung der CBD-verliefen langsam und strittig, auch wenn sie wichtig für die weitere Zusammenarbeit sein werden. Die Positionen gingen in zentralen Fragen weit auseinander: bis wann welche NBSAPs vorgelegt werden sollen; ob eine regelmäßige globale Bestandsaufnahme nationaler Verpflichtungen durchgeführt werden soll; inwieweit man sich auf Leitindikatoren stützen soll; ob von den Vertragsparteien bereitgestellte Mittel transparent verlangt werden soll – all das blieb offen. Der SBI einigte sich lediglich darauf, dass Stel-

lungennahmen der Länder eingereicht werden können. Positiv zu vermerken ist, dass man sich auf einen Text geeinigt hat, der die Länder dazu ermutigt, breite Gruppen von nichtstaatlichen Interessenvertretern in die nationale Planung, Umsetzung und Berichterstattung im Zusammenhang mit der CBD-Arbeit einzubeziehen.“

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): *Trotz Austausch und Annäherung in Genf: Wenig konkreter Fortschritt in Beschlussvorlagen für CBD COP-15. Sonderbeitrag im April 2022.*

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49302>



Wie kann Deutschland ein Scheitern des neuen globalen Biodiversitätsabkommens verhindern?

Ein Gastbeitrag von Magdalene Trapp (NABU Bundesverband) und Friedrich Wulf (Pro Natura)
Erscheinungsdatum: 07. April 2022

Am 29. März ist eine weitere Verhandlungsrunde zu dem neuen globalen Biodiversitätsabkommen in Genf zu Ende gegangen – leider nur mit einem Zwischenergebnis. Für Ende Juni ist ein Anslusstreffen in Nairobi angesetzt, auf dem man sich hoffentlich auf Ziele einigt, die den Verlust von Arten und Lebensräumen global zu stoppen und umzukehren vermögen. Deutschland und die EU sollten als Vorbild auftreten, indem sie ambitionierte Zielen einfordern, finanzielle Ressourcen bereitstellen und dem Schutz der Biodiversität zu Hause die gleiche Priorität einräumen, die sie global fordern. Ansonsten droht ein Scheitern des gesamten Abkommens.



Internationale Flaggen vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in Genf. Bild: Magdalene Trapp

Was sind die Ergebnisse und wo stehen wir jetzt?

Trotz langwieriger Verhandlungen hat man in Genf kaum Fortschritte gemacht. Der aktuelle Text ist voller eckiger Klammern, also Formulierungsvorschlägen und Positionen, für die es noch keinen Konsens gibt.

Bei dem Ziel zur **Renaturierung** stimmt die grobe Richtung. Viele Länder sind dafür, global 20 % der degradierten Ökosysteme wiederherzustellen. Manche wollen sogar mehr. Die Konnektivität von Ökosystemen, also deren Vernetzung, um einen Austausch der Populationen verschiedenster Arten zu ermöglichen, hat als ein wichtiges Element viel Zuspruch gefunden. Aber am

Ende liegt der Teufel im Detail: Was sind „degradierte Standorte“, wo liegen sie, was ist die Baseline – 2020 oder vor der industriellen Revolution? Hier gehen die Meinungen weit auseinander.

Bei dem populären Ziel, 30 % der Land- und Meeresflächen global zu **Schutzgebieten** zu erklären, bleiben viele Fragen ungeklärt ([NeFo-Beitrag zu Meeresschutzgebieten](#)). Etwa, ob dies auch jeweils auf nationaler Ebene gelten sollte. Besonders kritische Punkte in den Verhandlungen waren das wirksame Management und die Rechte von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften in Schutzgebieten. Während beides im Entwurf steht, fehlen noch die nötigen Indikatoren für die Einhaltung dieser wichtigen Kriterien.

In den Zielsetzungen zur **Verschmutzung** (Plastik, Nährstoffeinträge und Pestizide) und **nachhaltiger Landwirtschaft** verhindern einige Länder bislang konkrete Zahlen. Außerdem versuchen manche Länder wie z.B. Brasilien, den Begriff der nachhaltigen Intensivierung („sustainable intensification“) zu integrieren, welcher für biodiversitätsschädigende Praktiken missbraucht werden könnte.

Eine andere Gruppe, zu der auch die EU gehört, setzt sich hingegen dafür ein, Nährstoffeinträge um die Hälfte und Pestizide um zwei Drittel zu reduzieren und Anwendung agrarökologischer Methoden auf mindestens 25 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen festzuschreiben. Einige Länder und NGOs fordern im Einklang mit UNEP zusätzlich die völlige Abschaffung besonders schädlicher Pestizide („Highly hazardous Pesticides“, HHP).

Auch das Ziel zu **umweltschädigenden Subventionen** ([NeFo-Beitrag zu diesem Thema](#)) geht bisher kaum über das Niveau des bisherigen Ziels von 2010 hinaus. Hier setzt sich die EU dafür ein, solche zuerst einmal alle zu identifizieren (bis 2025), um sie dann vollständig abzubauen. Dabei solle zunächst mit den „schädlichsten“ Subventionen begonnen werden.

Die bisherigen, für 2010 bis 2020 gültigen, sog. „Aichi“-Ziele sind vor allem deswegen gescheitert, weil sie nicht ausreichend umgesetzt wurden. Ein starker **Umsetzungsmechanismus** wäre also von zentraler Bedeutung für ein gutes Abkommen. Doch viele relevante Passagen aus dem aktuellen Entwurf für das Abkommen ([First Draft](#)) wurden in Genf nicht einmal diskutiert. Und auch bei den technischen Dokumenten ist man lange nicht so weit gekommen wie geplant. Offen bleiben z.B. die Fragen, wie und bis wann die Anpassung der nationalen Biodiversitätsstrategien an die neue Biodiversitätsziele erfolgen soll, wie standardisierte Vorlagen für die Berichte aussehen werden und bis wann berichtet werden muss.

Einer der beiden größten Knackpunkte in den Verhandlungen ist allerdings die **Finanzierung**. Länder aus dem globalen Süden werden sich ohne Finanzausgaben aus dem globalen Norden nicht zu einem Abkommen mit starken Zielformulierungen und Umsetzungsmechanismen verpflichten.

Sie fordern dafür mindestens 100 Milliarden USD pro Jahr und geben sich nicht mit einer Umwidmung umweltschädigender Subventionen zufrieden.

Wie ist der aktuelle Stand zu bewerten?

Die Ergebnisse der Diskussionen reflektieren nicht die Dringlichkeit, mit der hinsichtlich des globalen Verlusts von Arten und Lebensräumen gehandelt werden müsste. In den weiteren Verhandlungen müssen endlich gemeinsame Lösungen entwickelt werden. Dies betrifft ganz besonders auch die Treiber des Biodiversitätsverlustes. Die Ausweitung und Intensivierung der Landnutzung, Jagd und Fischerei, Umweltverschmutzung und Klimawandel stellen ganz direkte Bedrohungen für die Biodiversität dar. Diese werden durch indirekte Treiber wie den Überkonsum der Industrieländer und falsche Anreize in Handel und Wirtschaft vorangetrieben. Zentrale Hebel zur Lösung der Krise liegen, außer in der Renaturierung von bereits zerstörten Bereichen und der Ausweitung von Schutzgebieten, vor allem in einer nachhaltigen Land- und Meeresnutzung. Ebenso wichtig für eine kohärente, biodiversitätsfreundliche Politik ist die Umgestaltung der Regeln für Innen- und Außenwirtschaft sowie den Finanzbereich, damit Unternehmen innerhalb ökologischer Grenzen wirtschaften, und sich die Ausbeutung der Natur nicht mehr lohnt ([NeFo-Interview zur Rolle der Finanzwirtschaft](#)).



Plenarsitzung in Genf. Bild: Magdalene Trapp

Was müssen Deutschland und die EU jetzt tun?

Deutschland und die EU setzen sich in den Verhandlungen für ambitionierte und messbare Ziele sowie starke Umsetzungsmechanismen ein. Das ist sehr zu begrüßen und sollte auch so bleiben. Allerdings hat man in Deutschland

der Biodiversität in politischen Entscheidungen bisher nicht die Priorität eingeräumt, die es bräuchte, um die Ziele zu erreichen. Das muss sich ändern. Das Kabinett von Olaf Scholz muss anerkennen, dass intakte Ökosysteme unsere Lebensgrundlage darstellen. Die Biodiversitätsziele gilt es in allen Politikbereichen umsetzen. Die konsequente Umsetzung des Green Deals der EU und der dazugehörigen EU-Biodiversitätsstrategie würde Deutschland bereits einen erheblichen Schritt weiterbringen ([NeFo-Interview zur EU-Biodiversitätsstrategie](#)).

1. Für ausreichende Finanzierung sorgen

Ohne ausreichende Finanzausgaben an die Länder des globalen Südens zur Umsetzung der Biodiversitätsziele könnte das gesamte Abkommen scheitern. Im ersten Schritt sollte die Bundesregierung in den aktuell laufenden **Haushaltsverhandlungen** daher deutlich mehr Geld für den Erhalt der globalen Biodiversität reservieren. Im Koalitionsvertrag hatte sie dies bereits versprochen. Dieses Versprechen gilt es nun einzulösen. Den G7-Gipfel Ende Juni in Elmau sollte Deutschland nutzen, um das Thema auf höchster politischer Ebene zu verankern und gemeinsam mit den anderen Industrienationen für eine Lösung der Finanzierungsfrage zu sorgen.

2. Mehr Anstrengungen bei Schutz und Wiederherstellung der Natur leisten

Das von der Bundesregierung jüngst vorgestellte Aktionsprogramm für den **natürlichen Klimaschutz** ist ein guter erster Schritt in die richtige Richtung. Damit sollen Ökosysteme, die eine wichtige Rolle für die Biodiversität und die Klimaschutz spielen, wie Moore, Auen, Wälder, Grünland oder Seegraswiesen im Meer, geschützt und wieder hergestellt werden. Die angekündigten vier Milliarden Euro bieten endlich Spielraum, tatsächlich etwas zu bewegen. Nun ist es wichtig, gemeinsam mit den Ländern und Akteuren vor Ort schnell mit der Umsetzung zu beginnen. Die Verschiebung der EU-Gesetzgebung zu Renaturierung ist hingegen ein falsches Signal. Hier sollte sich die Bundesregierung für eine schnelle Veröffentlichung einsetzen.

Bei der Formulierung des Ziels, **30 % der Landes- und Meeresfläche unter Schutz** zu stellen, ist unbedingt darauf zu achten, dass ef-

fektiver Schutz die Achtung der Rechte von Grundbesitzern und der lokalen Bevölkerung beinhaltet sowie eine echte Beteiligung der Öffentlichkeit, Management und Konnektivität der Gebiete – auf globaler und nationaler Ebene – sichergestellt werden müssen. Vor der eigenen Haustür bleibt viel zu tun. Derzeit droht Deutschland zum wiederholten Mal durch den Europäischen Gerichtshof wegen nicht ausreichender Umsetzung der Fauna- Flora-Habitat Richtlinie der EU (FFH-Richtlinie) verurteilt zu werden. Wir sind hier international gesehen also alles andere als ein Vorbild.

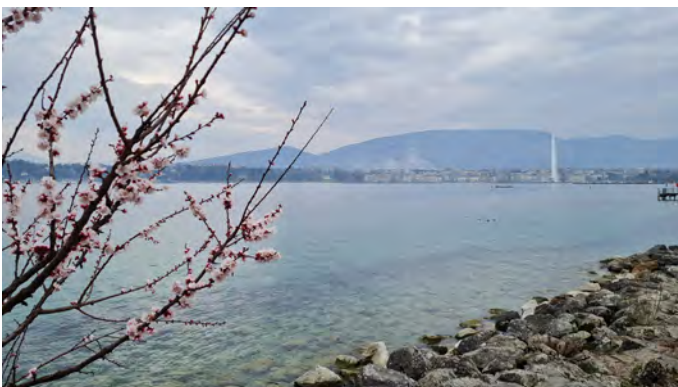
3. Die Landnutzung naturgerecht umgestalten

Über die Direktzahlungen der EU-Agrarpolitik fließen jedes Jahr enorme Summen umweltschädigender Subventionen. Diese gilt es schnellstmöglich abzubauen. Stattdessen sollten Anreize für eine **naturverträgliche Landwirtschaft** geschaffen und Landnutzer*innen für biodiversitätsfördernde Maßnahmen honoriert werden. Der Einsatz von Pestiziden sollte bis 2030 um mindestens 50 % reduziert werden, wie es die EU in ihrer Biodiversitätsstrategie vorsieht. Neben der Menge sollte auch die Giftigkeit der Produkte reduziert und hochgiftige Pestizide verboten werden. Ebenso ist die Anbaufläche des Ökolandbaus auf mindestens 25% der Fläche auszuweiten. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt sind Biodiversitätsstandards in Lieferketten sowie Handelsabkommen ([NeFo-Beitrag zu Telecoupling](#)). Für solch ein Modell sollte die Bundesregierung auch bei den G7 und anderen Partnern werben.

Fatale Signale sind die derzeitige Verschiebung des Rechtsaktes zu Pestiziden auf EU-Ebene sowie die (temporäre) Freigabe ökologischer Vorrangflächen für die Produktion. Die aktuelle Ernährungskrise sollte nicht als Begründung dienen, um die Biodiversitätskrise zu verschärfen. Gemeinsame Lösungen müssen gefunden werden. Die Flächen, die derzeit zum Anbau von Tierfutter und Biokraftstoffen genutzt werden, bieten weitaus größeres Potenzial, tatsächlich einen relevanten Beitrag zur **Ernährung** von Menschen zu leisten als die aktuell ausgewiesenen ökologischen Vorrangflächen.

Fazit: Der Biodiversität größere Priorität einräumen

Nach der Verhandlungsrunde in Genf ist leider immer noch offen, ob die Welt diesen Herbst neue ambitionierte globale Ziele und die nötigen Umsetzungsvoraussetzungen haben wird, welche es der Weltgemeinschaft ermöglichen, den Verlust der Biodiversität bis 2030 zu stoppen und umzukehren. Doch bereits jetzt ist klar, an welchen Punkten sich die Länder der Welt und auch die EU und Deutschland bewegen müssen, um diesem Ziel näher zu kommen. Dabei geht es neben der Klärung der Finanzierungsfrage und einen funktionierenden Umsetzungsmechanismus um vermehrte Anstrengungen bei Schutz und Wiederherstellung der Natur, der naturverträglichen Nutzung von Land und Meer sowie Weichenstellungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Diese muss in Einklang mit der Bewahrung der Biodiversität gebracht werden - um der Biodiversität selbst willen und um die Lebensgrundlage für uns Menschen zu erhalten. Die Bundesregierung sollte dem Schutz der Biodiversität deshalb größere Priorität einräumen!



Genfer See. Bild: Magdalene Trapp



Magdalene Trapp ist Referentin für Biodiversitätspolitik beim NABU Bundesverband. Während und nach ihrem Studium in „Ökosystemmanagement (BSc.)“ und „Sustainable International Agriculture (MSc.)“ an den Universitäten Göttingen und Kassel widmete sie sich zunächst der EU-Agrarpolitik mit ihren sozialen und ökologischen Folgen. Seit 2020

gehört die UN-Biodiversitätskonvention und ihre Umsetzung über die nationale Biodiversitätsstrategie zu ihren Arbeitsschwerpunkten. (Bild: sevens+maltry)



Friedrich Wulf ist Biologe und seit 2008 beim Schweizerischen Bund für Naturschutz Pro Natura für internationale Biodiversitätspolitik zuständig. Die Biodiversitätskonvention ist seit 2007 eines seiner wichtigsten Arbeitsfelder. Bereits 2010 hat er an der Verabschiedung der Aichi-Ziele mitgewirkt. Er koordiniert sowohl die Arbeit von Friends of the Earth Europe als auch die AG Biodiversität des Forums Umwelt und Entwicklung, in der die deutschen Naturschutz- und Entwicklungsverbände zur CBD zusammenarbeiten. (Bild: Martin Bichsel)

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Trapp, Magdalene; Wulf, Friedrich (2022). Wie kann Deutschland ein Scheitern des neuen globalen Biodiversitätsabkommens verhindern? NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im April 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49299&nopagecache>



Das Ringen um globale Ziele geht in die nächste Runde - und der weitere Fahrplan kristallisiert sich heraus

Bericht von den laufenden CBD-Verhandlungen von Yves Zinngrebe und Axel Paulsch
Erscheinungsdatum: 07. April 2022

Das Treffen in Genf ist vorbei und wir sind hin und her gerissen: Auf der einen Seite ist das Global Biodiversity Framework (GBF) immer noch ein bunter Salat voller vager Begriffe und geklammerten Textes. Auf der anderen Seite haben wir jetzt mehr Klarheit dazu, dass es ein allgemeines Bemühen um einen solchen Text gibt und ein Scheitern vorerst abgewendet scheint (siehe auch unsere Einschätzung im [Beitrag der Riffreporter](#)). In der langen Zeit der COVID-Restriktionen und Online-Meetings war wenig Fortschritt zu verzeichnen und das digitale Format konnte nur sehr beschränkt das Vertrauen in partnerschaftliches Miteinander stärken. Gleichzeitig muss man aber auch sehen, dass spätestens seit der COP14 in Sharm el-Sheikh an dem GBF gearbeitet wird und dass angesichts der anvisierten Laufzeit bis 2030 nun wirklich Druck herrscht, etwas vorzulegen.

Gleich zu Beginn warf auch der Krieg in der Ukraine seine Schatten über die Verhandlungen, was auch an vielen Stellen wieder auftauchte, z.B. bei der Wahl von Gremienvertretern für die Region Osteuropa. Prozedural ist anzumerken, dass trotz der Beschwörungen seitens der Chairs, lange initiale Statements wegzulassen, zu Beginn erstmal wertvolle Zeit genutzt wurde, um allgemeine Sichtweisen kundzutun und einen Modus Operandi zu finden. Dabei wurden viele Argumente aus den online-Verhandlungen 2021 einfach wiederholt, ohne dass Kompromissbereitschaft signalisiert wurde.



Die Delegierten verhandelten oft bis spät in die Nacht.
Bild: Yves Zinngrebe

Das Thema der Finanzierung, sowie das Thema der Digital Sequence-Information (DSI) waren zudem so zentral und gleichzeitig kontrovers, dass hier weiterhin nach Lösungen gesucht

wird. Politisch scheint ein Kompromiss möglich. Es braucht hier aber eine Lösung, die wirklich umsetzbar ist ([Themenspezial](#) und [Gastbeitrag](#) zu DSI).

In der Diskussion der tatsächlichen Formulierung der 21 Ziele des GBF ist man gegen Ende der Genfer Verhandlungen immerhin dazu gekommen, am konkreten Text zu arbeiten. Auch wenn der Text im Moment bei den meisten Zielen vor lauter geklammerten Stellen kaum lesbar ist, sind doch alle Bausteine als Alternativen nebeneinander, sodass man jetzt nach Kompromissformulierungen suchen kann.

Unser Fazit zu den Verhandlungs-Fortschritten: wir sind zwar ernüchtert, aber dennoch vorsichtig optimistisch. Das hat mehrere Gründe: Zum einen haben wir jetzt eine solide Grundlage, um das GBF voranzutreiben. Den Parteien sind nochmal die Positionen der jeweils anderen Seiten klar geworden und sie können nun die Zeit bis zur nächsten Verhandlungsrunde nutzen, um zu Hause zu beraten, ob und welche roten Linien sie aufweichen können, um mit neuem Mandat in die nächste Vorbereitungskonferenz in Nairobi, Kenia, (21. – 26. Juni 22) zu gehen. Zweitens gibt es Dokumente, die schlicht aus Zeitgründen in Genf nicht besprochen werden konnten, die aber grundlegend für die weiteren Verhandlungen sind. Da wird zusätzliche Verhandlungszeit

sicher helfen. Drittens wird bis Nairobi weitergearbeitet, Expertengruppen kümmern sich z.B. um DSI und um den Berichtsprozess zu den GBF-Zielen. Also werden bis Nairobi konkrete Texte vorliegen, über die dann verhandelt werden kann. Und nicht zuletzt führt steigender zeitlicher Druck letztlich am ehesten zu Kompromissbereitschaft. Die Erwartung an Nairobi ist nun, einen möglichst „cleanen“ Text für Kunming vorzubereiten, in dem nur die zentralen, politischen Konflikte noch geklammert sind, die dann bei COP 15 gelöst werden müssen.

Ein anvisierter Termin für die COP15 Ende August bis Anfang September in Kunming, China, ist bislang immer noch nicht bestätigt und hängt wohl noch von COVID-Beschränkungen und geopolitischen Dynamiken ab.

Genf hat gezeigt, dass die Abgeordneten zu Gesprächen bereit sind, aber dass ein klares Mandat für ein ambitioniertes Rahmenwerk noch fehlt. Wie in unseren Blog-Texten beschrieben, braucht es Klarheit, was in Kunming erreicht werden soll. Das GBF wird vorgeben, bis wann und wie weit ein Stopp des Verlustes von Arten und Ökosystemen erreicht werden soll. Die politische Ambition, die durch diese fundamentale Zielstellung dargestellt wird, ist dringend nötig, um eben die nötigen Handlungen davon legitim ableiten zu können. Anderer gesagt: Solange man nicht weiß, was man will, kann man auch keine Handlungsforderungen ableiten, um dahin zu gelangen. Mainstreaming betont die nötige Politikintegration, die zu einem kohärenten, entschlossenen Handeln nötig ist, kann aber ohne konkrete Definitionen zu einem losen „Buzz-Word“ verkommen. Und zuletzt ist ein GBF nur so viel wert, wie es in der nationalen Umsetzung ernst genommen wird. Das bedeutet, wir brauchen eine klare Verknüpfung von Zielen mit Indikatoren, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten und einen Mechanismus, um die Umsetzung auch zu überprüfen ([siehe auch Bericht vom Side Event](#)).

In Nairobi müssen die verhandelnden Parteien mehr Kompromissbereitschaft zeigen und das Wiederholen der altbekannten Positionen muss überwunden werden, sonst nützt auch zusätzliche Verhandlungszeit wenig. Solange, wie in Genf geschehen, einzelne Delegationen zuerst zuhause nachfragen müssen, ob sie in Bezug auf Biodiversitätsverlust und Klimawandel das Wort „Krise“ verwenden dürfen, bleibt der Weg zu einem ambitionierten GBF noch ziemlich weit. Stattdessen braucht es Führung – von Gastgebern, Wortführern oder ehrgeizigen Ländern. Nur so waren auch in der Vergangenheit große Fortschritte zu erreichen.



Unser Fazit zu den Verhandlungsfortschritten: Wir sind zwar ernüchtert, aber dennoch vorsichtig optimistisch.
Bild: Yves Zinngrebe

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Das Ringen um globale Ziele geht in die nächste Runde - und der weitere Fahrplan kristallisiert sich heraus. CBD-Kolumne im April 2022.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49298&nopagecache>



Der nächste kleine Schritt in Richtung GBF – OEWG 4 in Nairobi

Bericht von Dr. Axel Paulsch. Unter Mitwirkung von Dr. Yves Zinngrebe.

Erscheinungsdatum: 12. Juli 2022

Zunächst mal die gute Nachricht: Beim vierten Treffen der Open-Ended Working Group (OEWG 4) zum globalen post-2020 Biodiversitätsrahmen (GBF) wurde endlich ein Termin und Ort für die 15te Vertragsstaaten-Konferenz (COP 15) verkündet, nämlich 5.-17.12.2022 in Montreal, am Sitz des CBD-Sekretariats. COP 15 wird weiterhin unter chinesischer Präsidentschaft durchgeführt, aber eben wegen der Null-Covid Politik Chinas nun doch nicht in Kunming. Diese zeitliche Festlegung gleich zu Beginn von OEWG 4 sollte natürlich den Druck zur Einigung auf konkrete Zielformulierungen erhöhen, um eine konkrete Beschlussvorlage für COP 15 vorlegen zu können. Zumindest war das die Hoffnung zu Beginn der Tagung in Nairobi am 21.06. Leider hat sich der geforderte „spirit of compromise“ nicht sonderlich bemerkbar gemacht.

Zwar wurde erreicht, bei den meisten Zielen einige der vielen eckigen Klammern aufzulösen, die bei der [OEWG 3 in Genf](#) noch stehen blieben oder gesetzt wurden (siehe auch [NeFo-Kolumne vom April](#)). Hierfür wurden beispielsweise redundante Formulierung eliminiert. Aber in Bezug auf die wesentlichen Streitpunkte hat sich bei der [OEWG 4](#) nicht viel bewegt. Es sind weiterhin alle konkreten Zahlenangaben umstritten: 20% Wiederherstellung, 30% Schutzgebiete, Abbau von 500 Milliarden von schädlichen Subventionen. Nichts davon ist wirklich festgelegt worden, man hält sich gegenseitig in Schach: Ohne konkrete Zahlen bei den Finanzausgaben keine konkreten Ziele bei Schutzgebieten und umgekehrt. Gleichzeitig bleiben viele Zielformulierungen, wie die zu integrierter Politik („Mainstreaming“), „nachhaltigen“ Wertschöpfungsketten und Produktionssystemen, oder zu „Biodiversitäts-freundlichen Land- und Forstwirtschaft“ äußerst vage, und es sind auch weiterhin viele verschiedene Alternativformulierungen im Rennen.

Weiterhin ungeklärt ist auch die Frage des zukünftigen Finanzierungsmechanismus, der von einigen Entwicklungsländern gefordert wird (Global Biodiversity Fund). Die Länder, die bisher in die Global Environment Facility (GEF) als Finanzierungstopf der CBD einzahlen, argumentieren, dass ein neuer Topf kein

neues Geld generiert, sondern zunächst mal leer ist und vor allem neue Administration braucht, um verwaltet zu werden. Sie fordern vielmehr, dass finanzielle Ressourcen für den Biodiversitätsschutz aus allen Quellen kommen müssen, also auch aus Haushaltsmitteln aller Staaten und nicht nur aus den Geldern der Entwicklungshilfe, die einige wenige Geberländer zur Verfügung stellen.



Das vierte Vorbereitungstreffen für die CBD-COP 15 (OEWG 4) fand vom 21. bis 26. Juni 2022 in Nairobi, Kenia, statt.

Bild: A. Paulsch

Für ein einziges Ziel wurde der Formulierungsvorschlag von allen Klammern befreit, und zwar folgendes zu urbanen Räumen:

Target 12: Significantly increase the area and quality and connectivity of, access to, and benefits from green and blue spaces in urban and densely populated areas sustainably, by mainstreaming the conservation and sustainable use of biodiversity, and ensure biodiversity-inclusive urban planning, enhancing native biodiversity, ecological connectivity and integrity, and improving human health and well-being and connection to nature and contributing to inclusive and sustainable urbanization and the provision of ecosystem functions and services.

Zu Deutsch:

Ziel 12: Die Fläche, die Qualität und die Vernetzung von Grün- und Blauräumen in städtischen und dicht besiedelten Gebieten sowie der Zugang zu diesen Räumen und der Nutzen aus diesen Räumen sollen deutlich und nachhaltig gesteigert werden, indem die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt integriert berücksichtigt, eine die biologische Vielfalt einbeziehende Stadtplanung gewährleistet wird, einheimische Biodiversität, ökologische Konnektivität und Integrität gesteigert, und menschliche Gesundheit und Wohlergehen, sowie die Verbindung zu Natur verbessert und so zu einer inklusiven, nachhaltigen Stadtentwicklung unter Bereitstellung von Ökosystemfunktionen und -leistungen beigetragen wird.

Ob das eine leicht zu kommunizierende und anwendungsorientierte Formulierung ist, mag jeder selbst beurteilen. Es bleibt hier zu interpretieren, was mit einer „deutlichen Steigerung“ und einer „integrierten Berücksichtigung“ gemeint ist. Fest steht, dass diese Formulierung für Ziel 12 jetzt an die COP gegeben wird.

Am Ende überwog allgemein die Enttäuschung, dass so wenig Fortschritt erzielt wurde, und Allianzen von Vertragstaaten wer-

fen sich gegenseitig zu wenig Flexibilität vor.

Also, wie soll es weitergehen bis zur COP 15? Die co-chairs der OEWG haben dazu zweierlei angekündigt: Zum einen das Weiterarbeiten in den nächsten Wochen und Monaten, unter anderem mittels schriftlicher Kommentare zum aktuellen Verhandlungsstand, die Vertragstaaten an das Sekretariat senden können, sowie kleinen Beratungsgruppen (z.B. zu Digitaler Sequenzinformation). Zum anderen soll es eine Art OEWG 5 geben, indem man einige Tage vor der COP nach Montreal kommt und dort noch als Arbeitsgruppe weiterverhandelt. Dieser Plan ist noch nicht ganz offiziell, weil Mittel und Räumlichkeiten noch geklärt werden müssen, aber man geht davon aus, dass es so kommen wird.

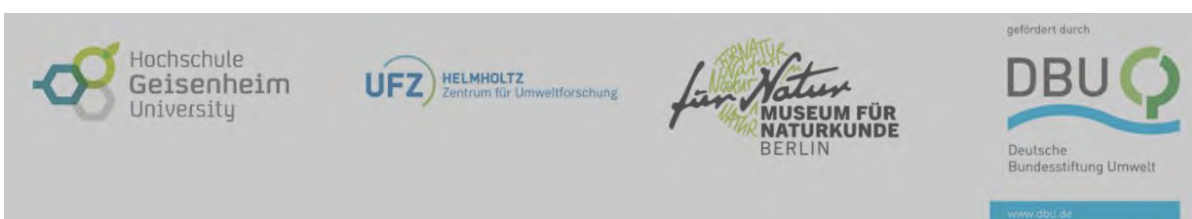
Fazit: Jede Menge Arbeit für die COP und dringend benötigter politischer Wille zur Einigung auf ambitionierte Ziele. Optimismus sieht anders aus, leider.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Der nächste kleine Schritt in Richtung GBF – OEWG 4 in Nairobi. CBD-Kolumne im Juli 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49479&nopagecache>



Neue Biodiversitätsziele: Aus alten Fehlern wenig gelernt

Im NeFo-Interview: Yves Zinngrebe, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)

Das Interview führte Sebastian Tilch für NeFo
Erscheinungsdatum: 08. Juni 2022

Wird es dieses Mal klappen? Erreichen wir bis 2030 unsere Biodiversitätsziele, statt, wie bisher, wieder krachend zu scheitern? Im Herbst soll das neue Globale Rahmenwerk zum Schutz der biologischen Vielfalt (Global Biodiversity Framework GBF) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD bei der Vertragsstaatenkonferenz im chinesischen Kunming verabschiedet werden. Es wurde ein ganz neuer Plan aufgestellt, der natürlich besser oder zumindest erfolgreicher sein soll, als die alten Aichi-Ziele von 2010. Die Frage ist allerdings, ob das der richtige Weg ist. Denn um alte Fehler vermeiden zu können, hätte man, statt den alten Plan einfach nur als gescheitert zu betrachten, eine Fehleranalyse betreiben müssen. Das ist aber nicht systematisch geschehen. Und auch der bisherige Entwurf des neuen Plans kommt kaum über das Niveau des letzten Abkommens hinaus. Das sagt unter anderem Dr. Yves Zinngrebe, Experte für internationale Naturschutzpolitik am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ in Leipzig. Zinngrebe verfolgt die CBD-Prozesse seit 2008 und beschäftigt sich wissenschaftlich mit Fragen zur Rechenschaftspflicht in internationalen Naturschutzabkommen. Zudem berät er die Bundesregierung zu deren Verhandlungen sowie bei der Erstellung einer neuen Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Im NeFo-Interview zeigt er auf, welche Auswertungsmaßnahmen des CBD-Prozesses möglich und nötig sind, um Verantwortlichkeiten bei der Umsetzung des neuen Zielwerks zu stärken.

NeFo: Herr Zinngrebe, die CBD gibt es nun seit 1993. Bis auf wenige Ausnahmen (bspw. den USA) sind alle Staaten der Erde darin Mitglied. Sie hat seither viele Beschlüsse gefasst, um den Rückgang der biologischen Vielfalt zu stoppen und die Lebensgrundlage der Menschheit zu erhalten. Die beschlossenen Ziele wurden regelmäßig verfehlt. Wie kann das sein? Wie verbindlich sind CBD-Beschlüsse eigentlich?

Zinngrebe: CBD-Beschlüsse sind nicht per se bindend. Der Konventionstext und Protokolle der CBD werden von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten angenommen und ratifiziert. Daraus folgen gewisse, sehr allgemeine Verpflichtungen, dass man Strategien (sogenannte NBSAPs) entwickeln und Berichte zur Umsetzung schicken muss. Alles andere ist eher als „Soft-law“ zu bezeichnen. Das bedeutet: Es folgen keine rechtlichen Schritte daraus, wenn die Beschlüsse nicht umgesetzt werden. Die Konsequenzen

sehen dann eher so aus, dass man als Land gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten negativ auffällt.

NeFo: Gibt es denn nach den Erfahrungen des mehrfachen Scheiterns in den vergangenen Jahrzehnten Ambitionen, diese Unverbindlichkeit auf globaler politischer Ebene zu verändern?

Zinngrebe: Wenn man im CBD-Kontext von besserem „Monitoring and Accountability frameworks“ (also frei übersetzt von „Überprüfung und Rechenschaftspflicht“) spricht, dann werden meist Mechanismen diskutiert, die transparent machen, wo die Mitgliedsstaaten noch nachsteuern könnten, um bessere Resultate zu erzielen (siehe auch den [aktuellen Gastbeitrag](#)). Zentrale Elemente sind hier die Nationalen Strategien und die Nationalen Berichte, die bei der CBD eingereicht werden. Ein weiteres Instrument ist eine Art freiwilliges Peer-Review-Verfahren,

bei dem Vertreter*innen eines Landes in ein ähnliches anderes Land reisen. Dort schauen sie, was passiert und geben Empfehlungen. Das wird derzeit getestet.



Vorverhandlungen zur CBD COP-15 in Genf, März 2022 Bild: IISD ENB

Darüber hinaus wird bei den aktuellen Verhandlungen des neuen Globalen Rahmenwerks der CBD diskutiert, gemeinsame „Headline“-Indikatoren einzuführen, um die Umsetzung künftig vergleichbarer in allen Mitgliedsstaaten evaluieren zu können. Solche Indikatoren gab es beim letzten Strategischem Plan eben nicht. Da beauftragte das CBD-Sekretariat Wissenschaftler*innen, im Rahmen der [Global Biodiversity Outlooks 4 und 5](#) die Fortschritte zu bewerten. Auch die Berichte des [Weltbiodiversitätsrates IPBES](#) tragen zu einer verbesserten Datengrundlage bei. Hier ist allerdings bislang unklar und auch Teil der Verhandlungen, in wie weit die Empfehlungen dieser IPBES-Berichte jetzt zur Evaluierung und Anpassung der CBD und der nationalen Implementierungsprozesse herangezogen werden. Der [Globale Bericht des Weltbiodiversitätsrates IPBES](#) hat eine große mediale und politische Aufmerksamkeit erzeugt und so indirekt ein politisches Momentum erwirkt. Allerdings haben auch selbst IPBES-Berichte und die CBD-eigenen, negativen Evaluierungen der Global Biodiversity Outlooks bisher nicht zu wirklich stärker bindenden Abkommen geführt.

Zu guter Letzt muss hier auch immer noch das Thema Finanzierung erwähnt werden: Dadurch, dass es möglich ist, die Zusage von Finanzmitteln an bestimmte Umsetzungsschritte zu binden, kann Druck auf Mitgliedsstaaten ausgeübt werden. Allerdings

besonders unter den Empfängerländern, was zu Ungleichheiten führt. Das steht dann ein bisschen im Gegensatz zu der eigentlichen Idee der geteilten, aber differenzierten Verantwortlichkeiten der CBD, bei der alle agieren, aber die Geberländer verstärkt dafür zahlen.

NeFo: Wäre es eine Option, die Umsetzungswahrscheinlichkeit der Beschlüsse zu erhöhen, in dem die CBD Sanktionsmöglichkeiten einführt, wie es etwa der Weltsicherheitsrat vorsieht?

Zingrebe: Das ist beim Thema Biodiversität eigentlich kaum möglich. Die biodiversitätsreichen Länder sind ja in der Regel die armen Länder des Globalen Südens. Diese dann mit finanziellen Strafen für Nichthandeln zu belegen, ist wenig hilfreich. Es geht im Gegenteil ja darum, diese Länder zu überzeugen, biodiversitätskompatible Entwicklungspfade zu wählen, und bei entstehenden Kosten von Ländern aus dem Norden unterstützt zu werden. Also positive Anreize sind das Credo.

Wenn man CBD-Beschlüsse bindend machen wollte, könnte man Handelsbeziehungen und Finanzströme daran knüpfen. Ein Beispiel: Ich habe ja lange in Peru gearbeitet. Da wurde das Umweltministerium erst 2008 gegründet, und nebenbei von Angela Merkel eingeweiht. Entstanden ist es tatsächlich, weil die USA das als Voraussetzung für ihr Freihandelsabkommen mit Peru gefordert haben. Daran sieht man, dass Fortschritte in der Naturschutzpolitik massiv an Wirtschaftsbeziehungen hängen.

Es wäre durchaus möglich, das derzeit verhandelte Abkommen zwischen Europa und den Mercosur-Staaten (Lateinamerika und Neuseeland) beispielsweise an Entwaldungs- oder Fischereiziele zu knüpfen. Der Zusammenhang zwischen Entwaldung in MERCOSUR-Staaten für den Anbau von Soja usw. zugunsten der Viehhaltung oder Biosprit in Europa ist ja weithin bekannt. Damit könnte die EU ihre eigene Biodiversitätsstrategie auf andere Weltregionen ausweiten und hätte dann auch mehr Argumente, bei CBD-Verhandlungen mit lateinamerikanischen

Ländern eine gemeinsame Linie zu finden. Da sowohl Konsum als auch Produktion explizit im GBF steht, und auch die EU beide Probleme explizit im „European Green Deal“ und in der „Farm-to-Fork-Strategie“ thematisieren, wäre es absurd, wenn man Wirtschafts- und Biodiversitätspolitik also nicht zusammen denken würde.

NeFo: Die Kunming-Erklärung, die die Mitgliedsstaaten beim ersten Teil der COP15 im Oktober 2021 verabschiedet haben, besagt, dass die mangelnde Umsetzung das Problem der letzten Ziele war. Was bedeutet das genau?

Zinngrebe: Das bedeutet zunächst einmal, dass nicht genug getan wurde, um die Ziele zu erreichen - eine sehr generelle, wenig aufschlussreiche Feststellung. Die Kunming-Erklärung sagt aber auch, dass sowohl direkte als auch indirekte Treiber stärker adressiert werden müssen. Wenn man sich auf eine genauere Fehlersuche machen will, wird man allerdings auch die Formulierung der Aichi-Targets kritisieren müssen: Ein Kernproblem ist, dass die Zielsetzungen in den AICHI-Targets sehr unkonkret formuliert waren. Hier ein paar Beispiele: „Nachhaltiges Management von Wertschöpfungsketten“, „Schädliche Subventionen“, „Effektives Managen von Naturschutzgebieten“. Das hat alles sehr viel Interpretationsspielraum. Interpretierbare Begriffe wie „gerecht“, „nachhaltig“, „effektiv“ müssen konkret definiert werden. Aber anstatt Zielstellungen zu präzisieren oder Umsetzungsmaßnahmen zu verbessern, wurden jetzt vier Jahre damit verbracht, ein komplett neues Zielsystem zu entwickeln, was bislang genauso vage wie das alte ist.

NeFo: Greifen wir mal die nachhaltigen Wertschöpfungsketten heraus: Wie könnte eine effektive Zielformulierung aussehen?

Zinngrebe: Man braucht Referenzlinien und klare Definitionen. Nehmen wir etwa Landnutzung oder Entwaldung, das sind gut messbare Indikatoren. Da könnte man ein Referenzjahr (z.B. 2020) benennen Zielsetzungen auf diese Baseline beziehen. Es könnte auch klar definiert werden, dass bspw. Produkte,

die eine Gefahr für Entwaldung darstellen, nicht aus Gebieten kommen dürfen, die als Waldgebiete registriert wurden. Nachhaltige Produkte dürften in diesem Fall also nur aus geplanten Produktionen außerhalb von Waldgebieten kommen. Alles andere muss als nicht-nachhaltig gelten und entsprechend gehandelt werden. Wenn man nicht solche Konkretisierungen festlegt, kann jeder seine eigenen Definitionen schaffen. Außerdem muss man für den Biodiversitätsschutz – oder in diesem Falle Waldschutz – immer das ganze Land im Blick haben, weil sonst „nachhaltige Produktion“ auf ausgewiesenen Flächen andere Produktionsformen in Waldregionen treibt, die dann nicht in den Bilanzen auftaucht.

Es ist wohl schwer, alle Effekte und Sekundäreffekte mit einzelnen Indikatoren einzufangen. Entsprechend ist es wichtig, hier auch an die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu denken: So kann man überprüfen, ob Mitgliedsstaaten die Voraussetzungen für eine nachhaltige Produktion geschaffen haben. Es gibt da viele wissenschaftliche Einblicke über [nachhaltige Wertschöpfungsketten](#) und politische Anreizsysteme. Ich sehe bisher wenig, dass diese Einsichten für ein besseres Ziel- und Evaluierungssystem verwendet werden.

NeFo: Wurde der Prozess zu den globalen Biodiversitätszielen von 2010 bis 2020 denn eigentlich systematisch von der CBD aufgearbeitet? Die Fehler und Mechanismen, die zum Scheitern geführt haben, zu (er)kennen, wäre ja eine wesentliche Grundlage, um ein erneutes Scheitern zu verhindern.

Zinngrebe: Biodiversity action plan

Die Nationale Biodiversitätsstrategie ist bereits 15 Jahre alt. Um bei der aktuellen Neufassung wirklich Fortschritte zu machen, wurde der gesamte Prozess systematisch analysiert.

Wie gesagt wurden die Ziele direkt ausgewertet und die Ergebnisse im GBO-5 veröffentlicht. Ich denke, man hat an allen vorliegenden Berichten ausreichend gesehen, dass die

Ziele verfehlt wurden. Aber eine systematische Analyse dazu, wo die Umsetzungsprobleme lagen und wie man ihnen begegnen könnte, gab es zumindest seitens der CBD nicht. Einige Länder haben eigene Prozesse der Fehleranalyse gestartet. Ich selbst war an verschiedenen beteiligt. So haben wir in Deutschland beispielsweise die Umsetzung der Nationalen Strategie im Rahmen einer [Workshop-Reihe](#) im Auftrag des BfN mit vielen Stakeholdern bewertet. Wir haben auch in verschiedenen anderen Ländern, wie Peru, Rwanda, Indonesien und Honduras die Rolle der Aichi-Ziele und der Nationalen Biodiversitätsstrategien untersucht.

Ein Ergebnis war, dass viele Ziele und Strategien hauptsächlich zur Erfüllung der CBD-Formalien und als Referenzen für Finanzierung und Entwicklungszusammenarbeit erstellt werden. Die Strategien wurden aber nicht als Referenz für die nationale Umsetzung und die Ausrichtung und Bewertung sektoraler Politiken verwendet – kurzum: sie sind eine schöne Referenz, aber eben keine bindende.

Ein weiteres Problem in allen Ländern, egal ob Norden oder Süden, ist, dass Regulierungen nicht über Sektoren hinweg abgestimmt und koordiniert werden. Stattdessen werden Biodiversitätsprojekte aufgezogen, aber gleichzeitig [biodiversitätsschädigende Aktivitäten](#) gefördert. All das zeigt, dass mehr Geld in die falschen Strukturen nicht der Schlüssel ist. Stattdessen müssen eben die gesamten Regulierungssysteme transformiert werden.

NeFo: Ein wesentliches Instrument zur Analyse soll ja ein umfassendes Biodiversitätsmonitoring sein. Das wird ja seit langem gefordert und zumindest in Deutschland auch vorangetrieben, etwa mit dem Nationalen Biodiversitätsmonitoringzentrum, das erst vor kurzem eingeweiht wurde. Auch im First Draft ist das Monitoring ja durchaus erwähnt. Reicht das aus, um den Fortschritt beim Biodiversitätsschutz zu bewerten?

Zinngrebe: Mein Eindruck ist, dass das Biodiversitätsmonitoring ausreichend von Interessensgruppen vorangetrieben wird.



Die Nationale Biodiversitätsstrategie ist bereits 15 Jahre alt. Um bei der aktuellen Neufassung wirklich Fortschritte zu machen, wurde der gesamte Prozess systematisch analysiert.

Hier bringen Organisationen wie GEO BON, IUCN usw. ihre Indikatoren auch in die CBD ein. Was mir viel eher fehlt, sind prozessorientierte Indikatoren, mit denen sich die Wirksamkeit der eingesetzten Politikinstrumente messen lässt. Etwa, um zu messen, ob Länder vorgesehene Regulationen zur Förderung einer nachhaltigen Wertschöpfungskette wirklich umgesetzt haben.

Das Ganze steht und fällt aber mit der institutionellen Einbettung von Evaluierungsprozessen. Was nützt eine negative Evaluierung, wenn keine Konsequenzen daraus entstehen? Dann gewöhnen sich nur alle an die „Biodiversitätsschwarzmalerei“. Stattdessen braucht es bei einer Evaluierung auch einen Prozess oder ein Gremium, das darauf aufbauend Handlungsempfehlungen entwickelt. Dieser Prozess oder dieses Gremium muss aber dafür legitimiert sein. Auf CBD-Ebene könnte das etwa der Subsidiary Body of

Implementation (SBI) sein, wenn er ein entsprechendes Mandat und vielleicht entsprechende Arbeitsgruppen erhält. So könnte man flexibel von COP zu COP nachsteuern.

Wenn man einen solchen Lernmechanismus in den CBD-Prozess einbrächte und ihn institutionell handlungsfähig gestaltete, würde ich hier eine wesentliche Verbesserung sehen. Entsprechend kann man auf nationaler oder sub-nationaler Ebene vorgehen.

NeFo: Werden solche Erkenntnisse bei der Ausarbeitung eines neuen Rahmenwerks zum internationalen Biodiversitätsschutz denn aufgegriffen? Gibt es im First Draft Fortschritte gegenüber den alten Zielen?

Zinngrebe: Doch, es sind durchaus Vorschläge aufgegriffen worden. Ich erinnere mich noch an einen Side-Event bei der COP14 in Sharm El Shaik, bei der eine NGO eine Struktur für den nächsten CBD-Biodiversitätsrahmen vorgeschlagen hatte, die einer Pyramidenform folgt: Die Spitze entspricht einer recht abstrakten Vision, wo man 2050 sein will, und diese wird dann nach unten hin mit zunehmendem Konkretisierungsgrad gefüllt. So ähnlich ist der First draft nun auch aufgebaut.

Die CBD hat das ganze „Theory of change“ genannt. Darin hat man quasi die Logik beschrieben, wie Vision, Goals, Targets und Meilensteile zusammengehören. Also: Was soll sich verändern, damit Biodiversität besser geschützt wird? Dort finden sich sehr sinnvolle Grundsätze, etwa, dass die Zielstellungen komplementär zueinander aufgestellt sein sollten, dass es ein Monitoringsystem für die Umsetzung gibt, dass es einen regelmäßigen Evaluierungsprozess und eine dynamischere Nachsteuerung gibt, wenn klar werden sollte, dass das Maßnahmeniveau für die angestrebten Ziele nicht ausreicht, usw. Allerdings reicht der tatsächliche Konkretisierungsgrad leider nicht sonderlich weit, es ist also bisher eine recht niedrige Pyramide. Wesentliche Elemente, wie die Verteilung der Verantwortlichkeiten für die Umsetzung bleiben undefiniert, und es bleibt auch unklar, was passiert, wenn die Ziele nicht erreicht werden.

NeFo: Bedeutet diese „Theory of Change“ denn wirklich ein Fortschritt gegenüber den früheren Zielen? Darin bleibt man ja auch wieder sehr unkonkret. Darin steht etwa, es sei „ein gesamtstaatlicher und gesellschaftlicher Ansatz notwendig, um die in den nächsten zehn Jahren erforderlichen Veränderungen zu erreichen.“ Welche Veränderungen bleibt allerdings unklar. Außerdem ist formuliert, dass die Staaten „die Kosten der Untätigkeit erkennen sollen“. An dieser Stelle sind wir doch längst. Es müsste doch tatsächlich um Konsequenzen gehen. Bisher werden diese Kosten der Allgemeinheit auferlegt. Warum fällt hier nicht das Wort „Verursacherprinzip“? Im Absatz über Verantwortung steht im First Draft: „Die Parteien sind dafür verantwortlich, Mechanismen zur Planung, Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung einzuführen.“ Für die Umsetzung sind sie nicht verantwortlich?

Zinngrebe: Das Problem ist, dass die Verursacher eben nicht so klar zugewiesen werden können. Wenn z. B. ein Gift oder eine Verschmutzung in ein Wasser geleitet wird, so kann man den Verursacher dafür verantwortlich machen. Bei Biodiversität sind fast alle Menschen irgendwie an der Nutzung beteiligt. Umgekehrt kann hier aber auch jeder einzelne etwas bewirken – in dem sie/er zum Schutz beiträgt. Genauso können Länder auch ihre eigenen Ökosysteme schützen, ohne auf die anderen Länder zu warten.

Auf der Ebene der COP ist man meines Erachtens zu sehr in der Klimadenke drin, dass man immer alle mitnehmen müsste. Das trifft meiner Meinung nach aber bei Biodiversität nicht zu, da sie kein so globales Gut ist wie Kohlendioxid. Natürlich hängt die gesamte biologische Vielfalt auf dem Planeten von allen ab. Aber die heimische Biodiversität, die Gesundheit der Ökosysteme und die daraus entstehenden Ökosystemleistungen – darauf haben Gesellschaften und Regierungen innerhalb ihrer Landesgrenzen eine Menge Einfluss. Und da mit dem Opportunitätsverlust zu argumentieren – also dass man sich Kosten für ausgelassene Entwicklungschancen aufhängt - finde ich zu eindimensional. Genauso

kann man argumentieren, dass ein Land mit mehr Biodiversität sich selbst mehr Lebensqualität und mehr Zukunftspotenzial schafft.

NeFo: Orientieren sich die aktuellen Verhandlungen an den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Umsetzungsprozessen?

Zinngrebe: Eher nicht. Man verliert sich nun seit Jahren im Klein-klein. Es ist frustrierend zu sehen, dass die neuen Biodiversitätsziele bisher nicht über die Schärfe der letzten Ziele hinauskommen. Die Verhandlungen laufen unfassbar zäh. Man hätte viel Zeit sparen können, wenn man die Ziele nicht vollkommen neu verhandelt hätte. Hätte man sich stattdessen auf die Ursachenanalyse konzentriert, hätte man wohl mehr Fortschritte in Sachen Umsetzung erzielen können. Ich habe manchmal fast das Gefühl, dass das gewollt ist. Das sich die Verhandlungen unendlich in Formulierungen und einzelnen emotionalen Themen verlieren, anstatt über wirkliche Problemstellungen zu sprechen. Ich verfolge den CBD-Prozess jetzt seit 2008 und es wird in meiner Wahrnehmung seit Nagoya 2010 eher abstrakter als konkreter.

NeFo: Wie interessiert sind die Verhandler*innen bei den CBD-Konferenzen denn, wirklich voranzukommen und wirksame Naturschutzpolitik zu erzielen?

Zinngrebe: Viele von ihnen sind über Regierungswechsel hinweg seit Jahren dabei und viele sind selbst Biodiversitätsexpert*innen. Die haben ein Interesse am Schutz der Natur. Sie kommen aber dann im eigenen Land selbst oft nicht weiter, da andere Prioritäten gesetzt und Machtverhältnisse anders gelagert sind. Das Umweltministerium hat oft weniger Entscheidungsgewalt als andere Politikressorts. Man könnte CBD Entscheidungen ja theoretisch als „Rückenwind“ oder Legitimierung für stärkeren Biodiversitätsschutz im eigenen Land sehen. Allerdings laden sich die Verhandler*innen möglicherweise auch Probleme auf, wenn sie in ihrem Land Dinge ansprechen und versuchen, Veränderungen zu erwirken. Wenn unpopuläre Entscheidungen getroffen werden sollen, wenn politische Strukturen verändert werden sollen, die zu

einem wahren Wandel führen könnten, dann muss es schon einen politischen Willen auf höherer Ebene geben. Deshalb werden gewisse Entscheidungen auch erst bei der COP getroffen, wenn die Minister da sind, oder sogar die Staatsoberhäupter. Das wäre ja ein schönes Zeichen jetzt in Kunming. Beim Paris-Agreement war ja sogar Barak Obama da. Wenn die Beschlüsse so ein hohes politisches Gewicht bekommen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch umgesetzt werden.

NeFo: Wenn Sie sich etwas wünschen dürften, wie sollte der Post-2020-Prozess jetzt idealerweise laufen?

Zinngrebe: Es müsste zuerst einmal ziemlich bald überhaupt einen neues Rahmenwerk geben. Die Ziele im First Draft sind auf 2030 terminiert, das ist nicht mehr lang hin. Dann sollte schon jetzt festgelegt werden, wie es 2030 weitergeht. Nicht, dass wir in acht Jahren wieder vier Jahre für eine neue Strategie verlieren. Wir haben ja jetzt schon die Langfrist-Perspektive bis 2050. Man könnte also beschließen, wir halten an den Zielen gleich bis 2050 fest, justiert nur bei Bedarf nach, was z. B. das Ambitionsniveau anbetrifft.

Da wir jetzt in Kunming nicht mehr schaffen werden, als die Ziele zu beschließen, würde man idealerweise im Nachgang an den konkreten Maßnahmen, den Finanzierungsmechanismen, den Regeln für internationale Finanzflüsse, der Entwicklungszusammenarbeit und den Investitionen arbeiten.

Auf internationaler Ebene kann man Arbeitsgruppen einrichten, wie im Klimapolitikbereich, die definieren, was Best-Practice-Beispiele sind. Und damit kann man dann die Länder überwachen und bewerten. So hat etwa das Thema „Schädliche Subventionen“ durch die CBD wesentlich an Schärfe gewonnen; es ist so greifbar geworden, dass es als Argument in politischen Verhandlungen eine Rolle spielt. Die CBD kann also einiges voranbringen. Die Umsetzung findet ja dann in den Ländern statt.

NeFo: Was wären wichtige Schritte bei uns?

Zinngrebe: Ein sehr ambitionierter Schritt für Deutschland wäre, wenn man, ähnlich wie im Klimabereich, ein Biodiversitäts-gesetz einführen würde, das der Nationalen Biodiversitätsstrategie Gesetzesrang gäbe. Damit wäre es möglich, die Umsetzung dieser Strategie einzuklagen. Oder ein Gesetz, dass eine die Biodiversität stärker berücksichtigende, integrierte Planung verlangt. Für die Klimaziele versucht man gerade, einen Klimacheck bei Gesetzesvorschlägen oder Regierungsausgaben einzuführen. Das könnte man ebenso für Biodiversitätsziele tun.

Dr. Yves Zinngrebe ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Department für Naturschutzforschung des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung - UFZ. Er untersucht nachhaltige Landnutzungsgovernance-Systeme und Anreizsysteme für Transformation von sozial-ökologischen Systemen. Ein besonderer Fokus seiner Forschung sind die Konvention für Biologische Vielfalt (CBD) und ihre nationale Umsetzung. In dem Zusammenhang leitet Yves Zinngrebe das wissenschaftliche Begleitvorhaben zur Weiterentwicklung der Nationalen Biodiversitätsstrategie in Deutschland. Zugleich hat er die Umsetzung der Biodiversitätsziele durch "Trees on Farms" in Peru, Honduras, Uganda, Rwanda und Indonesien erforscht.

- [E-Mail](#)
- [Persönliche Website](#)



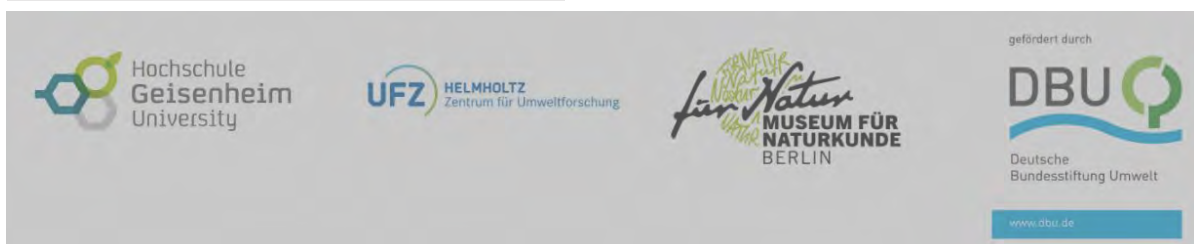
Yves Zinngrebe Bild: Y. Zinngrebe

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Neue Biodiversitätsziele: Aus alten Fehlern wenig gelernt. Themenschwerpunkt im Juni 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49383&nopagecache>



Fünf Vorschläge für effektivere globale Post-2020 Naturschutz- ziele

Ein Gastbeitrag von Juliette Landry, Julien Rochette, Matthieu Wemaëre (Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen - IDDRI)

Erscheinungsdatum: 08. Juni 2022

[Original Publikation \(EN\)](#)

[Original Publikation \(FR\)](#)

Während der Verlust der biologischen Vielfalt überall auf der Welt weiter fortschreitet, verhandeln die Staaten derzeit über neue globale Naturschutzziele, genauer: über das künftige sogenannte globale Biodiversitäts-Rahmenwerk (Global Biodiversity Framework, GBF). Dieses wird auf den aktuellen Biodiversitäts-Strategieplan der Vereinten Nationen (2011-2020) folgen und soll auf der Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP15) beschlossen werden, die 2022 in Kunming (China) stattfinden wird. Dieses Rahmenwerk soll die Grundlage für eine bessere internationale Steuerung der Biodiversität schaffen.

Das GBF wird nicht nur neue Ziele und Aktionsvorgaben enthalten, sondern auch Mechanismen, die ihre wirksame Umsetzung gewährleisten sollen. Dies ist besonders notwendig angesichts der erheblichen Lücke zwischen den Ambitionen der Aichi-Ziele für 2011-2020 und den Ergebnissen ihrer Umsetzung, die als unzureichend erachtet werden, um den zunehmenden Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten.

Einer der Gründe für diese Diskrepanz ist, dass Staaten weder Anreize noch Zwänge durch den derzeitigen Rahmen unterliegen: es gibt keine Verfahren zur kontinuierlichen Verbesserung, kaum Transparenz- oder Rechenschaftsmechanismen, keine Einhaltung- oder Sanktionsregelungen und wenig Mittel zur Unterstützung der Umsetzung und zum Aufbau von Kapazitäten.

Auf dem Weg zur CBD COP15 ist die Entwicklung eines neuen Monitorings- und Überprüfungsmechanismus von entscheidender Bedeutung, um der Biodiversitätspolitik Glaubwürdigkeit zu verleihen und sie zu stärken. Vor diesem Hintergrund präsentiert dieser Beitrag fünf Vorschläge zum Monitoring und zur Überprüfung des Post-2020 Biodiversitätsrahmenwerks.

1. Stärkung der NBSAPs als wichtigstes Instrument für die Umsetzung der CBD auf nationaler Ebene

Gemäß Artikel 6 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt sind die Nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (NBSAPs) die bevorzugten Instrumente zur Umsetzung des Übereinkommens auf nationaler Ebene. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass diese Instrumente oft Bestimmungen enthalten, die kaum messbar und überprüfbar sind. Die NBSAPs sollten dennoch weiterhin eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des GBF spielen. Zur Verbesserung des Systems können drei Möglichkeiten in Betracht gezogen werden.

Anpassung der NBSAPs an den globalen Rahmen

Alle Mitgliedstaaten der CBD sollten verpflichtet werden, künftige NBSAPs an der Vision des GBF auszurichten und nationale Umsetzungsmaßnahmen im Einklang mit den globalen Zielen und Vorgaben für 2030 zu planen. Um eine höhere Vergleichbarkeit zu erreichen, sollten für die Überprüfung der nationalen Zielerreichung auch international vereinbarte Leitindikatoren

verwendet werden. Alle NBSAPs sollten zeitlich auf das Zieljahr 2030 ausgerichtet sein.

Höhere Verbindlichkeit der NBSAPs

Die CBD-Mitgliedstaaten sind zwar verpflichtet NBSAPs zu entwickeln, aber sehr oft haben diese die Form eines strategischen Orientierungsdokuments, dessen Inhalt für nationale Akteure nicht verbindlich ist. Es wäre daher angebracht, die NBSAPs auf der nationalen Ebene rechtsverbindlich zu machen. Dies würde die Integration der biologischen Vielfalt in andere öffentliche Politiken erleichtern.

"Nationale Zusagen" als Ergänzung zu den NBSAPs

Zusätzlich zu den überarbeiteten NBSAPs könnten die Vertragsparteien aufgefordert werden, innerhalb eines Jahres nach der COP15 "nationale Zusagen" vorzulegen, um Angaben darüber zu machen, welche nationalen Beiträge zur Verwirklichung der globalen Ziele sie zu leisten beabsichtigen. Das Ziel wäre es, direkt nach der COP15 alle Länder politisch zu mobilisieren, um für die biologische Vielfalt zu handeln und gleichzeitig die Überarbeitung der NBSAPs anzuleiten. Diese „nationalen Zusagen“ könnten vom CBD-Sekretariat in ein spezielles Register eingetragen werden. Auch freiwillige Zusagen von nichtstaatlichen Akteuren könnten in dieses Register aufgenommen werden.

2. Stärkung der Berichterstattung

Gemäß Artikel 26 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt sind die Länder verpflichtet, regelmäßig Nationale Berichte über die Umsetzung der COP zu erstellen, um Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des Übereinkommens sowie ihre Ergebnisse darzustellen. Diese Nationalen Berichte sind unverzichtbare Instrumente, müssen aber unbedingt verbessert werden, um die Umsetzung des post-2020 Rahmens bewerten zu können. Zu diesem

Zweck müssen die Berichtsmodalitäten in Bezug auf Inhalt, Häufigkeit und Form angepasst werden.

Inhalt

Die Vertragsparteien sollten weiterhin in regelmäßigen Abständen über Maßnahmen, Fortschritte bei der Erreichung der nationalen Ziele und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Post-2020-Rahmens berichten. Der Inhalt und die Formulierung des GBF wird einen entscheidenden Einfluss auf die NBSAPs haben und folglich auch auf den Inhalt der Nationalen Berichte.

Häufigkeit

Der Vierjahresrhythmus für die Nationalen Berichte scheint ein gewisses Gleichgewicht zwischen den internationalen Anforderungen an die Überwachung der ordnungsgemäßen Umsetzung des CBD-Übereinkommens und der Notwendigkeit zu gewährleisten, keinen übermäßigen Verwaltungsaufwand zu schaffen. Es wäre jedoch auch sinnvoll, Zweijahresberichte vorzusehen, die auf harmonisierte Weise über Fortschritte bei der von den Ländern eingegangenen Verpflichtungen berichten würden. Bereits stattfindende globalen Überlegungen zu einer möglichen Synchronisierung der CBD-Berichterstattung mit jener von anderen Konventionen oder internationalen Prozessen des Biodiversitätsclusters sollten im Sinne der Kohärenz und Effizienz fortgesetzt werden.

Format

Das Format der Nationalen Berichte sollte in Form einer Standardvorlage harmonisiert werden, die entlang folgender Elemente strukturiert ist: messbare nationale Ziele und Vorgaben, Leitindikatoren, ergänzende Indikatoren auf freiwilliger Basis und nationale und/oder lokale Indikatoren, die von den Ländern gemäß den COP-Leitlinien festzulegen sind. Diese Harmonisierung würde eine bessere Vergleichbarkeit der Daten zwischen den Ländern ermöglichen und ihre Aggregation auf internationaler Ebene erleichtern.

3. Schaffung eines obligatorischen individuellen Berichts und Überprüfungsverfahrens

Bislang ist es Aufgabe der COP, in Zusammenarbeit mit dem CBD-Sekretariat und dem Subsidiary Body on Implementation (SBI) die Umsetzung des Übereinkommens auf der Grundlage zu überprüfen. Dies geschieht auf Grundlage der von den Vertragsparteien vorgelegten Nationalen Berichte. Es gibt kein allgemeingültiges Verfahren, um die von den Ländern vorgelegten Informationen zu bewerten, ihren Unterstützungsbedarf einzuschätzen, die Einhaltung der Vertragsverpflichtungen zu überprüfen oder den Vertragsparteien die Möglichkeit zu geben, Diskussionen zu diesem Thema einzuleiten. Dies ist auch nicht der Zweck des vom Sekretariat erstellten Global Biodiversity Outlook (GBO), der darauf abzielt, die Nationalen Berichte zusammenzufassen und zu analysieren. Was den freiwilligen Peer-Review-Mechanismus betrifft, so ist er eine erste Reaktion auf das wachsende Bewusstsein für die Notwendigkeit verbesserter Überprüfungsmechanismen im Rahmen des Übereinkommens. Es handelt sich hierbei jedoch um ein freiwilliges Verfahren, das ausschließlich auf dem guten Willen der Vertragsparteien beruht.

Eine obligatorische, aber erleichternde Überwachung und Überprüfung

Eine obligatorische Überprüfung der Nationalen Berichte würde die Länder zwangsläufig dazu ermutigen, qualitativ bessere Nationale Berichte vorzulegen, und sie würden gegenüber der internationalen Gemeinschaft Rechenschaft über ihre nationalen Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt ablegen. Diese Überprüfung könnte von unabhängigen Experten

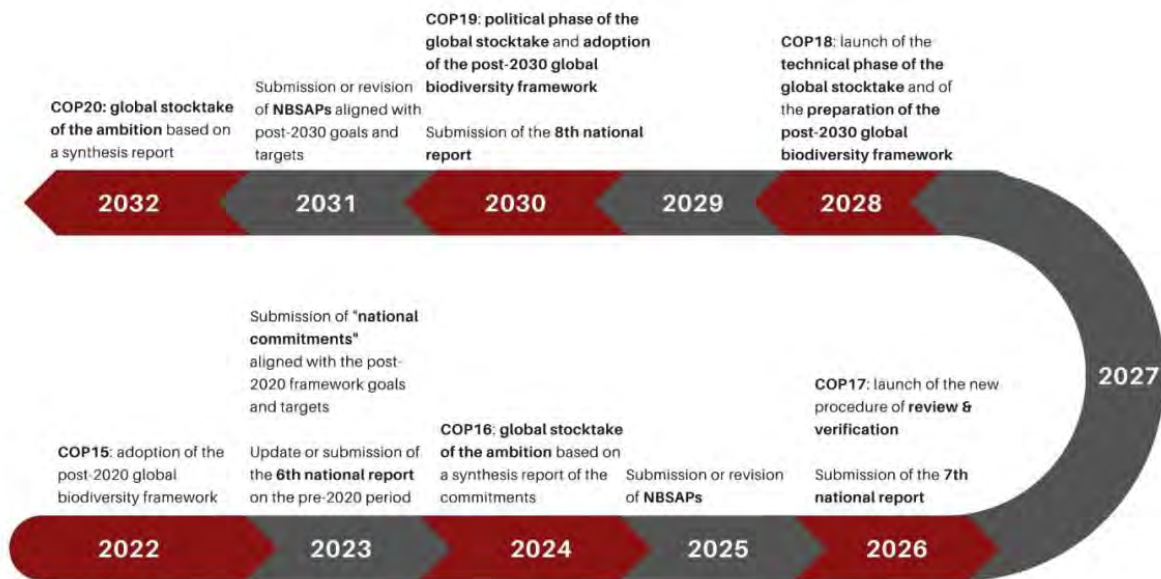
durchgeführt werden, die von der COP anerkannt oder akkreditiert sind. Dies würde dazu beitragen, die Stärken und Schwächen und damit die Bedürfnisse der einzelnen Länder zu ermitteln und darauf aufbauend, einen erleichternden politischen Dialog mit anderen Ländern (Peer Review) in Gang setzen. Dieser würde dazu dienen, bewährte Verfahren und Erfahrungen auszutauschen und könnte so die Zusammenarbeit zwischen den Ländern fördern. Diese zweite, eher politische Phase könnte innerhalb des Subsidiary Body of Implementation (SBI) stattfinden.

Häufigkeit und Organisation

Bei einem obligatorischen Überprüfungsmechanismus ist es angesichts der großen Zahl von CBD-Vertragsparteien nicht möglich, gleichzeitig eine systematische individuelle Überprüfung aller Nationalen Berichte durchzuführen. Es wird daher vorgeschlagen, dass diese Überprüfung fortlaufend durchgeführt wird, indem jedes Jahr etwa 40 Länder überprüft werden, möglicherweise in Form einer Online-Überprüfungssitzung ein oder mehrere Male pro Jahr, sodass alle Länder alle fünf Jahre überprüft werden können. Alternativ könnte auf jeder SBI-Tagung eine Stichprobe von Ländern ausgewählt werden.

Auswirkungen

Die Überwachungs- und Überprüfungsprozesse sollten zweierlei ermöglichen: die Wirksamkeit der individuellen Maßnahmen eines jeden Landes zur Erreichung seiner nationalen Ziele zu bestimmen und Informationen zur Bewertung der kollektiven Anstrengungen zu liefern. Neben der Ermittlung von Ländern, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, hat dieses Verfahren in erster Linie eine unterstützende Funktion, um Vertragsparteien zu helfen, die bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und um die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu fördern.



Möglicher Zeitplan von 2022 bis 2032 für den Überprüfungsmechanismus. Grafik: Landry, Rochette, Wemaëre

4. Einführung einer globalen periodischen Überprüfung

Ziel einer globalen regelmäßigen Überprüfung wäre es, die kollektiven Anstrengungen aller Vertragsparteien im Hinblick auf die international vereinbarten Ziele und Vorgaben zu bewerten. Eine solche Überprüfung würde sich nicht nur auf Informationen stützen, die von den Vertragsparteien übermittelt werden (NBSAPs, Nationale Berichte usw.), sondern auch auf andere Informationsquellen, einschließlich der Arbeit von IPBES, zwischenstaatlichen Organisationen, der Zivilgesellschaft, indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften und andere Interessengruppen.

Zeitplan, Häufigkeit und Organisation

In Anbetracht der Zeit, die für die Überarbeitung der NBSAPs benötigt wird und der Tatsache, dass die Nationalen Berichte für den Zeitraum nach 2020 noch nicht vorliegen werden, könnte auf der COP16 (2024) eine erste globale Überprüfung des

Anspruchs oder ein globaler Lückenbericht ins Auge gefasst werden.

Auf der Grundlage der siebten Nationalen Berichte, die 2026 vorgelegt würden, und des zu diesem Zeitpunkt beginnenden Überprüfungs- und Verifizierungsverfahrens sowie der siebten Ausgabe des Global Biodiversity Outlook könnte dann 2029 die technische Phase der globalen Bestandsaufnahme beginnen. Diese würde alle Informationen über die Fortschritte bei der Umsetzung des GBF sammeln und bewerten.

Steigerung des Ambitionsniveaus

Die politische Auswertung der globalen regelmäßigen Überprüfung könnte auf der COP19 (2030) stattfinden, parallel zu den Diskussionen, die darauf abzielen, die Ziele und Vorgaben für 2040 festzulegen. Um wie im Pariser Abkommen als Verschärfungs-Mechanismus zu fungieren (Ratcheting mechanism), wäre es angebracht, einen Grundsatz aufzunehmen, dass nationale Maßnahmen im Sinne der biologischen Vielfalt nur verschärft (nicht abgeschwächt) werden dürfen. Solche

Verschärfungen müssten im Rahmen der Anpassung und Überarbeitung der NBSAPs und/oder der darüber hinausgehenden Verpflichtungen geschehen, welche im Lichte der Ergebnisse jeder periodischen globalen Überprüfung zu erfolgen haben.

5. Einführung von (Nicht-)Einhaltungsmechanismen

Die Transparenz kann auch dadurch verbessert werden, dass im Rahmen des Übereinkommens selbst ein Verfahren zur Einhaltung der Vorschriften eingeführt wird, das die Verfahren ergänzt, die bereits im Rahmen der beiden Protokolle des Übereinkommens existieren.

Zielsetzung und Art

Verfahren für die Nichteinhaltung von Vorschriften dienen in erster Linie der Förderung der Umsetzung, sollten aber auch für die Behandlung von Fällen der Nichteinhaltung eingesetzt werden. Im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt könnte die COP einen Beschluss zur Einrichtung eines solchen Verfahrens fassen, das transparent und nicht strafend sein sollte und darauf abzielen würde, die Einhaltung der Bestimmungen des Vertragsrahmens zu fördern. Hierfür wäre es nötig, ein bestehendes oder ein neues Gremium mit entsprechenden Aufgaben zu betrauen.

Einleitung des Verfahrens

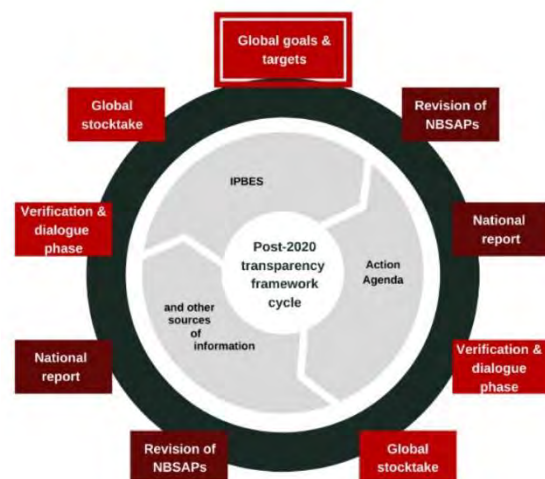
Die benannte Stelle sollte von einer oder mehreren Parteien, die auf Schwierigkeiten stoßen, eingeschaltet werden können. In diesem Fall wäre das Verfahren völlig freiwillig. Es ist jedoch auch denkbar, ein Verfahren vorzusehen, das vom Sekretariat oder von der benannten Stelle selbst in bestimmten Fällen aktiviert werden kann. Das Pariser Abkommen sieht ein solches Verfahren vor. Könnte eine oder mehrere Vertragsparteien den Ausschuss anrufen, weil sie Vorbehalte über die Einhaltung der Verpflichtungen einer anderen Vertragspartei

haben, würde dies möglicherweise den Anreizcharakter des Verfahrens mindern.

Mögliche Maßnahmen

Sanktionen erscheinen unangemessen angesichts der verfolgten Ziele, die darin bestehen, die Umsetzung des Übereinkommens zu unterstützen und Maßnahmen zur Erreichung der globalen Ziele zu entwickeln.

Dieses ehrgeizige Paket von Vorschlägen zielt darauf ab, die größte Herausforderung anzugehen, vor der das internationale Umweltrecht derzeit steht: seine wirksame Umsetzung. Angewandt auf die CBD und das künftige Post-2020 Biodiversitätsrahmenwerk bedeuten diese Vorschläge eine Neugestaltung des Transparenzrahmens, von der Ausarbeitung der NBSAPs bis hin zu Mechanismen für die Nichteinhaltung und die Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel für den Aufbau von Kapazitäten, insbesondere in den Entwicklungsländern. Ihre Umsetzung erfordert auch neue Organisationsformen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, deren Komplexität nicht übersehen werden sollte, die aber ein wesentlicher Bestandteil der Reaktion auf den Verlust der biologischen Vielfalt sind.



Der Zyklus des Überprüfungsmechanismus.
Grafik: Landry, Rochette, Wemaëre

Juliette Landry Wissenschaftliche Mitarbeiterin, international biodiversity governance (IDDRI)

Juliette ist Forschungsstipendiatin und beschäftigt sich mit internationaler Biodiversitätspolitik. Sie verfolgt die Verhandlungen im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD), insbesondere die Verhandlungen, die den Weg für die COP15 ebnen.

Bevor sie zum IDDRI kam, arbeitete Juliette für das Projekt "Post-2020 Biodiversity Framework - EU Support" bei Expertise France. Im Rahmen dieses Projekts konzentrierte sie sich auf Monitoring-, Reporting- und Verifizierungssysteme (MRV), mit denen Verpflichtungen und Maßnahmen nachverfolgt werden können, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht zu erhöhen. Juliette schloss ihr Studium an der IN-ALCO mit einem Master in International Relations ab. Anschließend setzte sie ihr Studium an Mines ParisTech, INSA Lyon und der Tsinghua-Universität in Peking fort, wo sie einen Post-Master-Abschluss in internationalem Umweltmanagement und einen Master of Science in Umweltwissenschaften und -technik erwarb.



Juliette Landry Bild: IDDRI

Julien Rochette Ocean Programme Director / Post-2020 International Biodiversity Governance Initiative Coordinator (IDDRI)

Julien ist Leiter des IDDRI-Ozeanprogramms. Er leistet internationalen, regionalen und nationalen Organisationen juristische und technische Unterstützung, insbesondere in den Bereichen Meerespolitik, Seerecht und internationales Meeresumweltrecht.

Seine jüngsten Aktivitäten konzentrieren sich auf die Bewirtschaftung der biologischen Vielfalt der Meere in Gebieten jenseits der nationalen Gerichtsbarkeit, die Bewirtschaftung von Rohstoffvorkommen, nachhaltigen Tourismus und die Integration von Meeresfragen in andere Regelwerke (z. B. CBD, UNFCCC).

Julien hat sowohl auf globaler als auch auf regionaler Ebene gearbeitet, insbesondere im Mittelmeer, im Pazifik, in Westafrika und im westlichen Indischen Ozean. Er ist Mitglied mehrerer Expertengruppen (z. B. wissenschaftlicher und technischer Ausschuss der französischen Fazilität für globale Umwelt, Expertengruppe des hochrangigen Gremiums für eine nachhaltige Meereswirtschaft) und lehrt regelmäßig an französischen Universitäten (Sciences po, Paris V, Nantes). Julien hat einen Dokortitel in öffentlichem Recht (Universität Nantes) und Völkerrecht (Universität Mailand) und ist seit September 2007 bei Iddri tätig.



Julien Rochette Bild: IDDRI

Matthieu Wemaëre *Associate Researcher (IDDRI)*

Matthieu Wemaëre ist ein in Paris und Brüssel zugelassener Rechtsanwalt und seit 2017 assoziierter Forscher bei IDDRI. Er verfügt über 25 Jahre Erfahrung, davon sechs Jahre als Jurist in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission.

Als ehemaliger Partner und Leiter des Brüsseler Büros von Huglo Lepage et Associés Conseil, Anwälte für Umweltrecht, übt er eine breite Palette von Beratungstätigkeiten für institutionelle und private Kunden sowie für internationale und regionale Organisationen aus. Sein ursprünglicher Hintergrund als Jurist hat es ihm ermöglicht, ein starkes und anerkanntes Fachwissen über Politiken und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, zum Schutz der biologischen Vielfalt und der natürlichen Umwelt sowie für eine nachhaltige Entwicklung zu erwerben.

Seit 2012 ist Matthieu Wemaëre assoziierter Forscher am CERIC (Centre d' Etudes et de Recherches Internationales et Communautaires) an der juristischen Fakultät in Aix en Provence, wo er seit 2007 internationales und europäisches Umwelt- und Klimarecht unterrichtet. Außerdem war er von 2007 bis 2012 assoziierter Forscher und ständiger Vertreter des IDDRI (Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen) in Brüssel.

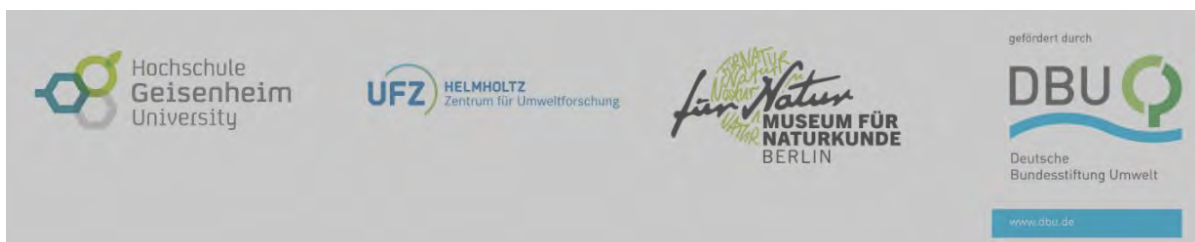


Matthieu Wemaëre Bild: IDDRI

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Landry, Juliette; Rochette, Julien; Wemaëre, Matthieu (2022). Fünf Vorschläge für effektivere globale Post-2020 Naturschutzziele. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Juni 2022. Online verfügbar: <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49382&nopagecache>

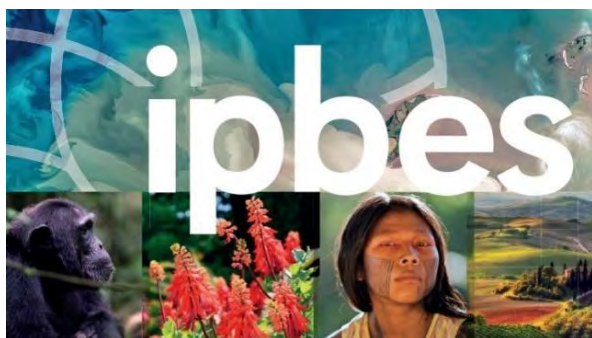


Der Weltbiodiversitätsrat und die Frage nach dem „wie“ der Transformation

Bericht zu einem IPBES-Autorentreffen von Dr. Yves Zinngrebe. Unter Mitwirkung von Dr. Axel Paulsch.

Erscheinungsdatum: 08. Juni 2022

Der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) ist ein globales, zwischenstaatliches Wissenschaftsgremium, was – ähnlich wie der IPCC im Klimabereich – über den Wissensstand im Themenbereich biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen informieren soll. Neben Öffentlichkeitsarbeit, Politikberatung und Kapazitätenentwicklung steht besonders im Mittelpunkt, Wissenschaftler und andere Wissensträger mit der Beantwortung konkreter Fragestellungen zu beauftragen. Anfragen kommen z.B. von Umweltabkommen wie der CBD, der UNCCD oder CITES, die Entscheidung, welche Assessments tatsächlich durchgeführt werden, obliegt aber dem Plenum der IPBES-Mitgliedsstaaten. Im Mai 2022 fanden die ersten Autorentreffen für zwei aktuelle Assessmentprozesse in Montpellier und Frankfurt (Main) statt, und zwar für das [„Transformations-Assessment“](#) und das [„NEXUS-Assessment“](#). Nachdem die bisherigen thematischen und regionalen Assessments sowie das globale Assessment nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation hingewiesen haben, soll nun das „wie“ dieser Transformation im Zentrum der Wissensprozesse stehen.



IPBES ist der umfassendste Prozess der Wissensdarstellung zu biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen, den es je gab.
Bild: IPBES

Die Stimmung beim Autorentreffen zum „Transformations-Assessment“ war sehr enthusiastisch und kooperativ, was nicht zuletzt am positiven Spirit der Co-chairs, Karen O’Brian, Lucas Garibaldi und Arun Agrawal, aber auch an der „Rundum-sorglos“-Betreuung durch das IPBES-Sekretariat und die Task Forces lag. In den fünf Tagen entstand ein Bewusstsein dafür, dass wir als Autoren auch bereit sein müssen, unsere eigenen wissenschaftlichen Zugänge und Sichtweisen zu

hinterfragen und „zu transformieren“. Die Bereitschaft dazu nahm ich persönlich deutlich wahr und wir diskutierten bereits morgens beim Frühstück über Konzepte und Elemente von Transformation. Eine Herausforderung war lediglich der Bustransport, der uns in wildesten Routen jegliche Ecken MontPELLiers erkunden ließ und zu Verspätungen führte. Aber weder die Busrouten, die Baustelle mit schwerem Gerät neben dem Konferenzgebäude noch die Herausforderung der Hybrid-sitzungen konnten uns wirklich von den Diskussionen bis in die Abende hinein abbringen. Für die Autoren, die nicht persönlich an dem Treffen teilnehmen konnten, war es bestimmt schwieriger, gleichermaßen involviert zu sein. Die Kollegen aus China beispielsweise konnten aufgrund anhaltender COVID-Lockdowns nicht nach Frankreich reisen. Für die große Mehrheit der Autoren, die vor Ort waren, ist aber ein wichtiger Schritt getan: das vorgegebene „Scopingdokument“ (Vorgabe vom IPBES-Plenum mit Kapiteln und zu beantwortenden Fragen) für unseren Schreibprozess in konkrete Fragestellungen und Teil-



Gute Stimmung beim IPBES-Autorentreffen zum „Transformations-Assessment“. Bild: IPBES

bereiche übersetzt, um eine Bearbeitung zu ermöglichen und in der Autorengruppe zu bearbeiten. Eine zentrale Herausforderung wird es bleiben, auf der einen Seite pluralistische Sichtweisen zuzulassen und nicht zu vorschreibend („policy-prescriptive“) zu sein, und gleichzeitig dennoch konkrete Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu erarbeiten, die über eine „shopping-list“ hinausgehen. Ein erster detaillierter Strukturaufschlag („Zero-Draft“) ist erstellt und wird nun in einer Periode von insgesamt drei Jahren zu einem Assessment-Bericht ausgearbeitet, überarbeitet und Review-Prozessen unterzogen, bevor die Zusammenfassung für politische Entscheider (Summary for policy makers) dann bei einer Plenarsitzung von IPBES angenommen werden muss.

Kurz vor der Fertigstellung sind zurzeit das methodische Assessment zu „Wertenvorstellung von biologischer Vielfalt“ und das thematische Assessment zur „nachhaltigen Nutzung von wildlebenden Arten“. Hier werden die Kernerkenntnisse in der neunten IPBES-Plenarsitzung (vom 3.-9.7. in Bonn) verhandelt. Auch hier wird spannend sein zu verfolgen, wie Erkenntnisse zu gesellschaftlichen und politischen Fragen aufgenommen werden. An der Reaktion der IPBES-Mitgliedsstaaten wird sich ablesen lassen, welches kritische Punkte und „unbequeme Wahrheiten“ durch Anpassung des Wortlautes umgehen lassen.

Insgesamt muss aber berücksichtigt werden, dass IPBES ein unabhängiges Gremium ist, und beispielsweise nicht direkt institutionell mit der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) verbunden ist. Beispielsweise sind die USA Teil der 140 IPBES-Mitgliedsstaaten, aber nicht der 196 CBD-Mitgliedsstaaten. Wenn die CBD also Ziele für Biodiversitätsschutz festlegt, die Umsetzung plant und Fortschritte überwacht, so sind nicht alle CBD-Mitgliedstaaten gleichzeitig daran gebunden, zu Erkenntnissen der IPBES-Reports Stellung zu beziehen. Formal ist es vielmehr so, dass das Mandat von IPBES damit endet, seine Erkenntnisse und Empfehlungen öffentlich zu machen und es dann den politischen Abkommen und Nationalstaaten überlassen bleibt, wie sie auf diese Erkenntnisse reagieren wollen. In den Evaluierungsprozessen und dem anvisierten „Global-Stocktake“ des zukünftigen GBF sollen auch IPBES Erkenntnisse einfließen (siehe auch den [aktuellen Gastbeitrag](#)). Es bleibt aber offen, wie das genau geschehen soll (siehe auch den [NeFo-Sonderbeitrag zu den CBD-Vorverhandlungen in Genf](#)).

Beim Transformations-Assessment fiel erneut die ungleiche Repräsentation der Autoren ins Auge. Ein wirklicher Fortschritt im Vergleich zu den Autorenteams früherer IPBES-Assessments konnte hinsichtlich der Gender-Parität (es sind nun gleichermaßen Frauen und Männer) und der disziplinären

Hintergründe (etwa gleichmäßig Sozial- und Naturwissenschaftler) erreicht werden. Es fällt allerdings nach wie vor auf, dass einige Länder stark repräsentiert sind, und andere ganz fehlen. Das liegt wohl zum einen daran, dass die Arbeit der beitragenden Wissenschaftler grundsätzlich pro bono erfolgt und dass nur einige Autoren (wie ich) von ihren Arbeitsgebern für die Arbeit im Gremium freigestellt werden, während es für andere eine Freizeitbeschäftigung an Abenden und Wochenenden ist. Zum anderen wird in den Ländern unterschiedlich intensiv zu IPBES berichtet. Das Auswahlgremium, das die Autorentams zusammenstellt, kann nur aus der Liste derjenigen auswählen, die durch die nationalen Ansprechstellen ihrer jeweiligen Länder nominiert wurden. Der Nominierungsprozess wird in verschiedenen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich beworben und gehandhabt. In Deutschland gibt es die Nationale IPBES-Koordinierungsstelle, die über Ausschreibungen und andere IPBES-Prozesse informiert, den Nominierungsprozess für die Bundesregierung begleitet und vor den Plenumstreffen von IPBES ein [Nationales IPBES-Forum](#) ausrichtet. Dieses wird auch dieses Jahr Anfang Juni in Bonn stattfinden. Um diese nationalen Prozesse zu stärken, informiert IPBES nun gezielter die verantwortlichen Ansprechpartner auf nationaler Ebene über [Hintergründe und Möglichkeiten der IPBES-Prozesse](#).

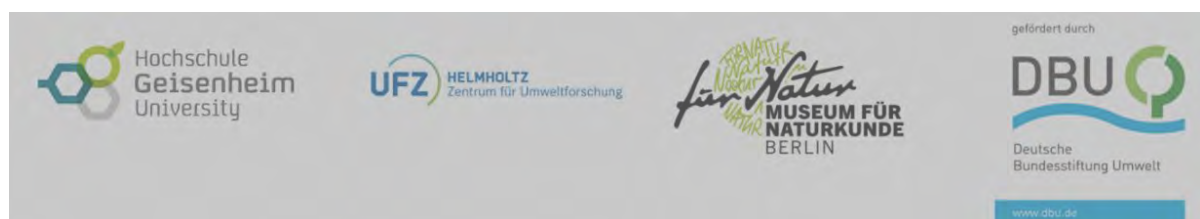
Trotz dieser Schwächen in der globalen Repräsentanz ist IPBES dennoch der umfassendste Prozess der Wissensdarstellung zu biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen, den es je gab, und kein politischer Entscheider kann sich mehr auf ein „das haben wir nicht gewusst“ rausreden.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Der Weltbiodiversitätsrat und die Frage nach dem „wie“ der Transformation. CBD-Kolumne im Juni 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49381&nopagecache>



Schleusen auf für den Naturschutz

Der Aktionsplan Natürlicher Klimaschutz der Bundesregierung beschert dem Naturschutz so viel Geld wie nie zuvor.

Von Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 22. August 2022

Jährlich eine zusätzliche Milliarde Euros für die kommenden vier Jahre - alleine für den Naturschutz. Das hat die Bundesregierung im März in ihrem Aktionsplan Natürlicher Klimaschutz versprochen. So viel Geld stand noch nie für den Naturschutz in Deutschland bereit, was riesige Möglichkeiten bietet, aber durchaus auch Probleme mit sich bringt. Die Frage ist jetzt: Wie und wo setzen wir das Geld am sinnvollsten ein? Und wer soll das koordinieren? Nötig ist nichts Geringeres als ein neues Verständnis der Landnutzung – eine Transformation ähnlich dem Kohleausstieg.



Entwässerte Moore zu renaturieren gehört zu den effektivsten Wegen natürlichen Klimaschutzes. Würden bis 2050 1 Million Hektar in Deutschland wiedervernässt, könnte man 31 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr verhindern. Das entspricht ungefähr einem Drittel der CO₂-Emission privater PKW in Deutschland im Jahr 2018. Bild: Marisa/pixabay

„Der Kampf gegen die Erderwärmung und für eine nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn die Menschheit die Themen Klimaschutz, Biodiversität und soziale Gerechtigkeit fortan gemeinsam denkt und bei allen politischen Entscheidungen gleichrangig berücksichtigt.“ Mit dieser Kernbotschaft ihres gemeinsamen Berichtes [„Artenvielfalt, Ökosysteme und Klimawandel“](#) gingen der Weltbiodiversitätsrat IPBES und der Weltklimarat IPCC vergangenes Jahr mit gutem Beispiel gemeinsam denkend voran. Auch wenn diese Erkenntnis keine echte Neuigkeit darstellt – wirklich in politische Realität umgesetzt wurde sie bisher nicht. Klimaschutz und Biodiversitätsschutz wurden weitgehend getrennt be- und verhandelt. Der Klimaschutz

wurde vorrangig auf technische Lösungen im Rahmen der Energie- oder Mobilitätswende reduziert, und wie etwa im Falle der Windenergie, oft als Risiko für die Biodiversität in Frage gestellt. Naturschutz gilt in weiten Kreisen nach wie vor als großer Verhinderer von Infrastrukturmaßnahmen wie Autobahnbau und unnötiger Kostenfaktor.

Dass unser Umgang mit der Natur eine wesentliche Stellschraube bei der Reduktion der Klimagase in der Atmosphäre darstellt, und Naturschutz entsprechend ökonomische Relevanz hat, wird erst langsam politisch aufgegriffen. In Deutschland will die neue Bundesregierung mit dem [Aktionsplan Natürlicher Klimaschutz](#) nun genau dieses Potenzial

intakter Ökosysteme fördern. Man hat verstanden: Die Zerstörung und Belastung funktionsfähiger Ökosysteme wie Wälder, Moore, Grünland oder auch Seegrasswiesen nimmt ihnen nicht nur die Fähigkeit, Kohlenstoff zu speichern, sie werden sogar selbst zu Emittenten. Entsprechend ist Naturschutz in vielen Fällen auch aktiver Klimaschutz.

Durch das geänderte [Bundes-Klimaschutzgesetz](#) muss Deutschland bis 2030 65 Prozent seiner Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 einsparen. Bis zu 8 Prozent könnte davon über die Wiederherstellung natürlicher Kohlenstoffsinken abgedeckt werden.

Mit den Geldern aus dem neuen Aktionsplan werden die Naturschutzmittel von Bund und Ländern auf einen Schlag mehr als verzehnfacht. Wo früher immer zu wenig zur Verfügung stand, scheint man sich nun kaum vor Geld retten zu können. Schaut man sich allerdings das Spektrum an, was damit gemacht werden soll, relativiert sich der Eindruck jedoch etwas.

„Damit werden wir Moore wiedervernässen, Auen renaturieren sowie Wälder, Böden, Gewässer und Meere erhalten und schützen“, sagt Bundesumweltministerin Steffi Lemke in der Pressemitteilung. Weitere Förderfelder seien Wildnis und Schutzgebiete sowie Siedlungs- und Verkehrsflächen. Außerdem würde das Geld für Datenerhebung, Monitoring, Modellierung und Berichterstattung, Forschung und Kompetenzaufbau und die Zusammenarbeit in der EU und international benötigt. Da ist selbst bei vier Milliarden Euro Prioritäten setzen angesagt. Aber welche?

Wohin mit dem vielen Geld?

„Fachlich gesehen sollte das Geld da eingesetzt werden, wo die Synergien am größten sind, sprich wo es den größten Klimaschutzeffekt erzielt, und der Biodiversität nutzt“, sagt [Christina von Haaren](#), Professorin für Landschaftsplanung und Naturschutz an der Universität Hannover. Von 2000 bis 2008 war von Haaren Mitglied des [Sachverständigen-](#)

[rates für Umweltfragen der Bundesregierung](#) für die Themen Naturhaushalt und Ökologie. Seit langem beschäftigt sie sich mit nachhaltigem Wassermanagement und begleitet Klimaschutzprojekte wissenschaftlich. Das höchste Potenzial hat laut von Haaren die Wiederherstellung organischer Böden. Das bedeutet im Klartext, landwirtschaftlich genutzte Flächen aus der Nutzung zu nehmen und wieder zu dem zu machen, was sie mal waren: Moore.



Die derzeitige Landwirtschaft basiert zu großen Teilen auf entwässerten Böden. Die Folgen des Klimawandels zeigen jedoch immer deutlicher: Wasser muss in der Landschaft bleiben. Ein Paradigmenwechsel in der Landnutzung ist nötig

Bild: Antranias/pixabay

1,8 Millionen Hektar Moorböden gibt es in Deutschland - vor allem im Norddeutschen Tiefland und Alpenvorland. Moorreiche Bundesländer sind Brandenburg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die Böden bestehen aus Torf, der sich unter Luftabschluss aus abgestorbenen Pflanzenteilen gebildet hat. So konnten sie über Jahrtausende riesige Mengen an in Pflanzen gebundenen Kohlenstoff speichern. Obwohl sie nur rund 5 Prozent der gesamten Landfläche ausmachen, enthalten die Moorböden genauso viel Kohlenstoff wie alle deutschen Wälder zusammen.

Doch der Speicher ist undicht. Mehr als drei Viertel der Flächen werden land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Sie sind für den Laien in der Landschaft vielfach gar nicht mehr als Moorgebiete zu erkennen, vor allem haben

sie ihre Funktion als Kohlenstoffsенке verlieren. Denn um nutzbar zu sein, wurden die Böden entwässert. Kommt der Torf mit Luft in Berührung, werden jene Zersetzungsprozesse in Gang gesetzt, die bisher unter Luftabschluss nicht zustande gekommen waren. Jahrtausende alter Kohlenstoff wird frei und steigt in die Atmosphäre. Und das bereits seit Jahrhunderten. In Deutschland entweichen laut Umweltbundesamt (UBA) jedes Jahr 43,3 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente aus ehemaligen Moorböden – das Dreifache der Emissionen der Stadt Berlin. Das sind immerhin 5,7 Prozent der bundesweiten Gesamtemissionen. Diese Flächen machen nur 7 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus, verursachen aber 36 Prozent aller landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen. Für die Flächen erhalten die zuständigen Landwirte jährlich mehr als 300 Euro pro Hektar als Direktzahlung aus EU-Mitteln. Die daraus resultierenden jährlichen Kosten für die Gesellschaft hat das UBA 2019 auf 2,8 bis 8,6 Milliarden Euro kalkuliert.

„In Deutschland besteht im Bereich organischer Böden ein erhebliches Potenzial zur Minderung der landwirtschaftlichen CO₂-Emissionen, schreiben auch Experten des [Thünen Instituts in einem Bodenbericht von 2018](#). „Aus Sicht des Klimaschutzes ist dieses Potenzial in Deutschland [auf Moorböden] größer und auf weit weniger Fläche umzusetzen als Klimaschutzmaßnahmen auf Mineralböden.“

Vergleichszahlen, die die Universität Hannover auf der Grundlage von Werten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen berechnet hat, machen dies deutlich. Wo ein naturnahes Niedermoor jährlich bis zu 2.600 Tonnen, ein Hochmoor immerhin 1.700 Tonnen CO₂ pro Hektar, speichern kann, liegt ein Dauergrünland etwa bei 180 Tonnen CO₂ pro Hektar und Jahr. Ein bewirtschafteter Acker speichert gar kein CO₂. Um denselben Klimaeffekt mit Umwandlung von Ackerland in Grünland zu erreichen, bräuhete man also fast das 15-fache an Fläche im Vergleich zu wiedervernässten Mooren. Außerdem schätzt das Gutachten auch

den Naturschutzwert für Moor-Wiedervernäsungsmaßnahmen am höchsten ein.

Moore erzielen die größten Synergien zwischen Natur- und Klimaschutz

„Wir konnten auf Wiedervernäsungsflächen im Land Bremen sehr gut auch die Naturschutzerfolge dieser Maßnahmen nachweisen – bei gleichzeitiger extensiver Beweidung“, erzählt von Haaren. „Der Klimawandel führt dort inzwischen dazu, dass die ausgetrockneten schweren Böden so fest sind, dass Vögel nicht mehr mit ihren Schnäbeln hineinkommen. Sie finden schlicht kein Futter mehr. Auf den wiedervernässten Flächen hingegen haben sich die Vögel quasi gestapelt.“

Derzeit sind mehr als drei Viertel der ehemaligen Moorbodenfläche in land- und forstwirtschaftlicher Nutzung. Rund die Hälfte wird als Grünland genutzt, weitere 19 Prozent als Ackerflächen. Es wird auch nach wie vor Torf abgebaut. Diese landwirtschaftlichen Nutzungen sind nach Wiedervernäsung allerdings nicht mehr möglich. Denn maximaler Klimaschutz kommt nur zustande, wenn die Wasserstände beträchtlich angehoben werden, d. h. zu einem mittleren Grundwasserstand von zehn Zentimetern unter Flur.

„Am ökonomischsten und effizientesten wären Lösungen, bei denen wir großräumig wiedervernässen könnten“, sagt von Haaren. „Dazu benötigen wir Modellberechnungen, wo Stauwehre installiert werden müssten, um das Wasser mit relativ geringem Aufwand wieder in die Fläche zu bekommen. Solche Modelle sind Teil unserer Teamarbeit an der Leibniz Universität Hannover.“

Umdenken wie beim Kohleausstieg

Wir müssen jetzt von Pilotprojekten hin zu einem Gesamtflächenansatz“, meint auch [Jan Peters, Geschäftsführer der Michael Succow](#)

[Stiftung](#) und Partner im [Greifswald Moor Centrum](#). Seit 1980 seien in Deutschland gerade mal 70.000 Hektar entwässerte Moorflächen wiedervernässt worden, jährlich also rund 1.900 Hektar. Um bis 2050 sämtliche Emissionen aus den entwässerten Moorböden zu eliminieren, müsste allerdings auf rund 50.000 Hektar pro Jahr die Entwässerung beendet und die Wasserstände „flurnah“, also nahe der Geländeoberfläche, angehoben werden. „Allerdings dürfte dies nicht bei allen diesen Flächen möglich sein“, meint Peters. Realistisch seien aber 80 Prozent. Das entspräche immerhin noch insgesamt einer Million Hektar bzw. rund 36.000 Hektar pro Jahr. Würde dies umgesetzt, wären das aber auch gleich 31 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr weniger in der Atmosphäre, was rund einem Drittel der CO₂-Emission privater PKW in Deutschland im Jahr 2018 entspricht.

Um diese aktuell zum größten Teil land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen auch weiterhin bewirtschaften zu können, was laut Peters ausdrücklich das Ziel sein sollte, müsse die Art und Weise der Landnutzung auf diesen Flächen völlig neu gedacht und umgestellt werden. Dazu brauche es einen Umstieg von der aktuellen, auf Entwässerung setzenden Landnutzung hin zu einer Nutzung nasser Moorböden. „Diese großflächige Umstellung kommt einer Transformation wie dem Kohleausstieg gleich“.

„Es gibt natürlich viele Betriebe, etwa viehhaltende Betriebe, die viel Geld in Infrastruktur wie Ställe usw. investiert haben. Denen fällt eine solche Umstellung verständlicherweise nicht leicht“, sagt Christina von Haaren. Neben einer vernünftigen Planung unter Einbeziehung der Wasserwirtschaft müssten daher vor allem die Landwirte überzeugt werden. Und dies sei wohl nur über Flächenkäufe im großen Stil möglich. „Ich wünsche mir, dass hierfür großzügig Geld zur Verfügung gestellt wird. Denn jetzt ist es endlich mal da“, sagt die Umweltplanerin.

Doch wenn auch sehr eingeschränkt: Eine landwirtschaftliche Nutzung wiedervernässter Flächen ist durchaus möglich und auch erstrebenswert. Sie heißt ‚Paludikultur‘. Das

Wort entstammt dem Lateinischen „Palus“ – Morast. Ein traditionelles Beispiel ist die Nutzung von Röhricht als Dachreet. Moorgräser und -gehölze wie etwa die Schwarzerle können aber auch als Verpackungs-, Bau- und Dämmstoff, oder in Form von Briketts, Pellets oder Biogas zur Energiegewinnung genutzt werden.



Wiedervernässte Moore können und sollen mit geeigneten Methoden auch bewirtschaftet werden. Möglich ist die sogenannte Paludikultur, etwa um Reet für Dächer anzubauen. Aber auch Biomasse zur energetischen Nutzung kann auf wiedervernässten Standorten produziert werden.

Bild: M_W/pixabay

Doch wenn auch sehr eingeschränkt: Eine landwirtschaftliche Nutzung wiedervernässter Flächen ist durchaus möglich und auch erstrebenswert. Sie heißt ‚Paludikultur‘. Das Wort entstammt dem Lateinischen „Palus“ – Morast. Ein traditionelles Beispiel ist die Nutzung von Röhricht als Dachreet. Moorgräser und -gehölze wie etwa die Schwarzerle können aber auch als Verpackungs-, Bau- und Dämmstoff, oder in Form von Briketts, Pellets oder Biogas zur Energiegewinnung genutzt werden.

Ebenfalls zur Energiegewinnung hat die Bundesregierung im Februar angekündigt, Photovoltaikanlagen auf wiedervernässten ehemaligen Moorböden fördern zu wollen. Der Synergieeffekt für den Naturschutz wird hier allerdings angezweifelt. Es sei zwar gut und richtig, Moorstandorte aus der ackerbaulichen Nutzung zu nehmen und

wiederzuvernässen, kritisiert etwa der Vorstandsvorsitzende der [Deutschen Wildtier Stiftung Klaus Hackländer](#). Doch der Bau von Photovoltaikanlagen auf diesen Standorten würde nicht nur den positiven ökologischen Effekt der Wiedervernässung zunichtemachen, sondern auch die Funktion der Moorböden als Kohlenstoffsенke einschränken. „Moore und die für dieses Ökosystem typischen Pflanzen- und Tierarten brauchen Licht zum Wachsen und CO₂-Speichern, das sie unter eine Photovoltaikanlage nicht mehr finden.“



Die Bundesregierung will künftig auch Photovoltaikanlagen auf wiedervernässten Moorböden fördern und so den Klimaschutzeffekt der Flächen noch steigern. Damit könnte jedoch der Effekt für den Artenschutz verloren gehen.
Bild: Stux/pixabay

Naturnahe Wälder als zweitbeste Option

Und was ist mit Bundesländern, die kaum Moorböden haben? Nach Christina von Haarens Meinung sollten sich diese auf die Ausweisung neuer Naturwälder konzentrieren. Denn Wälder schneiden den Berechnungen des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen zufolge auch relativ gut ab: Immerhin 500 Tonnen CO₂ pro Hektar speichert dieses Ökosystem im Jahr. Darüber hinaus wäre auch Grünlandextensivierung und -neuetablierung ohne Pflegeumbbruch sinnvoll. Wesentlich dabei wäre aber, dass es anspruchsvolle Maßnahmen wären, die ohne das nun verfügbare Extra-Geld aus

dem Aktionsplan nicht gemacht würden. Auch Investitionen in Stadtnatur seien nötig. Gänzlich ausschließen würde sie nur anspruchslose Maßnahmen wie etwa Humusanreicherung in Ackerböden, die eigentlich zur guten fachlichen Praxis gehören.

„Beim Wald ist die Frage, wie hart er vom Klimawandel betroffen wird“, sagt [Thomas Hickler, Professor für Quantitative Biogeographie am Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum \(BiK-F\)](#) und der Goethe-Universität Frankfurt. Schließlich seien die Sterblichkeit von Bäumen seit 2018 stark angestiegen. Noch gäbe es allerdings keine verlässlichen Modellierungen, wie sich die Kohlenstoffspeicherung im Wald verändern wird. Außerdem sei ein wichtiger Aspekt, was mit dem Holz aus den Wäldern passiert. „Wenn es genutzt werden soll, wirken Bäume nur dann langfristig als Senke, wenn es nicht verbrannt, sondern verbaut wird.“ Hickler und sein Team haben auch modelliert, was passiert, wenn man den Wald einfach wachsen lässt. Da aber kaum Daten darüber verfügbar seien, wie wirklich alte Wälder bei uns Kohlenstoff aufnehmen, weil es solche Wälder bei uns schlicht nicht mehr gibt, seien die Projektionen hierzu sehr unsicher.

Hahn auf - Geld marsch?

[NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger](#) sieht im Aktionsplan potenziell eine große Chance für den Naturschutz. Die angekündigten vier Milliarden Euro böten endlich den Spielraum, tatsächlich etwas zu bewegen. „Dieses Geld muss jetzt fließen“, sagt er in einer Pressemitteilung. Darum ginge es jetzt vor allem um angepasste Strukturen, die eine schnelle und flächendeckende Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Aktionsprogramms ermöglichen. „Eine reine Förderung größerer Einzelprojekte wie in anderen Bundesprogrammen wird dafür nicht ausreichen - Bundesländer und Kreise müssen aktiv eingebunden werden.“

„Das ist gerade tatsächlich ein großes Problem“, meint Christina von Haaren. „Die Naturschutzbehörden alleine können so viel Geld gar nicht verteilen. Darauf sind die gar nicht

vorbereitet". In den 2000er Jahren seien in vielen Bundesländern die Naturschutzbehörden stark abgebaut worden. Da es aber um großflächige Strukturänderungen in der Landschaft ginge, müssten hier sowieso viele betroffene Verwaltungen Hand in Hand arbeiten. Natürlicher Klimaschutz ist also eine Querschnittsaufgabe, und damit etwas, was in den Verwaltungsstrukturen mit ihren bislang stark abgegrenzten Zuständigkeiten erst einmal gelernt werden muss.

Für die Flächenbereitstellung gut aufgestellt und auch personell ausreichend ausgestattet wären aus Christina von Haarens Sicht die Flurbereinigungsbehörden. Diese seien auch entsprechend qualifiziert und von den Landwirten akzeptiert. Für großräumige Wiedervernässungsprojekte müsse natürlich aber auch die Wasserwirtschaft ins Boot geholt werden. „Die haben eine sehr große Verwaltung, die man jetzt auch braucht“, sagt von Haaren. Hier müsse man jetzt ganz neue Ziele setzen. „Zuerst wurde ja alles entwässert, in der jetzigen Situation könne wir uns das aber gar nicht mehr leisten. Also könnte man das Wasser aus meiner Sicht nun wieder zurückholen.“

Sollte es Deutschland in den kommenden vier Jahren trotz aller Schwierigkeiten gelingen, Renaturierungen auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgreich zu etablieren und so die Treibhausemissionen des Agrarsektors zu senken, könnte das Land zum Paradebeispiel der internationalen Natur- und Klimaschutzpolitik werden. Denn auch in der internationalen Naturschutzpolitik sollen die Synergien von Natur- und Klimaschutz vorangebracht werden. So lautet Ziel 8 des [aktuellen Entwurfs des Globalen Biodiversitätsrahmenwerks \(First Draft\) des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt \(CBD\)](#).

Ziel 8: „Minimierung der Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt, Beitrag zur Abschwächung und Anpassung durch ökosystembasierte Ansätze, Beitrag von mindestens 10 Gigatonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr zu den globalen Klimaschutzbemühungen und Gewährleistung, dass alle

Anpassungsbemühungen negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt vermeiden.“

Auch wenn vier Milliarden Euro für den Klimaschutz viel erscheinen, im Vergleich zu den entstehenden Schäden durch die Klimaerwärmung ist es wenig. Aktuelle Untersuchungen aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zeigen, dass durch Klimawandelfolgen in Deutschland seit 2000 in Deutschland jährlich im Schnitt mindestens 6,6 Milliarden an Kosten entstanden sind. Diese Summe dürfte sich mit jedem weiteren Jahr des Verharrens im Status Quo erhöhen.

*Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de*

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Schleusen auf für den Naturschutz. Themenschwerpunkt im August 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49481>

Lesetipp:

Landnutzung neu denken, das ist auch die Maxime im Kooperationsprojekt „Bunte Biomasse“, das Simon Hein und Andreas Kinser (Deutsche Wildtier Stiftung) in unserem

Gastbeitrag: Bunte Biomasse als Vielfalt-fördernder Energieträger

vorstellen. Das Projekt will Alternativen zur Mais-Monokultur zur Energiegewinnung aus Biomasse aufzeigen. Ertragreiche, mehrjährige Wildpflanzenmischungen können Nahrung und Habitate für z.B. Vögel und Insekten geschaffen werden. Gleichzeitig wird so Stickstoff im Boden gebunden, der Bodenabtrag durch Erosion verringert und die Bodenfeuchte erhalten. Und ganz nebenbei wird die Landschaft bunt.



*Projektschild in Bunter Biomasse.
Bild: Christian Kemnade*



Bunte Biomasse als Vielfalt-fördernder Energieträger

Ein Gastbeitrag von Simon Hein & Dr. Andreas Kinser (Deutsche Wildtier Stiftung)

Erscheinungsdatum: 22. August 2022

Der Verlust der Biologischen Vielfalt hat in unserer Feldflur dramatische Ausmaße angenommen. Seit dem Frühjahr 2019 setzen die Veolia Stiftung, der Deutsche Jagdverband und die Deutsche Wildtier Stiftung deswegen das Kooperationsprojekt „Bunte Biomasse“ zum Schutz der Biodiversität in der Agrarlandschaft um: Durch das Projekt soll deutschlandweit Mais, der zur Vergärung in Biogasanlagen angebaut wird, durch mehrjährige, blühende Wildpflanzenmischungen ersetzt werden. Landwirte erhalten über das Projekt „Bunte Biomasse“ und mit Hilfe regionaler Unterstützer einen Ausgleich für monetäre Verluste und werden kostenlos beim Anbau, Pflege und Ernte der Kulturen beraten. Ein deutliches Plus an Biologischer Vielfalt, ein Gewinn für den Boden und einen bedeutenden Imagegewinn für die Landwirtschaft und ihre lokalen Akteure bietet das Projekt „Bunte Biomasse“ zum Nulltarif.



Projektschild in Bunter Biomasse. Bild: Christian Kernade

Auf jedem fünften Hektar der landwirtschaftlichen Fläche werden inzwischen nachwachsende Rohstoffe angebaut – hauptsächlich zur Energieproduktion. Für die Biogasproduktion werden derzeit in erster Linie Mais, Zuckerrüben und Getreide als Ganzpflanzensilage angebaut. Diese einjährigen und mit hohem Produktionsmitteleinsatz geführten Monokulturen haben leider vielfach negative Folgen für die Artenvielfalt in unserer Kultur-

landschaft, in der Wildtiere kaum noch Nahrung oder Versteckmöglichkeiten vor ihren Feinden finden.

In den Agrarlandschaften ist daher ein massiver Verlust an Biologischer Vielfalt längst zur Tatsache geworden. Um die Artenvielfalt in den intensiv genutzten Agrarlandschaften wieder zu erhöhen, ist eine Vielfalt von Kulturen und Strukturen unverzichtbar. Die

Biomasseproduktion bietet dabei eine Chance. Denn anders als bei der Nahrungs- und Futtermitteln können unterschiedliche Pflanzenarten in Reinsaat und Mischung angebaut und der gesamte Aufwuchs zur Vergärung in der Biogasanlage genutzt werden.



*Bunte Biomasse im ersten Standjahr.
Bild: Johann Högemann*

Saatgutmischungen aus ertrag- und blütenreichen ein- und mehrjährigen heimischen Wild- und Kulturpflanzen bieten innovative Ansätze, mit denen die Energieerzeugung aus Biomasse gleichzeitig die Ziele des Landschafts-, Natur- und Artenschutzes verfolgen kann. Die Vorteile sind dabei vielfältig:

- Das vielfältige Blütenangebot und die für landwirtschaftliche Kulturen lange Blühzeit bis Ende Juli/ Mitte August verbessern das Habitatangebot und die Nahrungssituation für eine Vielzahl von Insekten, inklusive Wildbienen und Schmetterlingen.
- Mehrjährige Mischungen bieten im Sommer wie im Winter Nahrung und Deckung für Niederwild, Singvögel und Wintergäste.
- Auf chemische Pflanzenschutzmittel kann weitestgehend verzichtet werden.
- Ab dem 2. Standjahr findet keine mechanische Bodenbearbeitung mehr statt wodurch Bodenbrüter und Jungtiere geschützt werden.
- Die ganzjährige Bewurzelung des Oberbodens verbessert die Humusbilanz, vermindert den Bodenabtrag durch Erosion, erhält die Boden-

feuchte und beugt der Bodenverdichtung vor.

- Mehrjährige Wildpflanzenkulturen bieten ein hohes Potential zur Stickstoffbindung und tragen dadurch vor allem in den Veredelungsregionen zum Gewässerschutz bei.
- Blütmischungen werten das Landschaftsbild auf, erhöhen den Erholungswert einer Region und ermöglichen einen Imagegewinn für die Landwirtschaft und ihre Akteure

Projekt „Bunte Biomasse“

Seit dem Frühjahr 2019 setzen die Veolia Stiftung, der Deutsche Jagdverband und die Deutsche Wildtier Stiftung diese Idee in die Praxis um. Mit ihrem Kooperationsprojekt „Bunte Biomasse“ soll deutschlandweit das Anbausystem der ertragreichen, mehrjährigen Wildpflanzenmischungen zur Biomasseproduktion in der landwirtschaftlichen Praxis verankert werden. Ob Wilde Möhre, Natternkopf, Fenchel, Lichtnelke, Königskerze oder 20 andere teils mehrjährige Wildpflanzen: Ihr Anbau auf heimischen Äckern soll die Biologische Vielfalt stärken, indem sie als Nahrungsquelle für Insekten dienen, in allen Jahreszeiten Nahrung und Deckung für Wildtiere bieten und gleichzeitig das Grundwasser und den Boden schützen. Ihr Aufwuchs wird analog zum Mais in Biogasanlagen zu Biogas verarbeitet. Weil Bunte Biomasse im Vergleich zum Mais einen etwa 40 % geringeren Energieertrag je Hektar liefert, werden die Landwirte im Rahmen des Projektes finanziell unterstützt - pro Hektar erhalten Landwirte 250 Euro für den Anbau von Bunter Biomasse. In sehr trockenen Jahren erreichen Wildpflanzenmischung aber sogar eine vergleichbare Energieausbeute wie mit Mais.

Denn: Wildpflanzenstauden durchwurzeln durch ihre Mehrjährigkeit den Oberboden intensiv und schützen so a) den Boden ganzjährig besser vor Austrocknung und Erosion z.B. nach Starkregenereignissen und können b) die verbliebene Winterfeuchte in trockenen Frühjahren besser nutzen.



Ernte von Bunter Biomasse. Bild: M.Bischoff

Im Rahmen des Projektes Bunte Biomasse, erblühen mittlerweile in zehn Bundesländern insgesamt über 500 Hektar mehrjährige Wildpflanzenkulturen zur Biomasseproduktion. Schwerpunktregionen sind dabei vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern. Mehr als 90 engagierte Landwirte schaffen so einen Lebensraum für kleine und große Wildtiere.

Und das Projekt ist auf dem Weg vom Modellprojekt in den Mainstream: Nach vielen Jahren der politischen und praktischen Überzeugungsarbeit des Netzwerks Lebensraum Feldflur, dass sich bereits seit 2008 für den Anbau von mehrjährigen Wildpflanzenkulturen zur Biomasseproduktion einsetzt, werden mit der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ab 2023 die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg entsprechende öffentliche Agrarförderprogramme für Landwirte anbieten. Dies ist ein bedeutsamer Schritt, um in den intensiv zur Biogasproduktion genutzten Landschaften den Verlust an Biologischer Vielfalt zu stoppen und mittelfristig wieder mehr Artenvielfalt zu ermöglichen.

Wenn Sie mehr über das Projekt Bunte Biomasse erfahren möchten, besuchen Sie uns unter <https://www.energie-aus-wildpflanzen.de/projekte/bunte-biomasse/>

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Hein, Simon; Kinser, Andreas (2022). *Bunte Biomasse als Vielfalt-fördernder Energieträger*. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im August 2022. Online verfügbar: <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49480>

Simon Hein

Simon Hein studierte Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg. In seinen Abschlussarbeiten befasste er sich mit dem Einfluss von Stickstoffemissionen auf Kulturlandschaften. Neben seiner Tätigkeit als Referent für Natur- und Artenschutz im Projekt Bunte Biomasse koordiniert Hein das Projekt Feldhamsterland bei der Deutschen Wildtier Stiftung und beschäftigt sich mit dem Artenschutz in der Feldflur sowie mit Blühstreifen als Verbundkorridore in der Agrarlandschaft.



Simon Hein. Bild: Deutsche Wildtier Stiftung

Dr. Andreas Kinser

Dr. Andreas Kinser ist stellvertretender Leiter Natur- und Artenschutz bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Neben jagd- und agrarpolitischen Initiativen wie dem Netzwerk Lebensraum Feldflur koordiniert er diverse Artenschutzprojekte zum Schutz der Biodiversität in Offenland- und Wald-Lebensräumen.



Dr. Andreas Kinser. Bild: Deutsche Wildtier Stiftung



Der nächste kleine Schritt in Richtung GBF – OEWG 4 in Nairobi

Bericht von Dr. Axel Paulsch. Unter Mitwirkung von Dr. Yves Zinngrebe.

Erscheinungsdatum: 12. Juli 2022

Zunächst mal die gute Nachricht: Beim vierten Treffen der Open-Ended Working Group (OEWG 4) zum globalen post-2020 Biodiversitätsrahmen (GBF) wurde endlich ein Termin und Ort für die 15te Vertragsstaaten-Konferenz (COP 15) verkündet, nämlich 5.-17.12.2022 in Montreal, am Sitz des CBD-Sekretariats. COP 15 wird weiterhin unter chinesischer Präsidentschaft durchgeführt, aber eben wegen der Null-Covid Politik Chinas nun doch nicht in Kunming. Diese zeitliche Festlegung gleich zu Beginn von OEWG 4 sollte natürlich den Druck zur Einigung auf konkrete Zielformulierungen erhöhen, um eine konkrete Beschlussvorlage für COP 15 vorlegen zu können. Zumindest war das die Hoffnung zu Beginn der Tagung in Nairobi am 21.06. Leider hat sich der geforderte „spirit of compromise“ nicht sonderlich bemerkbar gemacht.

Zwar wurde erreicht, bei den meisten Zielen einige der vielen eckigen Klammern aufzulösen, die bei der [OEWG 3 in Genf](#) noch stehen blieben oder gesetzt wurden (siehe auch [NeFo-Kolumne vom April](#)). Hierfür wurden beispielsweise redundante Formulierung eliminiert. Aber in Bezug auf die wesentlichen Streitpunkte hat sich bei der [OEWG 4](#) nicht viel bewegt. Es sind weiterhin alle konkreten Zahlenangaben umstritten: 20% Wiederherstellung, 30% Schutzgebiete, Abbau von 500 Milliarden von schädlichen Subventionen. Nichts davon ist wirklich festgelegt worden, man hält sich gegenseitig in Schach: Ohne konkrete Zahlen bei den Finanzausgaben keine konkreten Ziele bei Schutzgebieten und umgekehrt. Gleichzeitig bleiben viele Zielformulierungen, wie die zu integrierter Politik („Mainstreaming“), „nachhaltigen“ Wertschöpfungsketten und Produktionssystemen, oder zu „Biodiversitäts-freundlichen Land- und Forstwirtschaft“ äußerst vage, und es sind auch weiterhin viele verschiedene Alternativformulierungen im Rennen.

Weiterhin ungeklärt ist auch die Frage des zukünftigen Finanzierungsmechanismus, der von einigen Entwicklungsländern gefordert wird (Global Biodiversity Fund). Die Länder, die bisher in die Global Environment Facility (GEF) als Finanzierungstopf der CBD einzahlen, argumentieren, dass ein neuer Topf kein

neues Geld generiert, sondern zunächst mal leer ist und vor allem neue Administration braucht, um verwaltet zu werden. Sie fordern vielmehr, dass finanzielle Ressourcen für den Biodiversitätsschutz aus allen Quellen kommen müssen, also auch aus Haushaltsmitteln aller Staaten und nicht nur aus den Geldern der Entwicklungshilfe, die einige wenige Geberländer zur Verfügung stellen.



Das vierte Vorbereitungstreffen für die CBD-COP 15 (OEWG 4) fand vom 21. bis 26. Juni 2022 in Nairobi, Kenia, statt.

Bild: A. Paulsch

Für ein einziges Ziel wurde der Formulierungsvorschlag von allen Klammern befreit, und zwar folgendes zu urbanen Räumen:

Target 12: Significantly increase the area and quality and connectivity of, access to, and benefits from green and blue spaces in urban and densely populated areas sustainably, by mainstreaming the conservation and sustainable use of biodiversity, and ensure biodiversity-inclusive urban planning, enhancing native biodiversity, ecological connectivity and integrity, and improving human health and well-being and connection to nature and contributing to inclusive and sustainable urbanization and the provision of ecosystem functions and services.

Zu Deutsch:

Ziel 12: Die Fläche, die Qualität und die Vernetzung von Grün- und Blauräumen in städtischen und dicht besiedelten Gebieten sowie der Zugang zu diesen Räumen und der Nutzen aus diesen Räumen sollen deutlich und nachhaltig gesteigert werden, indem die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt integriert berücksichtigt, eine die biologische Vielfalt einbeziehende Stadtplanung gewährleistet wird, einheimische Biodiversität, ökologische Konnektivität und Integrität gesteigert, und menschliche Gesundheit und Wohlergehen, sowie die Verbindung zu Natur verbessert und so zu einer inklusiven, nachhaltigen Stadtentwicklung unter Bereitstellung von Ökosystemfunktionen und -leistungen beigetragen wird.

Ob das eine leicht zu kommunizierende und anwendungsorientierte Formulierung ist, mag jeder selbst beurteilen. Es bleibt hier zu interpretieren, was mit einer „deutlichen Steigerung“ und einer „integrierten Berücksichtigung“ gemeint ist. Fest steht, dass diese Formulierung für Ziel 12 jetzt an die COP gegeben wird.

Am Ende überwog allgemein die Enttäuschung, dass so wenig Fortschritt erzielt wurde, und Allianzen von Vertragstaaten wer-

fen sich gegenseitig zu wenig Flexibilität vor.

Also, wie soll es weitergehen bis zur COP 15? Die co-chairs der OEWG haben dazu zweierlei angekündigt: Zum einen das Weiterarbeiten in den nächsten Wochen und Monaten, unter anderem mittels schriftlicher Kommentare zum aktuellen Verhandlungsstand, die Vertragstaaten an das Sekretariat senden können, sowie kleinen Beratungsgruppen (z.B. zu Digitaler Sequenzinformation). Zum anderen soll es eine Art OEWG 5 geben, indem man einige Tage vor der COP nach Montreal kommt und dort noch als Arbeitsgruppe weiterverhandelt. Dieser Plan ist noch nicht ganz offiziell, weil Mittel und Räumlichkeiten noch geklärt werden müssen, aber man geht davon aus, dass es so kommen wird.

Fazit: Jede Menge Arbeit für die COP und dringend benötigter politischer Wille zur Einigung auf ambitionierte Ziele. Optimismus sieht anders aus, leider.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Der nächste kleine Schritt in Richtung GBF – OEWG 4 in Nairobi. CBD-Kolumne im Juli 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49479&nopagecache>



Braucht die Welt ein 1,5°C-Ziel in der Biodiversitätspolitik?

Von Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 21. Oktober 2022

Seit 1970 sind die weltweiten Bestände an Säugetieren, Vögeln, Reptilien und Amphibien um 69 Prozent geschrumpft, in Lateinamerika und der Karibik sogar um 94 Prozent. Das sind die neuesten Zahlen, die der WWF und die Zoologische Gesellschaft London vorige Woche in ihrem aktuellen Living Planet Report veröffentlichten. 2008 meldete der gleiche Report noch 30 Prozent, 2016 schon 58 Prozent. Die Situation ist dramatisch, doch es könnte Hoffnung geben: Im Dezember beschließen die Mitgliedstaaten der UN-Biodiversitätskonvention CBD, wie man künftig den Niedergang der Artenvielfalt und Lebensräume stoppen will. Die Positionen vor allem zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind verhärtet, doch die Lage verlangt nach einem politischen Durchbruch. Bedarf es eines „Paris-Moments“ wie 2015 in der Klimapolitik? Kann es eine Einigung auf ein so klares Ziel wie das 1,5°C-Ziel auch in der Naturschutzpolitik geben?



Die Einigung auf das 1,5°C-Ziel 2015 in Paris wurde als riesiger Durchbruch gefeiert und „Paris moment“ getauft. Doch war sie es wirklich? Und wird die CBD COP15 im Dezember ein „Montreal moment“ werden? Viele sind skeptisch. Bild: IISD/ENB

Bei der Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitätskonvention (CBD-COP15) im Dezember in Montreal soll ein neuer globaler strategischer Plan zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt verabschiedet werden. Um diesen zu erarbeiten, hatten die Mitglieder - durch die Verschiebung der COP15 um zwei Jahre - sogar mehr Zeit als üblich. Dennoch hat diese Extrazeit nicht dabei geholfen, Widerstände unter den Parteien zu beseitigen und nötige Kompromisse zu finden. Wie Dr. Axel Paulsch und Dr. Yves Zinngrebe [in ihrer Kolumne](#) zur letzten

Vorbereitungskonferenz der COP schreiben, sind noch viel zu viele konkrete Zielvorgaben in den berühmten „Eckigen Klammern“. So konnte man sich beispielsweise noch nicht endgültig auf Zahlen einigen, die etwa die unter Schutz zu stellende globale Fläche definieren. Sollen es 30 Prozent werden? Oder mehr, oder weniger? Es fehlt der politische Wille und „spirit of compromise“, schreiben die Autoren.

Im Vorfeld dieser CBD-COP war immer wieder die Notwendigkeit eines „Paris-Moments“

im Naturschutz betont worden, etwa im Mai dieses Jahres beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau durch den Präsidenten der letzten Klimakonferenz COP26 in Glasgow, Alok Sharma. Bei der Klimakonferenz 2015 in Paris war es der internationalen Gemeinschaft trotz größter Differenzen gelungen, sich darauf zu einigen, die globale Erwärmung nicht über 2°C, nach Möglichkeit auch nicht über 1,5°C steigen zu lassen. Diese klare und einfach kommunizierbare Zahl, 1,5°C, brannte sich in die Köpfe ein und gab allen Beteiligten eine scheinbar einfache Orientierung zum Status Quo und der notwendigen Entwicklung. In Deutschland legte dieses Ziel auch die Grundlage für den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum deutschen Klimaschutzgesetz, welcher die Politik zu einer Verschärfung der Klimagesetzgebung zwang. Ohne die internationale Festlegung auf die 1,5°C-Grenze wäre dieses Urteil nicht möglich geworden.

Brauchen wir also in Anbetracht des rasanten Schwundes von Lebensräumen, Tieren und Pflanzen auch in der Biodiversitätspolitik ein übergreifendes Ziel wie das 1,5°C-Ziel in der Klimapolitik? Und kann es das überhaupt geben – eine Untergrenze verbleibender Populationsgrößen, Artenzahlen und Lebensräume, bis zu der die Auswirkungen auf unser menschliches Leben noch verkräftbar sind?

Ich nehme die Antwort schon einmal vorweg: Die überwiegende Meinung unter den befragten Expertinnen und Experten verschiedener Forschungsdisziplinen ist „Nein“ – aus verschiedenen Gründen:

Ökosysteme sind viel komplexere Einflussgrößen als ein paar wenige Klimagase

Zuerst einmal: Was ist das 1,5°C- bzw. 2°C-Ziel eigentlich genau? Es ist ein politisch gesetzter Wert des globalen Temperaturanstiegs gegenüber der Zeit vor Beginn der Industrialisierung, der bis zum Jahr 2100 nicht überschritten werden soll. Der Weltklimarat

IPCC hatte in seinem Dritten Sachstandsbericht von 2014 Szenarien vorgestellt, die zeigen, ab welchen globalen Durchschnittstemperaturen bestimmte Kipppunkte wahrscheinlich erreicht werden, die die Lebensbedingungen der Menschen auf der Erde wesentlich verschlechtern würden – etwa das Abschmelzen von Gletschern, der Polkappen und entsprechende Folgeerscheinungen wie das Ausfallen des Golfstroms. Die Kipppunkte betreffen also Komponenten im Erdsystem, die das Klima in den letzten zehntausend Jahren stabil gehalten und die Entwicklung unserer menschlichen Gesellschaft ermöglicht haben. Allerdings nannte der IPCC keine konkrete Gefahrgrenze. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen ([WBGU](#)) trug durch seine Vorschläge zum Emissionsrechtehandel wesentlich dazu bei, das 2°C-Ziel in den politischen Prozess zu bringen. Da aber schon damals klar war, dass bei einer durchschnittlichen Erhöhung um 2°C indigene Völker und Inselstaaten durch den Anstieg des Meeresspiegels unvermeidlich betroffen sein würden, vereinbarten die Staaten der UN-Klimakonvention im [Übereinkommen von Paris](#), „Anstrengungen“ zur Begrenzung der Erwärmung auf 1,5°C zu unternehmen.

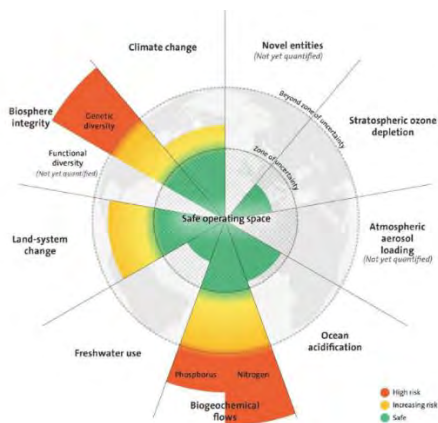
Das Konzept der Planetaren Grenzen

Kipppunkte, bei deren Überschreitung das menschliche Leben auf der Erde maßgeblich unbequemer und lokal sogar unmöglich wird, finden sich auch in ökologischen Systemen. Meist ohne es bewusst wahrzunehmen, hängen wir von Artengemeinschaften ab, die in ihrem natürlichen Zusammenspiel bestimmte Funktionen erfüllen, etwa von Korallenriffen, die beispielsweise die Kinderstube für viele Fischarten - und somit die Grundlage für viele marine Lebensmittel - darstellen, und von Wäldern, die Sauerstoff und Nahrung liefern, Wasser und Luft filtern und als Erholungsraum dienen, und so weiter. Ändern sich die Umweltbedingungen durch den menschlichen Einfluss, können auch die „Leistungen“ dieser Systeme ausfallen. Aktuell sind die

wichtigsten Ursachen dafür der Nutzungswandel, der Ökosysteme an Land und im Wasser betrifft, sowie die direkte Ausbeutung, der Klimawandel und die Verschmutzung.

Das Konzept der „Planetaren Grenzen“ (Planetary Boundaries), das Johan Rockström, heute wissenschaftlicher Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung PIK, 2009 mit anderen veröffentlichte, versucht, für verschiedene globale Prozesse festzulegen, bis hin zu welchen Veränderungen unsere Lebensbedingungen wahrscheinlich bestehen bleiben. Zu den berücksichtigten globalen Prozessen gehört auch der Biodiversitätsverlust (später in dem Konzept durch den Begriff „Integrität von Ökosystemen“ ersetzt).

„Der Begriff „Planetary Boundaries“ ist meines Erachtens schlecht gewählt. Das Problem ist nämlich, dass wir in ökologischen Systemen gar nicht vorhersagen können, ob es Kipppunkte gibt, und wenn es sie gibt, wann sie eintreten“, sagt Prof. Helmut Hillebrand, Leiter des Helmholtz-Institut für Funktionelle Marine Biodiversität (HIFMB) und der Universität Oldenburg. „Wir können es meist nur im Nachgang feststellen.“



Das Konzept Planetare Grenzen wurde ursprünglich von einem Forschungsteam unter Leitung von Johan Rockström entwickelt und 2009 erstmals veröffentlicht. Sie beschreiben für verschiedene umweltrelevante Prozesse Grenzen, deren Überschreitung die Stabilität des Erdsystems und damit die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet.

Graphik: Folke et al. 2021
(DOI:10.1007/s13280-021-01544-8)

Beim Klima sind Vorhersagen noch relativ einfach, da dort vorwiegend physikalische Prozesse ablaufen. Die Einflussgrößen, Kohlenstoffdioxid und ein paar weitere Gase, sind übersichtlich und relativ gut erforscht, und man kann entsprechend zuverlässige Modelle errechnen. Dies ist aber zum einen bei Ökosystemen viel komplexer, und entsprechend ist es auch viel schwieriger, Grenzwerte und Kipppunkte zu berechnen. Zum anderen sind viele Prozesse in der Ökologie noch nicht ausreichend erforscht, wie Christian Hof, Biodiversitätsforscher an der TU München, auch in unserem [Gastbeitrag](#) unterstreicht. „Wenn ein Gletscher unter einen bestimmten Punkt geschmolzen ist, ist klar, dass er ganz verschwinden wird. Dieser Kipppunkt ist physikalisch unvermeidlich, da die kritische Masse zur Selbsterhaltung nicht mehr besteht“, sagt Hillebrand. Das sei aber nicht auf Ökosysteme übertragbar. Schon allein deshalb nicht, da Biodiversität nicht einfach zu- und abnimmt. Bei sich ändernden Bedingungen wandern auch Arten ein und gehen Arten verloren, und von ihnen hängen die Funktionen des Systems ebenfalls ab.

Die Messbarkeit von Grenzwerten in ökologischen Systemen ist für Hillebrand der Knackpunkt bei der Entwicklung quantifizierbarer Biodiversitätsziele. „Die CBD versucht, das Problem mit ihrer Vision ‚Leben in Harmonie mit der Natur‘ zu umgehen. Die soll bis 2050 erreicht sein. Die Frage ist nur: Wie misst man das denn? Wann weiß ich, dass ich von diesem Ziel abweiche?“

„Für den Klimawandel bietet sich ein Temperaturziel schon allein deshalb an, da die Temperatur eine Variable ist, die schon an sich viele Konsequenzen auslöst, bspw. mehr Wasser in der Atmosphäre, was Extremniederschläge wahrscheinlicher macht“, sagt Tilo Groß, Professor für Biodiversitätstheorie an der Universität Oldenburg und am Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI). „Bei der Biodiversität gibt es so eine zentrale Größe aber nicht.“ Zwar würde der globale Zustand der Biodiversität in der Regel an Arten- und Individuenzahlen festgemacht, im Gegensatz zur

Temperatur ließen sich die Konsequenzen für uns Menschen aber nicht unmittelbar an diesen Zahlen ablesen. Ökosysteme sind auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. Sie haben sich gegenseitig stabilisierende Funktionen und Reparaturmechanismen, wenn man so will. Wann tatsächlich eine Funktion ausfällt, sei kaum vorhersagbar. „Biodiversität ist ein komplexes und hochdimensionales Problem. In solchen Situationen eine der involvierten Variablen ad hoc zur Zielfunktion zu erklären, wird immer zur Folge haben, dass sich andere ebenso wichtige Variablen sehr negativ entwickeln“, meint Groß.



Biodiversität schwindet nicht linear, sondern wandelt sich mit den Umweltbedingungen. In den marinen Tropen sind die Veränderungen der biologischen Vielfalt am stärksten – hier sind sowohl extreme Arten-Gewinne, -Verluste als auch -Fluktuationen zu verzeichnen. Das könnte weitreichende Konsequenzen für die Funktionsweise der Ökosysteme haben.

Bild: Kanenori / Pixabay

Hillebrand meint auch, man müsse sich von der Idee der „Schlüsselarten“ verabschieden, die suggeriere, man könnte auf einen Teil der bestehenden Arten verzichten. „Untersuchungen haben gezeigt, dass Arten, die eine bestimmte Funktion erfüllen, etwa den Nährstoffzyklus im Boden aufrechterhalten, unter verschiedenen Umweltbedingungen völlig andere sein können. Und betrachtet man eine andere Funktion, sind es wieder andere. Wir können also gar nicht sagen, welche verzichtbar sein könnten.“

Gefährliche Kommunikation

„Ein Ziel analog zum 1,5°C-Klimaziel mag aus politischer Sicht praktisch sein, allerdings würde es meiner Ansicht nach mehr Schaden anrichten als vermeiden“, sagt Tilo Groß. „Ein grundsätzliches Problem bei solchen Fernzielen ist, dass hier Maßnahmen so lange aufgeschoben werden können, bis das Ziel unerreichbar geworden ist.“

Das Narrativ des „Temperaturanstiegs um 2°C“ hat in den Augen von Prof. Sarah Cornell, Professorin für Nachhaltigkeitswissenschaften am Stockholm Resilience Centre in Stockholm und Mitautorin der „Planetary Boundaries“, ganz fatale Auswirkungen. Wärme ist ja etwas Schönes, und ein Unterschied von 2°C ist kaum merkbar. „Die Realität ist natürlich, dass das eine enorme globale Erwärmung ist, und dass die klimatischen Auswirkungen nichts mit den täglichen Schwankungen des Wetters oder des Raumkomforts zu tun haben“, schreibt sie in einem Aufsatz [„Could \(or should\) there be a global biodiversity target analogous to the 2°C climate target?“](#), in dem sie die Wirksamkeit des Klimaziels kommunikationswissenschaftlich analysiert. Gut sei zwar, dass die Menschen das Ziel nachvollziehen können, aber wenn es zu vertraut sei, könnte es die Menschen in Selbstsicherheit einlullen. Außerdem führe die Formulierung „nicht mehr als 2°C“ Cornell zufolge in den Köpfen von EntscheidungsträgerInnen dazu, so nahe wie möglich an die 2°C heranzukommen, statt die Erwärmung so gering wie möglich zu halten.

Nele Mariën und Friedrich Wulf von Friends of the Earth International warnen in einem [Beitrag zum Post-2020-Prozess der CBD](#) sogar ausdrücklich vor einem neuen „Pariser Moment“. „Das Pariser Abkommen erfüllt NICHT seinen Zweck, denn die globale Erwärmung steuert noch immer auf 3,2°C zu. Dennoch hat die konzertierte Kommunikation des UNFCCC und der Medien die Öffentlichkeit glauben gemacht, dass es eine positive Antwort gibt. Dies ist eigentlich gefährlicher

als eine ehrliche Kommunikation über die Mängel des Abkommens. Falsche positive Ansichten über das Ergebnis führen zu weiterer Untätigkeit.“

Prof. Dr. Lena Partzsch, Professorin für Umwelt- und Klimapolitik am [Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft](#) an der Freien Universität Berlin, hält die Orientierung der Klimapolitik am 1,5°C-Ziel grundsätzlich für verkehrt. „Es gibt derzeit überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass die Klimaziele erreicht werden. Jede Art solcher Zielformulierungen - global, national oder lokal - dienen im Moment nur dem Hinauszögern dringend notwendiger Maßnahmen“, sagt Lena Partzsch. „Man stelle sich vor, anstatt Maßnahmen wie die Maskenpflicht etc. zu beschließen, wären auf dem Hoch der Corona-Pandemie nur Ziele bis 2030 oder 2050 beschlossen worden.“

Ehrliche Kommunikation nötig

Ähnlich kritisch betrachtet die Kommunikation zur globalen Klimapolitik Silke Beck, Professorin für Wissenschaftssoziologie an der TU München. „Der IPCC hatte schon im Vorfeld von Paris gezeigt, dass 2°C nur dann zu erreichen sind, wenn Technologien zur Kohlenstoffspeicherung zum Einsatz kämen. Diese stehen aber in dem Ausmaß, in dem sie in Szenarien eingerechnet werden, faktisch nicht zur Verfügung“, meint Beck. Wenn diese Negativ-Emissions-Technologien, etwa Aufforstungsmaßnahmen zur Kohlenstoffspeicherung, großflächig zum Einsatz kommen, würden diese in Becks Augen massive Landnutzungs- und Verteilungskonflikte erzeugen und möglicherweise bestimmte Anstrengungen zur Emissionsreduktion unterlaufen. „Diese gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Kosten und Nutzen müssten transparent und ausgewogen mitkommuniziert werden, damit klar wird, welche Risiken und Nebenwirkungen man mit der Entscheidung für bestimmte Entwicklungspfade eingeht. Wenn Politik und Wissenschaft das nicht tun, laufen sie Gefahr, ihre Glaub-

würdigkeit zu verlieren und das Vertrauen in sie zu unterlaufen“, meint Beck und verweist auf ihr aktuelles Forschungsprojekt [Governance of Sociotechnical Transformations \(GoST\)](#).

Zahlen alleine sind nicht handlungsmotivierend

„All die Forschung zur Kluft zwischen Wissen und Handeln zeigt auch, dass Fakten oder Zahlen alleine nicht handlungsmotivierend sind“, sagt Silke Beck. „Sowas funktioniert nur, wenn diese in Narrative und Traditionen eingebettet werden, die diesen Zielen vor Ort Sinn verleihen. Genau davon abstrahiert solch ein reiner Grenzwert. Er blendet alle Informationen aus, die politisch zählen: Werte, konkrete Folgen vor der Haustüre, mögliche Gewinner und Verlierer, also alles, was den Bürgerinnen und Bürgern auf der Seele brennt.“



*Zahlen alleine sind nicht handlungsmotivierend. Silke Beck sieht neben der Notwendigkeit, Biodiversitätsziele durch Geschichten mit der Lebensrealität der Menschen zu verbinden, eine große Chance darin, diese an der Erstellung positiver Visionen zu beteiligen. Dies geschah etwa 2012 bei den World Wide Views, während denen in 25 Ländern 34 Bürgerkonferenzen mit jeweils rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfanden.
Bild: M. Timpte*

Um eine Bereitschaft zum Wandel in der Gesellschaft zu erzeugen, müssten aus Becks Sicht die Menschen viel stärker mitgenommen werden. „Um die Ziele müssten Geschichten erzählt werden, die mitnehmen und

verständlich machen, um was es hier geht, wie bedeutend Biodiversität für unser Überleben ist.“

Das sieht Helmut Hillebrand ganz ähnlich. Die Kommunikation rund um die Biodiversitätsziele müsste transportieren, dass eine Art verloren ist, für immer verloren ist. Das sollte uns bewusst sein und uns besorgt machen. Und außerdem, dass Ökosysteme sehr zeitverzögert reagieren können, zum Teil bis zu Tausende von Jahren, wie wir anhand von Fossilien zeigen konnten. Das heißt, unser Handeln heute hat unter Umständen Konsequenzen für viele Folgegenerationen.

Ist das 30by30-Ziel das 1,5°C-Ziel der Biodiversitätspolitik?

Ein messbares Ziel, dessen Umsetzung relativ einfach zu verfolgen ist, wäre in Verbindung mit Schutzgebieten möglich. Prof. Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung, der auch den Globalen Bericht des Weltbiodiversitätsrates IPBES mitgeleitet hat, sieht einen wesentlichen Schritt nach vorn gegenüber den bisherigen Biodiversitätszielen, wenn sich die Weltgemeinschaft in Montreal darauf einigen würde, bis 2030 dreißig bis fünfzig Prozent der Erdoberfläche unter Schutz zu stellen. Dieses ursprünglich von der Weltnaturschutzorganisation IUCN vorgebrachte „30by30-Ziel“ steht im aktuellen Entwurf des Global Biodiversity Framework, der bei der COP15 in Montreal zu Ende verhandelt und beschlossen werden soll. „Wenn man so wollte, wäre das also das 1,5-Grad-Ziel im Bereich von Biodiversität und Ökosystemen“, schreibt Settele in einem [Gastbeitrag für den MDR](#). Der entscheidende Vorteil gegenüber dem 1,5°C-Ziel wäre hier, dass es sich um eine positive Zielsetzung handelt, dass etwas erreicht, statt vermieden werden soll.

Doch Settele betont auch: Im Gegensatz zum 1,5°C-Ziel wäre bei Erreichen der 30 Prozent

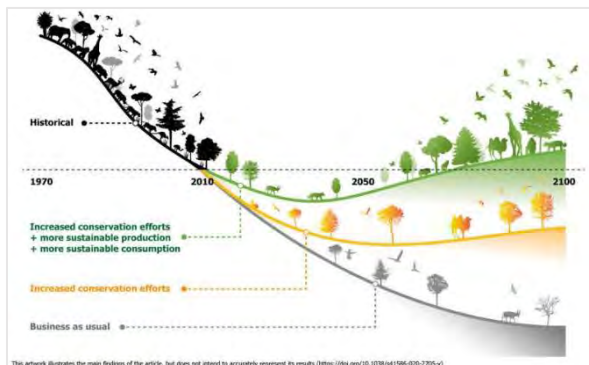
Schutzfläche aber eben nicht das gesamte Problem behoben. „Das kann nicht das einzige Ziel sein. Schutzgebiete können zwar dabei helfen, große Teile der Biodiversität zu schützen, Ökosystemfunktionen und -leistungen sind aber ja nicht auf solche Gebiete begrenzt bzw. werden nicht nur in solchen Gebieten benötigt, sondern auf der ganzen Fläche. Da sind dann wiederum Ziele und konkrete Maßnahmen für die verschiedenen Formen der Land- und Meeresnutzung gefragt.“

„30by30 halte ich für sehr problematisch“, meint Helmut Hillebrand. Schutzgebiete ausweisen sei zwar billig, das Managen, Kontrollieren und Wiederherstellen jedoch das Teure daran. So scheiterte regelmäßig der wirksame Schutz von Biodiversität u.a. auch am fehlenden Schutzgebiets-Management. „Außerdem tun sich vor meinem geistigen Auge sofort Verteilungs- und Gerechtigkeitsprobleme bei der Umsetzung auf. Wie werden diese 30 Prozent global verteilt? Wen bevorzugen oder hindern wir dadurch an der Entwicklung? Ich befürchte einfach, dass 2029 schnell noch die fehlenden Prozent irgendwohin auf die Karte gezeichnet werden, jedoch völlig ohne hilfreiche Wirkung für die Biodiversität und die globale Lebensqualität der Menschheit.“

Ähnliche Bedenken hat die Umweltpolitologin Christine Polzin vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. „Beim Etablieren oder Ausweiten von Schutzgebieten sehe ich außerdem noch die Gefahr, dass man eine zu starke Trennlinie zieht zwischen ‚unberührter Wildnis‘ und ‚menschlicher Zivilisation‘. Im besten Fall können wir von Ansätzen lernen, wo ‚Convivial Conservation‘ erfolgreich etabliert ist.“ Dabei handelt es sich um einen integrativen Naturschutzansatz, bei dem menschliche Orte und die Natur sowohl in ländlichen als auch in städtischen Räumen integriert werden können und sollten. (Siehe auch [NeFo-Artikel „Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur“](#)).

Die absteigende Kurve nach oben biegen

Ein wesentliches Problem festgelegter Zielwerte ist, dass diese unter sich verändernden Bedingungen veralten und nachgebessert werden müssen. Das schafft eher Verunsicherung als Orientierungshilfe. Ein 1,5°C-Ziel nützt wenig, wenn es nicht mehr erreichbar ist. Ein potenzielles Ziel, das dieses Problem nicht hätte, es aber vielleicht in seiner Bildhaftigkeit und Kommunizierbarkeit mit dem 1,5°C-Ziel aufnehmen könnte, sieht Helmut Hillebrand im „bending the curve“-Ansatz, der 2020 in einer [Nature-Publikation](#) vorgestellt wurde. „Für einzelne Arten oder auch Artengemeinschaften können wir die Entwicklung der Bestände lokal oder regional mit einem leistungsfähigen Monitoring ja durchaus erfassen.“



Ein potenzielles Ziel, das es in seiner Bildhaftigkeit und Kommunizierbarkeit vielleicht mit dem 1,5°C-Ziel aufnehmen könnte, wäre der „bending the curve“-Ansatz. Graphik: Adam Islaam, IIASA

Bei sehr vielen Arten geht die Abundanzkurve, also die Individuenzahl aktuell nach unten. Man könnte also in ein Ziel hineinschreiben, man möchte den Verlauf für so und so viele Arten oder der Arten XYZ nach oben biegen, oder besser: Das Management des Lebensraums von Art X sollte so sein, dass deren Populationsgrößen wieder steigen. „Das klingt natürlich nicht so catchy wie ‚living in harmony with nature‘, ließe sich aber wenigstens kontrollieren“, meint Hillebrand. Ganz wichtig sei hier allerdings: Um das vernünftig monitoren zu können, müssten die benötigten Daten öffentlich verfügbar gemacht

werden. „Wir können uns sofort aktuelle und historische Temperaturdaten überall auf der Welt ansehen. Aber Biodiversitätsdaten sind oft nicht zugänglich. Das wäre aber die Voraussetzung zur Kontrolle eines solchen Ziels.“

Kommunikation keine Hauptursache für die Probleme

Ob tatsächlich aber die Kommunizierbarkeit und Kommunikation der Ziele die Ursache für die stockenden Fortschritte beim globalen Biodiversitätsschutz sind, ist tatsächlich fraglich. Silke Beck hält die Ziele der CBD, auch die bisherigen, grundsätzlich für ausreichend. Es handelt sich um politische Errungenschaften, die nicht leichtfertig in Frage gestellt werden dürften. Wesentlich sei eine klare Analyse, warum diese Ziele bislang nicht umgesetzt werden konnten und warum politische Maßnahmen nicht effektiv funktionieren. „Kommunikation ist sicherlich keine Hauptursache für diese Probleme der Umsetzung. Die sind aus meiner Sicht politisch hausgemacht und können nicht durch bessere Forschung oder Kommunikation gelöst werden, weil sie nicht ursächlich durch diese erzeugt sind. Eine Strategie, die ursächlich bei mehr Forschung und Kommunikation ansetzt, adressiert Symptome, aber nicht Ursachen des Problems.“

Sind Naturkapitalzertifikate die Lösung?

Auch Christine Polzin sieht einen effektiveren Beitrag zum Schutz der Biodiversität eher in einer besseren Regulierung von Industrien, die maßgeblichen Einfluss auf den Verlust von Biodiversität haben. Hierzu müssten ökonomische Werkzeuge zum Einsatz kommen, und da Naturzerstörung und nicht-nachhaltige Nutzung in der Regel aus wirtschaftlichen Gründen stattfinden, wäre es wichtig, ein Ziel mit einem Mechanismus zu untersetzen, der bestimmte Formen des Wirtschaftens einschränkt. In der Klimapolitik versucht man

das etwa mit Emissionszertifikaten. Die Idee ist einfach: Man berechnet, bei welcher CO₂-Konzentration in der Atmosphäre das 2°C über dem vorindustriellen Niveau erreicht ist. Die CO₂-Differenz zu heute definiert man als Budget, das man nun auf die meistbietenden Akteure verteilen kann. Diese können die Zertifikate auch weiterverkaufen, wenn sie sie nicht verbrauchen und Emissionen einsparen.

Die Frage ist nur: Wie lässt sich das auf die Biodiversität übertragen? Wie viel Naturkapital haben wir noch zu vergeben? Welchen Verlust können wir uns noch leisten, bevor wesentliche Ökosystemleistungen ausfallen? Außerdem sind die Auswirkungen lokal und nicht global. „Wir Ökonomen könnten solche Konzepte durchaus erstellen“, sagt Prof. Martin Quaas, Umweltökonom am Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) und an der Universität Leipzig. „Dafür müssten uns die Ökologen jedoch sagen, welche Parameter kausal mit den Problemen verknüpft sind, die der Biodiversitätsverlust uns beschert.“ Beim Klima sei das relativ einfach, da viele Konsequenzen des Klimawandels mit der Temperatur verbunden sind, etwa die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse. Beim Biodiversitätsverlust sei das nicht so einfach. Die Forschung zeigt, dass die Ökosystemleistungen nicht linear zum Verlust der Arten ausfallen.

Versicherungen gegen Biodiversitätsverlust

Tilo Groß in Oldenburg hat allerdings eine Idee, wie man Werkzeuge schaffen könnte, die es erlauben, schnell und auf regionaler Ebene adaptiv zu reagieren. „Zertifikate gehen in die richtige Richtung, aber ich denke, für die Biodiversität sind sie schwer umzusetzen. Letztendlich gilt es, mit dem sehr großen Risiko umzugehen, das aus unserer Unkenntnis der Prozesse erwächst. Ein Werkzeug zum Risikomanagement, das sich bewährt hat, sind Versicherungen. Dieses Werkzeug könnte auch beim Schutz der Biodiversität zum Einsatz kommen.“

Groß bringt ein Beispiel: „Wenn ein neuer Hafen gebaut werden soll, stellt dies eine potentielle Gefahr für das Ökosystem Meer und jene an der Küste dar. So wie Entscheidungen heute getroffen werden, gibt es ein paar Gutachten zum Risiko, und am Ende überwiegen die finanziellen Interessen. Meine Lösung sieht so aus: Der Betreiber darf den neuen Hafen nur bauen, wenn er eine Versicherung abschließt, die die Kosten für die Behebung potenzieller Schäden an der Biodiversität übernimmt. Wenn es sich zeigen sollte, dass es durch den Hafen negative Impacts gibt, müsste diese Versicherung Maßnahmen finanzieren, wie zum Beispiel Wiederansiedlungsprogramme für Arten, Ankauf von Ausgleichsflächen etc. Das würde sich die Versicherung natürlich recht gut bezahlen lassen. Auf diese Weise werden den finanziellen Anreizen des Hafenbetriebs direkt die Kosten des Risikos gegenübergestellt. Der Hafentreiber hat somit einen direkten Anreiz, die Beeinträchtigung der Umwelt zu minimieren, um die Kosten der Versicherung gering zu halten. Darüber hinaus würden auch finanzielle Anreize für Forschung geschaffen, da sich mit einem besseren Systemverständnis das Risiko besser quantifizieren lässt, was wiederum zu niedrigeren Prämien führt.“

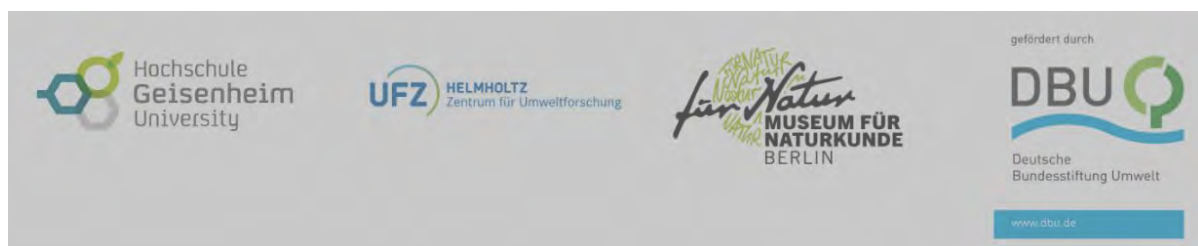
Für eine Diskussion und Aufnahme in den Global Biodiversity Framework in Montreal dürfte dieser vielversprechende Vorschlag wohl zu spät kommen. Allerdings geht es um solche Ideen zu Maßnahmen, Finanzierungsmechanismen, Regeln für internationale Finanzflüsse usw., die im Nachgang der COP zur Umsetzung der Ziele besprochen werden müssten (siehe [Interview mit Yves Zinngrebe](#)). Vielleicht sind es genau solche konkreten Mechanismen, die überzeugen und somit Widerstände in den globalen Verhandlungen auflösen können.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Braucht die Welt ein 1,5°C-Ziel in der Biodiversitätspolitik? Themenschwerpunkt im Oktober 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49526>



Vom Klimaschutz lernen? Die Biodiversitätskrise im Kontext von Kipppunkten, Komplexität & Kommunikation

Ein Gastbeitrag von Dr. Christian Hof (TU München)

Erscheinungsdatum: 21. Oktober 2022

Ein 1,5°-Ziel für die Biodiversität – das klingt nach einer charmanten Idee. Der Temperaturwert ist inzwischen in aller Munde in Politik, Medien und Gesellschaft und dient als Orientierungsmaßstab für allerhand Maßnahmen zum Klimaschutz. Doch taugt eine solche – wie auch immer zu definierende – Marke als Maß für den Zustand der biologischen Vielfalt, als Ziel zu ergreifender Handlungen, oder als Schwellenwert, bei dessen Überschreitung die Biosphäre in irreversible dramatische Situationen gerät? Welchen Zweck erfüllen bestimmte numerische Größen, und heiligt dieser Zweck die von der Wissenschaftscommunity so verabscheuten Mittel der Vereinfachung und Verkürzung?



Die Komplexität von Ökosystemen (hier der Regenwald auf der mexikanischen Yucatan-Halbinsel) hält viele Herausforderungen bereit – für die Forschung wie die Kommunikation. Bild: Christian Hof

Der Reihe nach. Zunächst sollten wir uns vergegenwärtigen, worüber wir sprechen, denn hier gerät gerne mal einiges durcheinander. So ist ein Grenzwert nicht zu verwechseln mit einem Kipppunkt: Grenzwerte sollten so definiert werden, dass wir gar nicht erst in die Nähe der Bereiche kommen, in denen die Umstände problematisch werden. Kipppunkte dagegen markieren die Schwellenwerte in einem System, bei deren Überschreitung sich das System irreversibel verändert. Oder zusammen: Grenzwerte sollten so definiert werden, dass Kipppunkte nicht erreicht werden. Und das Ziel könnte in diesem Kontext sein,

immer schön unter dem Grenzwert zu bleiben.

Das 1,5°-Ziel mag diese etwas abstrakten Zusammenhänge veranschaulichen: Im einschlägigen Sonderbericht des IPCC ist recht eindrücklich dargestellt, dass (grob vereinfacht) das Verbleiben unter diesem Erwärmungslevel für die meisten Erdsystembereiche gerade noch so erträglich ist. Darüber hinaus aber könnte, insbesondere wenn wir an eine planetare Erhitzung von 2°C und mehr denken (und wir sind ja nun mal auf dem besten Wege dorthin), das eine oder andere Element im Klimasystem bereits ins Kippen

geraten. Dabei ignoriert die Klima-Community mit dem Fokus auf einen Temperaturwert keineswegs die Komplexität des Klimasystems. Der Wert scheint vielmehr ein wissenschaftlich plausibler Indikator zu sein, der noch dazu gut zu kommunizieren ist. Denn weite Teile der Bevölkerung scheinen inzwischen begriffen zu haben, dass jedes Dezimalgrad mehr auf dem Weg dorthin mehr Dürreperioden, mehr Starkregen, mehr sterbende Bäume und mehr trockene Flüsse bedeutet. Oder zumindest höhere Wahrscheinlichkeiten von alledem, um mal nicht ganz so stark zu vereinfachen.

Was spricht also nun dagegen, dass die Biodiversitätsgemeinde den Klima-Kolleg:innen folgt und ebenfalls eine Zahl als Ziel definiert? Nun, mindestens zwei Gründe kommen einem da spontan in den Sinn. Zum einen ist da die Sache mit der Komplexität. Lebende Kreaturen sind schwieriger zu verstehen und vorherzusagen als klimatische Phänomene (auch wenn deren Komplexität mitnichten negiert werden sollte). Und diese Verständnis- und Vorhersageschwierigkeiten nehmen in schier atemberaubendem Maße zu, wenn es um höchst komplizierte ökologische Gebilde wie Artengemeinschaften oder Ökosysteme geht, die ihrerseits aus einer Vielzahl lebendiger Organismen bestehen. Hinzu kommen, zum zweiten, gewaltige Wissenslücken selbst bei den fundamentalsten ökologischen Daten: Nur zwei von womöglich acht oder mehr Millionen Arten von Lebewesen, die die Welt bevölkern, sind bisher beschrieben. Ganz zu schweigen von der fehlenden Erfassung ihrer Eigenschaften oder ihrer Beziehungen untereinander. Zwar hat die ökologische Forschung in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gemacht, doch viele Prozesse haben wir tatsächlich noch nicht final verstanden. Man stelle sich vor, die Klimaphysik wüsste noch nicht so recht um die physikalisch-chemischen Eigenschaften des Kohlenstoffs Bescheid – das würde so manche Kippunkt-Berechnung doch erheblich erschweren.

Was wir hingegen trotz aller Kenntnisdefizite inzwischen zu wissen scheinen, ist, dass das mit den Kippunkten in ökologischen Systemen gar nicht so weit her ist. Während die Klimaforschung die wissenschaftliche Sinnhaftigkeit der Kippunkte vielfach belegt hat, wurde ebendiese für die Ökologie bereits im Jahr 2013 von einer Autorengruppe um den australischen Naturschutzforscher [Barry Brook](#) infrage gestellt. Eine vom Oldenburger Ökologen [Helmut Hillebrand geleitete Studie](#) bestätigte dies: basierend auf einer Auswertung einer Vielzahl von Analysen, die bisher zu der Fragestellung durchgeführt wurden, ergaben sich kaum Hinweise auf kippende natürliche Systeme; stattdessen unterstreicht die Studie die Dominanz gradueller Veränderungen. Eine andere [Problematik illustriert Josef Settele](#), Leiter des Departments Naturschutzforschung am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, wenn er sagt, man könne auch jede ausgestorbene Art als eine verstehen, die einen Kippunkt überschritten hat, wie viele Arten aber aussterben dürfen, bis ökologische Systeme zusammenbrechen, wisse man nur dann wirklich, wenn es zu spät ist.



*Weg vom Kippunkt! Der Newton-Raupenfänger (*Lalage newtoni*) von der Insel Reunion ist einer der bedrohtesten Vögel weltweit. Mit einer Populationsgröße von ca. 70 Individuen steht er quasi jederzeit vor dem Abgrund des Aussterbens. Doch es ging ihm schon schlechter: Seine Population war zwischenzeitlich schon einmal auf einen deutlich kleineren Wert geschrumpft, doch dank intensiver Naturschutzmaßnahmen stieg der Bestand wieder an. Bild: Christian Hof*

Wohl dokumentiert ist freilich die Tatsache, dass es mit der Biodiversität forsch weiter abwärts geht (wenige Ausnahmen bestätigen die weithin dokumentierte Regel). Das sehen wir an den verschiedensten Trends von lokal bis global; das erkennen wir auch daran, dass die Ziele, die als „Aichi-Targets“ von der Weltgemeinschaft sehr wohl auch für die biologische Vielfalt definiert wurden, bisher in übergroßer Mehrheit verfehlt wurden. Man könnte auch etwas ketzerisch fragen, welche Zahl denn bitteschön noch fehlen soll, wenn klar ist, dass von der Insektenbiomasse in westdeutschen Schutzgebieten bis zur weltweiten Individuenzahl der Landwirbeltiere quasi alle numerischen Biodiversitätsindikatoren seit Jahrzehnten immer weiter in den Keller rauschen?! Dass wir angesichts des dramatischen Zustands der Biodiversität also endlich ernst machen müssen mit Gegenmaßnahmen, steht seit langen Jahren außer Frage. Und ebenso, dass es von der Konsumänderung bis zur Schutzgebietsausweitung des umfassendsten Handlungsportfolios bedarf, um den globalen Negativtrend vielleicht doch irgendwann wieder ins Positive zu biegen, wie eine von David Leclère geleitete beeindruckende [Analyse in Nature](#) verdeutlicht

Kurzum: Es mangelt nicht an Evidenz dafür, dass gehandelt und der Schutz der Biosphäre (übrigens um der Menschheit selbst willen!) priorisiert werden muss. Woran es aber mangelt, ist Kommunikation. Und da mag das 1,5°-Ziel dann doch vielleicht nochmals beispielgebend herhalten. Der Klimaschutz steht, wenngleich auch hier die Maßnahmen weit hinter dem Notwendigen zurückbleiben, inzwischen fest auf der politischen Agenda. Woran liegt das, bzw. woran liegt es umgekehrt, dass der Naturschutz politisch immer noch ein „nice-to-have“-Dasein fristet? Da gibt es sicher viele Gründe, deren auch nur ansatzweise Erörterung den Rahmen dieses Gastbeitrags vollends sprengen würde. Doch einer ist sicher der kommunikative Glücksgriff der Klima-Community, für die Vermittlung ihrer Ziele das 1,5°-Ziel (bzw. zuvor das 2°-Ziel) erschaffen zu haben. Eine massive Komplexi-

tätsreduktion zum Zwecke der Vermittlung einer Kernbotschaft anhand einer Zahl:

Die Erde soll nicht wärmer werden als 1,5°C. Derweil hantiert die Biodiversitäts-Community mit 20 Aichi-Targets, die, so berechtigt und komplexitätsabbildend sie sein mögen, selbst in ökologischen Fachkreisen hinsichtlich ihres Bekanntheitsgrads (vorsichtig ausgedrückt) noch Luft nach oben haben.

Mehr Präsenz und Priorisierung der Biodiversität in Politik, Medien und Gesellschaft braucht klarere Kommunikation, vielleicht sogar, ja, besseres Marketing – insbesondere mit Blick auf die Eingängigkeit für breite Bevölkerungsschichten. In einem [Perspektivpapier im Fachblatt Science](#) schlagen Mark Rounsevell und Kolleg:innen zu diesem Zweck, als Analogon zum 1,5°-Ziel, eine bestimmte Aussterberate für alle großen taxonomischen Einheiten und Ökosysteme vor. Wäre das ein Anfang? Mag sein, dass angesichts der komplizierteren Systeme der Biosphäre nicht eine Zahl ausreicht, sondern wir ein paar mehr brauchen. Mag sein, dass die Aussterberate nicht ideal ist. Aber nicht ideal ist vor allem der Zustand der Biodiversität, und das wohl nicht zuletzt aufgrund des Mangels an medialer, gesellschaftlicher und politischer Wahrnehmung. Wie dieser Mangel schnellstmöglich zu beheben ist, sollte in jedem Fall Gegenstand einer zügigen, v.a. aber zielorientierten (sic!) Debatte sein. Und vielleicht heißt ja hier vom Klimaschutz lernen siegen lernen...

Dr. Christian Hof

Dr. Christian Hof studierte Biologie an der Philipps-Universität Marburg und promovierte an der Universität Kopenhagen sowie am Nationalen Museum für Naturwissenschaften in Madrid. Nach einem Postdoc-Jahr in Kopenhagen wechselte er 2011 als wissenschaftlicher Mitarbeiter ans Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum in Frankfurt. Von 2015 bis 2020 war er Mitglied der Jungen Akademie bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. 2019 erhielt er den Horst-Wiehe-Förderpreis der Gesellschaft für Ökologie. Seit 2018 leitet er eine Juniorforschungsgruppe des Bayerischen Klimaforschungsnetzwerks bayklif an der TU München. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der Verteilung biologischer Vielfalt in Raum und Zeit, insbesondere die Auswirkungen des globalen Wandels auf Verbreitungsgebiete und Biodiversität verschiedener Tiergruppen sind Gegenstand seiner Arbeit. Weitere Informationen: www.biochange.de.



Dr. Christian Hof

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Hof, Christian (2022). Vom Klimaschutz lernen? Die Biodiversitätskrise im Kontext von Kipppunkten, Komplexität & Kommunikation. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im August 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49525>



www.dbu.de

Deutschland gibt in Zukunft 1,5 Milliarden € pro Jahr für Umweltschutz – wird das reichen, um die neuen post-2020 Biodiversitätsziele zu erreichen?

Bericht von Dr. Axel Paulsch und Dr. Yves Zinggrebe.

Erscheinungsdatum: 21. Oktober 2022

Dass die Finanzierung der Umsetzung der neuen post-2020 Biodiversitätsziele (Global Biodiversity Framework, GBF) ein zentraler Verhandlungspunkt bei der CBD COP15 in Montreal werden wird, ist klar. Was kann eine Ankündigung, wie die von Bundeskanzler Scholz, die Mittel in Zukunft zu erhöhen, da bewirken?



Die Finanzierung der Umsetzung der neuen globalen Biodiversitätsziele wird ein zentraler Verhandlungspunkt in Montreal.

Bild: Geralt / pixabay

Wie in [früheren Kolumnen](#) schon berichtet, ist vor allem die solide Finanzierung der Umsetzung des GBF eine zentrale Forderung der Entwicklungsländer in den Verhandlungen zu den neuen globalen Biodiversitätszielen, die bei der kommenden Vertragskonferenz des Übereinkommens über Biologische Vielfalt ([CBD COP15](#)) zu einem Abschluss kommen sollen. Viele Länder machen ihre Zustimmung zu ambitionierten Biodiversitätszielen von ebenfalls ambitionierten Finanzausgaben abhängig. Als nötig erachtet werden Hunderte von Milliarden Euro. Angesichts dessen sind die [angekündigten 1,5 Milliarden](#) aus Deutschland natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber diese Ankündigung im Vorfeld der COP und in einer Zeit, wo auch in den klassischen Geberländern die Staats-

ausgaben auf dem Prüfstand stehen, hat hoffentlich Vorbildcharakter in dem Sinne, dass auch andere Staaten sich dazu durchringen, ihre Beiträge deutlich zu erhöhen.

In den bisherigen Verhandlungen war es die Linie der Geberländer, zu fordern, dass Beiträge aus ALLEN Quellen kommen sollen. Das bedeutet, dass neben den wenigen Geberländern auch Staatshaushalte ärmerer Länder sowie private Investoren ihren Beitrag leisten. Um diese Forderung zu unterstreichen, macht es sich gut, mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine entsprechende Erklärung zur deutlichen Erhöhung des eigenen Beitrags signalisiert Verhandlungsbereitschaft und Ambition. Dass diese Zusicherung vom Kanzler kam und nicht „nur“ von der zuständigen Umweltministerin, verleiht ihr zusätzlich politisches Gewicht. Denn anders als bei den Klimaverhandlungen, befassen sich Regierungschefs selten mit Biodiversitätsverhandlungen, selbst Ministerbesuche sind nicht selbstverständlich. Je hochrangiger allerdings die letztendlich vor Ort verhandelnde Delegation besetzt ist, umso größer ist auch ihre Möglichkeit, auf Widerstand zu reagieren oder innovative Lösungen zu suchen. Denn viele der zu beschließenden Biodiversitätsziele bringen Verantwortung auf vielen Ebenen und Ressorts mit sich, und eine unter der Flagge der EU verhandelnde deutsche Delegation hat ohne hochrangige Mitglieder wenig Verhandlungsspielraum. In der entsprechenden Pressemitteilung des BMUV hat Frau

Ministerin Lemke von sich als „Verhandlungsführerin der deutschen Delegation“ gesprochen. Nachdem das letzte Mal im Jahr 2010 mit Norbert Röttgen ein Umweltminister bei einer CBD COP war, bleibt also zu hoffen, dass Steffi Lemke nach Montreal reist.

Aber wird die Biodiversitätskrise gelöst, indem man einfach möglichst viel Geld ausgibt? Eher nicht, denn es hängt immer davon ab, wie dieses Geld genutzt wird und welche Anreize insgesamt durch politische Rahmenbedingungen gesetzt werden. Eines der größten Finanzierungspotenziale liegt darin, Geld für [biodiversitätsschädliche Subventionen NICHT auszugeben](#) und stattdessen damit biodiversitätsfreundliche Ansätze zu fördern (Stichwort Agrarsubventionen der EU). Laut einer globalen Studie der OECD sind potenziell schädliche Regierungsausgaben mit \$ 500 Mrd. etwa fünf- bis sechsmal so hoch wie Ausgaben für Biodiversität (geschätzt etwa \$ 78-91 Mrd. pro Jahr). Ebenso werden in der internationalen Zusammenarbeit viele Gelder für die Unterstützung von Projekten ausgegeben, die mit Gefahren für die Biodiversität verknüpft sind (z.B. Intensivierung von Landwirtschaft, Bau von Infrastruktur in Biodiversitätshotspots). Diese Ausgaben umzulenken, war ja schon das Ziel 3 im Aichi-Kanon von 2010 und wurde komplett verfehlt. Solange aber die nötige Umsteuerung nicht ernsthaft in Angriff genommen wird, sind Zusagen im untersten einstelligen Milliardenbereich zwar erfreulich, aber bei Weitem nicht ausreichend.

Zudem geht es ebenso um regulative Rahmenbedingungen – als Teil des sogenannten „Mainstreamings“ von Biodiversität in alle Politikfelder. Konkrete Beispiele hierfür sind Regulierungen des Zugangs zu Land, integrierte Planung von Land- und Ressourcennutzung, sowie klare Biodiversitätskriterien für die Bewilligung von Projekten, Umweltprüfungen und Finanzierung, sowie für die Regulierung von Wertschöpfungsketten und unternehmenbezogene Nachhaltigkeitsstandards. All das sind Aspekte der Politik, in denen sich die Gewichtung von Biodiversität letztendlich zeigen wird. Und dass dort gehandelt werden

muss, steht auch mehr oder weniger direkt im derzeitigen Entwurf der [Globalen Ziele](#).

Es wird also bei den Verhandlungen in Montreal weiterhin darum gehen, die Ziele des GBF zu schärfen und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung zu schaffen. Bereits am 3.12.2022 wird die „Open-Ended-Working Group“ ([OEWG-5](#)) auf einer weiteren Sitzung versuchen, die Hauptverhandlungen bestmöglich vorzubereiten. Ein wichtiger Umsetzungsmechanismus wird dabei sein, wie Länder über ihre ambitionierte Umsetzung in Form von Nationalen Strategien und Berichten bei der CBD Rechenschaft abliefern müssen. Aber auch weitere Koalitionen zu konkreten Maßnahmen werden sicherlich auf den Korridoren verhandelt und bereits für die Zeit nach der diesjährigen COP vorbereitet. So ist es zum Beispiel denkbar, dass sich analog zu den Klimaverhandlungen Koalitionen von Mitgliedsstaaten besonderen Maßnahmen verschreiben – wie z.B. dem Kampf gegen Überfischung oder Entwaldung als zentrale Treiber von Biodiversitätsverlust.

Wenn sich wirklich etwas ändern soll am Dahinschwinden unserer Lebensgrundlagen, darf die Finanzierung der Erhaltung der biologischen Vielfalt nicht ein „Unterkapitel der Entwicklungshilfe“ bleiben, sondern muss Berücksichtigung in allen Arten von Finanzierungen wie z.B. Krediten, Aufbauhilfen, Startkapital und privaten Investments finden. Ebenso müssen regulative Rahmen angepasst werden. Dazu gibt es Vorschläge in den zu verhandelnden post-2020 Zielen. Es wird hier aber eine entsprechende Führung und Verhandlungsintensität verlangen, um die nötige Schärfe in der finalen Formulierung der Ziele beizubehalten.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Deutschland gibt in Zukunft 1,5 Milliarden € pro Jahr für Umweltschutz – wird das reichen, um die neuen post-2020 Biodiversitätsziele zu erreichen?. CBD-Kolumne im Oktober 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49524&nopagecache>



„Wir müssen endlich in die Umsetzung kommen“

Von Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 16. Dezember 2022

Am Sonntag endet offiziell die 15. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP15). Bisher laufen die Verhandlungen so zäh, dass noch nicht absehbar ist, ob man am Ende tatsächlich zu einem Konsens findet. Sollte es aber gelingen, wird dieser Konsens medienwirksam gefeiert werden. Wer nun denkt, die Biodiversität sei gerettet, hat sich schwer getäuscht, denn jetzt gehen die zähen Verhandlungen erst richtig los. Nun gilt es, die neuen Beschlüsse im eigenen Land umzusetzen. Daran waren die vorherigen Ziele – auch in Deutschland – bislang immer gescheitert. Und darauf hat die Bundesregierung nur begrenzt Einfluss.



Blick in einen Verhandlungssaal während der CBD COP-15 in Montreal. Bild: Y. Zinngrebe

Wenn alles gut geht, wird der Vorsitzende der CBD COP15, Chinas Umweltminister Huang Runqiu, am Sonntag vor die Presse treten und verkünden, dass ein Konsens erzielt werden konnte – und damit ein Erfolg. Das neue [Global Biodiversity Framework \(GBF\)](#) wird voraussichtlich 22 Aktionsziele enthalten, die bis 2030 erreicht werden sollen, darunter eines, das verlangt, 30 % der Landes- und

Meeresfläche unter Schutz zu stellen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke wird vermutlich verhandlungserschöpft aber glücklich vor die Kameras treten und sagen, dass man sich zwar mehr versprochen hätte, aber dennoch einiges erreicht werden konnte, und dass man nun aber auch endlich ins Handeln kommen müsse. Dann steigt sie mit dem neuen Abkommen in der Tasche ins Flugzeug nach Hause nach Berlin, überführt die

globalen Ziele in eine neue Nationale Biodiversitätsstrategie und ordnet dann an, diese im ganzen Land umzusetzen.

Letzteres wird so ganz sicher nicht laufen. „Das ist ein völlig unrealistisches Bild. UN-Abkommen sind keine hierarchischen Gebilde, wo man international pfeift und lokal spurt“, sagt Magnus Wessel, Leiter Naturschutzpolitik und –koordination des BUND Deutschland. „Es ist eher anders herum: Die Bundesregierung vertritt zwar Deutschland auf internationaler Ebene, dort wird aber nur dem zugestimmt, was schon zuvor auf nationalstaatlicher Ebene als durchsetzbar gilt“, sagt Wessel.

„Ich werbe aufgrund meiner Forschung dafür, dass man diese top-down Perspektive komplett umdreht und vom Kopf auf die Füße stellt“, sagt auch Lukas Giessen, Professor [für tropische und internationale Forstwirtschaft](#) an der Technischen Universität Dresden, der sich in seiner Forschung u.a. mit der Umsetzung internationaler Abkommen im Forstsektor beschäftigt. „In der medialen Berichterstattung wird fälschlicherweise das quasi-hierarchische Bild gemalt, die UN sei der König, der seine Entscheidungen nun über den Minister, Stallmeister, Stallburschen an den Bauern weiterreicht, der das dann umsetzen muss. Als ausgebildeter Förster kann ich sagen, dass zumindest im Wald mein Berufsstand derjenige ist, der am Ende entscheidet, ob ein Baum einer Fledermaus als Nistbaum zur Verfügung steht oder zu einem Tisch verarbeitet wird. Die größte Verfügungsgewalt hat die zuständige Person vor Ort. Dort liegt eigentlich der Anfang der Kette.“

Eine politikwissenschaftliche Gewissheit, so Giessen weiter, sei zudem, dass nur Instanzen mit der nötigen politischen Kompetenz, also Zuständigkeit, politische Zielsetzungen tatsächlich umsetzen können. Und beim Naturschutz seien dies nach dem Grundgesetz in den allermeisten Fällen nicht die UN, EU oder der Bund, sondern die Bundesländer. Hier ist also de facto das „Oben“.

Eine Rechtsverbindlichkeit von globalen Abkommen auf UN-Ebene gibt es, bis auf wenige Ausnahmen im Weltsicherheitsrat, nicht. Bundesländer müssen sich also an Abkommen, die der Bund auf internationaler Ebene eingeht, nicht halten. Und auch die Kommunen haben aufgrund ihres Selbstbestimmungsrechts in ihrer Planung weitestgehende Freiheiten. „Wegen der CBD wird kein einziges Baugebiet weniger im Landschaftsschutzgebiet geplant. So funktioniert das nicht“, sagt Magnus Wessel. Die CBD dient aber als Legitimation für die Verhandlungen des Bundes mit den Ländern im Rahmen derer konkurrierender Gesetzgebungszuständigkeit.

Und auch für die Verhandlungen der Länder mit den Kommunen und privaten Landeignern sind sie nützlich. „Jemand, der beim Land mit Naturschutzaufgaben beauftragt ist, braucht gute Argumente und Verbündete“, meint Giessen. Die kriegt er z.B. von seinem Finanzministerium, die kann er oder sie aber eben auch bei der Bundesregierung und seit der Riokonferenz 1992 auch bei der UN suchen.“

„Mit der Annahme des neuen globalen Rahmens für biologische Vielfalt und der Abreise aus Montreal muss die Umsetzung der Ziele beginnen“, lässt das BMUV über eine Sprecherin wissen. „Wir haben hier keine Zeit zu verlieren. Da Naturschutzfragen in Deutschland Ländersache und die Umsetzung der Ziele vor Ort in den Städten, Landkreisen und Kommunen stattfindet, ist uns eine Zusammenarbeit hier besonders wichtig.“

Aus Sicht des Bundes läuft der Prozess, die Ziele nach unten weiterzureichen, über die Neuauflage der Nationalen Biodiversitätsstrategie, kurz NBS, die bereits seit einigen Monaten im Rahmen eines breit angelegten Dialogprozesses vorbereitet wird. Kommunen würden dabei speziell in einem eigenen Handlungsfeld zur Stadtnatur angesprochen und bei konkreten Maßnahmen zum Schutz von Biodiversität unterstützt, bspw. durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt, durch Aktivitäten des Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ sowie Maßnahmen, die

die Entwicklung kommunaler Biodiversitätsstrategien fördern. Für letztere dient dann die NBS als Vorbild. Bisher hat allerdings kaum eine Stadt eine solche Strategie. In Deutschland sind es gerade mal knapp [40 Kommunen](#). Entsprechend sieht die EU-Biodiversitätsstrategie, die schon vor dem neuen Globalen Rahmenwerk der CBD verabschiedet worden war, vor, dass sich alle Kommunen in der EU über 20.000 Einwohner eine eigene Biodiversitätsstrategie zulegen.

Was allerdings von den bei der COP15 beschlossenen Zielen in den Strategien auf Landes- und Kommunalebene am Ende noch übrig bleibt, ist sehr unterschiedlich. Lukas Giessen nutzt für den Vorgang des politischen Weiterreichens und Anpassens über unterschiedliche Ebenen hinweg den Begriff „Customising“, den er dem Softwareriesen Microsoft entliehen hat. Ähnlich wie jeder lokale Nutzer seine Windowsoberfläche individuell gestalten kann, etwa mit Farbvarianten, Hintergrundbildern usw., passt jede Verwaltungsebene die Vorgaben den eigenen Gegebenheiten an. Und dies folgt allen möglichen Interessen, die in der Regel nicht den größtmöglichen Schutz der Biodiversität im Blick haben.

Selbst eine grüne Bundesregierung bedeutet noch lange keine Zeitenwende im Naturschutz

„Fortschritte im Umweltschutz stehen und fallen mit dem politischen Willen“, sagt Magnus Wessel vom BUND. „In der westlichen Gesellschaft ist Geld nicht der limitierende Faktor, das wird für alles Mögliche ausgegeben. Naturschutz hat nur einfach immer noch keine hohe Priorität.“ Wenn wir nun aber eine handlungswillige Bundesregierung haben, wovon man bei einer grünen Umwelt- und einem grünen Landwirtschaftsminister ausge-

hen können sollte, diese aber keine Kompetenz hat, die selbsterkämpften Ziele umzusetzen, ist denn dann ein Scheitern Deutschlands bezüglich der neuen post2020-Ziele der CBD vorprogrammiert?

„Man sollte nicht der Vorstellung verfallen, dass der Staat alles regelt“, sagt Magnus Wessel. „Da entlehne ich mal einen Satz vom französischen König Ludwig XIV: ‚L'état, c'est moi!‘ Gemeingüter sind für alle da, also sind auch alle dafür verantwortlich, sie zu erhalten. Das sei eine der starken Rollen der Zivilgesellschaft, gerade auf kommunaler Ebene, da die kommunale Selbstverwaltung Bund und Länder in der Fläche weitgehend ausschließt. Hier helfen nur viele individuelle Diskussionen, die häufig die Verbände leisten. „Es braucht Kümmerer vor Ort, die hauptamtlich arbeiten können, und zwar dauerhaft, nicht nur temporär“, sagt Wessel. „Leute von außen einzufliegen, die sagen, wie es geht, das hat noch nie funktioniert. Genauso wenig wie Kommunikationskampagnen, die sagen: ‚deine bisherige Meinung stimmt nicht, wir wissen, wie es sein muss‘.“

Es steht und fällt mit fähigen Leuten vor Ort

Zu diesem Schluss kommt auch Peter Gaffert. Der gelernte Forstwissenschaftler war 1994 bis 2004 Leiter des Nationalparks Harz und 2008 bis Sommer 2022 Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode am Harz. „Wenn der Kopf, also der verantwortliche Regierende, nicht will, ist beim Naturschutz kaum etwas möglich“. Der damals parteilose Bürgermeister hatte zeit seines Amtes mit einer starken konservativen Opposition zu kämpfen. Und doch gilt die Stadt in Sachsen-Anhalt als eine der Vorreiterinnen in Natur- und Umweltschutzbelangen.



*Bereitschaft zu Handeln entsteht v.a. durch direkte Betroffenheit. Seitdem die Bewohner des Harzes den Klimawandel hautnah im Wald erleben können, sei die Akzeptanz nachhaltiger Lösungen laut OB Gaffert stark gestiegen.
Bild: Sebastian Tilch*

„Ich denke nicht, dass sich aktuell im Stadtrat jemand ernsthaft für die Verhandlungen in Montréal interessiert, das muss ich leider so sagen“, meint Gaffert. Beschlüsse auf UN-Ebene hätten für die kommunale Ebene keinerlei Relevanz. Sie hätten eher deklaratorischen Charakter. Entscheidend sind hier Beschlüsse des Stadtrates, die Wirkung auf die Bevölkerung haben und mit Kosten verbunden sind. Da brauche man gute Argumente, um etwas durchzusetzen, und die lieferten zwar die übergeordneten Politikebenen, also die UN, EU, Bund und Länder mit ihren Richtlinien und Zielen. Die seien allerdings noch lange kein Erfolgsgarant. Trotz entsprechender Vorgaben vom Bund, erinnert sich Gaffert, sei es ein unheimlich dickes Brett gewesen, Nachhaltigkeitskriterien im öffentlichen Beschaffungswesen zu verankern. „Und so ist das auch mit der Biodiversität.“

Um den Menschen die Relevanz des Themas und auch der politischen Beschlüsse auf höherer Ebene plausibel zu machen, sei Kommunikation das A&O. „Man muss die Menschen mitnehmen, und man braucht gute Argumente, um in die persönlichen Freiheiten der Menschen einzugreifen.“ Sich aber einfach auf UN-Beschlüsse zu berufen, also die ganz große Keule zu schwingen, erzeuge nur Widerstände. „Die Ziele sind ja meist unheimlich abstrakt. Die müssten zuerst einmal für die Bedarfe vor Ort übersetzt werden“, meint der Ex-Bürgermeister. „Wovon sind wir unmittelbar betroffen, was bedeutet das für welche

Politikbereiche etc.? Wenn die Leute vor Ort sehen, dass die Themen, die da auf höherer politischer Ebene besprochen werden, sie auch direkt betreffen, wird plötzlich einiges möglich.“ Das sähe man aktuell an der enormen Bereitschaft der Leute, sich an der Wiederaufforstung zu beteiligen. „Ganz einfach, weil durch das massive Baumsterben durch Klimawandel und Borkenkäfer offensichtlich geworden ist, dass etwas getan werden muss.“

Konfrontation führt nicht zum Ziel

Um die nötige Zustimmung zu Naturschutzmaßnahmen und damit verbundenen Ausgaben im Stadtrat zu bekommen, setzte Gaffert meist auf Synergieeffekte. „Ich habe immer versucht, etwas für das Image der Stadt in der Außenwirkung zu tun. Also habe ich versucht, die positiven Folgen der Maßnahmen für die touristische Attraktivität herauszustellen. Das hat oft gut funktioniert.“ Aber auch Labels können ein vielversprechendes Mittel sein. So war Gaffert 2012 einer der Gründungsväter des Bündnisses [„Kommunen für biologische Vielfalt“](#), dessen Vorsitz er 2014-2018 innehatte. „Die Deklaration soll als freiwillige Selbstverpflichtung Kommunen bundesweit dazu motivieren, den Erhalt der biologischen Vielfalt als Grundlage einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu berücksichtigen und entsprechende Anforderungen in kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen“, heißt es auf deren Webseite. Dem Bündnis gehören aktuell 271 Kommunen in Deutschland an. Außerdem trat Wernigerode dem „kommunalen Klimabündnis“ bei, ist Fair-Trade-Stadt und vieles mehr. „Das sind durchaus wirkungsvolle Instrumente, denn das waren ja alles Beschlüsse des Stadtrates“, so Gaffert, „und das verpflichtet dann auch zum Handeln, da man ja auch von außen beobachtet wird und sich als Stadt nicht lächerlich machen will.“

Ganz wesentlich für seine Erfolge in der Umweltpolitik war laut Gaffert allerdings auch, Geld für Personal in die Hand zu nehmen. Als erste Stadt in Sachsen-Anhalt finanzierte Wernigerode eine Nachhaltigkeitsbeauftragte. „Man braucht einfach jemanden, der die Prozesse im Blick hat, sich auskennt und genau solche Argumente für die Debatten im Stadtrat liefert“, meint Gaffert. Und hier kommt spätestens das Thema Geld ins Spiel. Gaffert würde sich wünschen, dass die Länder solche Stellen zumindest mitfinanzieren würden. „Das müssen ja auch qualifizierte Leute sein, die entsprechend ausgebildet und im Thema sind. Da könnte wiederum der Bund auf die Länder einwirken.“

Um aber Waldbesitzer oder auch die eigene Forstverwaltung zum Verzicht auf Nutzung zu überreden, brauche es vor allem Anreize. „Ein gesundes Klima in 30 Jahren ist für die Leute kein Anreiz“, meint Gaffert. Von daher sollte ein finanzieller Ausgleich für anfallende Kosten oder Verluste zur Verfügung gestellt werden. Das sei v.a. für kleinere Kommunen besonders wichtig, die weniger Geld für Kompensationen haben. „Der Bund gibt so viel Geld aus, da ist es doch nur legitim, wenn eine Kommune, die sich für die Umsetzung von drei oder vier Naturschutzziele einsetzt, unterstützt wird.“

Den Personalmangel vor Ort sieht auch Magnus Wessel als riesiges Problem an, welches oft die Umsetzung beschlossener Maßnahmen verhindert. „Wenn man sich Länder ansieht, bei denen im Naturschutz einiges passiert, wie etwa Thüringen oder Baden-Württemberg, dann sieht man, dass diese Geld für Personal ausgegeben haben, etwa für die Unterstützung der Pflegeverbände, um Natura2000-Stationen aufzubauen, etc.“



Der Siedlungsbau ist in Deutschland ein wichtiger Faktor für den Rückgang wertvoller Biotope. Ein Bewusstsein dafür in der Stadtplanung steht und fällt mit dem vorhandenen Personal in den Kommunen. © Catkin_Pixabay

„Magnus Wessel warnt jedoch davor, die Verantwortung ausschließlich auf die lokalen Akteure abzuwälzen. Das häufig gerade von NGOs bemühte Bild, lokale und regionale Entscheidungen seien gut, nationalstaatliche schlecht, stimme zumindest in Europa so nicht. Die meisten Schäden an Natur in Deutschland und Europa entstünden neben zu hohem Ressourcenverbrauch und Emissionen eben durch Missmanagement auf lokaler und regionaler Ebene. „Wenn ich einer Bürgermeisterin oder einem Bürgermeister vor Ort mit der Aufgabe alleine lasse, die biologische Vielfalt zu erhalten und dann denke, es würde alles gut..., dann wissen wir seit über hundert Jahren, dass das so nicht funktioniert“, meint der Naturschützer. Das läge, so Wessel, maßgeblich an den zugrundeliegenden europäischen Werten, die den Menschen ins Zentrum stellten und losgelöst von seiner Umwelt betrachteten. Mit diesem Werteverständnis wiegen ökonomische Ziele meist schwerer als ökologische.“

Ähnlich wie Gaffert sieht auch Wessel die besten Chancen für eine erfolgreiche Biodiversitätspolitik, die beides zusammendenkt, Naturschutz- oder Renaturierungsmaßnahmen also gleichzeitig mehrere gesellschaftsrelevante Ziele bedient. „Es gibt da ja viele Berührungspunkte, sei es die Gesundheitsvorsorge vor Ort, lebenswerte Innenstädte oder die Anpassung an die Folgen des Klimawandels.“

Und wenn der Wille unter Regierenden dann da ist, wünscht sich Wessel manchmal auch den politischen Mut, etwas umzusetzen, was zuerst Widerstand erzeugen wird. „Mein Lieblingsbeispiel ist da das Rauchverbot. Da haben sich auch alle drüber aufgeregt, heute kein Mensch mehr.“ Ein Schwellenwert für den Flächenverbrauch könnte so ein Instrument sein, das viel bringen würde. Dann, so zeigt Wessels Erfahrung, würden die Menschen kreativ. Wichtig sei, dass man die Entscheidungen und Notwendigkeiten gut erklärt.

Punktuelle Chancen ergreifen statt den Rundumschlag planen

„Groß angelegte Änderungen in der Gesellschaft brauchen Zeit, das geht nicht über Nacht“, meint der Waldpolitikforscher Giessen. „Ich werbe dafür, mehr Geduld an den Tag zu legen, und für einen sachlichen Blick“. Gerade spezifische Naturschutzakteure träten oft sehr fordernd und kompromisslos auf, was die Fronten in der Regel nur verhärte, statt Lösungen herbeizuführen. So kommt er nach einer Fallstudie zur Umsetzung von CBD-Beschlüssen in der Deutschen Forstpolitik zu dem Ergebnis: „Wenn die Umweltadministration hier ihren zwingenden Anspruch auf ordnungsrechtliche Zuständigkeit aufgeben würde, könnte inhaltlich viel gewonnen werden. Flächenstilllegungen zu verordnen, erzeugt nur Stellungskriege.“

Giessen empfiehlt, kleine, erfolgversprechende Schritte zu gehen. Dabei solle man sich in den betroffenen Ressorts wie Verkehr, Landwirtschaft, Bau, Finanzen, aber dezidiert auch unter den Flächenbesitzenden, die kooperativeren Personen herauszusuchen und punktuelle win-win-Veränderungen anstreben. „Das ist für alle Seiten frustrationsärmer und bringt am Ende mehr inhaltliche Ergebnisse“, so Giessen. Bei Waldbesitzern könnten das etwa Flächen an wenig ertragreichen Standorten wie bspw. Anhöhen sein, die eine

dünne Bodenschicht haben und mit Maschinen schwer erreichbar sind. Für den Naturschutz sind genau diese Flächen sehr wertvoll. „Wichtig ist dabei, für eine konstruktive Gesprächsatmosphäre zu sorgen, also niemanden an den Pranger zu stellen“, meint der Waldpolitikforscher.

Dass die 22 Ziele, die jetzt in Montréal verhandelt werden, wie dort formuliert bis in acht Jahren erreicht sein werden, scheint vor diesem Hintergrund sehr fraglich. Zumindest kommt auf die Advokatinnen und Advokaten des Biodiversitätsschutzes eine Menge Überzeugungsarbeit in den kommenden Jahren zu. „Politisches Handeln folgt gesellschaftlichem Druck“, sagt Magnus Wessel. „Wir können nur weiter tun, was wir bisher getan haben: Am Ball bleiben, die Menschen überzeugen, dass wir die Natur brauchen und wir so leben müssen, dass sie uns erhalten bleibt. Vielleicht kann man als einzigen positiven Aspekt der Dürre der letzten Jahre sehen, dass nun wirklich ein größeres Bewusstsein dafür herrscht, dass etwas getan werden muss.“

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): „Wir müssen endlich in die Umsetzung kommen“ Themenschwerpunkt im Dezember 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49737&nopagecache>



Tabu Suffizienz: Warum Technik, Schutzgebiete und Planung allein die biologische Vielfalt nicht retten werden

Ein Gastbeitrag von Stefan Heiland und Marianne Hachtmann

Erscheinungsdatum: 16. Dezember 2022

Verzicht, Verbote, Ökodiktatur – mit Vorwürfen und Begriffen wie diesen muss sich auseinandersetzen, wer die Position vertritt, dass technischer Fortschritt, Effizienzsteigerung und ökonomische Instrumente allein nicht ausreichen, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu schützen, sondern dass darüber hinaus auch ein „Weniger“ an Konsum von Flächen, Materialien und Energie – sprich Suffizienz – erforderlich ist. Warum dies auch für den Schutz der biologischen Vielfalt gilt, wollen wir im Folgenden kurz darlegen.



Kann Wildnis bei höherem Nutzungsdruck durch zunehmende Konsumansprüche noch erhalten werden? Bild: S. Heiland (aufgenommen im Nationalpark Hunsrück-Hochwald)

Während Effizienz auf eine relative Reduktion von Material oder Energie im Verhältnis zum erzielten Ergebnis (z. B. Produkte, Dienstleistungen) abzielt, umfasst Suffizienz (hier etwas vereinfacht ausgedrückt) Verhaltensweisen bzw. -änderungen, die zum Schutz der natürlichen Umwelt der Menschen (und zu sozialer Gerechtigkeit) beitragen, indem sie

zu einer absoluten Reduktion des Verbrauchs von Energie, Fläche und Materialien verschiedenster Art führen. Die Lebens- und Wirtschaftsweisen insbesondere der Gesellschaften im globalen Norden sind davon weit entfernt, so dass es grundlegender Veränderungen von Produktions- und Konsummustern bedarf. Bisher spielen entsprechende

Bemühungen auch im Naturschutz jedoch nur eine sehr nachrangige Rolle (man suche den Begriff auf Internetseiten von Naturschutzbehörden und -verbänden und vergleiche das mit der Trefferanzahl für andere Suchbegriffe).

Die zentrale Ursache der Gefährdung biologischer Vielfalt – die Lebensweise des globalen Nordens – lässt sich nicht technologisch oder mit traditionellen Naturschutzinstrumenten beheben

Warum ist Suffizienz für den Schutz biologischer Vielfalt so bedeutend? Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass sich zentrale Ursachen der Gefährdung biologischer Vielfalt nur begrenzt technisch oder planerisch vermeiden bzw. verringern lassen. Denn der Verlust von Biodiversität ist primär auf das Ausmaß und die Intensität bestimmter Flächennutzungen zurückzuführen sowie auf die ihnen zugrunde liegenden und oft zur Selbstverständlichkeit gewordenen Konsumansprüche. Das betrifft viele Handlungsfelder, wie Wohnen, Mobilität, Freizeit, Erholung und Tourismus, Landwirtschaft und Ernährung oder Energiegewinnung bzw. -verbrauch. So ist der durchschnittliche Wohnraumbedarf pro Person in Deutschland von ca. 15 qm in den 1950er Jahren auf aktuell knapp unter 50 qm gestiegen; Mobilitätsansprüche werden v. a. durch PKW-Verkehr und Straßenbau befriedigt (und geweckt); Tourismus benötigt Gebäude, Verkehrswege und Infrastruktur; Ernährungsgewohnheiten führen global zur Abholzung von Wäldern und einer großflächig intensiven Landwirtschaft. All dies geht einher mit Flächenversiegelung, Bodenzerstörung sowie Landschafts- und Habitatzerschneidung, Beeinträchtigung und Verlust von

Lebensräumen vieler Arten – letztlich der Gefährdung und dem Verlust biologischer Vielfalt auf allen Ebenen (Ökosysteme, Arten, Gene).

Flächen lassen sich aber nicht technisch vermehren, Straßen werden mit technisch-baulichen Mitteln (z. B. Grünbrücken) nur begrenzt umweltverträglicher und auch die Landwirtschaft wird, gerade unter Klimawandelbedingungen, trotz „vertical farming“ und „urban gardening“ auf die Nutzung von Freiflächen angewiesen bleiben. Ebenso wenig lassen sich Gefährdung und Verlust biologischer Vielfalt allein mit traditionellen Instrumenten des Naturschutzes, wie Schutzgebieten, Landschaftsplanung, Umweltprüfungen oder Kompensationsmaßnahmen lösen – ohne ihnen ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit in bestimmten Grenzen absprechen zu wollen. Dauerhaft kann biologische Vielfalt daher nur erhalten werden, wenn es uns – und damit meinen wir vor allem die reichen Gesellschaften des globalen Nordens – gelingt, mit einem „Weniger“ an Flächen-, Energie- und Warenkonsum auszukommen.

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist zuvorderst eine kulturell-gesellschaftliche Aufgabe

Da die tieferen Ursachen des Biodiversitätsverlusts in unserem Anspruchsniveau sowie damit verbundenen Interessen und Machtstrukturen begründet und damit kultureller und gesellschaftlicher Art sind, sind sie auch nur kulturell und gesellschaftlich wirksam zu bekämpfen. Technische und planerische Ansätze können dazu wertvolle begleitende Beiträge leisten, sie dürfen jedoch nicht als Ausrede dafür dienen, die zwingend notwendige Änderung unserer auf Konsum und Verbrauch von Energie, Materie, (naturnaher) Flächen und Biodiversität gerichteten Lebens- und Wirtschaftsweise zu unterlassen. Daher braucht es ergänzend zu bisherigen Naturschutzstrategien eine

Suffizienzstrategie, die darauf abzielt, durch Verbrauchsreduktion und veränderte Landnutzungsformen den Druck auf die biologische Vielfalt sowie auf Boden, Wasser und Landschaften zu verringern. Anders ausgedrückt: Naturschutz muss sich neben kausal nachgelagerten Symptomen (der direkten Gefährdung von Arten und Lebensräumen) noch stärker als bisher deren eigentlichen Ursachen zuwenden – gesellschaftlich produzierten und reproduzierten Ansprüchen, den daraus folgenden Aktivitäten und somit der global dominierenden Lebens- und Wirtschaftsweise.

Suffizienz ist schwierig – und sie wird schwierig gemacht

Forderungen nach Suffizienz stoßen auf massive Vorbehalte und Abwehr in Politik und Gesellschaft. Denn Suffizienz steht im Widerspruch zu allgegenwärtigen Normen einer wachstums- und konsumorientierten Gesellschaft. Entsprechend begünstigen vorhandene rechtliche, ökonomische und strukturelle Rahmenbedingungen ein nicht-suffizientes umweltschädliches Verhalten, indem sie dieses oft einfacher und billiger machen als suffizientes Verhalten. Menschen, die sich suffizient verhalten wollen, sind daher sowohl mit gegenläufigen sozialen Normen als auch mit erschwerenden „objektiv gegebenen“ Rahmenbedingungen konfrontiert. Daher sind der Wirkung individuellen Verhaltens Grenzen gesetzt, wenngleich es auf Dauer diese Grenzen verändern kann, sofern genügend Menschen ein entsprechendes Verhalten zeigen und unterstützen. Dennoch ist es primär Aufgabe und Verantwortung der Politik, suffiziente (bzw. nachhaltige, natur-, umwelt- oder klimaverträgliche) Lebens- und Wirtschaftsweisen zu ermöglichen und zu fördern – im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation. Deshalb sollten Naturschutz-Akteure die Menschen motivieren, in doppelter Funktion Suffizienz zu unterstützen: Erstens als Konsument*innen, zweitens als

Bürger*innen, um politischen Druck zur Veränderung nicht-suffizienter Rahmenbedingungen aufzubauen.

Suffizienz bedeutet Verzicht – keine Suffizienz aber auch

Ein zentraler Vorwurf an alle, die Suffizienz fordern, ist der, dass sie damit Verzicht fordern. Dies ist richtig. Nur: Dies lässt sich ebenso fast jeder anderen Forderung entgegenhalten. Denn jede Entscheidung zwischen zwei Alternativen, die sich gegenseitig ausschließen, führt notwendigerweise zu Verzicht (auf die nicht gewählte Alternative). Wir können nicht gleichzeitig ein Buch lesen, Freunde treffen, Sport treiben, mit den Kindern spielen und ein Konzert besuchen. Eine Option schließt (fast) alle anderen aus; und Verzicht ist damit eine alltägliche Begleitscheinung menschlichen Lebens – meist ohne, dass wir uns dessen bewusst sind oder es als Verlust empfinden. Positiv ausgedrückt: Erst der Verzicht auf eine Option ermöglicht uns, eine andere zu nutzen. Ebenso, wenngleich in seiner Kausalität leider nicht immer so deutlich, ist es beim Schutz biologischer Vielfalt oder des Klimas (wobei es, dies nur am Rande, beim Klimaschutz in keiner Weise um das Klima an sich, sondern primär um Menschen und deren Gesundheit geht). Durch Suffizienz geben wir manches – durchaus auch lieb Gewonnene – auf, gewinnen dafür aber anderes, auf das wir durch unsere derzeitige Lebensweise bereits jetzt verzichten oder künftig verzichten müssen: beispielsweise auf eine arten- und damit abwechslungs- und erlebnisreichere Umwelt, lebenswertere Städte, eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass unsere Kinder unter (noch einigermaßen) guten Umweltbedingungen leben können, auf ausreichend Trinkwasser und gesunde Nahrungsmittel, geringere Krankheitsrisiken und vieles mehr.

Suffizienz – eine Frage gesellschaftlicher

Diskussion über Lebensqualität und Gerechtigkeit

Selbstverständlich ist in einer demokratischen Gesellschaft – auch kontrovers – zu diskutieren, worauf verzichtet werden kann und worauf nicht und welche Entscheidungsspielräume dem Individuum verbleiben. Das reicht von Mobilitätsfragen (Geschwindigkeitsbegrenzungen, Förderung bestimmter Verkehrsmittel gegenüber anderen) über Wohnen und Ernährung bis hin zu Tourismus und Warenkonsum. Darüber hinaus stellen sich soziale Fragen nach der gerechten Verteilung von Kosten und Nutzen bzw. nach den Rechten die noch verfügbaren Ressourcen nutzen zu dürfen. Damit betrifft Suffizienz fast alle Lebensbereiche und berührt die Frage, wie wir leben wollen und wie wir leben können; wie also ein gutes Leben im Angesicht von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und ihren Folgewirkungen möglich ist. Die Debatte über Suffizienz muss daher in eine umfassende partizipative und gesamtgesellschaftliche, auch internationale, Diskussion über Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit unserer Gesellschaften eingebettet sein. Damit schließt sie an aktuelle Diskussionen an, wie jene über das Anthropozän, die planetaren Grenzen, eine sozial-ökologische Transformation, über die imperiale Lebensweise, Degrowth oder Postwachstum.

Aufgaben für den Naturschutz

Um diese Debatten aufzugreifen, aus der Perspektive des Naturschutzes bzw. des Schutzes der biologischen Vielfalt mitzugestalten und zu bereichern und nicht zuletzt, um sie in die Naturschutzarbeit zu integrieren, ist es wichtig zu ermitteln, in welchen Handlungsfeldern (Freizeit, Tourismus, Ernährung, Wohnen, Mobilität, Warenkonsum, Energie) Suffizienzstrategien für den Schutz der biologischen Vielfalt besonders sinnvoll und hilfreich sein können. Hier sind neben positiven

auch mögliche negative Effekte zu untersuchen. So könnte etwa der Verzicht auf Fernreisen mit dem Flugzeug zu einer stärkeren Belastung von Urlaubsgebieten im Inland und dort liegenden Schutzgebiete führen. Für solche Fälle sind erstens Kriterien zu entwickeln, anhand derer zwischen Vor- und Nachteilen abgewogen werden kann, zweitens sind Maßnahmen zu ergreifen, mit denen mögliche Nachteile minimiert werden können. Weiterhin werden für eine erfolgreiche Verbreitung einer suffizienteren, natur- und menschenverträglichen Lebensweise mehrere „Ebenen“ mit je spezifischen Argumenten und Adressaten angesprochen werden müssen. Gemeint sind hiermit die Ebenen ethisch-moralischer Fragen, individuellen Verhaltens, systemischer Strukturen, von Technologien und Ökonomie oder jene politischer Entscheidungen. Nur wenn sich der Naturschutz deutlich stärker als bisher diesen, hier nur kurz und beispielhaft angerissenen, Fragen stellt, wird es gelingen, den Verlust biologischer Vielfalt aufzuhalten und zugleich zu globaler Gerechtigkeit beizutragen.

Stefan Heiland

Seit 2006 Leiter des Fachgebiets
Landschaftsplanung und
Landschaftsentwicklung an der TU Berlin.
Arbeitsschwerpunkte: Klimawandel und
Naturschutz/Landschaftsplanung;
Digitalisierung und Naturschutz; Suffizienz
im Kontext von Naturschutz und
Energiewende; gesellschaftliche Fragen des
Naturschutzes. Leitung und Bearbeitung
einer Vielzahl von Forschungsvorhaben,
unter anderem zum Bundeskonzept Grüne
Infrastruktur.

Marianne Hachtmann

Studium Ökologie und Umweltplanung an
der TU Berlin 2013 - 2020; währenddessen
Studentische Mitarbeiterin an verschiedenen
Fachgebieten. 2019 und 2020 Lehraufträge
an der TU Berlin und der HTW Berlin zu
„Nachhaltigkeit und Umweltschutz“ sowie zu
„Strategische Umweltprüfung und
Kohleausstieg“. Nach Abschluss des
Studiums Mitarbeit in einem Büro für
Umweltplanung. Seit 2021 Wissenschaftliche
Mitarbeiterin und Doktorandin am
Fachgebiet Landschaftsplanung und
Landschaftsentwicklung der TU Berlin.
Dissertation zu Suffizienz im Kontext von
Naturschutz und Biodiversität.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netz-
werk-Forum zur Biodiversitätsforschung,
und die „Kommunikationsoffensive Bio-
diversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Heiland, Stefan; Hachtmann, Marianne
(2022). Tabu Suffizienz: Warum Technik,
Schutzgebiete und Planung allein die bio-
logische Vielfalt nicht retten werden.
NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Dezem-
ber 2022. Online verfügbar:

[https://www.ufz.de/nefo/in-
dex.php?de=49736&nopagecache](https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49736&nopagecache)



Noch keine großen Fortschritte in Montreal

Bericht von Dr. Axel Paulsch und Dr. Yves Zinngrebe.

Erscheinungsdatum: 16. Dezember 2022

Die Weltnaturkonferenz (CBD-COP15) wurde am 6.12. von dem kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau, dem UN-Generalsekretär Guterres, dem chinesischen Umweltminister Runqiu und der Exekutivsekretärin der CBD Maruma Mrema eröffnet. Während einige – zum großen Teil technische - Entscheidungen bereits verabschiedet werden konnten, sind zentrale Fragen zur Entwicklung und Umsetzung der globalen Ziele weiter offen.



Blick in den Hauptverhandlungssaal bei der CBD COP15 in Montreal. Es spricht der COP15-Vorsitzende, Chinas Umweltminister Huang Runqiu. Bild: Y. Zinngrebe

Bereits nach der fünften Sitzung der Arbeitsgruppe zu den 2030-Zielen vom 3.-5.12. (OEWG-5) war die Stimmung nicht sonderlich optimistisch. Es wurde versucht, die Eingangspapiere für die Vertragsstaatenkonferenz noch zu verbessern. Leider haben die drei Verhandlungs-Tage wenig bis keine Annäherung in wesentlichen Punkten gebracht. Die Staaten bestehen weiterhin (wie schon in den [vorausgegangenen vier Sitzungen der OEWG](#) seit 2019) auf ihren unterschiedlichen Standpunkten und zeigen wenig Bereitschaft, einander auf der Suche nach Kompromissen entgegen zu kommen. Dabei wurde sogar versucht, sich zunächst auf die am wenigsten strittigen Punkte zu konzentrieren und am ersten Tag gelang es immerhin, sich bei drei Zielen auf den Text der Beschlussvorlage zu

einigen, also alle Klammern zu beseitigen. Diese Ziele befassen sich mit der Berücksichtigung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Entscheidungsprozessen, mit der Gender-Gerechtigkeit und mit der besonderen Berücksichtigung der Belange von Frauen und Mädchen. Im letzten Moment hat ein Land jedoch auch diesen Teilerfolg noch geschmälert, da es von „gender-sensitiv“ (also der Anerkennung des Gender-Problems) anstatt von „gender-responsiv“ (also der Adressierung der Gender-Probleme) sprechen wollte.

Nachdem jetzt die offiziellen COP-Verhandlungen laufen, bleiben zentrale Fragen weiter offen, und man diskutiert bis spät in die Nacht und am Wochenende über die Elemente des

zukünftigen globalen Rahmens. Bei den substantielleren Zielen, z.B. zu Schutzgebieten, zur Wiederherstellung von degradierten Ökosystemen, zum „In-Ruhe-Lassen“ (retaining) noch intakter Ökosysteme oder gar zur Finanzierung des weltweiten Biodiversitätsschutzes gibt es wenig Annäherung. Es ist frustrierend mitanzuhören, dass man nach vier Jahren Verhandlung beim Thema Wiederherstellung von Ökosystemen immer noch über die wissenschaftliche Referenzgröße – also das Maß, in dem das Ziel ausgedrückt werden soll – diskutiert. Nachdem es ja zu diesem Thema umfangreiche Vorarbeiten auch der UN-Konventionen für Klima (UNFCCC) oder Degradation (UNCCD) gibt, mutet dies eher als politisches Kalkül denn als fehlendes wissenschaftliches Wissen an.

Auch die Positionen zum Umgang mit noch intakten Ökosystemen liegen weit auseinander, je nachdem, wie viele solche Systeme ein Land noch hat und wie es diese bewirtschaftet. Ein Land wie Deutschland (bzw. die EU) tut sich mit der Forderung der Erhaltung leichter, da wir ohnehin kaum noch unberührte Ökosysteme haben, während Länder des globalen Südens (oder auch Russland), die noch in großen Landesteilen intakte Natur haben und diese in Zukunft womöglich nutzen wollen.

Auch der Umgang mit den Chancen und Risiken moderner gentechnischer Verfahren und der sog. synthetischen Biologie ist weiterhin kontrovers, weil diejenigen, die diese Verfahren einsetzen oder zumindest damit forschen, die Vorteile betonen (z.B. Entwicklung der COVID-Impfstoffe), während andere eher die Risiken betonen, die freigesetzte genetisch veränderte Organismen für die biologische Vielfalt und auch den Menschen darstellen könnten und die schlecht abzuschätzen sind. Die Verhandlungen zu diesen Punkten finden in einer kleinen Gruppe („Friends of the chair“) statt, in der es besonders darum geht, einen ersten Kompromiss-Vorschlag zwischen den unterschiedlichsten Konfliktparteien auf den Tisch zu legen.



Trotz Verhandlungs-Frusts bewahren die Autoren (noch) gute Laune in Montreal.

Bild: Y. Zinngrebe

Auch zu weiteren Themen werden kleinere Arbeitsgruppen eingerichtet, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Z.B. hat eine erste Sitzung der Gruppe zur Finanzierung immerhin die Einigung erbracht, zunächst eine Interim-Finanzierungsstrategie bis zur COP 16 in 2024 aufzusetzen, und dann bei COP 16 eine langfristige Strategie daraus zu entwickeln. Damit umgeht man die Schwierigkeit, hier schon eine Finanzierung von Zielen zu beschließen zu müssen, die noch gar nicht festgelegt sind, sagt aber gleichzeitig eine Finanzierung für den sofortigen Start der Umsetzung zu. Diese Einigung mutet besonders den biodiversitätsreichen Ländern des globalen Südens zu, darauf zu vertrauen, dass man später auch wirklich ihrer Forderung nach ausreichender Finanzierung nachkommt, wenn sie jetzt ambitionierten Zielen zustimmen. Diese Entscheidung schien neues Vertrauen zu schaffen, was für die weitere Verhandlung dringend nötig ist.

Eine wesentliche und bisher ungeklärte Frage ist jedoch nach wie vor, wie mögliche Ziele umgesetzt und überprüft werden sollen. Zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe zu „Planung, Monitoring, Reporting und Review“ haben aufgezeigt, wie schwierig hier der Verhandlungsstand ist. Die Schweiz und die EU haben ausgegeben, dass für sie die Verabschiedung eines Rahmens für die Umsetzung eine genauso wichtige Voraussetzung zur Zustimmung zum GBF ist, wie für andere eine Einigung zu [Digitalen Sequenzinformationen](#). Allerdings sind hier die Ideen und Ansprüche schon sehr reduziert worden. Es sieht danach aus, dass die Entscheidung zu diesem

Thema Vorgaben für Nationale Strategien und Berichte der Länder an die CBD beinhalten soll. In Anbetracht der Tatsache, dass diese Formen des Reportings ohnehin bereits verankert sind und die einzigen verbindlichen Auflagen an die Staaten darstellen, ist das sehr wenig Neues. Es geht lediglich darum, diese Strategien und Berichte mit den globalen Zielen abzustimmen. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein, aber selbst dieser kleine Schritt bedarf erheblicher Energie und Geduld in den Verhandlungen. Der ursprünglich anvisierte Plan, Maßnahmen für die Umsetzung regelmäßig zu sichten und nachzusteuern, um ein erneutes Scheitern globaler Ziele zu verhindern, wurde auf die nächste COP (16) in der Türkei verschoben. Selbst wenn ein Mechanismus dort 2024 beschlossen wird, bleiben dann nur mehr sechs Jahre bis 2030 und wenig Raum um nachzusteuern. Es ist somit wahrscheinlich, dass die CBD hier in Montreal erneut Ziele verabschiedet und dann bei negativen Trends unfähig ist, darauf zu reagieren. Da bisherige Entscheidungen keinerlei Überlegungen für die Zeit nach 2030 beinhalten, droht sogar das Horror-Szenario, dass dann erneut ein Zielrahmen verhandelt wird.

Anstatt also aus [vergangenen Fehlern zu lernen](#), scheint es für die COP sehr schwer, Mechanismen für die Umsetzung ihrer eigenen Ziele zu verabschieden. Es ist ohne Frage schwierig, mit 196 unterschiedlichen Ländern im Konsens Entscheidungen zum Umgang mit der Natur zu fällen. Aber wenn das beim dritten strategischen Plan erneut nicht funktioniert, muss man sich entscheiden, ob man den Verlust der Biodiversität hinnehmen will, oder ob man andere Entscheidungsprozesse oder Koalitionen für die Zusammenarbeit wählt. Handelsverträge, wie sie von Deutschland gerade mit Kanada, Indien oder den MERCOSUR-Ländern verhandelt werden, bieten dazu erhebliches, bislang ungenutztes

Potenzial. Und auch die EU gerät zunehmend unter Druck, darzustellen, wie sie ihre [bereits vor drei Jahren verabschiedete Biodiversitätsstrategie](#) umzusetzen gedenkt.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): Noch keine großen Fortschritte in Montreal CBD-Kolumne im Dezember 2022. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49735&nopagecache>



Globales Biodiversitätsziel 15: Stärkung der Rolle von Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten

Ein Gastbeitrag von Johannes Förster und Tobias Wildner

Erscheinungsdatum: 16. Februar 2023

Auf der CBD COP-15 haben sich die Mitgliedsstaaten in dem Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework unter anderem darauf geeinigt Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass insbesondere große Unternehmen und Finanzinstitute, Auswirkungen auf und Abhängigkeiten von Biodiversität bis 2030 erfassen und offenlegen sollen (Target 15). Das Forschungsprojekt Bio-Mo-D brachte auf der CBD COP-15 die führenden globalen Standardsetzer für eine solche Biodiversitäts-Berichterstattung in einem Side Event zusammen.



*Unternehmen und Finanzströme: zentral für das Erreichen der neuen globalen Biodiversitätsziele
Bild: J.Förster*

Damit die Integration von Biodiversität in die Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten gelingt und somit Biodiversität auch in die Entscheidungen über nachhaltigere Geschäftsmodelle einfließen kann, sind mehr Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln von öffentlichen und privaten

Initiativen erforderlich. Das ist ein Fazit des Side Events zur Rolle globaler Standards für die Integration von Biodiversität in die Unternehmensberichterstattung, zu dem das Forschungsprojekt [Bio-Mo-D](#) am "Finance and Biodiversity Day" während der UN-Biodiversitätskonferenz in Montreal geladen hatte.

Weitere Schlussfolgerungen waren, dass insbesondere bei Methoden sowie der Bereitstellung relevanter Daten kooperative und transparente Ansätze entscheidend sein werden. Dabei sollte sich die Berichterstattung zu Biodiversität auf solide wissenschaftliche Ansätze und Indikatoren stützen. Wichtig sei es allerdings, dass diese Ansätze und Indikatoren auch in der Praxis tauglich seien, um Entscheidungsträger in Unternehmen und Finanzinstituten dabei zu unterstützen, Strategien für eine nachhaltigere Nutzung sowie den Erhalt der Biodiversität umzusetzen. Das Side-Event wurde vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ gemeinsam mit der Value Balancing Alliance ([VBA](#)) organisiert und brachte alle führenden Organisationen zusammen, die an der Entwicklung von Standards und entsprechenden Rahmenwerken für die Nachhaltigkeitsberichterstattung über Biodiversität beteiligt sind.

Zur Einführung in die Veranstaltung wies das UFZ auf die entscheidenden Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Biodiversität hin und zeigte sich hieraus ergebende Risiken, aber auch Chancen für Unternehmen und ihre Lieferketten auf. Die mit dem Verlust der Biodiversität verbundenen möglichen wirtschaftlichen Konsequenzen werden auch von Zentralbanken und anderen Aufsichtsbehörden zunehmend als systemisches Risiko für das globale Finanzsystem erkannt ([NGFS 2021](#)).

VBA und das Mitgliedsunternehmen Holcim unterstrichen die Bedeutung einer aussagekräftigen Unternehmensberichterstattung und referierten über ihre Erfahrungen damit, Auswirkungen und Abhängigkeiten der Biodiversität in die Entscheidungsfindung direkt einzubeziehen. Holcim betonte außerdem, wie wichtig es sei, eine solche Offenlegung verpflichtend zu machen. In diesem Zusammenhang hob das Unternehmen die von der Wirtschaft angeführte Initiative "[Make it Mandatory](#)" von [Business for Nature](#) hervor, in der mehr als 400 Unternehmen und Finanzinstitute (mit einem Gesamtjahresumsatz von mehr als 2 Billionen US-Dollar) aus 53

Ländern fordern, eine aussagekräftige und relevante Biodiversitätsberichterstattung verpflichtend für Unternehmen einzuführen.



Ein „Finance and Biodiversity Day“ fand im Rahmen der CBD COP-15 in Montreal statt.
Bild: J.Förster

Da dieser Forderung innerhalb der EU bereits Rechnung getragen wird, präsentierte ein Vertreter der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) Grundzüge der European Sustainability Reporting Standards (ESRS), des inhaltlichen Teils der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD). Der Schwerpunkt der Präsentation lag auf dem Standard zu Biodiversität und Ökosystemen, der voraussichtlich im Juni 2023 von der EU Kommission angenommen wird ([EFRAG 2023](#)). Dieser wird mehr als 50.000 Unternehmen in der Europäischen Union und 15.000 Unternehmen in Deutschland dazu verpflichten, ihre Auswirkungen auf und Abhängigkeiten von Biodiversität zu erfassen und offenzulegen ([Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft 2023](#)). Dazu gehören neben großen Konzernen mittelfristig auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Die IFRS Foundation (IFRS) mit dem International Sustainability Standards Board (ISSB) verwies auf ihre Ankündigung im Rahmen der CBD COP 15, Biodiversität als zentralen Teil des von ihr zu entwickelnden globalen Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung zu adressieren. In der Ankündigung des ISSB wurde betont, dass Natur die Grundlage für

jede wirtschaftliche Tätigkeit ist. Da IFRS mit dem ISSB der wichtigste globale Standardsetzer für die Unternehmensberichterstattung ist, ist diese Ankündigung ein wichtiges Signal an Unternehmen weltweit, Biodiversität in ihre Berichterstattung aufzunehmen.

Ein weiterer global anerkannter Standard ist die private Global Reporting Initiative (GRI), die auf ihre mehr als 15-jährige Erfahrung im Bereich der Berichterstattung zu Biodiversität aufbaut. In ihrer Präsentation stellte die GRI den Entwurf ihres aktualisierten Biodiversitätsstandards vor, der bis Ende Februar 2023 kommentiert werden kann ([GRI 2023](#)).

Die Taskforce on Nature-related Financial Disclosures (TNFD) skizzierte das Ziel der Initiative, ein Rahmenwerk für das Management und die Berichterstattung insbesondere über die finanziellen Risiken im Zusammenhang mit Biodiversität zu entwickeln ([TNFD 2023](#)). Die Initiative wird von Finanzinstituten angeführt, die die Notwendigkeit erkannt haben, Biodiversitätsrisiken besser zu verstehen und zu bewerten. Letztendlich soll der TNFD-Rahmen auch dazu beitragen, Finanzströme, die der Biodiversität schaden, zu reduzieren und Investitionen zu fördern, die sich positiv auf Biodiversität auswirken. In der Präsentation auf dem Side Event wurden die nächsten Schritte zur Fertigstellung der Leitlinien für die Bewertung und das Management von Biodiversitätsrisiken dargelegt, und es wurde erläutert, inwiefern diese Leitlinien für den Finanzsektor, Unternehmen und Standardsetzer relevant sind.

Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen berichtete zudem über die umfangreichen Arbeiten, die bereits im Zusammenhang mit der nationalen Ökosystembilanzierung ([UN SEEA EA](#)) laufen, und darüber, wie diese die Unternehmensberichterstattung unterstützen und potenziell erleichtern können. Hierfür wurde insbesondere ein stärkerer Austausch zu Methoden, Daten-Verfügbarkeiten und Indikatoren für hilfreich erachtet. Dies, aber auch was die neuen Standards zu Biodiversität und Ökosystemleistungen genau

beinhalten, wird durch das Bio-Mo-D Projekt weiter analysiert und kommuniziert.

Organisatoren des Side Event:

Tobias Wildner vom Helmholtz Zentrum für Umweltforschung – UFZ und der Value Balancing Alliance VBA sowie

Dr. Johannes Förster vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ

Vertreter*innen der Initiativen und Organisationen:

Christian Heller, CEO, Value Balancing Alliance (VBA)

Magali Anderson, Chief Sustainability and Innovation Officer at Holcim

Emily McKenzie, Technical Director, Taskforce on Nature-related Financial Disclosures (TNFD)

Philippe Diaz, Lead on ESRS E4 Standard, European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG)

Ravi Abeywardana, Technical Director, International Sustainability Standards Board (ISSB)

Elodie Chêne, Lead BD Standard, Global Reporting Initiative (GRI)

Alessandra Alfieri, Chief Environmental-Economic Accounts Section, United Nations Statistics Division

Dr. Johannes Förster

Dr. Johannes Förster leitet im Projekt [Bio-Mo-D](#) den Beitrag des Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ mit Schwerpunkt auf Biodiversität und Nachhaltigkeitsberichterstattung in enger Kooperation mit dem Projektpartner Value Balancing Alliance (VBA). Er verfügt über mehr als 10 Jahre Erfahrung in der Arbeit an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik mit Schwerpunkt auf Ökosystemleistungen sowie deren Erfassung und Bewertung als Grundlage für Entscheidungen u.a. zu Klimaanpassung, Vermeidung von Emissionen und Net-Zero Strategien.



Dr. Johannes Förster

Tobias M. Wildner

Studium der Betriebs- und Finanzwirtschaft, der Ökologie sowie des internationalen Umwelt- und Finanzrechts. Unternehmer und Investmentbanker mit über 12 Jahren Erfahrung im Bereich Corporate, Sustainable & Structured Finance. Daneben, wissenschaftlicher Berater am UFZ innerhalb des Projekt Bio-Mo-D, Global Head of Sustainable Finance & Standard Setting der Value Balancing Alliance sowie freier Berater für diverse Standardsetzer und NGOs (u.a. EFRAG, ISSB, NABU, WWF).



Tobias M. Wildner

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Förster, Johannes; Wildner, Tobias M. (2023). Globales Biodiversitätsziel 15: Stärkung der Rolle von Biodiversität in der Berichterstattung von Unternehmen und Finanzinstituten. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Februar 2023. Online verfügbar: <https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49859&nopagecache>

Montreals „Paris Moment light“ – Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft

Ein Gastbeitrag von Julian Taffner

Erscheinungsdatum: 16. Februar 2023

Am 19. Dezember 2022 einigten sich Vertreter*innen von 196 Mitgliedsstaaten der UN-Biodiversitätskonvention bei der Weltnaturkonferenz auf ein globales Rahmenwerk zum Schutz der Biodiversität – trotz inhaltlicher Abschwächungen und Streichungen sind die 23 festgelegten Ziele ambitioniert. Jetzt liegt es an den Mitgliedsstaaten, diese Ziele bis 2030 erfolgreich umzusetzen. Auch die Forschung ist in der Verantwortung. Sie muss bestehende Wissenslücken schließen und eng mit allen Akteuren zusammenarbeiten – vor allem, wenn es darum geht, naturbasierte Lösungen zu finden, vertretbare Offset-Lösungen zu definieren und verlässliche Kriterien zum Schutz vor Greenwashing zu etablieren.



Nach zähen Verhandlungen stand am Ende der CBD COP-15 tatsächlich eine Einigung, wenn auch mit abgeschwächten Zielen – ein „Paris Moment light“. Bild: J. Taffner

Eine von acht Millionen Arten ist weltweit vom Aussterben bedroht. Dabei geht es auch um den Verlust ganzer Ökosysteme und damit um die menschliche Lebensgrundlage. Neben der Klimakrise zählt der Biodiversitätsverlust zu den größten globalen und ökonomischen Risiken ([Global Risk Report 2023](#)).

Das ambitionierte Ziel der COP15 war nicht weniger, als ein Rahmenwerk für die Trendwende beim Biodiversitätsverlust zu schaffen: Nicht nur sollte der Artenverlust gestoppt, sondern auch die Erholung der Natur ermöglicht werden.

„Paris Moment light“ – 23 Ziele zum Erhalt der Biodiversität

Dies schürte die Hoffnung auf einen „Montreal-Moment“, einen Durchbruch wie bei der Klimakonferenz 2015 in Paris. Trotz zäher Verhandlungen stand am Ende eine Einigung, wenn auch mit abgeschwächten Zielen - ein „Paris-Moment light“. Mit [23 Zielen](#), die auch soziale Aspekte einbeziehen, soll die Biodiversität erhalten werden. Dies soll einerseits dadurch erreicht werden, dass je 30 % der Land- und Meeresfläche bis 2030 unter Schutz gestellt werden (Target 3) – allerdings wird nicht gesagt, was „Schutz“ dabei genau bedeutet. Zum anderen sollen 30 % der geschädigten Ökosysteme bis 2030 durch Maßnahmen wie Flussrenaturierungen oder Wiedervernässung regeneriert werden (Target 2). Als größter Landnutzer und somit einer der größten Einflussfaktoren gilt die Landwirtschaft. Deshalb lag hier die Hoffnung auf einer klaren Quote zur naturverträglichen Nutzung, doch eine konkrete Zielsetzung blieb aus (Target 10). Außerdem soll die chemische Verschmutzung verringert werden, indem z.B. die Schadensrisiken durch Pestizide um 50 % reduziert werden sollen (Target 7). Ein weiteres, wichtiges Ziel ist es, dass Politik, Gesellschaft und Wirtschaft die Biodiversität bei allen Prozessen mitdenken („Biodiversity Mainstreaming“; Target 14).

Eine große Hebelwirkung verspricht die Umsetzung des vereinbarten Ziels, mindestens 500 Milliarden Dollar an biodiversitätsschädlichen Subventionen pro Jahr abzubauen und in Anreize für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt umzuwandeln (Target 18). Dies wird allerdings davon abhängig sein, wie konsequent die Politik die Abschaffung schädlicher Subventionen gegen den Widerstand verschiedener Interessengruppen durchsetzt.

Eine Kontrolle der Umsetzung und der Zielerreichung ist nicht verpflichtend, bleibt für die Staaten also freiwillig. Dies gilt leider auch für

das [Reporting von Firmen und transnationalen Konzernen zu deren Einfluss auf die Natur](#) (Target 15) – obwohl große Unternehmen dies unterstützt hatten.



Die Zielsetzungen der CBD COP-15 sind in der Tat ambitioniert und zu begrüßen. Es besteht allerdings für die Staaten keine überprüfbare Verpflichtung zur Umsetzung, zum Monitoring und Reporting. Bild: J. Taffner

Insgesamt sind die Zielsetzungen der COP 15 in der Tat ambitioniert und zu begrüßen. Dass allerdings für die Staaten keine überprüfbare Verpflichtung zur Umsetzung, zum Monitoring und Reporting besteht, macht deutlich, dass keine Lehren aus den gescheiterten Aichi-Zielen der COP 10 gezogen wurden. Das ist leider weit mehr als ein Wermutstropfen. Jetzt müssen die Staaten zeigen, wie engagiert sie tatsächlich an die Umsetzung gehen, denn bis 2030 sind es nur noch acht Jahre!

Interessant ist ferner, dass die COP mit ihrem wachsenden Einbezug von Entwicklungsthemen zunehmend auch ein Forum zur Behandlung sozialer Ungerechtigkeiten wird. Positiv zu bewerten ist hierbei der Schritt, indigenen und lokalen Gemeinschaften wie auch der jungen Generation mehr Aufmerksamkeit zu geben, ein weiterer wäre, sie verstärkt in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Hausaufgaben für die Wissenschaft

Die COP 15 hat mit ihren 23 Zielen auch der Wissenschaft eine ganze Reihe von Hausaufgaben mitgegeben. So fordert z.B. Target 19 die Förderung innovativer Systeme wie „Payments for Ecosystem Services“, „Green Bonds“ oder „Biodiversity Offsets“ und „Benefit-Sharing-Mechanisms“. Hier ist in der Tat viel Forschung erforderlich, nicht zuletzt auch um „Greenwashing“ auszuschließen. In diesem Sinne bedürfen auch die in Wirtschaft und Politik bei der Offenlegung ihrer Zielsetzungen viel verwendeten Begrifflichkeiten „nature positive economy“ und „nature-based solutions“ dringend der weiteren Schärfung und Klärung, außerdem bedarf es der Setzung von Standards. Hier kann die BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt (FEa) mit ihrem transdisziplinären Forschungsansatz, der auch die Stakeholder aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik einbindet, einen substantiellen Beitrag leisten.

Deutschland will mit dem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ mit insgesamt vier Milliarden Euro Ökosysteme wiederherstellen und das Klima schützen; hierbei muss der Biodiversitätsschutz aktiv mitgedacht werden. Wie schon im Conference Statement der europäischen FEa-Konferenz gefordert, müssen darüber hinaus die traditionelle Nachhaltigkeitsforschung und die Forschungsfinanzierung entsprechend angepasst werden. Nur dann können relevante politische Prozesse wie die Umsetzung des European Green Deal und der EU Biodiversitätsstrategie effektiv begleitet werden (die konkreten Forderungen dazu finden sich [hier](#)).

Die COP15 hat sicher nicht alle an sie gestellten Erwartungen erfüllt, aber dieser „Paris-Moment light“ in Montreal gibt durchaus Hoffnung und definiert den ambitionierten Rahmen für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft hin zu einer Trendwende beim Verlust der Biodiversität. Gemeinsam mit der Wissenschaft müssen diese 23 Ziele nun erfolgreich

umgesetzt werden; die Hausaufgaben sind klar.

Dr. Julian Taffner

*Dr. Julian Taffner ist Leiter der Koordinierungsstelle der BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt (FEa), mit Sitz bei der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung in Frankfurt. Zuvor war er als Universitätsassistent am Institut für Umweltbiotechnologie an der Technischen Universität Graz (Österreich) tätig und promovierte zu Wechselwirkungen zwischen Mikroorganismen und Pflanzen. Als Makrofotograf lenkt er den Fokus auf die Schönheit und den notwendigen Schutz der heimischen Natur (IG: @terra_aliens). FEa soll neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu Umfang, Ursachen und Folgen des Verlustes der Biodiversität liefern und gemeinsam mit Vertreter*innen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik konkrete Lösungsansätze erarbeiten.*



Dr. Julian Taffner

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Taffner, Julian (2023). Montreals „Paris-Moment light“ – Hausaufgaben für Politik und Wissenschaft. NeFo-Newsletter. Gastbeitrag im Februar 2023. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49860&nopagecache>

Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden? Der neue Montreal-Kunming-GBF wirft mehr Fragen auf als er beantwortet

Ein Gastbeitrag von Yves Zinngrebe, Ioannis Agapakis, Elsa Tsioumani, Sylvia Karlsson-Vinkhuyzen, Joanna Smallwood, Johannes Förster, Ulrike Tröger und Ina Lehmann

Erscheinungsdatum: 16. Februar 2023

Nach vierjährigen Verhandlungen wurde das Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (GBF) von der COP-15 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) in Montreal Ende Dezember 2022 angenommen. Während die Vertragsstaaten und viele Beobachter*innen diese Errungenschaft eines globalen Übereinkommens feierten, weist das verabschiedete Abkommen erhebliche Limitationen auf.



Die einmalige Skyline von Montreal diente den Verhandlungen als Kulisse. Bild: Y. Zinngrebe

Die Verhandlungen auf der COP-15 waren mühsam, und ein Konsens war nur schwer zu erreichen. Die Vorschläge wurden verwässert und ein großer Teil des Textes blieb während der Verhandlungen in eckigen Klammern. So mussten die Minister*innen im Treffen der Delegationsleitungen am Ende der COP 15 eine Lösung für die zentralen Streitfragen finden. Einige der wesentlichen Konfliktpunkte

waren: (i) das Ziel von 30 % geschützter Gebiete bis 2030, (ii) die internationale Finanzierung der biologischen Vielfalt, (iii) digitale Sequenzinformationen und (iv) die Umsetzungsmechanismen. Die Schwierigkeiten einer Einigung in diesen Fragen waren zu erwarten. Entsprechend hatte die Entscheidung, das hochrangige Segment bis zum Ende des Prozesses zu verschieben, zur Folge, dass sich

die früheren Verhandlungen auf technische Debatten beschränken mussten. Bis zu den Verhandlungen der Delegationen kreisten die Verhandlungen entsprechend um diese ungelösten Fragen. Darüber hinaus wiesen einige Länder des Globalen Südens am Ende der Verhandlungen auf eine Reihe ungelöster Probleme hin, die im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Spaltung und dem kolonialen Erbe stehen.

Im Ergebnis war der Prozess der COP 15 langsam und ineffektiv, was zu Spannungen und Frustrationen führte. Dies trübte die Stimmung des Prozesses, der eigentlich ein motivierender Startpunkt für ein weiteres Jahrzehnt des Schutzes der Biologischen Vielfalt sein sollte. Ähnlich wie beim "Pariser Abkommen" auf der COP21 des UNFCCC war das Ergebnis zwar ein unerwarteter und allgemein gefeierter Durchbruch, der jedoch mit einer gewissen Unzufriedenheit und Unsicherheit bezüglich der Umsetzung verbunden war. Die Erleichterung darüber, dass endlich ein Ergebnis angenommen wurde, war bei allen Vertragsstaaten und Beobachter*innen groß. Am Ende wurde ein Paket von sechs wichtigen Beschlüssen angenommen, welches das GBF selbst, sowie damit eng verbundene Themen wie Ressourcenmobilisierung, digitale Sequenzinformationen sowie Planung, Monitoring, Berichterstattung und Review. Obwohl die Ergebnisse in vielen Medien recht positiv aufgenommen wurden, gab es auch Vorbehalte und Bedenken.

Hier ist unsere Einschätzung der Ergebnisse als eine Gruppe von Wissenschaftler*innen, die im Earth System Governance Netzwerk zusammenarbeiten und die globalen Verhandlungen zur biologischen Vielfalt begleiten.

Wir beobachten die folgenden Fortschritte und positiven Entwicklungen des GBF:

- Die Aichi-Ziele wurden um neue Themen erweitert, z. B. um Ziele zur Anpassung an den Klimawandel, zu Wertschöpfungsketten und zur Gerechtigkeit;
- Einige Ziele sind relativ spezifisch, wie z. B. die Ziele zur Ressourcenmobilisierung und zu umweltschädlichen Anreizen einschließlich Subventionen;
- Es wurden erste Schritte für Planungs- und Überarbeitungsprozess festgelegt, um die Transparenz und Verantwortung zu stärken;
- Wichtige Treiber, einschließlich indirekter Treiber, darunter Wertschöpfungsketten (die Rolle von Unternehmen/Produktion und Konsum), Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und schädliche Subventionen werden direkt angesprochen;
- Von großen Unternehmen und Finanzinstitutionen wird mehr Transparenz in Bezug auf ihre Auswirkungen und Abhängigkeiten von der biologischen Vielfalt gefordert;
- Unterschiedliche Wertesysteme und die Anerkennung des Wertes der biologischen Vielfalt in allen gesellschaftlichen Interaktionen werden anerkannt;
- Die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Politik zur Erhaltung der biologischen Vielfalt als eine Frage der globalen Gerechtigkeit verstärkt in den Vordergrund zu rücken
- Die Anerkennung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften (IPLC) sowohl auf ihr Land als auch auf die Einbeziehung in die Steuerung der biologischen Vielfalt werden ausdrücklich formuliert.

Es bleiben jedoch einige Fragen offen:

- Viele Ziele bestehen aus unterschiedlichen Bestandteilen, sind konzeptionell nicht kohärent, nicht fokussiert, unpräzise und es fehlt an einer Umsetzungsstrategie;
- Der Umsetzungsmechanismus des GBF ist schwach und es fehlen die Instrumente für eine solide Rechenschaftspflicht (Accountability);
- Einige der gewählten Begriffe und Formulierungen lassen so viel Spielraum, dass sie ein „weiter-so“ von bisherigen Praktiken der Ressourcennutzung und damit verbundenen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt aufrechterhalten;
- Das Fehlen einer klaren Bezugnahme auf das Vorsorgeprinzip und das schwache Ziel für Biotechnologie zeigen das Risiko auf, dass die Konvention nicht in der Lage ist, auf technologische Fortschritte und damit Verbundene Gefahren zu reagieren;
- Nur eine begrenzte Anzahl von Zielen weisen quantitative Zielwerte auf und können gemessen und somit überprüft werden;
- Es fehlen klarer Verpflichtungen zur Abwehr von Bedrohungen der biologischen Vielfalt wie Entwaldung, Übernutzung von Ökosystemen (wie Überfischung oder intensiver Landwirtschaft) oder anderen Landnutzungsänderungen;
- Der Rahmen weist eine unzureichende Berücksichtigung der Ursachen des Biodiversitätsverlustes auf, die über die Transparenz in Wertschöpfungsketten (Ziel 15), nachhaltige Produktion (Ziel 16) und schädliche Anreize (Ziel 17) hinausgeht. Zugrunde liegende Probleme für nicht-nachhaltige Ressourcennutzung, wie die Dominanz von Nutzungsinteressen in politischen

Entscheidungsprozessen, werden nicht thematisiert.

- Mangel an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit für institutionelles Lernen.



Die Executive Secretary der Konvention für Biologische Vielfalt Elizabeth Marum Mrema moderiert die Eröffnungszereemonie.

Bild: Y. Zinngrebe

Im Folgenden gehen wir auf einige zentrale Inhalte des GBF ein:

[Elsa Tsioumani](#) (University of Trento) über neue Technologien und DSI:

"Die Beschlüsse zur Biosicherheit sind weniger ehrgeizig und konzentrieren sich eher auf die Verteilung des potenziellen Nutzens der neuen Biotechnologien als auf das Risikomanagement. Angesichts der rasanten Entwicklung der Biotechnologien und ihrer potenziell globalen Auswirkungen sind weitere Überlegungen und Leitlinien der CBD von entscheidender Bedeutung, insbesondere für Länder, denen es an Bewertungskapazitäten fehlt."

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) hat - gemessen an völkerrechtlichen Maßstäben - schnell auf wissenschaftliche und technologische Fortschritte reagiert. Die beiden Protokolle zur Umgang mit genteisch modifizierten Organismen (Cartagena) und zum Zugang und Vorteilsausgleich (ABS, Nagoya) als Teil der CBD zeugen davon. Die

Ergebnisse der COP 15 zeichnen jedoch ein gemischtes Bild in Bezug auf den Umgang mit neuen Technologien.

Einerseits wurden die notorisch kontroversen Verhandlungen über den Vorteilsausgleich bei der Nutzung digitaler Sequenzinformationen (DSI) (der Informationsgehalt genetischer Ressourcen) zufriedenstellend und unerwartet abgeschlossen: Die GBF erkennt die Notwendigkeit an, den Vorteilsausgleich bei DSI zu gewährleisten. Ein separater COP-Beschluss richtet einen multilateralen Mechanismus für den Vorteilsausgleich ein, der von einer Arbeitsgruppe umgesetzt werden soll.

Andererseits sind die Beschlüsse zur Biosicherheit weniger ehrgeizig und konzentrieren sich eher auf die Verteilung des potenziellen Nutzens der neuen Biotechnologien als auf das Risikomanagement. Neben einem schwachen GBF-Ziel gibt es einen Beschluss über die synthetische Biologie. Es wird ein Prozess für das Horizon Scanning, die Überwachung und die Bewertung der jüngsten technologischen Entwicklungen eingeführt. Dieser ist jedoch auf einen Zeitraum zwischen zwei Sitzungen begrenzt. Ein Beschluss über die Risikobewertung und das Risikomanagement bei lebenden veränderten Organismen im Rahmen des Cartagena-Protokolls über die biologische Sicherheit leitet die Entwicklung von Richtlinien zur Risikobewertung von Gene Drives ein. Dabei liegt der Schwerpunkt auf gentechnisch veränderten Mücken, nicht aber auf lebenden veränderten Fischen, da diese als weniger vorrangig angesehen werden. Angesichts der rasanten Entwicklung der Biotechnologien und ihrer potenziell globalen Auswirkungen sind weitere Überlegungen und Leitlinien der CBD von entscheidender Bedeutung, insbesondere für Länder, denen es an Bewertungskapazitäten fehlt.

[Sylvia Karlsson-Vinkhuyzen](#) (Wageningen University) über die Beteiligung indigener Völker:

"Einer der positivsten Aspekte des GBF ist seine Verankerung in einem auf den Menschenrechten basierenden Ansatz und die konsequente und deutliche Formulierung der Rolle, der Rechte und der Territorien indigener Völker und lokaler Gemeinschaften (IPLC)."

Einer der positivsten Aspekte des GBF ist seine Verankerung in einem auf den Menschenrechten basierenden Ansatz und die konsequente und deutliche Formulierung der Rolle, der Rechte und der Territorien indigener Völker und lokaler Gemeinschaften (IPLC). Die Vertreter*innen dieser Gruppen sahen die meisten ihrer Vorschläge berücksichtigt und waren besonders zufrieden, dass das Ziel 3 zum Schutz von 30 Prozent des Landes und der Gewässer eine sehr deutliche Formulierung zu den Rechten von IPLC enthält. Dadurch wird sichergestellt, dass der historische Missbrauch ihrer Rechte im Namen des Naturschutzes der Vergangenheit angehört. Bemerkenswert ist auch die Formulierung von Ziel 21, dass der Zugang zu traditionellem Wissen nur mit freier, vorheriger und informierter Zustimmung erfolgen darf. In Ziel 22 bezüglich des Zugangs zu Informationen und Gerechtigkeit für IPLC und anderer Gruppen wird außerdem der Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen festgelegt.

Es ist jedoch nur vage festgelegt, wie die Schutzstandards für indigene Gebiete aussehen und bewertet werden sollen. Anstatt indigene Gemeinschaften als eine einheitliche Gruppe zu behandeln, unterscheiden sie sich stark in ihren Wertesystemen, und nicht alle von ihnen leben im Einklang mit der Natur. Um traditionelle und lokale Wissenssysteme anzuerkennen, sind partizipative Planungsprozesse zur Mitgestaltung und Bewertung dieser Kriterien wichtig.

Joana Smallwood (University of Sussex) über Mutter Erde und intrinsische Werte:

"Die Vertragsstaaten können also weiterhin selbst entscheiden, welche Werte der Natur sie bei den Umsetzungen priorisieren, was wahrscheinlich dazu beiträgt, dass alles wie gewohnt weiterläuft."

Eine wesentliche Verbesserung ist die Feststellung, dass der GBF "gehandelt, umgesetzt, berichtet und evaluiert" werden soll, wobei unterschiedliche Wertesysteme anerkannt werden. Dies lenkt den Blick der Vertragsstaaten zurück auf die intrinsischen Werte der Natur, die in der Präambel des GBF CBD zum ersten Mal erwähnt werden. Allerdings wurden diese Werte durch die überwiegende Berücksichtigung ökonomischer Ansätze wie Naturkapital und Ökosystemleistungen in den Hintergrund gedrängt.

Die Anerkennung der „Mother Earth“ und der Rechte der Natur in der GBF stellt eine ökozentrische Perspektive dar, die nicht nur von vielen indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften, sondern auch von einigen Menschen im Globalen Norden geteilt wird. Diese Werte können den neoliberalen Ideologien entgegenwirken und starke Auswirkungen auf Entscheidungsfindungen haben. Vor dem Hintergrund fortschreitender Zerstörung von Ökosystemen und Verlust der biologischen Vielfalt hat die CBD als wichtigstes internationales Umweltrecht eine zentrale Rolle darin, ökozentrische Ansätze anzuerkennen.

Trotz dieses Fortschritts hätte die GBF die „Mother Earth“ und die Rechte der Natur stärker einbeziehen können. Während die „Mother Earth“ nur am Rande erwähnt wird, wurde der Text, der sich auf die Einbeziehung von Naturrechtsansätzen bezieht, in Aktionsziel 11 (Beitrag der Natur für die Menschen) und in Aktionsziel 15 (wirtschaftliche und finanzielle Verantwortung) gestrichen. Es gibt zudem keinen Hinweis auf solche Ansätze in den Monitoring-Mechanismen. Die Vertragsstaaten können also weiterhin selbst entscheiden, welche Werte der Natur sie bei den

Umsetzungen priorisieren, was wahrscheinlich dazu beiträgt, dass alles wie gewohnt weiterläuft.

Ioannis Agapakis (Client Earth) über den Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismus:

"Die 'Planungs-, Umsetzungs-, Monitoring-, Berichts- und Review- Mechanismen' des GBFs für die Zeit nach 2020 (Abschnitt J) stellen eine bedeutende, wenn auch noch immer schrittweise Verbesserung im Vergleich der Aichi-Ära dar."

Die "Planungs-, Umsetzungs-, Monitoring-, Berichts- und Review- Mechanismen" des GBFs für die Zeit nach 2020 (Abschnitt J) stellen eine bedeutenden und doch begrenzte Verbesserung im Vergleich der Aichi-Ära dar.

Als besondere Highlights des vereinbarten "Pakets" sind die Standardisierung (und gemeinsame Einreichungsfristen) der nationalen Berichte zu betonen, die die Vergleichbarkeit der Fortschritte der Vertragsstaaten verbessern und Wissenslücken schließen soll. Gleichzeitig wird der neue Mechanismus zur Überprüfung der kollektiven Fortschritte bei der Umsetzung des Rahmens (der auf der CoP17 und CoP19 stattfindet) als globale "Bestandsaufnahme" der biologischen Vielfalt dienen. Die globale Bestandsaufnahme soll aufzeigen, bei welchen Zielen und Vorgaben die Vertragsstaaten ihre Anstrengungen verstärken müssen.

Allerdings wird die Qualität der Bewertung von den Indikatoren und Maßnahmen des Monitoring-Frameworks abhängen, der noch unvollständig ist. Das Fehlen eines eingehenden Monitorings für alle Vertragsstaaten, entweder in Form eines technischen Sachverständigen oder eines Peer-Review-Prozesses, behindert das transformative Potenzial des Übereinkommens. Es stellt eine verpasste Gelegenheit dar, länderspezifische Umsetzungslücken und -mängel zu beheben. Es bleibt daher unklar, wie Handlungsempfehlungen für negative Trends gestaltet

werden sollen. Der SBI-Mechanismus (Subsidiary Body for Implementation) wird die Antworten der COP auf die Bestandsaufnahme vorbereiten, hat aber kein klares Mandat erhalten, verbleibende Handlungslücken zu identifizieren. Gleichzeitig ist die schrittweise Verstärkung von Maßnahmen auf nationaler Ebene derzeit nur als freiwillige Option für die Vertragsstaaten formuliert (es wird der Ausdruck "Die Vertragsstaaten können..." verwendet). Dies verringert die Chancen auf eine rechtzeitige Kurskorrektur erheblich, sollten sich die kollektiven Anstrengungen der Vertragsstaaten als unzureichend erweisen.

Yves Zinngrebe (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ) über Mainstreaming und Nationale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (NBSAPs):

"Die NBSAP-Leitlinien im Anhang des GBF erscheinen wie ein zahnloser Tiger, der die Parteien anfleht, die NBSAPs als "Schirm" zu positionieren, um den Schutz der biologischen Vielfalt horizontal und vertikal in alle Sektoren und politischen Ebenen zu integrieren. Trotz fast 20-jähriger wissenschaftlicher Debatten über Mainstreaming und politische Integration wurde keine spezifische Maßnahme zur Förderung des Mainstreaming angenommen."

Nach der Verabschiedung des GBF müssen die Vertragsstaaten die neu vereinbarten internationalen Ziele in nationale Ziele übersetzen und umsetzen. Im letzten Jahrzehnt war der Prozess der nationalen Strategien eher lose mit den Aichi-Zielen verbunden.

Als Teil des Planungs-, Umsetzungs-, Monitoring-, Berichts- und Review-Prozesses sollen die Vertragsstaaten jetzt bei diesem Prozess angeleitet werden und die Fortschritte regelmäßig bewerten. In einem ersten Schritt müssen die Vertragsstaaten vor der COP16 in einem standardisierten Format über ihre nationalen Ziele berichten und darlegen, wie sie den GBF umsetzen wollen. Während der

COP16 und den folgenden COPs sollen die Fortschritte bei der Entwicklung und Umsetzung der Ziele kontinuierlich bewertet und gemonitort werden. Es ist jedoch noch unklar, wie streng diese Bewertung sein wird und welche Kriterien und Indikatoren herangezogen werden. Zwar ist ausdrücklich von einem "Global Review" die Rede, der sich auf veröffentlichte Ziele und standardisierte Leitindikatoren stützt, aber die Qualität der Indikatoren und die Art des Monitorings sind noch ungewiss.

Das Mainstreaming, die Idee, die biologische Vielfalt in allen Politiken und Plänen zu berücksichtigen, ist seit der Verabschiedung des [Konventionstextes in Absatz 6](#) eine zentrale Herausforderung für die Umsetzung. Die COP-Beschlüsse ermutigen die Vertragsstaaten, die NBSAPs mit nationalen Entwicklungs-, Nachhaltigkeits- oder Armutsbekämpfungsstrategien zu verknüpfen, um die biologische Vielfalt im Hinblick auf die Umsetzung von Ziel 14 (Mainstreaming) zu berücksichtigen. Die NBSAP-Leitlinien im Anhang des GBF erscheinen allerdings wie ein zahnloser Tiger, der die Parteien anfleht, die NBSAPs als "Schirm" zu positionieren, um den Schutz der biologischen Vielfalt horizontal und vertikal in alle Sektoren und politischen Ebenen zu integrieren.

Trotz fast 20-jähriger wissenschaftlicher Debatten über Mainstreaming und politische Integration wurde keine spezifische Maßnahme zur Förderung des Mainstreaming angenommen. So hätten die Vertragsstaaten aufgefordert werden können, den NBSAPs einen eindeutigen Rechtsstatus zuzuweisen, die Staatshaushalte mit den NBSAPs zu verknüpfen oder sicherzustellen, dass alle staatlichen Förderprogramme mit den Zielen zur biologischen Vielfalt in Einklang stehen. Stattdessen bleiben die Ansätze sehr vage und es bleibt an Nationalregierungen, partizipative Prozesse einzuleiten und Biodiversität mit anderen multi-lateralen Prozessen abzustimmen. Insgesamt wird der aktuelle GBF als Leitfaden für die nationale Umsetzung verabschiedet und als Grundlage für einen sehr

flexiblen Evaluierungsprozess festgelegt. Um das Mainstreaming auf nationaler Ebene zu unterstützen, anzuleiten oder zu fördern, müssen die kommenden COPs jedoch spezifischere und verbindlichere Anforderungen annehmen.

Ina Lehmann (Vrije Universiteit Amsterdam) über die Mobilisierung von Ressourcen/Finanzen/Finanzierung:

"Ungeachtet all dieser Bedenken wird die rasche Mobilisierung und Überweisung von Mitteln der Schlüssel sein, um Maßnahmen in Gang zu setzen und die Umsetzung für alle Vertragsstaaten zu ermöglichen."

Die GBF wird nur so gut sein wie ihre Umsetzung und diese wird kostspielig. Dementsprechend stand die Finanzierung der biologischen Vielfalt ganz oben auf der Tagesordnung der Verhandlungen und war bis zu deren Abschluss ein wesentlicher Streitpunkt.

Die Länder des Globalen Nordens und des Globalen Südens befanden sich in einer Verhandlungssituation, in der erstere darauf abzielten, das Anspruchsniveau des Rahmens zu erhöhen, und letztere auf mehr Finanzhilfe für den Erhalt der biologischen Vielfalt drängten. Der GBF sieht nun die Mobilisierung von mindestens 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2030 (Ziel 19), und die Schließung der globalen Finanzierungslücke im Bereich der biologischen Vielfalt von 700 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2050 (Ziel D) vor. Konkret soll die internationale finanzielle Unterstützung für Länder des Globalen Südens bis 2030 auf mindestens 30 Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöht werden. Weitere Beiträge zur Erreichung der globalen Ziele sollen aus der Mobilisierung inländischer Ressourcen, aus Beiträgen des Privatsektors, sowie aus sogenannten "innovativen Systemen" wie Zahlungen für Ökosystemleistungen, Biodiversitätsgutschriften oder anderen Mechanismen bestehen.

Durch die Konkretisierung der zu mobilisierenden Beträge stellt die GBF einen

deutlichen Fortschritt gegenüber den früheren Aichi-Zielen dar, in denen nur vage Finanzierungsmittel festgelegt waren. Mit dem GBF gibt es nun eine konkrete Grundlage, anhand derer die Vertragsstaaten ihre tatsächlichen Finanzierungsbemühungen rechtfertigen müssen. Allerdings geht wertvolle Zeit verloren, um den Rückgang der biologischen Vielfalt zu stoppen, wenn die derzeitige Finanzierungslücke erst im Jahr 2050 geschlossen wird. Dieser lange Zeitrahmen für die Schließung der Finanzierungslücke ist umso problematischer, als sich die Vertragsstaaten in Ziel 18 verpflichtet haben, die Anreize zur Schädigung der biologischen Vielfalt bis 2030 schrittweise um mindestens 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu verringern. Das ist zwar nur ein Bruchteil der geschätzten schädigenden Subventionen, aber könnten diese Reduzierungen nicht für die Umsetzung des GBF verwendet werden?

Ein zweites zentrales Hindernis ist die geringe Höhe der internationalen Finanzmittel für die Länder des Globalen Südens im Bereich der biologischen Vielfalt. Auch wenn die reicheren Länder derzeit mit wirtschaftlicher Unsicherheit und Inflation zu kämpfen haben, ist ihr Gesamtbeitrag zur GBF immer noch nur ein sehr kleiner Teil ihrer gemeinsamen Wirtschaftsleistung. Es gibt zudem Bedenken, dass private Finanzierungsmöglichkeiten und die sogenannten innovativen Finanzierungsmodelle eine so wichtige Rolle zugeschrieben wurde. Dies könne die Kommerzialisierung der biologischen Vielfalt weiter vorantreiben und dem Privatsektor zu viel Einfluss auf die Entwicklung der Biodiversitätspolitik geben. Ungeachtet all dieser Bedenken wird die rasche Mobilisierung und Überweisung von Mitteln der Schlüssel sein, um Maßnahmen in Gang zu setzen und die Umsetzung für alle Vertragsstaaten zu ermöglichen.

Johannes Förster (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ) über Wirtschaft und Finanzen:

"Insgesamt zeigt Target 15 des GBF großen Unternehmen und Finanzinstituten an, dass sie sich darauf einstellen müssen, zukünftig ihre Auswirkungen auf und Abhängigkeiten von Biodiversität zu erfassen und in die Unternehmensberichterstattung zu integrieren."

Im Gegensatz zu früheren CBD-COPs gab es auf der COP15 eine noch nie dagewesene Anzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten von Unternehmen und Finanzinstituten. Manchmal schien es, als gäbe es mehr Energie, Inspiration und Tatkraft bei den Unternehmensveranstaltungen als bei den Verhandlungen.

Überraschend waren auch die Zahl der Unternehmen und Finanzinstitutionen, die eine verpflichtende Berichterstattung für Unternehmen forderten, um Auswirkungen und Abhängigkeiten in Bezug auf biologische Vielfalt transparent zu machen (siehe auch Gastbeitrag zu Target 15). Obwohl das Wort "verpflichtend (mandatory)" nicht in den endgültigen Text aufgenommen wurde, weist das Wort "sicherstellen (to ensure)" die Vertragsstaaten auf die Notwendigkeit hin, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass große und transnationale Unternehmen und Finanzinstitutionen ihre Risiken, Abhängigkeiten und Auswirkungen auf die biologische Vielfalt entlang ihrer Tätigkeiten, Liefer- und Wertschöpfungsketten und Portfolios regelmäßig überwachen, bewerten und transparent machen. Bisher haben nur wenige Vertragsstaaten (wie z.B. die EU) damit begonnen, eine auf dieses Ziel ausgerichtete Politik zu entwickeln. Dennoch wird schon dadurch transnationalen Unternehmen und Finanzinstitutionen deutlich gemacht, dass sie Biodiversität in ihre Berichterstattung einbeziehen müssen, wenn sie weiterhin Zugang zu bestimmten Märkten haben wollen.

Insgesamt zeigt Target 15 des GBF großen Unternehmen und Finanzinstituten an, dass

sie sich darauf einstellen müssen, zukünftig ihre Auswirkungen auf und Abhängigkeiten von Biodiversität zu erfassen und in die Unternehmensberichterstattung zu integrieren.



In einer langen Nacht saßen die Delegierten bis nach 2 Uhr morgens im Verhandlungssaal, bis sie die finalen Texte einsehen und wenige Minuten später endgültig beschließen konnten. Der chinesische Umweltminister Huang Runqiu beklatscht bereits die Annahme des GBF, während andere Delegierte noch brauchen, um die Geschehnisse realisieren zu können. Bild: Y. Zinngrebe

Der GBF ist angenommen – nächste Schritte?

Der nächste Schritt nach der Verabschiedung des Kunming-Montreal GBF ist die nationale Umsetzung durch die Vertragsstaaten. In den zwei Jahren bis zur COP16 in Antalya, Türkei, müssen die Vertragsstaaten ihre nationalen Ziele festlegen und Schritte zu deren Umsetzung unternehmen. Gleichzeitig sind viele Fragen zur Umsetzung und Bewertung der Ziele noch offen. Die Sitzungen der technischen Ad-Hoc-Expertengruppe für den Monitoring-Framework werden sich mit der endgültigen Festlegung von Indikatoren befassen. In Sitzungen der Nebenorgane zur Umsetzung („Subsidiary Bodies on Implementation“, SBI)) und des wissenschaftlich-technischen Ausschusses des CBD („Scientific, Technical, Technological Advice“, SBSTTA,) werden COP-Entscheidungen und mögliche Schritte in Richtung stärkerer Verpflichtungen zur Umsetzung vorbereitet.

Die „accelerator“-Partnerschaft um die NBSAPs und andere Einzelinitiativen bieten das Potenzial, nationale Anstrengungen zu fördern, die über eine minimale Einhaltung der vagen GBF-Ziele hinausgehen könnten. Ein iterativer Prozess der Bewertung und des Monitorings wird von nun an auf den kommenden COPs etabliert. Es bleibt abzuwarten, wie das verfügbare Wissen genutzt werden kann, um Empfehlungen für eine wirksame Umsetzung zu erarbeiten. Die anstehenden Bewertungen der Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services ([IPBES](#)) in Bezug auf einen integrierten Ansatz für die biologische Vielfalt (NEXUS) und Maßnahmen zur Bekämpfung der zugrunde liegenden strukturellen Treiber für den Verlust der biologischen Vielfalt (transformativer Wandel) können hier wichtige Informationsquellen sein. Ihre Relevanz für die CBD-Prozesse bleibt jedoch schwach und wurde in vielen COP-Dokumenten während der Verhandlungen geschmätert.

Mit der Verabschiedung der Montrealer Kunming GBF beginnt ein neues (kurzes) Jahrzehnt der Bemühungen, den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Auch wenn viele Fragen auf der COP15 nicht beantwortet wurden, können die Vertragsstaaten nun die Flexibilität nutzen, die die GBF für die Umsetzung zulässt, um sinnvolle Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu ergreifen.

Die Autor*innen

[Yves Zinngrebe](#), [Ioannis Agapakis](#), [Elsa Tsioumani](#), [Sylvia Karlsson-Vinkhuyzen](#), [Joanna Smallwood](#), [Johannes Förster](#), [Ulrike Tröger](#), [Ina Lehmann](#) arbeiten im „[Earth System Governance](#)“-Netzwerk zusammen. Sie sind Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Teilen Europas, die den Prozess der CBD und der nationalen Umsetzung seit Jahren verfolgen. Durch eine interdisziplinäre Zusammensetzung der Gruppe ist es möglich, verschiedene Aspekte der Verhandlungen und den daraus resultierenden Konsequenzen zu vertiefen.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

Zinngrebe, Yves; Agapakis, Ioannis; Tsioumani, Elsa; Karlsson-Vinkhuyzen, Sylvia; Smallwood, Joanna; Förster, Johannes; Tröger, Ulrike; Lehmann, Ina (2023). Kann die neue globale Agenda für Biologische Vielfalt ein weiteres Scheitern bei der Umsetzung vermeiden? Der neue Montreal-Kunming-GBF wirft mehr Fragen auf als er beantwortet. *NeFo-Newsletter*. Gastbeitrag im Februar 2023. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=49861&nopagecache>

Effektive Maßnahmen, um den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, sind dringend notwendig. Die 15. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP15), die vom 7. – 19. Dezember 2022 in Montreal unter chinesischer Präsidentschaft stattfindet, bietet die historische Gelegenheit, die entscheidende Wende zum Schutz der Biodiversität und der Lebensräume einzuleiten.

22.11.2022, 14:00 bis 15:30 Uhr

Eine Onlineveranstaltung der DBU

Moderation: Tanja Busse

🔗 Hier (<https://us06web.zoom.us/meeting/register/tZluc-CpqT4sEtZ5OSxV1R4JnRkKfOPunCbo>) kommen Sie zur Anmeldung.

Programm

14:00 - 14:05 Uhr: Begrüßung und Einführung, Alexander Bonde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt

14:05 - 14:30 Uhr: Die Weltnaturkonferenz: Ziele und Erwartungen, Bundesumweltministerin Steffi Lemke mit anschließender Fragerunde

14:30 - 14:45 Uhr: Biologische Vielfalt für die Menschheit bewahren, Dr. Christof Schenck, Geschäftsführer der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) und Träger des Deutschen Umweltpreises 2022

14:45 - 15:30 Uhr: Wie kann eine ambitionierte globale Vereinbarung zum weltweiten Schutz der Natur gelingen? Wo stehen die internationalen Verhandlungen für ein neues globales Biodiversitätsrahmenwerk und was ist die deutsche Position?

Talk mit Dr. Christof Schenck, Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF), Inka Gnittke, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Prof. Dr. Marianne Darbi, Hochschule Geisenheim University / Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung (NeFo) und Dr. Yves Zingrebe, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH (UFZ)

Pressegespräch

Im Anschluss findet ein von NeFo organisiertes Pressegespräch statt. Expert:innen aus der Biodiversitätsforschung, die die COP15 vor Ort verfolgen werden, stellen sich vor und den Fragen der Medien (Teilnahme auf Einladung).

NeFo Fachgespräch am 7. Dezember 2021 im Format eines DBU Online-Salons:

Biodiversität - eine sichere Bank?

Artensterben und Ökosystemkollaps sind ein Megarisiko für die Menschheit. Dies betrifft nicht nur die Lebensgrundlagen, sondern hat auch Auswirkungen auf die Wirtschaft, inklusive Staatshaushalt und Kapitalmarkt. Dennoch wird die Biodiversität im Gegensatz zum Klima bislang finanzwirtschaftlich wenig berücksichtigt. Finanzierungen und Finanzströme – öffentliche und private - sind nun aber ein wichtiges Thema bei den Verhandlungen für die neuen globalen Biodiversitätsziele und ein globales Rahmenwerk, das im Frühjahr 2022 beschlossen werden soll.

Im Rahmen des vom Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung (NeFo) und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) co-organisierten Fachgesprächs diskutierten unter der versierten Moderation der Finanz- und Nachhaltigkeitsjournalistin **Susanne Bergius** Expert:innen verschiedener Bereiche und mehr als 170 online zugeschaltete Zuschauer:innen folgende Fragen:

- Welchen Anteil hat der Finanzsektor an der Biodiversitätskrise?
- Wie könnte er zu ihrer Bekämpfung beitragen?
- Was hat der Staatshaushalt mit dem schwindenden ökologischen Reichtum zu tun?

Mit nachfolgenden Kernaussagen positionierten sich die Referent:innen in der Diskussionsrunde.

„Wir können keine Grenze mehr ziehen zwischen ökologischem, ökonomischem und ökologischem Wert – alles fließt in die Wertschöpfung ein.“

Kristina Jeromin



„Wir können keine Grenze mehr ziehen zwischen ökologischem, ökonomischem und ökologischem Wert – alles fließt in die Wertschöpfung ein“ sagte **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.). Sie prognostizierte: Biodiversität wird zu einem zentralen Thema der zukünftigen Regulierungsvorhaben werden. Die Akteur:innen aus der Finanz- und Realwirtschaft seien gut beraten, sich durch den Aufbau von Expertise bzgl. der Wirkungsdimensionen der eigenen Wertschöpfung vorzubereiten. Finanzinstitute haben nach Jeromins Ansicht die Möglichkeit, über Kreditvergaben und Investitionsentscheidungen das Thema auf die Agenda zu bringen. Für sie ergäben sich neben regulatorischen Herausforderungen im Bereich Biodiversität auch neue Geschäftsfelder und Möglichkeiten der positiven Alleinstellung. Sustainable Finance sei aber mehr als die Entwicklung (vermeintlich) nachhaltiger Finanzprodukte für die „grüne Nische“. Sustainable Finance verfolge das systematische Ziel, das Finanzwesen zur Befähigerin der sozial-ökologischen Transformation in die Gesellschaft und Wirtschaft zu machen, erläuterte Kristina Jeromin.

„Am ehesten politisch durchsetzbar ist vermutlich ein Subventionsumbau, d.h. dass man die Subventionssumme erstmal weitgehend in der Größenordnung belässt und den Empfängern zunächst primär andere Kriterien auferlegt, nach denen diese gezahlt werden.“

Kai Schlegelmilch



Diese Transformation müsse von staatlicher Seite dringend angegangen werden, betonte **Kai Schlegelmilch** (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit – BMU). Das Kernproblem sieht er in der vorherrschenden Nicht-Internalisierung externer Umweltschadenskosten (z.B. durch fehlende Abgaben auf Pestizide und Stickstoffüberschüsse / Düngemittel sowie durch direkte Finanzhilfen und andere fiskalische Bevorzugungen für Aktivitäten, die naturschädigende Auswirkungen haben). „Am ehesten politisch durchsetzbar ist vermutlich ein Subventionsumbau, d.h. dass man die Subventionssumme erstmal weitgehend in der Größenordnung belässt und den Empfängern zunächst primär andere Kriterien auferlegt, nach denen diese gezahlt werden. Das erleichtert die politische Konsensfindung bei solchen Vorhaben“, erklärte Kai Schlegelmilch. Aber auch der Abbau solcher Subventionen müsse kurzfristig endlich eingeleitet werden. Denn geprüft und politisch zugesagt wurde er schon viele Male. Durch diesen Ab- bzw. Umbau naturschädigender Subventionen und die Einführung von Abgaben auf stoffliche Belastungen könnten zudem öffentliche Haushalte entlastet und gleichzeitig die bestehende Finanzierungslücke im Naturschutz geschlossen werden.

„Versicherer können bereits heute die Renaturierung von Feuchtgebieten, Deichen, oder die Gesundheit von Korallenriffen unterstützen - und so zum Hochwasserschutz oder zur Verminderung der Wirkung von Sturmfluten beitragen.“ Oliver Schelske



Laura Mervelskemper (GLS Gemeinschaftsbank eG) und **Oliver Schelske** (Swiss Re Group) brachten die Perspektive von Banken und Versicherungen ein. Für Versicherer sei das Thema Biodiversität aufgrund der Umweltschadenhaftung seit längerem relevant, so Schelske. Vom Risikomanagement her betrachtet beziehe sich das Thema unter anderem auf den kompletten Ausschluss von Projekten, welche Schäden an UNESCO-World-Heritage-Gebieten oder IUCN Nationalparks aller Kategorien, an Wäldern mit hoher Kohlenstoffspeicherungsfunktion oder hohem Naturschutzwert oder an Feuchtgebieten bewirken. Aber Finanzakteure könnten auch außerhalb solcher Gebiete darauf achten, keine Projekte zu unterstützen, die zu wiederholten oder lang andauernden Umweltschäden führen. Zudem spielen Positivanreize eine wichtige Rolle: "Versicherer können bereits heute die Renaturierung von Feuchtgebieten, Deichen, oder die Gesundheit von Korallenriffen unterstützen - und so zum Hochwasserschutz oder zur Verminderung der Wirkung von Sturmfluten beitragen," erläuterte Oliver Schelske.

„Immer dann, wenn es um ein Risiko geht, werden Unternehmen wach.“

Laura Mervelskemper



Für Banken und Versicherer spielt neben Ausschluss- und Positivkriterien im Rahmen von Anlage- und Finanzierungsgrundsätzen auch die Messung und Darstellung von Biodiversitätsrisiken eine Rolle. Darum analysiere die Swiss Re weltweite Daten zum Zustand der Ökosysteme und den physischen, transitorischen und systemischen Risiken, die sich aufgrund der Beeinträchtigung der Biodiversität ergäben. „Immer dann, wenn es um ein Risiko geht, werden Unternehmen wach“, sagt Laura Mervelskemper. Es gehe folglich auch um die Frage, wie man Biodiversitätsverlust einerseits und Risikoverlust andererseits einpreisen könne.

„Es gibt nicht den einen Gamechanger: Man braucht eine Reihe von Akteuren, die tätig werden.“

Wolfgang Obenland



Für **Wolfgang Obenland** (Forum Umwelt und Entwicklung) stellt sich die Frage, wen man mit einer Bepreisung des Biodiversitätsverlust eigentlich erreichen wolle. Marktakteure bräuchten konkrete Zahlen: Wie soll eine Versicherung Ökosystemleistungen bewerten, wenn nicht monetär? Aber auch der Staat könne Preise festlegen, wenn sie nicht über Marktmechanismen erzeugt werden könnten, z.B. über Steuern und Abgaben. Wenn aber bestimmte Aktivitäten einfach komplett unterbunden werden sollten, brauche man keinen Preis, sondern ein Verbot. Öffentlich-institutionelle Investoren hätten zudem eine Vorbildfunktion, ergänzte Obenland. Aber auch privates Kapital und die Investitionen und Anlagen, die damit getätigt werden, stellen einen gewaltigen Hebel dar, wie **Michael Dittrich**, Finanzchef der Deutschen Bundesstiftung Umwelt betonte. „Es gibt nicht den einen Gamechanger: Man braucht eine Reihe von Akteuren, die tätig werden“, fasste Wolfgang Obenland zusammen.

Hierbei könnten insbesondere drei Aspekte eine Rolle spielen, so Laura Mervelskemper: 1. die intrinsische Motivation von Finanzinstituten, 2. die Preis- und Risikoperspektive und 3. konkrete Vorgaben wie etwa durch die EU-Taxonomie nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten als Orientierungsmaßstab für ein nachhaltiges Investieren und Anlegen. Die Taxonomie müsste ihrer Ansicht nach aber strenger und glaubwürdiger sein und Wechselwirkungen berücksichtigen.

Florian Titze (WWF) ergänzte, dass öffentliche Entwicklungsbanken (wie beispielsweise die KfW) eine wichtige Rolle spielten, da sie sowohl politischen Einfluss als auch Einfluss auf andere Finanzmarktakteure hätten. Aber man müsse auch breiter denken und sich nicht ausschließlich auf den Finanzmarkt fokussieren: Welchen Einfluss haben der globale Markt und unsere Produktions- und Konsumweise? Dies könne der Finanzmarkt allein nicht regeln, wenn sich nicht systemisch der größere wirtschaftliche Kontext ändere.

„Die UN Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) ist nicht unbedingt für die gute Umsetzung ihrer Ziele bekannt, das muss sich ändern.“



Florian Titze

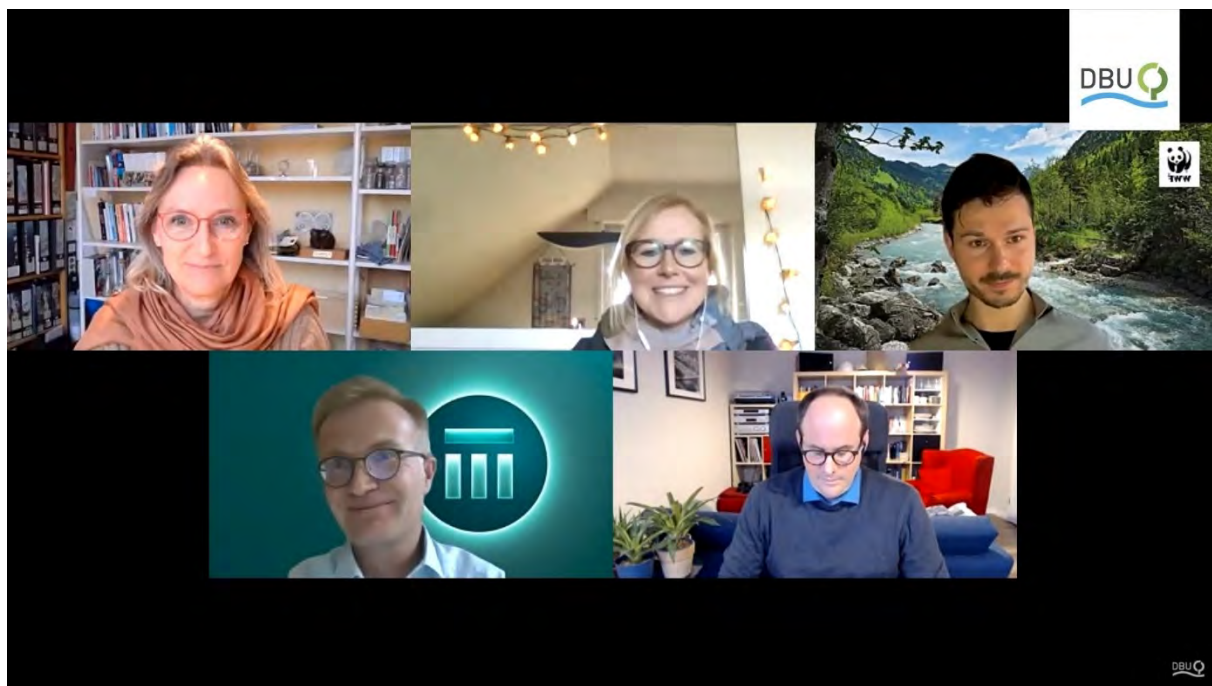
Auch die politischen Rahmenbedingungen müssten sich ändern: „Die UN Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) ist nicht unbedingt für die gute Umsetzung ihrer Ziele bekannt, das muss sich ändern“, sagte Titze. Es brauche konkrete Biodiversitätsziele in allen Bereichen und verbindliche Vereinbarungen. Nötig sei gleichzeitig ein starkes Ziel als Novum: Finanzströme müssten an Biodiversitätszielen ausgerichtet werden. Der Finanzsektor war in der CBD lange nicht angesprochen worden, das ändere sich nun. Im Vorfeld des NeFo-Fachgesprächs hat die CBD dieses Thema im Entwurf für die neuen Rahmenkonvention aufgegriffen, und am 9. Dezember fand der erste Workshop über Finanzströme und das globale Biodiversitätsrahmenwerk bis 2030 statt¹. Es tue sich also etwas bei diesem so wichtigen Thema, so Titze. Und doch: Politische Verhandlungen auf globaler Ebene seien einerseits wichtig, aber andererseits schwierig und langsam. Daher nimmt die nationale Umsetzung laut Tietze eine Schlüsselrolle ein.

Für Deutschland zeichnen sich zwei Handlungsansätze aus der Veranstaltung ab, resümierte **Marianne Darbi** (NeFo): Bezüglich der staatlichen Seite gebe es bereits ein recht gutes Gesamtbild über die Problemlage der umweltschädlichen Subventionen. Jetzt gehe es darum, deren Abbau konkret anzugehen. Hier seien die Politik und insbesondere die neue Bundesregierung in der Pflicht, nicht zuletzt seien hier auch Parteien in der Verantwortung, die sich immer wieder für Subventionsabbau ausgesprochen hätten – jetzt müsse auch geliefert werden. In Bezug auf die privatwirtschaftliche Seite seien konkrete Handlungsansätze und Maßnahmen vorgestellt worden: Möglich sei u.a. einerseits strenge Anlage- und Finanzierungsstandards vorzugeben und vorzuleben, z.B. den Ausschluss bestimmter Praktiken (Massentierhaltung etc.), und andererseits Positivanreize zu setzen in Bereichen wie z.B. der ökologischen oder regenerativen Landwirtschaft. Diese konkreten Ansätze müssten nun in die Breite getragen

werden: in den Mainstream der Finanzwirtschaft – hier bestehe ein großer Hebel seitens der nachhaltigen Investitionen privaten Kapitals und seitens der wirkmächtigen Industrie- und Finanzverbände.

„Loslegen, ganz klar.“

Die Relevanz des Biodiversitätserhalts müsse aber auch in die Breite der Gesellschaft getragen werden, wie Laura Mervelskemper sagte. Eine wichtige Frage sei: „Welche Wirkung soll gesellschaftlich erzielt werden?“. Dabei sollten Finanzakteure nicht auf die Politik warten, sondern „loslegen, ganz klar.“ Da waren sich alle Diskutierenden einig.



Diskussionspanel (v.l.n.r.): Susanne Bergius, Oliver Schelske, Laura Mervelskemper, Wolfgang Obenland, Florian Titze

¹ Workshop: Aligning financial flows with the post 2020 global biodiversity framework (cbd.int); <https://www.cbd.int/article/finance-and-global-biodiversity-framework-webinar>